PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

7

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN
1973

W. I. LENIN

BAND 7

SEPTEMBER 1903 – DEZEMBER 1904

DIETZ VERLAG BERLIN

1973

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

6. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1956
Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten
Lizenznummer 1
Satz: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig, III 18 38
Druck und Einband: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
ES 1 C · 7,50

VORWORT

Die in Band 7 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von September 1903 bis Dezember 1904.

Hierzu gehört das Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", das der organisatorischen Vorbereitung der bolschewistischen Partei diente.

Viele der in diesem Band veröffentlichten Arbeiten – „Schilderung des II. Parteitags der SDAPR", der Artikel „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg", Reden und Resolutionen auf der Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie und in den Sitzungen des Rats der Partei, der Entwurf eines Aufrufs „An die Partei", die Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'" – sind gegen den Opportunismus der Menschewiki in organisatorischen und taktischen Fragen und gegen ihre Spaltungstätigkeit gerichtet.

Die in diesem Band enthaltenen Briefe – „Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees", „An die fünf Mitglieder des Zentralkomitees in Rußland", „Brief an die Agenten des ZK und die Mitglieder der Komitees der SDAPR, die sich für die Mehrheit des II. Parteitags ausgesprochen haben", „Brief an Glebow (W. A. Noskow)" – zeigen Lenins Kampf gegen das Versöhnlertum.

Die Schriften „Was erstreben wir?", „An die Partei", „Brief an die Genossen" und „Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" veranschaulichen Lenins führende Rolle bei der Vorbereitung des III. Parteitags der SDAPR und bei der

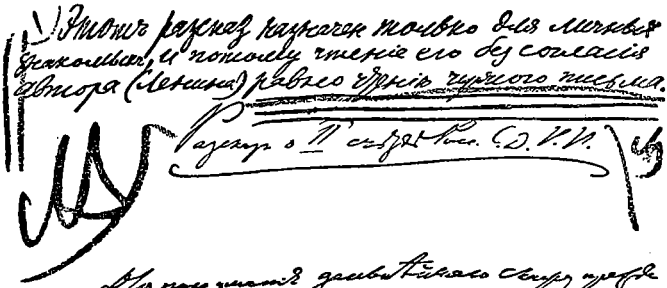
Gründung des Büros der Komitees der Mehrheit sowie der bolschewistischen Zeitung „Wperjod".

Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins werden im vorliegenden Band veröffentlicht: die „Erklärung zum Referat von Martow", der Brief „An die Redaktion des Zentralorgans der SDAPR" über Lenins Austritt aus der Redaktion der „Iskra", der Resolutionsentwurf über die Einberufung des III. Parteitags, die vierte Rede Lenins in der Sitzung des Rats der Partei über die Herausgabe der Parteiliteratur und die „Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit".

SCHILDERUNG DES II. PARTEITAGS DER SDAPR[1]

Geschrieben in der ersten Septemberhälfte 1903.
Zuerst veröffentlicht 1927 im Lenin-Sammelband VI.

Nach dem Manuskript.



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Schilderung des II. Parteitags der SDAPR"
1903

Verkleinert

Diese Schilderung ist nur für persönliche Bekannte bestimmt, und sie ohne Einverständnis des Verfassers (Lenins) zu lesen ist deshalb **gleichbedeutend damit, einen fremden Brief zu lesen.**

Um das Weitere verständlich zu machen, will ich vor allem die Zusammensetzung des Parteitags schildern, obgleich das zum Teil bedeutet, den Dingen vorauszueilen. Beschließende Stimmen gab es auf dem Parteitag 51 (33 Delegierte mit einer Stimme und 9 mit zwei Stimmen, 9 „zweihändige")[2]. Die Zahl der beratenden Stimmen betrug 10, wenn ich nicht irre. Insgesamt waren es also 52 Teilnehmer. Die politische Gruppierung dieser Stimmen, wie sie im Laufe des *ganzen* Parteitags in Erscheinung trat, war folgende: beschließende Stimmen – 5 Bundisten, 3 Anhänger des „Rabotscheje Delo" [Die Arbeitersache] (2 vom Auslandsbund russischer Sozialdemokraten und 1 vom Petersburger „Kampfbund"), 4 Anhänger des „Jushny Rabotschi" [Der Arbeiter des Südens] (2 von der Gruppe „Jushny Rabotschi" und 2 vom Charkower Komitee, das mit dem „Jushny Rabotschi" völlig solidarisch ist), 6 Unentschlossene, Schwankende (der „Sumpf", wie alle Iskristen sie – natürlich scherzweise – nannten), dann etwa 33 Iskristen, die den „Iskra"-Standpunkt mehr oder weniger entschieden und konsequent vertraten. Diese 33 Iskristen, die stets das Schicksal jeder Frage auf dem Parteitag entschieden, wenn sie einig auftraten, spalteten sich ihrerseits in zwei Untergruppen, endgültig allerdings erst gegen Ende des Parteitags: eine Untergruppe mit ungefähr 9 Stimmen, die Iskristen der „weichen, richtiger gesagt, der Zickzacklinie" (oder der weiblichen Linie, wie manche Spaßvögel nicht ohne Grund witzelten), die (wie weiter unten ersichtlich) für die Gerechtigkeit, für

eine Resultante etc. eintraten; und etwa 24 Stimmen der Iskristen der festen Linie, die sowohl in der Taktik als auch in der persönlichen Zusammensetzung der zentralen Parteikörperschaften den konsequenten Iskrismus vertraten.

Ich wiederhole, erst post factum*, gegen Ende des Parteitags (der bis 40 Sitzungen zählte!), bildete sich diese Gruppierung endgültig heraus, trat sie vollständig klar zutage, und ich eile den Dingen voraus, wenn ich sie am Anfang skizziere. Ich muß auch von vornherein bemerken, daß die Zahl der Stimmen dieser Gruppierung nur *annähernd* ist, denn in einzelnen kleinen Fragen (und einmal, auch aus einem wichtigen Anlaß, in der Frage der „Gleichberechtigung der Sprachen" – hierüber weiter unten) zersplitterten sich die Stimmen nicht selten, ein Teil enthielt sich der Stimme, die Gruppierungen gerieten durcheinander usw.

Die Zusammensetzung des Parteitags war vorher vom Organisationskomitee festgelegt worden, das nach dem Statut des Parteitags das Recht hatte, jedermann, den es für notwendig hielt, mit beratender Stimme zum Parteitag einzuladen. Auf dem Parteitag wurde gleich zu Beginn eine Mandatsprüfungskommission gewählt, in deren Kompetenz alles überging, was sich auf die Zusammensetzung des Parteitags bezog. (Nebenbei bemerkt, gehörte auch dieser Kommission ein Bundist an, der alle Kommissionsmitglieder mürbe machen wollte, sie bis 3 Uhr nachts festhielt und trotzdem *in jeder Frage* bei seiner „besonderen Meinung" blieb.)

Der Beginn des Parteitags stand im Zeichen friedlicher und einmütiger Zusammenarbeit aller Iskristen, unter denen es natürlich stets verschiedene Schattierungen in den Meinungen gab, aber nach außen hin, als politische Differenzen, traten diese Schattierungen nicht hervor. Übrigens sei im voraus bemerkt, daß die Spaltung der Iskristen eines der wichtigsten politischen Ergebnisse des Parteitags war, und wer sich damit vertraut machen will, muß seine besondere Aufmerksamkeit auf alle Episoden lenken, die, wenn auch nur entfernt, mit dieser Spaltung zusammenhängen.

Ein ziemlich wichtiger Vorgang gleich zu Beginn des Parteitags war die Wahl des *Büros* oder *Präsidiums*. Martow trat für die Wahl von 9 Personen ein, die für jede Sitzung 3 ins Büro wählen sollten, wobei er unter diesen 9 sogar einen Bundisten haben wollte. Ich trat für die Wahl von nur dreien für die Gesamtdauer des Parteitags ein, und zwar von dreien,

* nachträglich. *Die Red.*

die ein „strenges Regime" zu führen hätten. Gewählt wurden Plechanow, ich und Genosse T[3] (von ihm wird nachstehend oft die Rede sein – ein Iskrist der festen Linie, Mitglied des OK). Genosse T kam übrigens nur mit geringer Stimmenmehrheit gegen einen Vertreter des „Jushny Rabotschi" durch (ebenfalls Mitglied des OK). Die Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und Martow in der Frage des Büros (eine Meinungsverschiedenheit, die vom Standpunkt alles Weiteren kennzeichnend ist) führte jedoch zu keiner Spaltung und zu keinem Konflikt: Die Sache regelte sich irgendwie friedlich ganz von selbst, sozusagen „im Familienkreis", wie das meistenteils mit allen Angelegenheiten in der Organisation der „Iskra" und in der Redaktion der „Iskra" der Fall war.

Gleich zu Beginn des Parteitags fand auch eine (natürlich geheime und inoffizielle) Sitzung der „Iskra"-Organisation über die Frage ihrer Mandate auf dem Parteitag statt. Die Sitzung gelangte ebenfalls zu einer friedlichen, „gütlichen" Lösung der Frage. Ich erwähne diese Sitzung nur deshalb, weil ich zweierlei für charakteristisch halte: 1. die einmütige Arbeit der Iskristen zu Beginn des Parteitags, 2. ihren Beschluß, sich in Zweifelsfragen und Streitfällen an die Autorität der „Iskra"-Organisation (richtiger gesagt, der auf dem Parteitag anwesenden Mitglieder der „Iskra"-Organisation) zu wenden, wobei natürlich die Abstimmungen in diesen Versammlungen nicht bindend waren; denn die Regel: „gebundene Mandate sind aufgehoben", jeder hat das Recht und die Pflicht, auf dem Parteitag gemäß seiner persönlichen, freien Überzeugung abzustimmen, ohne sich irgendeiner Organisation unterordnen zu müssen – diese Regel, sage ich, wurde von allen Iskristen anerkannt und zu Beginn fast jeder Sitzung der „Iskra" vom Vorsitzenden laut verkündet.

Weiter. Der erste Zwischenfall auf dem Parteitag, der aufdeckte, daß bei den Iskristen nicht alles in Ordnung war, und den „Knoten schürzte" zum Enddrama (oder zur Tragikomödie?), war der vielgenannte *„Zwischenfall mit dem OK"*. Auf diesen Zwischenfall muß näher eingegangen werden. Er spielte sich schon ab, als der Parteitag mit seiner eigenen Konstituierung beschäftigt war, als noch die Geschäftsordnung des Parteitags erörtert wurde (was, nebenbei bemerkt, eine Unmenge Zeit in Anspruch nahm infolge der Obstruktion der Bundisten, die sich keine Gelegenheit entgehen ließen, den Parteitag absichtlich und unabsichtlich, wo und womit sie nur konnten, aufzuhalten). Der springende Punkt des Zwischen-

falls mit dem OK war, daß das OK einerseits bereits vor dem Parteitag den Protest der „Borba" (der Gruppe „Borba")[4] abgelehnt hatte, die ihre Zulassung zum Parteitag verlangte, und diese Ablehnung in der Mandatsprüfungskommission unterstützte, daß aber anderseits dasselbe OK *auf dem Parteitag* plötzlich erklärte, Rjasanow mit beratender Stimme einladen zu wollen. Dieser Zwischenfall spielte sich wie folgt ab:

Schon vor Beginn der Parteitagssitzungen teilte mir Martow vertraulich mit, daß ein Mitglied der „Iskra"-Organisation und des OK (bezeichnen wir diesen Genossen mit dem Buchstaben N[5]) sich entschlossen habe, im OK darauf zu bestehen, daß ein gewisser Jemand, den Martow selbst nicht anders als mit dem Ausdruck „Überläufer"[6] charakterisieren konnte, mit beratender Stimme zum Parteitag eingeladen werde. (Dieser Jemand neigte tatsächlich eine Zeitlang zur „Iskra", um dann später, und zwar schon nach wenigen Wochen, zum „Rabotscheje Delo" überzugehen, obwohl dieses sich damals schon im Stadium des völligen Niedergangs befand.) Martow und ich sprachen darüber, wir waren beide empört, daß ein Mitglied der „Iskra"-Organisation einen solchen Schritt unternahm. Dabei mußte sich Genosse N natürlich bewußt sein (denn Martow hatte ihn gewarnt), daß dieser Schritt geradezu einen Schlag ins Gesicht der „Iskra" bedeutete, er hielt es aber trotzdem nicht für nötig, sich mit der Organisation zu beraten. Er brachte tatsächlich seinen Antrag im OK ein, aber auf den heftigen Protest des Genossen T hin, der die ganze wetterwendische politische Gestalt des „Überläufers" schilderte, wurde dieser Antrag abgelehnt. Es ist bezeichnend, daß Martow, wie er sagte, schon damals mit N, trotz ihrer früheren guten persönlichen Beziehungen, nicht einmal mehr sprechen konnte, so sehr war er über diesen Schritt bestürzt. N's Bestreben, der „Iskra" Knüppel zwischen die Beine zu werfen, kam auch noch in dem Verweis zum Ausdruck, den das OK mit seiner Unterstützung der „Iskra"-Redaktion erteilte – ein Verweis, der zwar nur einen ganz geringfügigen Vorfall betraf, aber trotzdem Martows tiefe Empörung hervorrief. Nachrichten aus Rußland, die mir ebenfalls Martow übermittelte, wiesen überdies auf N's Tendenz hin, Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen den in Rußland und den im Ausland lebenden Iskristen zu verbreiten. All dies machte die Iskristen im höchsten Grade mißtrauisch gegen N, und da kam plötzlich noch folgende Tatsache hinzu: Das OK lehnte den Einspruch der „Borba" ab, die Mitglieder des OK (T und N),

die in die Mandatsprüfungskommission geladen waren, sprachen sich beide (*darunter auch N!!!*) auf das entschiedenste gegen die „Borba" aus. Dessenungeachtet veranstaltete das OK ganz unerwartet, in der Pause einer Vormittagssitzung des Parteitags, „stehenden Fußes" eine Besprechung und beschloß in dieser Besprechung, Rjasanow mit beratender Stimme einzuladen! *N trat für die Einladung ein.* T war natürlich strikt dagegen und erklärte außerdem, daß ein solcher Beschluß des OK, nachdem die Frage der Zusammensetzung des Parteitags bereits einer besonderen, vom Parteitag gewählten Mandatsprüfungskommission überwiesen war, rechtswidrig sei. Natürlich wurde Genosse T von den „Jushny-Rabotschi"-Mitgliedern des OK + dem Bundisten + N überstimmt, und der Beschluß des OK kam zustande.

T benachrichtigte von diesem Beschluß die Redaktion der „Iskra", die (nicht im vollen Bestand, aber mit Teilnahme von Martow und Sassulitsch) natürlich einstimmig entschied, den Kampf gegen das OK auf dem Parteitag aufzunehmen, denn viele Iskristen hatten schon öffentlich auf dem Parteitag gegen die „Borba" Stellung genommen, und es war unmöglich, in dieser Frage einen Rückzug anzutreten.

Als das OK (in der Nachmittagssitzung) dem Parteitag seinen Beschluß mitteilte, gab T seinerseits seinen Einspruch bekannt. Ein „Jushny-Rabotschi"-Mitglied des OK fiel daraufhin über T her und beschuldigte ihn des Disziplinbruchs (!), denn das OK hätte beschlossen, hierüber auf dem Parteitag nichts zu verlautbaren (sic!)*. Selbstverständlich griffen nun wir (Plechanow, *Martow* und ich) mit aller Entschiedenheit das OK an und warfen ihm vor, die gebundenen Mandate wieder einführen zu wollen, die Souveränität des Parteitags verletzt zu haben usw. Der Parteitag stellte sich auf unsere Seite, das OK wurde geschlagen, eine Resolution wurde angenommen, die dem OK als Kollegium das Recht absprach, die Zusammensetzung des Parteitags zu beeinflussen.

Das war der „Zwischenfall mit dem OK". Erstens hat er das politische Vertrauen vieler Iskristen zu N endgültig untergraben (und das Vertrauen zu T gestärkt), und zweitens hat er nicht nur bewiesen, sondern auch anschaulich *gezeigt*, wie unsicher die Position der „Iskra"-Richtung selbst in einer solchen scheinbar erz-iskristischen zentralen Körperschaft wie dem OK noch ist. Es wurde klar, daß im OK außer dem Bundisten

* so! *Die Red.*

noch 1. die „Jushny-Rabotschi"-Leute mit ihrer besonderen Politik sitzen, 2. „Iskristen, die sich schämen, Iskristen zu sein", und 3. nur *zum Teil* Iskristen, die sich dessen nicht schämen. Als die Leute vom „Jushny Rabotschi" wünschten, sich anläßlich dieses traurigen Zwischenfalls mit der Redaktion der „Iskra" (natürlich privatim) auszusprechen – *Genosse N, es ist sehr wichtig das festzustellen, äußerte damals kein Verlangen nach einer Aussprache* –, da sprach sich die Redaktion mit ihnen aus, wobei ich den Anhängern des „Jushny Rabotschi" offen sagte, der Parteitag habe endgültig die wichtige politische Tatsache enthüllt, daß es in der Partei viele Iskristen gibt, die sich schämen, Iskristen zu sein, und imstande sind, sich einfach der „Iskra" zum Trotz ein solches Stückchen zu leisten wie die Einladung Rjasanows. Dieser Streich, den uns N spielte, nachdem er in der Kommission *gegen* die „Borba" gesprochen hatte, empörte mich derart, daß ich auf dem Parteitag öffentlich erklärte: „Genossen, die auf internationalen Kongressen gewesen sind, wissen, welch einen Sturm der Entrüstung dort stets Leute hervorrufen, die in den Kommissionen eines und in der Vollsitzung etwas anderes sagen."* Solche „Iskristen", denen vor den bundistischen „Vorwürfen", sie seien „Kreaturen der ‚Iskra'", bange war und die *nur aus diesem Grunde* der „Iskra" *politische Streiche* spielten, konnten natürlich kein Vertrauen erwecken.

Das allgemeine Mißtrauen der Iskristen gegenüber N stieg in ungeheurem Maße, als Martows Versuch, sich mit ihm auseinanderzusetzen, zu *N's Erklärung führte, daß er, N, aus der „Iskra"-Organisation ausscheide!!* Von diesem Augenblick an wird der „Fall" N eine Angelegenheit der „Iskra"-Organisation, deren Mitglieder über *diese* Art von Austritt empört waren, und die Organisation befaßte sich in *vier Sitzungen* mit dieser Frage. Diese Sitzungen, besonders die letzte, sind außerordentlich wichtig, denn in ihnen hat die Spaltung innerhalb der Iskristen, *hauptsächlich* in der Frage der Zusammensetzung des ZK, endgültig feste Form angenommen.

Aber bevor ich dazu übergehe, von diesen (privaten und inoffiziellen, ich wiederhole das noch einmal) Sitzungen der „Iskra"-Organisation zu berichten, will ich von der Arbeit des Parteitags sprechen. Diese Arbeit wurde unterdessen einmütig durchgeführt, und zwar im Sinne eines einheitlichen Auftretens aller Iskristen sowohl beim ersten Punkt der Tages-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 483. *Die Red.*

ordnung (die Stellung des „Bund" in der Partei) als auch beim zweiten (das Programm) und beim dritten Punkt (die Bestätigung des ZO der Partei). Die Einmütigkeit der Iskristen sicherte eine starke, festgefügte Mehrheit auf dem Parteitag (eine kompakte Mehrheit, wie sich die Bundisten betrübt ausdrückten!), wobei die „Unentschlossenen" (oder der „Sumpf") und die Leute vom „Jushny Rabotschi" auch hier mehrfach in Kleinigkeiten ihre ganze Wankelmütigkeit offenbarten. Die politische Gruppierung der nicht vollauf iskristischen Elemente auf dem Parteitag trat immer klarer zutage.

Ich kehre zu den Sitzungen der „Iskra"-Organisation zurück. In der ersten Sitzung wurde beschlossen, von N eine Erklärung zu verlangen, und diesem N anheimgestellt, die Zusammensetzung der „Iskra"-Organisation anzugeben, die er, N, für die Aussprache wünsche. Ich protestierte entschieden gegen eine solche Fragestellung und forderte die Trennung der politischen Frage (des Mißtrauens der Iskristen gegenüber N auf diesem Parteitag in politischer Hinsicht) von der persönlichen Frage (der Einsetzung einer Kommission zwecks Untersuchung der Ursachen für das merkwürdige Verhalten N's). In der zweiten Sitzung wurde mitgeteilt, N wünsche eine Aussprache *ohne T*, obzwar N nicht beabsichtige, über T persönlich zu sprechen. Ich protestierte wiederum und lehnte die Teilnahme an einer Aussprache ab, von der ein Nichtmitglied, wenn auch nur vorübergehend, ein Mitglied ausschließt, ohne jedoch über dieses Mitglied zu sprechen; ich sah darin ein unwürdiges Spiel und eine Ohrfeige, die N der Organisation verabreichte: N mißtraut der Organisation in einem so hohen Maße, daß er es ihr nicht einmal überläßt, die Bedingungen der Aussprache festzusetzen! In der dritten Sitzung gab N seine „Erklärung" ab, eine Erklärung, welche die Mehrheit der Teilnehmer an der Aussprache *nicht zufriedenstellte*. An der vierten Sitzung nahmen sämtliche Iskristen vollzählig teil, aber dieser Sitzung *war* eine Reihe wichtiger Ereignisse auf dem Parteitag *vorausgegangen*.

Erstens muß der Vorfall wegen der „Gleichberechtigung der Sprachen" vermerkt werden. Es handelte sich um die Annahme des Programms, um die Formulierung der Forderung nach Gleichheit und Gleichberechtigung der Sprachen. (Jeder Punkt des Programms wurde für sich erörtert und angenommen, die Bundisten trieben hier eine tolle Obstruktion, und fast zwei Drittel des Parteitags, zeitlich gerechnet, gingen für das

Programm drauf!) Den Bundisten gelang es hierbei, die Reihen der Iskristen ins Wanken zu bringen, einem Teil von ihnen den Gedanken einzuflößen, daß die „Iskra" keine „Gleichberechtigung der Sprachen" wolle, während die Redaktion der „Iskra" in Wirklichkeit nur diese ihrer Meinung nach stümperhafte, unsinnige und überflüssige Formulierung nicht wollte. Es kam zu einem erbitterten Kampf, und der Parteitag teilte sich in *zwei gleiche Hälften* (einzelne enthielten sich der Stimme): Auf seiten der „Iskra" (und der „Iskra"-Redaktion) waren ungefähr 23 Stimmen (möglicherweise 23–25, ich erinnere mich nicht genau) und ebensoviel dagegen. Die Frage mußte vertagt und an eine Kommission überwiesen werden, die eine vom ganzen Parteitag *einstimmig* angenommene Fassung fand. Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen ist deshalb wichtig, weil er zum soundsovielten Male zeigte, wie unsicher die Positionen der „Iskra"-Richtung waren, weil er endgültig die Wankelmütigkeit sowohl der Unentschlossenen (die gerade zu dieser Zeit, wenn ich nicht irre, und gerade von den Iskristen Martowschen Schlages *selbst als Sumpf* bezeichnet wurden!) als auch der „Jushny-Rabotschi"-Leute aufdeckte, die sich sämtlich gegen die „Iskra" wandten. Die Leidenschaften entbrannten heftig, und die Iskristen, *besonders die Martowleute*, warfen den Anhängern des „Jushny Rabotschi" *zahllose scharfe* Ausdrücke an den Kopf. Ein „leader" der Martowleute hätte mit den „Jushny-Rabotschi"-Leuten während einer Pause fast einen Skandal heraufbeschworen, und ich beeilte mich (auf Drängen Plechanows, der eine Schlägerei befürchtete), die Sitzung wieder zu eröffnen. Es ist wichtig festzustellen, daß auch unter diesen standhafteren 23 Iskristen die Martowleute (d. h. die Iskristen, die später Martow Gefolgschaft leisteten) in der *Minderheit* waren.

Das zweite Ereignis war der Kampf um § 1 des „Parteistatuts". Das war schon Punkt 5 der Tagesordnung*, ziemlich am Ende des Parteitags. (Angenommen wurde zu Punkt 1 eine Resolution gegen den Föderalismus; zu Punkt 2 – das Programm; zu Punkt 3 – die Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan der Partei**; zu Punkt 4 wurden „Delegiertenberichte" ent-

* „Tagesordnung" hier und im weiteren bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Es ist sehr wichtig, im Auge zu behalten, daß auf der Tagesordnung des Parteitags, die auf Grund meines Berichts *im OK* angenommen und vom *Parteitag bestätigt* wurde, zwei getrennte Punkte standen: *Punkt 3* „Gründung eines

gegengenommen, d. h. ein Teil von ihnen, der Rest mußte einer Kommission übergeben werden, denn es stellte sich heraus, daß der Parteitag keine Zeit mehr hatte (die Geldmittel und die körperlichen Kräfte waren erschöpft).

Punkt 1 des Statuts definiert den Begriff Parteimitglied. In meinem Entwurf lautete diese Definition wie folgt: „Als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche *Betätigung in einer der Parteiorganisationen* unterstützt." Martow schlug vor, an Stelle der unterstrichenen Worte zu sagen: durch *die Arbeit unter der Kontrolle und Leitung einer der Parteiorganisationen.* Für meine Formulierung trat Plechanow ein, für die Martowsche – die übrigen Mitglieder der Redaktion (für sie sprach auf dem Parteitag Axelrod). Wir bemühten uns zu beweisen, daß man den Begriff des Parteimitglieds *einengen* müsse, um die wirklich Arbeitenden von den Schwätzern zu trennen, um das organisatorische Chaos zu beseitigen, um mit dem Unfug und Unsinn aufzuräumen, daß es Organisationen geben könne, die zwar aus Parteimitgliedern bestehen, aber keine Parteiorganisationen sind usw. Martow trat für die *Erweiterung* der Partei ein und sprach von der breiten Klassenbewegung, die eine breite, verschwommene Organisation erfordere usw. Merkwürdigerweise beriefen sich fast alle

---

ZO der Partei oder Bestätigung eines solchen" und *Punkt 24* „Wahl der zentralen Parteikörperschaften". Als ein Vertreter des „Rabotscheje Delo" fragte (bei Punkt 3), wen wir bestätigen, etwa den Zeitungskopf? die Redaktion kennen wir ja gar nicht!, da nahm *Martow* das Wort und erklärte, es solle die *Richtung* der „Iskra" bestätigt werden, unabhängig von der Zusammensetzung der Redaktion, diese werde dadurch nicht vorweggenommen, denn die Wahl der zentralen Körperschaften finde gemäß Punkt 24 der Tagesordnung statt und alle gebundenen Mandate seien aufgehoben.

Diese Worte Martows (zu Punkt 3, *vor der Spaltung der Iskristen*) sind von außerordentlich großer Wichtigkeit.

Die Erläuterung Martows entsprach durchaus unserer *gemeinsamen* Auffassung von der Bedeutung der Punkte 3 und 24 der Tagesordnung.

Nach Punkt 3 gebrauchte Martow in seinen Reden auf dem Parteitag sogar mehrfach den Ausdruck: die *ehemaligen* Mitglieder der „Iskra"-Redaktion.

Anhänger Martows zur Verteidigung ihrer Ansichten auf „Was tun?"*! Plechanow griff Martow heftig an. Er wies darauf hin, daß Martows jaurèsistische Formulierung den Opportunisten, die nichts sehnlicher wünschen, als in der Partei, aber außerhalb der Organisation zu sein, Für und Tor öffne. „Unter der Kontrolle und Leitung", sagte ich, heißt in Wirklichkeit nicht mehr und nicht weniger als: *Ohne jede Kontrolle und ohne jede Leitung.* Martow trug hier einen *Sieg* davon: Seine Formulierung wurde angenommen (mit einer Mehrheit von etwa 28 gegen 23 Stimmen – oder so ähnlich, ich erinnere mich nicht genau), und zwar *dank* dem „Bund", der natürlich sofort merkte, wo sich ein Spalt öffnete, und mit all seinen *fünf* Stimmen das „Schlechteste" durchsetzte (genauso begründete der Delegierte des „Rabotscheje Delo" sein Votum für Martow!). Die heftigen Kämpfe um § 1 des Statuts und die Abstimmung klärten noch einmal die politische Gruppierung auf dem Parteitag und zeigten anschaulich, daß der „Bund" + das „Rabotscheje Delo" über das *Schicksal* jedes beliebigen Beschlusses *entscheiden* können, wenn sie die Minderheit der Iskristen gegen die Mehrheit unterstützen.

Nach den Auseinandersetzungen um § 1 des Statuts und der Abstimmung darüber fand die *letzte* (4.) Sitzung der „Iskra"-Organisation statt. Die Meinungsverschiedenheit der Iskristen über die Zusammensetzung des ZK trat bereits völlig klar zutage und rief eine Spaltung in ihren Reihen hervor: Die einen traten (da die „Iskra"-Organisation und die Gruppe „Befreiung der Arbeit" aufgelöst werden sollten, die Sache der „Iskra" aber zu Ende geführt werden mußte) für ein iskristisches ZK ein, die anderen für die Zulassung auch der „Jushny-Rabotschi"-Leute und für das Übergewicht von Iskristen der „Zickzacklinie". Die einen waren strikt gegen die Kandidatur von N, die anderen dafür. Um einen letzten Versuch zu machen, sich zu verständigen, wurde diese *Versammlung der Sechzehn* (Mitglieder der „Iskra"-Organisation, wobei, ich wiederhole, auch die beratenden Stimmen mitgerechnet wurden) einberufen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: gegen N 9 Stimmen, für ihn 4 Stimmen, die übrigen enthielten sich der Stimme. Die Mehrheit, die trotz allem keinen Krieg mit der Minderheit wünschte, schlug daraufhin eine Versöhnungsliste aus 5 Personen vor; darunter war ein (der Minderheit genehmer) Vertreter des „Jushny Rabotschi" und ein resoluter Anhänger

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 355–551. *Die Red.*

der Minderheit, die übrigen waren konsequente Iskristen (von denen – das ist wichtig – einer an den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag erst gegen Ende teilgenommen hatte und im Grunde genommen unparteiisch war, während die zwei anderen an den Auseinandersetzungen überhaupt nicht teilgenommen hatten und in der Personenfrage absolut unparteiisch waren). Für diese Liste stimmten 10 (später kam noch einer hinzu, und es wurden 11), dagegen – nur einer (einzig und allein Martow!), die übrigen enthielten sich der Stimme! Die Versöhnungsliste wurde also von *Martow* zu Fall gebracht. Nachher kamen noch zwei „Kampf"listen von der einen und von der anderen Seite zur Abstimmung, aber beide erhielten nur eine Minderheit der Stimmen.

In der letzten Zusammenkunft der „Iskra"-Organisation waren also die Martowleute *in beiden Fragen in der Minderheit geblieben*, und trotzdem erklärten sie den Krieg, als ein Mitglied der Mehrheit (ein Unparteiischer oder der Vorsitzende) nach der Sitzung zu ihnen ging, um den letzten Versuch einer Verständigung zu machen.

Die Überlegung der Martowleute war klar und *richtig*: Die Bundisten und die Anhänger des „Rabotscheje Delo" würden zweifellos die Liste der *Zickzacklinie* unterstützen, denn in dem Monat der Parteitagssitzungen hatten sich alle Fragen soweit geklärt, alle Persönlichkeiten so scharf abgezeichnet, daß es *keinem einzigen* Parteitagsdelegierten schwerfallen würde, zu entscheiden, was besser oder welches Übel das kleinere ist. Für den „Bund" + das „Rabotscheje Delo" waren selbstverständlich die Zickzack-Iskristen das kleinere Übel und werden es stets sein.

Nach der Versammlung der Sechzehn, als die Iskristen sich endgültig voneinander getrennt hatten und der Krieg zwischen ihnen erklärt war, begannen Versammlungen der zwei Parteien, in die sich der Parteitag gespalten hatte, d. h. private, inoffizielle Zusammenkünfte aller Gleichgesinnten. Iskristen der konsequenten Linie kamen zunächst 9 (9 von 16) zusammen, dann 15 und schließlich 24, wenn man die *beschließenden Stimmen und nicht die Personen* rechnet. Diese rasche Zunahme erklärte sich daraus, daß die Listen (für das ZK) bereits umliefen und die Listen der Martowleute die übergroße Mehrheit der Iskristen als saft- und kraftlos sofort und unwiderruflich abstießen, denn die von Martow vorgeschlagenen Kandidaten hatten sich auf dem Parteitag von einer unbedingt negativen Seite gezeigt (Schaukelpolitik, Inkonsequenz, Taktlosigkeit

usw.). Das zum ersten. Zweitens entschieden sich die Iskristen, wenn man ihnen erzählte, was in der „Iskra"-Organisation vor sich gegangen war, meistenteils für die Mehrheit, denn Martows Unfähigkeit, eine bestimmte politische Linie folgerichtig durchzuführen, war jedermann klargeworden. Deshalb kamen leicht und rasch 24 Stimmen zusammen für die konsequente iskristische Taktik, für die Liste zum ZK und für die Wahl eines Dreierkollegiums in die Redaktion (an Stelle des alten, arbeitsunfähigen und verschwommenen Sechserkollegiums).

Auf dem Parteitag ging unterdessen die Erörterung des Statuts zu Ende, wobei Martow und Co. noch einmal (und sogar nicht einmal, sondern mehrfach) *mit der edlen Unterstützung des „Bund" + des „Rabotscheje Delo"* über die Mehrheit der Iskristen *den Sieg davontrugen*, so z. B. in der Frage der Kooptation in die Zentralstellen (diese Frage entschied der Parteitag *im Sinne Martows*).

Trotz dieser Verschlechterung des Statuts wurde dieses dennoch als Ganzes von allen Iskristen und vom ganzen Parteitag angenommen. Aber nach dem allgemeinen Statut ging man zum Statut des „Bund" über, und mit *überwältigender* Stimmenmehrheit lehnte der Parteitag den Antrag des „Bund" ab (den „Bund" als *einzigen* Vertreter des jüdischen Proletariats in der Partei anzuerkennen). Ich glaube, hier stand der „Bund" allein fast gegen den gesamten Parteitag. Daraufhin *erklärten die Bundisten ihren Austritt aus der Partei und verließen den Parteitag.* Die Martowleute verloren fünf treue Verbündete! Später, als die Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie als *einzige* Parteiorganisation im Ausland anerkannt wurde, verließen auch die Anhänger des „Rabotscheje Delo" den Parteitag. Die Martowleute verloren zwei weitere treue Verbündete! Auf dem Parteitag blieben insgesamt 44 (51 – 7) beschließende Stimmen, davon gehörte die *Mehrheit* den konsequenten Iskristen (24); die Koalition der Martowleute mit den Anhängern des „Jushny Rabotschi" und mit dem „Sumpf" brachte es zusammen nur auf 20 Stimmen.

Die Iskristen der Zickzacklinie hätten sich nun unterordnen müssen – wie sich die Iskristen der festen Linie ohne ein Wort des Widerspruchs untergeordnet hatten, als Martow sie durch die Koalition mit dem „Bund" *schlug* und zerschlug. Aber die Martowleute hatten sich schon so weit verrannt, daß sie, statt sich unterzuordnen, den Weg des Skandals und der Spaltung beschritten.

Ein Skandal war die Zumutung, die alte Redaktion zu bestätigen, denn die Erklärung auch nur eines Redakteurs genügte, um den Parteitag zu verpflichten, den ganzen Fragenkomplex der Zusammensetzung der Redaktion des ZO zu *prüfen*, ohne sich auf die einfache Bestätigung zu beschränken. Ein Schritt zur Spaltung war die *Weigerung*, das ZO und das ZK zu wählen.

Zunächst über die Wahl der Redaktion. Auf der Tagesordnung stand, wie bereits erwähnt, als Punkt 24: *Wahl* der zentralen Parteikörperschaften. Und in *meinem* Kommentar zur Tagesordnung[7] (dieser Kommentar war *allen Iskristen lange vor dem Parteitag* und *allen Teilnehmern* des Parteitags bekannt) stand am Rand: Wahl von 3 *Genossen in das ZO* und von 3 in das ZK. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die Forderung, ein Dreierkollegium zu wählen, von der Redaktion selbst ausgegangen war und daß *kein* Mitglied der Redaktion dagegen Einspruch erhoben hatte. Sogar Martow und ein anderer leader der Martowgruppe hatten diese „zwei Dreierkollegien" noch vor dem Parteitag gegenüber *einer ganzen Reihe von Delegierten* verteidigt.

Ich selbst hatte wenige Wochen vor dem Parteitag Starower[8] und Martow erklärt, daß ich auf dem Parteitag eine *Wahl* der Redaktion verlangen werde; ich hatte der Wahl von zwei Dreierkollegien zugestimmt, wobei ins Auge gefaßt war, daß das Dreierkollegium der Redaktion *entweder* 7 (vielleicht auch mehr) Genossen kooptiert *oder* unverändert bestehen bleibt (die zweite Möglichkeit hatte ich ausdrücklich betont). Starower sagte sogar offen, das Dreierkollegium bedeute: Plechanow + Martow + Lenin, und ich *stimmte* ihm *zu* – so sehr war es jedermann und jederzeit klar, daß nur diese Genossen in die Leitung gewählt werden konnten. Man mußte nach dem Kampf auf dem Parteitag wahrhaftig erbost und gekränkt sein und den Kopf verloren haben, um hinterher gegen die Zweckmäßigkeit und Arbeitsfähigkeit des Dreierkollegiums Sturm zu laufen. Das alte Sechserkollegium war so wenig arbeitsfähig, daß es *im Laufe von drei Jahren kein einziges Mal* in vollem Bestande zusammentrat – das ist unglaublich, aber es ist eine Tatsache. Von den 45 Nummern der „Iskra" ist *keine einzige* (in redaktionell-technischer Hinsicht) von jemand anderm zusammengestellt worden als von Martow oder Lenin. Und außer Plechanow hat *kein einziges Mal* jemand eine *wichtige* theoretische Frage aufgeworfen. Axelrod hat überhaupt nicht mitgearbeitet (null

Artikel in der „Sarja"[9] und 3–4 in sämtlichen 45 Nummern der „Iskra"). Sassulitsch und Starower beschränkten sich auf Beiträge und Ratschläge, ohne *jemals* ausgesprochen redaktionelle Arbeit zu leisten. Welche Genossen als *führende politische Funktionäre* in die *Zentralstellen* zu wählen waren – das war nach der einen Monat währenden Arbeit des Parteitags allen seinen Teilnehmern sonnenklar.

Der auf dem Parteitag gemachte Vorschlag, die alte Redaktion zu bestätigen, bedeutete die *sinnlose Provokation eines Skandals.*

Sinnlos – weil sie zwecklos war. Hätte man sogar das Sechserkollegium bestätigt, so hätte ein Redaktionsmitglied (ich zum Beispiel) eine Überprüfung des Kollegiums und eine Untersuchung seiner inneren Beziehungen gefordert, und der Parteitag wäre verpflichtet gewesen, die Sache von vorn zu beginnen.

Die Provokation eines Skandals – weil die *Nichtbestätigung als Kränkung* empfunden werden mußte, während eine Neuwahl absolut nichts Kränkendes an sich hatte. Das ZK wird gewählt – gut, soll man ruhig auch das ZO wählen. Von der Bestätigung des OK ist keine Rede – gut, soll auch von der Bestätigung der alten Redaktion keine Rede sein.

Dadurch aber, daß die Martowleute die Bestätigung *forderten*, mußten sie natürlich den Protest des Parteitags *hervorrufen*, der Protest wurde empfunden als *Kränkung*, Beleidigung, *Hinauswurf*, Beseitigung... und man begann all die Schrecknisse zu erfinden, von denen sich jetzt die Phantasie der müßigen Klatschmäuler nährt!

Solange die Frage: Wahl oder Bestätigung erörtert wurde, hielt sich die Redaktion der Sitzung fern. Nach erbittert-leidenschaftlichen Debatten *beschloß der Parteitag: Die alte Redaktion wird nicht bestätigt.**

Erst nach diesem Beschluß kehrten die *ehemaligen* Redaktionsmitglieder in den Saal zurück. Martow erhebt sich nun und verzichtet *für sich* und seine Kollegen auf die Wahl, wobei er furchtbare und klägliche Worte gebraucht über einen „Belagerungszustand in der Partei" (für die nichtgewählten Minister?) und über „Ausnahmegesetze gegen einzelne Personen und Gruppen" (vom Schlage jener Leute, die der Partei im Namen

* Ein Anhänger Martows hielt dabei eine *solche* Rede, daß ein Delegierter nachher dem Sekretär zurief: Statt des Punktes setz eine Träne ins Protokoll! Besonders hitzig verteidigten die alte Redaktion die am tiefsten im *„Sumpf"* steckenden Leute.

der „Iskra" einen Rjasanow vorsetzen und die in der Kommission eines und auf dem Parteitag etwas anderes sagen?).

Ich antwortete ihm und wies auf die *unglaubliche politische Begriffsverwirrung* hin, die zum Protest gegen die Wahl, gegen die Überprüfung der Funktionärskollegien durch den Parteitag geführt habe.*

Die Wahlen ergaben: Plechanow, Martow, Lenin. *Martow lehnte wieder ab.* Kolzow (der drei Stimmen erhalten hatte) lehnte ebenfalls ab. Der Parteitag nahm daraufhin eine Resolution an, die den zwei Redaktionsmitgliedern des ZO den Auftrag gab, ein drittes Mitglied zu kooptieren, *sobald sie einen geeigneten Genossen gefunden haben würden.*

Dann wurden die drei Mitglieder des ZK gewählt, von denen der Genosse, der die Stimmzettel zählte, *dem Parteitag nur einen nannte* – ferner wurde (in geheimer Wahl, durch Zettelabgabe) das fünfte Mitglied des Rats der Partei gewählt.

Die Martowleute und der ganze „Sumpf" in ihrem Gefolge *gaben keine Zettel ab* und reichten darüber dem Büro eine schriftliche Erklärung ein.

Das war ein offenkundiger Schritt zur Spaltung, zur *Sprengung des Parteitags,* zur Nichtanerkennung der Partei. Als jedoch ein Vertreter des „Jushny Rabotschi" ganz offen erklärte, er *bezweifle* (sic!) die Rechtsgültigkeit der Parteitagsbeschlüsse, da schämte sich Martow und widersprach ihm, *indem er öffentlich erklärte, daß er an der Rechtsgültigkeit der Beschlüsse nicht zweifle.*

Leider entsprachen diesen guten und loyalen Worten Martows nicht seine (und seiner Anhänger) Handlungen und Taten...

Der Parteitag überwies dann an die „Protokollkommission" die Frage der Veröffentlichung der Protokolle und nahm 11 taktische Resolutionen an:

1. über Demonstrationen;
2. über die Gewerkschaftsbewegung;
3. über die Arbeit unter den Sektenanhängern;
4. über die Arbeit unter der studierenden Jugend;
5. über das Verhalten bei Vernehmungen;
6. über die Fabrikältesten;
7. über den Internationalen Kongreß 1904 in Amsterdam;

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 504. *Die Red.*

8. über die Liberalen (Resolution Starowers);
9. über die Liberalen (Resolution Plechanows);
10. über die Sozialrevolutionäre;
11. über die Parteiliteratur.

Dann wurde der Parteitag nach einer kurzen Rede, die alle an die Verbindlichkeit der Parteitagsbeschlüsse erinnerte, vom Vorsitzenden geschlossen.

Betrachte ich das Verhalten der Martowleute nach dem Parteitag, ihre Verweigerung der Mitarbeit (*worum die Redaktion des ZO sie offiziell gebeten hatte*), ihre *Verweigerung* der Arbeit für das ZK, ihre Boykottpropaganda – so kann ich nur sagen, daß das ein irrsinniger, eines Parteimitglieds unwürdiger Versuch ist, die Partei zu sprengen... und weshalb? *Nur* weil man unzufrieden ist mit der Zusammensetzung der Zentralstellen, denn *objektiv* war das die *einzige* Frage, in der wir uns trennten, die subjektiven Urteile aber (wie Kränkung, Beleidigung, Hinauswurf, Beseitigung, Verunglimpfung etc. etc.) *sind die Frucht gekränkter Eigenliebe und krankhafter Phantasie.*

Diese krankhafte Phantasie und diese gekränkte Eigenliebe führen geradewegs zu schändlichen *Klatschereien*, nämlich dazu, daß man, *ohne die Tätigkeit der neuen Zentralstellen kennengelernt und ohne sie gesehen zu haben*, Gerüchte verbreitet über ihre „Arbeitsunfähigkeit", über die „eiserne Hand" eines Iwan Iwanowitsch, die „Faust" eines Iwan Nikiforowitsch usw.

Die „Arbeitsunfähigkeit" der Zentralstellen nachweisen zu wollen, *indem man sie boykottiert*, ist eine noch nie dagewesene und unerhörte Verletzung der *Parteipflicht*, und keinerlei Sophismen können das verdecken: *Der Boykott ist ein Schritt zur Sprengung der Partei.*

Die russische Sozialdemokratie muß den letzten schwierigen Übergang vollziehen vom Zirkelwesen zum *Parteiprinzip*, vom Spießertum zur *Erkenntnis der revolutionären Pflicht*, vom Handeln auf Grund von Klatschereien und Zirkeleinflüssen zur *Disziplin*.

Wer die Parteiarbeit und die *Tätigkeit* für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hochschätzt, der wird so klägliche Sophismen wie den „rechtmäßigen" und „loyalen" Boykott der Zentralstellen nicht zulassen, der wird nicht zulassen, daß die Sache leidet und die Arbeit aufgehalten

wird, weil ein Dutzend Leute damit unzufrieden sind, daß sie und ihre Freunde nicht in die Zentralstellen hineingekommen sind, der wird nicht zulassen, daß Parteifunktionäre privat und geheim durch die Drohung, nicht mitzuarbeiten, durch Boykott, durch Entziehung der Geldmittel, durch Klatsch und verlogenes Geschwätz beeinflußt werden.

SCHIEFGEGANGEN!...

„Wenn nun aber Ihre überlauten, langatmigen und hochtrabenden Versicherungen schon allein durch ihren Charakter Mißtrauen hervorrufen?"

„Ich möchte sehen, wer es wagt, an meinen Worten zu zweifeln!"

„Nun, und wenn man trotzdem zweifelt?"

„Ich wiederhole, ich werde nicht gestatten, daß man an den Worten eines Revolutionärs zweifelt, ich werde vor nichts haltmachen, ich werde bis zu Ende gehen, ich werde entweder eine klare Mißtrauenserklärung oder einen klaren Widerruf fordern, ich..."

„Und wenn Ihre Forderung nach einer klaren Mißtrauenserklärung erfüllt wird?"

„Was soll das heißen?"

„Wenn man Ihnen klipp und klar sagt, daß man Ihnen nicht glaubt?"

„Ich werde jeden, der das zu sagen wagt, einen niederträchtigen Verleumder nennen, ich werde seine beispiellose Handlungsweise vor der ganzen Welt brandmarken..."

„Wenn man Ihnen aber als Antwort darauf systematisch nachweist, daß Ihr ganzes Verhalten schon längst nicht mehr gestattet, Ihnen Vertrauen entgegenzubringen?"

„Dann werde ich überall Proteste gegen diese brudermörderische Polemik sammeln, ich werde mich an alle mit gefühlvollen Worten wenden, ich werde von lauterer Wahrheit und lauterer Gerechtigkeit sprechen, von der durch unsaubere Hände besudelten kristallenen Reinheit, von der dicken und schmutzigen Kruste kleinlicher Eigenliebe, von der läuternden

Flamme, die meine Seele mit grenzenlosem Enthusiasmus erfüllt, ich werde meine Feinde mit Pontius Pilatus vergleichen..."

„Und wenn man Sie auf solche Reden hin mit Tartüff vergleicht?"

„Dann werde ich ein Schiedsgericht verlangen!"

„Man wird Ihnen ohne weiteres antworten, daß man Ihre Herausforderung mit Vergnügen annimmt, und wird vor allem vorschlagen, sich darüber zu verständigen, daß das Gericht die Frage untersuchen soll, ob Ihr Gegner berechtigt war, an der Glaubwürdigkeit Ihrer Erklärungen zu zweifeln."

„Dann... dann... dann werde ich erklären, daß es ‚*nach all dem Vorgefallenen*' lächerlich ist, von irgendeiner ‚*Verständigung*' irgendwelcher ‚*Parteien*' auch nur zu reden!"

*

So sah die, nach dem Ausdruck der „Rewoluzionnaja Rossija"[10], „beispiellose Kampagne anläßlich des Attentats vom zweiten April"[11] aus. Die ehrenwerte Zeitung will aus leicht begreiflichen Gründen nicht zugeben, daß sich die Sache wirklich so verhalten hat. Die ehrenwerte Zeitung verbirgt sich hinter einer ganzen Reihe von Ausflüchten, die wir genauer betrachten müssen.

Die „Rewoluzionnaja Rossija" wundert sich erstens, daß „an Stelle der organisierten russischen Sozialdemokratie", an die sich Balmaschows Kameraden gewandt hatten, die Redaktion der „Iskra" antwortet. Balmaschows Kameraden, sagt man uns, „haben auf ihren ganz bestimmten Vorschlag, der an eine ganz bestimmte Adresse gerichtet war, keine Antwort erhalten".

Das stimmt nicht, meine Herren. Ihr wißt ebensogut wie jeder andere, was die organisierte russische Sozialdemokratie darstellt, welcher Art *alle* unsere Organisationen sind. Über Nacht entstehen bei uns keine Organisationen, wie das bei manchen anderen Leuten der Fall ist. Wir haben die Parteikomitees, die „Iskra" und das OK, das seit langem den II. Parteitag vorbereitet. An welche „bestimmte Adresse" habt ihr euch denn gewandt? An die Adresse des II. Parteitags? An die Adresse des OK? Nein, entgegen euren Worten von der *bestimmten* Adresse habt ihr diese Adresse *in keiner Weise* bestimmt. Ihr habt selber festgestellt, daß die „Iskra" von der Mehrheit der Komitees anerkannt ist, und darum konnte

euch niemand anders antworten als die „Iskra". Erkennt unser II. Parteitag die „Iskra" als Parteiorgan an, so wird sich die Antwort der „Iskra" als Antwort der Partei erweisen. Tut er es nicht, so werdet ihr es mit einem anderen Organ zu tun haben. Das ist eine so einfache Sache, daß jedes kleine Kind sie verstehen müßte.

Die „Rewoluzionnaja Rossija" „wundert sich, warum man uns an Stelle einer klaren Antwort auf den klaren Vorschlag der Kameraden Balmaschows" (ein Vorschlag, der angeblich der Sozialdemokratie die Möglichkeit geben sollte, sich über die wirklichen Hintergründe der Tat vom 2. April zu informieren) „den Vorschlag macht, sie sollten sich und die ‚Iskra' als zwei streitende Seiten betrachten, zwischen denen nach all dem Vorgefallenen irgendwelche Vorbesprechungen und eine Verständigung über die Fragestellung möglich sind". Die „Rewoluzionnaja Rossija" behauptet also jetzt, man habe uns nicht ein Schiedsgericht vorgeschlagen, sondern nur die Möglichkeit geben wollen, uns zu informieren. Das stimmt nicht. Die „Erklärung" in Nr. 27 der „Rewoluzionnaja Rossija" spricht wörtlich von einer „nicht nachgeprüften Beschuldigung der Verleumdung" (seitens der „Iskra"), von einer *Nachprüfung* dieser Beschuldigung, sie spricht davon, daß man „einem Menschen, auf dessen Gewissenhaftigkeit und konspirative Zuverlässigkeit sowohl wir als auch das Zentralorgan (man beachte!) der russischen Sozialdemokratie bauen könnten, die entsprechenden Beweise" *zur Verfügung stellen* solle. „Nachprüfung der Beschuldigung" und „Untersuchung der Beweise" durch einen Menschen, dem Ankläger und Angeklagter gleichermaßen vertrauen – ist das kein Schiedsgericht? Ist das nur ein Vorschlag, sich zu informieren?? Witzbolde seid ihr, meine Herren! Nachdem ihr bereits vorgeschlagen habt, man solle sich über die Wahl eines gewissenhaften Menschen verständigen, erklärt ihr jetzt mit der unnachahmlich stolzen Miene eines ertappten Nosdrjow*, es sei keine Verständigung möglich!

Die „Rewoluzionnaja Rossija" „fragt weiter, über wen sich die ‚Iskra' lustig macht, wenn sie von einer Verständigung über die Fragestellung spricht, gleichzeitig aber ihre eigene Fragestellung dekretiert und kategorisch erklärt, eine andere könne es nicht geben". Vor Gericht vertritt jeder kategorisch seine Meinung und erklärt, sie sei die einzig richtige.

* Nosdrjow – Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

Anstatt nun aber auch seine eigene *bestimmte* Fragestellung zu geben, fängt unser stolzer Gegner an, sich aufzuplustern und seine ach so edle Denkweise herauszustreichen!

Nachdem sich die „Rewoluzionnaja Rossija" genügend aufgeplustert hat, geruht sie immerhin, auch unserer Fragestellung einige Bemerkungen zu widmen. Ihrer Meinung nach macht die „Iskra" Ausflüchte und tritt den Rückzug an. Es handle sich gar nicht darum, „daß die Kampforganisation einen Anschlag unternommen hat auf das Recht der ‚Iskra', frei zu denken (!), über politische Handlungen von ihrem Standpunkt aus zu urteilen und sogar (sic!) innerlich an allem und jedem zu zweifeln". Dieses „innerlich zu zweifeln" ist wahrhaft unübertrefflich. Die „Kampforganisation" ist so außerordentlich liberal, daß sie (jetzt, nach mehr als einjährigem Kampf) bereit ist, uns zu gestatten, *sogar* zu zweifeln – aber nur innerlich, d. h. vermutlich so, daß niemand außer dem Zweifelnden selbst etwas davon erfährt... Vielleicht gestatten uns diese tapferen Kämpen auch nur, im stillen „frei zu urteilen"?

„Man könnte meinen", sagt die „Rewoluzionnaja Rossija", „nur die Weigerung der ‚Iskra', sich dieser Forderung zu fügen, sei der Anlaß zu ihrer Beschuldigung der Verleumdung gewesen." Es folgen Zitate aus dem Artikel „Die Tartüffs der revolutionären Moral" und die Bemerkung, daß „hier nicht die Rede ist von irgendwelchen bescheidenen und unbestimmten Zweifeln, sondern von sehr unbescheidenen und sehr bestimmten Beschuldigungen".

Wir fordern den Leser auf, sich einige allgemein bekannte Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen. In Nr. 20 der „Iskra" (vom 1. Mai 1902) geben wir über Balmaschows Tat unser Urteil ab, ohne eine Ahnung von irgendeiner Kampforganisation zu haben. Diese Kampforganisation schreibt uns einen Brief, in dem sie verlangt, daß wir die Beweggründe für Balmaschows Entschluß in ihren offiziellen Erklärungen suchen. Wir werfen diesen Brief einer unbekannten Organisation stillschweigend in den Papierkorb. Der Brief erscheint in Nr. 7 der „Rewoluzionnaja Rossija" (Juni 1902), deren Redaktion schon allein aus Anlaß unseres Schweigens ein Geheul anstimmt, wir hätten auf die moralische Seite der Tat einen Schatten geworfen, die Bedeutung dieser Tat herabgesetzt usw. Wir antworten mit dem Artikel „Eine aufgezwungene Polemik" (Nr. 23 der „Iskra" vom 1. August 1902), in dem wir über den zürnenden Jupiter

spotten, unser Urteil über die Tat vom 2. April aufrechterhalten und erklären, Balmaschows Zugehörigkeit zu einer „Kampforganisation" sei für uns „mehr als zweifelhaft". Darauf erheben die Herren Sozialrevolutionäre, die von uns die äußerliche Bekundung unserer inneren Zweifel erlangt haben, ein hysterisches Geschrei über „beispiellose Handlungsweise" und sprechen nun von nicht mehr und nicht weniger als von „Schmutz" und von „Insinuation" (Nr. 11 der „Rewoluzionnaja Rossija", September 1902).

Das sind in kurzen Strichen die Hauptmomente unseres literarischen Streites. Jemand, der ausgezeichnet weiß, daß der Gegner seinen Worten stillschweigendes Mißtrauen entgegenbringt, setzt diesem in aller Öffentlichkeit das Messer an die Kehle und fordert eine offene Erklärung entweder des Vertrauens oder des Mißtrauens, und nachdem ihm letzteres ausgesprochen worden ist, schlägt er sich an die Brust und klagt urbi et orbi*, welch edeldenkendes Wesen er sei und wie schmählich man ihn gekränkt habe. Erinnert ein solches Verhalten nicht an Nosdrjow? Ist das nicht revolutionäre Spiegelfechterei? Hat ein solcher Mensch nicht den Namen Tartüff verdient?

Woraus schließt die „Rewoluzionnaja Rossija", daß wir den Rückzug antreten, weil wir für den Artikel und für die Artikel über die Tartüffs nicht die Verantwortung tragen wollen? Aus dem Umstand, daß in unserer Fragestellung die Hauptpunkte dieser Artikel nicht enthalten sind? Aber hat man uns denn ein Gericht wegen irgendwelcher bestimmter Artikel vorgeschlagen oder wegen der ganzen Einstellung der „Iskra" zu den Beteuerungen der „Partei der Sozialrevolutionäre"? Wird denn nicht gleich zu Beginn der Erklärung der Kameraden Balmaschows in Nr. 27 der „Rewoluzionnaja Rossija" gerade der Ausgangspunkt des ganzen Streites zitiert – die Worte in Nr. 23 der „Iskra", daß Balmaschows Zugehörigkeit zu einer „Kampforganisation" für sie mehr als zweifelhaft sei? Wir können der „Rewoluzionnaja Rossija" versichern, daß wir für *alle* unsere Artikel die Verantwortung tragen und bereit sind, unsere Fragen für das Gericht durch Hinweise auf *jede beliebige* Nummer der „Iskra" zu ergänzen, bereit sind, vor jedermann den Beweis zu erbringen, daß wir das volle moralische Recht und jeden vernünftigen Grund hatten, jene Publizisten der „Rewoluzionnaja Rossija", die sich anläßlich unseres vermes-

* vor aller Welt. *Die Red.*

senen Zweifels an der Glaubwürdigkeit ihrer Worte bis zu den von uns oben angeführten Ausdrücken verstiegen, als Tartüffs zu bezeichnen.

„Rückzug und Ausflüchte", in der Tat, aber von wessen Seite? Etwa nicht von seiten jener Leute, die *jetzt* großmütig bereit sind, uns das Recht des freien Urteils und der inneren Zweifel zuzugestehen, und die sich *über ein Jahr* lang mit widerwärtig hochtrabenden Deklamationen befaßten, weil die „Iskra" hartnäckig zu zweifeln fortfuhr und immer wieder bewies, daß es die Pflicht eines jeden ernsten Menschen ist, an der revolutionären Schönrednerei zu zweifeln? Als ihr dann saht, daß die gefühlvollen Worte über die hohe Ehrbarkeit in Wirklichkeit bei den Zuhörern nur noch Lachen und kein Schluchzen hervorriefen, da wolltet ihr eine neue Sensation und tratet mit der Forderung eines Schiedsgerichts auf. Das sensationslüsterne Publikum der Auslandskolonien rieb sich vergnügt die Hände und tuschelte lebhaft: „Sie haben sie vor Gericht zitiert... Endlich! Jetzt werden wir sehen." Und jetzt sahen sie – den letzten Auftritt einer Posse, deren Held mit der unnachahmlich gekränkten Miene eines edlen Mannes erklärte, „nach all dem Vorgefallenen" sei keine Verständigung darüber möglich, welche Frage man einem Gericht vorlegen solle.

Fahrt ruhig in diesem Geiste fort, meine Herren! Aber merkt euch, daß kein Schwall erbärmlicher Worte uns hindern wird, unsere Pflicht zu erfüllen: Phrasendrescherei und Mystifikation anzuprangern, wo immer sie auch auftreten – in den „Programmen" revolutionärer Abenteurer, in ihren flittergoldenen Reden oder in erhabenen Predigten über die lautere Wahrheit, die läuternde Flamme, die kristallene Reinheit und über vieles andere.

„Iskra" Nr. 48,
15. September 1903.

Nach dem Text der „Iskra".

PLAN DER BRIEFE ÜBER DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN JUGEND

Die Briefe über *die Aufgaben der revolutionären Jugend* könnte man nach folgendem Plan gliedern:

I. Was stellt die heutige Studentenschaft dar, und worin besteht die Aufgabe ihrer ideologischen Einigung?

II. Die Bedeutung des Marxismus für die Revolutionierung der Studentenschaft (innerhalb der revolutionären Bewegung).

III. Die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre in Rußland. Ihre Verschiedenheit in Theorie und Taktik. Der Terror.

IV. Fragen der Studentenorganisation vom Standpunkt der „Revolutionierung der Studentenschaft".

V. Studentenschaft und Arbeiterklasse (?).

Ideologische Einigung = eine gewisse ideologische Indifferenz. Allgemeines Argument — die verschiedenen Gruppen in der Studentenschaft. Analyse, welche Gruppen, ihre Zufälligkeit respektive ihre Notwendigkeit.

Die Kulturreformer in den verschiedenen Gesellschaftsklassen.
„ „ als Basis der Liberalen.

Die ungenügende Klassenbestimmtheit der sechs Gruppen: die Selbstherrschaft bestimmt am meisten (Reaktionäre – Kulturreformer – Liberale). Kleinbürgertum, Arbeiterschaft, Bourgeoisie – hier werden schon *klassenmäßige* Gruppierungen* sichtbar.

* Keine Schöpfung „der letzten Tage" (die sozialistische Intelligenz), sondern eine Schöpfung, die ein halbes Jahrhundert alt ist und etwa mit dem Zirkel der Petraschewskileute[12] angefangen hat.

Die fortschrittliche Bedeutung der klassenmäßigen (und politischen) Differenzierung. *Ein Beispiel. Die Akademisten und ihre Absonderung von den „Liberalen"*. Diese Absonderung stört nicht, sondern fördert die politische Ausnutzung (die Entwicklung, das Wachstum).

„Ideologische Einigung". Quid est?* Wessen mit wem? Akademisten + Liberale? Liberale + Sozialisten?

Nur Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten?

Ideologische Einigung = Verbreitung bestimmter Ideen, *Klärung* der Klassengegensätze, ideologische Abgrenzung.

Ideologische Einigung = Verbreitung von Ideen, *die geeignet sind vorwärtszuführen*, von Ideen der fortschrittlichen Klasse.

Der revolutionäre Marxismus, sein Auftreten in Europa vor 1848, seine Rolle in Westeuropa und Rußland.

{ *einfügen*: über das „superkluge"** Gerede, daß die bürgerliche Studentenschaft nicht vom Sozialismus durchdrungen werden könne. }

Geschrieben August—September 1903.
Zuerst veröffentlicht 1924 in Nr. 1 der Zeitschrift „Krasnaja Molodjosh" (Rote Jugend).

Nach dem Manuskript.

* Was ist das? *Die Red.*

** „superkluge" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN JUGEND

ERSTER BRIEF[13]

Die redaktionelle Erklärung der Zeitung „Student"[14], die zuerst, wenn wir nicht irren, in Nr. 4 (28) des „Oswoboshdenije"[15] veröffentlicht wurde und die auch der „Iskra" zuging, zeugt unseres Erachtens von einem beachtlichen Schritt vorwärts, der in den Anschauungen der Redaktion seit dem Erscheinen der Nr. 1 des „Student" erfolgt ist. Herr Struve machte keinen Fehler, als er sich mitzuteilen beeilte, daß er mit den in der Erklärung dargelegten Ansichten nicht einverstanden sei: diese Ansichten sind tatsächlich grundverschieden von jener Richtung des Opportunismus, die das liberal-bürgerliche Organ so konsequent und eifrig vertritt. Die Redaktion des „Student", die anerkennt, daß „das revolutionäre Gefühl *allein* keine ideologische Einigung der Studentenschaft bewirken kann", daß „zu diesem Zweck ein sozialistisches Ideal notwendig ist, das sich auf diese oder jene sozialistische Weltanschauung stützt", und zwar auf eine „bestimmte, einheitliche" Weltanschauung, hat mit der ideologischen Indifferenz und dem theoretischen Opportunismus bereits grundsätzlich gebrochen und die Frage der Mittel zur Revolutionierung der Studentenschaft auf eine richtige Basis gestellt.

Vom landläufigen Standpunkt des vulgären „Revolutionarismus" aus gesehen, erfordert die ideologische Einigung der Studentenschaft allerdings keine einheitliche Weltanschauung, sie schließt diese vielmehr aus; ideologische Einigung bedeutet „Duldsamkeit" gegenüber verschiedenartigen revolutionären Ideen, setzt Verzicht auf ein entschiedenes Bekenntnis zu einem bestimmten Ideenkreis voraus, kurzum, ideologische Einigung setzt, vom Standpunkt dieser weisen Politikaster, eine gewisse ideologische Indifferenz voraus (natürlich mehr oder weniger geschickt

verhüllt durch abgedroschene Formeln über die Großzügigkeit der Ansichten, über die Wichtigkeit der Einheit um jeden Preis und unverzüglich usw. usf.). Als ziemlich plausible, ja auf den ersten Blick sehr überzeugende Beweisführung für eine solche Fragestellung dient stets der Hinweis auf die allbekannte und unbestrittene Tatsache, daß es in der Studentenschaft den politischen und sozialen Ansichten nach recht unterschiedliche Gruppen gibt und wohl oder übel geben muß und daß deshalb die Forderung nach einer einheitlichen und bestimmten Weltanschauung unweigerlich einige dieser Gruppen abstoßen – folglich die Einigung stören, folglich statt einträchtiger Arbeit Streitigkeiten hervorrufen, folglich die Kraft des gemeinsamen politischen Ansturms schwächen wird usw. ohne Ende.

Sehen wir uns diese plausible Beweisführung näher an. Nehmen wir zum Beispiel die Einteilung der Studentenschaft nach Gruppen in Nr. 1 des „Student" – in dieser ersten Nummer war die Forderung einer bestimmten und einheitlichen Weltanschauung von der Redaktion noch nicht aufgestellt worden, die man daher schwerlich der Voreingenommenheit für die sozialdemokratische „Engstirnigkeit" verdächtigen konnte. Der redaktionelle Artikel in Nr. 1 des „Student" unterscheidet in der heutigen Studentenschaft vier Hauptgruppen: 1. „die gleichgültige Menge" – „Leute, die der Studentenbewegung völlig indifferent gegenüberstehen"; 2. „Akademisten" – Anhänger von Studentenbewegungen auf ausschließlich akademischem Boden; 3. „Gegner der Studentenbewegungen überhaupt – Nationalisten, Antisemiten usw."; 4. „Politiker" – Anhänger des Kampfes für den Sturz des Zarendespotismus. „Diese Gruppe besteht ihrerseits aus zwei entgegengesetzten Elementen – aus einer rein bürgerlichen politischen Opposition, die revolutionär gesinnt ist, und – aus einer Schöpfung der letzten Tage (erst der letzten Tage? *N. Lenin*), nämlich dem sozialistisch gesinnten, revolutionären intellektuellen Proletariat." Zieht man in Betracht, daß die zweite Untergruppe wiederum, wie jedermann bekannt, in sozialrevolutionäre und sozialdemokratische Studenten zerfällt, so erweist sich, daß es in der heutigen Studentenschaft *sechs* politische Gruppen gibt: Reaktionäre, Gleichgültige, Akademisten, Liberale, Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten.

Es fragt sich: Ist diese Gruppierung vielleicht zufällig? ist sie vielleicht durch vorübergehende Stimmungen hervorgerufen? Es genügt, diese Frage

geradeheraus zu stellen, um von jedem, der mit der Sache einigermaßen vertraut ist, sofort eine verneinende Antwort zu erhalten. Eine andere Gruppierung könnte es ja in unserer Studentenschaft gar nicht geben, denn sie ist der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz, die Intelligenz aber heißt gerade darum Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt. Die Studentenschaft wäre nicht, was sie ist, wenn ihre politische Gruppierung nicht der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft entspräche – „entspräche" nicht im Sinne einer vollständigen Proportionalität zwischen den Studentengruppen und den gesellschaftlichen Gruppen nach Stärke und Zahl, sondern im Sinne des notwendigen und unvermeidlichen Vorhandenseins eben jener Gruppen, die es in der Gesellschaft gibt, auch innerhalb der Studentenschaft. Für die gesamte russische Gesellschaft mit ihrer (verhältnismäßig) schwachen Entwicklung der Klassenantagonismen, mit ihrer politischen Unberührtheit, mit ihren durch den Polizeidespotismus eingeschüchterten und niedergedrückten gewaltigen Bevölkerungsmassen – sind eben diese sechs Gruppen kennzeichnend: Reaktionäre, Gleichgültige, *Kulturreformer*, Liberale, Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Statt „Akademisten" habe ich hier „Kulturreformer" eingesetzt, d. h. Anhänger des legalen Fortschritts ohne politischen Kampf, eines Fortschritts auf dem Boden der Selbstherrschaft. Solche Kulturreformer gibt es in allen Schichten der russischen Gesellschaft, und überall beschränken sie sich, ähnlich den „Akademisten" unter den Studenten, auf einen kleinen Kreis von Berufsinteressen, auf Verbesserungen in den einschlägigen Zweigen der Volkswirtschaft oder der staatlichen und örtlichen Verwaltung, überall halten sie sich ängstlich fern von der „Politik", ohne die „Politiker" der verschiedenen Richtungen voneinander zu unterscheiden (ebensowenig, wie das die Akademisten tun); als Politik aber bezeichnen sie all und jedes, was sich auf ... die Form der Regierung bezieht. Die Schicht der Kulturreformer war immer und ist noch heute die breite Grundlage unseres Liberalismus: in „friedlichen" Zeiten (d. h., ins „Russische" übersetzt, in Zeiten politischer Reaktion) fallen die Begriffe Kulturreformer und Liberaler fast völlig zusammen, ja sogar in Kriegszeiten, in Zeiten des Aufschwungs der gesellschaftlichen Stimmung, in Zeiten des wachsenden Ansturms gegen

die Selbstherrschaft bleibt der Unterschied zwischen diesen Begriffen häufig verschwommen. Der russische Liberale hört, selbst wenn er in einer Zeitschrift, die ohne Zensur im Ausland erscheint, mit einem unumwundenen und offenen Protest gegen die Selbstherrschaft vor die Öffentlichkeit tritt, dennoch nicht auf, sich vor allem als Kulturreformer zu fühlen, und so kommt es immer wieder vor, daß er unwillkürlich in einen knechtseligen oder, wenn man will, legalen, loyalen, untertänigen Ton verfällt: siehe das „Oswoboshdenije".

Das Fehlen einer bestimmten und für alle klar sichtbaren Grenze zwischen Kulturreformern und Liberalen kennzeichnet überhaupt die ganze politische Gruppierung der russischen Gesellschaft. Man könnte uns vielleicht sagen, daß die oben angeführte Teilung in sechs Gruppen nicht richtig sei, weil sie der Klassenteilung der russischen Gesellschaft nicht entspricht. Aber ein solcher Einwand wäre nicht stichhaltig. Die Klassenteilung stellt natürlich den tiefsten Untergrund der politischen Gruppierung dar; sie bestimmt natürlich *letzten Endes* immer diese Gruppierung. Aber dieser tiefe Untergrund enthüllt sich erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und in dem Maße, wie die Bewußtheit der Teilnehmer und Schöpfer dieser Entwicklung wächst. Zu diesem „letzten Ende" gelangt man erst durch den politischen Kampf – manchmal im Ergebnis eines langen, hartnäckigen, Jahre und Jahrzehnte währenden Kampfes, der sich bald stürmisch in verschiedenen politischen Krisen äußert, bald abebbt und für einige Zeit scheinbar aufhört. Es ist kein Zufall, daß es z. B. in Deutschland, wo der politische Kampf besonders scharfe Formen annimmt und wo die fortgeschrittenste Klasse – das Proletariat – besonders klassenbewußt auftritt, noch solche Parteien (und mächtige Parteien) wie das Zentrum gibt, das seinen ungleichartigen (und im allgemeinen unbedingt antiproletarischen) Klasseninhalt mit konfessionellen Merkmalen verhüllt. Um so weniger darf man sich darüber wundern, daß der Klassenursprung der heutigen politischen Gruppen in Rußland sehr stark verdunkelt wird durch die politische Rechtlosigkeit des ganzen Volkes, durch die Herrschaft der ausgezeichnet organisierten, ideologisch einheitlichen und traditionell in sich abgekapselten Bürokratie. Man muß sich eher darüber wundern, daß die europäisch-kapitalistische Entwicklung Rußlands, trotz dessen asiatischer Staatsordnung, der politischen Gruppierung der Gesellschaft bereits einen so starken Stempel aufdrücken konnte.

Die fortgeschrittenste Klasse jedes kapitalistischen Landes, das Industrieproletariat, hat auch bei uns bereits den Weg der organisierten Massenbewegung unter der Führung der Sozialdemokratie, unter dem Banner des Programms beschritten, das seit langem zum Programm des gesamten internationalen klassenbewußten Proletariats geworden ist. Die Kategorie der Leute, die der Politik gleichgültig gegenüberstehen, ist natürlich in Rußland unvergleichlich zahlreicher als in irgendeinem anderen europäischen Land, aber auch bei uns kann von einer primitiven und ursprünglichen Unberührtheit dieser Kategorie keine Rede mehr sein: die Gleichgültigkeit der nicht klassenbewußten Arbeiter – zum Teil auch der Bauern – wird immer häufiger abgelöst von Ausbrüchen politischer Gärung und aktiven Protestes, was anschaulich beweist, daß *diese* Gleichgültigkeit nichts gemein hat mit der Gleichgültigkeit satter Bürger und Kleinbürger. Die Klasse der Kleinbürger, die in Rußland mit seinem verhältnismäßig noch schwach entwickelten Kapitalismus besonders zahlreich ist, beginnt einerseits zweifellos schon bewußte und folgerichtige Reaktionäre hervorzubringen, anderseits, und das ist viel häufiger der Fall, hebt sie sich noch sehr wenig von der Masse des dumpfen und bedrückten „werktätigen Volkes" ab, findet sie ihre Ideologen in den breiten Schichten der Rasnotschinzen*-Intelligenz, die eine noch ganz ungefestigte Weltanschauung hat und unbewußt demokratische und primitiv sozialistische Ideen vermengt. Eben diese Ideologie kennzeichnet die alte russische Intelligenz, sowohl den rechten Flügel ihres liberal-volkstümlerischen Teils als auch den radikalsten – die „Sozialrevolutionäre".

Ich habe gesagt: die „alte" russische Intelligenz. Es tritt bei uns bereits eine *neue* in Erscheinung, deren Liberalismus fast ganz gesäubert ist (natürlich nicht ohne Hilfe des russischen Marxismus) von den primitiven Volkstümlerideen und dem verschwommenen Sozialismus. Die Bildung einer wirklichen bürgerlich-liberalen Intelligenz schreitet bei uns mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts, insbesondere dank dem Umstand, daß an diesem Prozeß so wendige und für Modeströmungen des Opportunismus so empfängliche Leute wie die Herren Struve, Berdjajew, Bulgakow und Co. teilnehmen. Was schließlich die nicht zur Intelligenz gehörenden

* Rasnotschinzen — Angehörige der Intelligenz, hervorgegangen aus der Geistlichkeit, der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. *Der Übers.*

liberalen und reaktionären Schichten der russischen Gesellschaft anbelangt, so ist ihre Verbindung mit den Klasseninteressen dieser oder jener Gruppen unserer Bourgeoisie und unserer Grundeigentümer genügend klar für jeden, der zum Beispiel mit der Tätigkeit unserer Semstwos, Dumas, Börsen- und Messekomitees usw. einigermaßen vertraut ist.

Wir sind also zu dem unanfechtbaren Schluß gelangt, daß die politische Gruppierung unserer Studentenschaft nicht zufällig, sondern notwendig und unvermeidlich gerade so ist, wie wir sie oben, in Übereinstimmung mit Nr. 1 der Zeitung „Student", geschildert haben. Nachdem diese Tatsache feststeht, macht es keine Mühe mehr, die strittige Frage zu klären, was eigentlich unter „ideologischer Einigung der Studentenschaft", unter ihrer „Revolutionierung" usw. zu verstehen ist. Auf den ersten Blick erscheint es sogar äußerst merkwürdig, daß eine so einfache Frage zu einer Streitfrage werden konnte. Wenn die politische Gruppierung der Studentenschaft der politischen Gruppierung der Gesellschaft entspricht, bedeutet das dann nicht an sich schon, daß man unter „ideologischer Einigung" der Studentenschaft nur eines von beiden verstehen kann: Entweder die Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Studenten für einen ganz bestimmten Kreis sozialer und politischer Ideen oder die möglichst enge Annäherung zwischen den Studenten einer bestimmten politischen Gruppe und den Vertretern dieser Gruppe außerhalb der Studentenschaft? Ist es nicht an sich schon klar, daß man von der Revolutionierung der Studentenschaft nur vom Standpunkt einer ganz bestimmten Auffassung über Inhalt und Charakter dieser Revolutionierung sprechen kann? Für einen Sozialdemokraten zum Beispiel bedeutet sie erstens die Verbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar „sozialistisch" und „revolutionär" nennen, aber mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische, darunter auch die akademische Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen.

Wie diese einfache und klare Frage verwirrt wurde und sich als Streitfrage erwies – das ist eine sehr lehrreiche und sehr bezeichnende Geschichte. Der Streit wurde ausgetragen zwischen der „Rewoluzionnaja Rossija" (Nr. 13 und 17) und der „Iskra" (Nr. 31 und 35), und zwar an-

läßlich des „offenen Briefes" des Kiewer Bundesrates der vereinigten Landsmannschaften und Studentenorganisationen (veröffentlicht in Nr. 13 der „Rewoluzionnaja Rossija" und in Nr. 1 des „Student"). Der Kiewer Bundesrat fand den Beschluß des II. Allrussischen Studentenkongresses von 1902 „engstirnig", demgemäß die Studentenorganisationen mit den Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Verbindung stehen sollten, wobei man die ganz offenkundige Tatsache, daß ein gewisser Teil der Studentenschaft aus verschiedenen Gegenden mit der „Partei der Sozialrevolutionäre" sympathisiert, wohlweislich durch ganz „unvoreingenommene" und ganz unhaltbare Erwägungen darüber bemäntelte, daß die „Studentenschaft als solche sich weder der Partei der Sozialrevolutionäre noch der Partei der Sozialdemokraten vollständig anschließen kann". Die „Iskra" wies auf die Unhaltbarkeit dieser Behauptung hin, während die „Rewoluzionnaja Rossija" sie selbstverständlich mit Leib und Seele verteidigte und die „Entzweiungs- und Spaltungsfanatiker" der „Iskra" der „Taktlosigkeit" und der mangelnden politischen Reife beschuldigte.

Nach allem oben Gesagten tritt die Unsinnigkeit dieser Behauptung nur allzu klar zutage. Es handelt sich darum, welche politische Rolle die Studentenschaft spielt. Und da soll man nun zuerst die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Studentenschaft von der übrigen Gesellschaft nicht losgelöst ist und deshalb stets und unvermeidlich die ganze politische Gruppierung der Gesellschaft widerspiegelt. Und dann beginnt man mit geschlossenen Augen große Reden zu schwingen über die Studentenschaft als solche oder über die Studentenschaft im allgemeinen. Als Schlußfolgerung ergibt sich... der Schaden von Entzweiungen und Spaltungen, die mit dem Anschluß an diese oder jene politische Partei verbunden sind. Es liegt auf der Hand, daß man, um diesen absonderlichen Gedankengang zu Ende zu führen, vom politischen Boden auf den Boden des Beruflichen oder des Studiums hinüberspringen mußte. Und die „Rewoluzionnaja Rossija" macht in dem Artikel „Studentenschaft und Revolution" (Nr. 17) eben einen solchen Salto mortale, sie beruft sich erstens auf die gemeinsamen Interessen, den gemeinsamen Kampf der Studenten und zweitens auf die Studienziele der Studentenschaft, die Aufgaben der Vorbereitung auf die bevorstehende gesellschaftliche Tätigkeit, die Aufgaben der Herausbildung bewußter politischer Kämpfer. Diese beiden Hinweise sind

durchaus gerechtfertigt – nur haben sie mit der Sache nichts zu tun und verwirren lediglich die Frage. Es geht hier um die *politische* Tätigkeit, die ihrem ureigenen Wesen nach untrennbar mit dem Kampf der Parteien verbunden ist und unweigerlich die *Wahl* einer bestimmten Partei verlangt. Wie kann man sich vor dieser Wahl mit der Ausrede drücken, daß für *jede* politische Tätigkeit eine sehr ernste wissenschaftliche Vorbereitung, die „Herausbildung" fester Anschauungen notwendig ist, oder daß sich keine politische Arbeit auf Zirkel von Politikern einer bestimmten Richtung beschränken darf, sondern *jede* in immer breitere Bevölkerungsschichten eindringen muß, daß sie den Berufsinteressen jeder Schicht entsprechen, die berufsbedingte Bewegung mit der politischen vereinigen, die erste auf die Höhe der zweiten heben muß?? Zeigt doch allein die Tatsache, daß die Leute, um ihre Stellung zu verteidigen, zu solchen Ausreden ihre Zuflucht nehmen müssen, höchst anschaulich, in welchem Maße es ihnen selbst an klaren wissenschaftlichen Überzeugungen und an einer festen politischen Linie gebricht! Von welcher Seite man an die Sache auch herangeht, man findet immer wieder aufs neue die alte Wahrheit bestätigt, welche von den Sozialdemokraten seit langem gepredigt wird, die sowohl in wissenschaftlich-theoretischer wie auch in praktisch-politischer Beziehung den Eiertanz der Sozialrevolutionäre – zwischen dem Marxismus auf der einen, dem westeuropäischen „kritischen" Opportunismus auf der zweiten und der russischen kleinbürgerlichen Volkstümlerrichtung auf der dritten Seite – bekämpfen.*

In der Tat, man stelle sich einigermaßen entwickelte politische Verhältnisse vor und betrachte, wie unsere „Streitfrage" dann praktisch steht. Nehmen wir an, wir hätten eine Partei der Klerikalen, eine Partei der Liberalen und eine Partei der Sozialdemokraten vor uns. Sie wirken, sagen wir, in bestimmten Gegenden unter gewissen Schichten der Studentenschaft und meinetwegen auch der Arbeiterklasse. Sie bemühen sich, möglichst viele einflußreiche Vertreter der einen wie der anderen Schicht für sich zu gewinnen. Es fragt sich nun, wäre es denkbar, daß sie sich gegen die Wahl irgendeiner bestimmten Partei durch diese Vertreter auf-

* Selbstverständlich erfordert der Satz von der Inkonsequenz und den inneren Widersprüchen im Programm und in der Taktik der Sozialrevolutionäre eine besondere, ausführliche Erläuterung. Wir hoffen, in einem der nächsten Briefe auf diese Frage näher eingehen zu können.

lehnen mit der Begründung, daß es gewisse gemeinsame Studien- und Berufsinteressen der gesamten Studentenschaft und der gesamten Arbeiterklasse gibt? Das wäre dasselbe, als wollte man die Notwendigkeit des Kampfes der Parteien mit dem Hinweis auf die Buchdruckerkunst bestreiten, die für alle Parteien ohne Unterschied von so großem Nutzen ist. Es gibt in den zivilisierten Ländern keine einzige Partei, die nicht verstünde, von welch ungeheurem Nutzen möglichst umfassende und gut organisierte Studenten- und Berufsverbände sind, aber jede Partei strebt danach, daß eben ihr Einfluß in diesen Verbänden überwiegt. Wenn von diesen oder jenen Einrichtungen gesagt wird, sie seien an keine Partei gebunden, wer wüßte da nicht, daß das meist nichts anderes ist als eine heuchlerische Redensart im Munde der herrschenden Klassen, die gern die Tatsache vertuschen möchten, daß die bestehenden Einrichtungen in 99 von 100 Fällen schon von einem ganz bestimmten politischen Geist durchdrungen sind? Unsere Herren Sozialrevolutionäre singen aber im Grunde genommen gerade Loblieder auf die „Unparteilichkeit". Man nehme z. B. folgenden Gefühlserguß der „Rewoluzionnaja Rossija" (Nr. 17): „Was ist denn das für eine kurzsichtige Taktik, wenn eine revolutionäre Organisation in jeder anderen selbständigen, ihr nicht untergeordneten Organisation unbedingt einen *Konkurrenten* sehen will, der vernichtet werden muß, in dessen Reihen unbedingt Entzweiung, Uneinigkeit, Desorganisation hineingetragen werden muß?" Das bezieht sich auf den Aufruf der Moskauer sozialdemokratischen Organisation im Jahre 1896, die der Studentenschaft den Vorwurf macht, sie habe sich in den letzten Jahren in dem engen Kreis ihrer Universitätsinteressen abgekapselt, und die von der „Rewoluzionnaja Rossija" belehrt wird, daß das Bestehen der Studentenorganisation denjenigen, der „sich in revolutionärer Beziehung festgelegt hat", niemals hindert, seine Kräfte der Arbeitersache zu widmen.

Man sehe bloß, welche Verwirrung hier herrscht. Eine Konkurrenz ist nur möglich (und unvermeidlich) zwischen einer politischen und einer ebenfalls politischen Organisation, zwischen politischen und ebenfalls politischen Bestrebungen. Zwischen einem Verein für gegenseitige Hilfe und einem revolutionären Zirkel ist eine Konkurrenz unmöglich, und wenn die „Rewoluzionnaja Rossija" letzterem den Wunsch zuschreibt, ersteren unbedingt zu vernichten, so redet sie baren Unsinn. Ist aber in diesem Verein für gegenseitige Hilfe ein gewisses politisches Streben zu-

tage getreten – zum Beispiel den Revolutionären nicht zu helfen oder aus der Bibliothek illegale Bücher auszuschließen –, so wird die Konkurrenz und der direkte Kampf für jeden ehrlichen „Politiker" *zur Pflicht*. Und wenn es Leute gibt, die die Zirkel auf den engen Rahmen der Universitätsinteressen beschränken (solche Leute gibt es zweifellos, und 1896 hat es deren noch weit mehr gegeben!), so ist der *Kampf* zwischen ihnen und den Leuten, die nicht eine Einengung, sondern eine Ausweitung der Interessen propagieren, genauso eine Notwendigkeit und eine Pflicht. In dem offenen Brief des Kiewer Rates aber, der die Polemik der „Rewoluzionnaja Rossija" gegen die „Iskra" hervorgerufen hat, handelte es sich um die Wahl nicht zwischen Studentenorganisationen *und* revolutionären Organisationen, sondern zwischen revolutionären Organisationen verschiedener Richtungen. Folglich haben gerade diejenigen zu *wählen* begonnen, die sich bereits „in revolutionärer Beziehung festgelegt haben", unsere „Sozialrevolutionäre" aber zerren sie *zurück* unter dem Vorwand, daß die Konkurrenz zwischen einer revolutionären Organisation und einer reinen Studentenorganisation kurzsichtig sei... Das ist wirklich gar zu unlogisch, meine Herren!

Der *revolutionäre* Teil der Studentenschaft hat begonnen, seine Wahl zwischen zwei revolutionären Parteien zu treffen, und da erteilt man ihm folgende Belehrung: „Nicht durch Aufzwingung" eines „bestimmten" (vorzuziehen ist natürlich die Unbestimmtheit...) „Parteietiketts" (für den einen ist es ein Etikett, für den anderen ein Banner), „nicht durch Vergewaltigung des geistigen Gewissens der Kollegen Studenten" (die gesamte bürgerliche Presse aller Länder erklärt das Wachstum der Sozialdemokratie aus der Vergewaltigung des Gewissens friedlicher Kollegen durch Führer und Hetzer...) „ist dieser Einfluß erreicht worden", d. h. der Einfluß des sozialistischen Teils der Studentenschaft auf die übrigen Studenten. Ich glaube, jeder anständige Student wird diese gegen die Sozialisten erhobene Anklage der „Aufzwingung" eines Etiketts und der „Vergewaltigung des Gewissens" nach Gebühr zu werten wissen. Und diese charakterlosen, lendenlahmen und prinzipienlosen Reden werden in Rußland gehalten, wo die Begriffe von Parteiorganisation, Parteitreue, Parteiehre und Banner der Partei ohnehin noch unendlich schwach sind!

Unsere „Sozialrevolutionäre" stellen der revolutionären Studentenschaft als Vorbild die früheren Studentenkongresse hin, die ihre „Ver-

bundenheit mit der allgemein-politischen Bewegung" verkündeten und „vom Fraktionszwist im revolutionären Lager vollkommen absahen". Was ist die „allgemein-politische" Bewegung? Die sozialistische plus die liberale Bewegung. Von diesem Unterschied absehen – das heißt sich auf die Seite des Unmittelbaren und Nächstliegenden, nämlich der liberalen Bewegung stellen. Und dazu rufen die „Sozialrevolutionäre" auf! Zur Fernhaltung vom Parteikampf fordern Leute auf, die sich als *besondere* Partei bezeichnen! Zeigt das nicht, daß eine solche Partei außerstande ist, ihre politische Ware unter eigener Flagge zu befördern, daß sie gezwungen ist, ihre Zuflucht zum Schmuggel zu nehmen? Ergibt sich daraus nicht, daß diese Partei einer *eigenen* bestimmten Programmgrundlage gänzlich ermangelt? Wir werden das gleich sehen.

Die Fehler der Sozialrevolutionäre in ihren Ausführungen über die Studentenschaft und die Revolution können nicht allein mit der Unlogik erklärt werden, die wir oben nachzuweisen bemüht waren. In einem gewissen Sinne kann man das Umgekehrte behaupten: Die Unlogik in ihren Ausführungen entspringt ihrem Grundfehler. Sie haben als „Partei" von Anfang an eine innerlich so widerspruchsvolle, eine so unsichere Haltung eingenommen, daß durchaus ehrliche und zu politischem Denken durchaus fähige Leute sich in ihr nicht behaupten konnten, ohne ständig zu schwanken und zu straucheln. Man darf nie vergessen, daß die Sozialdemokraten den Schaden, den die „Sozialrevolutionäre" der Sache des Sozialismus zufügen, nicht aus den verschiedenen Fehlern dieser oder jener Publizisten, dieser oder jener Politiker erklären, sondern daß sie im Gegenteil alle diese Fehler als das zwangsläufige Ergebnis einer verlogenen programmatischen und politischen Stellung betrachten. In der Studentenfrage tritt diese Verlogenheit besonders anschaulich zutage, und der Widerspruch zwischen dem *bürgerlich-demokratischen* Kern und der flittergoldenen Hülle des revolutionären Sozialismus wird offensichtlich. In der Tat, man verfolge genau den Gedankengang des programmatischen Artikels der „Rewoluzionnaja Rossija": „Studentenschaft und Revolution". Der Verfasser betont vor allem die „Uneigennützigkeit und Reinheit der Bestrebungen", „die Kraft der idealen Beweggründe" bei der „Jugend". Gerade darin sucht er die Erklärung für ihre politischen „Neuerungs"bestrebungen, nicht aber in den wirklichen Verhältnissen des

gesellschaftlichen Lebens Rußlands, die einerseits einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen der Selbstherrschaft und sehr breiten und sehr mannigfaltigen Schichten der Bevölkerung hervorrufen und anderseits eine Äußerung der politischen Unzufriedenheit außer durch die Universitäten ungemein erschweren (bald wird man sagen müssen: erschwerten).

Der Verfasser fällt dann über die Versuche der Sozialdemokraten her, sich zur Unterscheidung der politischen Gruppen innerhalb der Studentenschaft verantwortungsbewußt einzustellen, die gleichartigen politischen Gruppen enger zusammenzufassen und das voneinander zu trennen, was politisch verschiedenartig ist. Der Verfasser kritisiert nicht etwa die Fehlerhaftigkeit des einen oder anderen Versuchs – es wäre lächerlich zu behaupten, daß alle diese Versuche stets und in allem glücklich gewesen wären. Nein, dem Verfasser ist der bloße Gedanke vollkommen fremd, daß der Unterschied der Klasseninteressen sich unvermeidlich auch in der politischen Gruppierung widerspiegeln muß, daß die Studentenschaft keine Ausnahme von der gesamten Gesellschaft sein kann – trotz all ihrer Uneigennützigkeit, Reinheit, idealen Gesinnung usw., daß es die Aufgabe der Sozialisten ist, diesen Unterschied nicht zu vertuschen, sondern ihn im Gegenteil möglichst breiten Massen klarzumachen und in einer politischen Organisation zu verankern. Der Verfasser betrachtet die Dinge vom idealistischen Standpunkt des bürgerlichen Demokraten und nicht vom materialistischen des Sozialdemokraten.

Der Verfasser schämt sich daher nicht, für die revolutionäre Studentenschaft die Losung der „allgemein-politischen Bewegung" aufzustellen und ständig zu wiederholen. Für ihn liegt der Schwerpunkt gerade in der allgemein-politischen, das heißt in der allgemein-demokratischen Bewegung, die einheitlich sein müsse. Diese Einheit dürfe durch „rein revolutionäre Zirkel", die sich „parallel zur allgemeinen Studentenorganisation" gruppieren müßten, nicht gestört werden. Vom Standpunkt der Interessen dieser breiten und einheitlichen demokratischen Bewegung wäre es natürlich verbrecherisch, Parteietikette „aufzuzwingen" und das geistige Gewissen der Kollegen zu vergewaltigen. Eben diesen Standpunkt nahm die bürgerliche Demokratie auch 1848 ein, als die Versuche, auf den Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Proletariats hinzuweisen, die „allgemeine" Verurteilung der „Entzweiungs- und Spaltungsfanatiker" hervorriefen. Eben diesen Standpunkt nimmt auch

die neueste Spielart der bürgerlichen Demokratie ein – die Opportunisten und Revisionisten, die sich nach einer einheitlichen großen demokratischen Partei sehnen, die friedlich den Weg der Reformen, den Weg der Arbeitsgemeinschaft der Klassen geht. Sie alle waren und sind zwangsläufig stets Feinde des „Fraktions"zwistes und Anhänger der „allgemein-politischen" Bewegung.

Man sieht: Der Gedankengang der Sozialrevolutionäre, vom Standpunkt eines Sozialisten lächerlich sinnlos und widerspruchsvoll, ist durchaus verständlich und folgerichtig vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt. Und zwar deshalb, weil die Partei der Sozialrevolutionäre im Grunde nichts anderes ist als eine *Fraktion* der bürgerlichen Demokratie, eine Fraktion, die ihrer Zusammensetzung nach vorwiegend intellektuell, ihren Anschauungen nach vorwiegend kleinbürgerlich ist und ihrem theoretischen Banner nach den neuesten Opportunismus mit der altväterlichen Volkstümlerrichtung eklektisch verbindet.

Am besten werden die Einigungsphrasen des bürgerlichen Demokraten vom Gang der politischen Entwicklung und des politischen Kampfes selbst widerlegt. Auch in Rußland hat das Wachstum der wirklichen Bewegung bereits zu einer *solchen* Widerlegung geführt. Ich habe die Absonderung der „Akademisten", als einer besonderen Gruppe der Studentenschaft, im Auge. Solange es keinen wirklichen Kampf gab, sonderten sich die Akademisten von der „allgemeinen Studenten"masse nicht ab, und die „Einheit" des gesamten „denkenden Teils" der Studentenschaft schien unverbrüchlich. Sobald es aber zu *Taten* kam, wurde die Scheidung der verschiedenartigen Elemente unvermeidlich.*

Der Fortschritt der politischen Bewegung und des direkten Ansturms auf die Selbstherrschaft ist begleitet von einer fortschreitenden Klärung in der politischen Gruppierung – trotz allem leeren Gerede von der Vereinigung aller und eines jeden. Daß die Scheidung der Akademisten und

* Wenn man gewissen Nachrichten glauben kann, so macht sich in letzter Zeit die fortschreitende Scheidung der verschiedenartigen Elemente in der Studentenschaft immer stärker bemerkbar, und zwar die Absonderung der Sozialisten von den *revolutionären* Politikern, die vom Sozialismus nichts hören wollen. Man sagt, unter den nach Sibirien verbannten Studenten sei diese letzte Richtung sehr klar hervorgetreten. Wir werden sehen, ob sich diese Nachrichten bestätigen.

der Politiker ein großer Schritt vorwärts ist, wird wohl niemand bezweifeln. Bedeutet aber diese Scheidung, daß die sozialdemokratischen Studenten mit den Akademisten „brechen"? Die „Rewoluzionnaja Rossija" glaubt, das sei der Fall (siehe Nr. 17, S. 3).

Sie glaubt es aber nur infolge der Verwirrung, die wir oben aufgedeckt haben. Die vollständige gegenseitige Abgrenzung der politischen Richtungen bedeutet keineswegs eine „Sprengung" der Berufs- und Studentenverbände. Ein Sozialdemokrat, der sich die Arbeit in der Studentenschaft zur Aufgabe stellt, wird sich *unbedingt* bemühen, selber oder durch Vermittlung seiner Vertrauensleute in eine möglichst große Zahl möglichst umfassender „reiner Studenten"- und Selbstbildungszirkel einzudringen, er wird sich bemühen, den Gesichtskreis jener zu erweitern, die nur akademische Freiheit fordern, er wird sich bemühen, unter denjenigen, die noch nach einem Programm suchen, gerade für das sozialdemokratische Programm Propaganda zu machen.

Wir fassen zusammen. Ein gewisser Teil der Studentenschaft will sich eine klare und einheitliche sozialistische Weltanschauung erarbeiten. Das Endziel dieser Vorarbeit kann – für Studenten, die an der revolutionären Bewegung praktisch teilnehmen wollen – nur die bewußte und unwiderrufliche Wahl einer der beiden Richtungen sein, die sich gegenwärtig im revolutionären Lager herausgebildet haben. Wer im Namen der ideologischen Einigung der Studentenschaft, im Namen ihrer Revolutionierung im allgemeinen usw. gegen eine solche Wahl protestiert, der verdunkelt das sozialistische Bewußtsein, der predigt in Wirklichkeit nur Ideenlosigkeit. Die politische Gruppierung der Studentenschaft widerspiegelt zwangsläufig die politische Gruppierung der ganzen Gesellschaft, und es ist Pflicht jedes Sozialisten, nach einer möglichst bewußten und folgerichtigen Abgrenzung der politisch verschiedenartigen Gruppen zu streben. Die an die Studentenschaft gerichtete Aufforderung der Partei der Sozialrevolutionäre – „ihre Verbundenheit mit der allgemein-politischen Bewegung zu verkünden und vom Fraktionszwist im revolutionären Lager vollkommen abzusehen" – ist ihrem Wesen nach nichts anderes als eine Aufforderung, vom sozialistischen zum bürgerlich-demokratischen Standpunkt *zurück*zugehen. Das ist weiter nicht verwunderlich, denn die „Partei der Sozialrevolutionäre" ist nur eine Fraktion der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Der Bruch der sozialdemokratischen Studenten mit

den Revolutionären und Politikern aller übrigen Richtungen bedeutet keineswegs den Bruch mit den allgemein-studentischen und den Bildungsorganisationen; im Gegenteil, nur wenn man auf dem Standpunkt eines ganz bestimmten Programms steht, kann und soll man in den breitesten Kreisen der Studentenschaft an der Erweiterung des akademischen Gesichtskreises arbeiten und den wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. den Marxismus, propagieren.

PS. In den nächsten Briefen möchte ich mich mit den Lesern des „Student" über die Bedeutung des Marxismus für die Herausarbeitung einer einheitlichen Weltanschauung, über die prinzipiellen und taktischen Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Partei der Sozialrevolutionäre, über Fragen der Studentenorganisation und über das Verhältnis der Studentenschaft zur Arbeiterklasse überhaupt unterhalten.

Veröffentlicht im September 1903 in der Zeitung „Student" Nr. 2/3. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitung „Student".

DER ZWEITE PARTEITAG

Plan eines Artikels[16]

Ließ lange auf sich warten.

Warum so langsam? (Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Echte Massenbewegung. Spießbürgertum und Politik.)

Wichtigste Arbeit des Parteitags: feste Form geben.

1α Das Programm. Seine Bedeutung. Schluß mit der „Nomaden"-periode.[17] Bollwerk im Kampf gegen die Liberalen, die Sozialrevolutionäre etc.

Anleitung in der Propaganda
" " " Agitation.

2β Das Organisationsstatut. Seine Bedeutung. Der Zentralismus. Die lokale Autonomie. (2 Zentralstellen.) Kameradschaftliches Verhältnis zu den Führern. Die persönlichen und die politischen Beziehungen. Ausarbeitung eines Kommentars und von Verfahren zur Anwendung des Statuts.

3γ Resolutionen.

die Liberalen (zwei) die Sozialrevolutionäre	Demonstrationen gewerkschaftlicher Kampf
Parteiliteratur	

1. die Liberalen 2. die Liberalen 3. die Sozialrevolutionäre 4. Parteiliteratur 5. Demonstrationen 6. gewerkschaftlicher Kampf	wichtige
7. die Fabrikältesten 8. der Kongreß von 1904 9. das Kischinjower Pogrom 10. die Sektenanhänger 11. die Studierenden 12. das Verhalten bei Vernehmungen	unwichtige

4 δ Der Austritt des „Bund". Besser offen. Taktik: den Schaden der Absonderung erklären. (Nationalismus und organisatorischer Klatsch der Bundisten.)

5 **Protokolle.**

Geschrieben zwischen dem 9. (22.) September und 1. (14.) Oktober 1903.

Zuerst veröffentlicht 1927 im Lenin-Sammelband VI.

Nach dem Manuskript.

EIN MAXIMUM VON SCHAMLOSIGKEIT UND EIN MINIMUM VON LOGIK

In Nr. 46 haben wir die Resolution des V. Kongresses des „Bund" über die Stellung des „Bund" in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands abgedruckt und unser Urteil über sie gesagt. Das Auslandskomitee des „Bund" antwortet uns sehr eingehend und bitterböse in seiner Flugschrift vom 9. (22.) September. Den wesentlichsten Teil dieser erbosten Antwort bildet folgende phänomenale Eröffnung: *„Außer einem Maximalstatut* (sic!) *hat der fünfte Kongreß des ‚Bund' noch ein Minimalstatut ausgearbeitet"*, und dieses Minimalstatut wird auch vollständig angeführt, wobei in zwei Anmerkungen erläutert wird, daß die „Ablehnung der Autonomie" und die Forderung, daß sich die übrigen der Partei angehörenden Teile nur mit Zustimmung des ZK des „Bund" an das jüdische Proletariat wenden dürfen, *„als Ultimatum aufgestellt werden muß"*. So hat es der V. Kongreß des „Bund" beschlossen.

Nicht wahr, wie... schön? Der Kongreß des „Bund" hat *gleich auf einmal* zwei Statuten ausgearbeitet, hat gleich auf einmal sowohl das Maximum als auch das Minimum seiner Wünsche oder Forderungen festgelegt. Dabei wurde das Minimum klugerweise (oh, höchst klugerweise!) in die Tasche gesteckt. Veröffentlicht wurde (in der Flugschrift vom 7. [20.] August) nur das Maximum und dazu *öffentlich*, laut und deutlich erklärt, daß dieser Maximalentwurf des Statuts „dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands als *Grundlage* für die Behandlung (hört! hört!) der Frage über die Stellung des ‚Bund' in der Partei vorgelegt werden soll". Die Opponenten greifen dieses Maximum natürlich mit besonderer Heftigkeit an, eben weil es ein Maximum ist, weil es

das „letzte Wort"* einer Richtung ist, die sie verurteilen. Dann, *einen Monat später*, ziehen die Leutchen ohne die geringste Verlegenheit das „Minimum" aus der Tasche und fügen drohend hinzu: *„Ultimatum"*!

Das ist schon kein „letztes Wort" mehr, sondern ein regelrechter *äußerster Preis*... Wirklich der äußerste, meine Herren? Oder habt ihr in der anderen Tasche ein minimales Minimum? Wird es vielleicht, na, sagen wir, einen Monat später auch noch ans Tageslicht kommen?

Wir fürchten sehr, daß die Bundisten den ganzen „Reiz" dieses Maximums und Minimums nicht voll erfassen. Einen Wucherpreis verlangen, dann 75 Prozent ablassen und erklären: „unser letzter Preis" – ja, kann man denn anders Handel treiben? Ist denn ein Unterschied zwischen Handel und Politik?

Jawohl, meine Herren, wir versichern euch, es ist ein Unterschied. Erstens führen in der Politik gewisse Parteien systematisch bestimmte *Grundsätze* durch, aber um Grundsätze feilschen, das ist unanständig. Zweitens, wenn Leute, die sich zu einer Partei zählen, einige ihrer Forderungen als Ultimatum betrachten, d. h als Bedingung für ihre Parteizugehörigkeit, dann verlangt die politische Ehrlichkeit, daß man diesen Umstand nicht verhehlt, nicht *„bis auf weiteres"* in die Tasche steckt, sondern im Gegenteil von Anfang an offen und klar vorbringt.

Schon lange predigen wir den Bundisten diese Binsenwahrheiten. Bereits im Februar (in Nr. 33) schrieben wir, daß es unklug und unwürdig ist, Verstecken zu spielen, und daß der „Bund" (mit seiner Erklärung über das Organisationskomitee) gesondert aufgetreten ist, weil er als *ein Lager für sich* auftreten wollte, das der ganzen Partei seine *Bedingungen* stellt**. Wegen dieser Beurteilung der Lage wurden wir damals mit einem ganzen Kübel spezifisch bundistischer (mit dem gleichen Recht könnte man sagen:

---

* Nebenbei bemerkt, ist es außerordentlich charakteristisch für die Polemik des „Bund", daß die „Poslednije Iswestija"[18] wegen dieses Ausdrucks besonders über uns hergefallen sind. Wieso das letzte Wort, wo es (die Forderung der Föderation) doch vor mehr als zwei Jahren gesagt worden sei? Die „Iskra" rechne auf die Vergeßlichkeit der Leser!... Beruhigt euch, beruhigt euch, meine Herren: Der Verfasser des Artikels hat euer Maximalstatut deshalb das letzte Wort genannt, weil *dieses Wort* (ungefähr) zwei Tage vor Erscheinen der Nr. 46 der „Iskra" gesagt wurde und nicht vor zwei Jahren.

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 313–319. *Die Red.*

spezifischer Gossen-) Schimpfworte überschüttet. Indessen haben *die Ereignisse jetzt gezeigt, daß wir im Recht waren.* Eben als *ein Lager für sich* tritt der „Bund" in den Beschlüssen des V. Kongresses auf und stellt der ganzen Partei offene Ultimaten! Eben auf eine solche Fragestellung zielten wir immer ab, wenn wir den Bundisten nachwiesen, daß sie sich unvermeidlich aus der von ihnen bezogenen Stellung ergibt: die Bundisten haben dagegen wütend protestiert, sich gedreht und gewendet, mußten aber letzten Endes doch ihr „Minimum" vorweisen.

Das ist kurios, aber noch viel kurioser ist, daß der „Bund" sich auch jetzt noch dreht und wendet, daß er fortfährt, von der „Verlogenheit" der „alten, allgemein bekannten ‚Iskra'-Erfindung, daß der ‚Bund' ein föderatives Bündnis mit der russischen Partei eingehen wolle", zu sprechen. Verlogen sei diese Erfindung, weil in § 1 des vom „Bund" vorgeschlagenen Statuts ausdrücklich vom Wunsch des „Bund" gesprochen werde, ein Teil der Partei zu sein und nicht in einem Bündnis mit ihr zu stehen.

Sehr gut, meine Herren! Aber heißt es nicht in demselben Paragraphen, der „Bund" sei ein *föderativer* Teil der Partei? Ist im Maximalstatut nicht durchweg von vertragschließenden Seiten die Rede? Spricht das Minimalstatut nicht von einem *Ultimatum* und von der Abänderung der „Hauptpunkte" nur mit gegenseitigem Einverständnis der zur Partei gehörenden Teile, wobei weder Lokal- noch Bezirksorganisationen als Teile der Partei in diesem Sinne anerkannt werden? Ihr sagt selber, daß als vertragschließende Seite weder eine Lokal- noch eine Bezirksorganisation gelten könne, sondern einzig und allein „ein in sich abgeschlossener Teil von der Art des ‚Bund' ". Ihr führt selber als Beispiel an, daß ein solcher in sich abgeschlossener Teil „die polnische, die litauische oder die lettische Sozialdemokratie" sein könnten, *„wenn sie der Partei angehören würden"*, wie ihr wohlweislich hinzusetzt. Nun, wenn sie aber der Partei nicht angehören? Und wenn die Föderation nationaler Organisationen, die euch wünschenswert erscheint, von der gesamten übrigen Partei als unerwünscht betrachtet und entschieden abgelehnt wird? Ihr wißt doch ausgezeichnet, daß sich die Sache so und nicht anders verhält, ihr erklärt selber offen, daß ihr von der Forderung, die ganze Partei auf der Grundlage einer Föderation von Nationalitäten aufzubauen, abgekommen seid. Es fragt sich, *an wen* wendet ihr euch mit eurem *Ultimatum*? Offenbar doch an die ganze Partei mit Ausnahme des „Bund"! Statt die Verlogen-

heit der „Iskra"-Erfindung zu beweisen, offenbart ihr durch eure Ausflüchte nur ein Minimum von Logik.

Aber erlaubt mal – entgegnen uns die Bundisten –, wir streichen ja sogar die Föderation aus unserm Minimalstatut! Die Streichung dieses „furchtbaren" Wortes ist tatsächlich die interessanteste Episode in dem berüchtigten Übergang vom Maximum zum Minimum. Wohl nirgends ist die Sorglosigkeit des „Bund" Prinzipien gegenüber so naiv zum Ausdruck gekommen. Ihr seid Dogmatiker, hoffnungslose Dogmatiker, ihr wollt um nichts in der Welt das föderative „Organisationsprinzip" anerkennen. Wir aber sind eben keine Dogmatiker, wir „stellen die Frage auf rein praktischen Boden". Euch gefällt irgendein Prinzip nicht? Merkwürdige Käuze! So werden wir eben ganz ohne Prinzip auskommen, wir „formulieren den § 1 so, daß er nicht als Verkündung eines bestimmten Organisationsprinzips erscheint". „Das Schwergewicht der Frage liegt nicht in der grundsätzlichen Formulierung, die dem Statut vorausgeschickt ist, sondern in dessen konkreten Punkten, die abgeleitet sind aus den Bedürfnissen der jüdischen Arbeiterbewegung einerseits und der Gesamtbewegung anderseits" (S. 1 der Flugschrift vom 9. [22.] September).

Diese Ausführung ist in ihrer Naivität so entzückend, daß man den Verfasser abküssen möchte. Der Bundist hat allen Ernstes geglaubt, daß die Dogmatiker nur vor gewissen furchtbaren Worten Angst haben, und ist zu dem Schluß gekommen, daß man diese Worte nur zu entfernen braucht, damit der Dogmatiker von den konkreten Punkten nichts mehr versteht! Und so müht sich der Bundist im Schweiße seines Angesichts ab, arbeitet ein Maximum aus, deckt sich (für den Notfall) mit einem Minimum ein, bereitet Ultimatum Nr. 1, Ultimatum Nr. 2 vor... Oleum et operam perdidisti, amice! Umsonst hast du Zeit und Mühe verschwendet, mein Freund. Trotz der schlauen (oh, wie erstaunlich schlauen!) Entfernung des Aushängeschildes gewahrt der Dogmatiker das Föderativprinzip auch in den „konkreten Punkten" des Minimums. Dieses Prinzip tritt zutage sowohl in der Forderung, einen Teil der Partei nicht durch territoriale Rahmen einzuschränken, als auch in dem Anspruch auf die „alleinige" *

* „Dieses Wort hat keinerlei Bedeutung", versichert uns jetzt der „Bund". Merkwürdig! Wozu bedeutungslose Worte sowohl in das Minimum als auch in das Maximum aufnehmen? In der russischen Sprache hat dieses Wort eine durchaus bestimmte Bedeutung. Im gegebenen Fall schließt es gerade die „Ver-

Vertretung des jüdischen Proletariats, sowohl in der Forderung nach einer „Vertretung" im ZK der Partei als auch in der Abschaffung des Rechtes des ZK der Partei, mit einzelnen Teilen des „Bund" ohne Einverständnis des ZK des „Bund" in Verbindung zu treten, und schließlich in der Forderung, eine Abänderung der Hauptpunkte nur im Einvernehmen mit den *Teilen* der Partei vorzunehmen.

Nein, meine Herrschaften. Das Schwergewicht der vor uns stehenden Frage der Stellung des „Bund" innerhalb der Partei liegt gerade in der Verkündung eines bestimmten Organisationsprinzips und keineswegs in konkreten Punkten. Das Schwergewicht liegt in der *Wahl* des Weges. Die historisch entstandene Sonderstellung des „Bund" gutheißen oder sie grundsätzlich ablehnen und offen, bestimmt, entschieden und ehrlich den Weg einer immer engeren Annäherung und immer festeren Verschmelzung mit der Gesamtpartei beschreiten? Die Absonderung aufrechterhalten oder *die Wendung zur Verschmelzung machen*? So steht die Frage.

Die Lösung dieser Frage hängt vom guten Willen des „Bund" ab, denn „Liebe läßt sich nicht erzwingen", wie wir schon in Nr. 33 gesagt haben. *Wollt* ihr die Wendung zur Verschmelzung machen, so werdet ihr die Föderation verwerfen und die Autonomie annehmen. So werdet ihr begreifen, daß die Autonomie einen allmählichen Verschmelzungsprozeß verbürgt, bei dem die Umorganisierung mit minimaler Erschütterung vonstatten gehen könnte, und zwar so, daß die jüdische Arbeiterbewegung durch diese Umorganisierung und diese Verschmelzung nichts verlieren, aber alles gewinnen würde.

Wollt ihr keine Wendung zur Verschmelzung machen, so werdet ihr für die Föderation eintreten (in ihrer maximalen oder minimalen Form, mit Verkündung oder ohne Verkündung), so werdet ihr eine „Majorisierung" fürchten, so werdet ihr die traurige Absonderung des „Bund" zum Fetisch machen und, sobald von der Überwindung dieser Absonderung die Rede ist, über die Vernichtung des „Bund" jammern, so werdet ihr eine Begründung für eure Absonderung suchen und bei diesem Suchen entweder nach der zionistischen Idee[19] der jüdischen *„Nation"* greifen oder zu Demagogie und Klatsch eure Zuflucht nehmen.

---

kündung" sowohl des Föderalismus als auch des Nationalismus ein. Wir empfehlen den Bundisten, die keinen Zusammenhang zwischen Nationalismus und Föderation sehen, darüber nachzudenken.

Theoretisch begründen läßt sich der Föderalismus nur mit nationalistischen Ideen, und es erschiene uns seltsam, den Bundisten beweisen zu müssen, daß es kein Zufall war, wenn die Verkündung des Föderalismus auf demselben IV. Kongreß zustande kam, der das Bestehen einer jüdischen Nation proklamierte.

Praktisch diskreditieren läßt sich die Idee der Verschmelzung nur durch die Aufhetzung nicht klassenbewußter und ängstlicher Elemente gegen den „ungeheuerlichen", „araktschejewschen*" Organisationsplan der „Iskra", die angeblich die Komitees „über einen Kamm scheren" und ihnen nicht gestatten will, „ohne Befehl von oben auch nur einen Schritt zu tun". Wie schrecklich! Wir zweifeln nicht, daß sich jetzt alle Komitees beeilen werden, gegen die eiserne Hand, die araktschejewsche Faust usw. zu meutern... Aber, meine Herren, wo habt ihr die Nachrichten über diesen entsetzlichen Organisationsplan eigentlich her? Aus der Literatur? Warum zitiert ihr sie denn nicht? Aus den Erzählungen müßiger Parteiklatschbasen, die aus zuverlässigster Quelle alle, aber auch alle Einzelheiten über diesen araktschejewschen Plan wissen? Diese letzte Annahme ist wohl die wahrscheinlichste, denn selbst bei einem Minimum von Logik wäre es nicht leicht gewesen, eine so unerläßliche Forderung wie die, daß das ZK „*die Möglichkeit haben soll*, sich an den letzten Mann in der Partei unmittelbar zu wenden**", in einen Topf zu werfen mit dem sattsam bekannten Lügengespinst, daß das ZK „alles tun" und „alles reglementieren" werde. Oder weiter! Was ist das für ein albernes Gerede, „zwischen der Peripherie und dem Zentrum" würden „lose Organisationen"*** bestehen? Wir erraten es: unsere wackeren Bundisten haben etwas läuten hören, wissen aber nicht, wo die Glocken hängen. Gelegentlich wird man ihnen das eingehend erklären müssen.

Das schlimmste jedoch ist, daß nicht nur die örtlichen Komitees meutern müssen, nein, auch das Zentralkomitee. Es ist zwar noch nicht geboren, aber die Klatschbasen kennen haargenau nicht nur den Tag seiner

* Araktschejew — reaktionärer Staatsmann im zaristischen Rußland Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Mit dem Namen Araktschejews ist eine ganze Epoche unumschränkten Polizeidespotismus und brutaler Militärwillkür verbunden (Araktschejew-Regime). *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 486. *Die Red.*

*** „lose Organisationen" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Geburt, sondern auch das ganze Lebensschicksal des Neugeborenen. Wie sich herausstellt, wird dieses ZK *„von einer Gruppe Literaten gelenkt"* werden. Eine erprobte und billige Kampfmethode, nicht wahr? Die Bundisten sind darin nicht die ersten und sicherlich auch nicht die letzten. Um dieses ZK oder das OK irgendeines Fehlers zu überführen, muß man Beweise haben. Um Leute dessen zu überführen, daß sie nicht aus eigener Überzeugung handeln, sondern von einer fremden Hand *gelenkt* werden, muß man den Mut besitzen, offen als Ankläger aufzutreten und vor der ganzen Partei die Verantwortung für eine solche Anklage zu übernehmen! Das alles ist zu kostspielig, in jeder Beziehung zu kostspielig. Klatschbasenerzählungen aber sind billig... Vielleicht fällt jemand darauf herein. Ist es doch so unangenehm, als Mensch (oder als Körperschaft) zu gelten, der „gelenkt", am Gängelband geführt wird, der eine Drahtpuppe, eine Kreatur, ein willenloses Geschöpf der „Iskra" ist... Unser armes, bemitleidenswertes künftiges ZK! Bei wem wird es Schutz suchen vor dem araktschejewschen Joch? Vielleicht gar bei den „selbsttätigen" und über jeden „Argwohn" erhabenen Bundisten?

„Iskra" Nr. 49,
1. Oktober 1903.

Nach dem Text der „Iskra".

ENTWURF ZU EINEM SCHREIBEN DES ZENTRALKOMITEES UND DER REDAKTION DES ZENTRALORGANS AN DIE MITGLIEDER DER OPPOSITION

Variante

Das Zentralkomitee der Partei und die Redaktion des Zentralorgans betrachten es als ihre Pflicht, sich – nach einer Reihe mißglückter Versuche einzelner persönlicher Aussprachen – im Namen der Partei, die sie vertreten, mit einer offiziellen Mitteilung an Sie zu wenden. Die Weigerung des Genossen Martow, als Redakteur und Mitarbeiter der „Iskra" tätig zu sein, die Ablehnung der Mitarbeit durch die früheren Mitglieder der „Iskra"-Redaktion und das feindselige Verhalten einiger in der praktischen Arbeit stehender Genossen gegenüber den zentralen Körperschaften unserer Partei schafft völlig anormale Beziehungen dieser sogenannten „Opposition" zur Gesamtpartei. Das passive Fernbleiben von der Parteiarbeit, die Versuche, die zentralen Körperschaften der Partei zu „boykottieren" (was sowohl in der Einstellung der Mitarbeit an der „Iskra" von Nr. 46 an als auch im Ausscheiden des Genossen Blumenfeld aus der Druckerei zum Ausdruck kam), die Hartnäckigkeit, mit der man sich im Gespräch mit einem Mitglied des ZK[20] entgegen dem Parteistatut selbst als „Gruppe" bezeichnet hat, die scharfen Angriffe auf die vom Parteitag beschlossene personelle Zusammensetzung der Zentralstellen, die als Bedingung für die Aufhebung des Boykotts erhobene Forderung, diese Zusammensetzung zu ändern – all dies muß als ein Verhalten gekennzeichnet werden, das der Parteipflicht widerspricht. Dieses ganze Verhalten grenzt an direkten Disziplinbruch und macht den vom Parteitag (im Parteistatut) angenommenen Beschluß, daß die Verteilung der Kräfte und Mittel dem Zentralkomitee obliegt, völlig zunichte.

Das ZK und die Redaktion des ZO erinnern deshalb alle Mitglieder der sogenannten „Opposition" an ihre Parteipflicht. Die Unzufriedenheit

mit der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen – mag sie persönlicher Verärgerung entspringen oder Meinungsverschiedenheiten, die dem einen oder anderen Parteimitglied ernst erscheinen – kann und darf zu keiner illoyalen Handlungsweise führen. Machen die Zentralstellen nach Ansicht dieser oder jener Genossen die einen oder anderen Fehler, so ist es Pflicht jedes Parteimitglieds, diese Fehler vor allen Parteimitgliedern aufzudecken und vor allem die Zentralstellen selbst darauf hinzuweisen. Gleicherweise gebietet die Parteipflicht dem ZK und der Redaktion des ZO, alle solche Hinweise, von wem sie auch ausgehen mögen, mit der größten Sorgfalt zu prüfen. Indessen hat weder die Redaktion des ZO noch das ZK von der sogenannten Opposition irgendwelche direkten und bestimmten Hinweise auf Fehler oder Äußerungen der Unzufriedenheit und des Nichteinverständnisses, womit auch immer, erhalten. Gen. Martow weigert sich sogar, seinen Platz in der Redaktion des ZO und im obersten Rat der Partei einzunehmen, obwohl er nur auf diesem Posten die Möglichkeit hätte, alle von ihm beobachteten Fehler in der Tätigkeit der Zentralstellen vor der Partei aufzudecken.

Das ZK und die Redaktion des ZO sind fest davon überzeugt, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands nicht gestatten wird, die von ihr geschaffenen Körperschaften auf dem unrechtmäßigen, heimlichen (der Partei gegenüber heimlichen) und illoyalen Weg des Drucks und Boykotts zu beeinflussen. Das ZK und die Redaktion des ZO erklären, daß sie unter allen Umständen auf ihrem Posten bleiben werden, solange die Partei sie nicht abberuft, daß sie ihre Pflicht erfüllen und ihr Bestes tun werden, um alle ihnen gestellten Aufgaben zu lösen. Die „Boykott"-versuche werden weder die Redaktion des ZO noch das ZK auch nur um Haaresbreite von dem Weg abbringen, den sie entsprechend dem Willen des Parteitags beschritten haben. Diese Versuche werden lediglich kleine Unannehmlichkeiten und großen Schaden auf einzelnen Gebieten der Parteiarbeit verursachen, diese Versuche werden nur zeigen, daß diejenigen, die sie fortsetzen sollten, die Parteipflicht nicht verstehen und sie verletzen.

Geschrieben zwischen dem 26. September und 13. Oktober (9. und 26. Oktober) 1903.

Zuerst veröffentlicht 1927 im Lenin-Sammelband VI.

Nach dem Manuskript.

II. KONFERENZ DER AUSLANDSLIGA DER RUSSISCHEN REVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATIE[21]

13.–18. (26.–31.) Oktober 1903

Veröffentlicht Ende Dezember 1903 in den „Protokollen der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf.

Nach dem Text der „Protokolle".

1

VORBEMERKUNGEN ZUM BERICHT ÜBER DEN II. PARTEITAG DER SDAPR 13. (26.) OKTOBER

I

Lenin schickt seinem Bericht einige Vorbemerkungen voraus. Ich schlage erstens vor, die Pseudonyme beizubehalten, die auf dem Parteitag gebraucht wurden, denn ich habe mich zu sehr an sie gewöhnt, und es wird mir leichter fallen, sie zu gebrauchen, als jedesmal zu überlegen, von welcher Organisation der betreffende Delegierte war. Zweitens beabsichtige ich, auch auf die Sitzungen der „Iskra"-Organisation einzugehen, die zwischen den Parteitagssitzungen sozusagen privatim abgehalten wurden. Ich denke, man kann das tun, erstens, weil die Liga die Auslandsabteilung der „Iskra"-Organisation war, zweitens, weil die „Iskra"-Organisation jetzt aufgelöst ist, und drittens, weil es mir ohne diese Angaben schwerer fallen wird, den wahren Sinn der Ereignisse auf dem Parteitag klarzulegen.

II

Genosse Martow ist dagegen, daß man auf die internen Sitzungen der „Iskra"-Organisation eingeht, da hierüber nicht Protokoll geführt wurde, aber auch die Protokolle des Parteitags liegen bis jetzt nicht vor, so daß ich mich auf sie ebenfalls nicht berufen kann. Gen. Martow ist ja hier anwesend; sollten sich Ungenauigkeiten einschleichen, so kann er sie richtigstellen. Sind die internen Sitzungen der „Iskra" für die Sache von Bedeutung, so werde ich sie auch vor einem breiteren Kreis aufdecken – es wird Gen. Martow sowieso nicht gelingen, sie geheimzuhalten. („Oho!")

Ich erinnere mich sehr wohl, wen ich zu diesen Sitzungen nicht zugelassen habe und wer sie verlassen hat, und darüber werde ich viel zu sagen haben. Irrtümer sind natürlich möglich, und alles kann ich aus dem Gedächtnis nicht rekonstruieren. Das wichtigste ist die politische Gruppierung der Genossen. Für jede einzelne Abstimmung kann ich sie natürlich nur annähernd wiederherstellen, aber im großen und ganzen ist sie für mich vollkommen klar. Es liegt nicht im Interesse der Sache, der Liga das zu verheimlichen, was die bereits aufgelöste „Iskra"-Organisation betrifft und was schon Gemeingut der Partei geworden ist. Was die in den Protokollen benutzten Pseudonyme anbelangt, so sind sie natürlich besser, aber ich kenne sie nicht, da ich die Protokolle nicht gelesen habe.

III

Gen. Martow fürchtet, man könne sich, wenn man von den internen Sitzungen der „Iskra" spricht, auf das Gebiet des Klatsches begeben. Ich beabsichtige nicht, das Gebiet des Klatsches zu berühren, und „wir werden ja sehen", wem es gelingt, sich auf der Höhe einer grundsätzlichen Diskussion zu halten, und wer genötigt sein wird, in dieses düstere Gebiet hinabzusteigen. („Oho!") „Wir werden ja sehen", „wir werden ja sehen"! Ich nehme für mich die volle Freiheit in Anspruch, auf die Sitzungen der Redaktion einzugehen, und werde nichts dagegen haben, wenn auch Gen. Martow darauf eingeht, muß aber immerhin bemerken, daß wir während des Parteitags keine einzige spezielle Redaktionssitzung abgehalten haben.

IV

Das Hauptziel meines Berichtes ist, nachzuweisen, daß Gen. Martow einen Fehler gemacht hat, aber in seiner Anspielung auf Gen. Plechanow sehe ich etwas ganz anderes. Ich erinnere an einen Satz, den ich auf dem Parteitag aus einem bestimmten Anlaß gesagt habe: „Welch einen Sturm der Entrüstung rufen gewöhnlich Leute hervor, die in der Kommission eines und in der Vollsitzung etwas anderes sagen."* Eine solche Anspie-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 483. *Die Red.*

lung machen heißt nicht mehr das politische Verhalten erörtern, sondern zu persönlichen Dingen übergehen. Was aber die Behauptung P. B. Axelrods anbelangt, X. sei abgereist, ohne irgendwie informiert worden zu sein, so kann ich erklären, daß das absolut nicht stimmt. Er hat sich selber mit einem Brief an mich gewandt, in dem er mir mitteilte, in dieser ganzen Gruppierung sei seines Erachtens viel Persönliches und wenig Grundsätzliches. Daraus schließe ich, daß er bereits informiert war. Und auf seine Bitte hin, meine Meinung über den Parteitag zu äußern, nahm ich ebenfalls die Gelegenheit wahr, ihm mehrfach zu schreiben.

2

BERICHT ÜBER DEN II. PARTEITAG DER SDAPR 14. (27.) OKTOBER

Bevor Lenin mit dem Bericht beginnt, verweilt er bei der Debatte der vorangegangenen Sitzung, die sich auf die Frage bezog, wie weit man auf die internen Sitzungen der Iskristen, die während des Parteitags stattfanden, eingehen dürfe. Den gestrigen Konferenzbeschluß lege er in dem Sinne aus, daß die Berichterstatter Tatsachen, die nicht protokolliert sind, nur in minimalem Maße berühren sollen, und darum beabsichtige er, von den Sitzungen der Mitglieder der „Iskra"-Organisation nur die Ergebnisse der Abstimmungen zu erwähnen.

Nach dieser Einleitung geht Lenin zur Schilderung der Zeit über, die dem Parteitag unmittelbar vorausgegangen war. Im Organisationskomitee, das die Aufgabe hatte, den Parteitag vorzubereiten, überwogen die Iskristen, und die Tätigkeit des OK bewegte sich denn auch in iskristischer Richtung. Aber schon während der Vorbereitung des Parteitags zeigte sich, daß im OK bei weitem keine volle Einmütigkeit bestand. Vor allem gehörte ihm ein Bundist an, der jeden Anlaß zu benutzen trachtete, um die Einberufung eines Parteitags iskristischer Richtung zu erschweren; dieses Mitglied des OK verfolgte stets seine eigene Linie. Dem OK gehörten ferner zwei Mitglieder des „Jushny Rabotschi" an; sie betrachteten sich zwar als Iskristen und erklärten sogar, sich der „Iskra" anschließen zu wollen, worüber sehr lange verhandelt wurde, aber sie ganz als Iskristen anzuerkennen, war doch nicht möglich. Schließlich herrschte auch unter den eigentlichen Iskristen, die dem OK angehörten, keine volle Einmütigkeit, auch unter ihnen gab es Unstimmigkeiten. Wichtig ist noch, den Beschluß des OK über die gebundenen Mandate zu vermerken. Diese Frage tauchte lange vor dem Parteitag auf und wurde in dem Sinne ent-

schieden, daß gebundene Mandate aufgehoben werden sollten. Im gleichen Sinne und sehr entschieden äußerte sich zu dieser Frage auch die Redaktion. Der Beschluß erstreckte sich auch auf sie selbst. Es wurde beschlossen, daß auf dem Parteitag, der die höchste Instanz der Partei darstellt, kein Mitglied der Partei und auch kein Mitglied der Redaktion sich durch irgendeine Verpflichtung gegenüber der Organisation, die den Betreffenden dorthin entsandt hatte, als gebunden betrachten sollte. Angesichts dieses Beschlusses arbeitete ich denn auch einen Entwurf der Tagesordnung* für den Parteitag, den ich dem Parteitag in meinem eigenen Namen einreichen wollte, mit einem Kommentar dazu aus. In meinem Entwurf stand bei Punkt 23 eine Randbemerkung über die Wahl von drei Genossen in die Redaktion und in das ZK. Noch ein Umstand hängt mit diesem Punkt zusammen. Da die Redaktion aus sechs Mitgliedern bestand, so wurde mit allgemeinem Einverständnis beschlossen, für den Fall, daß während des Parteitags eine Redaktionsbesprechung abgehalten werden müßte und sich dabei Stimmengleichheit ergeben sollte, Gen. Pawlowitsch mit beschließender Stimme zur Beratung einzuladen.

Lange vor Beginn des Parteitags trafen nach und nach die Delegierten ein. Das OK gab ihnen die Möglichkeit, die Redaktion vorher kennenzulernen. Es ist ganz natürlich, daß die Iskristen den Wunsch hatten, auf dem Parteitag solidarisch, im gegenseitigen Einvernehmen aufzutreten, und zu diesem Zweck wurden mit den eingetroffenen Delegierten private Gespräche gepflogen und Zusammenkünfte veranstaltet, um Einheitlichkeit in den Auffassungen herbeizuführen. In diesen Zusammenkünften trat das politische Antlitz einiger Delegierter hinreichend klar zutage. Beispielsweise äußerte sich in einer dieser Versammlungen, als ich ein Referat über die nationale Frage[22] hielt, ein Delegierter aus dem Berg- und Hüttenrevier, der überhaupt höchst verwirrte Anschauungen an den Tag legte, ganz im Sinne der PPS[23].

Das waren die Umstände, die dem Parteitag vorausgingen.

Jetzt will ich erklären, wie es kam, daß ich der einzige Delegierte der Liga war, obgleich diese zwei Delegierte gewählt hatte. Es stellte sich heraus, daß von der russischen „Iskra"-Organisation, die ebenfalls zwei Delegierte schicken sollte, kein einziger zum Parteitag gekommen war. Daraufhin wurde vor Beginn des Parteitags in einer Versammlung der

* „Tagesordnung" hier und im weiteren bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Iskristen beschlossen, daß einer der beiden von der Liga gewählten Delegierten auf sein Mandat verzichtet und es dem anderen Delegierten übergibt, selber aber die „Iskra"-Organisation auf dem Parteitag vertritt und ihre beiden Mandate übernimmt, um später, falls aus Rußland ein gewählter Delegierter kommen sollte, diesem eines der beiden Mandate der „Iskra"-Organisation abzutreten. Sowohl Martow als auch ich wollten natürlich Delegierte der „Iskra" sein, da ja die Liga nur eine untergeordnete Rolle spielte. Der Streit wurde durch das Los entschieden.

Die erste einleitende Frage – die Wahl des Parteitagsbüros – rief eine freilich nur unbedeutende Meinungsverschiedenheit zwischen mir und Martow hervor. Martow bestand auf der Wahl von neun Genossen, unter denen er sogar einen Bundisten haben wollte. Ich dagegen hielt es für notwendig, ein Büro zu wählen, das fähig wäre, eine feste, standhafte Politik durchzuführen und notfalls sogar mit „eiserner Hand" durchzugreifen. Gewählt wurden: Plechanow, Lenin und Pawlowitsch.

Außer den fünf Bundisten waren auf dem Parteitag zwei Delegierte vom Auslandsbund russischer Sozialdemokraten und ein Delegierter vom Petersburger „Kampfbund", der fast immer gemeinsam mit ihnen stimmte. Diese Leute zogen die Debatten von Anfang an sehr in die Länge. Schon allein die Geschäftsordnung des Parteitags nahm unverhältnismäßig viel Zeit in Anspruch. Es gab endlose Diskussionen über die Stellung des „Bund" in der Partei, die mehrere Sitzungen beanspruchten. Ebensolche Verschleppungen verursachte der Bundist, der in die Mandatsprüfungskommission gewählt worden war. Auf Schritt und Tritt übte er Obstruktion, in keiner einzigen Frage war er mit den übrigen Mitgliedern der Kommission, der auch ich angehörte, einverstanden, und stets blieb er bei seiner „besonderen Meinung". Auf die Bemerkung, daß der Parteitag sich auf diese Weise hinziehen könne, antwortete der Bundist: „Soll er sich hinziehen", und erklärte sich bereit, beliebig lange in der Kommission zu sitzen. Erst spät nach Mitternacht gelang es, die Prüfung der Mandate zu beenden.

Gleich in den ersten Sitzungen des Parteitags kam es zu einem Zwischenfall mit dem OK. Auf Grund des von ihm ausgearbeiteten Statuts konnten nur „hervorragende Parteifunktionäre" mit beratender Stimme zum Parteitag eingeladen werden; die Mandatsprüfungskommission lehnte das Ersuchen der Gruppe „Borba" ab, ihr ein Mandat zuzugestehen.

In dieser Kommission arbeiteten zwei Mitglieder des OK mit, die sich kategorisch gegen die Zulassung eines Vertreters der Gruppe „Borba" zum Parteitag aussprachen. Als der Berichterstatter der Kommission dem Parteitag diesen Beschluß mitteilte, entstanden langwierige Debatten „für" und „gegen" die Zulassung, wobei ein Iskrist die Ansicht äußerte, daß der Vertreter der Gruppe „Borba" keinesfalls zum Parteitag zugelassen werden dürfe, da diese Gruppe sich nur mit Intrigen befasse, durch jede Ritze durchzukriechen versuche, überall Streitigkeiten hineingetragen habe usw. (Trotzki: „Warum nennen Sie nicht den Redner – das habe ich gesagt." P. Axelrod: „Anscheinend meint der Referent, das sei nicht günstig für ihn.") Es war tatsächlich Gen. Trotzki, der die Gruppe „Borba" so kraß charakterisierte. Auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Zulassung eines Vertreters der Gruppe „Borba" zum Parteitag bat ein Delegierter des „Jushny Rabotschi", der mit Verspätung eingetroffen und eben erst auf dem Parteitag erschienen war, man möge die Sitzung für 5 Minuten unterbrechen, damit er sich mit allen Begleitumständen der zur Debatte stehenden Frage bekannt machen könne. Als die Pause genehmigt war, veranstalteten die Mitglieder des OK eine Beratung in demselben Raum am Fenster. Es muß festgestellt werden, daß einige Mitglieder des OK schon vor dem Parteitag mit der Redaktion nicht ganz zufrieden waren. So war das Mitglied des „Bund" im OK äußerst empört darüber, daß die Redaktion die den deutschen Sozialdemokraten für die Wahlen gespendeten 500 Mark als Spende der Redaktion und des OK bezeichnet hatte, ohne von diesem vorher die Erlaubnis erhalten zu haben. Aus diesem harmlosen Vorgang, der infolge der Unmöglichkeit, rasch mit den Genossen in Rußland in Verbindung zu treten, ganz natürlich war, zog der Bundist den Schluß, daß die im Ausland lebende Redaktion im Namen des OK Verfügungen treffe, ohne dieses zu befragen. Im OK wurde sogar der Antrag gestellt, der Redaktion deswegen eine Rüge zu erteilen, was auch geschah, da sich dem Bundisten Gen. N N anschloß, der Mitglied der „Iskra"-Organisation war. Als ich Martow hiervon Mitteilung machte, war er sehr ungehalten und erklärte, das sei eine „Gemeinheit". (Martow: „Nein, das Wort ‚Gemeinheit' habe ich nicht gebraucht.") Der genaue Ausdruck ist mir entfallen. Martow fügte noch hinzu, er werde „das nicht auf sich beruhen lassen". Ich dagegen beschwichtigte ihn und sagte, das sei nicht so wichtig, es sei besser, darüber zu schweigen und dem Zwi-

schenfall keine Bedeutung beizumessen. Als die Beratung des OK am Fenster zu Ende war, teilte Gen. Pawlowitsch, der dem OK angehörte, den beiden anderen Mitgliedern des Büros mit, daß auf Antrag des mit Verspätung eingetroffenen Delegierten vom „Jushny Rabotschi", der ebenfalls dem OK angehörte, mit Stimmenmehrheit gegen ihn, Pawlowitsch, der Beschluß gefaßt worden sei, den Vertreter der Gruppe „Borba", Rjasanow, mit beratender Stimme zum Parteitag einzuladen. Gen. Pawlowitsch hatte diesen Beschluß energisch bekämpft und hielt sich, da es keine gebundenen Mandate gab, für berechtigt, auf dem Parteitag gegen einen solchen Beschluß zu protestieren. Uns Büromitglieder wie auch die Redaktion und andere Iskristen empörte diese Entscheidung des OK aufs höchste. Das Mitglied des OK, das ich bereits erwähnte, nämlich Gen. N N, hatte sich in der Sitzung der Mandatsprüfungskommission selber gegen die Zulassung eines Vertreters der „Borba" zum Parteitag ausgesprochen; jetzt aber, bei der Beratung des OK, gab er umgekehrt seine Zustimmung zu dessen Einladung und versuchte selber, Rjasanow in den Parteitag einzuschmuggeln. Wir saßen somit in einer Falle. Daraufhin entschlossen wir uns zu einem entschiedenen Kampf gegen diesen empörenden Beschluß des OK. Viele Delegierte sprachen gegen ihn. Ich sagte in meiner Rede aus diesem Anlaß: „Welch einen Sturm der Entrüstung rufen auf europäischen Kongressen jene Leute hervor, die in den Kommissionen eines und in der Vollsitzung etwas anderes sagen." Dabei hatte ich N N, Mitglied der „Iskra"-Organisation, im Auge. Als Gen. Pawlowitsch dem Parteitag von seinem Einspruch gegen diesen Beschluß des OK Mitteilung machte, sah das „Jushny-Rabotschi"-Mitglied des OK darin einen Disziplinbruch, ein desorganisierendes Vorgehen usw., und verlangte vom Parteitag eine angemessene Bestrafung des Gen. Pawlowitsch für diese Handlungsweise. Aber wir zerschlugen alle diese Argumente. Die Mehrheit des OK erwies sich als besiegt. Es wurde eine Resolution angenommen, die dem OK als Kollegium das Recht absprach, die Zusammensetzung des Parteitags zu beeinflussen, nachdem der Parteitag eine Mandatsprüfungskommission gewählt hatte. Der Antrag, Rjasanow einzuladen, wurde abgelehnt. Aber auch nach dem Parteitag äußerten mir gegenüber einige Iskristen Bedenken, weshalb man eigentlich das Mitglied der Gruppe „Borba" zum Parteitag nicht hätte zulassen sollen. (Deutsch: „Ich habe mich auch auf dem Parteitag in diesem Sinne geäußert.") Sehr richtig, und auch in

anderen Fragen – ich werde noch davon sprechen – hat Gen. Deutsch nicht immer zusammen mit den Iskristen gestimmt, zum Beispiel in der Frage der Gleichberechtigung der Sprachen. Von manchen Iskristen werden jetzt auch solche höchst merkwürdige Auffassungen vertreten, daß das ZK in seiner Tätigkeit alle möglichen Schwankungen und primitiven Anschauungen in der Partei zum Ausdruck bringen müsse. In demselben Sinne sprachen einige unbeständige, schwankende Iskristen auch auf dem Parteitag. So erweist es sich also, daß die Ansicht, alle, die sich zu den Iskristen zählen, seien auch wirklich Iskristen, vollkommen falsch ist. Es gibt Iskristen, die sich sogar schämen, sich Iskristen zu nennen, das ist Tatsache. Es gibt Iskristen, die die „Iskra" bekämpfen, ihr verschiedene Hindernisse in den Weg legen, ihre Tätigkeit hemmen. Die „Iskra" ist populär geworden, es ist Mode geworden, sich Iskrist zu nennen, das hindert aber viele nicht, das zu bleiben, was sie vorher waren, bevor die „Iskra" von vielen Komitees anerkannt wurde. Diese unzuverlässigen Iskristen haben ihr großen Schaden zugefügt. Wenn sie die „Iskra" wenigstens offen, direkt bekämpfen wollten... Aber nein, sie tun es im stillen, hinterrücks, unmerklich, geheim.

Der zweite Punkt der Tagesordnung des Parteitags war dem Parteiprogramm gewidmet. Die Anhänger des „Rabotscheje Delo", die Bundisten und verschiedene einzelne Delegierte, die auf dem Parteitag den Beinamen „Sumpf" erhielten, übten eine unerhörte Obstruktion. Die Debatten über das Programm zogen sich unglaublich in die Länge. Akimow allein brachte Dutzende von Abänderungsanträgen ein. Man stritt buchstäblich um einzelne Worte, um dieses oder jenes Bindewort. Ein Bundist, der in der Kommission zur Prüfung des Programmentwurfs saß, fragte mit vollem Recht: Wessen Entwurf prüfen wir eigentlich, den von der Redaktion der „Iskra" vorgeschlagenen oder einen von Akimow eingebrachten? – so viele Abänderungsanträge mußten wir erörtern. Diese Anträge waren ganz nichtssagend, und das Programm wurde tatsächlich ohne irgendwelche ernsten Änderungen angenommen; trotzdem brauchten wir für seine Erörterung ungefähr zwanzig Sitzungen. Dermaßen unproduktiv waren die Arbeiten des Parteitags infolge der Opposition verschiedener anti-iskristischer und quasi-iskristischer Elemente.

Ein zweiter wichtiger Zwischenfall, der sich auf dem Parteitag nach dem Zwischenfall mit dem OK ereignete, war der Konflikt wegen der Gleich-

berechtigung der Sprachen oder – wie man es auf dem Parteitag spöttisch nannte – „wegen der Freiheit der Sprachen". (Martow: „Oder ‚wegen der Esel'." Heiterkeit.) Ja, auch „wegen der Esel". Es handelt sich um folgendes. Im Entwurf des Parteiprogramms ist von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion usw. die Rede. Den Bundisten genügte das nicht, und sie forderten, man solle das Recht einer jeden Nationalität auf Unterricht in der eigenen Sprache und auch auf den Verkehr mit den verschiedenen öffentlichen und staatlichen Institutionen in dieser Sprache ins Programm aufnehmen. Auf die Bemerkung eines redseligen Bundisten, als Beispiel könne man die staatlichen Gestüte anführen, erwiderte Gen. Plechanow, von Gestüten könne keine Rede sein, denn Pferde reden nicht, „nur Esel reden". Die Bundisten fühlten sich beleidigt, offenbar bezogen sie diesen Scherz auf sich.

In der Frage der Gleichberechtigung der Sprachen kam es zum erstenmal zur Spaltung. Außer den Bundisten, den „Rabotscheje-Delo"-Leuten und dem „Sumpf" traten auch einige Iskristen für die „Freiheit der Sprachen" ein. Gen. Deutsch rief bei uns durch seine Voten Erstaunen, Entrüstung, Empörung usw. hervor; bald enthielt er sich der Stimme, bald stimmte er gegen uns. Schließlich wurde diese Frage gütlich und einstimmig gelöst.

Überhaupt traten während der ersten Hälfte des Parteitags alle Iskristen einmütig auf. Die Bundisten sagten, man habe sich gegen sie verschworen. Ein Bundist kennzeichnete in seiner Rede den Parteitag als eine „kompakte Mehrheit". Auf diese Äußerung hin sprach ich den Wunsch aus, unsere ganze Partei möge sich in eine kompakte Mehrheit verwandeln.

Ein völlig anderes Bild bietet die zweite Hälfte des Parteitags. Von dieser Zeit ab beginnt die historische Wendung Martows. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen uns zutage traten, waren keineswegs unbedeutend. Sie ergaben sich aus Martows falscher Einschätzung der gegenwärtigen Lage. Gen. Martow wich von der Linie ab, an die er sich früher gehalten hatte.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung war dem Statut gewidmet. Wegen des ersten Paragraphen kam es zwischen mir und Martow schon in der Kommission zu einem Streit. Wir traten für verschiedene Formulierungen

ein. Während ich vorschlug, denjenigen als Parteimitglied anzuerkennen, der dem Parteiprogramm zustimmt, die Partei materiell unterstützt und einer ihrer Organisationen als Mitglied angehört, war Martow der Meinung, neben den beiden ersten Bedingungen genüge die Arbeit unter der Kontrolle einer Parteiorganisation. Ich bestand auf meiner Formulierung und wies darauf hin, daß wir keine andere Definition eines Parteimitglieds geben können, wenn wir nicht vom Prinzip des Zentralismus abweichen wollen. Jemand als Parteimitglied anerkennen, der keiner Parteiorganisation angehört, heißt gegen jede Kontrolle der Partei sein. Hier stellte Martow ein neues Prinzip auf, das den Prinzipien der „Iskra" vollkommen widerspricht. Martows Formulierung erweiterte den Rahmen der Partei. Er berief sich darauf, daß unsere Partei eine Massenpartei sein müsse. Er öffnete allen möglichen Opportunisten Tür und Tor, denn er erweiterte den Rahmen der Partei bis zur völligen Verschwommenheit. In unseren Verhältnissen ist das jedoch eine große Gefahr, da es sehr schwer ist, die Grenzen zu ziehen zwischen einem Revolutionär und einem bloßen Schwätzer; deshalb ist es notwendig, den Begriff der Partei einzuengen. Martows Fehler bestand darin, daß er jedem Schelm Tür und Tor öffnete, während es sich doch zeigte, daß selbst auf dem Parteitag gut ein Drittel der Leute aus Ränkeschmieden bestand. Martow legte hier Opportunismus an den Tag. Seine Formulierung brachte einen Mißton ins Statut hinein: Jedes Parteimitglied muß so unter der Kontrolle einer Organisation stehen, daß das ZK die Möglichkeit hat, sich an das letzte Parteimitglied unmittelbar zu wenden. Meine Formulierung gab einen Ansporn, sich zu organisieren. Gen. Martow würdigte den Begriff „Parteimitglied" herab, der meines Erachtens hoch, sehr hoch stehen muß. Auf Martows Seite gingen das „Rabotscheje Delo", der „Bund" und der „Sumpf" über, und mit deren Hilfe setzte er den ersten Paragraphen des Statuts durch.

Dann begann Martow von „kompromittierenden Gerüchten" zu sprechen, die über ihn verbreitet würden. Es lag nichts Beleidigendes in dem Hinweis darauf, mit wem Martow sich verbündet hatte. Mir wurden auch solche Vorwürfe gemacht, als ich mich im Bunde mit Gen. Brucker erwies. Und ich fühlte mich nicht im geringsten beleidigt, als Martow mir einen Zettel schickte, auf den er geschrieben hatte: „Gib acht, wer mit Dir zusammen stimmt." Allerdings war mein Bündnis mit Brucker nur zeitweilig

und zufällig. Das Bündnis Martows mit dem „Bund" stellte sich dagegen als dauerhaft heraus. Ich war gegen Martows Formulierung, weil sie eine Versumpfung* bedeutete. Ich warnte Martow davor, und unsere Gegner, die Martow wie ein Mann Gefolgschaft leisteten, legten von diesem Fehler beredt Zeugnis ab. Aber das gefährlichste ist nicht, daß Martow in den Sumpf geriet, sondern daß er, nachdem er zufällig hineingeraten war, keine Anstrengungen machte, wieder herauszukommen, ja umgekehrt immer tiefer darin versank. Die Bundisten fühlten, daß sie Herren der Lage geworden waren, und drückten dem Parteistatut ihren Stempel auf.

Während der zweiten Hälfte des Parteitags bildete sich ebenfalls eine kompakte Mehrheit, doch bestand diese bereits aus einer Koalition der Martowleute plus dem „Sumpf" plus der kompakten Minderheit vom „Rabotscheje Delo" und vom „Bund". Und diese kompakte Mehrheit trat gegen die Iskristen auf. Ein Bundist, der den Zwist im Lager der Iskristen sah, sagte: „Es ist eine Lust zu streiten, wenn sich die Führer in den Haaren liegen." Mir ist unverständlich, warum der „Bund" unter diesen Umständen den Parteitag verlassen hat. Er war nun Herr der Lage und hätte vieles durchsetzen können. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatten seine Delegierten ein gebundenes Mandat.

Nachdem der erste Paragraph des Statuts verdorben war, mußten wir das zerschlagene Gefäß möglichst fest, mit einem doppelten Knoten zusammenbinden. Es war ganz natürlich, daß bei uns die Befürchtung entstand, man werde uns hintergehen, uns hineinlegen. Deshalb war es notwendig, die gegenseitige Kooptation in die zentralen Körperschaften einzuführen, um der Partei die Einheitlichkeit ihres Handelns zu sichern. Um diese Frage entbrannte wieder ein Kampf. Man mußte es so einrichten, daß sich zum III. Parteitag nicht dasselbe wiederholen konnte, was mit dem OK geschehen war. Ein konsequentes, ehrliches iskristisches Kabinett mußte geschaffen werden. In diesem Punkt wurden wir wieder geschlagen. Der Punkt über die gegenseitige Kooptation in die zentralen Körperschaften fiel durch. Martows Fehler, den der „Sumpf" unterstützte, trat noch krasser hervor. Von diesem Augenblick an war die Koalition fest geschmiedet, und angesichts der Gefahr einer Niederlage waren wir gezwungen, unsere Flinten doppelt zu laden. Der „Bund" und

* „Versumpfung" hier und im weiteren bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

das „Rabotscheje Delo" saßen da und entschieden durch ihre Stimmen das Schicksal des Parteitags. Hieraus entspann sich ein hartnäckiger, erbitterter Kampf.

Gehen wir jetzt zu den internen Sitzungen der „Iskra"-Organisation über. In diesen Sitzungen befaßten wir uns hauptsächlich mit der Zusammensetzung des ZK. In allen vier Sitzungen der „Iskra"-Organisation drehte sich die Debatte um Gen. N N, dem ein Teil der Iskristen das politische Mißtrauen aussprechen wollte, doch keineswegs im buchstäblichen Sinne dieses Wortes, denn niemand warf N N auch nur das geringste Ehrenrührige vor, sondern im besonderen Sinne der Tauglichkeit von N N für ein iskristisches Kabinett; hierum entbrannten erbitterte Kämpfe. In der letzten Sitzung der Sechzehn stimmten 9 Genossen gegen N N, 4 für ihn, die übrigen enthielten sich der Stimme. Anschließend wurde die Frage erörtert, in welcher Zusammensetzung wir unser Kabinett jetzt durchbringen sollten.

Martow und ich schlugen verschiedene „Dreierkollegien" vor, ohne daß wir uns über sie einigen konnten. Da wir unsere Stimmen auf dem Parteitag nicht zersplittern wollten, beschlossen wir, eine Kompromißliste vorzulegen. Wir machten weitgehende Zugeständnisse: Ich erklärte mich einverstanden mit einer Liste, auf der zwei Martowleute standen. Die Minderheit ging darauf nicht ein. Unter anderem lehnte ein Mitglied des „Jushny Rabotschi" es ab, auf unserer Liste zu stehen, wohingegen er damit einverstanden war, daß ihn die Martowleute aufstellten. Der „Jushny Rabotschi" – ein außenstehendes Element – konnte die Frage des ZK entscheiden. Nachdem die Iskristen sich gespalten hatten, mußten wir unsere Gesinnungsgenossen sammeln, und wir entfalteten eine eifrige Agitation. Der unerwartete Abzug des „Bund" änderte sofort die ganze Lage. Mit seinem Weggang bildete sich erneut eine kompakte Mehrheit und eine Minderheit. Wir erwiesen uns in der Mehrheit und brachten nun die uns erwünschten Genossen ins ZK.

Das sind die Umstände, die zur Spaltung führten. Eine grobe Taktlosigkeit war es von Martow, auf dem Parteitag die Bestätigung aller sechs Redakteure der „Iskra" zur Debatte zu stellen, wo er doch wußte, daß ich auf der Wählbarkeit der Redaktion bestehen würde. Das hieß, die Wahl der Redaktion auf ein Mißtrauensvotum gegen einzelne Genossen der Redaktion zuzuspitzen.

Am Sonnabend um 5 Uhr waren die Wahlen zu Ende. Wir schritten zur Erörterung der Resolutionen. Dafür waren uns nur ein paar Stunden geblieben. Infolge der Brems- und Verschleppungsmanöver seitens des „Sumpfes" mußten wir eine Menge wichtiger Punkte von der Tagesordnung absetzen; so war uns überhaupt keine Zeit für die Erörterung aller taktischen Fragen geblieben.

Die Stellung des Parteitags zu den Resolutionen war so einmütig, daß wir den Eindruck gewannen, eine versöhnliche Stimmung habe Platz gegriffen; uns schien, Martow mache aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen uns keine Staatsaktion. Er bemerkte sogar – zu der Frage eines Delegierten des „Jushny Rabotschi" über die Rechtmäßigkeit der Wahlen –, daß die Minderheit sich allen Parteitagsbeschlüssen unterordne. Sämtliche Resolutionen wurden friedlich und einträchtig angenommen; Unstimmigkeiten gab es nur anläßlich der Resolution Starowers über die Liberalen. Sie leidet an Verschwommenheit, und es brach darin wieder der Opportunismus durch. Wir haben sie bekämpft und eine zweite Resolution über dieselbe Frage durchgesetzt.

Der allgemeine Eindruck vom Parteitag ist der, daß wir gegen ein Netz von Intrigen kämpfen mußten. Man machte es uns unmöglich, fruchtbar zu arbeiten. Die Schlußfolgerung war die: „Gott behüte uns vor solchen Freunden", d. h. vor den Quasi-Iskristen. Martow hat diesen Umstand absolut nicht begriffen. Er hat seine falsche Stellung zum Prinzip erhoben. In einem schreienden Widerspruch zu den wirklichen Erfordernissen der Partei steht Martows Behauptung, die Mehrheit habe einen „Belagerungszustand" verhängt. Um die Arbeit erfolgreicher zu gestalten, war es notwendig, die hemmenden Elemente zu entfernen und sie in eine Lage zu bringen, in der sie die Partei nicht schädigen können. Nur in diesem Falle wird es uns auf dem nächsten Parteitag gelingen, fruchtbare Arbeit zu leisten. Deshalb mußte vollständige Einmütigkeit zwischen den zentralen Parteikörperschaften hergestellt werden.

Die erste Hälfte des Parteitags war der zweiten diametral entgegengesetzt. Die Kardinalpunkte des ganzen Parteitags laufen auf vier Hauptmomente hinaus, und zwar: 1. der Zwischenfall mit dem OK; 2. die Debatte über die Gleichberechtigung der Sprachen; 3. die Debatte über § 1 des Statuts und 4. der Kampf wegen der Wahlen in die zentralen Parteistellen.

Während der ersten Hälfte des Parteitags waren wir zusammen mit Martow gegen das OK, den „Bund", das „Rabotscheje Delo" und den „Sumpf", in der zweiten Hälfte geriet Martow zufällig in den Sumpf. Aus der zufälligen Versumpfung wird jetzt, nach dem Parteitag, bereits eine wirkliche Versumpfung. (Beifall.)

3

ERKLÄRUNG ZUM REFERAT VON MARTOW 15. (28.) OKTOBER[24]

Ich protestiere aufs energischste dagegen, daß Martow die Frage aufwirft, wer bei der Wiedergabe des Privatgesprächs zwischen mir, ihm und Starower gelogen oder wer intrigiert hat, da dies eine *erbärmliche* Kampfmethode ist. Ich stelle fest, diese Methode steht in schreiendem Widerspruch zu den gestern von Martow selbst abgegebenen Erklärungen, daß er es verabscheue, die Angelegenheit bis zur unlösbaren Frage nach der wahrheitsgetreuen Wiedergabe von Privatgesprächen zu treiben! Ich erkläre, daß Martow das Privatgespräch en question* *völlig falsch* wiedergegeben hat. Ich erkläre, daß ich jedem beliebigen Schiedsgericht zustimme, und fordere Martow auf, sich einem solchen zu stellen, wenn er sich erdreistet, mich einer Handlungsweise zu beschuldigen, die mit der Bekleidung eines verantwortlichen Postens in der Partei unvereinbar ist. Ich erkläre, daß es die moralische Pflicht Martows ist, der jetzt keine offenen Anschuldigungen vorbringt, sondern dunkle Andeutungen macht, daß es seine Pflicht ist, den Mut aufzubringen, seine Anschuldigungen offen, unter seinem Namen vor der ganzen Partei vorzubringen, und daß ich als Redaktionsmitglied des ZO der Partei im Namen der gesamten Redaktion Martow vorschlage, *alle* seine Anschuldigungen sofort in Broschürenform *herauszugeben*. Tut Martow das nicht, so beweist er lediglich, daß er nur nach einem Skandal auf der Konferenz der Auslandsliga und nicht nach einer moralischen Säuberung der Partei getrachtet hat.

---

* das in Frage stehende. *Die Red.*

REDE ÜBER DAS STATUT DER AUSLANDSLIGA
17. (30.) OKTOBER

Ich werde hauptsächlich auf einen Punkt eingehen, und zwar auf die Ansicht des Berichterstatters, daß die Liga in der Ausarbeitung ihres Statuts autonom sei. Meines Erachtens ist das völlig falsch, weil das ZK, dem auf Grund von § 6 des Parteistatuts das Recht zusteht, Komitees zu organisieren, die einzige Instanz ist, die sich mit der Ausarbeitung eines Statuts für die Auslandsliga befassen darf, denn organisieren heißt vor allem ein Statut ausarbeiten. Und solange das ZK das Statut der Liga nicht bestätigt, hat die Liga eben *kein* Statut. Der Begriff der Autonomie ist hier absolut nicht anwendbar, denn er steht im Widerspruch zum Parteistatut. Ich betone noch einmal energisch, daß die Liga kein Statut hat, solange dieses vom ZK nicht bestätigt ist. Was aber die Bestätigung der Auslandsliga durch den Parteitag anbelangt, so erfolgte sie nicht wegen ihrer Tätigkeit, sondern wohl eher trotz allen ihren Mängeln – ausschließlich wegen ihrer Prinzipienfestigkeit.

EINE NICHTABGEGEBENE ERKLÄRUNG[25]

29. Oktober 1903

Genossen! Ich habe gestern (am 28. X.) die Sitzung der Konferenz verlassen, weil es zu widerwärtig war, dem Wühlen in schmutzigen Klatschereien, Gerüchten und Privatgesprächen beizuwohnen, das sich Martow leistete und mit hysterischem Gekreisch, unter dem Jubel aller Liebhaber von Skandalen betrieb. Als wollte er sich über sich selber lustig machen, hat derselbe Martow vorgestern sehr beredt davon gesprochen, wie unanständig es sei, sich auf Privatgespräche zu berufen, die nicht nachgeprüft werden können, und die Frage zu provozieren, wer von den am Gespräch Beteiligten *gelogen* hat. Haargenau diese Unanständigkeit hat uns Martow vorgeführt, der mich gestern einem hysterischen Verhör unterzog, *wer* bei der Wiedergabe des berühmten Privatgesprächs über das berühmte Dreierkollegium *gelogen* habe, ich oder er.

Diese Methode, durch die Fragestellung: *wer hat gelogen?* einen Skandal hervorzurufen, ist nur eines Raufbolds würdig, der eine billige Gelegenheit zur Schlägerei sucht, oder aber eines hysterisch erregten Menschen, der unfähig ist, die Sinnlosigkeit seines Verhaltens abzuwägen. Wendet jedoch ein politischer Führer, dem bestimmte politische Fehler vorgeworfen werden, eine solche Methode an, so zeugt das untrüglich davon, daß er keine anderen Verteidigungsmittel hat, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten von ihm erbärmlicherweise auf das Gebiet des Gezänks und Klatsches geschoben werden.

Es fragt sich nun, welche Verteidigungsmittel können überhaupt angewandt werden gegen diese Methode aller Raufbolde und Skandal-

macher, auf Grund von Privatgesprächen *unbeweisbare* Anschuldigungen zu erheben. Ich spreche von „unbeweisbaren" Anschuldigungen, denn nichtprotokollierte Privatunterhaltungen schließen ihrem ureigenen Wesen nach *jede* Möglichkeit von Beweisen aus, und Anschuldigungen, die auf Grund solcher Privatgespräche erhoben werden, führen zur bloßen Wiederholung und Abwandlung des Wortes „Lüge". Martow hat es gestern in der Kunst solcher Wiederholungen zu wahrer Virtuosität gebracht, und ich will seinem Beispiel nicht folgen.

Ich habe bereits in meiner gestrigen Erklärung auf *eine* Methode der Verteidigung hingewiesen, und ich bestehe kategorisch darauf. Ich schlage meinem Gegner vor, alle seine Anklagen gegen mich, die er in seiner Rede in Form von endlosen und zahllosen dunklen Andeutungen, ich hätte gelogen, intrigiert usw. usf., ausgestreut hat, sofort als Broschüre herauszugeben. Ich *verlange*, daß mein Gegner unbedingt vor der *gesamten* Partei auftritt und mit seiner Unterschrift haftet, denn er hat gegen mich, ein Mitglied der Redaktion des ZO der Partei, Verdächtigungen vorgebracht, denn er hat davon gesprochen, daß es für gewisse Leute unmöglich sei, verantwortliche Stellen in der Partei zu bekleiden. Ich verpflichte mich, *alle* Anschuldigungen meines Gegners zu veröffentlichen, denn gerade das offene Ausbreiten des Gezänks und Klatsches wird, das weiß ich sehr gut, meine besteVerteidigung vor der Partei sein. Ich wiederhole, daß der Gegner, wenn er meiner Herausforderung aus dem Wege geht, damit beweisen wird, daß seine Anschuldigungen nur dunkle Insinuationen sind, die entweder der Verleumdungssucht eines Lumpen oder der hysterischen Unzurechnungsfähigkeit eines gestrauchelten Politikers entspringen.

Ich habe übrigens noch ein indirektes Verteidigungsmittel. In meiner gestrigen Erklärung sagte ich, Martow habe das Privatgespräch en question völlig falsch wiedergegeben. Ich will damit nicht von neuem anfangen, eben weil das bei *unbeweisbaren* Behauptungen aussichtslos und zwecklos ist. Denke sich aber jeder in das „Dokument" hinein, das ich gestern Martow gab und das dieser auf der Konferenz vorlas. Dieses Dokument ist das Programm des Parteitags und mein Kommentar dazu – ein Kommentar, der *nach* dem „Privat"gespräch geschrieben, *von mir an Martow geschickt* und von ihm mit Korrekturen zurückgeschickt worden ist.

Dieses Dokument stellt *zweifellos* die Quintessenz unseres Gesprächs

dar, und es genügt vollauf, daß ich den genauen Text analysiere, um Martows Anschuldigungen als Klatschereien zu kennzeichnen. Hier der ungekürzte Text:

„Punkt 23 (der Tagesordnung des Parteitags). *Wahl des ZK und der Redaktion des ZO der Partei.*"

Mein Kommentar: „Der Parteitag wählt *drei* Genossen in die Redaktion des ZO und *drei* in das ZK. Diese sechs Genossen *zusammen* ergänzen, falls es notwendig ist, mit Zweidrittelmehrheit die Redaktion des ZO und das ZK durch Kooptation und erstatten hierüber dem Parteitag Bericht. Nachdem dieser Bericht vom Parteitag bestätigt worden ist, erfolgt die weitere Kooptation durch die Redaktion des ZO und durch das Zentralkomitee getrennt."

Martow versicherte, dieses System sei *ausschließlich* beschlossen worden, um das Sechserkollegium der Redaktion zu erweitern. Dieser Behauptung widersprechen *direkt* die Worte: „falls es notwendig ist". Offensichtlich wurde schon damals die Möglichkeit vorausgesehen, daß eine solche Notwendigkeit nicht eintritt. Wenn ferner für die Kooptation erforderlich war, daß von sechs Genossen vier ihr Einverständnis gaben, so konnte die Ergänzung des Redaktionskollegiums offensichtlich *nicht erfolgen ohne das Einverständnis von Nichtredakteuren*, ohne das Einverständnis mindestens eines Mitglieds des ZK. Folglich hing die Erweiterung der Redaktion von der Meinung eines Genossen ab, über dessen Person damals (einen Monat, wenn nicht anderthalb, vor dem Parteitag) nur ganz vage Vermutungen möglich waren. Offensichtlich war demnach auch Martow *damals* der Ansicht, daß das Sechserkollegium der Redaktion als solches nicht *selbständig weiter existieren* könne, da ja die entscheidende Stimme hinsichtlich der Erweiterung des gewählten Dreierkollegiums einem ebenfalls gewählten *Nichtredakteur* zuerkannt wurde. Ohne Hilfe von außen, von außerhalb der Redaktion, hielt auch Martow die Umwandlung der alten „Iskra"-Redaktion in die Redaktion des Zentralorgans der Partei für unmöglich.

Gehen wir weiter. Wenn es sich *ausschließlich* darum handelte, das Sechserkollegium zu erweitern, weshalb dann von einem Dreierkollegium sprechen? Dann hätte es doch genügt, die einstimmige Kooptation durch eine Kooptation mit dieser oder jener Mehrheit zu ersetzen. Dann wäre es überhaupt überflüssig gewesen, von der Redaktion zu sprechen, es hätte

genügt, von der Kooptation in die Parteikörperschaften im allgemeinen oder in die zentralen Parteikörperschaften im besonderen zu sprechen. Es ist also klar, daß es sich nicht ausschließlich um eine Erweiterung handelte. Es ist auch klar, daß der möglichen Erweiterung *nicht* nur ein Mitglied der alten Redaktion im Wege stand, *sondern vielleicht zwei oder sogar drei*, da man es für die *Erweiterung* des Sechserkollegiums als zweckdienlich erachtete, das Kollegium zunächst auf drei Mitglieder zu *beschränken*.

Man vergleiche schließlich die „Ergänzung", die Erweiterung der Zentralstellen nach dem jetzigen, vom Parteitag angenommenen Statut und nach jenem ursprünglichen Entwurf, den wir, Martow und ich, im obenerwähnten Kommentar zu Punkt 23 der Tagesordnung fixiert hatten. Im ursprünglichen Entwurf wurde (für die Erweiterung der *Redaktion des* ZO und des ZK) das Einverständnis *von vier gegen zwei* verlangt, das jetzige Statut erfordert dagegen in letzter Instanz das Einverständnis *von drei gegen zwei*, denn jetzt entscheidet über die Kooptation in die Zentralstellen endgültig der Rat der Partei, und wenn zwei Redaktionsmitglieder plus noch ein Mitglied des Rates eine Erweiterung der Redaktion wünschen, so könnten sie folglich diese Erweiterung gegen den Willen des dritten durchführen.

So kann es also (nach dem genauen Sinn des genauen Dokuments) nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß eine Änderung in der Zusammensetzung der Redaktion lange vor dem Parteitag ins Auge gefaßt wurde (von mir und Martow, ohne daß jemand von der Redaktion dagegen Einspruch erhob), wobei diese Änderung unabhängig vom Willen und Einverständnis irgendeines Mitglieds, vielleicht sogar von zwei oder drei Mitgliedern des Sechserkollegiums vorgenommen werden sollte. Danach kann man urteilen, welches Gewicht jetzt das klägliche Geschwätz hat von einem inoffiziellen gebundenen Mandat, das für das Sechserkollegium verpflichtend gewesen wäre, von einer moralischen Bindung innerhalb des Kollegiums, von der Bedeutung eines unveränderlichen Kollegiums und ähnliche Ausflüchte, von denen Martows Rede strotzte. Alle diese Ausflüchte widersprechen direkt dem unzweideutigen Text des Kommentars, der eine *Erneuerung* des Redaktionsbestandes verlangt, eine Erneuerung mittels eines ziemlich komplizierten und mithin sorgfältig überlegten Verfahrens.

Noch weniger Zweifel läßt der Kommentar darüber, daß die Vorbedingung für eine Änderung in der Zusammensetzung der Redaktion das *Einverständnis* von mindestens zwei vom Parteitag ins ZK gewählten Genossen aus Rußland war. Das bedeutet, daß sowohl ich als auch Martow *hofften*, diese künftigen Mitglieder des ZK von der Notwendigkeit einer bestimmten Änderung in der Zusammensetzung der Redaktion zu *überzeugen*. Wir überließen also die Entscheidung über die Zusammensetzung der Redaktion noch nicht genau bekannten Mitgliedern des Zentralkomitees. Wir waren folglich zum Kampf entschlossen, *in der Hoffnung, diese Mitglieder des Zentralkomitees für uns zu gewinnen*, und wenn sich jetzt die Mehrheit der einflußreichen Genossen aus Rußland auf dem Parteitag für mich und nicht für Martow entschieden hat (was die zwischen uns aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten angeht), so ist es eine unanständige und erbärmliche Kampfesweise, wenn Martow seine Niederlage hysterisch beweint und Klatschereien und Anwürfe in Umlauf setzt, die ihrem ureigenen Wesen nach unbeweisbar sind.

N. Lenin (W. I. Uljanow)

Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.

Nach dem Manuskript.

ERKLÄRUNG ÜBER DEN AUSTRITT AUS DEM RAT DER PARTEI UND AUS DER REDAKTION DES ZO[26]

Da ich die Meinung G. W. Plechanows, Mitglied des Rats der Partei und der Redaktion des ZO, wonach im gegenwärtigen Augenblick ein Zugeständnis an die Martowleute und die Kooptation des Sechserkollegiums für die Einheit der Partei zweckdienlich ist, nicht teile, lege ich meine Funktionen im Rat der Partei und in der Redaktion des ZO nieder.

N. Lenin

Genf, den 1. November 1903

PS. Ich lehne es jedoch auf keinen Fall ab, die neuen zentralen Körperschaften der Partei durch meine Arbeit nach Kräften zu unterstützen.

Plechanow überreicht am 1. XI. 1903.

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: L. Martow, „Der Kampf gegen den ‚Belagerungszustand' in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", Genf.

Nach dem Manuskript.

DIE STELLUNG DES „BUND" IN DER PARTEI[27]

Unter diesem Titel hat der „Bund" die Übersetzung eines Artikels aus Nr. 34 der „Arbeiterstimme"[28] veröffentlicht. Dieser, den Beschlüssen des V. Kongresses des „Bund" beigefügte Artikel ist gleichsam deren offizieller Kommentar. Es wird hier der Versuch unternommen, systematisch alle Argumente darzulegen, die zwangsläufig zu der Schlußfolgerung führen, daß „der ‚Bund' ein föderativer Teil der Partei sein muß". Es dürfte von Interesse sein, diese Argumente zu untersuchen.

Der Verfasser beginnt damit, daß die brennendste Frage, vor der die russische Sozialdemokratie steht, die Frage der Vereinigung ist. Auf welcher Grundlage kann sie erfolgen? Das Manifest von 1898[29] hat das Prinzip der Autonomie zur Grundlage genommen. Der Verfasser analysiert dieses Prinzip und findet, daß es logisch ungereimt und innerlich widerspruchsvoll ist. Verstehe man unter den Fragen, die das jüdische Proletariat besonders betreffen, nur Fragen der Agitationsmethoden (in Anpassung an die besondere Sprache, die besondere Mentalität, die besondere Kultur der Juden), so sei das eine technische (?) Autonomie. Eine solche Autonomie bedeute aber die Vernichtung jeder Selbständigkeit, denn auch jedes Parteikomitee besitze sie, wolle man aber den „Bund" den Komitees gleichsetzen, so sei das eine Verneinung der Autonomie. Verstehe man dagegen unter Autonomie die Autonomie in einigen Programmfragen, so sei es unsinnig, dem „Bund" jede Selbständigkeit in den übrigen Programmfragen zu nehmen; die Selbständigkeit des „Bund" in Programmfragen setze aber unbedingt eine Vertretung des „Bund" als solchen in den zentralen Parteiinstanzen voraus, d. h. nicht Autonomie, sondern Föderation. Eine feste Grundlage für die Stellung des „Bund" in

der Partei lasse sich nur in der Geschichte der jüdischen revolutionären Bewegung in Rußland finden. Diese Geschichte zeige uns die Verschmelzung sämtlicher unter den jüdischen Arbeitern tätigen Organisationen zu einem Verband, dem „Bund", und die Ausdehnung seiner Tätigkeit von Litauen auf Polen und dann auf den Süden Rußlands. Die Geschichte habe folglich alle Gebietsschranken beseitigt und den „Bund" zum einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats gemacht. Hier habe man das Prinzip, das nicht die Frucht eines müßigen Geistes (?) sei, sondern das Ergebnis der ganzen Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung: Der „Bund" sei der einzige Vertreter der Interessen des jüdischen Proletariats. Und selbstverständlich könne die Organisation des Proletariats einer ganzen Nationalität nur dann der Partei beitreten, wenn diese föderativ aufgebaut sei: Das jüdische Proletariat sei nicht nur ein Teil der internationalen Familie der Proletarier, sondern auch ein Teil des jüdischen Volkes, das unter den übrigen Völkern eine besondere Stellung einnehme. Schließlich komme der enge Zusammenhalt zwischen den einzelnen Teilen der Partei gerade in der Föderation zum Ausdruck, deren ausschlaggebendes Kennzeichen eben die unmittelbare Beteiligung eines jeden ihrer Bestandteile an den Parteiangelegenheiten sei; alle Teile der Partei würden sich dann gleichberechtigt fühlen. Die Autonomie dagegen setze Rechtlosigkeit der einzelnen Teile der Partei, Gleichgültigkeit gegenüber den allgemeinen Angelegenheiten, gegenseitiges Mißtrauen, Reibungen und Zusammenstöße voraus.

Das ist die Argumentation des Verfassers, die wir fast ausschließlich mit seinen eigenen Worten wiedergegeben haben. Sie läßt sich auf drei Punkte reduzieren: auf allgemeine Betrachtungen über die inneren Widersprüche der Autonomie und ihre Untauglichkeit vom Standpunkt eines engen Zusammenhalts der Teile der Partei; auf die Lehren der Geschichte, die den „Bund" zum einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats gemacht habe, und schließlich auf den Hinweis, das jüdische Proletariat sei das Proletariat einer ganzen Nationalität, die eine besondere Stellung einnehme. Demnach will sich der Verfasser sowohl auf allgemeine organisatorische Grundsätze als auch auf die Lehren der Geschichte und auf die Idee der Nationalität stützen. Man muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen – er bemüht sich, die Frage von allen Seiten zu untersuchen. Und gerade deshalb spiegelt seine Darlegung so

deutlich die Stellung wider, die der „Bund" in dieser uns alle bewegenden Frage einnimmt.

Bei der Föderation, sagt man uns, sind alle Teile der Partei gleichberechtigt und nehmen an den gemeinsamen Angelegenheiten unmittelbar teil; bei der Autonomie sind sie rechtlos und nehmen als solche am Gesamtleben der Partei nicht teil. Diese Argumentation gehört ganz und gar in das Gebiet der augenfälligen Ungereimtheiten. Sie gleicht, wie ein Tropfen Wasser dem andern, jenen Betrachtungen, welche die Mathematiker mathematische Sophismen nennen und in denen – auf den ersten Blick streng logisch – nachgewiesen wird, daß zweimal zwei fünf, daß ein Teil mehr als das Ganze ist usw. Es gibt ganze Sammlungen solcher mathematischer Sophismen, und für Schulkinder sind sie gewiß von Nutzen. Peinlich aber ist es, Leuten, die sich die einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats dünken, erklären zu müssen, daß es ein elementarer Sophismus ist, wenn man „Teil der Partei" in zwei Hälften ein und derselben Betrachtung in verschiedener Bedeutung gebraucht. Spricht man nämlich von der Föderation, so versteht man unter Teil der Partei die Summe von örtlichen Organisationen; spricht man von der Autonomie, so versteht man unter Teil der Partei jede einzelne örtliche Organisation. Nimmt man diese beiden angeblich identischen Begriffe als Prämissen in einem Syllogismus, so gelangt man unweigerlich zu dem Schluß, daß zweimal zwei fünf ist. Und sollte den Bundisten der Kern ihres Sophismus immer noch nicht klar sein, so können sie einen Blick in ihr eigenes Maximalstatut werfen und dort sehen, daß die örtlichen Organisationen mit der zentralen Parteistelle gerade bei der Föderation mittelbar, bei der Autonomie dagegen unmittelbar in Verbindung stehen. Wirklich, es wäre besser, wenn unsere Föderalisten nicht vom „engen Zusammenhalt" sprechen wollten! Man macht sich nur lächerlich, wenn man den Satz zu widerlegen sucht, daß die Föderation *Absonderung* bedeutet, die Autonomie aber *Verschmelzung* der Teile der Partei.

Nicht viel glücklicher ist der Versuch, die „logische Ungereimtheit" der Autonomie nachweisen zu wollen, indem man sie in eine programmatische und eine technische teilt. Schon allein diese Unterscheidung ist im höchsten Grade unsinnig. Wie kann man die besonderen Methoden der Agitation unter den jüdischen Arbeitern als eine technische Frage bezeichnen? Was hat das mit Technik zu tun, wo es sich doch um die Besonderheiten

der Sprache, der Mentalität und der Lebensbedingungen handelt? Wie kann man von Selbständigkeit in Programmfragen sprechen, beispielsweise hinsichtlich der Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung der Juden? Das Programm der Sozialdemokratie stellt nur die Grundforderungen auf, die für das gesamte Proletariat gelten, unabhängig von den beruflichen, örtlichen, nationalen und rassischen Unterschieden. Diese Unterschiede bedingen, daß ein und dieselbe Forderung nach voller Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz an dem einen Ort eine Agitation gegen eine bestimmte Art der Ungleichheit verlangt, an dem anderen Ort oder hinsichtlich anderer Gruppen des Proletariats – gegen eine andere Art der Ungleichheit usw. Ein und derselbe Programmpunkt wird verschieden angewandt – je nach den unterschiedlichen Lebensbedingungen, der unterschiedlichen Kultur, dem unterschiedlichen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in verschiedenen Teilen des Landes usw. Die Agitation für ein und dieselbe Programmforderung wird je nach diesen Unterschieden mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Sprachen durchgeführt. Die Autonomie in Fragen, die das Proletariat einer bestimmten Rasse, einer bestimmten Nation, eines bestimmten Gebiets besonders betreffen, bedeutet also, daß die Festlegung der besonderen Forderungen, die zur Durchführung des Gesamtprogramms aufgestellt werden, und die Bestimmung der Agitationsmethoden dem selbständigen Ermessen der entsprechenden Organisation anheimgestellt werden. Die Partei als Ganzes, ihre zentralen Körperschaften legen die allgemeinen Grundprinzipien des Programms und der Taktik fest; die verschiedenen Methoden ihrer Durchführung in der praktischen Arbeit und in der Agitation werden von den verschiedenen der Zentralstelle untergeordneten Parteiorganisationen entsprechend den örtlichen, rassischen, nationalen, kulturellen usw. Besonderheiten bestimmt.

Es fragt sich, ist diese Auffassung der Autonomie wirklich unklar? und ist die Einteilung der Autonomie in programmatische und in technische Fragen nicht die reinste Scholastik?

Man beachte, wie der Begriff Autonomie in der uns vorliegenden Broschüre „logisch untersucht" wird. „Aus der Gesamtmasse der Fragen, mit denen sich die Sozialdemokratie zu befassen hat", heißt es in dieser Broschüre über das Prinzip der Autonomie, das dem Manifest von 1898 zugrunde liegt, „werden einige Fragen abgesondert (sic!!), von denen an-

erkannt wird, daß sie das jüdische Proletariat besonders betreffen... Die Autonomie des ‚Bund' hört dort auf, wo das Gebiet der allgemeinen Fragen beginnt... Hieraus ergibt sich die Doppelstellung des ‚Bund' in der Partei: In besonderen Fragen tritt er als ‚Bund' auf, ... in allgemeinen Fragen verliert er sein eigenes Antlitz und wird einem einfachen Parteikomitee gleichgesetzt..." Das sozialdemokratische Programm fordert die volle Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Um dieses Programm zu *verwirklichen*, stellt der jüdische Arbeiter in Wilna seine besondere Forderung auf, während der Baschkire, der Arbeiter in Ufa, eine ganz andere besondere Forderung aufstellt. Bedeutet das, daß „aus der Gesamtmasse der Fragen" „einige Fragen *abgesondert* werden"? Wenn die allgemeine Forderung nach Gleichberechtigung dadurch verwirklicht wird, daß man eine Reihe besonderer Forderungen nach Abschaffung besonderer Formen der Ungleichheit aufstellt, werden dann hierbei etwa die besonderen Fragen von den allgemeinen *abgesondert*? Die besonderen Forderungen werden von den allgemeinen nicht abgesondert, sondern aufgestellt, um die allgemeinen Forderungen des Programms zu *verwirklichen*. Was den Juden in Wilna besonders betrifft, wird von dem abgesondert, was den Baschkiren in Ufa besonders betrifft. Die allgemeine Zusammenfassung ihrer Forderungen, die Vertretung ihrer *gemeinsamen Klasseninteressen* (und nicht der besonderen, beruflichen, rassischen, örtlichen, nationalen usw. Interessen) ist Sache der Gesamtpartei, Sache der zentralen Parteistelle. Man sollte meinen, die Sache wäre hinreichend klar! Die Bundisten aber haben sie verwirrt, weil sie uns statt einer logischen Untersuchung immer wieder Musterbeispiele logischer Ungereimtheiten geboten haben. Sie haben von dem Verhältnis der allgemeinen Forderungen der Sozialdemokratie zu den besonderen Forderungen absolut nichts begriffen. Sie haben sich eingebildet, daß „aus der Gesamtmasse der Fragen, mit denen sich die Sozialdemokratie zu befassen hat, einige Fragen abgesondert werden", während in Wirklichkeit *jede* Frage, die von unserm Programm berührt wird, die Verallgemeinerung einer ganzen Reihe besonderer Fragen und Forderungen ist; *jeder* Programmpunkt gilt für das *gesamte* Proletariat, zerfällt aber zugleich in besondere Fragen, entsprechend den Unterschieden im Beruf der Proletarier, in ihren Lebensbedingungen, ihrer Sprache usw. usf. Die Bundisten beunruhigt das Widerspruchsvolle und Zwiespältige in der Stellung des „Bund", das

darin bestehen soll, daß er in den besonderen Fragen als „Bund" auftritt, während er in den allgemeinen sein besonderes Gesicht verliert. Eine kleine Überlegung hätte ihnen gezeigt, daß es diese „Zwiespältigkeit" in der Lage *ausnahmslos jedes* sozialdemokratischen Arbeiters gibt, der in den besonderen Fragen als Vertreter eines bestimmten Berufs, als Angehöriger einer bestimmten Nation, als Bewohner einer bestimmten Gegend auftritt, während er in den allgemeinen Fragen „sein besonderes Gesicht verliert" und *jedem anderen* Sozialdemokraten gleichgesetzt wird. Die Autonomie des „Bund" gemäß dem Statut von 1898 und die Autonomie des Tulaer Komitees sind völlig gleichartige Erscheinungen; nur sind die Grenzen dieser Autonomie im ersten Fall etwas anders und etwas weiter gezogen als im zweiten Fall. Und es ist nichts als ein haarsträubender logischer Unsinn, wenn der „Bund" diese Schlußfolgerung mit folgender These zu widerlegen sucht: „Räumt man dem ‚Bund' in einigen *Programm*fragen Selbständigkeit ein, mit welcher Begründung nimmt man ihm dann in den übrigen Programmfragen *jede* Selbständigkeit?" Diese Gegenüberstellung besonderer und allgemeiner Fragen als „einiger" und der *„übrigen"*, ist ein unvergleichliches Musterbeispiel dafür, wie der „Bund" „logisch untersucht"! Diese Leute können um nichts in der Welt begreifen, daß das heißt, die verschiedene Farbe, den verschiedenen Geruch und Geschmack einzelner Äpfel der *Zahl* der „übrigen" Äpfel gegenüberzustellen. Ihr könnt uns getrost glauben, meine Herren, daß nicht nur einige Äpfel, sondern jeder Apfel diese oder jene besondere Farbe, diesen oder jenen besonderen Geruch und Geschmack hat. Nicht nur in „einigen", sondern in *ausnahmslos allen* Programmfragen räumt man euch Selbständigkeit ein, meine Herren, allerdings nur insofern, als es sich um die Anwendung dieser Fragen auf die spezifischen Besonderheiten des jüdischen Proletariats handelt. „Mein teurer Freund, ich rat' euch drum zuerst Collegium Logicum!" *

Das zweite Argument der Bundisten besteht in einem Hinweis auf die Geschichte, die den „Bund" angeblich zum einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats gemacht hat.

Diese These stimmt erstens nicht. Der Verfasser der Broschüre sagt selber, daß „die Arbeit der anderen Organisationen" (außer dem „Bund") „in dieser Richtung" (d. h. die Arbeit unter dem jüdischen Proletariat)

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

„entweder überhaupt keine oder keine nennenswerten Ergebnisse gezeitigt hat". Es wurde also nach seinem eigenen Eingeständnis Arbeit geleistet, und folglich *war* der „Bund" *nicht der einzige* Vertreter des jüdischen Proletariats; bei der Bewertung der Ergebnisse dieser Arbeit wird sich natürlich niemand gerade auf das Urteil des „Bund" verlassen; schließlich ist es nicht unbekannt, daß der „Bund" der Arbeit anderer Organisationen unter dem jüdischen Proletariat *entgegengewirkt* hat (es genügt, daran zu erinnern, wie der „Bund" das Jekaterinoslawer Parteikomitee bekämpfte, weil es gewagt hatte, einen Aufruf an die jüdischen Arbeiter herauszugeben[30]) — und folglich trägt der „Bund", selbst wenn die Ergebnisse wirklich nicht nennenswert gewesen wären, daran ein gut Teil Schuld.

Weiter. Jener Teil Wahrheit, den die historische Betrachtung des „Bund" enthält, beweist noch keineswegs die Richtigkeit seiner Argumentation. Die wirklichen Tatsachen, die der „Bund" im Auge hat, sprechen nicht für, sondern gegen ihn. Diese Tatsachen bestehen darin, daß der „Bund" – im Laufe der fünf Jahre, die seit dem ersten Parteitag verflossen sind – völlig selbständig und unabhängig von den anderen Parteiorganisationen bestanden und sich entwickelt hat. Überhaupt war in dieser Zeit die tatsächliche Verbindung zwischen allen Parteiorganisationen außerordentlich schwach, aber die Verbindung des „Bund" mit den anderen Teilen der Partei war nicht nur noch erheblich schwächer als die Verbindung der anderen Organisationen untereinander, sondern sie lockerte sich auch immer mehr. Daß der „Bund" diese Verbindung selbst *lockerte*, wird durch die Geschichte der Auslandsorganisationen unserer Partei klar bewiesen. Im Jahre 1898 gehörten die Mitglieder des „Bund" im Ausland einer gemeinsamen Organisation der Partei an; im Jahre 1903 sonderten sie sich in eine völlig selbständige und unabhängige Auslandsorganisation ab. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des „Bund" wie auch die allmähliche Erweiterung dieser Selbständigkeit und Unabhängigkeit unterliegt keinem Zweifel.

Was ergibt sich aus dieser zweifelsfreien Tatsache? Für die Bundisten ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich vor dieser Tatsache zu verneigen, sich ihr sklavisch zu unterwerfen, sie zum Prinzip zu erheben, zum einzigen Prinzip, das der Stellung des „Bund" als feste Grundlage dient, und dieses Prinzip in einem Statut zu verankern, das den „Bund"

als den einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats in der Partei anerkennen soll. Unseres Erachtens ist diese Schlußfolgerung reinster Opportunismus, eine „Nachtrabpolitik" schlimmster Sorte. Aus der fünfjährigen Geschichte der Zersplitterung darf nicht der Schluß gezogen werden, daß man diese Zersplitterung zum Gesetz erhebt, es muß vielmehr die Notwendigkeit anerkannt werden, ein für allemal damit Schluß zu machen. Kann denn heute noch jemand bestreiten, daß das wirklich eine Zersplitterung war? Selbständig und unabhängig entwickelten sich im Laufe dieser Zeit *alle* Teile der Partei – sollte man etwa daraus das „Prinzip" der Föderation zwischen Sibirien, dem Kaukasus, dem Ural, dem Süden usw. ableiten?? Die Bundisten sagen selber, daß die Partei im Sinne einer organisatorischen Vereinigung der Teile in Wirklichkeit nicht bestanden hat – wie kann man also aus dem, was sich herausbildete, als keine Partei existierte, einen Schluß hinsichtlich der *Wiederherstellung* der organisatorischen Einheit ziehen? Nein, meine Herren, euer Hinweis auf die Geschichte der Zersplitterung, die zur Absonderung geführt hat, beweist nichts als die Unnatürlichkeit dieses Zustands der Absonderung. Ein *organisatorisches* „Prinzip" aus einigen Jahren der *Desorganisation* der Partei abzuleiten, heißt ebenso handeln wie jene Vertreter der historischen Schule, die, nach der bekannten sarkastischen Bemerkung Marx', bereit waren, die Knute mit der Begründung zu verteidigen, daß es eine historische Knute ist.

Somit liefert weder die „logische Untersuchung" der Autonomie noch die geschichtliche Betrachtung auch nur den Schatten einer „prinzipiellen" Begründung für die Absonderung des „Bund". Dafür ist zweifellos das dritte Argument des „Bund", das an die Idee der jüdischen Nation appelliert, prinzipieller Natur. Nur ist das leider die in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee. „Die Juden hörten auf, eine Nation zu sein, denn eine solche ohne ein Territorium ist undenkbar", sagt einer der hervorragendsten marxistischen Theoretiker, Karl Kautsky (siehe Nr. 42 der „Iskra" und den Sonderdruck daraus „Das Massaker von Kischinjow und die Judenfrage", S. 3). Und vor kurzem hat derselbe Schriftsteller, als er die Nationalitätenfrage in Österreich untersuchte und sich bemühte, dem Begriff der Nationalität eine wissenschaftliche Definition zu geben, zwei grundlegende Merkmale dieses Begriffs festgestellt: Sprache und Territorium („Die Neue Zeit"[31], 1903, Nr. 2). Wort für

Wort dasselbe schreibt ein französischer Jude, der Radikale Alfred Naquet, der gegen die Antisemiten und die Zionisten polemisiert: „Wenn es Bernhard Lazare gefällt", sagt er von diesem bekannten Zionisten, „sich als Bürger eines besonderen Volkes zu betrachten, so ist das seine Sache; ich aber erkläre, daß ich, wenn ich auch als Jude geboren bin..., eine jüdische Nationalität nicht anerkenne... ich habe keine andere Nationalität als die französische... Sind die Juden ein besonderes Volk? Obzwar sie in sehr ferner Vergangenheit zweifellos ein Volk waren, beantworte ich doch diese Frage mit einem kategorischen *Nein*. Der Begriff des Volkes setzt bestimmte Bedingungen voraus, die in diesem Fall fehlen. Ein Volk muß ein Territorium haben, auf dem es sich entwickeln kann, und ferner muß ein Volk, wenigstens in unserer Zeit, solange eine Weltkonföderation diese Grundlage noch nicht erweitert hat, eine gemeinsame Sprache haben. Die Juden haben kein Territorium und auch keine gemeinsame Sprache mehr... Wahrscheinlich kann Bernhard Lazare, ebenso wie ich, kein Wort hebräisch, und es würde ihm, sollte der Zionismus sein Ziel erreichen, nicht leichtfallen, sich mit seinen Stammesbrüdern (congénères) aus den übrigen Teilen der Welt zu verständigen." („La Petite République"*, 24. Sept. 1903.) „Die deutschen und die französischen Juden ähneln den polnischen und den russischen Juden nicht im geringsten. Die charakteristischen Züge der Juden weisen nichts auf, was den Stempel (empreinte) einer Nationalität trüge. Wäre es angängig, die Juden als Nation anzuerkennen, wie Drumont es tut, so wäre das eine künstliche Nation. Der moderne Jude ist das Produkt einer widernatürlichen Zuchtwahl, der seine Vorfahren fast achtzehn Jahrhunderte lang ausgesetzt waren." Den Bundisten bleibt also nur noch übrig, die Idee einer besonderen Nationalität der russischen Juden auszuarbeiten, deren Sprache das Jiddische und deren Territorium das Ansiedlungsgebiet ist.

Die wissenschaftlich völlig unhaltbare** Idee eines besonderen jüdischen

---

* „Die kleine Republik". *Die Red.*

** Nicht nur die nationale, sondern sogar die rassische Eigenart des Judentums wird von der modernen wissenschaftlichen Forschung abgelehnt, welche die eigenartige *Geschichte* des Judentums in den Vordergrund rückt. Entspringt die Eigenart des Judentums dem Charakter der jüdischen Rasse? fragt K. Kautsky und antwortet darauf, daß wir nicht einmal genau wissen, was eine Rasse eigentlich ist. „Wir brauchen aber gar nicht diesen Begriff, der keine

Volkes ist ihrer politischen Bedeutung nach reaktionär. Den unwiderleglichen praktischen Beweis hierfür liefern die allgemein bekannten Tatsachen der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. In ganz Europa ist der Verfall des Mittelalters und die Entwicklung der politischen Freiheit Hand in Hand gegangen mit der politischen Emanzipation der Juden, mit ihrem Übergang vom Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung. Sollen wir etwa zu den hausbackenen Theorien zurückkehren und erklären, daß gerade Rußland eine Ausnahme bildet, obgleich dank dem im jüdischen Proletariat erwachten heroischen Selbstbewußtsein die Befreiungsbewegung der Juden in Rußland viel tiefer und umfassender ist? Kann man etwa die Tatsache, daß gerade die reaktionären Kräfte ganz Europas und namentlich Rußlands *gegen* die Assimilation des Judentums zu Felde ziehen und bestrebt sind, seine Absonderung zu verewigen, als Zufall erklären?

Die jüdische Frage *steht* so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? – und die Idee der jüdischen „Nationalität" trägt offen reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine „Getto"-Stimmung, erzeugt. „Als die Nationalversammlung im Jahre 1791 die Emanzipation der Juden dekretierte", schrieb Renan, „kümmerte sie sich sehr wenig um die Rasse... Die Aufgabe des 19. Jahrhunderts ist es, alle ‚Gettos' niederzureißen, und ich kann denen kein Kompliment machen, die danach trachten, sie anderswo wiederaufzubauen. Die israelitische Rasse hat der Welt die größten

---

wirkliche Antwort gibt, sondern nur neue Fragen aufrollt. Es genügt, die Geschichte des Judentums zu verfolgen, um sich über die Ursachen seines Charakters klar zu werden." Und ein solcher Kenner dieser Geschichte wie Renan sagt von den Juden: „Ihre besondere Physiognomie und Lebensweise sind viel mehr das Ergebnis der sozialen Bedingungen (nécessités sociales), die jahrhundertelang auf sie eingewirkt haben, als eine Rassenerscheinung (phénomène de race)."[32]

Dienste geleistet. Den verschiedenen Nationen assimiliert, mit den verschiedenen nationalen Einheiten in Harmonie, wird diese Rasse fortfahren, auch in der Zukunft das zu tun, was sie in der Vergangenheit getan hat." Und noch entschiedener drückt sich Karl Kautsky aus, der dabei besonders die russischen Juden im Auge hat. Die Feindseligkeit gegen die Bevölkerungskreise mit fremdartigem Charakter kann nur dadurch überwunden werden, „daß die den fremdartigen Charakter tragenden Bevölkerungsteile aufhören, Fremde zu sein, daß sie sich mit der Masse der Bevölkerung vermischen. *Das ist schließlich die einzig mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen.*" Und eben dieser einzig möglichen Lösung wirkt der „Bund" entgegen, der die Idee einer jüdischen „Nation" und den Plan einer Föderation zwischen jüdischen und nichtjüdischen Proletariern verbreitet, damit aber die jüdische Abschließung nicht überwindet, sondern verstärkt und zum Gesetz erhebt. Das ist der grundlegende Fehler des „Bundismus", und diesen Fehler müssen und werden die konsequenten Vertreter der jüdischen Sozialdemokratie korrigieren. Denn er verleitet die Bundisten zu etwas in der internationalen Sozialdemokratie noch nie Dagewesenem, nämlich dazu, das Mißtrauen der jüdischen gegen die nichtjüdischen Proletarier zu erregen, letztere zu verdächtigen und die Unwahrheit über sie zu verbreiten. Hier ein Beweis dafür, den wir derselben Broschüre entnehmen: „Solchen Unsinn" (daß die Organisation des Proletariats einer ganzen Nationalität der Vertretung in den zentralen Parteiinstanzen beraubt sein soll) „kann man offen nur" (das beachte man!) „in bezug auf das jüdische Proletariat propagieren, das infolge der besonderen geschichtlichen Schicksale des jüdischen Volkes noch für seine gleichberechtigte Stellung (!!) in der Familie des Weltproletariats kämpfen muß." Einen ähnlichen Ausfall fanden wir vor kurzem in einem zionistischen Flugblatt, dessen Verfasser gegen die „Iskra" Gift und Galle speien, weil sie in deren Kampf gegen den „Bund" die Weigerung erblicken, die Juden als „gleichberechtigt" mit den Nichtjuden anzuerkennen. Und jetzt wiederholen die Bundisten die zionistischen Ausfälle! Eine offene Unwahrheit wird hier verbreitet, denn wir „propagieren" nicht „nur" in bezug auf die Juden, sondern auch in bezug auf die Armenier, Georgier usw., daß man sie „der Vertretung beraubt", und in bezug auf die Polen haben wir zur Annäherung, Vereinigung,

Verschmelzung des gesamten gegen die zaristische Selbstherrschaft kämpfenden Proletariats aufgerufen. Nicht umsonst ist auch die PPS (Polnische Sozialistische Partei) über uns hergefallen! Seinen Kampf für die zionistische *Idee* einer jüdischen Nation, für das föderative *Prinzip* der Parteiorganisation als „Kampf für die gleichberechtigte Stellung der Juden *in der Familie des Weltproletariats*" zu bezeichnen, das heißt den Kampf aus dem Reich der Ideen und Prinzipien ins Reich der Verdächtigungen, der Verhetzung und der Schürung geschichtlich entstandener Vorurteile hinabzerren. Das heißt das Fehlen wahrhaft ideologischer und prinzipieller Waffen in seinem Kampf offenbar machen.

Wir sind somit zu dem Schluß gelangt, daß weder die logischen noch die geschichtlichen, noch auch die nationalistischen Argumente des „Bund" einer Kritik standhalten. Die Zeit der Zersplitterung, die die Schwankungen unter den russischen Sozialdemokraten und die Absonderung einzelner Organisationen verstärkte, wirkte sich in derselben Richtung und in noch viel höherem Maße auf die Bundisten aus. Anstatt nun den Kampf gegen diese geschichtlich entstandene (und durch die Zersplitterung verstärkte) Absonderung zu ihrer Losung zu machen, haben die Bundisten sie zum Prinzip erhoben und sich zu diesem Zweck an die Sophismen über den inneren Widerspruch der Autonomie, an die zionistische Idee einer jüdischen Nation geklammert. Nur ein entschiedenes und offenes Eingeständnis dieses Fehlers und die Proklamierung einer *Wendung zur Verschmelzung* könnten den „Bund" von dem Irrweg abbringen, auf den er sich begeben hat. Und wir sind überzeugt, daß die besten Vertreter der sozialdemokratischen Ideen im jüdischen Proletariat den „Bund" früher oder später zwingen werden, den Weg der Absonderung aufzugeben und den Weg der Verschmelzung einzuschlagen.

„Iskra" Nr. 51,
22. Oktober 1903.

Nach dem Text der „Iskra".

DIE SICH VOLKSTÜMLERISCH GEBÄRDENDE BOURGEOISIE UND DIE VERWIRRTEN VOLKSTÜMLER

Die russischen Marxisten machen seit langem auf jene Entartung der alten russischen, klassischen, revolutionären Volkstümlerrichtung aufmerksam, die seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unaufhörlich vor sich geht. Immer mehr verblaßte der Glaube an die besondere Struktur der Bauernwirtschaft, an die Dorfgemeinde als Keim und Grundlage des Sozialismus, an die Möglichkeit, durch eine sofortige soziale Revolution, zu der das Volk angeblich schon bereit ist, den Weg des Kapitalismus zu vermeiden. Politische Bedeutung behielten nur noch die Forderungen nach allen möglichen Maßnahmen zur Stärkung der Bauernwirtschaft und überhaupt der „kleinen Volksproduktion". Das war im Grunde bereits nichts anderes mehr als bürgerliches Reformertum; die Volkstümlerrichtung löste sich im Liberalismus auf; es entstand eine liberale Volkstümlerrichtung, die nicht sehen wollte oder nicht sehen konnte, daß die geplanten Maßnahmen (alle diese Kredite, Genossenschaften, Meliorationen, Erweiterungen des Bodenbesitzes) nicht über den Rahmen der *bestehenden* bürgerlichen Gesellschaft hinausgehen. Die volkstümlerischen Theorien der Herren W. W., Nikolai-on[33] und ihrer zahlreichen Nachbeter dienten nur der quasi-wissenschaftlichen Maskierung dieser unangenehmen, aber unbestreitbaren Tatsache. Die marxistische Kritik zerschlug die Maske, und der Einfluß der volkstümlerischen Ideen auf die russischen revolutionären Kreise sank mit erstaunlicher Schnelligkeit. Diese Ideen wurden faktisch denn auch zum ausschließlichen Gedankengut jener Schicht, deren Wesensart sie entsprachen – der russischen liberalen „Gesellschaft".

Das westeuropäische Bernsteinianertum war ein neuer Kraftstrom, der diese Richtung stärkte und zugleich modifizierte. Nicht umsonst heißt es: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande." Bernstein hatte in seiner Heimat kein Glück, dafür aber wurden seine Ideen von verschiedenen Sozialisten in Frankreich, Italien und Rußland, die eine rasche Evolution zu Vertretern des bürgerlichen Reformismus durchmachten, „ernst genommen" und in der Praxis angewandt. Befruchtet von diesen Ideen, gewann unsere liberale Volkstümlerrichtung neue Anhänger unter den Ex-Marxisten und reifte zugleich auch innerlich, indem sie sich von einigen primitiven Illusionen und reaktionären Anhängseln befreite. Das Bernsteinianertum leistete gute Dienste, nicht dadurch, daß es den Sozialismus umgestaltet hätte, sondern dadurch, daß es der neuen Phase des bürgerlichen Liberalismus das Gepräge gab und einigen Quasi-Sozialisten das sozialistische Gepräge nahm.

Ein äußerst interessantes und lehrreiches Beispiel für die Annäherung und Verschmelzung der europäischen opportunistischen und der russischen volkstümlerischen Ideen gibt der Artikel des Herrn L. „Zur Agrarfrage" in Nr. 9 (33) des „Oswoboshdenije". Das ist ein richtiggehender Programmartikel, in welchem der Verfasser sowohl sein allgemeines Credo* als auch die systematische Anwendung dieses Credo auf ein bestimmtes Fragengebiet gewissenhaft darlegt. Dieser Artikel wird ein Markstein in der Geschichte des russischen Liberalismus sein, weil er in dessen Herausbildung und Festigung einen großen Schritt vorwärts darstellt.

Der Verfasser kleidet seinen bürgerlichen Liberalismus in ein Gewand, das nach der letzten Mode geschneidert ist. Er wiederholt fast buchstäblich Bernsteins Worte und versichert dem Leser mit komischem Ernst, daß „Liberalismus und Sozialismus auf keinen Fall voneinander zu trennen oder gar einander entgegenzustellen sind: ihrem Hauptideal nach sind sie identisch und voneinander untrennbar – der Sozialismus bedeutet für den Liberalismus keine Gefahr, wie viele befürchten; er kommt nicht, um das Vermächtnis des Liberalismus zu vernichten, sondern um es zu erfüllen." Es ist eine alte Sache: Was man möchte, glaubt man gern, und Herr L. und seine Getreuen möchten schrecklich gern, daß die Sozialdemokraten sich von den Liberalen nicht abgrenzen, daß sie den Sozialismus „nicht

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

im Sinne fertiger Dogmen und starrer Doktrinen" auffassen, „die darauf Anspruch erheben, den ganzen Lauf der geschichtlichen Entwicklung im voraus zu berücksichtigen..." (usw., ganz im Geiste der „Rewoluzionnaja Rossija")..., sondern „als gemeinsames ethisches Ideal betrachten..." (das bekanntlich von allen Philistern, darunter auch den Liberalen, in die Region des in diesem irdischen Jammertal nicht zu Verwirklichenden, in die Region des künftigen Lebens und der „Dinge an sich" verlegt wird).

Die Liberalen möchten natürlich gern – man verzeihe den vulgären Ausdruck! – ihre Ware herausstreichen und den politischen Liberalismus in Rußland dem sozial-ökonomischen Demokratismus gleichsetzen. Der Gedanke ist recht „wohlgemeint", aber zugleich recht verworren und recht hinterlistig. Er ist wohlgemeint, weil er die gute Absicht eines bestimmten Teils der Liberalen ausdrückt, sich für weitgehende soziale Reformen einzusetzen. Er ist verworren, weil er auf der Gegenüberstellung von demokratischem und bürgerlichem Liberalismus beruht (wieder ganz im Geiste der „Rewoluzionnaja Rossija"!); der Verfasser hat offenbar keine Ahnung davon, daß in jeder kapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich gewisse *bürgerlich*-demokratische Elemente vorhanden sind, die für weitgehende demokratische und sozial-ökonomische Reformen eintreten; der Verfasser will, wie alle russischen Millerands[34], das *bürgerliche* Reformertum dem Sozialismus gleichsetzen, der natürlich „nicht im Sinne fertiger Dogmen" usw. aufgefaßt werden soll. Der Gedanke ist schließlich recht hinterlistig, weil der Verfasser sich und anderen versichert, daß die Sympathie für Reformen – „die Sorge um die Nöte und Interessen des Volkes, die ‚volkstümlerisch' im wahren und schönen ethischen Sinn dieses Wortes ist" – bei einem bestimmten Teil der Liberalen in einem bestimmten geschichtlichen Augenblick vorhanden sei oder eine ständige Eigenschaft des Liberalismus schlechthin sein könne. Das ist von einer rührenden Naivität! Wer weiß denn nicht, daß jedes zurückgetretene bürgerliche Kabinett, jede „Opposition Seiner Majestät", stets den eigenen wahren, schönen und ethischen „Volkstümler"geist anpreist, solange es in Opposition bleibt? Die russische Bourgeoisie gebärdet sich volkstümlerisch (und manchmal ganz aufrichtig) eben deshalb, weil sie sich in Opposition befindet und noch nicht ans Ruder gekommen ist. Das russische Proletariat wird auf die freundschaftlich-hinterlistigen Reden der Herren vom „Oswobosh-

denije" antworten: pas si bête, messieurs! Ich bin nicht so dumm, meine Herren, das zu glauben.

Von den allgemeinen Erwägungen über die Identität von Liberalismus und Sozialismus geht Herr L. zur allgemeinen Theorie der Agrarfrage über. In zehn Zeilen vernichtet er den Marxismus (unentwegt wieder im Geiste der „Rewoluzionnaja Rossija"), wozu er ihn wie üblich in vulgärverflachter Form darstellt, um dann zu erklären, daß er mit der Erfahrung nicht übereinstimme und wissenschaftlich unbewiesen und überhaupt falsch sei! Außerordentlich bezeichnend ist, daß als einzige Bekräftigung die europäische *sozialistische* (hervorgehoben von Herrn L.) – offenbar die bernsteinianische – Literatur angeführt wird. Ein sehr überzeugender Hinweis! Wenn europäische (*europäische!*) Sozialisten bourgeois zu denken und zu urteilen beginnen, warum sollen sich dann russische Bourgeois nicht als Volkstümler und Sozialisten ausgeben? Die marxistische Auffassung von der Bauernfrage, versucht uns Herr L. zu überzeugen, „würde, wenn sie unanfechtbar und die einzig mögliche wäre, das ganze Rußland der Landleute (sic!) in eine furchtbare, tragische Lage versetzen, würde es – angesichts der nachgewiesenen Unmöglichkeit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und überhaupt einer vernünftigen, zweckmäßigen Hilfe für die Bauernwirtschaft – zur Untätigkeit verurteilen". Man sieht, ein nicht zu widerlegendes Argument: *Weil* der Marxismus die Unmöglichkeit eines halbwegs dauerhaften Gedeihens halbwegs breiter Schichten der Bauernschaft unter dem Kapitalismus nachweist, *deshalb* versetzt er das Rußland der „Landleute" (ist das nicht ein Schreibfehler, müßte es nicht das Rußland der „Landeigentümer" heißen?), d. h. eben das Rußland, das von der Ruinierung und Proletarisierung der Bauernschaft lebt, in eine furchtbare, tragische Lage. Allerdings, darin besteht gerade eines der weltgeschichtlichen Verdienste des Marxismus, daß er die Ideologen der Bourgeoisie, die sich in die Toga der Volkstümler, des sozial-ökonomischen Demokratismus usw. hüllen, ein für allemal in eine furchtbare, tragikomische Lage versetzt hat.

Um die theoretischen Übungen des Herrn L. zu erschöpfen, brauchen wir nur noch folgende Perle anzuführen: „Hier" (d. h. in der Landwirtschaft), sagt man uns, „gibt es den automatischen (!) Fortschritt nicht, und es kann ihn nicht geben, der in der Industrie abhängig von der objektiven (!) Entwicklung der Technik bis zu einem gewissen Grade möglich

ist." Dieser Tiefsinn ohnegleichen ist restlos den Herren Kablukow, Bulgakow, E. David und tutti quanti* entlehnt, die in „gelehrten" Werken die Rückständigkeit ihrer Ansichten mit der Rückständigkeit der Landwirtschaft in technischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht rechtfertigen. Die Rückständigkeit der Landwirtschaft ist unbestreitbar, von den Marxisten längst anerkannt und durchaus erklärlich, aber der (wenigstens bis zu einem gewissen Grade) „automatische Fortschritt in der Industrie" und die objektive Entwicklung der Technik – das ist weiter nichts als Kohl.

Die Exkursionen ins Gebiet der Wissenschaft sind jedoch nur architektonischer Zierat im Artikel des Herrn L. Als echter Realpolitiker präsentiert er neben dem größten Wirrwarr in den allgemeinen Gedankengängen ein im höchsten Grade nüchternes und sachliches praktisches Programm. Allerdings macht er – in seinem russischen Kanzleistil – bescheiden den Vorbehalt, daß er davon absehe, ein Programm zu entwerfen, und sich auf eine Darlegung seiner Stellung beschränke. Aber er tut nur so bescheiden. In Wirklichkeit finden wir in dem Artikel des Herrn L. ein außerordentlich eingehendes und vollständiges Agrarprogramm der russischen Liberalen, dem lediglich eine stilistische Redaktion und eine Rubrizierung nach Punkten fehlen. Das Programm ist konsequent im liberalen Geist gehalten: politische Freiheit, demokratische Steuerreform, Freizügigkeit, bäuerlich-demokratische Agrarpolitik, orientiert auf die Demokratisierung des Grundeigentums. Zum Zweck dieser Demokratisierung wird die Freiheit des Austritts aus der Dorfgemeinde gefordert, die Umwandlung letzterer aus einem Zwangsverband in einen freien Verband ähnlich jeder anderen wirtschaftlichen Vereinigung und die Schaffung eines demokratischen Pachtrechtes. Der „Staat" soll den „Übergang der Ländereien in die Hände der werktätigen Massen" mittels einer ganzen Reihe von Maßnahmen fördern wie: Erweiterung der Tätigkeit der Bauernbank, Verstaatlichung der Apanageländereien, „Schaffung kleiner Arbeitswirtschaften auf individueller oder genossenschaftlicher Grundlage" und schließlich Zwangsenteignung oder obligatorische Ablösung des für die Bauern erforderlichen Grund und Bodens. „Natürlich muß diese obligatorische Ablösung auf den festen Boden der Gesetzlichkeit gestellt und in jedem einzelnen Fall mit sicheren Garantien versehen werden", aber in einigen Fällen soll sie „fast (sic!) vorbehaltlos" durchgeführt

* allen ihresgleichen. *Die Red.*

werden – zum Beispiel hinsichtlich der „Bodenabschnitte", die leibeigenschaftsähnliche Verhältnisse schaffen. Um den halbleibeigenschaftlichen Verhältnissen ein Ende zu machen, soll dem Staate das Recht der Zwangsenteignung und der Zwangsvermessung entsprechender Grundstücke zugestanden werden.

Das ist das Agrarprogramm der Liberalen. Die Parallele zwischen diesem und dem sozialdemokratischen Agrarprogramm drängt sich von selbst auf. Die Ähnlichkeit kommt in der Übereinstimmung der nächsten Tendenzen und der Gleichartigkeit der meisten Forderungen zum Ausdruck. Der Unterschied besteht in den beiden folgenden Punkten von kardinaler Bedeutung: Erstens wollen die Sozialdemokraten die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft (die beide Programme eindeutig als Ziel aufstellen) auf revolutionärem Wege und mit revolutionärer Entschlossenheit durchsetzen, die Liberalen dagegen auf dem Wege von Reformen und unentschlossen. Zweitens betonen die Sozialdemokraten, daß die von den Überresten der Leibeigenschaft gesäuberte Ordnung eine bürgerliche Ordnung sein wird, sie entlarven schon im voraus und sofort alle ihre Widersprüche und streben danach, den Klassenkampf, der sich im Schoße dieser neuen Ordnung birgt und der schon jetzt nach außen drängt, sofort auszudehnen und bewußter zu machen. Die Liberalen ignorieren den bürgerlichen Charakter der von der Leibeigenschaft gesäuberten Ordnung, sie vertuschen deren Widersprüche und streben danach, den sich in ihrem Schoße bergenden Klassenkampf abzustumpfen.

Verweilen wir bei diesen Unterschieden.

Der reformerische und unentschlossene Charakter des liberalen Agrarprogramms ist vor allem daraus klar ersichtlich, daß es über die „obligatorische Ablösung", die überdies nur „fast" vorbehaltlos anerkannt wird, nicht hinausgeht, während das sozialdemokratische Agrarprogramm die entschädigungslose Enteignung der Bodenabschnitte von ihren alten Besitzern fordert, eine Ablösung dagegen nur in besonderen Fällen und nur auf Kosten des adligen Grundeigentums anerkennt. Auch auf die Enteignung des gesamten Gutsbesitzerlandes verzichten die Sozialdemokraten bekanntlich nicht*, sie halten es nur für unzulässig und abenteuerlich, diese nicht unter allen Umständen angebrachte Forderung ins Programm auf-

* Siehe Plechanows Erklärung in Nr. 4 der „Sarja" und meine Ausführungen in der Antwort an X. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 444/445. *Die Red.*)

zunehmen. Die Sozialdemokraten rufen von Anfang an das Proletariat auf, den ersten revolutionären Schritt zusammen mit der wohlhabenden Bauernschaft zu machen, um dann sofort weiterzugehen – entweder mit der bäuerlichen Bourgeoisie gegen die Gutsbesitzerklasse oder gegen die bäuerliche Bourgeoisie, falls diese sich mit der Gutsbesitzerklasse vereinigt. Die Liberalen dagegen gehen schon hier, im Kampf gegen die halbleibeigenschaftlichen Verhältnisse, der Selbsttätigkeit und dem Kampf der Klassen aus dem Wege. Sie wollen die Reform dem „Staat" überantworten (wobei sie den Klassencharakter des Staates vergessen), der sie mit Hilfe der Selbstverwaltungsorgane und „besonderer" Kommissionen durchführen soll, und stellen – das ist höchst kennzeichnend – die Zwangsenteignung der Bodenabschnitte der Zwangsenteignung von Grundstücken für Eisenbahnlinien gleich!! Deutlicher könnten unsere Liberalen ihren geheimen Wunsch, die neue Reform mit ebensolchen „Bequemlichkeiten" für die herrschenden Klassen auszustatten, wie sie beim Verkauf von Ländereien an die Eisenbahn stets und überall üblich sind, nicht ausdrücken oder, besser gesagt, nicht *verraten*. Und das in einem Atem mit der lauten Phrase von der Ersetzung der ständisch-aristokratischen Agrarpolitik durch eine bäuerlich-demokratische! Um eine solche Ersetzung zu verwirklichen, muß man nicht an das „öffentliche Interesse" appellieren, sondern an den unterdrückten Stand, die Bauernschaft, gegen den unterdrückenden Stand, den Adel, muß man ersteren gegen letzteren *mobilisieren*, muß man die Bauernschaft zur revolutionären Selbsttätigkeit und nicht den Staat zu reformerischer Tätigkeit aufrufen. Weiter. Die Liberalen reden zwar davon, den halbleibeigenschaftlichen Verhältnissen ein Ende zu machen, wollen aber nicht sehen, welche Verhältnisse es eigentlich sind, die sie von der Leibeigenschaft säubern. Herr L. beispielsweise wiederholt die Redensarten der Herren Nikolai-on, W. W. u. a. über das „Prinzip der Anerkennung des Rechtes der Ackerbauern auf den von ihnen bestellten Boden" und über die „Lebensfähigkeit" der Bauernschaft, geht aber mit bescheidenem Schweigen über das „Prinzip" der bürgerlichen Bewirtschaftung und der Ausbeutung von Lohnarbeit durch diese lebensfähigen Bauern hinweg. Daß die konsequente Durchführung des Demokratismus auf dem Agrargebiet unvermeidlich eine Stärkung und Festigung gerade der kleinbürgerlichen Vertreter der Bauernschaft bedeutet – davon haben die bürgerlichen Demo-

kraten keine Vorstellung und wollen sie auch nicht haben. Herr L. lehnt es ab (wieder in den Fußtapfen der Volkstümler und im Geiste der „Rewoluzionnaja Rossija"), in der Proletarisierung der Bauernschaft einen „Entwicklungstypus" zu sehen, er erklärt sie mit den „Überresten der Leibeigenschaft" und dem „allgemeinen pathologischen Zustand des Dorfes"! Wahrscheinlich wird bei uns, wenn wir erst eine Verfassung haben, das Wachstum der Städte, die Landflucht der armen Bauern, der Übergang der Gutsbesitzer von der Abarbeit zur Lohnarbeit in ihrer Wirtschaft usw. aufhören! Bei der Schilderung des segensreichen Einflusses der französischen Revolution auf die französische Bauernschaft spricht Herr L. pathetisch vom Verschwinden der Hungersnöte, vom Aufschwung der Landwirtschaft und ihrem Fortschritt; daß das aber ein bürgerlicher Fortschritt war, der auf der Bildung einer „stabilen" Klasse landwirtschaftlicher Lohnarbeiter und auf dem chronischen Elend der Masse der *unteren* Schichten der Bauernschaft beruhte, darüber verliert der sich volkstümlerisch gebärdende Bourgeois natürlich kein Sterbenswörtchen.

Kurzum, der Unterschied zwischen dem Agrarprogramm des Herrn L. und dem sozialdemokratischen Agrarprogramm reproduziert im kleinen mit bemerkenswerter Genauigkeit alle allgemeinen Unterschiede zwischen dem Minimalprogramm der liberalen und dem der proletarischen Demokratie. Ob man nun diese Programme so nimmt, wie die entsprechenden Ideologen sie theoretisch aufstellen oder wie die entsprechenden Parteien und Richtungen sie praktisch durchführen, oder ob man einen Blick in die Geschichte, zum Beispiel des Jahres 1848, wirft – man stößt unweigerlich auf diese beiden grundlegenden Unterschiede zwischen der liberalen und der sozialdemokratischen Stellung der nächsten praktischen Aufgaben: reformerische Halbheit im Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft und Vertuschung der Klassengegensätze in der „modernen" Gesellschaft einerseits, revolutionärer Kampf gegen die Reste des Alten, um auf dem Boden der neuen Gesellschaft den Klassenkampf auszuweiten, zu entwickeln und zu verschärfen, anderseits. Natürlich treten diese grundlegenden Unterschiede, die in der Natur der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft selbst liegen, in den verschiedenen nationalen Staaten und zu verschiedenen Zeitpunkten in sehr verschiedenen Formen auf. Die Unfähigkeit, hinter den neuen und eigenartigen Formen die „alte" bürgerliche Demokratie zu erkennen, ist ein charakteristischer Zug

ihrer konsequenten und inkonsequenten Ideologen. Wir können nicht umhin, zu den letztgenannten zum Beispiel auch den Vertreter der „verwirrten Volkstümler", Herrn P. Nowobranzew, (siehe Nr. 32 und 33 der „Rewoluzionnaja Rossija") zu zählen, der die Angriffe der „Iskra" gegen das „Oswoboshdenije" als ein bürgerliches Klassenorgan mit der ironischen Bemerkung abtut: „Auch eine Bourgeoisie, die sie da entdeckt hat." „Herr Struve", belehrt uns die „Rewoluzionnaja Rossija" von oben herab, „ist der Vertreter der ‚Intelligenz' und nicht der ‚Bourgeoisie als Klasse', denn er vereinigt keine Klassen oder Stände und wirbt nicht um sie." Sehr gut, meine Herren! Aber dächtet ihr ein wenig über die Sache nach, so würdet ihr entdecken, daß Herr Struve der Vertreter der *bourgeoisen* Intelligenz ist. Der Bourgeoisie als Klasse aber wird das Proletariat erst dann auf der Bühne der Geschichte gegenüberstehen, wenn die politische Freiheit errungen ist, wenn die Regierung fast unmittelbar einen „Ausschuß" der einen oder anderen Schicht der Bourgeoisie darstellt. Und nur „Sozialisten aus Mißverständnis" sind imstande, nicht zu wissen, daß es die Pflicht der Sozialisten ist, der Arbeiterklasse die Augen über die Bourgeoisie zu öffnen, und zwar sowohl über ihre Tätigkeit als auch über ihre Denkweise, sowohl in ihrem reifen Alter als auch in ihrer schwärmerischen Jugendzeit.

Was die Neigung zu Schwärmereien betrifft, so muß man sich ganz besonders mit Herrn Nowobranzew befassen. Aber unser Artikel ist bereits so umfangreich geworden, und die Weltanschauung und die agrargeschichtlichen Auffassungen des Herrn Nowobranzew bieten soviel Interessantes, besonders als Parallele zu Herrn L., daß wir das Gespräch darüber auf ein andermal verschieben müssen.

Geschrieben zwischen dem
29. Oktober und 5. November
(11. und 18. November) 1903.

Veröffentlicht am 1. Dezember 1903
in der „Iskra" Nr. 54.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Iskra".

AN DIE REDAKTION DES ZENTRALORGANS DER SDAPR

Werter Genosse! Ich bitte, in der „Iskra" folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Ab 1. November (neuen Stils) 1903 gehört N. Lenin nicht mehr der Redaktion der ‚Iskra' an."

Mit sozialdemokratischem Gruß
N. Lenin

Geschrieben am 5. (18.) November 1903.
Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: L. Martow, „Der Kampf gegen den ‚Belagerungszustand' in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", Genf.

Nach dem Manuskript.

EINE UNVERÖFFENTLICHTE ERKLÄRUNG[35]

Das Zentralkomitee der SDAPR hat in seiner Sitzung am 27. November 1903 in Genf einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Kooptierung von Anhängern Martows in die Redaktion durch Genossen Plechanow stellt einen direkten Übergang Plechanows auf die Seite der Minderheit des Parteitags dar, einer Minderheit, von der Plechanow selbst wiederholt öffentlich erklärt hat, daß sie zum Opportunismus und Anarchismus neigt. Aus den Protokollen des Parteitags und der Konferenz der Auslandsliga wird das mit aller Klarheit hervorgehen. Dieser Übergang, der unter dem Einfluß der Auslandsliga und entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der Mehrheit der russischen Parteikomitees erfolgt ist, verstößt direkt gegen den Willen des Parteitags. Das Zentralkomitee kann einen solchen Verstoß gegen den Willen des Parteitags nicht dulden, und zwar um so weniger, als Gen. Plechanow dadurch, daß er sich für seinen Schritt den Rücktritt des Gen. Lenin zunutze machte, einen groben Vertrauensbruch beging, denn Gen. Lenin trat unter Vorbehalt zurück, im Interesse eines gütlichen Friedens in der Partei. Die Anhänger Martows dagegen, die das Ultimatum des ZK vom 25. November[36] ablehnten, verwarfen den Frieden und erklärten damit den Krieg.

Das ZK nimmt daher auf revolutionärem Wege das ZO der Partei in die eigene Hand und erklärt, mit allen Kräften danach streben zu wollen, daß weder der Wille der Auslandsliga noch der Verrat einer einzelnen Person, sondern der Wille der Partei als Ganzes das künftige Schicksal der Partei bestimmt.

Das Zentralkomitee

Geschrieben am 14. (27.) November 1903.
Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE REDAKTION DER „ISKRA"[37]

Der Artikel „Was man nicht tun darf" wirft so wichtige, gerade im gegenwärtigen Augenblick so brennende Fragen unseres Parteilebens auf, daß es einem schwerfällt, von der liebenswürdigen Einladung der Redaktion, die gastfreundlich die Spalten ihres Blattes öffnen will, nicht sofort Gebrauch zu machen – besonders schwer, wenn man ständiger Mitarbeiter der „Iskra" ist, und doppelt schwer in einem Augenblick, wo die Verspätung um eine Woche vielleicht bedeutet, auf die Abgabe seiner Stimme ganz zu verzichten.

Und ich möchte meine beratende Stimme abgeben, um gewisse mögliche und vielleicht sogar unvermeidliche Mißverständnisse zu beseitigen.

Vor allem stelle ich fest, daß der Verfasser des Artikels meines Erachtens tausendmal recht hat, wenn er auf der Notwendigkeit besteht, die Einheit der Partei zu bewahren und neue Spaltungen zu vermeiden – besonders wenn es sich um Meinungsverschiedenheiten handelt, die man nicht als erheblich bezeichnen kann. Es ist überhaupt und besonders im gegenwärtigen Augenblick höchst lobenswert, wenn ein Führer zur Friedensliebe, Milde und Nachgiebigkeit aufruft. Nicht nur frühere Ökonomisten, sondern auch Grüppchen von Sozialdemokraten, die an einer „gewissen Inkonsequenz" leiden, mit dem Bann zu belegen oder aus der Partei auszuschließen, wäre zweifellos unklug, in so hohem Maße unklug, daß uns der gereizte Ton des Verfassers gegen die in seiner Vorstellung rücksichtslosen, eigensinnigen und dummen Sobakewitschs*, die es fertigbringen,

* Sobakewitsch – Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

für den Ausschluß einzutreten, durchaus verständlich ist. Wir gehen sogar weiter: Wenn wir erst ein Parteiprogramm und eine Parteiorganisation haben, dann müssen wir die Spalten des Parteiorgans nicht nur gastfreundlich für den Meinungsaustausch öffnen, sondern auch den Gruppen oder,wie der Verfasser sich ausdrückt, Grüppchen, die infolge ihrer Inkonsequenz einige Dogmen des Revisionismus verteidigen und aus dem einen oder anderen Grunde auf ihrer besonderen Gruppeneigenart und -individualität bestehen, die Möglichkeit geben, systematisch ihre, sei es auch ganz unerheblich abweichenden Meinungen darzulegen. Gerade um dem „anarchistischen Individualismus" gegenüber nicht zu rücksichtslos und à la Sobakewitsch schroff zu sein, muß man meines Erachtens alles tun – sogar einschließlich einiger Abweichungen von den schönen Schemata des Zentralismus und von der unbedingten Unterordnung unter die Disziplin –, um diesen Grüppchen die Freiheit zu lassen, ihre Ansichten zu vertreten, um der gesamten Partei die Möglichkeit zu geben, die Tiefe oder Bedeutungslosigkeit der Meinungsverschiedenheiten abzuwägen und genau festzustellen, wo, worin und *auf wessen Seite Inkonsequenz* zu beobachten ist.

Es wäre wirklich an der Zeit, mit den Überlieferungen des sektiererischen Zirkelwesens Schluß zu machen und – in einer Partei, die sich auf die *Massen* stützt – entschlossen die Losung aufzustellen: *Mehr Licht!* Die Partei soll *alles* wissen, der Partei soll *das gesamte, entschieden das gesamte Material* zur Beurteilung aller Meinungsverschiedenheiten, aller Rückfälle in den Revisionismus, aller Verstöße gegen die Disziplin usw. zur Verfügung gestellt werden. Mehr Vertrauen zur selbständigen Urteilskraft der ganzen Masse der Parteiarbeiter: Sie und nur sie allein werden den Übereifer der zur Spaltung neigenden Grüppchen dämpfen können, werden ihnen durch ihre allmähliche, unmerkliche, dafür aber beharrliche Einwirkung den „guten Willen" zur Wahrung der Parteidisziplin einflößen können, werden die Glut des anarchistischen Individualismus abkühlen können, werden allein durch die Tatsache ihres Gleichmuts dokumentieren, beweisen und bezeugen können, wie geringfügig die Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten ist, die von den zur Spaltung neigenden Elementen übertrieben werden.

Auf die Frage: „Was man nicht tun darf" (was man im allgemeinen nicht tun darf, und was man nicht tun darf, um keine Spaltung hervor-

zurufen), würde ich vor allem antworten: Der Partei die entstehenden und sich verstärkenden Anlässe zur Spaltung nicht verhehlen, nichts von den Umständen und Vorgängen verhehlen, die solche Anlässe darstellen. Ja, mehr als das, sie nicht nur der Partei, sondern nach Möglichkeit auch dem außenstehenden Publikum nicht verhehlen. Ich sage „nach Möglichkeit" mit Rücksicht auf das, was aus Gründen der Konspiration geheim bleiben muß – aber bei unseren Spaltungen spielen Umstände solcher Art die geringste Rolle. Breite Öffentlichkeit – das ist das sicherste und das einzig zuverlässige Mittel, um Spaltungen, die vermieden werden können, zu vermeiden, und um den Schaden der Spaltungen, die bereits unvermeidlich geworden sind, auf ein Minimum herabzumindern.

Man überlege sich doch wirklich einmal, welche Verpflichtungen der Partei dadurch auferlegt werden, daß sie es bereits mit der *Masse* und nicht mit Zirkeln zu tun hat. Um nicht nur in Worten eine Massenpartei zu werden, müssen wir immer breitere Massen zur Teilnahme an allen Parteiangelegenheiten heranziehen, sie von Stufe zu Stufe heben – von der politischen Indifferenz zum Protest und Kampf, vom allgemeinen Geist des Protestes zur bewußten Annahme der sozialdemokratischen Auffassungen, von der Annahme dieser Auffassungen zur Unterstützung der Bewegung, von der Unterstützung zur organisierten Mitarbeit in der Partei. Kann man dieses Ergebnis erreichen, ohne in breitester Öffentlichkeit die Fragen zu behandeln, von deren Lösung diese oder jene Einwirkung auf die Massen abhängig ist? Die Arbeiter werden aufhören, uns zu verstehen, und uns verlassen, wir werden ein Stab ohne Armee sein, wenn wir uns wegen geringfügiger Meinungsverschiedenheiten spalten, sagt der Verfasser, und er sagt es mit vollem Recht. Damit aber die Arbeiter *nicht* aufhören *können*, uns zu verstehen, damit ihre Kampferfahrung und ihr proletarischer Instinkt *auch uns*, die „Führer", *manches lehrt*, dazu ist erforderlich, daß die organisierten Arbeiter lernen, die entstehenden Anlässe zur Spaltung zu verfolgen (solche Anlässe hat es in jeder Massenpartei stets gegeben und wird es stets geben), diesen Anlässen gegenüber sich bewußt zu verhalten und die Geschehnisse in irgendeinem russischen oder ausländischen Krähwinkel vom Standpunkt der Interessen der Gesamtpartei, der Interessen der Gesamtbewegung als Ganzes zu beurteilen.

Der Verfasser hat dreimal recht, wenn er betont, daß unserer Zentralleitung viel gegeben ist, daß von ihr aber auch viel gefordert wird. Ja, so

ist es! Und gerade deshalb ist es notwendig, daß *die gesamte Partei* sich die geeigneten Leute für die Zentralleitung systematisch, wohlbedacht und unbeirrt *erzieht*, daß sie *die gesamte Tätigkeit* jedes Kandidaten für diesen hohen Posten klar überblickt, daß sie sogar seine individuellen Besonderheiten, seine starken und schwachen Seiten, seine Siege und „Niederlagen" kennenlernt. Der Verfasser macht außerordentlich scharfsinnige und augenscheinlich auf reicher Erfahrung fußende Bemerkungen über einige Ursachen solcher Niederlagen. Und gerade weil diese Bemerkungen so scharfsinnig sind, muß die gesamte Partei sie sich zunutze machen, muß sie *stets* jede, wenngleich teilweise „Niederlage" des einen oder anderen ihrer „Führer" *sehen*. Kein einziger Politiker hat seine Laufbahn ohne die eine oder andere Niederlage durchgemacht, und wenn wir ernstlich davon reden, daß wir die Massen beeinflussen, ihren „guten Willen" für uns gewinnen wollen, so müssen wir aus allen Kräften danach streben, daß diese Niederlagen nicht in der muffigen Luft der Zirkel und Grüppchen verheimlicht, sondern dem Urteil aller unterbreitet werden. Das scheint auf den ersten Blick peinlich zu sein, das muß diesem oder jenem einzelnen Führer manchmal „kränkend" vorkommen, aber wir sind verpflichtet, dieses falsche Gefühl der Peinlichkeit zu überwinden – das ist unsere Pflicht vor der Partei und vor der Arbeiterklasse. So und nur so werden wir der ganzen Masse (und nicht dem zufällig ausgewählten Kreis eines Zirkels oder Grüppchens) der einflußreichen Parteiarbeiter die Möglichkeit geben, ihre Führer kennenzulernen und *jeden von ihnen auf den richtigen Platz zu stellen*. Nur eine Erörterung in breiter Öffentlichkeit kann alle rücksichtslosen, einseitigen und launenhaften Abweichungen korrigieren, nur sie wird die manchmal unsinnigen und lächerlichen „Kontras" von „Grüppchen" in nützliches und notwendiges Anschauungsmaterial für die Selbsterziehung der Partei verwandeln.

Licht, mehr Licht! Wir brauchen ein riesengroßes Orchester; wir müssen Erfahrung erwerben, um in diesem Orchester die Rollen richtig zu verteilen, um dem einen die sentimentale Geige, dem andern die grimmige Baßgeige, dem dritten den Dirigentenstab zu geben. Möge der vortreffliche Appell des Verfassers, in den Spalten des Parteiorgans und der gesamten Parteipresse allen Meinungen Gastfreundschaft zu gewähren, in die Tat umgesetzt werden, möge all und jeder urteilen über unsere „Fehden und Zwiste" wegen irgendeiner, ganz gleich welcher „Note", die nach

Meinung der einen zu laut, nach Meinung der anderen falsch, nach Meinung der dritten nicht im Takt gespielt wurde. Erst nach einer Reihe solcher öffentlicher Erörterungen wird sich bei uns ein wirklich gut aufeinander eingespieltes Führerkollegium herausbilden können, nur unter dieser Bedingung werden die Arbeiter dazu kommen, daß sie *nicht* aufhören *können*, uns zu verstehen, nur dann wird unser „Stab" sich wirklich auf den *guten* und *bewußten* Willen einer Armee stützen, die dem Stab folgt und ihren Stab zugleich lenkt!

Lenin

„Iskra" Nr. 53,
25. November 1903.

Nach dem Text der „Iskra".

WARUM BIN ICH AUS DER REDAKTION DER „ISKRA" AUSGETRETEN?*

Brief an die Redaktion der „Iskra"[38]

Es handelt sich hier keineswegs um eine persönliche Frage. Es handelt sich vielmehr um die Beziehungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit unseres Parteitags. Ich bin verpflichtet, auf diese Frage sofort und offen zu antworten, und zwar nicht nur deshalb, weil die Delegierten der Mehrheit mich mit Anfragen überschütten, sondern auch deshalb, weil der Artikel „Unser Parteitag" in Nr. 53 der „Iskra" den nicht sehr tiefgehenden, aber sehr desorganisierenden Bruch zwischen den Iskristen, zu welchem der Parteitag führte, *völlig falsch* beleuchtet hat.

Der Artikel stellt die Sache in einer Weise dar, daß niemand sogar mit der Lupe *auch nur einen einzigen* wirklich ernsthaften Grund für den Bruch, auch nur den Schatten einer Erklärung für eine solche Erscheinung wie die Änderung in der Zusammensetzung der Redaktion des Zentralorgans, auch nur die leiseste Andeutung der triftigen Gründe für meinen Austritt aus dem Redaktionskollegium finden kann. Unsere Meinungen schieden sich, sagt der Verfasser des Artikels, in den Fragen der Organisation der zentralen Parteistellen, des Verhältnisses zwischen dem ZO und dem ZK, der Methode zur Durchführung des Zentralismus, der Grenzen und des Charakters der möglichen und nützlichen Zentralisierung, der Schädlichkeit des bürokratischen Formalismus.

Ist dem tatsächlich so? *Schieden sich* unsere Meinungen nicht vielmehr in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen und in

---

* Diesen Brief sandte ich an die Redaktion der „Iskra" unmittelbar nach Erscheinen der Nr. 53. Die Redaktion lehnte es ab, ihn in Nr. 54 zu veröffentlichen, und so bin ich gezwungen, ihn als Sonderdruck herauszugeben.

der Frage, ob es zulässig ist, diese Zentralstellen aus Unzufriedenheit mit ihrer vom Parteitag beschlossenen Zusammensetzung zu boykottieren, die praktische Arbeit zu desorganisieren und irgendeinem *Zirkel* im Ausland lebender Sozialdemokraten, wie der Mehrheit der Auslandsliga, zuliebe die Parteitagsbeschlüsse umzustoßen?

Sie wissen sehr wohl, Genossen, daß die Sache sich so und nicht anders verhielt. Aber die überwiegende Mehrheit der einflußreichsten und aktivsten Parteiarbeiter weiß das noch nicht, und ich will die wichtigsten Tatsachen kurz anführen, kurz deshalb, weil – nach der Ankündigung in Nr. 53 der „Iskra" zu urteilen – bald das vollständige Material zur Geschichte unserer Differenzen veröffentlicht werden wird.

Auf unserem Parteitag waren, wie sowohl der Verfasser des hier behandelten Artikels als auch die Delegation des „Bund" in ihrem eben erschienenen Bericht richtig feststellen, die „Iskristen" in starker Mehrheit; nach meiner Schätzung verfügten sie, sogar bevor die Delegierten des „Bund" und des „Rabotscheje Delo" den Parteitag verließen, über rund drei Fünftel der Stimmen. Während der ersten Hälfte des Parteitags standen diese Iskristen geschlossen gegen alle Antiiskristen und inkonsequenten Iskristen. Besonders deutlich zeigte sich das in der ersten Hälfte des Parteitags bei den zwei Zwischenfällen, die für das Verständnis unserer Differenzen wichtig sind: bei dem Zwischenfall mit dem OK und bei dem Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen (das war der einzige Fall, in dem sich die kompakte Mehrheit der Iskristen von drei Fünfteln auf die Hälfte verringerte). Während der zweiten Hälfte des Parteitags *begannen* sich die Iskristen zu scheiden, und gegen Ende des Parteitags kam es zur *endgültigen* Trennung. Der Streit über Paragraph 1 des Parteistatuts und über die Wahlen zu den Zentralstellen zeigt deutlich den Charakter dieser Trennung: Die Minderheit der Iskristen (mit Martow an der Spitze) schart allmählich eine immer größere Zahl von Nichtiskristen und von unentschlossenen Elementen um sich und stellt sich gegen die Mehrheit der Iskristen (zu denen Plechanow und ich gehörten). Bei der Debatte über Paragraph 1 des Statuts hat diese Gruppierung noch keine endgültige Form angenommen, immerhin aber geben die Stimmen der Bundisten und zwei von den drei Stimmen des „Rabotscheje Delo" der „Iskra"-Minderheit das Übergewicht. Bei den Wahlen zu den Zentralstellen wird die „Iskra"-Mehrheit (dank dem Umstand, daß fünf Bun-

disten und zwei Anhänger des „Rabotscheje Delo" den Parteitag verlassen haben) zur Mehrheit des Parteitags. Und *jetzt erst erfolgt zwischen uns die Trennung* im wahren Sinne des Wortes.

Uns trennt eine tiefe Kluft vor allem in der Frage der Zusammensetzung des ZK. Schon nach dem Zwischenfall mit dem OK, ganz zu Anfang des Parteitags, erörtern die Iskristen leidenschaftlich die Kandidatur verschiedener Mitglieder (*und Nichtmitglieder*) des OK für das ZK und lehnen in inoffiziellen Zusammenkünften der „Iskra"-Organisation nach langen und heißen Debatten mit neun gegen vier Stimmen bei drei Stimmenthaltungen eine der von Martow unterstützten Kandidaturen ab; mit zehn gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen wird eine Fünferliste angenommen, in die *auf meinen Vorschlag hin* je ein führender Genosse der nichtiskristischen Elemente und der iskristischen Minderheit aufgenommen worden sind. Doch die Minderheit besteht darauf, daß drei von den fünfen ihre Leute sind, und erleidet infolgedessen auf dem Parteitag eine völlige Niederlage. Ebenso geht der große Kampf aus, der auf dem Parteitag um die Frage entbrannt ist: Bestätigung des alten Sechserkollegiums oder Wahl eines neuen Dreierkollegiums für die Redaktion des ZO.*

Erst von diesem Augenblick an wird der Bruch so vollständig, daß der Gedanke an eine Spaltung auftaucht; erst von diesem Augenblick an setzt die bis dahin auf einem Parteitag noch nie dagewesene Stimmenthaltung der Minderheit ein (die sich schon in eine wirklich „kompakte" Minderheit verwandelt). Und dieser Bruch nimmt nach dem Parteitag immer schärfere Formen an. Die unzufriedene Minderheit geht zum Boykott

* Angesichts der unzähligen Gerüchte und Mißdeutungen, die dieses berühmte „Dreierkollegium" hervorgerufen hat, will ich gleich bemerken, daß schon lange vor dem Parteitag allen uns halbwegs nahestehenden Genossen mein Kommentar zum Entwurf der Tagesordnung für den Parteitag bekannt war. In diesem Kommentar, der auf dem Parteitag von Hand zu Hand ging, heißt es: „Der Parteitag wählt drei Genossen in die Redaktion des ZO und drei in das ZK. Diese sechs Genossen *zusammen* ergänzen, falls es notwendig ist, mit Zweidrittelmehrheit die Redaktion des ZO und das ZK durch Kooptation und erstatten hierüber dem Parteitag Bericht. Nachdem dieser Bericht vom Parteitag bestätigt worden ist, erfolgt die weitere Kooptation durch die Redaktion des ZO und durch das ZK getrennt."

über, der sich monatelang hinzieht. In dieser Atmosphäre beschuldigt man uns des bürokratischen Formalismus, der Forderung nach widerspruchsloser, mechanischer Unterordnung und ähnlichen Unsinns. Daß das nur ein Versuch ist, die Schuld von sich auf andere abzuwälzen, ist ohne weiteres klar und wird schon allein durch folgenden typischen Vorfall genügend veranschaulicht. Die neue Redaktion (d. h. Plechanow und ich) fordert alle alten Redakteure zur Mitarbeit auf, und zwar tut sie es natürlich zunächst mündlich, ohne jeden „Formalismus". Sie erhält eine Absage. Daraufhin richten wir ein „Schreiben" (Bürokraten!) an die „werten Genossen" und bitten sie im allgemeinen mitzuarbeiten und im besonderen *ihre abweichenden Ansichten in den Spalten der von uns redigierten Publikationen darzulegen.* Wir erhalten die „formelle" Erklärung, daß sie nicht gewillt seien, *in irgendeiner Form an der „Iskra" mitzuarbeiten.* Monatelang arbeitet auch keiner der früheren Redakteure an der „Iskra" mit. Die Beziehungen gestalten sich ausschließlich formal bürokratisch – und auf wessen „Initiative"?

Man beginnt eine illegale Literatur zu schaffen, die das Ausland überschwemmt, an die Komitees gesandt wird und heute zum Teil bereits aus Rußland ins Ausland zurückkehrt. Der Bericht des sibirischen Delegierten, der Brief von – –n über die Losungen der „Opposition" und „Noch einmal in der Minderheit" von Martow strotzen von höchst ergötzlichen Anschuldigungen gegen Lenin, er übe eine „Selbstherrschaft" aus, er führe ein Robespierresches Regime von Hinrichtungen ein (sic!), er veranstalte politische Begräbnisse für alte Genossen (daß diese Genossen nicht in die Zentralstellen gewählt wurden, soll ein Begräbnis sein!) usw. Durch den Lauf der Dinge läßt sich die Opposition dazu verleiten, in organisatorischen Fragen „prinzipielle" Meinungsverschiedenheiten zu entdecken, die eine gemeinsame Arbeit nicht zulassen. Besonders zerzaust wird dabei das berühmte „fünfte Mitglied" im Rat der Partei. Der Rat der Partei wird in den erwähnten Druckschriften als ein diplomatischer Schachzug oder ein Taschenspielerkunststück Lenins hingestellt, als ein Werkzeug zur Unterdrückung des russischen ZK durch das ausländische ZO – genauso, wie die Delegation des „Bund" die Sache in ihrem Bericht über den Parteitag darstellt. Es ist überflüssig zu sagen, daß diese prinzipielle Meinungsverschiedenheit ein ebensolcher Unsinn ist wie der berühmte bürokratische Formalismus: das fünfte Mitglied wird vom Parteitag gewählt;

folglich handelt es sich darum, welche *Persönlichkeit* das größte Vertrauen der Mehrheit verdient; der Wille der Mehrheit eines Parteitags aber kommt stets, bei jeder Organisation der zentralen Parteikörperschaften, in der Auslese bestimmter Personen zum Ausdruck.

Eine wie weite Verbreitung diese Art Literatur im Ausland gefunden hat, ersieht man daraus, daß sogar der wackere Parvus gegen das Bestreben zu Felde zieht, sämtliche Fäden in einer Hand zu vereinigen und den Arbeitern von einem obskuren Genf aus zu „kommandieren" (sic!) („Aus der Weltpolitik", V. Jahrgang, Nr. 48, 30. November 1903). Ein, zwei Monate werden vergehen, dann wird unser neuer Gegner der Selbstherrschaft die Protokolle des Parteitags und der Konferenz der Auslandsliga lesen und sich davon überzeugen, daß man sich leicht lächerlich machen kann, wenn man jeden Parteiklatsch* für bare Münze nimmt.

Ihren Höhepunkt fanden die Kriegshandlungen der Opposition gegen die Zentralstellen auf der Konferenz der Auslandsliga. Aus ihren Protokollen werden die Leser ersehen, ob jene recht hatten, die sie als Kampfplatz für die Abrechnung mit dem Parteitag bezeichneten, und ob es im Angriff der Opposition etwas gegeben hat, was das ZK zu ganz außerordentlichen Maßnahmen herausforderte (wie sich das ZK selber ausdrückte, als die Änderung in der Zusammensetzung der Redaktion hoffen ließ, der Friede in der Partei würde hergestellt werden). Die Resolutionen dieser Konferenz zeigen, welchen Charakter die „prinzipiellen" Meinungsverschiedenheiten in der Frage des selbstherrlichen Bürokratismus tragen.

Die Atmosphäre der Spaltung rückte nach der Konferenz der Auslandsliga in so bedrohliche Nähe, daß Plechanow den Entschluß faßte, die alte Redaktion zu kooptieren. Ich sah voraus, daß die Opposition sich damit nicht zufriedengeben würde, und hielt es für unzulässig, einem *Zirkel* zuliebe den Beschluß des Parteitags umzustoßen. Noch weniger hielt ich es für zulässig, einem möglichen Frieden in der Partei im Wege zu stehen, und deshalb trat ich nach Erscheinen der Nr. 51 der „Iskra" aus der Redaktion aus, wobei ich erklärte, daß ich mich nicht weigere, weiter mitzuarbeiten, und nicht einmal darauf bestehe, meinen Austritt bekanntzugeben, wenn ein gütlicher Friede in der Partei hergestellt wird. Die Opposition forderte (nicht die Änderung des nicht bestehenden Systems

* „Parteiklatsch" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

von Bürokratismus, Formalismus, Selbstherrschaft, mechanischer Einstellung u. dgl. m., sondern) die Wiedereinsetzung der alten Redaktion, die Kooptierung von Vertretern der Opposition ins Zentralkomitee, zwei Sitze im Rat der Partei und die Anerkennung der Konferenz der Auslandsliga als rechtmäßig. Das Zentralkomitee schlug vor, den Frieden dadurch zu sichern, daß es zustimmte, zwei Leute ins ZK zu kooptieren, einen Sitz im Rat der Partei abzutreten und die Liga allmählich zu reorganisieren. Die Opposition lehnte auch diese Bedingungen ab. Die Redaktion wurde kooptiert, die Frage des Friedens aber blieb offen. So war die Sachlage, als Nr. 53 der „Iskra" erschien.

Daß die Partei Frieden und positive Arbeit will, daran ist wohl kaum zu zweifeln. Solche Artikel aber wie „Unser Parteitag" hindern die Herstellung des Friedens, hindern sie dadurch, daß sie Andeutungen und Bruchstücke der Fragen bringen, die unverständlich sind und unverständlich bleiben müssen, wenn nicht alle Wendepunkte des Bruches erschöpfend dargelegt werden; hindern sie dadurch, daß sie die Schuld eines Auslandszirkels auf unsere praktisch tätige Zentralleitung abwälzen, die mit der schwierigen und harten Arbeit beschäftigt ist, die Partei tatsächlich zu einigen, und die bei ihren Bemühungen, den Zentralismus zu verwirklichen, ohnehin schon auf allzu viele Hindernisse stieß und noch stößt. Die russischen Komitees führen einen Kampf gegen die jede Arbeit hemmende, desorganisierende Tätigkeit der Minderheit, gegen ihren Boykott. Resolutionen in diesem Sinne sind bereits von den Komitees in Petersburg, Moskau, Nishni-Nowgorod, Twer, Odessa, Tula und vom Nordbund eingetroffen.

Genug des ausländischen Literatengezänks*! Den Praktikern in Rußland diene es jetzt als Musterbeispiel dafür, *„was man nicht tun darf"*! Die Redaktion des ZO der Partei aber fordere alle auf, jeden Boykott, von welcher Seite er auch kommen mag, einzustellen und unter der Leitung des ZK der Partei einträchtig zu arbeiten!

*

Und der Unterschied zwischen den Schattierungen der Iskristen? wird der Leser fragen. Erstens, antworten wir darauf, besteht der Unterschied

* „Literatengezänk" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

darin, daß man nach Meinung der Mehrheit unabhängig von personellen Änderungen in der Zusammensetzung der Zentralstellen seine Auffassungen in der Partei zur Geltung bringen kann und soll. Jeder Zirkel, auch einer von Anhängern des „Rabotscheje Delo", hat das Recht, wenn er der Partei beitritt, die Möglichkeit der freien Äußerung und Vertretung seiner Auffassungen zu verlangen, aber kein Zirkel, auch keiner von Generalen, hat das Recht, eine Vertretung in den zentralen Parteistellen zu verlangen. Zweitens besteht der Unterschied darin, daß nach Meinung der Mehrheit die Schuld des Formalismus und Bürokratismus auf denjenigen fällt, der durch die Ablehnung der Arbeit unter Leitung der Zentralstellen die Möglichkeit einer nichtformalistischen Führung der Geschäfte erschwert hat. Drittens kenne ich eine *und nur eine* prinzipielle Meinungsverschiedenheit in organisatorischen Fragen, eben jene, die in den Debatten über Paragraph 1 des Parteistatuts zum Ausdruck gekommen ist. Sobald die Parteitagsprotokolle erscheinen, werden wir danach trachten, auf diese Frage zurückzukommen. Wir werden dann zeigen, daß Martows Formulierung nicht zufällig von den nichtiskristischen und den quasiiskristischen Elementen unterstützt worden ist, sondern deshalb, weil sie einen Schritt zum Opportunismus hin tut, einen Schritt, den wir noch anschaulicher in —ns Brief und in „Noch einmal in der Minderheit" sehen.* Die Protokolle werden zeigen, wie falsch die Ansicht des Verfassers des Artikels „Unser Parteitag" ist, wonach sich „bei der Erörterung des Parteistatuts der Streit fast ausschließlich um die Organisation der zentralen Körperschaften der Partei gedreht" habe. Genau das Gegenteil war der Fall. Der einzige wirklich prinzipielle Streit, der beide „Lager" (d. h. die Mehrheit und die Minderheit der Iskristen) einigermaßen klar voneinander trennte, war der Streit um Paragraph 1 des Parteistatuts. Die Auseinandersetzungen über den personellen Bestand des Rats der Partei, über die Kooptation in die Zentralstellen usw. blieben dagegen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Delegierten, zwischen mir und Martow usw. Diese Auseinandersetzungen gingen um verhältnismäßig sehr un-

* Wir werden dann auch bitten, zu erklären, was die in dem Artikel „Unser Parteitag" enthaltenen Hinweise auf eine unverdiente Mißachtung der Nichtiskristen und auf ein Mißverhältnis zwischen den strengen Punkten des Statuts und dem wirklichen Kräfteverhältnis in der Partei bedeuten. Worauf beziehen sich diese Hinweise?

bedeutende Einzelheiten und riefen keinerlei bestimmte Gruppierung der Iskristen hervor, die durch ihre Abstimmung die Übertreibungen bald des einen, bald des andern von uns korrigierten. In diesen Auseinandersetzungen die Quelle der Meinungsverschiedenheiten über die Methoden der Durchführung des Zentralismus, über seine Grenzen, seinen Charakter usw. zu suchen – das heißt ganz einfach die Stellung der Minderheit und die Methoden des Kampfes beschönigen, den sie um personelle Änderungen in der Zusammensetzung der Zentralstellen geführt hat und der einzig und allein den Bruch zwischen uns im vollen Sinne dieses Wortes verursacht hat.

Geschrieben zwischen dem
25. und 29. November
(8. und 12. Dezember) 1903.
Veröffentlicht als Sonderdruck
im Dezember 1903.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des Sonderdrucks.

BRIEF DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR AN DEN VORSTAND DER AUSLANDSLIGA, AN DIE HILFSGRUPPEN DER PARTEI UND AN ALLE PARTEIMITGLIEDER, DIE SICH IM AUSLAND BEFINDEN

Genossen! Die endgültige Vereinigung der Partei stellt uns jetzt vor die wichtige und dringende Aufgabe, die Auslandsarbeit der Sozialdemokratie breit zu entfalten und alle auf diesem Gebiet tätigen Genossen fest zusammenzufassen.

Auf Grund des Parteistatuts (§ 13) teilt sich die gesamte Auslandsarbeit der Partei in zwei große, ihrem Organisationstypus nach verschiedene Gebiete. Einerseits leitet die Auslandsliga unmittelbar die Propaganda und Agitation im Ausland und zentralisiert sie in ihren Händen. Das ZK wird alle Maßnahmen ergreifen, um bei der vollständigen Zentralisierung dieser Sache in den Händen der Liga zu helfen und deren Autonomie in dieser Funktion zu gewährleisten. Anderseits fördert die Liga die Bewegung in Rußland ausschließlich durch die Vermittlung von Genossen und Gruppen, die das Zentralkomitee speziell dafür bestimmt.

Das ZK, das alle Mitglieder der Auslandsliga, alle Hilfsgruppen der Partei und alle Parteimitglieder, die sich im Ausland befinden, zur allseitigen Unterstützung der Liga in ihrer Propaganda- und Agitationsarbeit auffordert, hat die Absicht, jetzt alle Anstrengungen auf die Organisierung dieser vermittelnden Gruppen zu richten, über welche die Unterstützung der Bewegung in Rußland erfolgen soll.

Seine Aufgaben auf diesem Gebiet faßt das ZK folgendermaßen auf:

Die Unterstützung der russischen Bewegung vom Ausland her kommt hauptsächlich zum Ausdruck 1. in der Entsendung von Leuten für die revolutionäre Arbeit in Rußland; 2. in der Zustellung der im Ausland gesammelten Geldsummen nach Rußland; 3. in der Sammlung solcher russi-

scher Verbindungen, Nachrichten und Hinweise im Ausland, die sofort nach Rußland mitgeteilt werden müssen, um den dort tätigen Genossen zu helfen, um Verhaftungen vorzubeugen usw.; 4. in der Zustellung von Literatur nach Rußland usw.

Wir erheben nicht den Anspruch, durch diese Aufzählung alle Formen der unmittelbaren Unterstützung der russischen Bewegung vom Ausland her zu erschöpfen, glauben jedoch, daß es vorläufig genügt, ihre Hauptformen zu umreißen und die zu schaffende Organisation mit diesen Formen in Einklang zu bringen. Die Erfahrung wird zeigen, inwieweit Änderungen dieser Organisation künftighin notwendig sind.

Beginnen wir mit der Entsendung von Leuten für die Arbeit in Rußland. Es wäre natürlich wünschenswert, daß möglichst viele der nach Rußland Reisenden sich unmittelbar mit der Hauptvertretung des ZK im Ausland – nämlich mit der Genfer – in Verbindung setzen, um von ihr Treffs, Parolen, Geld und die notwendigen Anweisungen zu erhalten. Aber eine ganze Reihe der zur Arbeit nach Rußland Reisenden ist natürlich nicht imstande, vorher nach Genf zu fahren, und deshalb beabsichtigt das ZK, in allen einigermaßen wichtigen Auslandszentren – London, Paris, Brüssel, Berlin, Wien usw. – seine Agenten zu ernennen. Jeder, der sich anschickt, zur Arbeit nach Rußland zu reisen, wird aufgefordert, sich an den örtlichen Agenten des ZK zu wenden, und dieser Agent wird alle Maßnahmen treffen, damit der nach Rußland Reisende seinen Bestimmungsort möglichst rasch und ungefährdet erreicht, damit die ersten Schritte des nach Rußland Reisenden dem allgemeinen Plan des ZK hinsichtlich der Verteilung der Kräfte und Mittel entsprechen usw. Das ZK hofft, daß die Auslandsliga diesen Agenten des ZK jeden Beistand gewähren wird, zum Beispiel dadurch, daß sie möglichst viele der im Ausland weilenden Genossen mit den Funktionen dieser Agenten und den Bedingungen des Verkehrs mit ihnen bekannt macht, daß sie mithilft, diesen Verkehr möglichst konspirativ zu gestalten usw.

Da die Entsendung von Leuten aus den großen Zentren des Auslands nach Rußland sehr umständlich ist und da ein Genosse allein nicht immer imstande sein wird, die nach Rußland Reisenden gründlich kennenzulernen, wird das ZK gemäß § 13 des Parteistatuts nach Maßgabe der Notwendigkeit nicht einen Agenten, sondern eine Gruppe von Agenten ernennen.

Weiter. Was die Überweisung von Geld anbelangt, so ist hier die vollständige Zentralisierung der Geldsammlungen im gesamten Ausland in den Händen der Auslandsliga und die Übergabe der Summen durch den Vorstand der Liga an das Zentralkomitee das wünschenswerteste. Nur in dringenden Fällen wird man vielleicht – das wird die Erfahrung lehren – nicht umhinkönnen, bestimmte Summen unmittelbar von den örtlichen Sektionen der Liga an die örtlichen Agenten des ZK weiterzuleiten, wenn zum Beispiel außerordentliche Umstände die sofortige Hilfe für eine Flucht, für die Entsendung eines Genossen, für die Zustellung von Literatur usw. erfordern. Das ZK hofft, daß der Vorstand der Liga den Sektionen entsprechende Anweisungen geben und die besten Formen der Rechnungslegung über die Sammlung und Verausgabung des Geldes ausarbeiten wird.

Ferner ist natürlich allen bekannt, daß sehr oft Genossen, die aus Rußland ins Ausland kommen, Mitteilungen machen, die für die in Rußland tätigen Genossen sehr wichtig wären – zum Beispiel Mitteilungen über das Ausmaß von Verhaftungen, über die Notwendigkeit, bestimmte Genossen in einer Stadt, die von dem Ort der Verhaftungen weit entfernt liegt, zu warnen, über die Notwendigkeit, bestimmte Verbindungen in Rußland auszunutzen, die der aus Rußland geflüchtete oder abgereiste Genosse aus Zeitmangel oder anderen Gründen nicht ausnutzen konnte usw. Natürlich wird sich, je weiter die endgültige Zusammenfassung der gesamten Parteiarbeit unter der Leitung des ZK fortschreitet, immer häufiger die Gelegenheit bieten, alle diese Verbindungen und Hinweise in Rußland selbst zu sammeln, und das ist auch der einzig normale und wünschenswerte Weg. Aber zweifellos wird es noch auf lange Zeit hinaus Fälle geben, in denen die aus Rußland geflüchteten oder legal abgereisten Genossen aus verschiedenen Gründen nicht die Zeit hatten, die Verbindungen in Rußland weiterzugeben, so daß es notwendig sein wird, ihren Aufenthalt im Ausland hierfür auszunutzen.

Schließlich wird sich das ZK natürlich bemühen, die Übersendung von Literatur nach Rußland möglichst vollständig in den Händen einer besonderen Transportgruppe zu zentralisieren, von der ein Teil der Mitglieder sich stets im Ausland aufhalten wird. Daher wird das ZK besondere Agenten ernennen, denen es obliegt, die Lager der Parteiliteratur in den verschiedenen Zentren des Auslands zu verwalten, die Verbindungen mit

den Grenzorten aufrechtzuerhalten usw. Aber man mag den Transport noch so gut organisieren, es wird natürlich immer Lücken geben, die man ausfüllen muß, indem man besondere Gelegenheiten wahrnimmt, (vielleicht) durch die Übersendung von Koffern, durch die Ausnutzung günstiger Fälle von Handelsbeziehungen, von Dampferverbindungen usw. Alle Mitteilungen, Hinweise und Informationen über solche Dinge sind ebenfalls an die Agenten des ZK weiterzuleiten, die alle derartigen Unterlagen bei sich konzentrieren und entsprechend dem allgemeinen Plan und den Anweisungen des ZK handeln werden.

Gleichzeitig mit der Übermittlung seines Arbeitsplans an den Vorstand der Auslandsliga gibt das ZK seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Liga ihrerseits den Agenten des ZK im Ausland jeden Beistand erweisen und insbesondere Maßnahmen treffen wird, damit diese Agenten die Hilfsgruppen, die Jugendzirkel usw. usf. weitgehend kennenlernen.

Geschrieben nicht vor dem
16. (29.) November 1903.
Zuerst veröffentlicht 1928 im
Lenin-Sammelband VII.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ ÜBER DIE HALTUNG DER NEUEN „ISKRA"

Was mich an der Haltung, die jetzt die „Martowsche" „Iskra" eingenommen hat, besonders empört, das ist die *innere Falschheit und Verlogenheit*, das sind die Versuche, den Kern der Sache zu umgehen, die Versuche, die Meinung der Parteiöffentlichkeit und den Parteibeschluß zu eskamotieren, die Versuche, die Begriffe und Tatsachen *zu verdrehen*. Und nur mit Unkenntnis der Sache kann ich mir die von einigen Genossen an den Tag gelegte Stumpfheit und Gleichgültigkeit, die Unempfindlichkeit gegenüber dieser Verlogenheit erklären. Gegen Unkenntnis muß man mit Aufklärung kämpfen, und ich werde keinesfalls auf meine Absicht verzichten, die ganze Sache bis in die letzte Einzelheit aufzuklären (im Bedarfsfall auf Grund *sämtlicher* Dokumente), und zwar in einer besonderen Broschüre, an die ich mich machen will, sobald die Protokolle des Parteitags und der Konferenz der Auslandsliga erscheinen, also sehr bald.[39]

Die Haupt*entstellung*, mittels derer die Martowleute die Partei *nasführen* (wobei sie vielleicht und sogar wahrscheinlich infolge ihrer Hysterie vor allem sich selbst betrügen), ist erstens die *Verdrehung* der wirklichen Quellen und Ursachen der Differenzen unter den Iskristen. Das ist zweitens die *Verdrehung* der Begriffe Zirkelwesen und Desorganisation, Sektierertum und Parteiprinzip.

Die erste Verdrehung besteht darin, daß als „prinzipielle" Meinungsverschiedenheit hingestellt wird, was im Grunde ein *Gezänk* war, in dem sich nach dem Parteitag, während des Kampfes der Zentralstellen gegen die Opposition, beide Seiten ergingen. Das Gezänk bestand darin, daß die Opposition die Mehrheit als Selbstherrscher, Formalisten, Bürokraten

etc. bezeichnete, während die Mehrheit die Opposition als *hysterische Schleicher*, als Partei abgetakelter Minister oder hysterischer Skandalmacher bezeichnete (siehe die Konferenz der Auslandsliga). Und jetzt wird der *e i n e* Teil dieser gegenseitigen „Komplimente" im Zentralorgan als *prinzipielle* Meinungsverschiedenheit breitgetreten! Ist das etwa nicht niederträchtig?

In Wirklichkeit lag die Ursache der Differenzen gerade *in der Wendung der Martowleute zum Sumpf*. Diese Wendung zeigte sich auf dem Parteitag klar bei § 1 des Statuts und bei der Gruppierung während der Wahlen zu den zentralen Körperschaften. *Diese* zu einem bestimmten Teil unzweifelhaft *prinzipielle* Meinungsverschiedenheit wird umgangen und verschwiegen.

Die zweite Verdrehung besteht darin, daß die Martowleute im Interesse eines *Zirkels* und um sich in die Zentralstellen einzuschleichen (denn niemand hat die sachliche Polemik und die freie Meinungsäußerung beengt, im Gegenteil, die Martowleute wurden verschiedentlich aufgefordert und gebeten, zu schreiben), seit *drei Monaten* die ganze Partei und die ganze Arbeit *desorganisieren*, und dies jetzt, nachdem sie sich durch ein Hintertürchen in die Redaktion eingeschlichen haben, dadurch vertuschen, daß sie gegen die Mehrheit die lächerliche Beschuldigung des desorganisierenden Formalismus, Bürokratismus usw. erheben, wobei sie ihren Boykott, ihre Einschleichtaktik etc. *verschweigen*. Ist das etwa nicht niederträchtig? Eins von beiden: Entweder man *gibt* das ganze „Gezänk" *der Vergessenheit anheim*, dann aber soll man davon *überhaupt* nicht sprechen und auch keinen *Rückfall in das Gezänk* im ZO dulden, denn das Geschrei über Bürokratismus ist eben ein *Rückfall* in die lumpige Einschleichtaktik. Oder man schneidet die Frage der Meinungsverschiedenheit an, und dann soll man gleich **alles** *aufdecken*.

Geschrieben in der zweiten Dezemberhälfte 1903.

Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach dem Manuskript.

VORWORT ZUR BROSCHÜRE „BRIEF AN EINEN GENOSSEN ÜBER UNSERE ORGANISATORISCHEN AUFGABEN"

Den hier nachgedruckten „Brief an einen Genossen"* habe ich vor über einem Jahr geschrieben, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, im September 1902. Er ging zunächst in Abschriften von Hand zu Hand und wurde in Rußland als Darlegung der iskristischen Ansichten über Organisationsfragen verbreitet. Dann druckte der Sibirische Bund diesen Brief im Juni vorigen Jahres und verbreitete ihn in ziemlich viel Exemplaren. Auf diese Weise wurde der Brief bereits zum Gemeingut weiter Kreise, und es liegt jetzt kein Grund mehr vor, mit seiner Veröffentlichung zu zögern. Die Erwägung, die mich früher abhielt, den Brief drucken zu lassen – nämlich der Umstand, daß er literarisch äußerst ungenügend durchgearbeitet, daß er völlig „unfertig" ist –, entfällt nun, da schon viele Genossen, die in Rußland praktisch arbeiten, den Brief eben in dieser unfertigen Form gelesen haben. Außerdem gibt es jetzt einen noch wichtigeren Grund, diesen Brief in der unfertigen Form nachzudrucken (ich habe nur die allernotwendigsten stilistischen Korrekturen vorgenommen), und zwar seine Bedeutung als „Dokument" **. Die neue Redaktion der „Iskra" hat bekanntlich schon in Nr. 53 von Meinungsverschiedenheiten in *organisatorischen* Fragen gesprochen. Leider beeilt sich die Redaktion nicht, klar zu sagen, worin diese Meinungsverschiedenheiten bestehen, sie macht meistenteils nur Anspielungen auf Dinge, die niemand kennt.

Man muß sich bemühen, der neuen Redaktion ihre schwierige Aufgabe

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 223–244. *Die Red.*

** Nachdem meine Opponenten mehrfach den Wunsch äußerten, diesen Brief als Dokument zu benutzen, hielt ich es, gelinde ausgedrückt, geradezu für unziemlich, beim Nachdruck irgendwelche Änderungen vorzunehmen.

zu erleichtern. Mögen die *alten* organisatorischen Auffassungen der „Iskra" in allen Einzelheiten, sogar bis zu den ersten Rohentwürfen bekanntwerden – vielleicht wird sich dann die neue Redaktion endlich entschließen, der von ihr „ideologisch geführten" Partei ihre *neuen* organisatorischen Auffassungen zu eröffnen. Vielleicht wird uns dann die neue Redaktion endlich die *genaue Formulierung* jener grundlegenden Änderungen mitteilen, die sie im Organisationsstatut unserer Partei vornehmen möchte. Denn in der Tat, wer versteht nicht, daß gerade in dieses Organisationsstatut die von uns stets verfochtenen Organisationspläne eingegangen sind?

Vergleichen die Leser „Was tun?" * und die Artikel in der „Iskra" über Organisationsfragen mit dem vorliegenden „Brief an einen Genossen" und diesen Brief mit dem Statut, das auf dem zweiten Parteitag angenommen wurde, so können sie sich eine klare Vorstellung davon machen, wie konsequent wir, die Mehrheit der Iskristen und die Mehrheit des Parteitags, unsere organisatorische „Linie" verfolgt haben. Von der neuen Redaktion der „Iskra" aber erwarten wir, und zwar mit größter Ungeduld, daß sie ihre neuen organisatorischen Auffassungen darlegt, erwarten wir, daß sie genau mitteilt, in welchen Punkten und seit welchem Augenblick sie sich enttäuscht fühlt, und warum sie begann, „das zu verbrennen, was sie angebetet hat".

N. Lenin

Januar 1904

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: N. Lenin, „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben", Genf.

Nach dem Text der Broschüre.

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 355–551. *Die Red.*

NACHWORT ZUR BROSCHÜRE „BRIEF AN EINEN GENOSSEN ÜBER UNSERE ORGANISATORISCHEN AUFGABEN"

Die Redaktion der „Iskra" sagt in Nr. 55, zwischen dem ZK und der Opposition sei „vereinbart worden", die in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'" („Warum bin ich aus der Redaktion der ‚Iskra' ausgetreten?")* erwähnten Tatsachen „der Vergessenheit anheimzugeben". Diese Erklärung der Redaktion ist eine wahrhaft formalistische, bürokratische und kanzleimäßige „Abspeisung" (um in dem schönen Stil des Genossen Axelrod zu sprechen). In Wirklichkeit hat es eine solche Vereinbarung *nicht gegeben*, wie der Auslandsvertreter des ZK in einem gleich nach Erscheinen der Nr. 55 der „Iskra" herausgegebenen Sonderdruck direkt erklärt. Eine solche Vereinbarung *konnte es auch nicht geben*, wie das jedem aufmerksamen Leser meines Briefes klar sein muß, denn die Opposition hat den „gütlichen Frieden" *abgelehnt*, den das ZK vorschlug und der *sicherlich* die Bedingung enthalten hätte, all das, was des Vergessens wert ist, der Vergessenheit anheimzugeben. War denn die Redaktion so naiv, daß sie, nachdem sie den Frieden abgelehnt und *in Nr. 53 den Krieg gegen den berüchtigten Bürokratismus eröffnet hatte*, noch hoffte, die Gegenseite werde über die *wirkliche* Quelle dieser Märchen vom Bürokratismus mit Schweigen hinweggehen?

Der Redaktion gefiel es ganz und gar nicht, daß ich die wirkliche Quelle dieser Märchen ein *Gezänk* (ein Literatengezänk**) genannt habe. Natürlich! Aber einen Schwall kläglicher Worte über diese wirklich unangenehme Tatsache von sich geben, das heißt ja noch nicht die Tatsache widerlegen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 110—117. *Die Red.*

** „Literatengezänk" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Wir gestatten uns, der ehrenwerten Redaktion zwei Fragen zu stellen.

Erste Frage. Warum scheinen dem *einen* die wütendsten Beschuldigungen wie Selbstherrschaft, wie Robespierresches Regime, wie Verübung eines Staatsstreiches usw. usf. nur *ergötzlich*, während die *anderen* sich durch die ruhige Erzählung von Tatsachen und von Generalsposten, die tatsächlich gefordert wurden, bitter *gekränkt* fühlen? Sich so sehr gekränkt fühlen, daß sie ganz „sinn- und zwecklose" Reden über „persönliche Dinge", „moralische Verdächtigungen" und sogar „niedrige (woher das??) Motive" halten? Warum ein solcher Unterschied — he, meine Freunde? Etwa gar darum, weil der „Posten" eines Generals „niedriger" ist als der Posten eines Selbstherrschers?

Zweite Frage. Warum erklärt die Redaktion den Lesern nicht, *weshalb* sie (in jener fernen Zeit, als sie der Opposition angehörte und tatsächlich „in der Minderheit" war) den Wunsch äußerte, gewisse Tatsachen *der Vergessenheit anheimzugeben*? Findet die Redaktion nicht, daß schon allein der Gedanke an den Wunsch, die *prinzipiellen* Meinungsverschiedenheiten „der Vergessenheit anheimzugeben", unsinnig ist und keinem vernünftigen Menschen in den Kopf kommen konnte?

Nun seht ihr, wie ungeschickt ihr seid, meine werten „politischen Gegner"! Ihr wolltet mich durch die Anschuldigung vernichten, daß *ich* die prinzipielle Auseinandersetzung auf das Gebiet des Gezänks verschiebe, statt dessen aber habt ihr meine Behauptung über die tatsächliche Quelle einiger dieser „Meinungsverschiedenheiten" *bestätigt*.

Weiter. Nachdem die Redaktion in ihrer Ungeschicklichkeit zugegeben hatte, daß es Gezänk gab, nahm sie sich nicht die Mühe, den Lesern zu erklären, wo ihrer Meinung nach die prinzipielle Meinungsverschiedenheit aufhört und das Gezänk anfängt. Die Redaktion geht mit Schweigen darüber hinweg, daß ich in meinem Brief den Versuch mache, den Bereich des einen und des andern *ganz genau* voneinander abzugrenzen. Ich zeige dort, daß die prinzipielle Meinungsverschiedenheit (die bei weitem nicht so tiefgehend ist, um einen wirklichen *Bruch* hervorzurufen) in der Frage des § 1 des Statuts zutage trat und sich durch die Annäherung der iskristischen Minderheit an die nichtiskristischen Elemente gegen Ende des Parteitags erweiterte. Ich zeige ferner, daß das Gerede vom Bürokratismus, Formalismus usw. vor allem ein bloßer *Widerhall* des Gezänks *nach dem Parteitag* ist.

Die Redaktion ist vermutlich nicht einverstanden mit einer *solchen* Abgrenzung des „Prinzipiellen" von dem „der Vergessenheit Anheimzugebenden"? Warum hat sie sich dann nicht die Mühe genommen, *ihre* Meinung über die „richtige" Abgrenzung dieser Bereiche mitzuteilen? Etwa deshalb, weil diese Bereiche in ihrem Bewußtsein noch nicht abgegrenzt sind (und auch nicht abgegrenzt werden können)?

Nach dem Feuilleton des verehrten Genossen Axelrod in derselben Nr. 55 der „Iskra" können die Leser urteilen, wozu diese... Unklarheit führt und in was sich unser zentrales Parteiorgan verwandelt. Den Kern unseres Streits über § 1 des Statuts berührt Gen. Axelrod mit *keiner Silbe*, er begnügt sich mit Anspielungen auf „peripherische Gesellschaften", die für jemanden, der nicht auf dem Parteitag war, absolut unverständlich sind. Gen. Axelrod hat wahrscheinlich vergessen, wie lange und ausführlich wir über § 1 diskutierten! Dafür hat sich Gen. Axelrod eine „Theorie" ausgedacht, der zufolge „die Mehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Iskristen von der Überzeugung durchdrungen war, daß ihre Hauptaufgabe... der Kampf gegen die inneren Feinde ist". „Vor dieser Mission verblaßte" (nach der festen Überzeugung des verehrten Gen. Axelrod) für die Mehrheit „die bevorstehende positive Aufgabe". „Die Perspektive der positiven Arbeit rückt in die nebelhafte Ferne einer unbestimmten Zukunft"; die Partei steht vor der dringenderen „militärischen Aufgabe, die inneren Feinde niederzuwerfen". Und es fehlt Gen. Axelrod an Worten, um diesen „bürokratischen* (oder mechanischen) Zentralismus", diese „jakobinischen" (!!?) Pläne, diese „Desorganisatoren" zu brandmarken, die gewisse Leute „unterdrücken und wie Rebellen behandeln".

Um den wahren Wert dieser Theorie – richtiger gesagt, dieser gegen die Parteitagsmehrheit erhobenen Beschuldigungen, sie habe die desorganisierende Tendenz, eine (wohl nur *in der Einbildung bestehende*) Rebellion zu unterdrücken, und ignoriere die positive Arbeit – zu zeigen,

* Übrigens mache ich die Redaktion darauf aufmerksam, daß meine Broschüre unter dem „festgesetzten Titel" erscheint. Als überzeugter Zentralist unterwerfe ich mich den „prinzipiellen" Weisungen unseres ZO, das in Nr. 55 eine Rubrik eingeführt hat, in der die Publikationen der Partei vom Gesichtspunkt der „Titel" (im Namen des Kampfes gegen den Formalismus) gesichtet werden.

wird es genügen, den vergeßlichen Gen. Axelrod an *eine* (für den Anfang nur an eine) kleine Tatsache zu erinnern. Am 6. Oktober 1903 forderten Plechanow und ich nach vielfachen Ermahnungen an die Mitglieder der Minderheit, die Sinnlosigkeit und den desorganisierenden Charakter ihres Boykotts einzusehen, die „rebellischen" Literaten (darunter auch Gen. Axelrod) *offiziell* auf, sich an die positive Mitarbeit zu machen, erklärten wir ihnen offiziell, daß die Verweigerung dieser Mitarbeit sowohl vom Standpunkt der persönlichen Verärgerung als auch vom Standpunkt dieser oder jener Meinungsverschiedenheiten (für deren Austragung wir die Spalten unserer Publikationen *öffnen*) unvernünftig ist.*

Gen. Axelrod hat das vergessen. Er hat vergessen, daß er damals ohne jede Angabe von Gründen mit einem entschiedenen Nein antwortete. Er hat vergessen, daß für ihn damals, in jenen längst vergangenen Zeiten, „die positive Arbeit in die nebelhafte Ferne einer unbestimmten Zukunft rückte", einer Zukunft, die erst am 26. November 1903 zur ersehnten Gegenwart wurde.[40]

Gen. Axelrod hat das nicht nur „vergessen", er möchte solche „persönlichen Dinge" überhaupt gern der „Vergessenheit anheimgeben", nicht wahr?

Wenn man der Minderheit vorhält, daß sie *monatelang* die Partei desorganisierte, die positive Arbeit vernachlässigte, durch ihr Gezänk dem ZK eine *Unmenge Kraft* entzog, so sind das „persönliche Dinge", so heißt das moralische Verdächtigungen vorbringen, so heißt das den Kampf der Richtungen zu einem Gezänk herabwürdigen. Dafür ist kein Platz in den Spalten des ZO.

Wenn man aber die Parteitagsmehrheit beschuldigt, sie habe Zeit auf Ermahnungen an die „Rebellen" zu verschwenden gewagt, sie habe durch den Kampf gegen die (nur *in der Einbildung vorhandenen*) Desorganisatoren die Partei desorganisiert, so sind das prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, für die man die Spalten der „Iskra" „aufsparen" muß. Ist es nicht so, verehrter Gen. Axelrod?

Vielleicht wird Gen. Axelrod, wenn er um sich blickt, auch heute nicht wenig Beispiele dafür finden, wie die „positive Arbeit" auch für die Praktiker der Minderheit in die nebelhafte Ferne einer gleichfalls ersehnten, aber immer noch unbestimmten Zukunft rückt?

* Siehe den vorliegenden Band, S. 356/357. *Die Red.*

Nein, wirklich, für euch wäre es vorteilhafter, die Frage des Verhältnisses der Mehrheit und der Minderheit zur positiven Arbeit überhaupt nicht zu berühren! Es wäre vorteilhafter, nicht daran zu erinnern, wovon zum Beispiel ein Fabrikarbeiter der Stadt – w in folgendem Brief an mich spricht:

„*Lieber Genosse!*

In der letzten Zeit, d. h. nach dem zweiten Parteitag, wurde uns mitgeteilt, das ZK sei vom Parteitag nicht einmütig gewählt worden, der Parteitag habe sich in der Frage der Beziehungen des Zentralorgans zum Zentralkomitee gespalten und es hätten sich die sogenannte Mehrheit und Minderheit gebildet. All dies hat sich plötzlich wie ein schwerer Stein auf unsere Herzen gesenkt und uns mit seinem ganzen Gewicht schier erdrückt, denn daß die Frage der Beziehungen des ZO zum ZK überhaupt stand, war für uns eine unerwartete Neuigkeit: Vor dem Parteitag wurde sie ja weder in Zirkeln noch in Versammlungen aufgeworfen und auch, soweit ich mich erinnern kann, in unserer Literatur mit Schweigen übergangen. Eben dieses Verschweigen der Frage vor dem Parteitag ist mir unverständlich. Nimmt man an, daß sie gar nicht bestanden hat, so muß man zugeben, daß die Genossen, die alle ihre Kräfte für die Vereinigung der Partei hingaben, von deren Organisation, d. h. von deren Aufbau keine klare Vorstellung hatten. Aber letzteres ist völlig unmöglich, denn die Frage, die jetzt zur Spaltung der Partei führte, hat klar gezeigt, daß es über den Aufbau der Partei eine Ansicht gab und daß sie nicht bei allen die gleiche war. Ist dem aber so, warum wurde sie verheimlicht? Das erstens. Und zweitens — die Frage selbst; vor ihre Lösung gestellt, frage ich mich: Welcher Aufbau der Partei wird ihre orthodoxe Richtung gewährleisten? Und im gleichen Augenblick kommt mir der Gedanke, daß außer dem Aufbau der Partei auch ihre Führung wichtig ist, d. h., sind die Führer Orthodoxe, so ist auch die Richtung der Partei orthodox, sind sie Opportunisten, so ist auch die Partei opportunistisch. Gehe ich nun von diesen Voraussetzungen aus und kenne ich die Führer der Partei, so trete ich unbedingt dafür ein, daß das ZO in der ideologischen Führung der Partei dem ZK übergeordnet ist. Dafür einzutreten, zwingt einen noch mehr die russische Wirklichkeit: Wie orthodox das ZK auch sein mag, es ist, da es sich in Rußland befindet, vor Verhaftungen und folglich auch vor dem Verlust seines orthodoxen Charakters entgegen seinem Willen nicht gesichert, weil die Nachfolger nicht immer denen entsprechen, an deren Stelle sie treten. Wem von den Genossen, die auch nur ein wenig in den Komitees arbeiten, sind denn nicht Fälle bekannt, daß infolge einer von vielen Zufälligkeiten das beste Komitee durch ein schlechtes ersetzt wird und um-

gekehrt? Ganz anders steht es mit dem ZO: Es befindet sich in anderen Verhältnissen (da ja das ZO seinen Sitz im Ausland haben wird), die ihm eine längere Existenz und folglich auch die Möglichkeit sichern, sich würdige Nachfolger heranzuziehen. Ich weiß freilich nicht, Genosse, ob man diese Frage ein für allemal lösen kann, d. h., ob das ZO stets dem ZK übergeordnet sein soll oder das ZK dem ZO. Ich denke, man kann das nicht. Nehmen wir folgende Lage an: Die Zusammensetzung des ZO hat sich plötzlich geändert, aus dem orthodoxen Organ ist ein opportunistisches geworden, wie z. B. der ‚Vorwärts' in Deutschland. Darf man ihm dann in der ideologischen Führung die übergeordnete Stellung geben? Was würden wir tun, die wir im orthodoxen Geist erzogen sind, müßten wir uns wirklich mit ihm einverstanden erklären? Nein, unsere Pflicht wäre es, ihm das Recht auf die übergeordnete Stellung abzusprechen und es in die Hand einer anderen Körperschaft zu legen, und wenn das aus irgendeinem Grunde nicht geschähe, ganz gleich, ob es die Parteidisziplin oder sonst etwas wäre, so verdienten wir alle, daß man uns als Verräter an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bezeichnet. So betrachte ich die Dinge und kann mich keinesfalls damit einverstanden erklären, daß man ein für allemal eine Entscheidung trifft, wie es manche Genossen tun.

Der Kampf, der jetzt zwischen der Mehrheit und der Minderheit geführt wird, ist mir völlig unverständlich, und sehr vielen von uns erscheint er nicht richtig. Nun, sagen Sie mir, Genosse! Ist es normal, daß man alle Kraft aufwendet, um die Komitees zu bereisen, nur damit man über die Mehrheit und die Minderheit sprechen kann? Ich weiß nicht recht. Ist diese Frage wirklich so wichtig, daß man ihr alle Kräfte opfern und einander ihretwegen fast als Feind betrachten muß? Das faktische Ergebnis ist, daß in ein Komitee, dessen Mitglieder, nehmen wir an, dem einen Lager angehören, niemand mehr hineinkommen kann, der dem anderen Lager angehört, mag er noch so brauchbar für die Arbeit sein; ja noch schlimmer, er kommt selbst dann nicht hinein, wenn er für die Arbeit unentbehrlich ist, wenn sie stark unter seiner Abwesenheit leidet. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß der Kampf um diese Frage ganz aufgegeben werden soll: durchaus nicht, nur müßte er meines Erachtens einen andern Charakter tragen, und wir dürften um seinetwillen nicht unsere Hauptaufgabe vergessen, nämlich die Propaganda der sozialdemokratischen Ideen unter den Massen, denn vergessen wir das, so schwächen wir damit unsere Partei. Ich weiß nicht, ob es von mir respektlos ist, aber wenn ich mit ansehen muß, wie die Interessen der Sache in den Schmutz getreten und vollkommen vergessen werden, so nenne ich sie alle politische Intriganten. Es tut einem weh, und man fürchtet für die Sache selbst, wenn man sieht, daß die Leute, die an ihrer Spitze stehen, mit etwas ganz anderm beschäftigt sind. Betrachtet man

das, so denkt man: Ist unsere Partei wirklich zu ewigen Spaltungen wegen solcher Kleinigkeiten verurteilt, sind wir wirklich unfähig, den Kampf gleichzeitig nach innen und nach außen zu führen? Wozu werden dann Parteitage veranstaltet, wenn ihre Beschlüsse nicht beachtet werden, wenn jeder tut, was ihm einfällt, und sich damit rechtfertigt, daß der Parteitag angeblich falsch entschieden habe, das ZK arbeitsunfähig sei usw.? Und das tun jene Leute, die vor dem Parteitag ständig über Zentralisierung, über Parteidisziplin usw. geschrien haben, jetzt aber anscheinend zeigen wollen, daß Disziplin nur für die einfachen Sterblichen notwendig ist, nicht aber für sie, die Leute an der Spitze. Sie haben wahrscheinlich vergessen, daß ihr Beispiel die wenig erfahrenen Genossen ungeheuer demoralisiert; schon jetzt macht sich unter den Arbeitern neuerdings Unzufriedenheit mit der Intelligenz bemerkbar, die über ihren eigenen Zwistigkeiten die Arbeiter vergißt, schon jetzt lassen die hitzigeren die Hände sinken, weil sie nicht wissen, was tun. Ja, so ist es, und die ganze zentralisierte Organisierung der Arbeit ist jetzt ein leerer Schall. Es bleibt nur zu hoffen, daß sich in Zukunft alles zum Besseren wenden wird." [41]

Geschrieben im Januar 1904.

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: N. Lenin, „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben", Genf.

Nach dem Text der Broschüre.

AN DIE PARTEIMITGLIEDER

Entwurf eines Aufrufs[42]

Zirkel oder Partei? Das ist die Frage, die von unserm Zentralorgan zur Diskussion gestellt worden ist.

Wir halten es für höchst zeitgemäß, daß diese Frage zur Diskussion gestellt wird. Wir fordern die Redaktion unseres ZO auf, vor allem sich selbst im Spiegel zu betrachten. Was stellt diese Redaktion vor? Einen Zirkel von Personen, die soundso viel Jahre beisammengehockt haben und jetzt auf dem Wege des Boykotts, der Desorganisation und der Drohung mit der Spaltung in die Redaktion eingedrungen sind, oder ein Kollegium von Funktionären unserer Partei?

Versucht nicht, dieser Frage auszuweichen, indem ihr euch darauf beruft, daß ihr rechtmäßig, gemäß dem Statut kooptiert worden seid. Wir bezweifeln diese Rechtmäßigkeit nicht, aber wir fordern euch auf, euch nicht auf den formalen Gesichtspunkt zu beschränken, sondern unsere Frage dem Wesen nach zu beantworten. Wir wollen keine bloß juristische, sondern eine politische Antwort. Wir wollen diese Antwort gerade von euch erhalten, ihr Herren „Redakteure", die ihr nicht vom Parteitag gewählt und nicht von der Partei ernannt worden seid, und nicht von Genossen Plechanow, der vielleicht gar keine andere Wahl hatte, als euch zu kooptieren, um die Spaltung zu vermeiden.

Ein Zirkel oder ein Kollegium von Parteifunktionären?

Wenn ein Zirkel, wozu dann diese heuchlerischen und verlogenen Phrasen über eine Partei? Habt ihr denn nicht in Wirklichkeit diese Partei dadurch zerfleischt, daß ihr euch wochen- und monatelang über ihre Körperschaften und ihr Statut lustig machtet? Habt ihr denn nicht in Wirklichkeit die Beschlüsse des zweiten Parteitags dieser Partei zerfetzt,

habt ihr denn nicht die Dinge bis zur Spaltung getrieben, habt ihr euch nicht geweigert, euch dem Zentralkomitee und dem Rat der Partei unterzuordnen, und stellt ihr euch denn nicht außerhalb der Partei mit eurem Gerede, daß die Parteitage für euch keine Gottheit, d. h. nicht verbindlich sind? Ihr tretet die Einrichtungen und Gesetze der Partei mit Füßen und ergötzt euch zugleich an dem Titel „Zentralorgan der Partei"!

Wenn ihr aber Funktionäre der Partei seid, wollt ihr dann dieser Partei nicht gefälligst erklären, warum und in wessen Namen vom Parteitag nicht ernannte Personen nach Sitzen in einer zentralen Parteikörperschaft strebten? Vielleicht im Namen der „Kontinuität" innerhalb des alten Familienkreises der Redakteure? Und Leute, die auf der Konferenz der Auslandsliga Resolutionen über diese kleinbürgerliche „Kontinuität" angenommen haben, wollen uns jetzt mit ihrem Gerede über die Partei blauen Dunst vormachen! Habt ihr denn überhaupt das Recht, jetzt noch über die Partei zu reden?

Ihr nennt diejenigen Formalisten, die sich auf die formellen Beschlüsse des II. Parteitags stützen, weil ihr die Tatsache verwischen und vertuschen müßt, daß ihr einen *Vertrauensbruch* begangen habt gegenüber den Genossen, die einander alle bis zum letzten Mann viele Male das Versprechen gegeben haben, die Beschlüsse des Parteitags einzuhalten. Ihr unterwerft euch formellen Beschlüssen nicht, wenn sie sich gegen euch richten, zugleich aber stützt ihr euch ohne Gewissensbisse auf formelle Rechte der Auslandsliga, wenn diese Rechte euch Nutzen bringen, stützt ihr euch auf formelle Beschlüsse des Rats der Partei, nachdem es euch gelungen ist, euch gegen den Willen der Partei in diese oberste Parteikörperschaft einzuschleichen!

Ihr nennt diejenigen Bürokraten, die nach dem Willen des Parteitags und nicht nach der Laune eines ausländischen Literatenzirkels Parteifunktionen bekleiden. Ihr müßt solcherart die euch unangenehme Tatsache verdecken, daß vom Geist des Bürokratismus, vom Geist des Rangstreits und der Ämtersucht gerade jene Leute durchdrungen waren, die außerhalb der zentralen Parteikörperschaften einfach nicht in der Partei arbeiten konnten. Jawohl, euer Verhalten hat uns in der Tat augenfällig gezeigt, daß unsere Partei an einem Bürokratismus krankt, der den Posten höher stellt als die Arbeit, der vor Boykott und Desorganisation nicht zurückschreckt, um Posten zu erobern.

Ihr bezeichnet es als grob mechanisch, wenn der Parteitag mit Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt, aber jene Kampfmethoden in den ausländischen Kolonien und auf der Konferenz der Auslandsliga, die euch zu eurem schmählichen Sieg über unsere Parteiredaktion verholfen haben, erscheinen euch nicht grob mechanisch und skandalös! Ihr seht kein Pharisäertum darin, wenn Leute, die angestrebt und durchgesetzt haben, daß sie das Zentralorgan der Partei leiten, obwohl sie auf dem Parteitag die *Minderheit* waren, sich in Beteuerungen ergehen, daß sie die Partei anerkennen!

Und diese Versuche, das eigene unanständige, parteiwidrige Verhalten heuchlerisch zu beschönigen, dieses Predigen von Anarchie, diese Verhöhnung des Parteitags, diese opportunistische Rechtfertigung des Spießbürgertums und des Zirkelwesens nennt ihr euren neuen organisatorischen Standpunkt!

Genossen! Wer es ernst meint mit seiner Mitgliedschaft in der Partei, der muß entschieden Protest erheben und dieser Schmach ein Ende machen! Wer es ernst meint mit der dreijährigen Arbeit der „Iskra" und dem von ihr vorbereiteten Parteitag, dem Willensausdruck der wirklich prinzipiell überzeugten und wirklich praktisch tätigen russischen Sozialdemokraten, der wird dem Zirkelwesen im Ausland nicht erlauben, alles von diesem Parteitag Geleistete mit Füßen zu treten.

Eins von beiden.

Entweder haben wir keine Partei, entweder steht über uns die Allmacht eines Zirkels von Literaten, von Redakteuren im Ausland, den unser Parteitag beiseite geschoben hat – dann Schluß mit diesen heuchlerischen Reden über die Partei, mit den betrügerischen Titeln der Druckschriften, Organe und Körperschaften der „Partei". Wir sind keine Sozialrevolutionäre, wir brauchen keine schöngemalten Dekorationen. Die Partei des Proletariats fordert die Wahrheit. Die Partei des Proletariats fordert die unerbittliche, offene Bloßstellung des veralteten Zirkelwesens. Wir werden den Mut haben, zu bekennen, daß es keine Partei gibt, und die Arbeit der Gründung und Festigung einer wirklichen Partei von Anfang, von allem Anfang an wieder aufnehmen. Uns wird ein vorübergehender Sieg des Zirkelwesens nicht in Verwirrung bringen, wir glauben und wissen, daß das klassenbewußte Proletariat Rußlands imstande ist, sich eine Partei in der Tat, nicht eine Partei in Worten, eine Partei in Gestalt

wirklicher Parteikörperschaften, nicht in Gestalt betrügerischer Titel zu schaffen.

Oder wir haben eine Partei – dann Schluß mit allen Zirkelinteressen, Schluß mit den Zusammenkünften von Skandalmachern im Ausland! Dann sollen sich aus unserer *Partei*redaktion unverzüglich die Leute hinausscheren, die vom Parteitag nicht auf diesen Posten gestellt worden sind. Dann soll die Redaktion des ZO wieder aus den Genossen gebildet werden, die der Parteitag gewählt hat. Dann sollen in *unserem* Parteiorgan die Ansichten der Parteimehrheit vertreten werden, dann soll *unser* Parteiorgan die Parteiorganisation und die Parteikörperschaften in Schutz nehmen und sie nicht in den Schmutz ziehen.

Nieder mit dem Zirkelwesen und vor allem hinaus damit aus unserer Parteiredaktion!

Nieder mit den Desorganisatoren!

Es lebe eine Partei des Proletariats, die wirklich die Parteitagsbeschlüsse durchzuführen, die Parteidisziplin und die Parteiorganisation hochzuhalten weiß!

Nieder mit den pharisäischen Reden und den betrügerischen Titeln!

Geschrieben zwischen dem 4. und 10. (17. und 23.) Januar 1904.
Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach dem Manuskript.

IM RAT DER SDAPR

15.–17. (28.–30.) Januar 1904[48]

Veröffentlicht (teilweise) 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf. Zuerst vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Resolutionsentwürfe nach den Manuskripten. Reden und Resolutionsentwurf über die Einberufung des III. Parteitags der SDAPR nach dem Text der Protokolle des Rates.

1

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER MASSNAHMEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES FRIEDENS IN DER PARTEI, EINGEBRACHT AM 15. (28.) JANUAR

Im Hinblick auf den Charakter und die Erscheinungsformen jenes Zwiespalts zwischen den Parteimitgliedern, der mit dem zweiten ordentlichen Parteitag zusammenhängt, hält es der Rat der Partei für dringend geboten, alle Parteimitglieder energisch zur einmütigen Zusammenarbeit unter der Leitung der beiden zentralen Parteikörperschaften, des Zentralorgans und des Zentralkomitees, aufzurufen.

Der geschichtliche Augenblick, den Rußland durchlebt – das gewaltige Anwachsen der revolutionären Gärung im Lande und die internationalen Schwierigkeiten, die zu einem Krieg führen können –, erlegen der Partei des klassenbewußten Proletariats, das in den ersten Reihen für die Befreiung des gesamten Volkes vom Joch der Selbstherrschaft kämpft, besonders ernste Pflichten auf. Die Notwendigkeit einer einmütigen Zusammenarbeit unter der Leitung der beiden zentralen Parteistellen mit dem Ziel, unsere Organisation zu festigen und die Bewußtseinsentwicklung sowie die Geschlossenheit breitester Massen der Arbeiterklasse zu fördern, ist nie mit solcher Dringlichkeit zutage getreten wie jetzt.

Die einen oder anderen Meinungsverschiedenheiten über die verschiedensten Fragen hat es stets gegeben und wird es unvermeidlich geben in einer Partei, die sich auf eine gigantische Volksbewegung stützt und es sich zur Aufgabe macht, die bewußte Trägerin dieser Bewegung zu sein, die jedes Zirkelwesen und eng sektiererische Ansichten entschieden ablehnt. Um jedoch würdige Vertreter des klassenbewußten kämpfenden Proletariats, würdige Teilnehmer der internationalen Arbeiterbewegung zu sein, müssen die Mitglieder unserer Partei aus allen Kräften danach streben, daß keine persönlichen Meinungsverschiedenheiten über die Aus-

legung der von unserem Parteiprogramm anerkannten Prinzipien und über die Methoden ihrer Durchführung die einmütige Zusammenarbeit unter der Leitung unserer zentralen Körperschaften stören noch jemals stören können. Je tiefer und breiter wir unser Programm und die Aufgaben des internationalen Proletariats verstehen, je höher wir die Bedeutung der positiven Arbeit für die Entwicklung der Propaganda, der Agitation und der Organisation schätzen, je weiter wir entfernt sind vom Sektierertum, vom kleinlichen Zirkelwesen und von Rangstreitigkeiten – mit um so größerer Energie müssen wir zu erreichen suchen, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteimitgliedern ruhig und sachlich erörtert werden, daß diese Meinungsverschiedenheiten unsere Arbeit nicht stören, unsere Tätigkeit nicht desorganisieren und das richtige Funktionieren unserer zentralen Körperschaften nicht hemmen.

Als höchste Instanz der Partei verurteilt der Rat der Partei entschieden alle Versuche der Desorganisation, von wem sie auch ausgehen mögen, jede Verweigerung der Mitarbeit, jede Weigerung, die zentrale Parteikasse materiell zu unterstützen, jeden Boykott, der lediglich dazu dient, den rein ideologischen Kampf der Meinungen, Ansichten und Schattierungen auf das Niveau von Methoden grob mechanischer Einwirkung, auf das Niveau einer unwürdigen Katzbalgerei herabzudrücken. Die Partei ist der Streitigkeiten müde, die schon fast ein halbes Jahr andauern, sie fordert dringend Frieden. Keinerlei Meinungsverschiedenheit unter den Parteimitgliedern, keinerlei Unzufriedenheit mit der personellen Zusammensetzung dieser oder jener Zentralstelle kann den Boykott und ähnliche Kampfmethoden rechtfertigen, die gerade davon zeugen, daß es an Prinzipienfestigkeit und ideologischer Klarheit fehlt, die davon zeugen, daß die Interessen der Partei den Interessen eines Zirkels, die Interessen der Arbeiterbewegung den Interessen eines engstirnigen Rangstreits geopfert werden. Es ist natürlich bei uns vorgekommen – und wird in einer großen Partei immer vorkommen –, daß eine größere oder kleinere Zahl von Mitgliedern mit einer bestimmten Schattierung in der Tätigkeit dieser oder jener zentralen Parteistelle, mit bestimmten Einzelheiten ihrer Richtung oder mit ihrer personellen Zusammensetzung usw. unzufrieden ist. Solche Mitglieder können und müssen die Ursachen und den Charakter ihrer Unzufriedenheit in einem kameradschaftlichen Meinungsaustausch und durch eine Polemik in den Spalten der Parteipresse klären, aber es

wäre völlig unstatthaft und eines Revolutionärs unwürdig, brächte man seine Unzufriedenheit durch einen Boykott zum Ausdruck oder durch eine Weigerung, die ganze positive Arbeit, die von den beiden zentralen Parteistellen zusammengefaßt und geleitet wird, mit allen Kräften zu unterstützen. Die Unterstützung der beiden Zentralstellen, die einmütige Arbeit unter ihrer unmittelbaren Führung – das ist unsere gemeinsame und unmittelbare Parteipflicht.

Die nicht ideologischen, grob mechanischen Kampfmethoden, von denen oben die Rede war, verdienen unbedingte Verurteilung, denn sie können die gesamte Partei, die gänzlich und ausschließlich durch den guten Willen der Revolutionäre zusammengehalten wird, völlig zerstören. Und der Rat der Partei erinnert alle ihre Mitglieder daran, daß dieser gute Wille bereits klipp und klar in unserem gemeinsamen, von niemandem angefochtenen Beschluß zum Ausdruck gekommen ist, alle Entschließungen des zweiten Parteitags und alle von ihm vorgenommenen Wahlen als bindend für sämtliche Parteimitglieder zu betrachten. Schon das Organisationskomitee, das sich für seine Tätigkeit zur Einberufung des Parteitags den allgemeinen Dank erworben hat, faßte in § 18 des Statuts des II. Parteitags folgenden, von allen Parteikomitees gebilligten Beschluß:

„Sämtliche Entschließungen des Parteitags und alle von ihm vorgenommenen Wahlen gelten als Parteibeschluß, der für alle Parteiorganisationen bindend ist. Sie können von niemandem und unter keinem Vorwand angefochten und nur vom nächsten Parteitag aufgehoben oder abgeändert werden."

Dieser Beschluß, der vor dem Parteitag von der gesamten Partei angenommen und auf dem Parteitag selbst mehrfach bestätigt wurde, kommt einem Ehrenwort gleich, das sich alle Sozialdemokraten aus freien Stücken gegeben haben. Und sie sollten dieses Ehrenwort nicht vergessen! Sie sollten alle kleinlichen Streitigkeiten schnellstens beiseite werfen und den ideologischen Kampf ein für allemal in solche Grenzen verweisen, daß er nicht zur Verletzung des Statuts führt, die praktische Tätigkeit und die positive Arbeit nicht hemmt!

2

DIE BESONDERE MEINUNG DER VERTRETER DES ZENTRALKOMITEES, EINGEREICHT AM 17. (30.) JANUAR

Die Vertreter des ZK im Rat der Partei halten es für ihre Pflicht, zur Resolution des Genossen Plechanow eine besondere Meinung zu äußern.

Die Vertreter des ZK sind zutiefst davon überzeugt, daß diese Resolution dem Parteihader, der in die Parteiorganisation eine vollständige faktische Spaltung hineinträgt, nicht nur kein Ende setzen, sondern ihn im Gegenteil noch verstärken und schüren, ihn chronisch machen und die positive Arbeit der Partei weiterhin desorganisieren wird.

Diese Resolution ist ihrem Wesen nach nichts anderes als der Ausdruck des Wunsches der Parteitagsminderheit, die personelle Zusammensetzung des ZK zu ändern, wobei der entgegengesetzte Wunsch der Parteitagsmehrheit ignoriert wird.

Diese Resolution setzt unserer festen Überzeugung nach im Grunde innerhalb des Rates jene Politik fort, welche die Opposition seit dem Parteitag verfolgt hat, diese Politik aber war eine Politik des Boykotts, der Desorganisation und Anarchie mit dem Ziel, eine Änderung in der Zusammensetzung der Zentralstellen zu erreichen, und zwar auf einem Wege, der den Normen eines auch nur halbwegs geordneten Parteilebens widerspricht und der jetzt auch durch die revolutionäre öffentliche Meinung in Form von Resolutionen der Mehrheit der Komitees verurteilt worden ist.

Diese Resolution bringt den Wunsch zum Ausdruck, das ZK möge wieder Verhandlungen mit der Opposition aufnehmen. Die Verhandlungen ziehen sich schon über fünf Monate hin und führen zu einer völligen Demoralisierung in der Partei. Das ZK hat bereits erklärt, daß es sein letztes Wort sprach, als es schon am 25. November 1903 darauf einging,

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Die besondere Meinung der Vertreter des ZK,
eingereicht in der Sitzung des Rats der Partei
am 17. (30.) Januar 1904"

Verkleinert

zum Beweis des kameradschaftlichen Vertrauens zwei Mitglieder der Opposition zu kooptieren.

Die Verhandlungen haben bereits einen riesigen Aufwand an Geldmitteln für Reisen und einen noch unvergleichlich größeren Aufwand an Kraft und Zeit der Revolutionäre, die von ihrer Arbeit abgelenkt wurden, erfordert.

Die Vertreter des ZK halten sich nicht für berechtigt, diese endlosen Verhandlungen, die beiderseits neue Unzufriedenheit erregen, neue Rangstreitigkeiten hervorrufen und die positive Arbeit aufs furchtbarste stören, wieder aufzunehmen.

Wir lenken die ernsteste Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß solche Verhandlungen eine völlige Unterbrechung des geordneten Ganges des Parteilebens bedeuten.

Wir erklären, daß das ZK der Minderheit die volle Verantwortung für diese Verhandlungen auferlegt.

Wir erklären, daß wir entschieden und unwiderruflich kein anderes Mittel für einen ehrlichen und richtigen Ausweg aus dem gegenwärtigen Parteihader, kein anderes Mittel zur Liquidierung dieses unzulässigen Kampfes um die Zusammensetzung der Zentralstellen sehen als die sofortige Einberufung eines Parteitags.

Zugleich sind wir der Meinung, daß nach Annahme der Resolution des Gen. Plechanow unsere vorher eingebrachte Resolution im Grunde abgelehnt ist und völlig nutzlos wird; deshalb ziehen wir sie zurück.

Die Mitglieder des Rates
N. Lenin
F. Wassiljew

3

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE EINBERUFUNG DES III. PARTEITAGS 17. (30.) JANUAR

Nachdem sich der Rat der Partei davon überzeugt hat, daß die zentralen Parteikörperschaften nicht imstande sind, den völlig anormalen und desorganisierenden Verhältnissen, die nach dem II. Parteitag innerhalb der Partei eingetreten sind und über fünf Monate andauern, ein Ende zu machen, beschließt er, den III. Parteitag einzuberufen.

4

AM 17. (30.) JANUAR EINGEBRACHTE RESOLUTIONSENTWÜRFE

I

Der Rat der Partei ersucht die Redaktion des ZO, so schnell wie möglich alle von ihr abhängigen Maßnahmen zu treffen, damit das ZK in allernächster Zeit die fünf- bis sechstausend Rubel erhalten kann, die Gegenstand eines Briefwechsels zwischen dem ZO und dem ZK waren und die von der zentralen Parteikasse in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Umstände, die nach den letzten Verhaftungen in Rußland eingetreten sind, gegenwärtig dringend benötigt werden.

II

Der Rat der Partei mißbilligt es, daß die Redaktion des ZO ohne Wissen und Einverständnis des ZK Bevollmächtigte der Redaktion zu den Komitees entsendet, denn eine solche Entsendung desorganisiert die Partei und verstößt gegen die vom II. Parteitag eindeutig festgelegte Verteilung der Funktionen zwischen den beiden Zentralstellen.

III

Der Rat der Partei mißbilligt es, daß die Redaktion des ZO ohne Zustimmung des ZK die Komitees über die Zusammensetzung des Zentralkomitees informiert.

5

REDEN ÜBER DIE MASSNAHMEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES FRIEDENS IN DER PARTEI 15. (28.) JANUAR

I

Ich habe Maßnahmen zur Wiederherstellung eines gütlichen Friedens und normaler Verhältnisse in der Partei gerade deshalb angeregt, weil die Zahl der Mißverständnisse unter den Parteiarbeitern bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Ich glaube nicht, daß eine fruchtbare Parteiarbeit möglich ist, wenn wir keine gemeinsame Basis finden, auf die sich die verschiedenen Parteimitglieder, die kraft dieser oder jener Umstände zu gegenseitigen Mißverständnissen getrieben werden, in ihrer Tätigkeit stützen können. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern oder Teilen der Partei so anormal sind, daß man jetzt schwerlich, ohne leichtfertig mit Worten um sich zu werfen, von einer *einheitlichen* sozialdemokratischen Arbeiterpartei sprechen kann. Ich kann natürlich, wenn nötig, zur Bestätigung dieser Behauptung eingehende Beweise beibringen (erinnern wir uns zum Beispiel der vielen Episoden aus dem geschäftlichen Briefwechsel des ZK und des ZO), aber es wäre vielleicht besser, jetzt nicht zu solch heiklen Illustrationen zu greifen, da die von mir festgestellte Tatsache allgemein bekannt ist. Wir müssen also versuchen, entschiedenere Maßnahmen zur Beseitigung des Grundübels zu ergreifen. Sonst ergibt sich eine solche Situation, daß der einfachste, der alltäglichste Schritt der Partei Anlaß gibt zu einem höchst unliebsamen Meinungsaustausch mit einer Blütenlese recht saftiger Worte und ausgesuchtester... wie drücke ich das milder aus? na, sagen wir... Komplimente. Zwar könnte es scheinen, daß ich versuche, eine Art Anschlag auf die „Redefreiheit" zu machen, aber das Wesentliche

dabei ist doch, daß auch auf dem Gebiet des praktischen Handelns nicht alles zum besten steht. Als Mitglieder des Rates, deren Hauptaufgabe darin besteht, innerhalb der Partei zu vereinigen, was Tendenzen zur Trennung hat, müssen wir versuchen, alle Reibungen zu beseitigen, die den glatten Gang der Parteiarbeiten behindern, und bei gutem Willen wäre das nicht unmöglich. Ich frage deshalb, könnte man nicht Maßnahmen ergreifen gegen gewisse Kampfmethoden in der Partei, durch welche die Partei zu einer desorganisierten Gruppe erniedrigt, in eine bloße Fiktion verwandelt wird? Vielleicht könnte der Rat im Interesse der gemeinsamen Sache eine Resolution annehmen, deren Entwurf ich skizziert habe und sogleich vorlesen werde. Ich halte aus prinzipiellen Erwägungen eine Entscheidung des Rates für wichtig, die das Ziel verfolgt, unzulässige Formen des Kampfes zwischen verschiedenen Personen oder Gruppen innerhalb der Partei, die in dieser oder jener Frage nicht übereinstimmen, zu beseitigen und zu verurteilen. Ich wiederhole, daß die gegenwärtige Lage zu anormal ist und einer Bereinigung bedarf. (Axelrod: „Wir alle sind damit einverstanden.") Ich bitte die Sekretäre, die Bemerkung des Gen. Axelrod ins Protokoll aufzunehmen.

Ich lese jetzt den Entwurf der Resolution vor, die ich vorschlagen möchte.*

Das ist der Entwurf, den ich im Namen des ZK mit der Unterschrift seiner beiden Vertreter vorlege und der als Anstoß dienen könnte, nicht irgendwelche Teilfragen zur Beseitigung dieser oder jener Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteimitgliedern zu lösen, sondern eine gemeinsame Basis für diejenigen zu schaffen, die im Interesse der einen gemeinsamen Sache der russischen Sozialdemokraten tätig sind.

II

Mit Genugtuung habe ich aus den Reden der beiden Vertreter des ZO die Überzeugung gewonnen, daß sie die Notwendigkeit entschiedener Maßnahmen zur Herstellung einer tatsächlichen Einheit in der Partei prinzipiell anerkennen. Das schafft schon eine gewisse gemeinsame Basis zwischen uns. Hinsichtlich des Vorschlags des Gen. Plechanow halte ich

* Siehe den vorliegenden Band, S. 139—141. *Die Red.*

es für nötig, folgendes zu sagen: Gen. Plechanow schlägt mir vor, aus meinem Resolutionsentwurf die wesentlichsten praktischen Maßnahmen zur Beseitigung des im Parteileben konstatierten Übels herauszugreifen, und bemerkt dabei, daß diese Resolution den Charakter eines Aufrufs habe. Ja, mein Vorschlag hat tatsächlich den Charakter eines Aufrufs, aber das ist ja gerade beabsichtigt. Die Idee dieses „Aufrufs" besteht darin, daß der Rat sich im Namen der beiden Zentralstellen für eine Abgrenzung der in der Partei zulässigen Kampfformen von den unzulässigen ausspricht. Ich weiß, daß der Kampf selbst, allgemein gesprochen, unvermeidlich ist, aber es gibt Kampf und Kampf. Es gibt Kampfmethoden, die völlig anormal und in einer einigermaßen lebensfähigen Partei unzulässig sind. Und Gen. Martow sagte richtig, es habe außer dem ideologischen Kampf noch etwas gegeben, nämlich das, was er „organisatorische Komplikationen" nannte.

Wir aber, die wir uns hier nicht zum Kampf, sondern zur Beseitigung der anormalen Verhältnisse im Parteileben versammelt haben, können und müssen durch einen autoritativen Hinweis auf die Grenzen des innerhalb der Partei zulässigen Kampfes unsere anderen Genossen beeinflussen. Ich kenne jedoch keine anderen Mittel der Beeinflussung als einen Aufruf. Hier die praktischen Vorschläge gesondert herauszugreifen, hätte keinen Sinn. Was die Erklärung der Vertreter des ZO betrifft, daß ich zwar die anormale Lage im Parteileben konstatiert, aber nicht die Ursachen einer solch anormalen Lage berührt habe, so muß ich sagen, daß ich diese Position nicht zufällig, sondern völlig bewußt gewählt habe, da ich befürchte, daß wir diesen ohnehin recht verworrenen Knäuel, wenn wir ihn jetzt auch nur ein klein wenig berühren, nicht entwirren, sondern ganz im Gegenteil nur noch mehr verwirren werden. Man darf doch wirklich nicht vergessen, daß wir in bezug auf diesen Knäuel zwei gleichermaßen interessierte und ziemlich subjektiv eingestellte Gegenspieler sind, so daß es keinesfalls uns zukommt, ihn zu entwirren – wenn man das schon versucht –, sondern denjenigen, die an seiner Verwirrung völlig unbeteiligt waren. Unternähmen dagegen wir einen solchen Versuch, so würde er uns verleiten, alle möglichen Dokumente zu durchstöbern, und die Folge wäre bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Rates eine neue... Katzbalgerei.

Nehmen wir zum Ausgangspunkt unserer Erwägungen das, was ist,

denn man kann die Wirklichkeit nicht einfach ausstreichen, und ich stimme Gen. Martow bereitwillig zu, daß es unmöglich ist, alle Meinungsverschiedenheiten und Zusammenstöße durch irgendein seligmachendes Wort aus der Welt zu schaffen. Das stimmt, aber wer könnte Richter sein über derart traurige Seiten unseres Parteilebens? Ich denke, diese Rolle steht keinesfalls uns selber zu, sondern einer großen Zahl von Menschen – der Sache ergebenen revolutionären Praktikern, die an der Katzbalgerei nicht teilgenommen haben. Obzwar ich die Frage nach den Ursachen unserer Zwistigkeiten vorsichtig umgehe, erlaube ich mir doch, meinen Gedanken an einem Beispiel aus unserer jüngsten Vergangenheit zu erläutern. Der Kampf zieht sich schon 5 Monate hin. In dieser Zeitspanne traten bereits, wie ich glaube, etwa 50 Mittelsmänner auf, die bemüht waren, dem Parteihader ein Ende zu setzen, aber ich kenne nur einen, dessen Tätigkeit in dieser Richtung, wenn auch sehr bescheidene, aber dennoch verhältnismäßig glückliche Ergebnisse gezeitigt hat. Ich meine Gen. Trawinski[44], von dem man sagen muß, daß er ein Mensch ist, der sozusagen bis über die Ohren in positiver praktischer revolutionärer Arbeit steckt, so daß sich seine Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf diese Arbeit konzentriert, und daß er sich an der Fehde nicht beteiligt hat. Nur mit diesen glücklichen Umständen läßt sich wohl auch erklären, warum seine Schlichtungsversuche nicht ganz erfolglos geblieben sind. Ich glaube, wenn Menschen von diesem Schlag mithelfen, die Ursachen für die mißlichen Zustände in der Partei zu analysieren, so wäre es möglich, den Knäuel zu entwirren, vor dem wir jetzt betroffen stehen. Wir dagegen müssen uns hüten, diese oder jene Ursachen der Fehde untersuchen zu wollen, denn das könnte uns dazu bringen, daß wir einander, ohne es zu wollen, zu den zahlreichen alten Wunden, die noch lange nicht verheilt sind, neue Wunden zufügen (wie Gen. Martow sagt). Deshalb bin ich dagegen, daß man die Ursachen analysiert, und trete dafür ein, daß man Mittel ausfindig macht, die zumindest die Kampfmethoden in einem mehr oder weniger erträglichen Rahmen halten könnten. Eins von beiden: Wenn man in dieser Richtung etwas tun kann, dann soll man versuchen, es zu tun, wenn aber nicht, wenn man auf die kämpfenden Lager nicht durch autoritative Überzeugung einwirken kann, dann bleibt nur eines – sich an jene dritten Personen zu wenden, die außerhalb der Sphäre der Kampfhandlungen stehen und ihre positiven praktischen Aufgaben durchführen, von denen ich

schon gesprochen habe. Ich zweifle daran, daß wir selbst uns davon überzeugen können, ob diese oder jene Seite im Recht ist. Mir scheint das unmöglich.

III

Ich verstehe den Vorschlag des Gen. Plechanow nicht ganz. Er spricht davon, daß man praktische Maßnahmen ergreifen muß, aber mein Entwurf enthält doch schon einen Hinweis auf die Möglichkeit solcher praktischen Maßnahmen. Man muß nur sagen, autoritativ sagen, daß ein normaler Kampf, ein ideologischer Kampf, ein Kampf, der sich in bestimmten Grenzen hält, zulässig ist; unzulässig aber sind: Boykott, Verweigerung der Arbeit unter der Leitung des ZK, Verweigerung der finanziellen Unterstützung der zentralen Parteikasse usw. Man sagt, mit Worten würden wir niemanden überzeugen. Auch ich erkühne mich nicht, zu behaupten, daß das genügen würde, um gute Beziehungen zwischen den beiden Teilen der Partei herzustellen, denn die Krankheit, die wir zu heilen haben, ist wirklich chronisch geworden, und zwischen den beiden Teilen der Partei ist, wie Gen. Martow sich ausdrückt, wirklich eine sehr feste Wand emporgewachsen. Vielleicht können wir, die wir diese Wand errichtet haben, sie nicht niederreißen, aber es liegt nichts Unmögliches darin, daß wir, die wir einander die stärksten Wunden geschlagen haben, als Mitglieder des Rates durch unseren autoritativen Aufruf die Genossen von unwürdigen Kampfformen zurückhalten. Und was das Niederreißen der Wand angeht, so wird meiner Ansicht nach die Zeit das ihrige tun und allmählich Abhilfe schaffen. Was aber den Einwand betrifft, daß einige Stellen des Aufrufs von den beiden Lagern auf verschiedene Art ausgelegt werden können, so wird meines Erachtens alles, was wir hier sagen, möglicherweise auf verschiedene Art ausgelegt werden. (Axelrod: „Deshalb soll man nicht nur reden, sondern auch handeln.") Ferner, weshalb Gen. Axelrod glaubt, mein Vorschlag könne sich nur als eine neue Quelle des Kampfes erweisen – das verstehe ich nicht. Ich wiederhole, die zwischen den beiden Lagern der Partei emporgewachsene Wand werden wir nicht niederreißen können, denn wir haben uns selber aus Leibeskräften bemüht, sie aufzurichten, aber die Wand abbrechen könnten diejenigen unserer Genossen, die, mit praktischer Arbeit beschäftigt, abseits von unseren Zwistigkeiten stehen. Gen. Martow ist, wovon ich mich heute

mit Genugtuung überzeugt habe, im Prinzip mit dieser These einverstanden, nämlich daß unsere anderen Genossen, die bei unserer Fehde abseits stehen, in diese Fehde nutzbringend eingreifen können. Und außerdem scheint mir, schon allein die Tatsache, daß sich die Vertreter der zentralen Körperschaften darüber geeinigt haben, daß man so kämpfen darf und so nicht – schon dies allein könnte die erste Bresche in die Wand schlagen, die beide Lager voneinander trennt, wonach die jetzige anormale Situation im Parteileben überwunden werden könnte.

IV

Der Vorschlag des Gen. Plechanow hat in mir sehr gemischte Gefühle hervorgerufen. Er kam auf die Ursachen des Kampfes zu sprechen und wühlte damit in eben den Wunden, die wir einander zugefügt haben, wie auch Gen. Martow feststellte. Ich versuche in meinem Entwurf, eine Grenze zu ziehen zwischen dem, was in unserem Kampf zulässig und was unzulässig ist, ganz gleich, von welcher Seite die Angriffe ausgehen. Wollten wir anfangen, darüber zu sprechen, von wem was und wann ausgegangen ist, so wäre das der Anfang vom Ende, nämlich vom Ende unserer Aussprache. Über uns selbst zu Gericht sitzen ist schon rein psychologisch, moralisch völlig unmöglich. Wenn wir hier wieder anfangen, die Ursachen der zugespitzten Beziehungen zwischen den Parteimitgliedern zu erörtern, werden wir selber uns dann über das Niveau kleinlichen Gezänks erheben können? (Axelrod: „Wir werden es können!") Den Optimismus des Gen. Axelrod teile ich nicht. Gen. Plechanow hat bei der Analyse der Ursachen, die zur Spaltung der Partei führten, eine Auslegung der Tatsachen gegeben, mit der ich nicht einverstanden bin. Fangen wir jedoch zu streiten an, so müssen die Protokolle hervorgeholt und eingesehen werden. Gen. Plechanow sagt zum Beispiel, der Parteitag habe sich bei den Wahlen zu den zentralen Körperschaften in zwei fast gleiche Hälften geteilt, ein Mitglied des Parteitags habe dadurch, daß es von der Mehrheit zur Minderheit überging, die Tatsache geschaffen, daß beide Hälften des Parteitags zahlenmäßig gleich stark wurden, das ZK vertrete somit nur den einen Teil der Partei usw. Aber so darf man doch nicht urteilen; man kann doch wirklich nicht so reden, als ob nur ein Teil der Partei das

Zentralkomitee gewählt hätte. Viele würden jetzt vielleicht in manchen Fragen nicht so stimmen, wie sie auf dem Parteitag gestimmt haben. Auch ich selbst würde vielleicht in vielen Fragen anders stimmen. Aber das bedeutet nicht, daß die auf diesem Gebiet möglichen Änderungen und neuen Kombinationen die Ergebnisse früherer Abstimmungen irgendwie negieren. Insofern von einem Kampf die Rede ist, gibt es immer eine Teilung des Ganzen in Teile. *Jetzt* allerdings – aber nicht auf dem Parteitag – vertritt das ZK einen Teil, ich weiß jedoch sehr gut, daß nach Meinung der Genossen auch das ZO in diesem Sinne nur einen Teil vertritt. Nur unter einem Gesichtspunkt könnte ich den Ausdruck des Gen. Plechanow für richtig halten, nämlich unter dem Gesichtspunkt der tatsächlich bestehenden Spaltung. Nicht deshalb, weil der Parteitag an irgend etwas Schuld trüge, kann man von einer „anormalen" Zusammensetzung dieser oder jener zentralen Körperschaft sprechen, sondern nur deshalb, weil die Menschen unter den und den Umständen nicht miteinander zusammenarbeiten wollen... Auf diese Weise kommen wir, sobald wir die Ursachen des anormalen Zustands auch nur leicht gestreift haben, wieder zu der Notwendigkeit, einen Knäuel aufzuwickeln, den wir nicht nur nicht entwirren können, sondern nur noch mehr verwirren. Es trifft zu, daß mit der Zusammensetzung des ZK viele unzufrieden sind; in gleichem Maße trifft jedoch auch zu, daß es eine ganze Reihe Leute gibt, die mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Zentralorgans unzufrieden sind. Auf die Frage des Gen. Martow, ob es zulässig ist, bestehende Organisationen zu „zerschlagen", würde ich antworten: „Ja! die Umgestaltung von Organisationen ist durchaus zulässig!" Ist es zulässig, daß eine kompetente Körperschaft der Partei diese oder jene Person von dieser oder jener Art der revolutionären Arbeit entfernt? – ich antworte: „Ja, es ist zulässig!" Wenn ich aber frage, warum und wie dieser oder jener „Anschlag" auf die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit einer Organisation zustande gekommen ist, warum der und der zu dem und dem Gebiet der Parteiarbeit keinen Zutritt erhalten hat usw., dann strecke ich damit meine Hand aufs neue nach eben diesem Knäuel aus, den zu entwirren unsere Kräfte übersteigt. Auf diese Weise kommen wir auch in der Frage, ob es zulässig oder unzulässig ist, Organisationen zu „zerschlagen", aufs neue zu Meinungsverschiedenheiten. All dies beweist, daß es eine völlig nutzlose und sogar schädliche Zeitvergeudung wäre, jetzt die Ursachen unse-

rer Fehden zu erörtern. Ich komme zurück auf die Frage der proportionalen Vertretung. Darüber könnte man nur sprechen, wenn man von der Anerkennung der bereits bestehenden Spaltung ausgeht. Wir sind hier die Vertreter zweier kämpfender Lager... (Plechanow: „Wir haben uns hier als Mitglieder des Rates und nicht als kämpfende Lager versammelt.") Die Bemerkung des Gen. Plechanow widerspricht seiner eigenen Resolution, in der von einem in der Partei vorhandenen Zwist gesprochen wird, der die Partei in zwei Hälften gespalten hat, wobei nach dem Wortlaut der Resolution die eine Hälfte in einer solchen zentralen Körperschaft wie dem Zentralkomitee überhaupt nicht vertreten ist. Offiziell sind wir natürlich nicht die Vertreter zweier kämpfender Lager, insofern sich jedoch diese Vertretung aus dem Verlauf unserer Debatte ergibt, hatte ich das logische Recht, davon zu sprechen. (Plechanow: „Sie gebrauchten den Ausdruck, daß wir uns hier als die Vertreter zweier kämpfender Lager versammelt haben, und darauf bezog sich auch meine Bemerkung.") Ich bestreite nicht, daß ich mich vielleicht nicht ganz präzise ausgedrückt habe... (Plechanow: „Sie haben sich falsch ausgedrückt.") Vielleicht habe ich mich auch falsch ausgedrückt, ich will das nicht bestreiten. Ich behaupte nur, daß die Resolution des Gen. Plechanow den Streit auf den Boden der tatsächlichen Anerkennung der Spaltung verlegt. Wir haben uns gespalten, ich konstatiere das. Wäre dem nicht so, so wäre die Resolution rechtswidrig. Die Mehrheit der Partei ist auch mit der Zusammensetzung des ZO unzufrieden, mit einer Zusammensetzung, bei der 4 von 5 der Minderheit angehören. Seitens des ZK könnte die gleiche Forderung, wie sie jetzt an das Zentralkomitee gestellt wird, erhoben werden, nämlich die Zusammensetzung des ZO zu ändern. Ihrem Wesen nach kommt die Resolution des Gen. Plechanow einer Bekanntgabe der Bedingungen nur des einen Lagers gleich... (Plechanow: „Ich gehöre weder zur Mehrheit noch zur Minderheit.") Gen. Plechanow sagt, daß er weder zur Mehrheit noch zur Minderheit gehöre, außer ihm wird das jedoch niemand im Rat sagen. Urteilt man formal, vom Standpunkt des Statuts aus, so ist die von Gen. Plechanow vorgelegte Resolution rechtswidrig. Sie kann jedoch, ich wiederhole, dem Wesen nach insofern begriffen werden, als sie von der Tatsache der Spaltung ausgeht. Gibt aber das eine Lager seine „Bedingungen" bekannt, so hätte auch das andere Lager das Recht, genauso seine „Bedingungen" zu stellen. Wir stehen nicht über den „bei-

den Lagern", sondern sind gerade diese „beiden Lager". Deshalb dürfen wir, wenn wir schon die tatsächlich bereits bestehende Spaltung in der Partei anerkennen, für die Schlichtung unserer Streitigkeiten und „Mißverständnisse" auch nur ein einziges Radikalmittel anerkennen – den Appell an dritte Personen. Wie ich schon früher gesagt habe, gibt es in der Partei Menschen, die mit positiver Arbeit beschäftigt sind und die am Kampf der „Mehrheit" und der „Minderheit" nicht teilgenommen haben. Und nur an diese Menschen kann man sich wenden.

V

Ich bin weder mit Martow noch mit Plechanow einverstanden. Sie sagen, von einer Rechtswidrigkeit dieser Resolution könne keine Rede sein, und führen zwei Argumente ins Feld. 1. Martows Argument besteht in dem Hinweis, daß der Rat die höchste Parteiinstanz sei. Der Rat ist jedoch in seinen Befugnissen durch besondere Bestimmungen des Statuts beschränkt, um die sich seinerzeit auch Gen. Martow selbst sehr bemüht hat. 2. Das zweite Argument besteht darin, daß der Rat in der vorgeschlagenen Resolution nur seine Meinung sage und seine Wünsche äußere. Der Rat kann natürlich seine Meinung sagen und seine Wünsche äußern, muß sich aber dabei vor Übergriffen hüten. (Plechanow: „Natürlich! Natürlich!") Der Rat kann eine Kooptation ins ZK nur beantragen, dann aber wird das ZK fordern, daß auch die Zusammensetzung des Zentralorgans geändert wird. Unter gewissen Bedingungen bin ich bereit, mich mit einer proportionalen Vertretung einverstanden zu erklären. Aber ich frage, gibt es im ZO eine proportionale Vertretung? Die Zusammensetzung des ZO ist 1 : 4, und auch dieser eine gehört weder zur Mehrheit noch zur Minderheit. Das Zentralkomitee schlug seinerzeit ein Verhältnis von 2 : 9 vor[45]; das war zur Zeit der völligen Zerfahrenheit, am Vorabend der Spaltung. Jede Unstimmigkeit ist in gewissem Sinne eine Spaltung, wenn aber zwei Teile nicht zusammenarbeiten wollen, dann ist das eine tatsächliche Spaltung. Nur vom Standpunkt der Spaltung aus könnten wir zugeben, daß die Resolution des Gen. Plechanow einen Sinn hat. Man könnte sie als die ultima ratio* betrachten; in einem solchen Fall

* das letzte Mittel. *Die Red.*

aber hätten wohl beide Lager das gleiche Recht auf eine Änderung in der Zusammensetzung der zentralen Körperschaften. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch das ZK unzufrieden ist mit der Zusammensetzung des Zentralorgans. Sobald wir die Frage des vergangenen Parteitags berühren, erfolgt ein Zusammenstoß, und wir kommen zu keinem Ende. So sagt zum Beispiel Plechanow, der Parteitag habe deshalb kein drittes Mitglied der Redaktion gewählt, weil es ein solches nicht gab. Ich behaupte, daß der Parteitag kein drittes Mitglied gewählt hat, weil er davon überzeugt war, daß Gen. Martow in die Redaktion eintreten werde. Dasselbe kann man auch von der Zusammensetzung des Rates sagen. Auf dem Parteitag glaubten viele, Gen. Martow werde als Mitglied der Redaktion dem Rat angehören. Wenn schon von proportionaler Vertretung gesprochen wird, kann und wird die Mehrheit sagen, daß man das ZO noch um sechs Mitglieder aus der sogenannten Mehrheit ergänzen muß. Aber Erwägungen solcher Art werden uns dem erwünschten Ende nicht näherbringen, und deshalb bin ich der Ansicht, daß die Resolution des Gen. Plechanow schlechter ist als die meine. Meine Resolution über das, was „zulässig und unzulässig" ist, hätte die Bedeutung, daß wir als Vertreter der kämpfenden Lager die anderen Genossen ersuchen, über den Rahmen der erlaubten Kampfformen nicht hinauszugehen.

Wir dürfen nicht auf einem rein juristischen Standpunkt stehen; denn im Grunde ist unsere gemeinsame Anerkennung der anormalen Verhältnisse in der Partei gleichbedeutend mit der Anerkennung der Tatsache, daß wir zwei kämpfende Lager sind, das Zentralorgan und das Zentralkomitee. (Plechanow: „Hier ist keine Sitzung der Redaktion, sondern eine Sitzung des Rates.") Richtig, und ich vergesse das nicht. Vom juristischen Standpunkt aus können wir nicht von einer proportionalen Vertretung in den zentralen Körperschaften sprechen. Aber auch vom politischen Standpunkt aus ist es unzweckmäßig, mit diesem Gedanken zu operieren, denn wir müssen sonst den Wunsch des einen Lagers in Betracht ziehen, ohne den Wunsch des andern angehört zu haben. Unter uns ist kein Dritter, der unseren Streit schlichten könnte. Indessen könnte nur die Meinung dieses Dritten sowohl politisches als auch moralisches Gewicht haben. Die Spaltung ist tatsächlich vorhanden, und wir stehen am Vorabend der formellen Spaltung, wenn die Minderheit fortfahren wird, ihre Umwandlung in die Mehrheit skrupellos mit allen Mitteln anzustreben.

6

REDEN ÜBER DIE MASSNAHMEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES FRIEDENS IN DER PARTEI 16. (29.) JANUAR

VI

Ich halte es für notwendig, hauptsächlich auf die ausführlichen Einwände zu erwidern, die Genosse Martow gegen mich vorgebracht hat. Um aber auch die Einwände des Gen. Plechanow nicht unbeantwortet zu lassen, werde ich zunächst diese kurz streifen. Mir schien es, als stünde er prinzipiell auf dem Standpunkt der proportionalen Vertretung . . . (Plechanow: „Nein!") Vielleicht habe ich ihn mißverstanden, aber es schien mir so. Bei uns in der Parteiorganisation ist das Prinzip der proportionalen Vertretung nicht üblich, und das einzige Kriterium für die rechtsgültige Zusammensetzung dieser oder jener Körperschaft, deren Mitglieder auf dem Parteitag gewählt worden sind, ist der klar ausgesprochene Wille der Parteitagsmehrheit. Hier aber sagt man, die rechtsgültigen Wahlen auf dem Parteitag hätten eine „rechtliche" Lage geschaffen, die schlimmer sei als eine rechtswidrige. Das stimmt, aber weshalb? Etwa deshalb, weil die Mehrheit unbedeutend war, oder deshalb, weil die Minderheit eine faktische Spaltung herbeigeführt hat? Wenn man sagt, das ZK sei nur mit 24 Stimmen gewählt worden, d. h. mit einem verschwindenden Übergewicht der Mehrheit, und in diesem Umstand läge denn auch die Ursache aller weiteren unangenehmen Komplikationen im Parteileben verborgen, so behaupte ich, daß das nicht stimmt. Was indes die Bemerkung des Gen. Plechanow über mein „formalistisches Denken" betrifft, das mir angeblich nicht erlaubt, in die Wurzel der Dinge einzudringen, so verstehe ich wahrhaftig nicht, was das eigentlich bedeutet? Vielleicht liegt die „Wurzel der Dinge" im Parteitag? In diesem Fall sind wir alle Formalisten; denn versetzen wir uns in Gedanken auf den Parteitag, so müssen

wir von seinen formellen Beschlüssen ausgehen. Liegt die „Wurzel der Dinge" aber außerhalb des Parteitags, wo ist sie dann zu suchen? In der Tat, es ist so gekommen, daß die Lage in der Partei schlimmer als rechtswidrig geworden ist (das sind sehr schwerwiegende Worte), die ganze Frage aber läuft darauf hinaus: Warum ist es so gekommen? Wo liegt die Schuld, beim Parteitag oder bei den Umständen, die nach dem Parteitag eingetreten sind? Leider hat Gen. Plechanow die Frage nicht so gestellt.

Jetzt möchte ich mich den Worten des Gen. Martow zuwenden. Er behauptet, seitens der Minderheit sei der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden und immer vorhanden gewesen. Das stimmt nicht. Während dreier Monate – September, Oktober und November – haben viele Vertreter der Minderheit faktisch bewiesen, daß sie keine Zusammenarbeit wünschen. In solchen Fällen bleibt denjenigen, gegen die sich der Boykott richtet, nur ein Mittel übrig – ihre Zuflucht zu einem Vertrag zu nehmen, zu einem Abkommen mit der „benachteiligten" Opposition, die ihre Mitarbeit verweigert und die Partei zur Spaltung führt, denn schon allein diese Tatsache, die Verweigerung der Zusammenarbeit, ist nichts anderes als Spaltung. Wenn Leute offen erklären: Wir wollen mit euch nicht zusammenarbeiten, so beweisen sie in Wirklichkeit eben dadurch, daß die „einheitliche Organisation" eine bloße Fiktion ist, daß sie im Grunde genommen schon zerstört ist, und bringen auf diese Weise wenn auch kein überzeugendes, so doch fürwahr ein *vernichtendes* Argument vor... Ich gehe zum zweiten Einwand des Gen. Martow über, der den Austritt des Gen. Ru[46] aus dem Rat betrifft. Diese Frage zerfällt in zwei Einzelfragen. Erstens, war die Ernennung des Gen. Ru zum Mitglied des Rates als Vertreter der Redaktion rechtsgültig, obwohl Ru nicht Mitglied der Redaktion war? Ich meine, daß sie rechtsgültig war. (Martow: „Natürlich war sie rechtsgültig!") Ich bitte, Martows Bemerkung ins Protokoll aufzunehmen. Zweitens, können Mitglieder des Rates auf Wunsch der Körperschaften, die sie entsandt haben, abberufen werden? Das ist eine komplizierte Frage, die man so und so beantworten kann. Ich mache jedenfalls darauf aufmerksam, daß Plechanow, der seit dem 1. November das einzige Mitglied der Redaktion geblieben war, Ru von seinem Posten als Mitglied des Rates bis zum 26. November, als Martow und Co. kooptiert wurden, *nicht abberufen* hat. Ru ging von selber, um nachzugeben, ohne sich auf einen Streit um seine Person einzulassen. (Plechanow: „Mir scheint,

daß ein Streit um Gen. Ru jetzt fehl am Platze ist. Diese Frage steht nicht auf unserer Tagesordnung, und ich weiß nicht, weshalb wir kostbare Zeit vergeuden sollen, um über diese augenblicklich für uns nebensächliche Frage zu diskutieren.") Ich muß bemerken, daß Gen. Martow in der vorigen Sitzung darum ersucht hat, die von ihm zu dieser Frage abgegebene Erklärung ins Protokoll einzutragen – eine Erklärung, mit der ich absolut nicht einverstanden bin –, und wenn man der anderen Seite nicht gestattet, ihre Meinung zu derselben Frage zu äußern, wird diese dadurch hier im Rat in ein falsches, einseitiges Licht gerückt. (Plechanow: „Ich verweise darauf, daß diese Frage nicht auf der Tagesordnung steht und keine direkte Beziehung zum Hauptthema unserer Beratung hat.")

Lenin protestiert gegen eine solche Formulierung und appelliert an den Rat, die Frage zu entscheiden, ob er (Lenin) das Recht habe, Martow zu entgegnen und eine Tatsache, die hier so verschieden ausgelegt werde, von sich aus zu beleuchten. (Plechanow weist aufs neue darauf hin, daß die Debatte über Ru im gegebenen Fall fehl am Platze sei.)

Lenin besteht auf seinem Recht, sich an den Rat zu wenden, damit dieser ihm erlaube, über ein Problem zu sprechen, das im Rat schon aufgeworfen worden sei und Debatten ausgelöst habe. (Martow: „Da von Gen. Lenin die sehr wichtige Frage angeschnitten wurde, ob die im Rat vertretenen Kollegien das Recht haben, ihre Delegierten abzuberufen, erkläre ich, daß ich einen besonderen Antrag einbringen werde, der diese Frage ein für allemal entscheiden soll. Vielleicht wird diese Erklärung Gen. Lenin zufriedenstellen und ihn veranlassen, die Frage Ru in der jetzigen Debatte fallenzulassen.")

Gen. Martow widerlegt nicht, sondern bestätigt im Gegenteil, daß meine Absicht, gerade jetzt den Austritt des Gen. Ru aus dem Rat ins rechte Licht zu rücken, wohl begründet ist. Ich konstatiere, daß meine Erklärungen zu dieser Frage lediglich die Antwort auf die entsprechenden Bemerkungen des Gen. Martow waren. (Plechanow verweist Martow und Lenin darauf, daß die Frage Ru jetzt nicht zur Debatte stehe, da sie nicht zu dem Fragenkomplex gehöre, auf den die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Rates in dieser Sitzung konzentriert werden solle.) Ich protestiere gegen die Bemerkung des Gen. Plechanow, daß es unangebracht sei, hier die Frage des Gen. Ru zu erörtern, denn Gen. Ru vertrat den Standpunkt, daß Mitglieder des Rates unabsetzbar sind, und sein Austritt aus dem Rat

ist daher als ein Zugeständnis seinerseits an die Opposition im Interesse eines gütlichen Friedens in der Partei zu werten. (Plechanow: „Da der Rat gegen einen Meinungsaustausch über die Frage des Gen. Ru nichts einzuwenden hat, schlage ich Lenin vor, darüber weiterzusprechen.") Ich habe bereits geendet. (Plechanow: „Wenn Sie geendet haben, dann schlage ich dem Rat vor, zur Erörterung der gestern von Gen. Lenin und mir eingebrachten Resolutionen überzugehen.")

Ich stimme mit Gen. Martow darin überein, daß die Resolutionen des Rates nicht juristische, sondern moralische Bedeutung haben würden. Gen. Plechanow äußerte sich, es sei wünschenswert, daß ich in die Redaktion eintrete. (Plechanow: „Das habe ich nicht gesagt.") Wenigstens habe ich Ihre Worte genau wie folgt notiert: „Am besten wäre es, wenn Lenin in die Redaktion eintreten und das ZK drei Leute kooptieren würde." (Plechanow: „Ja, ich habe gesagt, daß zur Befriedung der Partei der Eintritt des Gen. Lenin in die Redaktion und die Kooptation von Vertretern der Minderheit in das Zentralkomitee unter bestimmten Bedingungen zulässig wären.")

In Beantwortung der mir hier gestellten Frage, welche Veränderung in der Zusammensetzung der Redaktion des ZO denn wünschenswert sei, könnte ich mich leicht auf die Meinung der „Mehrheit" berufen, die sich für den Austritt der Genossen Axelrod, Sassulitsch und Starower aus der Redaktion ausgesprochen hat. Ferner muß ich sagen, daß es in der Tätigkeit des ZK keinen einzigen Fall gegeben hat, in dem jemand von der Parteiarbeit entfernt worden wäre. Ebenso kann ich nicht umhin, gegen die Erklärung des Gen. Martow zu protestieren, daß das ZK zu einem Instrument des Krieges des einen Lagers gegen das andere geworden sei. Das Zentralkomitee ist als ein Instrument zur Erfüllung von Parteifunktionen eingesetzt worden und nicht als ein Instrument des „Krieges des einen Lagers gegen das andere". Eine solche Behauptung des Gen. Martow widerspricht völlig den Tatsachen. Niemand wird eine einzige Tatsache anführen können, die bewiese, daß das ZK einen „Krieg" gegen die Minderheit angefangen und geführt hat. Dagegen hat die Minderheit, als sie den Boykott erklärte, einen Krieg geführt, der einen unvermeidlichen Widerstand hervorrief. Sodann protestiere ich auch gegen die Behauptung, daß angeblich das gegenüber dem ZK bestehende Mißtrauen das ZK mehr stört, als das Mißtrauen gegenüber dem ZO die friedliche

positive Arbeit stört. Zu der Behauptung, daß sich das Zentrum des Wirrwarrs angeblich nicht im Ausland, sondern in Rußland befindet, auf die sich Gen. Martow versteift, muß ich bemerken, daß die Parteidokumente das Gegenteil zeigen werden. Unter Berufung auf das Dokument vom 25. November sagte Gen. Martow, das ZK habe im Prinzip selbst den einseitigen Charakter seiner Zusammensetzung erkannt, als es sich mit der Kooptation von zwei Vertretern der Minderheit einverstanden erklärte. Ich protestiere gegen eine solche Auslegung dieses Dokuments, denn ich habe an seiner Ausarbeitung selbst teilgenommen. Die Akte des ZK hatte eine ganz andere Bedeutung. Nicht deshalb entschied sich das ZK für die Kooptation der zwei, weil es die Einseitigkeit seiner Zusammensetzung erkannt hätte, sondern deshalb, weil wir die völlige faktische Spaltung in der Partei gesehen haben. Ob wir von der Sachlage eine richtige oder falsche Vorstellung hatten, das ist eine andere Frage... Zu uns gelangten damals Gerüchte, daß die Herausgabe eines neuen Organs vorbereitet wird... (Plechanow: „Wenn wir uns auf Gerüchte berufen, dann werden wir zu nichts kommen." Axelrod: „Und ich habe gehört, daß jetzt die Herausgabe eines neuen Organs vorbereitet wird...") Ich wende mich an den Rat: Da das Schreiben des ZK[47] von Gen. Martow in einem bestimmten Sinn ausgelegt worden ist, bin ich genötigt, ebenfalls meine Auslegung vorzubringen... Ich verstehe nicht, warum meine Bemerkung hier eine solche Aufregung hervorgerufen hat. (Plechanow: „Es geht nicht um die Aufregung, sondern darum, daß es hier unangebracht ist, sich auf Gerüchte zu berufen.") Man kann sagen, meine Motive seien grundlos. Möglich! Aber jedenfalls konstatiere ich, daß diese Motive genau den Charakter hatten, den ich soeben erläutert habe.

Ich spreche weiter zur Sache: Gen. Martow verdächtigte die Motive des ZK, das sich mit der Kooptation von zweien einverstanden erklärt hatte. Ich konstatiere jedoch, daß das ZK von der Meinung ausging, daß die Partei faktisch bereits gespalten ist und daß wir vor der vollständigen formellen Spaltung stehen, im Sinne eines gesonderten Verlags für das Zentralorgan, eines gesonderten Literaturtransports und einer gesonderten Organisation in Rußland. Jetzt spreche ich zur Geschäftsordnung: Gen. Martow machte eine Bemerkung zur Sache und nicht zur Geschäftsordnung. Und ich richte an den Rat die Frage: War in diesem Fall die Handlungsweise des Vorsitzenden richtig?

VII

Gen. Martow erklärte, ich hätte, statt friedlich und ruhig die allgemeine Frage zu erörtern, durch welche Maßnahmen der Frieden in der Partei wiederhergestellt werden könne, von Anfang an mit einer Polemik begonnen. Ich bin damit nicht einverstanden, denn *begonnen* hat mit der Polemik kein anderer als Gen. Martow selbst. In dem Entwurf meiner Resolution ist nichts Polemisches. Nicht umsonst hat Gen. Axelrod diese Resolution als einen „Hirtenbrief" bezeichnet. Und bekanntlich enthalten Hirtenbriefe keine Polemik. Tatsächlich war in meinem Entwurf nur davon die Rede, in welchen Grenzen der innerparteiliche Kampf geführt werden soll, welche Formen eines solchen Kampfes man für zulässig halten kann und welche als unzulässig, ja sogar als eine Gefahr nicht nur für den normalen Gang des Parteilebens, sondern auch für die Existenz der Partei selbst bezeichnet werden müssen. Dabei war ich redlich bemüht, eine Fragestellung zu umgehen, die uns zu einer neuen unfruchtbaren Polemik hätte führen können – ich bemühte mich in meinem Vorschlag, nicht von der Einschätzung jener Kampfmethoden auszugehen, durch welche der fast halbjährige Krieg zwischen den beiden Teilen der Partei schon zur Genüge gekennzeichnet ist. Gen. Martow dagegen wollte nicht auf diesem Boden bleiben und brach eine Polemik vom Zaun. Ich bin aber dennoch bereit, wenn es gewünscht wird, später zu dem zurückzukehren, womit ich begonnen habe. Jetzt aber möchte ich auf folgendes hinweisen. Gen. Martow berief sich darauf, daß Trawinski die Kooptation der alten Redaktionsmitglieder in die Redaktion begrüßt habe. Ich halte es für notwendig, hier zu unterstreichen, daß private Gespräche oder Verhandlungen ohne Bedeutung sind. Alle offiziellen Verhandlungen wurden von Trawinski schriftlich geführt. Seine persönlichen Erklärungen aber sind von Gen. Martow anscheinend falsch verstanden worden. Ich kann das zu einer *anderen Zeit* beweisen, falls es sich als notwendig herausstellen sollte.

Ferner hat sich Gen. Martow dahin geäußert, daß es in der Tätigkeit des ZK vielerlei Mängel gebe; damit betritt Gen. Martow wiederum das Gebiet der Polemik. Mag sein, daß es in der Tätigkeit des ZK Mängel gibt, aber die Kritik an dieser Tätigkeit seitens eines Vertreters des ZO ist eben weiter nichts als Polemik. Ich meinerseits finde beispielsweise, daß die Tätigkeit des ZO vom geraden Wege abgewichen ist, aber ich habe

hier trotzdem nicht mit einer Kritik an der Richtung begonnen, in der sich die Tätigkeit des ZO bewegt hat, sondern mit der Erklärung, daß zwischen dem ZK und dem ZO *beiderseitige* Unzufriedenheit herrscht. Weiter protestiere ich gegen die Behauptung, daß meine Resolution, falls der Rat sie annähme, diesen zu einem „Instrument des Krieges" machen würde. In meinem Aufruf ist nur davon die Rede, welche Formen des Kampfes zulässig und welche unzulässig sind... Was hat das mit einem „Instrument des Krieges" zu tun? Gen. Axelrod sagte, ich hätte „gut angefangen, aber schlecht aufgehört", und warf mir vor, ich hätte meine ganze Aufmerksamkeit darauf verwandt, das Vorhandensein einer Spaltung in der Partei zu beweisen. Aber wir haben doch schon gestern damit begonnen, daß wir die Spaltung konstatierten... Sodann zitierte Gen. Martow zur Bestätigung, daß sich das Zentrum des Wirrwarrs nicht im Ausland befinde, den Brief des Gen. Wassiljew vom 12. Dezember, in dem es heißt, daß in Rußland die reine Hölle los sei.[48] Dazu möchte ich bemerken, daß auch schwächere Gruppen eine „Hölle schaffen" können, denn gerade kleinliches und nichtiges Gezänk legt der Arbeit am häufigsten und am ehesten große Hindernisse in den Weg. Ich habe bereits meinen Brief vom 13. September an einen der ehemaligen Redakteure erwähnt. Diesen Brief werde ich in der Presse veröffentlichen.[49] Gen. Plechanow meint, das Wort „Sumpf" sei beleidigend. Ich erinnere daran, daß sowohl in der deutschen sozialistischen Literatur als auch auf den Parteitagen der deutschen Partei der Terminus versumpft* mitunter Spott, niemals aber Gejammer auslöst, daß man beleidigt sei. Weder ich noch Gen. Wassiljew dachten daran, durch den Gebrauch dieses Wortes jemanden zu beleidigen. Spricht man von zwei Lagern mit einer bestimmten Richtung, so charakterisiert man die Unentschlossenen und zwischen den beiden Richtungen Schwankenden mit dem Terminus „Sumpf", man könnte statt dessen ebensogut „goldene Mitte" sagen.

Das ZK als exzentrisch zu bezeichnen, ist vielleicht witzig, führt aber ebenfalls zur Polemik. Im gleichen Sinne könnte ich mich ja auch über das Zentralorgan äußern. Man macht mich aufmerksam, daß mein „Aufruf" ein homöopathisches Mittel gegen ein allopathisches Übel sei. Ich bestreite gar nicht, daß das von mir vorgeschlagene Mittel nur ein Palliativ ist, aber allopathische Mittel können wir *hier* eben nicht ausfindig machen. Wenn

* „versumpft" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Sie schon die Rede auf die Notwendigkeit bringen, gegen das bestehende Übel „allopathische", radikale Mittel anzuwenden, dann gehen Sie bitte auch bis zum konsequenten Ende. Es gibt ein solches Mittel, und dieses einzige Radikalmittel ist nichts anderes als ein *Parteitag*. Schon fünf Monate versuchen wir vergeblich, uns zu verständigen („das ist nicht wahr!")... doch, das ist wahr, und ich werde Ihnen das an Hand von Dokumenten beweisen... Wir haben seit dem 15. September versucht, uns zu verständigen, und uns bis heute noch nicht verständigt. Ist es in einem solchen Fall nicht besser, sich an jenes Kollegium zu wenden, von dem gestern auch Gen. Martow gesprochen hat? Dieses Kollegium kann aber nur eine Tagung von Parteifunktionären sein. Denn der Parteitag ist eben jenes Kollegium, das die Frage des „Dirigentenstabes" entscheidet. Auf dem Parteitag sind wir da, um uns unter anderem auch um den „Dirigentenstab" zu „raufen" (natürlich nicht im ordinären Sinne des Wortes). Dort wird gekämpft mittels Stimmzetteln, mittels persönlichem Kontakt unter den Genossen usw., dort ist auch ein Kampf um die Zusammensetzung der Zentralstellen zulässig, außerhalb des Parteitags aber sollte er in unserem Parteileben keinen Raum haben.

Wenn also mein „Hirtenbrief" ein Palliativ ist, dann gibt es, falls Sie das Übel nicht zu einem chronischen machen wollen, kein anderes, kein radikaleres Mittel als einzig und allein den Parteitag. Gen. Axelrod wies darauf hin, daß in Westeuropa die Vertreter der zentralen Körperschaften mit der Opposition gegen ihre Politik selbst in den abgelegensten Winkeln der Partei rechnen und durch Verhandlungen mit ihr versuchen, entstandene Konflikte beizulegen... Dasselbe tut aber auch unser Zentralkomitee. Das Zentralkomitee hat zu diesem Zweck zwei seiner Mitglieder ins Ausland[50] geschickt, das ZK hat sich *dutzende*mal mit verschiedenen Vertretern der Opposition getroffen und ihnen die Absurdität ihrer Argumente, die Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen usw. usf. klarzumachen versucht. Es sei bemerkt, daß dies einen unstatthaften Verlust an Kraft, Geld und Zeit bedeutet, und in diesem Sinne tragen wir wirklich vor der Geschichte die Verantwortung.

Ich komme wieder auf die praktischen Vorschläge zurück und wiederhole, daß Sie nur ein einziges Radikalmittel haben, diese traurige Periode der Polemik zu liquidieren, nämlich den Parteitag. Meine Resolution war darauf berechnet, dem innerparteilichen Kampf normalere Schranken zu

ziehen... Man sagt, der Splitter bleibe trotzdem stecken, die Krankheit sitze tiefer... In diesem Fall kann man nur durch die Einberufung eines Parteitags den ganzen Splitter herausziehen.

VIII

Es ist lächerlich, eine Forderung, die auf Bestimmtheit und Genauigkeit hinausläuft, als beleidigend zu bezeichnen. Wir haben dutzendemal gesehen (und besonders auf der Konferenz der Auslandsliga), zu welcher Unmenge von Mißverständnissen und sogar von Skandalen die falsche Wiedergabe von Privatgesprächen führt. Es wäre befremdlich, diese Tatsache abstreiten zu wollen. Ich erkläre, daß die Privatgespräche des Gen. Trawinski sowohl vom Vertreter des ZO als auch zum Teil von Gen. Plechanow falsch verstanden worden sind. Hören Sie, was mir Gen. Trawinski in einem Brief vom 18. Dezember unter anderem schreibt: „Soeben traf die Nachricht ein, daß die Redaktion einen offiziellen Brief *unschöner*" (ich mildere den kräftigeren Ausdruck) „Art an die Komitees verschickt hat. Darin geht die Redaktion zum direkten Angriff auf das ZK über und droht, sie könne auch jetzt mittels des Rates durchsetzen, daß kooptiert werde, wer ihr paßt, sie wolle jedoch noch nicht zu solchen Maßnahmen greifen und wende sich an die Komitees, um auf die Vetternwirtschaft und Arbeitsunfähigkeit des ZK, auf die Rechtswidrigkeit der Kooptation Lenins hinzuweisen... Eine Masse von persönlichen Ausfällen. Kurzum, ein empörender und..." (ich lasse wiederum einen allzu scharfen Ausdruck weg) „Bruch aller mir gegebenen Versprechen. Ich bin aufs äußerste empört. Hat sich wirklich Plechanow daran beteiligt? Das Jekaterinoslawer Komitee ist über diesen Brief tief entrüstet und hat eine sehr scharfe Antwort geschickt... Die Minderheit zerreißt jetzt ohne Sinn und Verstand alle Fäden, die uns verbinden. Der an die Komitees verschickte Brief ist meines Erachtens der letzte Tropfen und eine offene Herausforderung. Was mich persönlich betrifft, so finde ich, daß Lenin das volle Recht hat, seinen Brief außerhalb der ‚Iskra' zu veröffentlichen. Ich denke, auch die anderen Genossen werden nichts dagegen haben."

Das sind die Umstände, die beweisen, daß man sich über die Meinung des Gen. Trawinski eine falsche Vorstellung gebildet hat. Gen. Trawinski

konnte eine Kooptation *ins Auge fassen*, weil er auf die Herstellung eines gütlichen Friedens hoffte, seine Hoffnungen erwiesen sich jedoch als völlig ungerechtfertigt.

Es zeigte sich, daß die Redaktion Martows und seiner Genossen, statt Frieden zu schließen, einen Krieg gegen die Mehrheit begann. Trawinski aber hoffte auf den Frieden und konnte darauf hoffen.

Es zeigte sich, daß Plechanows Versuche, die „anarchistischen Individualisten" zurückzuhalten, (trotz seiner Anstrengungen) nicht von Erfolg gekrönt waren. So kam es, daß die Hoffnungen, die sowohl ich als auch Trawinski gehegt hatten, die Hoffnungen darauf, daß es Plechanow gelingen werde, die neue Redaktion von einem Krieg gegen die Mehrheit zurückzuhalten, daß diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen. Das beweist nur, daß nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gehen. Auch ich trat aus der Redaktion aus, weil ich hoffte, das würde zum Frieden beitragen, aber auch meine Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Die Tatsache, daß private Verhandlungen stattgefunden haben, bestreitet niemand, nur muß man zwischen den Äußerungen der Hoffnung, der Erwartung einzelner Personen und den Beschlüssen ganzer Kollegien unterscheiden. Es liegt nichts Beleidigendes für die Mitglieder des Rates in meiner Bemerkung, daß es hier fehl am Platze sei, aus privaten Verhandlungen Schlüsse zu ziehen. Ich bestreite entschieden, daß Gen. Trawinski eine Kooptation ins Zentralkomitee kategorisch versprochen hat. Zweifellos fuhr er mit der Hoffnung auf Frieden weg und konnte als Ergebnis dieses Friedens eine Kooptation ins Auge fassen, sie jedoch nicht kategorisch versprechen.

Gegen meinen Aufruf bringt Gen. Martow das Argument vor, er enthalte Angriffe nur des einen Lagers. Mitnichten! Ich kann ja eine Zusatzresolution einbringen und die Ausdrücke ändern, die Gen. Martow nicht behagen, aber seine Behauptung, daß meine Resolution einseitig sei, ist glatter Nonsens. Früher hat man von meiner Resolution gesagt, sie erinnere an einen Hirtenbrief, sie sei voller Truismen usw., niemand aber schrieb ihr die Tendenz zu, neue Wunden zu schlagen. Gen. Martow wirft mir vor, daß ich einer direkten Antwort auf die von Gen. Plechanow gestellte Frage, ob das ZK Vertreter der „Minderheit" kooptieren wolle oder nicht, ausgewichen sei. Wie konnten wir Ihnen auf die gestellte Frage eine Antwort geben, wenn wir nicht wissen, wie alle übrigen der 9 Mit-

glieder des Zentralkomitees jetzt zu dieser Frage stehen. (Plechanow: „Sie haben Gen. Martow falsch verstanden.") Zu sagen, daß ich vorsätzlich ausweiche, ist lächerlich. Ich konnte ja die Antwort gar nicht geben, wegen deren Ausbleiben man mir vorwirft, ich wiche aus. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Unzufriedenheit mit der Zusammensetzung der zentralen Körperschaften beiderseitig ist. Man muß doch auch mit der Meinung der anderen Genossen rechnen. Man sagt mir: Es ist nötig, sich zu verständigen; dabei versuchen wir schon fünf Monate lang, uns zu verständigen. Deshalb ist die Annahme des Gen. Martow, daß das ZK durch die Beantragung eines Parteitags seine eigene Haltlosigkeit und Ohnmacht dokumentiere, einfach lächerlich. Sind denn seitens des ZK nicht schon alle möglichen Versuche gemacht worden, den Konflikt mit Hausmitteln beizulegen? „Das Zentralkomitee offenbart seine Unfähigkeit..." Die Unfähigkeit wozu? zum Kampf? zur Herstellung des Friedens in der Partei? O ja! Mein Vorschlag, der hier in Grund und Boden kritisiert wurde, führte das deutlich genug vor Augen. Ihre Resolution zeugt davon, daß Sie dem Gegner sozusagen Terrain entreißen wollen, eine solche Forderung führt jedoch zu Gegenforderungen, und ich stelle die Frage sogar so: Hat das ZK das Recht, auf dieser Basis neue Verhandlungen aufzunehmen? Es gibt doch Komitees, die das ZK wegen der Zugeständnisse an die Auslandsliga *getadelt* haben.[51] Was Sie wollen, das ist, daß wir mit der Minderheit rechnen, *ohne* mit der Mehrheit *zu rechnen*. Das ist ergötzlich. Ein Ausweichen vor dem Parteitag sähe aber unter solchen Bedingungen fast wie Angst vor dem Parteitag aus. Deshalb geben wir unsere Ohnmacht zu, aber nicht in dem Sinne, wie Gen. Martow das auffaßt. Das Zentralkomitee ist wirklich außerstande, die Zwistigkeiten in der Partei zu schlichten, und eben deshalb wenden wir uns an den Rat mit dem Vorschlag, einen Parteitag einzuberufen. Weiter wird die rein juristische Frage, ob der Rat befugt ist, einen Parteitag einzuberufen, von Gen. Martow absolut falsch ausgelegt. Im Statut heißt es: „Der Parteitag wird (nach Möglichkeit nicht seltener als einmal in zwei Jahren) vom Rat der Partei einberufen." Der Rat ist demnach *befugt, jederzeit* einen Parteitag einzuberufen. *Verpflichtet* ist der Rat nur in einem bestimmten Fall, einen Parteitag einzuberufen. (Martow: „Aus dem Statut ergibt sich klar, daß der Rat verpflichtet ist, einen Parteitag einzuberufen, wenn dies von einer bestimmten Anzahl vollberechtigter Organisationen gefor-

dert wird oder wenn seit dem vorangegangenen Parteitag zwei Jahre verstrichen sind. Der Rat kann also keinen Parteitag einberufen, bevor die Zweijahresfrist abgelaufen ist und bevor sich eine bestimmte Anzahl von Organisationen für die Notwendigkeit eines Parteitags ausgesprochen hat." Plechanow: „Ich halte es augenblicklich nicht für zweckmäßig, hier die Bedingungen für die Einberufung eines Parteitags zu erörtern, da dies eine Frage ist, die mit den vor uns stehenden Aufgaben nichts zu tun hat.")

Gen. Martow hat diese Frage angeschnitten, und wir haben nicht beschlossen, sie von der Tagesordnung abzusetzen. Martow sagt, der Rat könne einen Parteitag nicht einberufen, ich aber sage, daß er es kann. Der Parteitag wird vom Rat der Partei ohne jede Rückfrage nach Belieben einberufen – nach Möglichkeit nicht seltener als einmal in zwei Jahren. Gen. Martow sagt, die Einberufung eines Parteitags sei die ultima ratio. Jawohl, und durch die Fruchtlosigkeit unserer Diskussionen wird das jetzt bestätigt.

Ich erinnere daran, daß Gen. Martow selbst im Prinzip anerkannt hat, daß ein Kollegium aus Personen, die an unserem Zwist unbeteiligt waren, bei der Friedensstiftung in der Partei Nutzen bringen könne. Und da unsere eigenen Versöhnungsversuche zu keinen Ergebnissen geführt haben, da wir sogar in unseren Publikationen kaum auf dem Boden der in einer Polemik zulässigen Formen bleiben, behaupte ich, daß nur Genossen von außen das entscheidende Wort sagen können. Wir, die Vertreter des ZK, übernehmen für weitere Versuche, in der Partei Frieden zu stiften, keine Verantwortung, und wir sehen kein anderes redliches Mittel, mit unserm Zwist Schluß zu machen, als die Appellation an den Parteitag. Ich gehe nun über zur Bemerkung des Gen. Plechanow über das Wort „Sumpf". (Plechanow: „Ich antwortete auf die Frage des Gen. Wassiljew, der diesen Terminus auf einen bestimmten Teil der Partei angewandt hat; ich wiederhole, daß ich als Vorsitzender solche Ausdrücke im Rat der Partei nicht dulden kann.") Man wirft mir hier vor, daß ich nichts sage über die anormale und einseitige Zusammensetzung des ZK; ich konstatiere jedoch die Tatsache, daß in der Partei zwei Lager bestehen, die mit unzulässigen Mitteln kämpfen. Wir haben einen Boden betreten, auf dem keine positive Arbeit mehr möglich ist.

IX

Bevor ich zur Sache spreche, möchte ich noch nebenbei bemerken, daß das Wort Sumpf* niemals für jemanden beleidigend ist.

Nun zu den Unterredungen mit Trawinski. Aus meinen Worten wurde hier die Schlußfolgerung gezogen, daß ich angeblich die Tatsache von Verhandlungen mit Trawinski bestreite. Nichts dergleichen! Ich habe nicht die Tatsache der Verhandlungen bestritten, sondern lediglich den Unterschied zwischen der Bedeutung festgestellt, die private Verhandlungen haben können, und jener, die offiziellen zukommt. Ich habe hier einen *Brief* von Trawinski selbst angeführt, um zu beweisen, daß Gen. Trawinski, wenn er die Sache früher so betrachtete, wie Gen. Plechanow es tut, seine Ansicht später geändert hat. Infolgedessen würde ich es für völlig unangebracht halten, die Frage zu stellen, wem Frankreich glauben wird. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, an „Frankreich" zu appellieren.

Gen. Plechanow bemerkte, daß mein friedfertiger „Aufruf" anscheinend nicht einmal auf mich selbst gewirkt habe. Ich wiederhole, daß ich in meinem „Aufruf" nur meinen Wunsch zum Ausdruck brachte, von bestimmten Kampfmethoden Abstand zu nehmen. Ich rufe zum Frieden auf. Man antwortet mir mit einem *Angriff* auf das ZK und wundert sich dann, daß ich *daraufhin* das Zentralorgan angreife. *Nachdem* der Angriff auf das ZK erfolgt ist, wirft man mir mangelnde Friedfertigkeit vor, weil ich auf diesen Angriff antworte! Es genügt, alle Diskussionen bei uns im Rat zu verfolgen, um zu sehen, wer als erster den Frieden auf der Grundlage des Status quo** angeboten und wer den Krieg gegen das Zentralkomitee fortgesetzt hat. Man sagt mir, Lenin habe weiter nichts getan, als an die Adresse der Opposition unaufhörlich wiederholt: „Gehorche ohne Widerrede!"... Das stimmt nicht ganz. Unser ganzer Briefwechsel vom September und Oktober beweist das Gegenteil. Ich erinnere nur daran, daß ich (zusammen mit Plechanow) Anfang Oktober bereit war, zwei Leute in die Redaktion zu kooptieren. Was schließlich das Ultimatum betrifft, an dem ich selbst beteiligt war, so habe ich Ihnen damals zwei Plätze im Zentralkomitee zugestanden. Danach folgte meinerseits ein neues Zugeständnis in Form meines Austritts aus der Redaktion –

* „Sumpf" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** bisherigen Zustands. *Die Red.*

eines Austritts mit dem Ziel, den Eintritt anderer nicht zu behindern. Daraus ergibt sich, daß ich nicht nur sagte: „Gehorche ohne Widerrede", sondern auch Zugeständnisse machte. Ich gehe nun zum Kern der Sache über. Das Verhalten gegenüber meiner Resolution erscheint mir sehr merkwürdig. In der Tat, beschuldigt sie denn jemanden oder hat sie den Charakter eines Angriffs gegen jemanden? Es wird in ihr nur davon gesprochen, ob eine bestimmte Art des Kampfes zulässig ist oder nicht. Der Kampf selbst ist eine Tatsache, und die ganze Frage läuft nur darauf hinaus, die zulässigen Formen dieses Kampfes von den unzulässigen abzusondern. Ich stelle also die Frage: Ist dieser Gedanke annehmbar oder nicht? Somit sind die Ausdrücke „Instrument des Kampfes", „Angriff auf die Minderheit" u. ä. m. in bezug auf meine Resolution völlig unangebracht. Vielleicht ist ihre Form unglücklich – darüber würde ich nicht besonders streiten und mich bereit erklären, sie redaktionell zu ändern, aber ihr wesentlicher Inhalt, der darauf hinausläuft, von den innerhalb der Partei kämpfenden Lagern zu fordern, daß sie diesen Kampf führen, ohne bestimmte erlaubte Grenzen zu überschreiten, dieser wesentliche Inhalt kann nicht in Abrede gestellt werden. Das Verhalten, auf das die Resolution hier gestoßen ist, scheint mir einseitig zu sein, denn eines der beteiligten Lager lehnt sie ab, weil es in ihr eine Gefahr für sich sieht. (Plechanow: „Ich erinnere daran, daß ich hier schon einige Male gesagt habe, daß es im Rat keine zwei Lager gibt.") Ich möchte bemerken, daß ich von den *zwei Lagern* spreche, die faktisch existieren, und nicht von einer juristischen Teilung des Rates in zwei Teile. Zu der Resolution des Gen. Plechanow, über die hier im Grunde nichts gesagt worden ist, haben die Vertreter der Redaktion nichts hinzugefügt. Dabei habe ich die ganze Zeit darauf gewartet, daß der einseitige Charakter dieser Resolution geändert werde.

7

REDEN ÜBER DIE EINBERUFUNG DES III. PARTEITAGS 17. (30.) JANUAR

I

Hinsichtlich der Einberufung des Parteitags wäre einiges hinzuzufügen. Die furchtbar schwierige Lage der Partei wird auch durch den Verlauf der Debatten im Rat illustriert. Es wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß sich auf dem Parteitag zwei fast gleiche Hälften bildeten, so daß sich durch das Ausscheiden eines Genossen aus der „Mehrheit" völlige Gleichheit ergab. Ich sehe nicht, wie diese Gleichheit ohne einen Parteitag zum Frieden führen könnte. Niemand zweifelt daran, daß die mißlichen Zustände zu himmelschreienden Abnormitäten führen. Daß sich *beide Lager* in Kampfstimmung befinden, ist als feststehende Tatsache zu betrachten. Geht man von alledem aus, so kann man sich keinen anderen ehrlichen und richtigen Ausweg denken als die Einberufung eines Parteitags. Gen. Martow hat auf die technischen, finanziellen u. ä. Schwierigkeiten hingewiesen, die der Verwirklichung meines Antrags, einen Parteitag einzuberufen, im Wege stehen; die gegenwärtige Sachlage ist jedoch viel schlimmer als alle diese Schwierigkeiten.

II

Ich kann mich mit Martow nicht einverstanden erklären; er hat die Aufgaben des Parteitags falsch dargestellt. Er sagt, es seien sich noch nicht alle Genossen über die Meinungsverschiedenheiten klargeworden und die Einberufung eines Parteitags würde den Prozeß der Abgrenzung aufhalten und uns hindern, den organisatorischen Konflikt in der Literatur zu beleuchten. Mir scheint, daß es gerade für eine ungehinderte Klärung der *prinzipiellen* Meinungsverschiedenheiten notwendig ist, die Krise zu

beseitigen und die Atmosphäre vom Gezänk zu reinigen, dazu aber ist es notwendig, einen Parteitag einzuberufen. Nicht dazu ist der III. Parteitag notwendig, daß der Kampf unterbunden wird, sondern dazu, daß man ihn in normale Schranken weist. Es ist eigenartig, auch nur davon zu sprechen, daß ein Parteitag den prinzipiellen Kampf angeblich unterbinden wird. Ich erinnere an die Worte des Vorsitzenden auf dem II. Parteitag, deren Sinn dahin ging, daß sogar unser Programm weiterhin entwickelt und geklärt werden müsse. Aber gerade damit dieser prinzipielle Kampf der Meinungen erfolgreich und fruchtbar wird, sind eben solche Voraussetzungen nötig, wie sie im gegebenen Augenblick fehlen. Ich protestiere gegen die hier angeführten geschichtlichen Parallelen und gegen die Berufung auf das „Rabotscheje Delo". Der Unterschied zwischen der gegenwärtigen Sachlage und der vor drei Jahren besteht darin, daß es damals noch keine einheitliche Partei gab, während sie jetzt schon besteht. Gerade vom Standpunkt derjenigen, die hier von einer abgespaltenen Hälfte sprechen, gerade von ihrem Standpunkt aus darf man nicht gegen einen Parteitag protestieren, der die anormale Situation beseitigen soll, die wir jetzt aus eigener Kraft nicht zu überwinden vermögen. Nur dann wird eine positive Arbeit und eine Klärung der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten möglich sein, wenn der III. Parteitag diese anormale Situation beseitigt und dem Kampf der Meinungen bestimmte Schranken setzt.

III

Gen. Plechanow hat ein „zugkräftiges", aber falsches Argument klar ausgesprochen. Würde der III. Parteitag zur Spaltung führen, so würde das bedeuten, daß man sich der Mehrheit nicht unterordnen, daß man nicht zusammenarbeiten will, d. h., daß wir in Wirklichkeit keine Partei haben. Alle haben zugegeben, daß sich Gen. Trawinski nicht ohne Erfolg bemühte, den Konflikt beizulegen. Solcher Genossen wie Trawinski aber gibt es viele, und der Parteitag wird gerade eine Zusammenkunft und Aussprache solcher Genossen sein. Ein erbitterter Kampf, ein entschlossener Kampf, selbst wenn er voller Exzesse ist, bedeutet noch keine Spaltung. Ist der Wunsch nach Zusammenarbeit wirklich vorhanden, so muß auch der Wunsch vorhanden sein, sich dem Willen der Mehrheit, d. h. dem Parteitag, unterzuordnen.

8

REDEN ÜBER DIE HERAUSGABE DER PARTEILITERATUR 17. (30.) JANUAR

I

Ich beginne mit dem Ende. Gen. Martow hat die Briefe des ZK, insbesondere die über das Geld, falsch verstanden und dargelegt. Er hat außer acht gelassen, daß diese Briefe die Fortsetzung eines Gesprächs sind, das zwischen ihm, Martow, und Trawinski stattgefunden hatte. Über den Inhalt dieses Gesprächs schrieb Martow selbst wie folgt: „Ich erwähnte Gen. Trawinski wie auch Ihnen gegenüber 5000–6000 als das voraussichtliche Minimum dessen, was die Partei *im Jahr* aus den beiden Quellen erhalten kann, die den Mitgliedern der Redaktion zugänglich sind." Ich erkläre, daß Trawinski uns mitteilte, diese Summe würde auf einmal gezahlt und nicht im Laufe des Jahres, so daß hier ein Mißverständnis vorliegt. Tatsache ist, daß wir auf diese 5000 gerechnet und dementsprechend die Mittel auf die russische und die ausländische Kasse verteilt haben.

Gen. Martow sagte, daß uns beide Geldquellen (nebenbei bemerkt, wie falsch die Redaktion (in ihrer Gereiztheit) die Sache darstellt, ist auch daraus ersichtlich, daß Martow in den Briefen an das ZK in Anführungszeichen sogar das Wort „Geldsäcke" gebrauchte, uns aber diesen Ausdruck zum Vorwurf machte. Dabei stammt in Wirklichkeit dieser Ausdruck nicht von uns, sondern von Martow) – Gen. Martow sagte also, daß uns beide Geldquellen bekannt seien. Ja, sie sind uns bekannt, aber wichtig ist nicht, daß sie bekannt, sondern daß sie zugänglich sind. Mir ist bekannt, daß die eine Quelle bis zu 10 000 und die andere bis zu 40 000 jährlich geben könnte, aber das nützt mir nichts, da sie mir *unzugänglich* sind. In der Umwandlung dieser Quellen aus zugänglichen in *unzugängliche* kommt eben jene Vorenthaltung der Geldmittel zum Ausdruck, die eine absolut unzulässige Methode des Parteikampfes ist.

Außerdem sind gerade jetzt, bei den jüngsten Verhaftungen, Leute hochgegangen, die in Rußland Geld erhalten sollten. Hier gibt es kein Geld, aber aus Rußland welches zu erhalten, wird nicht so bald gelingen, und das wird etliche hundert Rubel für die Entsendung von Sonderagenten kosten. Natürlich werden wir, wenn nicht weitere Unglücksfälle eintreten, trotzdem Geld erhalten, aber nicht so bald und wohl kaum in völlig ausreichender Menge.

Es ist absolut unzutreffend, daß in dem Brief des ZK Drohungen enthalten waren. Es waren keinerlei Drohungen enthalten, denn das ZK brachte die ganze Zeit seine Sorge um die Herausgabe des Zentralorgans zum Ausdruck. Über die Treffs wird Gen. Wassiljew berichten. Nach unseren Informationen läßt die Redaktion ihre Agenten Rußland bereisen. Das setzt auch eine besondere Kasse beim ZO voraus, was eine faktische Spaltung der Partei bedeutet. Das widerspricht dem Statut, in dem es heißt, das ZK müsse über alles informiert sein und sowohl die gesamte *Kasse* als auch die gesamte Organisation der praktischen Arbeiten *vollständig* in seinen Händen konzentrieren. Das Zentralorgan verletzt dieses Statut in empörendster Weise, indem es seine eigene Zentralstelle für Reisen und für einen Agentenstab schafft, seine eigene Zentralstelle für die praktische Leitung und die Einmischung in die Angelegenheiten der Komitees. Ein solcher Stab von Agenten, der dem Parteistatut widerspricht, trägt in die Arbeit unmittelbare Desorganisation hinein. Das Zentralkomitee kann für eine geordnete Geschäftsführung nicht die Verantwortung übernehmen und übernimmt sie auch nicht, wenn vom Zentralorgan selbst systematisch Unordnung hineingetragen wird. Hier sind Briefe aus Odessa und Baku, welche die diesbezügliche Sachlage illustrieren. Aus Odessa wird am 24. Dezember geschrieben: „Bei uns war gestern Sagorski[52], der erklärte, daß ihn die Redaktion als ihren Bevollmächtigten mit dem Auftrag geschickt habe, den Komitees Mitteilung zu machen von den letzten Ereignissen, von den Verhandlungen, von der gegenwärtigen Situation in der Redaktion, von der Bitte der Redaktion, ihr Material zu schicken, mitzuarbeiten, Flugblätter zu bestellen oder Themen für allgemeine Flugblätter und auch für Broschüren einzusenden, für deren Herausgabe eine Gruppe zusammengestellt worden sei. Er wiederholte alles Alte und versuchte krampfhaft zu beweisen, daß die Minderheit recht hat, daß sie edelmütig und ‚loyal' ist. Das Komitee hörte ihn an

und stellte einige Fragen; unter anderem fragte es, ob er seine Mission auch mit Wissen des ZK auf sich genommen habe, worauf jener, anstatt klipp und klar mit Ja oder Nein zu antworten, sich zu rechtfertigen und zu beweisen begann, daß die Redaktion das gute Recht habe, sich auch ohne Wissen des Zentralkomitees an die Komitees zu wenden. Er bestand darauf, daß man sofort in seiner Gegenwart das Vorgetragene bespreche und eine Resolution verfasse. Das Komitee erklärte daraufhin, es nehme das Vorgetragene zur Kenntnis, was jedoch die Besprechung und die Resolution angehe, so werde es sich damit erst dann befassen, wenn es das für notwendig halte, jetzt aber wolle es die laufenden Fragen behandeln." [53] Und folgendes wird in dem Brief aus Baku vom 1. Januar geschrieben: „Im Bakuer Komitee erschien Martyn [54] mit einem Bericht des ZO und mit dem unverhohlenen Ziel, gegen das Zentralkomitee Mißtrauen zu säen. Als er sich zum Schluß nach der Meinung des Komitees erkundigte, antwortete man ihm: Wir vertrauen rückhaltlos dem Zentralkomitee. Und als er entgegnete, ihn interessiere es, die Einstellung zum ZO zu erfahren, erklärte man ihm unumwunden, nach dem soeben Gehörten (der Darlegung seiner Mission), sei das Vertrauen zum ZO ‚erschüttert'." [55]

Ebenso ist es nicht statthaft und nicht konspirativ, daß das ZO über die Zusammensetzung des ZK nicht nur die Komitees informiert, sondern auch Privatpersonen (zum Beispiel Drujan, was das ZK in einem Brief an das Zentralorgan gerügt hat). Was die „kriegerischen Beziehungen" betrifft, so ist eben der springende Punkt, daß Gen. Martow hier zwei völlig verschiedene Dinge durcheinanderwirft. In der positiven Arbeit und bei der Beschaffung von Mitteln sind kriegerische Beziehungen (Boykott u. ä.) unbedingt unzulässig und haben seitens des ZK auch niemals bestanden. In der Literatur dagegen ist ein „Krieg" zulässig, und niemals hat jemand die Polemik des Zentralorgans eingeengt. Ich erinnere daran, daß das ZK sogar schon viel früher seine uneingeschränkte Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hat, sowohl Dans Brief über die Losungen der Opposition als auch Martows Broschüre „Noch einmal in der Minderheit" herauszugeben, obwohl beide Schriften Ausfälle gegen das Zentralkomitee enthalten.

Bei der Herausgabe der Literatur des ZO gab es seitens des Zentralkomitees nicht die kleinste Unterbrechung. Es gab keinen einzigen Fall, daß das ZK die Literatur falsch oder voreingenommen verteilt, daß es die

Komitees der Minderheit „benachteiligt" hätte. Im Gegenteil, Trawinski hat bezeugt und bewiesen, daß die Komitees der Minderheit früher als alle anderen reichlich versehen wurden, und Gen. Martow mußte zugeben, daß die Tätigkeit des ZK auf diesem Gebiet makellos ist. Was die Weigerung betrifft, Parteiliteratur auszuhändigen, so verhält sich die Sache folgendermaßen: *Jedes* Parteimitglied ohne Ausnahme (wenn sein konspiratives Verhalten usw. Vertrauen erweckt) erhält die Literatur *unentgeltlich*, damit es diese nach Rußland befördert und dort den Agenten des ZK zur Verteilung übergibt. Wenn es aber Leute gibt, die so dreist sind, sich als Parteimitglieder zu bezeichnen, und sich gleichzeitig weigern, die Literatur den Agenten des ZK zur allgemeinen Verteilung zu übergeben, dann hat das ZK verständlicherweise keine Möglichkeit (ja kein Recht), solchen Leuten etwas anzuvertrauen. Wenn diese selben Leute dann die Literatur für ihre handwerklerischen Splitterunternehmungen, die die gesamte Arbeit desorganisieren, aufkaufen – um so schlimmer für sie.

II

Ich kann absolut nicht verstehen, was an dem ersten und dem zweiten Brief des Expedienten[56] Freches sein soll. Er bittet um Angaben, die für die geschäftliche Abrechnung wichtig sind, die Redaktion aber, statt ihm eine kameradschaftliche, sachliche Antwort auf seine Anfrage zu geben, eine Antwort, die ihm denn auch nie erteilt worden ist, speist ihn rein bürokratisch ab. Nun führe ich aber das Beispiel eines wirklich frechen Briefes der Redaktion des ZO an das Zentralkomitee an. „Die Redaktion des ZO lenkt die Aufmerksamkeit des ZK auf die Tatsache, daß die Anwesenheit von drei Mitgliedern des ZK im Ausland, die durch keinerlei sachliche Gründe gerechtfertigt ist und zur Bildung einer neuen organisatorischen Zentralstelle führt, die im Parteistatut nicht vorgesehen ist, unweigerlich Politikastertum und Desorganisation ins Parteileben hineinträgt..." Das ist richtiggehendes *Geschimpfe* (Politikastertum) ohne eine Spur von Tatsachen oder Belegen! Das Zentralkomitee antwortete darauf: „Hätte die Redaktion nicht im Zustand äußerster Gereiztheit gehandelt, so hätte sie leicht erkannt, daß ihre Bemerkungen darüber, wieviel Mitglieder des ZK sich im Ausland befinden, höchst unangebracht sind." Auf diesen und auf andere unschickliche Ausfälle der Redaktion (wie die

lächerliche Beschwerde über angeblich „geheime" Drucklegungen) antwortet der Vertreter des ZK im Ausland nur mit dem Appell, „der Parteipflicht eingedenk zu sein und mit Aktionen Schluß zu machen, die geeignet sind, aus einer literarischen Polemik Anlässe zur Spaltung zu schaffen..."[57]

Daß sogar bürgerliche Verlage den Redakteuren angeblich *Hunderte* von Exemplaren überlassen, davon habe ich, offen gesagt, nichts gehört. Gen. Martow kann ja, wenn er nicht in den Wind redet, bei Dietz einmal anfragen, ob er Kautsky 400 Exemplare der „Neuen Zeit" zur Verteilung überläßt? Oder er kann sich bei Singer oder Fischer erkundigen, ob Gradnauer auch für den Vertrieb auf eigene Rechnung 200 Exemplare des „Vorwärts"[58] anfordert? Die deutschen Sozialdemokraten begreifen den Unterschied zwischen Anarchie und Organisation. Die Frage des Geldes wurde vor den Verhaftungen aufgeworfen, ich aber habe lediglich auf die Änderung aufmerksam gemacht, die in dieser Fragestellung infolge der Verhaftungen eingetreten ist.

Wie die Redaktion zulässige Polemik mit unzulässigem Boykott vermengt, ersieht man besonders deutlich aus folgendem: In einem Brief vom 4. Januar, in welchem die Redaktion auf unsere Anfrage wegen des Geldes antwortet, erwähnt sie unter „den Bedingungen, die ihr die Propaganda für eine aktive Unterstützung der Zentralkasse unter den Bekannten erschweren", auch diese: „Agenten des ZK und von diesen protegierte Personen machen in Versammlungen drohende Äußerungen über die Rechtswidrigkeit der gegenwärtigen Zusammensetzung der Redaktion (darüber wird übrigens auch in einem Brief des ZK-Mitglieds Lenin gesprochen...)". Beachten Sie, was für eine unglaubliche Entstellung der politischen Begriffe das ist! Die Frage der Erschließung (oder der Verstopfung) von Geldquellen *wird verknüpft* mit der Frage der Polemik in Reden und Broschüren! Ist das nicht eine Vermengung des ideologischen Kampfes mit Rangstreit und Gezänk?! Die Frage der Billigung oder Mißbilligung der Zusammensetzung (und der Tätigkeit) der Redaktion seitens der Parteimitglieder *wird vermengt* mit der Frage der „Rechtsgültigkeit"! Ist das nicht bürokratischer Formalismus?! Natürlich antwortete der Vertreter des ZK im Ausland hierauf: „...Als Vertreter des ZK halte ich es für notwendig, die Redaktion darauf hinzuweisen, daß keinerlei Anlaß vorliegt, die Frage der *Rechtsgültigkeit u. dgl. m.* auf Grund hitzi-

ger Reden bei Referaten im Ausland oder auf Grund einer literarischen Polemik aufzuwerfen ... Erblickt die Redaktion in der Polemik Ausfälle gegen sich, so hat sie ja alle und jede Möglichkeit, darauf zu antworten. Ist es vernünftig, sich wegen dieser oder jener (vom Standpunkt der Redaktion aus gesehen) Schärfen in der Polemik zu ereifern, wenn nirgends von einem Boykott oder von einer anderen (vom Standpunkt des ZK aus gesehen) unloyalen Handlungsweise auch nur die Rede ist ..."[59] In der Tat, es ist mehr als sonderbar, von „protegierten" Personen zu sprechen ... Was soll das heißen? Was ist das für eine bürokratische Sprache? Was hat das ZK mit Reden bei Referaten zu tun? Es gibt bei uns keine Zensur, um die Freiheit der Reden und die Freiheit der Polemik einzuschränken. Ist es etwa nicht nötig, einen *solchen* Kampf vom Boykott abzugrenzen?

Was Gen. Martow über das Odessaer Komitee erzählt (das angeblich beim ZK angefragt hat, ob man an das ZO Briefe schicken soll), halte ich für einen offensichtlichen Scherz. Im Ernst kann man darüber nicht sprechen.

Ich wiederhole, es gab niemals auch nur einen einzigen Fall, daß das Zentralkomitee die Minderheit von der Arbeit ferngehalten hätte. Ich unterstreiche, daß auch Gen. Martow selbst zugibt, keine Fälle zu kennen, in denen die Literatur falsch, einseitig oder voreingenommen verteilt worden wäre.

III

Gen. Martow meinte, von unserer Seite drohe ein Umsturz. Das ist lächerlich. (Martow: „Und das Ultimatum?") Das „Ultimatum" des ZK war eine Antwort auf das Ultimatum Starowers. Das Ultimatum ist unser letztes Wort zu den für uns annehmbaren Bedingungen eines gütlichen Friedens. Weiter nichts! Nur eine krankhafte Phantasie konnte aus unserem Antwortschreiben an die Minderheit, die zweifellos die Partei zur Spaltung geführt hat, das Streben nach einem Umsturz herauslesen. Die Mehrheit denkt gar nicht an einen Umsturz. Zur Verteilung der „Iskra" ist zu sagen, daß alle ihre Nummern so regelmäßig wie möglich verteilt wurden, und wenn sich ein Komitee in dieser Hinsicht für „vergessen" hielt, so brauchte es das dem ZK nur ganz einfach in kameradschaftlicher Weise mitzuteilen. Solche Mitteilungen haben wir bis jetzt

nicht erhalten. Der Brief der Redaktion an die Komitees aber ist kein kameradschaftlicher Schritt, sondern eine Kampfhandlung.

Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß die Verteilung der Literatur von einer einzigen Stelle aus erfolgen muß und daß eine zweite zentrale Verteilungsstelle überflüssig und schädlich ist. Nun einige Worte über den Expedienten. Ich wiederhole, daß der Expedient nur deshalb unter die Angeklagten geraten ist, weil er seine Pflicht gewissenhaft erfüllen wollte und die Redaktion um eine geschäftliche Auskunft ersuchte. Die darauffolgende Forderung der Redaktion „Ohne Widerrede!" „her mit 100 oder 200 Exemplaren" u. dgl. m. weist allerdings sämtliche Merkmale eines rein bürokratischen Verhaltens zur Sache auf.

Über die Adressen sage ich nur, daß der Redaktion alles übergeben worden ist, was ihr gehört. Ausgesondert wurden nur der persönliche und der organisatorische Briefwechsel, alles übrige aber ist der Redaktion übergeben worden. Außerdem erinnere ich daran, daß das OK bereits in London den gesamten organisatorischen Briefwechsel formell übernommen hat. Von einer neuen Zentralstelle zu sprechen, weil sich Mitglieder des ZK im Ausland aufhalten, ist offenkundige Nörgelei und bürokratische Einmischung in den Arbeitsbereich, der dem selbständigen Verfügungsrecht des Zentralkomitees untersteht.

IV

Gen. Martow legt das Statut völlig falsch aus. Das ZO muß vollständig und allseitig informiert sein – das erfordert das Statut und ist auch zum Besten der Sache. Aber die Entsendung von Bevollmächtigten zu organisatorischen Zwecken – wie zum Beispiel die Entsendung von Z[60] in das Odessaer Komitee ohne Wissen des ZK – verletzt offensichtlich die natürliche Aufteilung der Funktionen unter den zwei zentralen Körperschaften der Partei. Die Entsendung liegt auch gar nicht im Interesse der Information und verursacht nur direkte Desorganisation, da sie die Einheit des Handelns völlig aufhebt. Gerade eine solche Maßnahme vergrößert ja das Chaos in den Parteiangelegenheiten und bedeutet in der Praxis – statt einer Trennung der zwei zentralen Körperschaften nach ihren Funktionen – eine offene Spaltung der Partei in zwei Hälften.

AN DIE PARTEI

Entwurf eines Aufrufs

Genossen! Daß unsere Partei eine schwere Krise durchmacht, ist jetzt bereits allen bekannt und wurde auch in den Spalten unseres Zentralorgans unumwunden und offen erklärt.

Wir halten es für unsere Pflicht, alle Mitglieder der Partei zur aktiven und bewußten Teilnahme an allem aufzufordern, was für einen möglichst raschen und schmerzlosen Ausweg aus der Krise notwendig ist.

Genosse Plechanow, der auf dem Parteitag und – noch lange Zeit nachher – auf der Konferenz der Auslandsliga zur Parteitagsmehrheit gehört hat, tritt jetzt in Nr. 57 der „Iskra" für die Forderungen der Minderheit ein und beschuldigt das ZK, es sei „exzentrisch", es sei unnachgiebig, was nur den Feinden Nutzen bringe, und es wolle Vertreter der Minderheit nicht kooptieren. Gerade in dieser Kooptation sieht Gen. Plechanow nicht mehr und nicht weniger als „das einzige Mittel, um unsere Partei aus der schweren Krise herauszuführen, die unsere Positionen außerordentlich schwächt und die Positionen unserer zahlreichen Feinde und Gegner stärkt". Man müsse nicht nur dem Statut gerecht werden, sagt Gen. Plechanow – wobei er vermutlich diese schwere Krise im Auge hat –, sondern auch der tatsächlichen Sachlage, dem gegebenen Kräfteverhältnis in der Partei. Man müsse sich erheben über den Standpunkt des Zirkelprinzips und des Doktrinarismus, der das in den Vordergrund rücke, was die Arbeiter trennt, und nicht das, was sie eint.

Diese allgemeinen Leitsätze sind unbedingt richtig, und allen Sozialdemokraten bleibt nur übrig, sich genau mit den Tatsachen bekannt zu machen und ernsthaft in die Sachlage hineinzudenken, damit sie diese allgemeinen Leitsätze richtig anwenden.

Ja, wir müssen um jeden Preis, unter Aufbietung aller Kraft, ohne vor langer und beharrlicher Arbeit zurückzuscheuen, unsere Partei heilen vom Zirkelwesen, von Trennung und Bruch aus nichtigen Anlässen, von unpassenden und unwürdigen Zänkereien um den Dirigentenstab! Betrachtet die Ereignisse, die sich in unserer Partei seit dem II. Parteitag abgespielt haben. Habt den Mut, unsere Geschwüre bloßzulegen, um sie ohne Heuchelei, ohne konventionelle Lüge zu diagnostizieren und richtig zu heilen.

Die Protokolle des zweiten Parteitags sind jetzt vollständig herausgekommen; für die Mitglieder der Partei sind auch die Protokolle der Konferenz der Auslandsliga herausgegeben worden. Die Parteiliteratur hat bereits manche Äußerungen und Symptome unserer Krise aufgedeckt, und obzwar in dieser Hinsicht noch vieles zu tun bleibt, kann und muß man auch jetzt schon einige Schlußfolgerungen ziehen.

Der zweite Parteitag endete mit einem erbitterten Kampf wegen der Zusammensetzung unserer Zentralstellen. Mit einer Mehrheit von 24 gegen 20 Stimmen wurden die Redaktion des ZO, bestehend aus drei Personen (Plechanow, Martow und Lenin), und das gleichfalls aus drei Genossen bestehende ZK gewählt. Martow nahm die Wahl nicht an; zusammen mit der gesamten Minderheit weigerte er sich, an der Wahl des Zentralkomitees teilzunehmen. Nach dem Parteitag setzte sofort ein erbitterter Kampf der Minderheit gegen die Zentralstellen ein, ein regelrechter Kampf um den Dirigentenstab, ein regelrechter Kampf des Zirkelprinzips gegen das Parteiprinzip, ein Kampf um die Wiedereinsetzung der alten Redaktion, um die Kooptation einer (nach Ansicht der Minderheit) entsprechenden Anzahl von Mitgliedern in das ZK. Dieser Kampf wurde monatelang geführt und war begleitet von der strikten Weigerung der Minderheit, unter der Leitung der Zentralstellen zu arbeiten, von Boykott und rein anarchistischer Propaganda, für welche die Parteimitglieder in den Konferenzprotokollen der Auslandsliga im Überfluß Beispiele finden können. Dieser Kampf wurde hauptsächlich im Ausland ausgetragen, auf einem Boden, der am weitesten entfernt ist von der positiven Arbeit und von der Beteiligung bewußter Vertreter des Proletariats. Dieser Kampf kostete die vom II. Parteitag geschaffenen Zentralstellen eine unermeßliche Menge Kraft für Reisen, Zusammenkünfte und Verhandlungen zwecks Beseitigung zahlloser kleinlicher Mißhelligkeiten, Konflikte und Zänke-

reien. Daß die Forderungen der Opposition weder das Kräfteverhältnis auf dem II. Parteitag noch das in der Partei überhaupt berücksichtigten, ersieht man daraus, daß sich beispielsweise die Redaktion des ZO (Plechanow und Lenin) sogar mit der Kooptation von zwei Personen, d. h. mit einer gleich großen Vertretung der Mehrheit und der Minderheit des Parteitags einverstanden erklärten. Die Opposition forderte die übergroße Mehrheit in der Redaktion (vier zu zwei). Da eine unumgängliche und sofortige Spaltung drohte, wurde schließlich von den beiden Zentralstellen eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, die sich auf die Forderungen hinsichtlich des Dirigentenstabes beziehen: Die Redaktion wurde kooptiert, Lenin erklärte seinen Austritt aus der Redaktion und dem Rat, ein Mitglied der Mehrheit schied aus dem Rat aus, die Auslandsliga, die auf ihrer Konferenz mit allem, was vom Parteitag festgelegt worden war, gebrochen hatte, wurde nicht reorganisiert, und der Opposition wurden zwei Sitze im Zentralkomitee angeboten.

Die Opposition hat diese letzte Bedingung abgelehnt. Sie verlangt anscheinend eine größere Anzahl von Sitzen, und zwar nicht für jene Personen, die vom ZK ausgewählt, sondern für jene, die von der Opposition benannt würden. Kein Kräfteverhältnis, keine sachlichen Interessen können solche Forderungen rechtfertigen; nur die Drohung mit der Spaltung, nur grob mechanische Druckmittel wie Boykott und Einbehaltung von Geldmitteln geben diesen Ultimaten Gewicht.

Die Partei ist durch diesen Kampf um die Posten, der die Kräfte von der positiven Arbeit ablenkt, aufs äußerste desorganisiert und demoralisiert. Die Partei wird nicht weniger, eher noch mehr dadurch demoralisiert, daß die sogenannten prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Minderheit diesem Kampf ein falsches Mäntelchen umhängen.

Alle haben einmütig zugestimmt – und das oftmals kategorisch erklärt –, alle Beschlüsse und alle Wahlen des II. Parteitags als unbedingt bindend für sich anzuerkennen. Jetzt hat die Minderheit in Wirklichkeit schon das ganze Statut und alle Wahlen zunichte gemacht, jetzt werden jene als „Formalisten" hingestellt, die die gemeinsam gefaßten Beschlüsse verteidigen, wird jeder als „Bürokrat" bezeichnet, der seine Vollmachten vom Parteitag erhalten hat, wird derjenige eines grob mechanischen und kanzleimäßigen Standpunkts bezichtigt, der sich auf die Stimmenmehrheit stützt, die (darüber sind wir uns alle einig) das Kräfteverhältnis in der

Partei ausdrückte. Wer auf dem Parteitag, von allen Genossen damit betraut, die Funktionäre zu wählen, einige Redakteure in den Stand von Mitarbeitern und einige Mitglieder des OK in den Stand von einfachen Funktionären versetzte, der erweist sich jetzt als schuldig an der Verwandlung von Parteimitgliedern in Schräubchen und Rädchen usw. usf. Die falsche und schwankende Stellung, welche die Minderheit schon auf dem Parteitag einnahm, hat unvermeidlich zu dieser Heuchelei geführt, die wir keineswegs dem subjektiven Willen von irgend jemandem zuschreiben.

Ist es nicht Zeit, dieser Konfusion ein Ende zu machen? Darüber sollte jeder nachdenken, dem das Schicksal unserer Partei am Herzen liegt.

Ist es nicht Zeit, entschieden Schluß zu machen mit diesem Kampf um die Zentralstellen, mit diesen Rangstreitigkeiten, die einen solch zersetzenden Einfluß in unsere gesamte Arbeit hineintragen? Ist es angebracht, daß man immer wieder, nach monatelangen Verhandlungen, neue Verhandlungen mit der Opposition aufnimmt und die Frage nach dem einseitigen oder exzentrischen Verhalten des Zentralkomitees aufwirft? Wird doch dadurch, daß man diese Frage aufwirft, nachdem der Friede durch die Kooptation der Redaktion bereits gesichert schien, unvermeidlich immer wieder die Frage nach dem einseitigen und exzentrischen, ja sogar parteiwidrigen Verhalten unseres Zentralorgans aufs Tapet gebracht. Wie lange noch werden wir diese unwürdigen Wortgefechte um die Zusammensetzung der Zentralstellen führen? Und wie können wir entscheiden, ob die Forderungen des einen oder anderen Lagers gerechtfertigt sind? Welches ist der Maßstab dafür? Warum soll man die „Harten" für unnachgiebig halten, die in sehr, sehr vielem, was auf dem Parteitag beschlossen worden ist, nachgegeben haben, und nicht die „Weichen", die sich in Wirklichkeit in ihrem Streben nach der Spaltung und in der direkten Vorbereitung der Spaltung als außerordentlich hart erwiesen haben?

Die Genossen sollten darüber nachdenken, wie aus dieser anormalen Lage herauszukommen ist. Das Zentralkomitee hatte gehofft, der Kabinettswechsel im ZO werde zum Frieden führen. Als die streitenden Lager bereits sehr weit gegangen waren, als der Kampf um den Dirigentenstab bis dicht an die Spaltung führte, da blieb nur noch eine Hoffnung: die Möglichkeit, sich wenigstens irgendwie voneinander abzugrenzen, um sich gegenseitig nicht zu stören, um, da man ja in einer Partei arbeitet, allmählich alle Reibungen abzuschwächen, um die „wunden" Punkte gar

nicht oder möglichst selten zu berühren. Es schien so, als ob die Trennung der Zentralstellen wenigstens teilweise die Überwindung der Krise gewährleisten würde: Die Minderheit hatte ihr ZO und konnte sich frei um dieses gruppieren, frei ihre Ansichten verfechten und frei ihre Parteiarbeit leisten, ohne sich in der Partei „fremd" zu fühlen. Daß auch die Mehrheit über eine Zentralstelle verfügte (oder daß die Mehrheit im ZK überwog), hätte auch die Mehrheit einigermaßen zufriedengestellt. Der Kampf um die Zentralstellen hätte beendet und auf die rein prinzipielle Klärung von abweichenden Meinungen und Schattierungen verlegt werden können.

Dadurch, daß die „Iskra" die Frage der Kooptation ins ZK aufwirft, wird diese Hoffnung zerstört. Wir halten es nicht mehr für möglich, das widerwärtige Feilschen um Posten von neuem zu beginnen. Gibt es keinen anderen Ausweg, so ziehen wir es sogar vor, der Minderheit *alle* Dirigentenstäbe zu übergeben, wenn sie schon absolut nicht fähig ist, in der Partei anders als in den höchsten Stellen zu arbeiten. Die Bereitschaft zu diesem Schritt verstärkt sich bei uns in dem Maße, wie die neue abscheuliche Krankheit unserer Bewegung langwierige Formen annimmt, in dem Maße, wie diese kleinlichen Zänkereien, die um so unerträglicher sind, je kleinlicher sie sind, chronisch werden.

Aber zuerst möchten wir möglichst genau die Meinung der Partei kennenlernen, wir möchten auch die öffentliche Meinung der revolutionären Kreise, insbesondere in Rußland, berücksichtigen. Wir fordern die Genossen auf, das Material über unsere „Krise" sorgfältig zu prüfen und zu studieren, die gegenwärtige Lage der Dinge in der Partei allseitig zu beurteilen und sich zu allen aufgeworfenen Fragen zu äußern.

Geschrieben im Januar 1904,
nicht vor dem 18. (31.).

Zuerst veröffentlicht 1929 im
Lenin-Sammelband X.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE UMSTÄNDE DES AUSTRITTS AUS DER REDAKTION DER „ISKRA"

Genf, den 20. Februar 1904

Werte Genossen!

Da Sie in Ihrer Broschüre über die Umstände sprechen, die meinen Austritt aus der Redaktion der „Iskra" hervorgerufen haben, so bitte ich Sie, im Anhang zu Ihrer Broschüre meine Antwort zu bringen auf den Brief des Gen. Plechanow an Gen. Martow vom 29. Januar 1904, der in Martows Broschüre über den Kampf gegen den „Belagerungszustand" veröffentlicht ist.

Gen. Plechanow findet meine Darlegung der Sache in meinem Brief an die Redaktion *ungenau*. Jedoch hat er *keine einzige tatsächliche* Berichtigung vorgenommen und vornehmen können. Er hat meine Darlegung nur ergänzt durch die *ungenaue* Wiedergabe von Privatgesprächen zwischen mir und ihm.

Im allgemeinen betrachte ich die Berufung auf Privatgespräche als sicheres Anzeichen für das Fehlen ernster Argumente. Ich bin auch jetzt der Meinung, die noch vor kurzem, als Gen. Martow sich auf Privatgespräche berief, Gen. Plechanow ebenfalls vertrat (Protokolle der Auslandsliga, S. 134), nämlich, daß es kaum möglich ist, derartige Gespräche „genau wiederzugeben", und daß eine „Polemik" darüber *„zu nichts führen wird"*.

Aber da Gen. Plechanow nun einmal unsere Privatgespräche angeführt hat, halte ich mich für berechtigt, sie zu erläutern und zu ergänzen, um so mehr, als diese Gespräche in Gegenwart dritter Personen stattgefunden haben.

Die erste Unterhaltung, während der Gen. Plechanow von seinem Ent-

schluß sprach*, sein Amt niederzulegen, falls ich unbedingt gegen die Kooptation sein sollte, fand am Abend des letzten Tages der Ligakonferenz und am nächsten Morgen in Gegenwart von zwei Mitgliedern des Rats der Partei statt. Das Gespräch drehte sich um die Zugeständnisse an die Opposition. Plechanow bestand darauf, daß man nachgeben müsse, denn er war davon überzeugt, daß die Opposition sich keinem Beschluß des Rats der Partei fügen werde und daß es sofort zur vollständigen Spaltung der Partei kommen könne. Ich bestand darauf, daß man nach dem in der Liga Vorgefallenen und nach den auf ihrer Konferenz vom Vertreter des ZK getroffenen Maßnahmen (und Gen. Plechanow hatte an der Erörterung jeder dieser Maßnahmen teilgenommen und sie vollkommen gebilligt) dem anarchistischen Individualismus nicht nachgeben dürfe und daß das Auftreten einer besonderen literarischen Gruppe (die ich mehrfach in Gesprächen mit Plechanow, entgegen seiner Meinung, als durchaus zulässig bezeichnet hatte) vielleicht noch nicht unbedingt die Spaltung bedeute. Als das Gespräch darauf kam, daß einer von uns sein Amt niederlegen müsse, da sagte ich sofort, daß ich zurücktreten würde, weil ich Plechanow nicht bei dem Versuch stören wollte, den Konflikt beizulegen und dem vorzubeugen, was er als Spaltung betrachtete.

Gen. Plechanow ist jetzt so liebenswürdig mir gegenüber, daß er für meinen Schritt keine anderen Beweggründe findet als feigste Verschlagenheit. Um diese meine Eigenschaft in den lebhaftesten Farben zu schildern, schreibt mir Genosse Plechanow die Worte zu: „Jedermann wird sagen: Offensichtlich ist Lenin im Unrecht, wenn sogar Plechanow sich von ihm getrennt hat."

Die Farben sind dick aufgetragen, das muß man schon sagen! So dick, daß sich sogar ein von Gen. Plechanow nicht bemerkter offenkundiger Widersinn ergibt. Wäre ich davon überzeugt, daß „jedermann" glauben wird, Plechanow habe recht (wie Plechanow bescheiden von sich denkt),

* In seinem Bestreben, genau zu sein, legt Gen. Plechanow einen gewissen Übereifer an den Tag, wenn er sagt: Plechanow hatte kein Recht, die Kooptation zu *beschließen*, denn die Kooptation hat laut Statut einstimmig zu sein. Das ist keine Berichtigung, sondern eine Wortklauberei, denn das Statut verbietet bei fehlender Einstimmigkeit bestimmte organisatorische *Handlungen*, nicht aber *Beschlüsse*, die von vielen Leuten allzuoft nur zum Schein gefaßt und nicht in die Tat umgesetzt werden.

und hielte ich es für nötig, auf die Meinung dieses jedermann Rücksicht zu nehmen, so hätte ich mich natürlich niemals entschlossen, mich von Plechanow zu trennen, sondern wäre ihm auch in diesem Fall gefolgt. Von dem Wunsch getrieben, mein Verhalten als eine bodenlose Schlechtigkeit und den niedrigsten Motiven entspringend hinzustellen, hat mir Plechanow ein Motiv zugeschrieben, das *jeden Sinnes* entbehrt. Ich soll so sehr Angst gehabt haben, mich in irgendeiner Frage von Plechanow zu trennen, daß ich – mich von ihm getrennt habe. Das reimt sich bei Gen. Plechanow nicht.

In Wirklichkeit war mein Gedankengang folgender: Schon besser, ich trete aus, sonst wird meine besondere Meinung ein Hindernis sein für Plechanows *Versuche*, Frieden zu schließen. Die Versuche will ich nicht stören; vielleicht werden wir uns sogar über die Friedensbedingungen einigen, aber für eine Redaktion verantwortlich zu zeichnen, der *auf diese Weise* vom Zirkelwesen im Ausland Kandidaten aufgezwungen werden, halte ich für untragbar.

Einige Tage später suchte ich tatsächlich zusammen mit einem Mitglied des Rates Plechanow auf. Unser Gespräch mit ihm nahm folgenden Verlauf:

„Wissen Sie", sagte Plechanow, „es gibt manchmal so zanksüchtige Frauen, daß man ihnen nachgeben muß, um einen hysterischen Anfall und einen lauten Skandal in der Öffentlichkeit zu vermeiden."

„Mag sein", antwortete ich, „aber man muß so nachgeben, daß man die Macht behält, einem noch größeren ‚Skandal' vorzubeugen."

„Nun, weggehen heißt in allem nachgeben", erwiderte Plechanow.

„Nicht immer", entgegnete ich und berief mich auf das Beispiel Chamberlains. Mein Gedanke dabei war derselbe, den ich auch in der Presse zum Ausdruck gebracht hatte: Gelingt es Plechanow, einen auch für die Mehrheit, in deren Reihen Plechanow so lange und so energisch gekämpft hat, annehmbaren Frieden zu erzielen, so werde ich auch keinen Krieg eröffnen; gelingt ihm das nicht, so behalte ich mir die Handlungsfreiheit vor, um die „zanksüchtige Frau" bloßzustellen, wenn *selbst* Plechanow sie nicht beruhigen und nicht beschwichtigen kann.

In demselben Gespräch erzählte ich Plechanow (der die Bedingungen der Opposition noch nicht kannte) von meinem „Beschluß", ins ZK einzutreten (ich konnte das „beschließen", aber selbstverständlich mußten

alle Mitglieder des ZK ihre Zustimmung dazu geben). Plechanow brachte diesem Plan volle Sympathie entgegen, da er ihn als letzten Versuch betrachtete, mit der „zanksüchtigen Frau" irgendwie im guten auszukommen. Als ich im Brief an Plechanow vom 6. November 1903 die Meinung äußerte, daß er vielleicht die Redaktion ganz einfach den Martowleuten ausliefern werde, da antwortete Plechanow (am 8. November) „... Sie haben, wie mir scheint, meine Absichten nicht richtig verstanden. Ich habe sie gestern Gen. Wassiljew" (einem Mitglied des ZK, das an der Ligakonferenz teilgenommen hatte) „noch einmal auseinandergesetzt." Eben diesem Gen. Wassiljew schrieb Plechanow am 10. November anläßlich der Frage, ob das Erscheinen von Nr. 52 der „Iskra" mit der Mitteilung über den Parteitag beschleunigt oder verzögert werden solle: „... Die Mitteilung über den Parteitag veröffentlichen bedeutet: 1. entweder veröffentlichen, daß Martow und die anderen an der ‚Iskra' nicht mitarbeiten, oder 2. dieses Verlangen Martows nicht erfüllen, und dann wird Martow in einem Sonderdruck davon Mitteilung machen. In beiden Fällen wird die Öffentlichkeit von der Spaltung in Kenntnis gesetzt, *gerade das aber müssen wir jetzt vermeiden.*" (Hervorgehoben von mir. *N. L.*) Am 17. November schreibt Plechanow an denselben Genossen: „... Was denken Sie über eine unverzügliche Kooptation Martows u. a.? Ich beginne zu glauben, daß das ein Mittel wäre, die Sache mit den geringsten Schwierigkeiten beizulegen. *Ohne Sie möchte ich nicht handeln...*" (Hervorgehoben von Plechanow.)

Aus diesen Sätzen geht klar hervor, daß Plechanow bestrebt war, im Einvernehmen mit der Mehrheit zu handeln, daß er die Redaktion nur um des Friedens willen und unter der Bedingung des Friedens kooptieren wollte, keineswegs um gegen die Mehrheit Krieg zu führen. Wenn das Gegenteil eintrat, so zeigte das nur, daß der Karren des anarchistischen Individualismus in der Taktik des Boykotts und der Desorganisation zu rasch ins Rollen gekommen war, so daß auch die stärkste Bremse versagte. Das ist natürlich sehr schade, und Plechanow, der aufrichtig den Frieden wünschte, ist in eine peinliche Lage geraten; doch die Schuld dafür auf mich allein abzuwälzen, das geht nicht an.

Was Plechanows Worte über mein Zugeständnis, gegen ein entsprechendes „Äquivalent" zu schweigen, und die stolze Erklärung: „Ich hielt es nicht für nötig, sein Schweigen zu erkaufen" anbelangt, so wirkt diese

polemische Wendung nur komisch, wenn man sie mit den von mir oben zitierten Worten aus dem Brief vom 10. November vergleicht. Gerade Plechanow legte größten Wert darauf, daß man schwieg, daß die Öffentlichkeit nichts von der Spaltung erfuhr.* Was war also natürlicher, als daß ich ihm mitteilte, ich sei auch damit unter der Bedingung des Friedens einverstanden? Das Gerede über ein Zugeständnis „gegen ein Äquivalent" und über ein „Erkaufen" des Schweigens läßt lediglich die Annahme zu, daß Plechanow das nächste Mal der Öffentlichkeit mitteilen wird, Lenin stelle für derartige Käufe falsches Papiergeld her. So etwas hat es ja bei Streitigkeiten unter Emigranten gegeben – die entsprechende Atmosphäre ist vorhanden.

Der Brief des Gen. Plechanow bringt einen unwillkürlich auf den Gedanken: Muß er sich etwa jetzt das Recht *erkaufen*, in der Minderheit zu sein? Die Taktik der Minderheit in unserem sogenannten Parteiorgan hat sich bereits herauskristallisiert. Man muß sich bemühen, die strittigen Fragen und Tatsachen, die in Wirklichkeit zu unserem Bruch geführt haben, zu verschleiern. Man muß sich bemühen, zu beweisen, daß Martynow der „Iskra" viel näher gestanden hat als Lenin – wieso, worin und inwieweit, das wird die konfuse Redaktion der neuen „Iskra" noch lange untersuchen. Man muß eine bestimmte Person in der Polemik pharisäisch verurteilen – und in Wirklichkeit den ganzen Kampf auf einen Feldzug gegen diese Person reduzieren, ohne sogar davor haltzumachen, daß man dem „Feind" ganz unsinnige bösartige Eigenschaften zuschreibt, von unbekümmertster Rücksichtslosigkeit bis zu feigster Verschlagenheit. Wenn es nur recht kräftig klingt! Und bei unseren neuen Verbündeten, den Genossen Plechanow und Martow, klingt es so kräftig, daß sie den berühmten Bundisten mit ihrem berühmten „Pack" bald in nichts mehr nachstehen werden. Die Verbündeten bombardieren mich von ihren Panzerkreuzern aus so eifrig, daß mir der Gedanke kommt: Ist das nicht eine

* A propos. Gerade Plechanow bestand besonders energisch darauf, die Ligaprotokolle und den *letzten Teil* der Parteitagsprotokolle nicht zu veröffentlichen — jenen Teil, in dem Plechanow erklärt, daß er die ganze moralische Verantwortung für ein klares Votum gegen die alte sogenannte Redaktion übernimmt, jenen Teil, in dem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Partei nicht verarmt ist an literarischen Kräften — eine Erklärung, die ein Vertreter der Minderheit als Paradephrase im pseudoklassischen Stil bezeichnete.

Verschwörung von zwei Dritteln des schrecklichen Dreierkollegiums? Sollte ich nicht auch den Gekränkten spielen? Sollte ich nicht auch über „Belagerungszustand" zetern? Das ist doch mitunter so bequem und so vorteilhaft...

Um übrigens ein wirklicher Anhänger der Minderheit zu werden, wird Genosse Plechanow wohl noch zwei kleine Schritte zu machen haben: Erstens wird er anerkennen müssen, daß die von den Genossen Martow und Axelrod auf dem Parteitag verteidigte (und jetzt von ihnen geflissentlich verschwiegene) Fassung des ersten Paragraphen des Statuts nicht etwa einen Schritt zum Opportunismus, nicht eine Kapitulation vor dem bürgerlichen Individualismus bedeutet, sondern der Keim der neuen, wahrhaft sozialdemokratischen, Akimow-Martowschen und Martynow-Axelrodschen organisatorischen Auffassungen ist. Zweitens wird er anerkennen müssen, daß der Kampf gegen die Minderheit nach dem Parteitag nicht etwa ein Kampf war gegen grobe Verletzungen der Parteidisziplin und gegen Agitationsmethoden, die nur Empörung hervorrufen können, nicht ein Kampf gegen den Anarchismus und die anarchistische Phrase (siehe S. 17, 96, 97, 98, 101, 102, 104 und viele andere der Ligaprotokolle), sondern ein Kampf gegen den „Belagerungszustand", den Bürokratismus, den Formalismus u. ä. m.

Mit den Streitfragen dieser Art werde ich mich eingehend in einer Broschüre zu befassen haben, die jetzt zum Druck vorbereitet wird. Vorläufig aber... vorläufig wollen wir uns die Galerie Gogolscher Typen ansehen, die von unserem führenden Blatt eröffnet worden ist, das sich zur Regel gemacht hat, dem Leser Rätsel aufzugeben. Wer sieht dem rücksichtslosen Sobakewitsch ähnlich, der jedem auf die Eigenliebe, ich wollte sagen, auf die Hühneraugen tritt? Wer dem pfiffigen Tschitschikow, der zusammen mit den toten Seelen auch das Schweigen kauft? Wer Nosdrjow und Chlestakow? Wer Manilow und Skwosnik-Dmuchanowski? Interessante und lehrreiche Rätsel... Eine „prinzipielle Polemik"...

N. Lenin

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre „Kommentar zu den Protokollen der zweiten Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf.

Nach dem Text der Broschüre.

DER 1. MAI

Entwurf eines Flugblatts

Genossen Arbeiter! Es naht der 1. Mai, der Tag, an dem die Arbeiter aller Länder ihr Erwachen zum bewußten Leben feiern, ihre Vereinigung im Kampf gegen jede Bedrückung und jede Knechtung des Menschen durch den Menschen, im Kampf für die Befreiung der Millionen Werktätigen von Hunger, Elend und Erniedrigung feiern. Zwei Welten stehen einander in diesem gewaltigen Kampf gegenüber: die Welt des Kapitals und die Welt der Arbeit, die Welt der Ausbeutung und Sklaverei und die Welt der Brüderlichkeit und Freiheit.

Auf der einen Seite – ein Häuflein reicher Schmarotzer. Sie haben Fabriken und Werke, Arbeitsgeräte und Maschinen an sich gerissen. Sie haben Millionen Desjatinen von Land und Berge von Geld in ihr Privateigentum verwandelt. Sie haben die Regierung und das Heer gezwungen, ihre Diener, die treuen Wächter des von ihnen angehäuften Reichtums zu sein.

Auf der anderen Seite – Millionen Enterbter. Sie müssen bei den Reichen um Erlaubnis bitten, für sie arbeiten zu dürfen. Sie schaffen durch ihre Arbeit alle Reichtümer, selber aber plagen sie sich ihr ganzes Leben lang für ein Stückchen Brot ab, sie betteln um Arbeit wie um ein Almosen, unterhöhlen ihre Kraft und Gesundheit durch übermäßige Arbeit, hungern in den Elendshütten der Dörfer, in den Kellerlöchern und Dachstuben der großen Städte.

Und nun haben diese Enterbten und Werktätigen den Reichen und Ausbeutern den Krieg erklärt. Die Arbeiter aller Länder kämpfen für die Befreiung der Arbeit von der Lohnsklaverei, von Elend und Not. Sie kämpfen für die Errichtung einer Gesellschaft, in welcher die durch gemeinsame Arbeit erzeugten Reichtümer allen Werktätigen zugute kämen und nicht einem Häuflein Reicher. Sie wollen, daß der Grund und Boden,

die Fabriken und Werke, die Maschinen in das Gemeineigentum aller Arbeitenden umgewandelt werden. Sie wollen, daß es keine Reichen und keine Armen gibt, daß die Früchte der Arbeit denen zufallen, die arbeiten, daß alle Errungenschaften des menschlichen Geistes, alle Verbesserungen in der Arbeit das Leben dessen verbessern, der arbeitet, und nicht als Werkzeug zur Unterdrückung des Arbeitenden dienen.

Der gewaltige Kampf der Arbeit gegen das Kapital hat die Arbeiter aller Länder riesige Opfer gekostet. Viel Arbeiterblut ist geflossen bei der Verteidigung des Rechtes auf ein besseres Leben und auf eine wirkliche Freiheit. Maßlos sind die Verfolgungen, denen die Regierungen die Kämpfer für die Arbeitersache aussetzen. Aber das Bündnis der Arbeiter der ganzen Welt wächst und erstarkt – allen Verfolgungen zum Trotz. Die Arbeiter schließen sich immer fester zu sozialistischen Parteien zusammen, die Anhänger der sozialistischen Parteien zählen schon nach Millionen, und Schritt um Schritt gehen sie unbeirrt dem vollständigen Sieg über die Klasse der kapitalistischen Ausbeuter entgegen.

Auch das russische Proletariat ist zu neuem Leben erwacht und hat sich diesem großen Kampf angeschlossen. Vorbei sind die Zeiten, da unser Arbeiter unterwürfig den Rücken krümmte, ohne einen Ausweg aus seinem Sklavendasein zu sehen, ohne einen Lichtstrahl in seinem Zuchthausleben zu sehen. Der Sozialismus hat diesen Ausweg gezeigt, und dem roten Banner folgten wie einem Leitstern Tausende und aber Tausende Kämpfer. Die Streiks zeigten den Arbeitern die Stärke des Zusammenschlusses, sie lehrten die Arbeiter, Widerstand zu leisten, sie zeigten, welchen Schrecken die organisierte Arbeiterschaft dem Kapital einjagt. Die Arbeiter sahen mit eigenen Augen, daß die Kapitalisten und die Regierung von ihrer Arbeit leben und sich an ihr bereichern. In den Arbeitern erwachte das Streben nach gemeinsamem Kampf, nach Freiheit und nach Sozialismus. Die Arbeiter haben begriffen, welch böse und finstere Kraft die zaristische Selbstherrschaft ist. Die Arbeiter brauchen Bewegungsfreiheit für den Kampf, die zaristische Regierung aber bindet sie an Händen und Füßen. Die Arbeiter brauchen freie Versammlungen, freie Verbände, freie Bücher und Zeitungen, die zaristische Regierung aber unterdrückt jede freiheitliche Regung durch Gefängnis, Knute und Bajonett. In ganz Rußland erscholl der Ruf „Nieder mit der Selbstherrschaft!" Immer häufiger ertönte dieser Ruf auf den Straßen, in den von

vielen Tausenden besuchten Arbeiterversammlungen. Im Sommer des vorigen Jahres erhoben sich in ganz Südrußland Zehntausende von Arbeitern, sie erhoben sich zum Kampf für ein besseres Leben, für die Befreiung vom polizeilichen Joch. Bourgeoisie und Regierung erzitterten beim Anblick der furchtgebietenden Arbeiterarmee, die mit einem Schlage die ganze Industrie großer Städte zum Stillstand brachte. Dutzende von Kämpfern für die Arbeitersache fielen unter den Kugeln der zaristischen Truppen, die gegen den inneren Feind eingesetzt wurden.

Doch keine Macht ist imstande, diesen inneren Feind zu besiegen, denn nur dank seiner Arbeit können sich die herrschenden Klassen und die Regierung halten. Es gibt keine Macht auf Erden, welche die Millionen Arbeiter niederringen könnte, die immer klassenbewußter werden, sich immer fester zusammenschließen und organisieren. Jede Niederlage der Arbeiter erzeugt neue Kämpferreihen, läßt breitere Massen zu neuem Leben erwachen und sich zu neuem Kampfe rüsten.

Rußland aber macht jetzt Ereignisse durch, die bewirken, daß dieses Erwachen der Arbeitermassen unweigerlich noch schneller und in noch größerem Ausmaß erfolgt, die verlangen, daß wir alle Kräfte anspannen, um die Reihen des Proletariats zu schließen und es auf einen noch entschlosseneren Kampf vorzubereiten. Der Krieg weckt das Interesse für politische Dinge und Fragen auch bei den rückständigsten Schichten des Proletariats. Der Krieg entlarvt immer klarer, immer anschaulicher, wie morsch das Regime der Selbstherrschaft, wie verbrecherisch die Bande der Polizeischergen und Hofschranzen ist, die Rußland regiert. Unser Volk verelendet und stirbt Hungers im eigenen Land – und da hat man es in einen verheerenden und sinnlosen Krieg hineingehetzt, der um neue fremde Länder geführt wird, die von einer fremden Bevölkerung besiedelt sind und Tausende Werst entfernt liegen. Unser Volk leidet unter der politischen Sklaverei – und da hat man es in einen Krieg zur Versklavung neuer Völker hineingehetzt. Unser Volk fordert die Umgestaltung der politischen Verhältnisse im eigenen Land – und da lenkt man seine Aufmerksamkeit ab durch Kanonendonner am andern Ende der Welt. Doch die zaristische Regierung ist zu weit gegangen in ihrem Hasardspiel, in ihrer verbrecherischen Verschleuderung von Volksgut und ihrem Frevel an jungen Menschen, die an der Küste des Stillen Ozeans ihr Leben opfern müssen. Jeder Krieg erfordert eine Anspannung der Volkskräfte,

aber der schwere Krieg gegen das zivilisierte und freie Japan erfordert von Rußland eine gigantische Anspannung. Und diese Anspannung fällt in eine Zeit, da das Gebäude der polizeilichen Selbstherrschaft unter den Schlägen des erwachenden Proletariats bereits zu wanken begonnen hat. Der Krieg entblößt alle schwachen Seiten der Regierung, der Krieg reißt die falschen Aushängeschilder herunter, der Krieg offenbart die innere Fäulnis, der Krieg treibt den Aberwitz der zaristischen Selbstherrschaft so weit, daß er jedermann ins Auge springt, der Krieg zeigt allen die Agonie des alten Rußlands, des rechtlosen, unwissenden und getretenen Rußlands, des Rußlands, das in leibeigener Abhängigkeit von der Polizeiregierung verharrt.

Das alte Rußland stirbt. An seine Stelle tritt ein freies Rußland. Die dunklen Mächte, welche die zaristische Selbstherrschaft schützten, gehen unter. Doch nur das klassenbewußte, nur das organisierte Proletariat ist imstande, diesen dunklen Mächten den Todesstoß zu versetzen. Nur das klassenbewußte und organisierte Proletariat ist imstande, dem Volk die wahre, die unverfälschte Freiheit zu erkämpfen. Nur das klassenbewußte und organisierte Proletariat ist imstande, jedem Versuch, das Volk zu prellen, seine Rechte zu schmälern, es zu einem bloßen Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie zu machen, Widerstand entgegenzusetzen.

Genossen Arbeiter! So laßt uns mit verzehnfachter Energie den nahenden Entscheidungskampf vorbereiten! Laßt uns die Reihen der sozialdemokratischen Proletarier enger schließen! Ihre Propaganda erfasse immer breitere Massen! Kühner entfalte sich die Agitation für die Arbeiterforderungen! Möge der Feiertag des 1. Mai uns Tausende neuer Kämpfer zuführen und unsere Kräfte in dem großen Kampf um die Freiheit des ganzen Volkes, um die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals verdoppeln!

Es lebe der achtstündige Arbeitstag!

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Nieder mit der verbrecherischen und räuberischen zaristischen Selbstherrschaft!

Geschrieben am 2. (15.) April 1904.
Veröffentlicht mit Änderungen im April 1904 als Flugblatt.

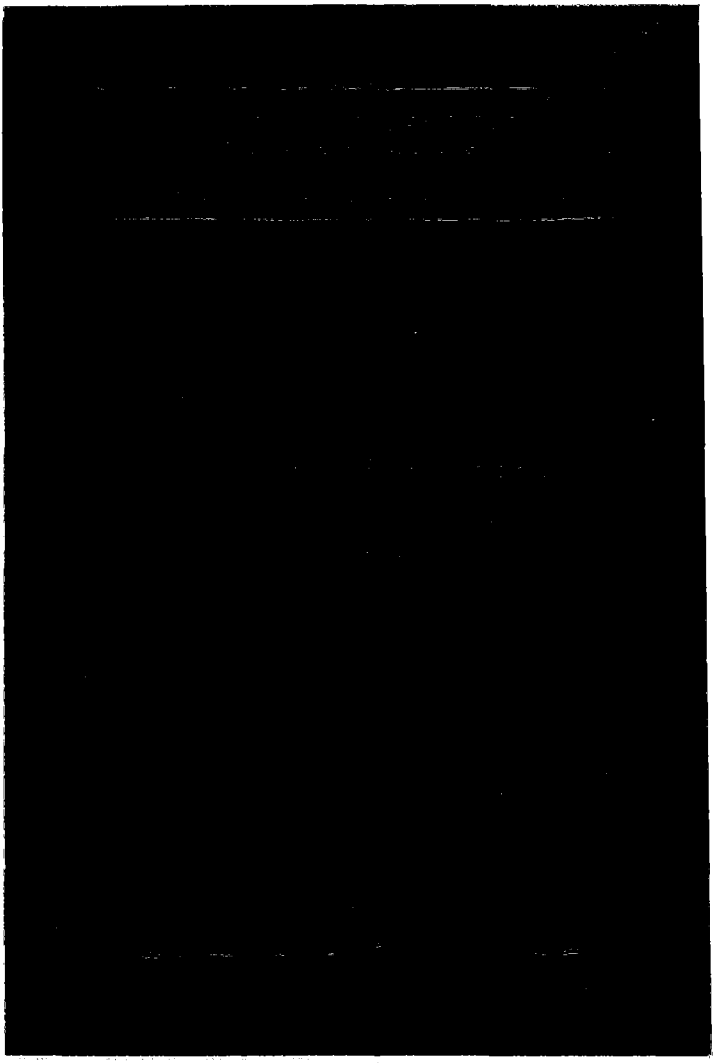
Nach dem Manuskript.

EIN SCHRITT VORWÄRTS, ZWEI SCHRITTE ZURÜCK

(Die Krise in unserer Partei)[61]

Geschrieben Februar — Mai 1904.
Veröffentlicht in Buchform im Mai 1904 in Genf.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Manuskript und dem Text des Sammelbandes: Wl. Iljin, „12 Jahre", 1907.



Umschlag von W. I. Lenins Buch
„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück"
1904

Verkleinert

VORWORT

Ist ein langwieriger, hartnäckiger, heißer Kampf im Gange, so kristallisieren sich nach Ablauf einer gewissen Zeit gewöhnlich die zentralen, grundlegenden Streitfragen heraus, von deren Lösung der endgültige Ausgang des Feldzugs abhängt und im Vergleich mit denen all die kleinen und geringfügigen Kampfepisoden immer mehr in den Hintergrund treten.

So verhält es sich auch mit unserem innerparteilichen Kampf, der nun schon seit einem halben Jahr die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf sich zieht. Und gerade weil ich in dem vorliegenden Abriß des gesamten Kampfes auf viele Kleinigkeiten, die von sehr geringem Interesse sind, und auf viele Streitigkeiten, die im Grunde genommen von gar keinem Interesse sind, eingehen mußte, eben deshalb möchte ich von Anfang an die Aufmerksamkeit des Lesers auf die zwei wirklich zentralen, grundlegenden Fragen lenken, die größtes Interesse verdienen, zweifellos geschichtliche Bedeutung haben und in unserer Partei als die brennendsten politischen Fragen auf der Tagesordnung stehen.

Die erste dieser Fragen betrifft die politische Bedeutung jener Teilung unserer Partei in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit", die auf dem zweiten Parteitag entstanden ist und alle früheren Teilungen der russischen Sozialdemokraten weit in den Hintergrund gerückt hat.

Die zweite Frage betrifft die prinzipielle Bedeutung der Stellung der neuen „Iskra" zu den organisatorischen Fragen, soweit diese Stellung eine wirklich prinzipielle ist.

Die erste Frage ist die Frage nach dem Ausgangspunkt unseres Parteikampfes, nach seinem Ursprung, seinen Ursachen, seinem grundlegenden

politischen Charakter. Die zweite Frage ist die Frage nach den Endergebnissen dieses Kampfes, nach seinem Ausgang und jenem prinzipiellen Fazit, das sich ergibt, wenn man alles zusammenfaßt, was in den Bereich der Prinzipien gehört, und alles beiseite läßt, was in den Bereich des Gezänks fällt. Die erste Frage wird gelöst durch eine Analyse des Kampfes auf dem Parteitag, die zweite – durch eine Analyse des neuen prinzipiellen Inhalts der neuen „Iskra". Sowohl die eine wie die andere Analyse, die den Inhalt von neun Zehnteln meiner Broschüre ausmachen, führen zu der Schlußfolgerung, daß die „Mehrheit" der revolutionäre, die „Minderheit" aber der opportunistische Flügel unserer Partei ist. Die Meinungsverschiedenheiten, die diese beiden Flügel gegenwärtig voneinander trennen, laufen hauptsächlich nicht auf programmatische und nicht auf taktische, sondern nur auf organisatorische Fragen hinaus. Das neue System von Anschauungen, das in der neuen „Iskra" um so deutlicher zum Ausdruck kommt, je mehr sie ihre Stellung zu vertiefen sucht und je mehr diese Stellung frei wird von dem Gezänk um die Kooptation, ist der Opportunismus in organisatorischen Fragen.

Der Hauptmangel der bisherigen Literatur über unsere Parteikrise liegt darin, daß hinsichtlich der Untersuchung und Beleuchtung der Tatsachen eine Analyse der Parteitagsprotokolle fast völlig fehlt, während hinsichtlich der Klärung der Hauptprinzipien in der organisatorischen Frage eine Analyse jenes Zusammenhangs fehlt, der zwischen dem Grundfehler der Genossen Martow und Axelrod in der Formulierung des ersten Paragraphen des Parteistatuts und in der Verteidigung dieser Formulierung einerseits und dem ganzen „System" (soweit hier von einem System überhaupt die Rede sein kann) der jetzigen grundsätzlichen Auffassungen der „Iskra" in der organisatorischen Frage anderseits zweifellos besteht. Die jetzige Redaktion der „Iskra" bemerkt diesen Zusammenhang anscheinend gar nicht, obwohl in der Literatur der „Mehrheit" auf die Bedeutung des Streits um den ersten Paragraphen bereits zur Genüge hingewiesen worden ist. Im Grunde genommen vertiefen, entwickeln und erweitern die Genossen Axelrod und Martow jetzt nur ihren ursprünglichen Fehler in bezug auf den ersten Paragraphen. Im Grunde genommen begann sich bereits in der Diskussion über den ersten Paragraphen die ganze Stellung der Opportunisten in der organisatorischen Frage abzuzeichnen: ihr Eintreten für eine verschwommene, nicht fest gefügte Parteiorganisation; ihre

Abneigung gegen den Gedanken (den „bürokratischen" Gedanken) des Aufbaus der Partei von oben nach unten, ausgehend vom Parteitag und den von ihm geschaffenen Körperschaften; ihr Bestreben, von unten nach oben zu gehen und es jedem Professor, jedem Gymnasiasten und „jedem Streikenden" selbst zu überlassen, ob er sich als Parteimitglied betrachten will; ihre Feindseligkeit gegen den „Formalismus", der vom Parteimitglied die Zugehörigkeit zu einer von der Partei anerkannten Organisation verlangt; ihr Hang zur Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der lediglich bereit ist, „die organisatorischen Beziehungen platonisch anzuerkennen"; ihre Schwäche für opportunistische Spitzfindigkeiten und anarchistische Phrasen; ihre Tendenz zum Autonomismus gegen den Zentralismus – kurzum all das, was jetzt in der neuen „Iskra" so üppige Blüten treibt und immer mehr dazu beiträgt, den ursprünglich gemachten Fehler vollständig und anschaulich zu verdeutlichen.

Was die Parteitagsprotokolle betrifft, so kann deren wahrhaft unverdiente Vernachlässigung nur dadurch erklärt werden, daß unsere Diskussionen mit Gezänk überladen sind, und wohl auch dadurch, daß diese Protokolle allzu viele, allzu bittere Wahrheiten enthalten. Die Parteitagsprotokolle ergeben ein in seiner Art einzigartiges und wegen seiner Genauigkeit, Vollständigkeit, Allseitigkeit, Reichhaltigkeit und Authentizität unersetzliches Bild der wirklichen Situation in unserer Partei, ein Bild der Anschauungen, Stimmungen und Pläne, gezeichnet von den Teilnehmern der Bewegung selbst, ein Bild der in der Partei vorhandenen politischen Schattierungen, aus dem man ihre relative Stärke, ihr Verhältnis zueinander und ihren Kampf ersieht. Gerade die Parteitagsprotokolle und nur diese Protokolle zeigen uns, inwieweit es uns gelungen ist, in Wirklichkeit alle Reste der alten, rein zirkelmäßigen Bindungen abzustreifen und sie durch die eine große Parteibindung zu ersetzen. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, wenn es an den Geschicken seiner Partei bewußt teilnehmen will, unsern Parteitag sorgfältig zu studieren – jawohl, zu studieren, denn das bloße Lesen des vielen Rohmaterials, aus dem die Protokolle bestehen, vermittelt noch kein Bild vom Parteitag. Nur durch sorgfältiges und selbständiges Studium kann (und muß) man erreichen, daß die kurzen Niederschriften der Reden, die trockenen Auszüge aus den Diskussionen und die kleinen Zusammenstöße in nebensächlichen (scheinbar nebensächlichen) Fragen zu einem einheitlichen Ganzen verschmelzen, damit vor

den Parteimitgliedern die Gestalt jedes wichtigen Redners gleichsam lebendig erstehe und ihnen das ganze politische Antlitz jeder Gruppe der Parteitagsdelegierten klar werde. Der Schreiber dieser Zeilen wird seine Arbeit nicht als unnütz betrachten, wenn es ihm gelingt, wenigstens den Anstoß zu einem umfassenden und selbständigen Studium der Parteitagsprotokolle zu geben.

Noch ein Wort über die Gegner der Sozialdemokratie. Sie feixen und sind schadenfroh über unsere Streitigkeiten; sie werden sich natürlich bemühen, einzelne Stellen aus meiner Broschüre, die den Mängeln und Unzulänglichkeiten unserer Partei gewidmet ist, für ihre Zwecke aus dem Zusammenhang zu reißen. Die russischen Sozialdemokraten haben bereits genügend im Kugelregen der Schlachten gestanden, um sich durch diese Nadelstiche nicht beirren zu lassen, um dessenungeachtet ihre Arbeit der Selbstkritik und rücksichtslosen Enthüllung der eigenen Mängel fortzusetzen, die durch das Wachstum der Arbeiterbewegung unbedingt und unvermeidlich ihre Überwindung finden werden. Die Herren Gegner aber mögen versuchen, uns ein Bild der *wahren* Sachlage in ihren „Parteien" zu zeigen, das auch nur im entferntesten dem Bild ähnelt, das die Protokolle unseres zweiten Parteitags bieten!

N. Lenin

Mai 1904

a) DIE VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

Es gibt einen Ausspruch, daß jeder das Recht hat, 24 Stunden lang seine Richter zu verfluchen. Unser Parteitag ist, wie jeder Parteitag jeder Partei, auch zum Richter gewisser Leute geworden, die auf den Posten von Führern Anspruch erhoben und Schiffbruch erlitten haben. Nun „verfluchen" diese Vertreter der „Minderheit" mit geradezu rührender Naivität „ihre Richter" und bemühen sich, den Parteitag auf jede Art und Weise zu diskreditieren, seine Bedeutung und Autorität herabzusetzen. Am deutlichsten ist dieses Bestreben wohl in dem Artikel von „Praktiker"[62] in Nr. 57 der „Iskra" zum Ausdruck gekommen, der sich über die Idee der souveränen „Göttlichkeit" des Parteitags empört. Das ist ein so charakteristischer Zug der neuen „Iskra", daß man nicht mit Schweigen über ihn hinweggehen darf. Die Redaktion, die in ihrer Mehrzahl aus Leuten besteht, die der Parteitag *abgelehnt hat*, bezeichnet sich einerseits nach wie vor als „Partei"redaktion, schließt aber anderseits Leute in ihre Arme, die behaupten, der Parteitag sei keine Gottheit. Hübsch, nicht wahr? Ja, meine Herren, der Parteitag ist allerdings keine Gottheit, was aber soll man von Leuten halten, die anfangen, den Parteitag „schlechtzumachen", *nachdem* sie auf ihm eine Niederlage erlitten haben?

In der Tat, man rufe sich die wichtigsten Tatsachen aus der Geschichte der Vorbereitung des Parteitags ins Gedächtnis zurück.

Die „Iskra" erklärte von Anfang an, in ihrer Ankündigung von 1900, die dem Erscheinen der Zeitung voranging, bevor man sich vereinige, müsse man sich voneinander abgrenzen. Die „Iskra" tat alles, die Konferenz von 1902[63] in eine private Beratung zu verwandeln und nicht in einen Parteitag.* Die „Iskra" ging im Sommer und Herbst 1902, als sie

* Siehe Protokolle des zweiten Parteitags, S. 20.

das auf dieser Beratung gewählte Organisationskomitee erneuerte, außerordentlich vorsichtig vor. Schließlich war die Abgrenzung vollendet, wie wir alle anerkannten. Das Organisationskomitee konstituierte sich knapp vor Jahresende 1902. Die „Iskra" begrüßt seine Konsolidierung und erklärt – im *Leit*artikel der Nr. 32 –, daß die Einberufung des Parteitags eine *dringende*, unaufschiebbare Notwendigkeit ist.* Somit kann man uns wohl zu allerletzt den Vorwurf machen, wir wären mit der Einberufung des zweiten Parteitags voreilig gewesen. Wir handelten streng nach der Regel: siebenmal abmessen, einmal abschneiden. Wir hatten das volle moralische Recht, uns darauf zu verlassen, daß die Genossen, nachdem einmal abgeschnitten war, nicht wieder zu klagen und neu abzumessen beginnen würden.

Das Organisationskomitee arbeitete ein peinlich genaues (formalistisches und bürokratisches, würden die Leute sagen, die jetzt mit diesen Schlagworten ihre politische Charakterlosigkeit zu verhüllen suchen) Statut des zweiten Parteitags aus, ließ dieses Statut von allen Komitees begutachten und bestätigte es schließlich, nicht ohne unter anderem in § 18 zu bestimmen: „Sämtliche Entschließungen des Parteitags und alle von ihm vorgenommenen Wahlen gelten als Parteibeschluß, der für alle Parteiorganisationen bindend ist. Sie können von niemandem und unter keinem Vorwand angefochten und nur vom nächsten Parteitag aufgehoben oder abgeändert werden."** Nicht wahr, wie harmlos sind doch an und für sich diese Worte, die seinerzeit stillschweigend als etwas Selbstverständliches angenommen wurden, und wie seltsam klingen sie jetzt – wie ein Urteil, das über die „Minderheit" gesprochen wird! Zu welchem Zweck wurde ein solcher Paragraph abgefaßt? Etwa nur zur Wahrung der Form? Natürlich nicht. Diese Entschließung schien notwendig und war es tatsächlich, denn die Partei bestand aus einer Reihe zersplitterter und selbständiger Gruppen, bei denen mit einer Nichtanerkennung des Parteitags zu rechnen war. Diese Entschließung brachte gerade den *guten Willen* aller Revolutionäre zum Ausdruck (von dem jetzt so oft und so unangebracht geredet wird, wobei man mit dem Wort gut euphemistisch umschreibt, was eher launenhaft heißen sollte). Sie kam einem von allen russischen Sozialdemokraten wechselseitig gegebenen *Ehrenwort* gleich. Sie

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 304. *Die Red.*

** Siehe Protokolle des zweiten Parteitags, S. 22/23 und 380.

sollte gewährleisten, daß die mit dem Parteitag verbundenen gewaltigen Anstrengungen, Gefahren und Ausgaben nicht umsonst sein werden, daß der Parteitag nicht in eine Komödie ausarten wird. Sie qualifizierte von vornherein jede Nichtanerkennung der Beschlüsse und der *Wahlen* des Parteitags als einen *Vertrauensbruch*.

Über wen macht sich also die neue „Iskra" lustig, die plötzlich entdeckt hat, daß der Parteitag keine Gottheit und seine Beschlüsse kein Heiligtum sind? Verbergen sich hinter ihrer Entdeckung „neue organisatorische Auffassungen" oder nur neue Versuche, die alten Spuren zu verwischen?

b) DIE BEDEUTUNG DER GRUPPIERUNGEN AUF DEM PARTEITAG

Der Parteitag war also nach sorgfältigster Vorbereitung, auf den Grundlagen einer im höchsten Grade vollständigen Vertretung einberufen. Die allgemeine Anerkennung der rechtmäßigen Zusammensetzung des Parteitags und der *unbedingten* Verbindlichkeit seiner Beschlüsse fand auch in der Erklärung des Vorsitzenden (S. 54 der Protokolle) nach der Konstituierung des Parteitags ihren Ausdruck.

Worin bestand nun die Hauptaufgabe des Parteitags? In der Schaffung einer *wirklichen* Partei auf jenen prinzipiellen und organisatorischen Grundlagen, die von der „Iskra" vorgeschlagen und ausgearbeitet worden waren. Daß der Parteitag gerade in dieser Richtung zu arbeiten hatte, das war vorweggenommen durch die dreijährige Tätigkeit der „Iskra" und ihre Anerkennung durch die Mehrheit der Komitees. Das Programm und die Richtung der „Iskra" sollten zum Programm und zur Richtung der Partei werden, die Organisationspläne der „Iskra" sollten im Organisationsstatut der Partei ihre Verankerung finden. Aber selbstverständlich konnte ein solches Ergebnis nicht ohne Kampf erzielt werden: die Vollständigkeit der Vertretung auf dem Parteitag sicherte die Anwesenheit auch von Organisationen auf ihm, die einen entschiedenen Kampf gegen die „Iskra" führten (der „Bund" und das „Rabotscheje Delo"), und von solchen, die zwar in Worten die „Iskra" als führendes Organ anerkannten, in Wirklichkeit aber ihre Sonderpläne verfolgten und sich durch Wankelmütigkeit in grundsätzlichen Fragen auszeichneten (die Gruppe

„Jushny Rabotschi" und die ihr nahestehenden Delegierten einiger Komitees). Unter diesen Umständen mußte sich der Parteitag zwangsläufig *in eine Arena des Kampfes um den Sieg der „Iskra"-Richtung verwandeln.* Daß der Parteitag tatsächlich ein solcher Kampf war, wird sofort jedem klar, der die Protokolle auch nur einigermaßen aufmerksam liest. Und unsere Aufgabe besteht jetzt darin, die Hauptgruppierungen, die sich in den verschiedenen Fragen auf dem Parteitag herausgebildet haben, bis ins einzelne zu verfolgen und auf Grund der genauen Angaben der Protokolle das politische Gesicht einer jeden Hauptgruppe des Parteitags wiederherzustellen. Was stellten jene Gruppen, jene Richtungen und jene Schattierungen eigentlich dar, die sich auf dem Parteitag, unter der Führung der „Iskra", zu einer einheitlichen Partei verschmelzen sollten? Das ist es, was wir durch eine Analyse der Debatten und Abstimmungen aufzeigen müssen. Die Klärung dieses Umstands ist von entscheidender Wichtigkeit sowohl für das Studium dessen, was unsere Sozialdemokraten in Wahrheit sind, als auch für das Verständnis der Ursachen der Differenzen. Aus diesem Grunde habe ich in meiner Rede auf der Konferenz der Auslandsliga und in meinem Brief an die Redaktion der neuen „Iskra" gerade die Analyse der verschiedenen Gruppierungen in den Vordergrund gerückt. Meine Opponenten unter den Vertretern der „Minderheit" (und Martow an ihrer Spitze) haben den Kern der Frage überhaupt nicht begriffen. Auf der Ligakonferenz beschränkten sie sich auf einzelne Berichtigungen, „rechtfertigten" sich gegen den ihnen gemachten Vorwurf, sie seien zum Opportunismus abgeschwenkt, und versuchten gar nicht, entgegen meiner Darstellung *irgendein anderes* Bild der Gruppierungen auf dem Parteitag zu zeichnen. Jetzt bemüht sich Martow in der „Iskra" (Nr. 56), alle Versuche, die verschiedenen politischen Gruppierungen auf dem Parteitag genau abzugrenzen, als bloße „Zirkelpolitikasterei" hinzustellen. Ein starkes Wort, Genosse Martow! Doch die starken Worte der neuen „Iskra" haben eine originelle Eigenschaft: man braucht sich nur alle Wendepunkte der Differenzen vom Parteitag an genau ins Gedächtnis zurückzurufen, und alle diese starken Worte kehren sich *vollständig und vor allem* gegen die jetzige Redaktion. Blickt in den Spiegel, meine Herren sogenannten Parteiredakteure, wenn ihr von Zirkelpolitikasterei redet!

Martow sind jetzt die Tatsachen unseres Kampfes auf dem Parteitag dermaßen unangenehm, daß er sich bemüht, sie völlig zu vertuschen. „Ein

Iskrist ist", sagt er, „wer auf dem Parteitag und vorher seine volle Solidarität mit der ‚Iskra' zum Ausdruck gebracht, ihr Programm und ihre organisatorischen Auffassungen verfochten und ihre Organisationspolitik unterstützt hat. Solcher Iskristen gab es auf dem Parteitag über vierzig, denn soviel Stimmen wurden für das Programm der ‚Iskra' und für die Resolution abgegeben, die ‚Iskra' als Zentralorgan der Partei anzuerkennen." Schlagt die Protokolle des Parteitags auf, und ihr werdet sehen, daß das Programm *von allen* angenommen worden ist (S. 233) und daß nur Akimow sich der Stimme enthalten hat. Genosse Martow möchte uns also weismachen, daß sowohl die Bundisten als auch Brucker und Martynow ihre „volle Solidarität" mit der „Iskra" *bewiesen* und deren organisatorische Auffassungen *verfochten* haben! Das ist lächerlich. Die Umwandlung *aller* Parteitagsteilnehmer in gleichberechtigte Parteimitglieder *nach* dem Parteitag (und nicht einmal aller, denn die Bundisten hatten ja den Parteitag verlassen) wird hier vermengt mit jener Gruppierung, die den Kampf *auf* dem Parteitag hervorrief. Die Untersuchung, *aus welchen Elementen* sich nach dem Parteitag die „Mehrheit" und die „Minderheit" zusammensetzten, wird ersetzt durch die offizielle Phrase: sie haben das Programm anerkannt!

Nehmt die Abstimmung über die Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan, und ihr werdet sehen, daß gerade Martynow, dem Genosse Martow jetzt mit einer Kühnheit, die einer besseren Sache würdig wäre, die Verfechtung der organisatorischen Auffassungen und der Organisationspolitik der „Iskra" zuschreibt, darauf besteht, die beiden Teile der Resolution – die bloße Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan und die Anerkennung ihrer Verdienste – voneinander zu trennen. Bei der Abstimmung über den ersten Teil der Resolution (Anerkennung der Verdienste der „Iskra" und *Solidarisierung* mit ihr) wurden *nur* 35 *Stimmen* dafür und zwei dagegen (Akimow und Brucker) abgegeben, während sich elf Delegierte der Stimme enthielten (Martynow, fünf Bundisten und fünf Stimmen der Redaktion: je zwei Stimmen hatten Martow und ich und eine Plechanow). Die Gruppe der Antiiskristen (fünf Bundisten und drei Vertreter des „Rabotscheje Delo") zeigt sich also ganz klar auch hier, an diesem, für die jetzigen Auffassungen Martows vorteilhaftesten und von ihm selbst gewählten Beispiel. Betrachtet die Abstimmung über den zweiten Teil der Resolution – die Anerkennung der „Iskra" als Zentral-

organ ohne jede Begründung und ohne Solidaritätserklärung (S. 147 der Protokolle): *dafür* wurden 44 Stimmen abgegeben, die der jetzige Martow schlankweg zu den Iskristen zählt. Insgesamt waren es 51 Stimmen; sieht man von den fünf Stimmenthaltungen der Redakteure ab, so bleiben 46; zwei stimmten *dagegen* (Akimow und Brucker), zu den übrigen 44 gehören folglich *alle fünf Bundisten*. Die Bundisten haben demnach auf dem Parteitag „ihre volle Solidarität mit der ‚Iskra' zum Ausdruck gebracht" – so wird die offizielle Geschichte von der offiziellen „Iskra" geschrieben! Wir wollen vorgreifen und dem Leser die wahren Hintergründe dieser offiziellen Wahrheit aufdecken: Die jetzige Redaktion der „Iskra" hätte tatsächlich eine Parteiredaktion (und nicht eine Quasi-Parteiredaktion, wie sie jetzt ist) sein können und wäre es auch gewesen, *wenn die Bundisten und die Leute vom „Rabotscheje Delo" den Parteitag nicht verlassen hätten*; und deshalb mußten diese treuesten Hüter der jetzigen sogenannten Parteiredaktion zu „Iskristen" erhoben werden. Doch darüber ausführlich später.

Ferner fragt es sich: Wenn der Parteitag ein Kampf zwischen iskristischen und antiiskristischen Elementen war, gab es da nicht auch unbeständige mittlere Elemente, die zwischen diesen und jenen schwankten? Wer unsere Partei auch nur einigermaßen kennt und weiß, wie ein Parteitag gewöhnlich aussieht, wird schon a priori* geneigt sein, diese Frage bejahend zu beantworten. Genosse Martow möchte jetzt nicht gern an diese unbeständigen Elemente erinnert werden, und so stellt er die Gruppe „Jushny Rabotschi" und die zu ihr tendierenden Delegierten als typische Iskristen und unsere Meinungsverschiedenheiten mit ihnen als geringfügig und unwichtig hin. Zum Glück liegt uns jetzt der volle Wortlaut der Protokolle vor, und wir können diese Frage – die Frage der Tatsachen selbstverständlich – auf Grund dokumentarischer Angaben entscheiden. Was wir oben über die allgemeine Gruppierung auf dem Parteitag gesagt haben, erhebt natürlich keinen Anspruch, diese Frage zu entscheiden, sondern nur, sie richtig zu stellen.

Ohne eine Analyse der politischen Gruppierungen, ohne ein Bild des Parteitags als eines Kampfes bestimmter Schattierungen kann man unsere Differenzen nicht verstehen. Martows Versuch, den Unterschied in den Schattierungen dadurch zu verkleistern, daß er sogar die Bundisten zu den

* von vornherein. *Die Red.*

Iskristen zählt, bedeutet ganz einfach, der Frage auszuweichen. Schon a priori, auf Grund der Geschichte der russischen Sozialdemokratie vor dem Parteitag, können (für die weitere Prüfung und das eingehende Studium) drei Hauptgruppen vermerkt werden: die Iskristen, die Antiiskristen und die unbeständigen, schwankenden, haltlosen Elemente.

c) BEGINN DES PARTEITAGS. – DER ZWISCHENFALL MIT DEM ORGANISATIONSKOMITEE

Es ist am zweckmäßigsten, die Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem Parteitag in der Reihenfolge der Sitzungen vorzunehmen, um die immer stärker hervortretenden politischen Schattierungen Schritt für Schritt zu verfolgen. Nur wenn es unbedingt notwendig ist, werden wir von der chronologischen Reihenfolge abweichen, um eng miteinander verbundene Fragen oder gleichartige Gruppierungen im Zusammenhang zu betrachten. Im Interesse der Unvoreingenommenheit werden wir uns bemühen, auf *alle* wichtigen Abstimmungen einzugehen, aber natürlich eine Menge von Voten über Kleinigkeiten unbeachtet lassen, die unsern Parteitag übermäßig viel Zeit gekostet haben (teils infolge unserer Unerfahrenheit und Unfähigkeit, das Material auf die Kommissions- und Plenarsitzungen zu verteilen, teils infolge von Verschleppungen, die an Obstruktion grenzten).

Die erste Frage, die Debatten hervorrief, bei denen sich verschiedene Schattierungen abzuzeichnen begannen, war die Frage, ob der Punkt „Stellung des ‚Bund' in der Partei" an erster Stelle (der Tagesordnung des Parteitags) behandelt werden sollte (S. 29–33 der Protokolle). Vom iskristischen Standpunkt aus, den Plechanow, Martow, Trotzki und ich verteidigten, konnte hierüber kein Zweifel bestehen. Das Ausscheiden des „Bund" aus der Partei hat die Richtigkeit unserer Erwägungen anschaulich gezeigt: Wenn der „Bund" nicht mit uns vereint marschieren und die organisatorischen Grundsätze anerkennen wollte, welche die Mehrheit der Partei mit der „Iskra" teilte, dann war es nutzlos und unsinnig, „so zu tun", als ob wir vereint marschieren, und den Parteitag nur in die Länge

zu ziehen (wie die Bundisten es taten). Die Frage war bereits in der Literatur vollauf geklärt, und für jedes halbwegs einsichtige Parteimitglied war es klar, daß es nur noch darum ging, die Frage unumwunden zu stellen und offen und ehrlich zu wählen: Autonomie (vereint marschieren) oder Föderation (sich trennen).

Ausweichend in ihrer ganzen Politik, wollten die Bundisten auch hier ausweichen und die Frage verschleppen. Ihnen schloß sich Gen. Akimow an, der sofort, anscheinend im Namen aller Anhänger des „Rabotscheje Delo", die organisatorischen Differenzen mit der „Iskra" in den Vordergrund schob (S. 31 der Protokolle). Auf die Seite des „Bund" und des „Rabotscheje Delo" stellte sich Gen. Machow (zwei Stimmen des Nikolajewer Komitees, das kurz vorher seine Solidarität mit der „Iskra" bekundet hatte!). Genossen Machow war die Frage vollkommen unklar, und als „wunden Punkt" betrachtete er auch „die Frage des demokratischen Aufbaus oder umgekehrt (das beachte man!) des Zentralismus" – genauso wie die Mehrheit unserer jetzigen „Partei"redaktion, die auf dem Parteitag diesen „wunden Punkt" noch nicht bemerkt hatte!

Gegen die Iskristen wandten sich also der „Bund", das „Rabotscheje Delo" und Gen. Machow, die zusammen gerade die zehn Stimmen hatten, die gegen uns abgegeben wurden (S. 33). *Dafür* wurden 30 *Stimmen* abgegeben – eine Zahl, um die herum, wie wir weiter unten sehen werden, die Stimmen der Iskristen oft schwankten. Die Zahl der Stimmenthaltungen betrug elf, wie sich herausstellte – anscheinend konnten sich diese Delegierten weder für die eine noch für die andere der kämpfenden „Parteien" entscheiden. Es ist interessant festzustellen, daß bei der Abstimmung über § 2 des Statuts des „Bund" (die Ablehnung dieses § 2 hatte den Austritt des „Bund" aus der Partei zur Folge) die Zahl der für § 2 abgegebenen Stimmen und der Stimmenthaltungen ebenfalls zehn betrug (S. 289 der Protokolle), wobei es eben die drei Vertreter des „Rabotscheje Delo" (Brucker, Martynow und Akimow) und Gen. Machow waren, die sich der Stimme enthielten. Offenbar war es *keine zufällige* Gruppierung, die sich bei der Abstimmung darüber ergab, an *welcher Stelle* die Frage des „Bund" behandelt werden solle. Offenbar waren alle diese Genossen nicht nur in der technischen Frage der Tagesordnung, sondern *auch sachlich* mit der „Iskra" nicht einverstanden. Seitens des „Rabotscheje Delo" sind diese sachlichen Differenzen wohl allen klar, Gen. Machow aber hat

in seiner Rede über den Austritt des „Bund" seinen Standpunkt unübertrefflich gekennzeichnet (S. 289/290 der Protokolle). Auf diese Rede lohnt es sich einzugehen. Gen. Machow sagte, nach der Resolution, welche die Föderation ablehnte, sei „die Stellung des ‚Bund' in der SDAPR für ihn aus einer grundsätzlichen Frage zu einer Frage der Realpolitik gegenüber einer historisch entstandenen nationalen Organisation geworden"; „hier konnte ich nicht umhin", fährt der Redner fort, „alle Folgen in Betracht zu ziehen, die sich aus unserer Abstimmung ergeben können, und deshalb hätte ich für Punkt zwei als Ganzes gestimmt". Gen. Machow hat sich den Geist der „Realpolitik" glänzend zu eigen gemacht: Grundsätzlich hatte er die Föderation *bereits* abgelehnt, und *deshalb hätte* er in der Praxis für einen Punkt des Statuts *gestimmt*, der diese Föderation verwirklicht! Und dieser „praktische" Genosse erläutert seine zutiefst grundsätzliche Haltung mit folgenden Worten: „Aber (das berühmte Schtschedrinsche „Aber"!) da meine Abstimmung für oder gegen nur grundsätzlicher Natur (!!) war und angesichts der fast einmütigen Abstimmung aller übrigen Parteitagsteilnehmer keine praktische Bedeutung haben konnte, zog ich es vor, mich der Stimme zu enthalten, um grundsätzlich..." (Gott behüte uns vor solcher Grundsätzlichkeit!) „...den Unterschied zwischen meiner Stellungnahme in diesem Falle und der Stellungnahme der Delegierten des ‚Bund' zu betonen, die für diesen Punkt stimmten. Dagegen hätte ich für diesen Punkt gestimmt, wenn die Delegierten des ‚Bund' sich der Stimme enthalten hätten, worauf sie ursprünglich bestanden." Das verstehe, wer kann! Ein Mann der Grundsätze verzichtet darauf, laut ja zu sagen, weil er das für praktisch nutzlos hält, wenn alle nein sagen.

Nach der Abstimmung darüber, an welcher Stelle der Tagesordnung die Frage des „Bund" behandelt werden solle, tauchte auf dem Parteitag die Frage der Gruppe „Borba" auf, die ebenfalls zu einer außerordentlich interessanten Gruppierung führte und mit dem „wundesten" Punkt des Parteitags, nämlich der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen, eng verknüpft war. Die Kommission, die über die Zusammensetzung des Parteitags zu bestimmen hatte, war entsprechend dem *zweimaligen* Beschluß des Organisationskomitees (siehe S. 383 und 375 der Protokolle) und dem Bericht *seiner Vertreter in der Kommission* (S. 35) gegen die Zulassung der Gruppe „Borba".

Gen. Jegorow, *Mitglied des OK*, erklärt, daß „die Frage der Gruppe ‚Borba'" (wohlgemerkt der Gruppe und nicht irgendeines ihrer Mitglieder) „für ihn neu ist", und bittet um eine Pause. Wie für ein Mitglied des OK eine Frage, die zweimal vom OK entschieden worden war, neu sein konnte, bleibt in undurchsichtiges Dunkel gehüllt. Während der Pause findet eine Sitzung des OK statt (S. 40 der Protokolle), und zwar jener Mitglieder, die zufällig auf dem Parteitag anwesend waren (mehrere Mitglieder des OK aus den Reihen der alten Mitglieder der „Iskra"-Organisation fehlten auf dem Parteitag).* Es beginnen die Debatten über die Gruppe „Borba". Die Leute vom „Rabotscheje Delo" sind für ihre Zulassung (Martynow, Akimow und Brucker, S. 36–38). Die Iskristen (Pawlowitsch, Sorokin, Lange[65], Trotzki, Martow u. a.) sind dagegen. Der Parteitag teilt sich wieder in die uns bereits bekannten Gruppierungen. Um die Gruppe „Borba" entspinnt sich ein langwieriger Kampf, und Gen. Martow hält eine besonders ausführliche (S. 38) und „kämpferische" Rede, in der er mit Recht darauf hinweist, daß die russischen und die ausländischen Gruppen „ungleichmäßig vertreten" sind, daß es wohl kaum „gut" wäre, einer ausländischen Gruppe ein „Privileg" einzuräumen (goldene Worte, die jetzt, vom Standpunkt der Ereignisse, die sich nach dem Parteitag abspielten, besonders lehrreich sind!), und daß man das „organisatorische Chaos in der Partei" nicht fördern dürfe, „das durch eine, von keinerlei prinzipiellen Erwägungen hervorgerufene Zersplitterung gekennzeichnet ist" (trifft haargenau zu... auf die „Minderheit" unseres Parteitags!). Außer den Anhängern des „Rabotscheje Delo" tritt *niemand* offen und motiviert für die Gruppe „Borba" ein, bis die Rednerliste geschlossen wird (S. 40). Man muß Gen. Akimow und seinen Freunden Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie haben sich zumindest nicht gewunden und nicht versteckt, sondern offen ihre Linie verfolgt, offen gesagt, was sie wollten.

Nachdem die Rednerliste geschlossen ist und zur *Sache* nicht mehr gesprochen werden darf, „fordert" Gen. Jegorow „dringend, daß der soeben gefaßte Beschluß des OK angehört wird". Kein Wunder, daß die Parteitagsteilnehmer über eine solche Handlungsweise empört sind, und Gen.

* Über diese Sitzung siehe den „Brief" Pawlowitschs[64], der Mitglied des OK war und vor dem Parteitag *einstimmig* zum Vertrauensmann der Redaktion, zu ihrem siebenten Mitglied gewählt wurde (Ligaprotokolle, S. 44).

Plechanow als Vorsitzender äußert sein „Befremden darüber, wie Gen. Jegorow auf seiner Forderung bestehen kann". Man möchte meinen, eines von beiden: entweder offen und bestimmt vor dem ganzen Parteitag zum Kern der Sache sprechen oder überhaupt nicht sprechen. Aber erst die Rednerliste schließen lassen und dann unter dem Vorwand des „Schlußworts" dem Parteitag eine *neue* Entschließung des OK auftischen – und zwar zu der behandelten Frage –, das ist gleichbedeutend mit einem Dolchstoß in den Rücken!

Die Sitzung wird nach der Mittagspause wieder eröffnet, und das Büro beschließt, immer noch befremdet, von „Formalitäten" Abstand zu nehmen und zu dem letzten, auf Parteitagen nur in äußersten Fällen gebräuchlichen Mittel der „kameradschaftlichen Auseinandersetzung" zu greifen. Ein Vertreter des OK, Popow, gibt die Entschließung bekannt, die von allen Mitgliedern des OK gegen die eine Stimme Pawlowitschs (S. 43) angenommen worden ist und dem Parteitag vorschlägt, Rjasanow einzuladen.

Pawlowitsch erklärt, daß er die Rechtmäßigkeit der Sitzung des OK bestritten habe und das auch weiterhin tue und daß die neue Entschließung des OK *„seinem früheren Beschluß widerspricht"*. Die Erklärung ruft einen Sturm hervor. Gen. Jegorow, ebenfalls Mitglied des OK und Mitglied der Gruppe „Jushny Rabotschi", weicht einer sachlichen Antwort aus und will das Schwergewicht auf die Frage der Disziplin verlegen. Gen. Pawlowitsch habe angeblich die Parteidisziplin verletzt (!), denn das OK habe nach Erörterung des Einspruchs von Pawlowitsch beschlossen, „dem Parteitag von der abweichenden Meinung Pawlowitschs keine Mitteilung zu machen". Die Debatten werden auf das Gebiet der Parteidisziplin verschoben, und Plechanow belehrt Gen. Jegorow unter lautem Beifall des Parteitags, daß *„es bei uns keine gebundenen Mandate gibt"* (S. 42, vgl. S. 379, Statut des Parteitags, § 7: „Die Delegierten dürfen in ihren Vollmachten nicht durch gebundene Mandate beschränkt sein. In der Ausübung ihrer Vollmachten sind sie völlig frei und unabhängig"). „Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei", und folglich verletzt die Parteidisziplin und das Parteistatut derjenige, der einen beliebigen Delegierten auf irgendeine Weise daran hindert, sich *unmittelbar* an den Parteitag zu wenden, und zwar in *allen* Fragen des Parteilebens, ohne jede Ausnahme. Die Streitfrage läuft also auf das Dilemma hinaus: Zirkelwesen oder Parteiprinzip? Einschränkung der Rechte der Parteitagsdele-

gierten im Namen eingebildeter Rechte oder Statuten verschiedener Kollegien und Zirkel, oder *vollständige*, nicht nur in Worten, sondern in der Tat vollständige Auflösung *aller* unteren Instanzen und alten Grüppchen vor dem Parteitag, bis wirkliche *Partei*behörden gebildet sind. Der Leser ersieht schon hieraus, welch gewaltige grundsätzliche Bedeutung diesem Streit ganz zu Beginn des Parteitags (3. Sitzung) zukam, der sich das Ziel gesteckt hatte, die Partei faktisch wieder aufzubauen. In diesem Streit konzentrierte sich sozusagen der Konflikt zwischen den alten Zirkeln und Grüppchen (wie dem „Jushny Rabotschi") und der wiedererstehenden Partei. Und die antiiskristischen Gruppen enthüllen sofort ihr wahres Gesicht: Sowohl der Bundist Abramson als auch Gen. Martynow, ein eifriger Parteigänger der jetzigen Redaktion der „Iskra", und der uns bekannte Gen. Machow – sie alle sprechen für Jegorow und die Gruppe „Jushny Rabotschi" gegen Pawlowitsch. Gen. Martynow, der jetzt, mit Martow und Axelrod wetteifernd, in organisatorischem „Demokratismus" schwelgt, erinnert sogar an... die Armee, wo man nur über die untere Instanz an die höhere appellieren kann!! Der wahre Sinn dieser „kompakten" antiiskristischen Opposition war vollkommen klar für jedermann, der am Parteitag teilgenommen oder der aufmerksam die innere Geschichte unserer Partei vor dem Parteitag verfolgt hat. Die Aufgabe der Opposition (die vielleicht sogar nicht immer von allen ihren Vertretern erkannt und manchmal nur aus Gewohnheit verteidigt wurde) bestand darin, die Unabhängigkeit, die Absonderung, die Klüngelinteressen der kleinen Grüppchen zu schützen, damit sie durch die breite, auf iskristischer Grundlage zu schaffende Partei nicht aufgesaugt würden.

Eben von diesem Standpunkt aus ging an die Frage denn auch Gen. Martow heran, der sich damals noch nicht mit Martynow zusammengetan hatte. Gen. Martow zieht entschlossen, und zwar mit Recht, gegen jene ins Feld, „deren Vorstellung von der Parteidisziplin nicht hinausgeht über die Pflichten eines Revolutionärs gegenüber der Gruppe *niederer* Ordnung, der sie angehören". „Jede *Zwangs*gruppierung" (hervorgehoben von Martow) „innerhalb der einheitlichen Partei ist unzulässig", erklärt Martow den Verfechtern des Zirkelwesens, ohne vorauszusehen, wie sehr er mit diesen Worten sein eigenes politisches Verhalten am Schluß des Parteitags und nach dem Parteitag geißelt... Die Zwangsgruppierung ist unzulässig für das OK, aber durchaus zulässig für die Redaktion. Die

Zwangsgruppierung wird von Martow aus der Perspektive der Zentralstelle verurteilt, und von Martow in dem Augenblick verteidigt, da er mit der Zusammensetzung der Zentralstelle unzufrieden ist...

Interessant ist die Tatsache, daß Gen. Martow in seiner Rede außer dem „gewaltigen Fehler" des Gen. Jegorow ganz besonders auch den vom OK bekundeten Mangel an politischer Festigkeit betont hat. „Im Namen des OK", wetterte er mit Recht, „wurde ein Antrag eingebracht, der dem Bericht der Kommission" (der – fügen wir von uns aus hinzu – auf dem Bericht der Mitglieder des OK beruhte; S. 43, Worte Kolzows) „und *den vorhergegangenen Anträgen des OK zuwiderläuft*" (hervorgehoben von mir). Wie man sieht, hat Martow *damals*, vor seiner „Schwenkung", klar verstanden, daß die völlig widerspruchsvolle und schwankende Handlungsweise des OK keineswegs dadurch aus der Welt geschafft wird, daß man die Gruppe „Borba" durch Rjasanow ersetzt (aus den Protokollen der Ligakonferenz, S. 57, können die Parteimitglieder erfahren, wie sich Martow nach seiner Schwenkung dazu stellte). Martow beschränkte sich damals nicht auf eine Untersuchung der Disziplinfrage; er fragte das OK auch geradeheraus: „Was geschah Neues, das einen *Kurswechsel*" (hervorgehoben von mir) „notwendig machte?" In der Tat, das OK brachte, als es seinen Antrag stellte, nicht einmal genügend Mut auf, seine Meinung offen zu vertreten, wie es Akimow und andere taten. Martow meint zwar, das stimme nicht (Ligaprotokolle, S. 56), aber die Leser der Parteitagsprotokolle werden sehen, daß Martow sich irrt. Popow, der den Antrag im Namen des OK einbringt, sagt *kein Wort* über die Motive (S. 41 der Parteitagsprotokolle). Jegorow verlegt das Schwergewicht auf die Disziplin, zur Sache selbst sagt er nur: „Beim OK konnten neue Erwägungen auftauchen..." (Ob sie jedoch auftauchten und welche, bleibt unbekannt.) „...es konnte jemanden einzutragen vergessen haben usw." (Dieses „usw." ist die einzige Zuflucht des Redners, denn das OK konnte die von ihm zweimal vor dem Parteitag und einmal in der Kommission behandelte Frage der Gruppe „Borba" nicht *vergessen* haben.) „Das OK faßte diesen Beschluß, nicht weil es seine Einstellung zur Gruppe ‚Borba' geändert hat, sondern weil es der künftigen Zentralorganisation der Partei bei den ersten Schritten ihrer Tätigkeit überflüssige Steine aus dem Weg räumen möchte." Das ist keine Begründung, sondern gerade ein Ausweichen vor einer Begründung. Jeder aufrichtige Sozialdemokrat (und wir lassen nicht

den geringsten Zweifel zu an der Aufrichtigkeit jedes, ganz gleich welchen Teilnehmers am Parteitag) sorgt dafür, daß alles beseitigt wird, was *er* als Stein des Anstoßes *betrachtet*, und zwar mit Hilfe *solcher Methoden*, die *er* für zweckmäßig *hält*. Begründen heißt erklären und seine Auffassung von den Dingen genau darlegen, nicht aber Binsenwahrheiten von sich geben. Eine Begründung aber *wäre unmöglich*, ohne daß man „seine Einstellung zur Gruppe ‚Borba' geändert hat", denn die früheren, entgegengesetzten Beschlüsse des OK hatten ebenfalls dafür gesorgt, daß Steine des Anstoßes aus dem Wege geräumt wurden, doch sahen sie diese „Steine" gerade im Umgekehrten. Gen. Martow griff dieses Argument außerordentlich scharf und außerordentlich gründlich an, er bezeichnete es als *„kleinlich"* und von dem Wunsche diktiert, *„sich herauszureden"*, und er gab dem OK den Rat, sich *„nicht davor zu fürchten, was die Leute sagen werden"*. Mit diesen Worten hat Gen. Martow glänzend das Wesen und den Sinn jener politischen Schattierung gekennzeichnet, die eine gewaltige Rolle auf dem Parteitag spielte und die sich eben durch Unselbständigkeit, Kleinlichkeit, durch das Fehlen einer eigenen Linie, durch die Furcht davor, was die Leute sagen werden, durch ewiges Schwanken zwischen den beiden bestimmten Lagern, durch die Angst, offen sein *Credo** abzulegen, kurzum durch „Versumpfung"** auszeichnete.

Diese politische Charakterlosigkeit der schwankenden Gruppe führte unter anderm dazu, daß auf dem Parteitag *niemand* außer dem Bundisten Judin (S. 53) eine Resolution über die Einladung eines Mitglieds der Gruppe „Borba" einbrachte. Für Judins Resolution wurden fünf Stimmen

---

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

** Es gibt jetzt in unserer Partei Leute, die, wenn sie dieses Wort hören, in Entsetzen geraten und über unkameradschaftliche Polemik zetern. Welch merkwürdige Entartung des Instinkts unter dem Einfluß eines offiziellen Gebarens..., das ganz unangebracht ist! Es gibt wohl kaum eine politische Partei, die innere Kämpfe kennt und ohne diesen Terminus auskäme, mit dem man stets haltlose Elemente bezeichnet, die zwischen den Kämpfern hin und her pendeln. Auch die Deutschen, die es verstehen, innere Kämpfe in einem unübertroffen korrekten Rahmen auszutragen, fühlen sich nicht gekränkt durch das Wort „versumpft", sie geraten nicht in Entsetzen und legen keine lächerliche offizielle Prüderie an den Tag.

abgegeben – offenbar stimmten alle Bundisten dafür: die schwankenden Elemente fielen noch einmal um! Wie groß die Stimmenzahl der Mittelgruppe ungefähr war, zeigten die Abstimmungen über die Resolutionen von Kolzow und Judin zu dieser Frage. Für die Resolution des Iskristen wurden 32 Stimmen abgegeben (S. 47), für die des Bundisten 16, d. h. außer den acht antiiskristischen Stimmen die zwei Stimmen des Gen. Machow (S. 46), vier Stimmen der Gruppe „Jushny Rabotschi" und noch zwei Stimmen. Wir werden sofort zeigen, daß diese Verteilung keineswegs als zufällig zu betrachten ist, doch wollen wir zuerst kurz die *jetzige* Meinung Martows über diesen Zwischenfall mit dem OK vermerken. Martow behauptete in der Liga, „Pawlowitsch und andere haben die Leidenschaften entfacht". Es genügt, in die Parteitagsprotokolle hineinzuschauen, um zu sehen, daß die längsten, hitzigsten und schärfsten Reden gegen die Gruppe „Borba" und das OK von Martow selber stammen. In seinem Bestreben, die „Schuld" auf Pawlowitsch abzuwälzen, demonstriert er nur seine Unbeständigkeit: Vor dem Parteitag hatte er eben Pawlowitsch als siebentes Mitglied in die Redaktion gewählt, auf dem Parteitag schloß er sich durchaus Pawlowitsch (S. 44) gegen Jegorow an, später aber, nachdem er durch Pawlowitsch eine Niederlage erlitten hatte, warf er ihm vor, er hätte „die Leidenschaften entfacht". Das ist einfach lächerlich.

In der „Iskra" (Nr. 56) spöttelt Martow darüber, daß der Einladung von X oder Y eine so große Bedeutung beigemessen wurde. Dieser Spott wendet sich wiederum gegen Martow, denn gerade der Zwischenfall mit dem OK diente als Ausgangspunkt zu den Auseinandersetzungen über eine so „wichtige" Frage wie die Kandidatur von X oder Y zum ZK und zum ZO. Es geht nicht an, mit zweierlei Maß zu messen, je nachdem, ob es sich um eine *eigene* „Gruppe niederer Ordnung" (im Verhältnis zur Partei) oder um eine *fremde* Gruppe handelt. Das ist eben Spießbürgerlichkeit und Zirkelwesen und keine parteimäßige Einstellung. Ein einfacher Vergleich der Rede Martows in der Liga (S. 57) mit seiner Rede auf dem Parteitag (S. 44) beweist dies zur Genüge. „Mir ist unverständlich", sagte Martow unter anderem auf der Ligakonferenz, „wie Leute es gleichzeitig fertigbringen, sich um jeden Preis Iskristen zu nennen und – sich zu schämen, Iskristen zu sein." Ein seltsames Verkennen des Unterschieds zwischen „sich nennen" und „sein", zwischen Wort und Tat. Martow selbst

nannte sich auf dem Parteitag einen Gegner der Zwangsgruppierungen, nach dem Parteitag aber *war* er ein Anhänger solcher Gruppierungen...

d) DIE AUFLÖSUNG DER GRUPPE „JUSHNY RABOTSCHI"

Die Teilung der Delegierten in der Frage des OK könnte vielleicht zufällig scheinen. Aber eine solche Meinung wäre irrig, und um sie zu beseitigen, wollen wir von der chronologischen Reihenfolge abweichen und gleich hier einen Zwischenfall behandeln, der sich zwar am Ende des Parteitags ereignete, aber mit dem vorhergehenden aufs engste zusammenhängt. Dieser Zwischenfall betraf die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi". Gegen die iskristischen Organisationstendenzen – den vollständigen Zusammenschluß der Parteikräfte und die Beseitigung des die Kräfte zersplitternden Chaos – standen hier die Interessen *einer* Gruppe, die Nützliches geleistet hatte, als es noch keine wirkliche Partei gab, und die bei zentralisierter Arbeitsweise überflüssig wurde. Im Namen der Zirkelinteressen konnte die Gruppe „Jushny Rabotschi" mit nicht geringerem Recht als die alte Redaktion der „Iskra" auf die Erhaltung der „Kontinuität" und auf ihre Unantastbarkeit Anspruch erheben. Im Namen der Parteiinteressen mußte sich diese Gruppe der Eingliederung ihrer Kräfte in „die entsprechenden Parteiorganisationen" fügen (S. 313, Schluß der vom Parteitag angenommenen Resolution). Vom Standpunkt der Zirkelinteressen und der „Spießbürgerlichkeit" mußte die Auflösung einer nützlichen Gruppe, die sich dagegen ebenso sträubte wie die alte Redaktion der „Iskra", notgedrungen „heikel" erscheinen (nach dem Ausdruck der Genossen Russow und Deutsch). Vom Standpunkt der Parteiinteressen war die Auflösung, das „Aufgehen" (ein Ausdruck Gussews) in der Partei notwendig. Die Gruppe „Jushny Rabotschi" erklärte unumwunden, sie „hält es nicht für nötig", sich für aufgelöst zu erklären, und verlangte, daß „der Parteitag entschieden seine Meinung sagt", und zwar „unverzüglich: ja oder nein". Die Gruppe „Jushny Rabotschi" berief sich offen auf dieselbe „Kontinuität", an welche die alte Redaktion der „Iskra"... nach ihrer Auflösung zu appellieren begonnen hatte! „Obwohl wir alle als Einzelpersonen die einheitliche Partei bilden", sagte Genosse Jegorow,

„so besteht sie dennoch aus einer ganzen Reihe von Organisationen, mit denen man *als mit historischen Größen* rechnen muß... Wenn eine solche Organisation *für die Partei nicht schädlich ist, so braucht sie nicht aufgelöst zu werden.*"

Somit war die wichtige *grundsätzliche* Frage ganz klar gestellt, und alle Iskristen wandten sich, solange ihre eigenen Zirkelinteressen noch nicht in den Vordergrund rückten, entschieden gegen die schwankenden Elemente (die Bundisten und zwei Vertreter vom „Rabotscheje Delo" waren zu dieser Zeit nicht mehr auf dem Parteitag; sie wären zweifellos aus Leibeskräften für die Notwendigkeit eingetreten, „mit den historischen Größen zu rechnen"). Die Abstimmung ergab 31 Stimmen *für* und fünf gegen die Auflösung bei fünf Stimmenthaltungen (vier Stimmen der Mitglieder der Gruppe „Jushny Rabotschi" und noch eine Stimme, wahrscheinlich die Belows, nach seinen früheren Erklärungen zu urteilen, S. 308). Es bildet sich eine klar umrissene Gruppe von *zehn Stimmen*, die dem konsequenten Organisationsplan der „Iskra" schroff ablehnend gegenübersteht und das Zirkelwesen gegen das Parteiprinzip verteidigt. In den Debatten stellen die Iskristen diese Frage ausdrücklich prinzipiell (siehe die Rede Langes, S. 315), sie wenden sich gegen Handwerklerei und Zerfahrenheit, lehnen es ab, auf „Sympathien" einzelner Organisationen Rücksicht zu nehmen, und sagen offen, daß „die Vereinigung der Partei und der Sieg jener Grundsätze des Programms, die wir hier bestätigt haben, schon früher erreicht worden wären, wenn die Genossen vom ‚Jushny Rabotschi' bereits vor einem Jahr oder vor zwei einen mehr prinzipiellen Standpunkt vertreten hätten". In diesem Sinne sprechen auch Orlow, Gussew, Ljadow, Murawjow, Russow, Pawlowitsch, Glebow und Gorin. Die Iskristen der „Minderheit" erheben nicht nur keinen Einspruch gegen diese auf dem Parteitag wiederholt gemachten ganz bestimmten Hinweise auf die ungenügend prinzipielle Politik und „Linie" des „Jushny Rabotschi", Machows und anderer, sie machen nicht nur keine Vorbehalte gegen diese Hinweise, sondern schließen sich ihnen im Gegenteil – durch den Mund von Deutsch – entschieden an, sie verurteilen das „Chaos" und begrüßen die „offene Fragestellung" (S. 315) durch denselben Gen. Russow, der sich *in der gleichen Sitzung* – o Graus! – erdreistete, auch die Frage der alten Redaktion auf rein parteimäßiger Ebene „offen zu stellen" (S. 325).

Bei der Gruppe „Jushny Rabotschi" hat die Frage ihrer Auflösung eine ungeheure Empörung hervorgerufen, deren Spuren auch in den Protokollen zu finden sind (man darf nicht vergessen, daß die Protokolle nur ein blasses Bild der Debatten geben, denn statt der ungekürzten Reden bringen sie nur ganz gedrängte Zusammenfassungen und Auszüge). Gen. Jegorow bezeichnete sogar die bloße Erwähnung der Gruppe „Rabotschaja Mysl" [66] neben dem „Jushny Rabotschi" als „Lüge" – ein bezeichnendes Musterbeispiel dessen, welche Einstellung zum konsequenten Ökonomismus auf dem Parteitag vorherrschte. Sogar noch viel später, in der 37. Sitzung, spricht Jegorow von der Auflösung des „Jushny Rabotschi" mit der größten Gereiztheit (S. 356) und bittet, ins Protokoll aufzuehmen, daß bei der Behandlung der Frage des „Jushny Rabotschi" die Mitglieder dieser Gruppe weder über die Mittel zur Herausgabe des Blattes noch über die Kontrolle des ZO und des ZK befragt wurden. Gen. Popow macht in der Debatte über den „Jushny Rabotschi" Anspielungen auf eine kompakte Mehrheit, welche die Frage dieser Gruppe gewissermaßen im voraus entschieden habe. *„Jetzt"*, sagt er (S. 316), *„nach den Reden der Genossen Gussew und Orlow, ist alles klar."* Der Sinn dieser Worte ist unzweideutig: Jetzt, da die Iskristen sich geäußert und eine Resolution vorgeschlagen haben, ist alles klar, d. h., es ist klar, daß der „Jushny Rabotschi" entgegen seinem Willen aufgelöst wird. Der Vertreter des „Jushny Rabotschi" unterscheidet hier selber zwischen den Iskristen (und dabei solchen wie Gussew und Orlow) und seinen eigenen Anhängern als Vertretern verschiedener „Linien" in der organisatorischen Politik. Und wenn die heutige „Iskra" die Gruppe des „Jushny Rabotschi" (und vermutlich auch Machow?) als „typische Iskristen" hinstellt, so zeigt das nur anschaulich, daß man die (vom Standpunkt dieser Gruppe) wichtigsten Ereignisse auf dem Parteitag vergessen hat und daß die neue Redaktion die Spuren verwischen möchte, die erkennen lassen, aus welchen Elementen sich die sogenannte „Minderheit" zusammensetzt.

Leider wurde auf dem Parteitag die Frage eines populären Presseorgans nicht angeschnitten. Alle Iskristen haben diese Frage sehr lebhaft erörtert, sowohl vor dem Parteitag als auch während des Parteitags außerhalb der Sitzungen; sie stimmten darin überein, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt des Parteilebens höchst unzweckmäßig wäre, ein solches Organ herauszugeben oder eines der bestehenden Blätter dafür zu verwenden.

Die Antiiskristen sprachen sich auf dem Parteitag im entgegengesetzten Sinne aus, die Gruppe „Jushny Rabotschi" in ihrem Bericht ebenfalls, und nur dem Zufall oder dem Wunsch, keine „hoffnungslose" Frage aufzuwerfen, ist es zu verdanken, daß nicht eine entsprechende Resolution mit zehn Unterschriften eingebracht wurde.

e) DER KONFLIKT WEGEN DER GLEICHBERECHTIGUNG DER SPRACHEN

Kehren wir zur Tagesordnung des Parteitags zurück.

Wir haben uns jetzt davon überzeugt, daß sich auf dem Parteitag noch vor dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung nicht nur eine ganz bestimmte Gruppe von Antiiskristen (acht Stimmen) deutlich herausbildete, sondern auch eine Gruppe von mittleren, unbeständigen Elementen, die bereit waren, diese Achtergruppe zu unterstützen und sie auf ungefähr 16–18 Stimmen zu erweitern.

Die Frage nach der Stellung des „Bund" in der Partei, die vom Parteitag außerordentlich, über alle Maßen ausführlich erörtert wurde, lief auf eine Entscheidung über eine grundsätzliche These hinaus, während die praktische Lösung bis zur Behandlung der organisatorischen Beziehungen verschoben wurde. Da in den Publikationen vor dem Parteitag der Erläuterung der einschlägigen Themen ziemlich viel Raum gewidmet war, zeitigte die Diskussion auf dem Parteitag verhältnismäßig wenig Neues. Es muß freilich bemerkt werden, daß die Anhänger des „Rabotscheje Delo" (Martynow, Akimow und Brucker) sich zwar mit Martows Resolution einverstanden erklärten, aber den Vorbehalt machten, daß sie diese Resolution für unzulänglich halten und über die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen anderer Meinung sind (S. 69, 73, 83 und 86).

Von der Frage der Stellung des „Bund" ging der Parteitag zum Programm über. Die Diskussion drehte sich hier größtenteils um kleinere Abänderungsanträge von geringem Interesse. Grundsätzlich äußerte sich die Opposition der Antiiskristen nur in dem Feldzug des Gen. Martynow gegen die sattsam bekannte Fragestellung von Spontaneität und Bewußtheit. Hinter Martynow stellten sich selbstverständlich geschlossen die Bundisten und die Leute vom „Rabotscheje Delo". Die Haltlosigkeit

seiner Einwände wurde unter anderem von Martow und Plechanow nachgewiesen. Als Kuriosum sei vermerkt, daß die Redaktion der „Iskra" jetzt (sicher nach einiger Überlegung) auf die Seite Martynows übergegangen ist und das Gegenteil von dem sagt, was sie auf dem Parteitag gesagt hat! Das entspricht wohl dem berühmten Prinzip der „Kontinuität"... Es bleibt abzuwarten, wann die Redaktion sich völlig klarmachen und uns auseinandersetzen wird, inwieweit, worin und seit wann sie mit Martynow eigentlich einverstanden ist. Bis dahin wollen wir nur fragen, ob man je ein *Partei*organ gesehen hat, dessen Redaktion nach dem Parteitag genau das Gegenteil von dem sagt, was sie auf dem Parteitag gesagt hat?

Wir überspringen die Auseinandersetzungen über die Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan (wir haben sie schon oben erwähnt) und den Beginn der Debatten über das Statut (es dürfte zweckmäßiger sein, sie zusammen mit der gesamten Aussprache über das Statut zu behandeln) und wollen zu den prinzipiellen Schattierungen übergehen, die bei der Erörterung des Programms zutage getreten sind. Vor allem wollen wir eine höchst charakteristische Einzelheit hervorheben: die Debatten über die proportionale Vertretung. Gen. Jegorow vom „Jushny Rabotschi" trat dafür ein, diese Frage ins Programm aufzunehmen, und zwar so, daß er Possadowski (einen Iskristen der „Minderheit") zu der berechtigten Bemerkung veranlaßte, es liege „eine ernste Meinungsverschiedenheit" vor. „Zweifellos", sagte Gen. Possadowski, „stimmen wir in folgender Grundfrage miteinander nicht überein: *Ist es notwendig, unsere künftige Politik den einen oder anderen demokratischen Grundprinzipien unterzuordnen und ihnen einen absoluten Wert zuzusprechen,* oder aber müssen alle demokratischen Prinzipien ausschließlich den Vorteilen unserer Partei untergeordnet werden? Ich trete entschieden für das letztere ein." Plechanow „schließt sich voll und ganz" Possadowski an und wehrt sich in noch bestimmteren und entschiedeneren Ausdrücken gegen den „absoluten Wert der demokratischen Prinzipien", gegen ihre „abstrakte" Auslegung. „Hypothetisch ist der Fall denkbar", sagt er, „daß wir Sozialdemokraten uns gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen. Die Bourgeoisie der italienischen Republiken hat einstmals Personen, die dem Adel angehörten, die politischen Rechte abgesprochen. Das revolutionäre Proletariat könnte die politischen Rechte der oberen Klassen in ähnlicher Weise einschränken,

wie die oberen Klassen einstmals seine politischen Rechte eingeschränkt haben." Plechanows Rede wird mit Händeklatschen und mit *Zischen* aufgenommen, und als Plechanow gegen den Zwischenruf* „Sie dürfen nicht zischen" protestiert und die Genossen bittet, sich keinen Zwang anzutun, da steht Gen. Jegorow auf und sagt: „Wenn solche Reden Händeklatschen hervorrufen, bin ich verpflichtet, zu zischen." Zusammen mit Gen. Goldblatt (einem Delegierten des „Bund") wendet sich Gen. Jegorow gegen die Auffassungen Possadowskis und Plechanows. Leider wurden die Debatten geschlossen, und die im Zusammenhang damit aufgetauchte Frage verschwand sofort von der Bildfläche. Doch vergebens sucht jetzt Gen. Martow ihre Bedeutung abzuschwächen und sogar ganz zu leugnen, indem er auf der Ligakonferenz erklärt: „Diese Worte (Plechanows) riefen bei einem Teil der Delegierten Empörung hervor, die sich leicht hätte vermeiden lassen, wenn Gen. Plechanow hinzugefügt hätte, daß man sich selbstverständlich eine so tragische Situation nicht vorstellen könne, in der das Proletariat zur Festigung seines Sieges solche politischen Rechte wie die Pressefreiheit mit Füßen treten müsse... (Plechanow: ‚Merci')" (S. 58 der Ligaprotokolle). Diese Auslegung steht in *direktem* Widerspruch zu der ganz kategorischen Erklärung des Gen. Possadowski *auf dem Parteitag* über eine „ernste Meinungsverschiedenheit" und eine Scheidung der Geister in einer „Grundfrage". In dieser Grundfrage haben sich alle Iskristen auf dem Parteitag *gegen* die Vertreter der antiiskristischen „Rechten" (Goldblatt) und das „Zentrum" des Parteitags (Jegorow) ausgesprochen. Das ist eine Tatsache, und man kann sicher sein, daß die ernste Meinungsverschiedenheit sofort in Erscheinung getreten wäre, wenn das „Zentrum" (ich hoffe, dieses Wort wird die „offiziellen" Anhänger der weichen Linie weniger schockieren als ein gewisses anderes...), wenn also das „Zentrum" (in Person der Genossen Jegorow oder Machow) sich zu dieser oder ähnlichen Fragen *„ungezwungen"* hätte äußern müssen.

Sie trat noch deutlicher in Erscheinung bei der Frage über die „Gleichberechtigung der Sprachen" (S. 171 ff. der Protokolle). In diesem Punkt sind nicht so sehr die Debatten aufschlußreich wie die Abstimmungen: Summieren wir die Stimmen, so erhalten wir die unglaubliche Zahl *sechzehn*! Und worum ging es? Darum, ob es genüge, im Programm die

* „Zwischenruf" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht usw. *und Sprache* festzulegen, oder ob es notwendig sei, zu sagen: „Freiheit der Sprache" oder „Gleichberechtigung der Sprachen". Gen. Martow hat auf der Ligakonferenz diese Episode ziemlich richtig gekennzeichnet, als er sagte: „Der geringfügige Streit um die Fassung dieses einen Programmpunktes gewann prinzipielle Bedeutung, weil die Hälfte des Parteitags bereit war, die Programmkommission zu stürzen." Genauso war es.* Der Anlaß des Zusammenstoßes war wirklich geringfügig, und dennoch nahm der Zusammenstoß einen zutiefst *prinzipiellen* Charakter und daher auch ungeheuer erbitterte Formen an, die bis zum Versuch gingen, die Programmkommission *„zu stürzen"*, bis zur Verdächtigung, man wolle *„den Parteitag hintergehen"* (diesen Verdacht sprach Jegorow gegen Martow aus!), bis zum Austausch von persönlichen Bemerkungen, die in... grobe Schimpfereien ausarteten (S. 178). Sogar Gen. Popow „drückte sein Bedauern aus, daß wegen Lappalien *eine solche Atmosphäre"* (hervorgehoben von mir, S. 182) „entstanden ist", wie sie in drei Sitzungen geherrscht hat (in der 16., 17. und 18. Sitzung).

Alle diese Äußerungen weisen höchst bestimmt und kategorisch auf die sehr wichtige Tatsache hin, daß die Atmosphäre der „Verdächtigungen"

---

* Martow fügt hinzu: „In diesem Falle hat uns Plechanows Witzelei über die Esel sehr geschadet" (als von der Freiheit der Sprache die Rede war, erwähnte ein Delegierter, wenn ich nicht irre, ein Bundist, unter den Institutionen auch Gestüte, und Plechanow ließ die Bemerkung fallen: „Pferde reden nicht, aber Esel reden mitunter"). Ich kann natürlich in dieser Witzelei keine besondere Weichheit, Nachgiebigkeit, Behutsamkeit und Elastizität sehen. Immerhin scheint es mir seltsam, daß Martow, der die *prinzipielle Bedeutung* des Streites anerkannt hat, überhaupt nicht auf eine Analyse dessen eingeht, worin hier das Prinzipielle besteht und welche Schattierungen sich hier gezeigt haben, sondern sich mit dem Hinweis auf den „Schaden" von Witzen begnügt. Das ist ein wahrhaft bürokratischer und formalistischer Standpunkt! Boshafte Witze haben tatsächlich „auf dem Parteitag sehr geschadet", und zwar Witze nicht nur über die Bundisten, sondern auch über diejenigen, die von den Bundisten des öfteren unterstützt und sogar vor der Niederlage bewahrt wurden. Sobald man jedoch die prinzipielle Bedeutung des Zwischenfalls anerkannt hat, kann man sich nicht mit der Redensart herauswinden, daß gewisse Witze „unzulässig" seien (S. 58 der Ligaprotokolle).

und der äußerst erbitterten Formen des Kampfes („Sturz") – die erzeugt zu haben nachher, auf der Ligakonferenz, der Mehrheit der Iskristen vorgeworfen wurde! – in Wirklichkeit entstanden war, *lange bevor wir uns in eine Mehrheit und eine Minderheit spalteten.* Ich wiederhole, das ist eine Tatsache von größter Wichtigkeit, die grundlegende Tatsache, deren Verkennung viele, sehr viele zu überaus leichtsinnigen Meinungen über die künstlich zustande gekommene Mehrheit am Schluß des Parteitags verleitet. Vom jetzigen Standpunkt des Gen. Martow, der versichert, daß auf dem Parteitag neun Zehntel Iskristen waren, ist die Tatsache, daß wegen „Lappalien", aus einem „geringfügigen" Anlaß ein Zusammenstoß erfolgen konnte, der „prinzipiellen Charakter" annahm und fast zum Sturz einer Parteitagskommission geführt hätte, absolut unerklärlich und unsinnig. Es wäre lächerlich, um diese *Tatsache* mit Wehklagen und Bedauern über Witze, die „geschadet" haben, herumkommen zu wollen. Eine *prinzipielle* Bedeutung konnte der Zusammenstoß wegen irgendwelcher boshaften Witze nicht erhalten; eine solche Bedeutung konnte sich nur aus dem Charakter der politischen Gruppierungen auf dem Parteitag ergeben. Nicht Schroffheiten und nicht Witzeleien haben den Konflikt hervorgerufen – sie waren nur ein *Symptom* dafür, daß in der politischen Gruppierung des Parteitags selbst ein „Widerspruch" liegt, daß sie jede Gewißheit eines Konflikts in sich birgt, daß sie eine innere Ungleichartigkeit aufweist, die aus jedem, *selbst dem geringfügigsten* Anlaß, mit immanenter Kraft durchbricht.

Von dem Standpunkt hingegen, von dem ich den Parteitag betrachte und den zu verteidigen ich für meine Pflicht halte – als bestimmte politische Auffassung der Ereignisse, auch wenn jemand an dieser Auffassung Anstoß nimmt –, von diesem Standpunkt ist der äußerst scharfe Konflikt *prinzipiellen* Charakters aus „geringfügigem" Anlaß durchaus erklärlich und unvermeidlich. Da auf unserem Parteitag *die ganze Zeit hindurch* ein Kampf der Iskristen gegen die Antiiskristen vor sich ging, da zwischen ihnen unbeständige Elemente standen, und da diese zusammen mit den Antiiskristen über ein Drittel der Stimmen verfügten (8 + 10 = 18 von 51, nach meiner selbstverständlich nur annähernden Berechnung), so ist es vollkommen verständlich und natürlich, daß *jeder Abfall, sei es auch nur einer kleinen Minderheit, von den Iskristen* die Möglichkeit eines Sieges der antiiskristischen Richtung schuf und daher einen

„wütenden" Kampf hervorrief. Das ist nicht das Ergebnis unangebracht scharfer Angriffe und Ausfälle, sondern das Ergebnis einer politischen Kombination. Nicht die Schroffheiten haben den politischen Konflikt erzeugt, sondern der politische Konflikt, den die Gruppierung des Parteitags selbst in sich barg, hat die Schroffheiten und Angriffe erzeugt – in dieser Gegenüberstellung besteht unsere entscheidende prinzipielle Meinungsverschiedenheit mit Martow, was die Einschätzung der politischen Bedeutung und der Ergebnisse des Parteitags betrifft.

Im Verlauf des ganzen Parteitags gab es drei größere Fälle, in denen von der Mehrheit der Iskristen ein kleiner Teil abfiel – die Gleichberechtigung der Sprachen, der erste Paragraph des Statuts und die Wahlen; und in allen diesen drei Fällen kam es zu einem erbitterten Kampf, der schließlich zu der jetzigen schweren Krise in der Partei führte. Um den politischen Sinn dieser Krise und dieses Kampfes zu erfassen, darf man sich nicht auf Redensarten über unerlaubte Witze beschränken, sondern muß die politischen Gruppierungen der Schattierungen analysieren, die auf dem Parteitag zusammengestoßen sind. Der Konflikt wegen der „Gleichberechtigung der Sprachen" bietet daher, wenn man der Ursache der Differenzen nachgeht, ein doppeltes Interesse, denn hier war Martow noch (war noch!) Iskrist und kämpfte vielleicht mehr als alle anderen gegen die Antiiskristen und das „Zentrum".

Der Krieg begann mit dem Streit zwischen Gen. Martow und dem Führer der Bundisten, Gen. Liber (S. 171/172). Martow beweist, daß die Forderung nach „Gleichberechtigung der Bürger" ausreichend ist. Die „Freiheit der Sprache" wird abgelehnt, aber sofort wird die Forderung nach „Gleichberechtigung der Sprachen" gestellt, und im Verein mit Liber läuft Gen. Jegorow auf die Schanzen. Martow erklärt, es sei *Fetischismus*, „wenn die Redner auf der Gleichberechtigung der Nationalitäten bestehen und die Rechtsungleichheit auf das Gebiet der Sprache verschieben. Indessen muß die Frage gerade umgekehrt betrachtet werden: Es besteht eine Rechtsungleichheit der Nationalitäten, die unter anderem auch darin zum Ausdruck kommt, daß Leute, die einer bestimmten Nation angehören, des Rechts beraubt sind, ihre Muttersprache zu gebrauchen." (S. 172.) Martow hatte damals vollkommen recht. Der absolut verfehlte Versuch Libers und Jegorows, die Richtigkeit ihrer Formulierung zu beweisen und uns anzudichten, daß wir den Grundsatz der Gleichberech-

tigung der Nationalitäten nicht durchführen wollen oder können, war tatsächlich eine Art Fetischismus. In Wirklichkeit verfochten sie wie echte „Fetischisten" nur das Wort und nicht das Prinzip, sie handelten nicht aus Furcht vor einem prinzipiellen Fehler, sondern aus Furcht vor dem, was die Leute sagen würden. Gerade diese Mentalität der Wankelmütigkeit (was wird, wenn uns deswegen die „andern" beschuldigen?) – die wir beim Zwischenfall mit dem Organisationskomitee festgestellt haben – ist hier mit vollkommener Klarheit auch von unserem ganzen „Zentrum" offenbart worden. Ein anderer Vertreter des „Zentrums", der dem „Jushny Rabotschi" nahestehende Delegierte des Berg- und Hüttenreviers Lwow, „hält die von den Randgebieten aufgeworfene Frage der Unterdrückung der Sprachen für sehr ernst. Es ist wichtig, daß wir bei der Aufnahme des Punktes über die Sprache in unser Programm jede Mutmaßung einer Russifizierung, deren man die Sozialdemokraten verdächtigen könnte, vermeiden." Eine bemerkenswerte Begründung für den „Ernst" der Frage. Die Frage sei *darum* sehr ernst, weil man mögliche Verdächtigungen seitens der Randgebiete vermeiden müsse! Der Redner sagt absolut nichts zur Sache, er antwortet nicht auf den Vorwurf des Fetischismus, sondern bestätigt ihn vollauf, indem er einen völligen Mangel an eigenen Argumenten offenbart und sich auf den Hinweis beschränkt, was die Randgebiete wohl sagen würden. Alles, was sie sagen *könnten*, wäre *falsch*, sagt man ihm. Anstatt zu untersuchen, ob das richtig oder falsch ist, antwortet er: *„Man könnte uns verdächtigen."*

Eine *solche* Fragestellung, die den Anspruch erhebt, ernst und wichtig zu sein, gewinnt tatsächlich schon prinzipiellen Charakter, allerdings nicht jenen, den hier die Liber, Jegorow und Lwow finden wollten. Prinzipieller Natur wird die Frage sein: Sollen wir den Organisationen und Mitgliedern der Partei anheimstellen, die allgemeinen und grundlegenden Sätze des Programms anzuwenden, sie den konkreten Bedingungen anzupassen und bei dieser Anwendung zu entwickeln, oder müssen wir aus bloßer Furcht vor Verdächtigungen das Programm mit kleinlichen Einzelheiten, speziellen Hinweisen, Wiederholungen und Kasuistik vollstopfen? Prinzipieller Natur wird die Frage sein, wie Sozialdemokraten in dem Kampf gegen die Kasuistik Versuche erblicken („uns verdächtigen") können, die elementaren demokratischen Rechte und Freiheiten einzuschränken. Wann werden wir uns endlich diese fetischistische Anbetung der Kasuistik ab-

gewöhnen? – das ist der Gedanke, der uns kam, als wir den Kampf um die „Sprachen" sahen.

Die Gruppierung der Delegierten in diesem Kampf wird besonders deutlich dank der Überfülle namentlicher Abstimmungen. Davon gab es volle drei. Gegen den iskristischen Kern stehen die ganze Zeit wie ein Mann alle Antiiskristen (acht Stimmen) und, mit minimalen Schwankungen, das ganze Zentrum (Machow, Lwow, Jegorow, Popow, Medwedew, Iwanow, Zarjow und Below – nur die beiden letzten schwankten am Anfang, bald enthielten sie sich der Stimme, bald stimmten sie mit uns, und erst bei der dritten Abstimmung nahmen sie eine klare Stellung ein). Von den Iskristen fällt ein Teil ab – hauptsächlich die Kaukasier (drei Delegierte mit sechs Stimmen) –, und dank diesem Umstand bekommt die Richtung des „Fetischismus" schließlich das Übergewicht. Bei der dritten Abstimmung, bei der die Anhänger der beiden Tendenzen ihre Stellung am klarsten zum Ausdruck brachten, gingen die drei Kaukasier mit den sechs Stimmen von den Iskristen der Mehrheit auf die gegnerische Seite über. Von den Iskristen der Minderheit trennten sich zwei Delegierte mit zwei Stimmen – Possadowski und Kostitsch. Bei den ersten beiden Abstimmungen gingen auf die gegnerische Seite über oder enthielten sich der Stimme: Lenski, Stepanow und Gorski von der Mehrheit, Deutsch von der Minderheit der Iskristen. *Der Abfall von acht iskristischen Stimmen (von insgesamt 33) gab der Koalition der Antiiskristen und der wankelmütigen Elemente das Übergewicht.* Das ist eben jene *grundlegende Tatsache* der Parteitagsgruppierung, die sich bei der Abstimmung über § 1 des Statuts und bei den Wahlen wiederholt hat (nur daß *andere* Iskristen abgefallen sind). Kein Wunder, daß diejenigen, die bei den Wahlen eine Niederlage erlitten haben, jetzt krampfhaft die Augen verschließen vor den *politischen Ursachen* dieser Niederlage, vor den *Ausgangspunkten* jenes Kampfes der Schattierungen, der die wankelmütigen und politisch charakterlosen Elemente vor der Partei immer mehr bloßstellte und immer schonungsloser entlarvte. Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen zeigt uns diesen Kampf um so klarer, als damals auch Gen. Martow das Lob und die Billigung Akimows und Machows noch nicht verdient hatte.

f) DAS AGRARPROGRAMM

Die prinzipielle Unbeständigkeit der Antiiskristen und des „Zentrums" äußerte sich deutlich auch in der Debatte über das Agrarprogramm, die auf dem Parteitag nicht wenig Zeit in Anspruch genommen (siehe S. 190 bis 226 der Protokolle) und nicht wenig außerordentlich interessante Fragen aufgeworfen hat. Wie zu erwarten war, eröffnet den Feldzug gegen das Programm Gen. Martynow (nach belanglosen Bemerkungen der Genossen Liber und Jegorow). Er führt das alte Argument ins Feld von der Korrektur „gerade der gegebenen geschichtlichen Ungerechtigkeit", durch die wir angeblich indirekt „die anderen geschichtlichen Ungerechtigkeiten heiligen" usw. Auf seine Seite stellt sich auch Gen. Jegorow, für den sogar „unklar ist, welche Bedeutung dieses Programm eigentlich hat. Ist es ein Programm für uns, d. h., legt es die Forderungen fest, die wir aufstellen, oder wollen wir es volkstümlich machen" (!?!?). Gen. Liber „möchte dasselbe anführen, was schon Gen. Jegorow angeführt hat". Gen. Machow tritt mit der ihm eigenen Entschiedenheit auf und erklärt, daß „die Mehrheit (?) der Redner entschieden nicht versteht, was das aufgestellte Programm darstellt und welche Ziele es verfolgt". Das vorgeschlagene Programm könne man „wohl kaum als ein sozialdemokratisches Agrarprogramm ansprechen"! Es... „riecht danach, als wolle man sich in der Korrektur der geschichtlichen Ungerechtigkeiten versuchen", es hafte ihm „eine Nuance Demagogie und Abenteurertum" an. Die theoretische Bekräftigung dieses tiefsinnigen Gedankens ist die übliche vulgärmarxistische Übertreibung und Verflachung: die Iskristen „wollen" angeblich „mit den Bauern umgehen, als seien sie in ihrer Zusammensetzung etwas Einheitliches; da aber die Bauernschaft schon seit langem (?) in Klassen geschichtet ist, so führt die Aufstellung eines einheitlichen Programms unvermeidlich dazu, daß das Programm als Ganzes demagogisch wird und bei der Verwirklichung zu einem Abenteuer ausartet" (202). Gen. Machow hat hier den wahren Grund „ausgeplaudert" für das ablehnende Verhalten vieler Sozialdemokraten zu unserem Agrarprogramm, die zwar bereit sind, die „Iskra" „anzuerkennen" (wie auch Machow selbst sie anerkannt hat), die aber über die Richtung, die theoretische und taktische Stellung der „Iskra" überhaupt nicht nachgedacht haben. Gerade die Vul-

garisierung des Marxismus in seiner Anwendung auf eine so komplizierte und vielseitige Erscheinung wie die heutige Struktur der russischen Bauernwirtschaft – nicht aber die Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen – war und ist die Ursache des Nichtverstehens dieses Programms. Und auf diesen vulgärmarxistischen Standpunkt einigten sich sehr rasch die Führer der antiiskristischen Elemente (Liber und Martynow) und des „Zentrums" – Jegorow und Machow. Gen. Jegorow brachte auch einen der charakteristischen Züge des „Jushny Rabotschi" und der zu ihm tendierenden Gruppen und Zirkel offen zum Ausdruck, nämlich das Nichtverstehen der Bedeutung der Bauernbewegung, das Verkennen der Tatsache, daß nicht eine Überschätzung, sondern umgekehrt eher eine Unterschätzung dieser Bedeutung (und der Mangel an Kräften für die Ausnutzung der Bewegung) die schwache Seite unserer Sozialdemokratie während der ersten berühmten Bauernaufstände war. „Ich bin weit entfernt von der Begeisterung der Redaktion für die Bauernbewegung", sagte Gen. Jegorow, „jener Begeisterung, die nach den Bauernunruhen viele Sozialdemokraten erfaßt hat." Nur hat sich Gen. Jegorow leider nicht die Mühe genommen, dem Parteitag einigermaßen genau zu sagen, worin diese Begeisterung der *Redaktion* zum Ausdruck gekommen ist, er hat sich nicht die Mühe genommen, konkrete Angaben über die von der „Iskra" gebrachten Beiträge zu machen. Er hat außerdem vergessen, daß *alle* Hauptpunkte unseres Agrarprogramms von der „Iskra" bereits in ihrer dritten Nummer* entwickelt worden waren, d. h. *lange* vor den Bauernunruhen. Wer nicht nur ein „Lippenbekenntnis" für die „Iskra" abgelegt hat, für den wäre es von Nutzen gewesen, sich auch etwas mehr um ihre theoretischen und taktischen Grundsätze zu kümmern!

„Nein, in der Bauernschaft können wir nicht viel ausrichten!" ruft Gen. Jegorow aus und erläutert im weiteren diesen Ausruf nicht im Sinne eines Protestes gegen diese oder jene vereinzelte „Begeisterung", sondern im Sinne einer Ablehnung unserer ganzen Haltung: „Das bedeutet auch, daß unsere Losung mit einer abenteuerlichen Losung nicht konkurrieren kann." Eine höchst charakteristische Formulierung eines prinzipienlosen Verhaltens zur Sache, das alles auf die „Konkurrenz" der Losungen verschiedener Parteien zurückführt! Und das sagt der Redner, nachdem er seine „Befriedigung" über die theoretischen Erklärungen ausgesprochen hat, in

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 422–430. *Die Red.*

denen darauf hingewiesen worden ist, daß wir einen dauernden Erfolg in der Agitation anstreben und uns durch vorübergehende Fehlschläge nicht beirren lassen und daß ein dauernder Erfolg (trotz des lauten Geschreis der „Konkurrenten"... für eine Minute) ohne eine feste theoretische Grundlage des Programms unmöglich ist (S. 196). Welch ein Wirrwarr enthüllt sich hier durch diese Versicherung der „Befriedigung" und die gleich darauf folgende Wiederholung der vulgären, vom alten Ökonomismus übernommenen Grundsätze, für den die „Konkurrenz der Losungen" alle Fragen nicht nur des Agrarprogramms, sondern auch des ganzen Programms und der gesamten Taktik des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes entschied. „Ihr werdet die Landarbeiter nicht zwingen", sagte Gen. Jegorow, „Schulter an Schulter mit den reichen Bauern um die Bodenabschnitte zu kämpfen, die sich bereits zum nicht geringen Teil in den Händen dieser reichen Bauern befinden."

Wieder dieselbe Vereinfachung, die zweifellos mit unserem opportunistischen Ökonomismus verwandt ist, der behauptete, man könne den Proletarier nicht „zwingen", um das zu kämpfen, was sich zum nicht geringen Teil in den Händen der Bourgeoisie befindet und künftig zu einem noch größeren Teil in ihre Hände geraten wird. Wieder dieselbe Vulgarisierung, welche die russischen Besonderheiten des allgemeinen kapitalistischen Verhältnisses zwischen Landarbeiter und reichem Bauern vergißt. Die Bodenabschnitte sind heute eine Last, sind tatsächlich eine Last *auch* für den Landarbeiter, den man nicht erst zu „zwingen" braucht, für die Befreiung von der Knechtschaft zu kämpfen. „Zwingen" muß man manche Intellektuelle – man muß sie zwingen, ihre Aufgaben breiter aufzufassen, muß sie zwingen, bei der Erörterung konkreter Fragen auf Schablonen zu verzichten, muß sie zwingen, mit der geschichtlichen Konjunktur zu rechnen, die unsere Ziele kompliziert und modifiziert. Nur das Vorurteil, daß der Bauer dumm sei, ein Vorurteil, das nach der treffenden Bemerkung des Gen. Martow (S. 202) in den Reden des Gen. Machow und anderer Gegner des Agrarprogramms zum Vorschein kommt – nur dieses Vorurteil erklärt den Umstand, daß diese Gegner die realen Lebensbedingungen unseres Landarbeiters vergessen.

Nachdem die Vertreter unseres „Zentrums" die Frage bis zur nackten Gegenüberstellung: Arbeiter und Kapitalist vereinfacht hatten, versuchten sie wie üblich, ihre Beschränktheit auf den Bauern abzuwälzen. „Eben

weil ich den Bauern", sagte Gen. Machow, „im Rahmen seines engen Klassenstandpunkts für klug halte, glaube ich, daß er für das kleinbürgerliche Ideal der Wegnahme und Aufteilung des Bodens sein wird." Hier werden offensichtlich zwei Dinge vermengt: die Kennzeichnung des Klassenstandpunkts des Bauern als eines Kleinbürgers *und die Einengung* dieses Klassenstandpunkts, *seine* Reduzierung auf einen „engen Rahmen". In dieser Reduzierung besteht eben der Fehler der Jegorow und Machow (genauso wie der Fehler der Martynow und Akimow in der Reduzierung des Standpunkts des Proletariers auf einen „engen Rahmen" bestand). Indessen lehren sowohl die Logik wie die Geschichte, daß der kleinbürgerliche Klassenstandpunkt gerade infolge der zwiespältigen Lage des Kleinbürgers mehr oder weniger eng, mehr oder weniger fortschrittlich sein kann. Unsere Aufgabe kann keineswegs darin bestehen, wegen der Beschränktheit („Dummheit") des Bauern oder wegen des „Vorurteils", das ihn beherrscht, die Flinte ins Korn zu werfen, sie muß vielmehr darin bestehen, sein Gesichtsfeld ständig zu erweitern und den Sieg seines Urteils über sein Vorurteil zu fördern.

Der vulgär„marxistische" Standpunkt in der russischen Agrarfrage fand seinen höchsten Ausdruck in den Schlußworten der prinzipiellen Rede des Gen. Machow, eines treuen Verteidigers der alten „Iskra"-Redaktion. Nicht umsonst wurden diese Worte mit – allerdings ironischem – Beifall aufgenommen. „Ich weiß natürlich nicht, was ich als Übel bezeichnen soll", sagt Gen. Machow, empört über Plechanows Bemerkung, daß die Bewegung zugunsten der schwarzen Umteilung uns keineswegs schrecke, daß nicht wir diese fortschrittliche (bürgerlich-fortschrittliche) Bewegung bremsen würden. „Aber diese Revolution, wenn man sie so nennen darf, wird nicht revolutionär sein. Richtiger gesagt, das wird keine Revolution mehr sein, sondern eine Reaktion (Heiterkeit), eine Revolution in der Art eines Aufruhrs ... Eine solche Revolution wird uns zurückwerfen, es wird danach eine gewisse Zeit nötig sein, um wieder zu der Lage zu kommen, die wir jetzt haben. Wir haben aber jetzt viel mehr als zur Zeit der Französischen Revolution (ironischer Beifall), wir haben eine sozialdemokratische Partei (Heiterkeit) ..." Ja, eine sozialdemokratische Partei, die so urteilen würde wie Machow oder die zentrale Körperschaften hätte, die sich auf Leute wie Machow stützen, würde in der Tat nur verdienen, daß man sie auslacht ...

Wir sehen also, daß auch in den rein prinzipiellen Fragen, die das Agrarprogramm aufgeworfen hat, die uns bereits bekannte Gruppierung sogleich zum Vorschein kam. Die Antiiskristen (acht Stimmen) ziehen im Namen des Vulgärmarxismus ins Feld, und hinter ihnen trotten die Führer des „Zentrums" drein, die Jegorow und Machow, sich ständig verheddernd und bei demselben engen Standpunkt landend. Es ist daher ganz natürlich, daß bei der Abstimmung über manche Punkte des Agrarprogramms 30 und 35 Stimmen dafür abgegeben wurden (S. 225 und 226), d. h. fast genau jene Zahl, die wir auch bei der Diskussion darüber, an welcher Stelle der Tagesordnung die Frage des „Bund" behandelt werden solle, bei dem Zwischenfall mit dem Organisationskomitee und bei dem Punkt über die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi" feststellen konnten. Es braucht nur eine Frage aufgeworfen zu werden, die halbwegs über den Rahmen der üblichen und bereits feststehenden Schablone hinausgeht, die eine einigermaßen selbständige Anwendung der Marxschen Theorie auf die eigentümlichen und neuen (für die Deutschen neuen) sozial-ökonomischen Verhältnisse erfordert – und sofort erweist es sich, daß die Iskristen, die auf der Höhe der Aufgabe stehen, nur über drei Fünftel der Stimmen verfügen, sofort schwenkt das ganze „Zentrum" zu den Liber und Martynow ab. Gen. Martow aber bemüht sich, diese offensichtliche Tatsache noch zu vertuschen, er umgeht ängstlich alle Abstimmungen, bei denen die Schattierungen deutlich in Erscheinung getreten sind!

Aus den Debatten zum Agrarprogramm ist der Kampf der Iskristen gegen gut zwei Fünftel des Parteitags klar ersichtlich. Die kaukasischen Delegierten haben hier einen vollkommen richtigen Standpunkt eingenommen – wahrscheinlich hauptsächlich dank dem Umstand, daß die nahe Kenntnis der örtlichen Formen zahlreicher Überreste der Leibeigenschaft sie vor jenen abstrakt-schülerhaften, nackten Gegenüberstellungen bewahrte, mit denen sich die Machow begnügten. Gegen Martynow und Liber, Machow und Jegorow wandten sich auch Plechanow und Gussew (der bestätigte, daß „eine so pessimistische Ansicht über unsere Arbeit im Dorf"... wie die Ansicht des Gen. Jegorow... ihm „unter den in Rußland wirkenden Genossen nicht selten begegnet ist"), ferner Kostrow[67], Karski und Trotzki. Letzterer wies mit Recht darauf hin, daß die „gutgemeinten Ratschläge" der Kritiker des Agrarprogramms „allzusehr nach *Philistertum* riechen". Freilich muß, was das Studium der politischen

Gruppierungen auf dem Parteitag betrifft, bemerkt werden, daß an dieser Stelle seiner Rede (S. 208) Genosse Lange wohl kaum zu Recht neben Jegorow und Machow gestellt worden ist. Wer die Protokolle aufmerksam liest, der muß sehen, daß Lange und Gorin durchaus nicht dieselbe Haltung einnehmen wie Jegorow und Machow. Lange und Gorin mißfällt die Formulierung des Punktes über die Bodenabschnitte, sie begreifen vollauf die Idee unseres Agrarprogramms, versuchen aber, sie *anders* zu verwirklichen, und arbeiten positiv daran, eine von ihrem Standpunkt weniger anfechtbare Formulierung zu finden; sie bringen Resolutionsentwürfe ein, um die Verfasser des Programms zu überzeugen oder sich auf ihre Seite gegen alle Nichtiskristen zu stellen. Es genügt z. B., Machows Anträge über die Ablehnung des gesamten Agrarprogramms (S. 212: dafür *neun*, dagegen 38 Stimmen) und seiner einzelnen Punkte (S. 216 u. a.) mit der Haltung Langes zu vergleichen, der eine selbständige Fassung des Punktes über die Bodenabschnitte *vorgelegt* hat (S. 225), um sich von dem grundlegenden Unterschied zwischen ihnen zu überzeugen.*

Als Gen. Trotzki weiter von den Argumenten sprach, die nach „Philistertum" riechen, wies er darauf hin, daß „wir uns in der kommenden revolutionären Periode mit der Bauernschaft verbinden müssen..." „Angesichts dieser Aufgabe sind der Skeptizismus und die politische ‚Weitsichtigkeit' Machows und Jegorows schädlicher als jede Kurzsichtigkeit." Gen. Kostitsch, ein anderer Iskrist der Minderheit, hob sehr treffend Machows „mangelndes Vertrauen zu sich selbst, zu seiner Prinzipienfestigkeit" hervor – eine Charakteristik, die haarscharf auf unser „Zentrum" zutrifft. „Im Pessimismus sind sich Gen. Machow und Gen. Jegorow begegnet, obwohl zwischen ihnen Schattierungen bestehen", fuhr Gen. Kostitsch fort. „Machow vergißt, daß die Sozialdemokraten heute bereits in der Bauernschaft arbeiten und deren Bewegung, soweit möglich, bereits leiten. Mit diesem ihrem Pessimismus engen sie das Ausmaß unserer Arbeit ein." (S. 210.)

Um die Frage der Programmdiskussion auf dem Parteitag abzuschließen, muß noch die kurze Debatte über die Unterstützung der oppositionellen Strömungen erwähnt werden. In unserem Programm wird deutlich gesagt, daß die sozialdemokratische Partei „jede *oppositionelle* und revolutionäre Bewegung unterstützt, *die sich gegen das in Rußland be-*

* Vgl. Gorins Rede, S. 213.

stehende soziale und politische System richtet" [68]. Man sollte glauben, diese letzte Einschränkung zeige hinreichend genau, *welche* oppositionellen Strömungen wir unterstützen. Trotzdem trat der Unterschied der Schattierungen, die in unserer Partei bereits seit langem vorhanden sind, sofort *auch hier* zutage, obwohl kaum anzunehmen war, daß in einer so oft durchgekauten Frage noch „Bedenken und Mißverständnisse" möglich seien! Es handelte sich also offenbar nicht um Mißverständnisse, sondern um *Schattierungen*. Machow, Liber und Martynow schlugen sofort Alarm und erwiesen sich wiederum in einer so „kompakten" Minderheit, daß Gen. Martow wohl auch dies als Intrige, als abgekartetes Spiel, als Diplomatie und ähnliche liebliche Dinge hätte hinstellen müssen (siehe seine Rede auf der Ligakonferenz), zu denen Leute ihre Zuflucht nehmen, die unfähig sind, sich in die politischen Hintergründe der Bildung von „kompakten" Gruppen sowohl der Minderheit wie der Mehrheit hineinzudenken.

Machow beginnt wieder mit der vulgären Vereinfachung des Marxismus. „Bei uns ist die einzige revolutionäre Klasse das Proletariat", erklärt er und zieht aus diesem richtigen Satz sofort den falschen Schluß: „die übrigen zählen nicht, sie sind das fünfte Rad am Wagen" (allgemeine Heiterkeit)... „Ja, das fünfte Rad am Wagen, und sie wollen nur die Nutznießer sein. Ich bin dagegen, daß man sie unterstützt." (S. 226.) Die unvergleichliche Art, wie Gen. Machow seinen Standpunkt formulierte, brachte viele (seiner Anhänger) in Verlegenheit, aber dem Wesen der Sache nach stimmten ihm sowohl Liber wie Martynow zu, als sie vorschlugen, das Wort „oppositionelle" zu streichen oder durch das einschränkende „demokratisch-oppositionelle" zu ersetzen. Gegen diesen Abänderungsantrag Martynows wandte sich mit Recht Plechanow. „Wir müssen die Liberalen kritisieren", sagte er, „ihre Halbschlächtigkeit entlarven. Das ist richtig... Während wir jedoch die Engstirnigkeit und Beschränktheit aller anderen Bewegungen außer der sozialdemokratischen entlarven, müssen wir zugleich dem Proletariat klar auseinandersetzen, daß im Vergleich zum Absolutismus sogar eine Verfassung, die kein allgemeines Wahlrecht gewährt, ein Schritt vorwärts ist und daß es daher die bestehenden Zustände einer solchen Verfassung nicht vorziehen darf." Die Genossen Martynow, Liber und Machow waren damit nicht einverstanden und verteidigten ihren Standpunkt, der von Axelrod, Starower, Trotzki und nochmals von Plechanow angegriffen wurde. Gen. Machow

brachte es dabei fertig, sich noch einmal selbst zu schlagen. Zuerst sagte er, die übrigen Klassen (außer dem Proletariat) „zählen nicht" und er sei „dagegen, daß man sie unterstützt". Dann gab er gnädig zu, daß „die ihrem Wesen nach reaktionäre Bourgeoisie häufig revolutionär ist, wenn es sich zum Beispiel um den Kampf gegen den Feudalismus und seine Überreste handelt". „Es gibt aber Gruppen", fuhr er fort, noch einmal vom Regen in die Traufe kommend, „die immer (?) reaktionär sind, wie z. B. die Handwerker." Zu solchen Glanzstücken prinzipieller Natur verstiegen sich also jene selben Führer unseres „Zentrums", die später mit Schaum vor dem Munde die alte Redaktion verteidigten! Gerade die Handwerker haben sogar in Westeuropa, wo das Zunftwesen so stark war, ebenso wie die übrigen städtischen Kleinbürger in der Epoche des Sturzes des Absolutismus einen besonders revolutionären Geist offenbart. Gerade von einem russischen Sozialdemokraten ist es daher besonders albern, gedankenlos das zu wiederholen, was unsere westeuropäischen Genossen von den jetzigen Handwerkern in einer Epoche sagen, die durch ein ganzes oder halbes Jahrhundert vom Sturze des Absolutismus getrennt ist. In Rußland ist das Gerede vom reaktionären Geist der Handwerker im Vergleich zur Bourgeoisie auf politischem Gebiet nichts weiter als eine mechanisch auswendig gelernte Phrase.

Leider ist in den Protokollen kein Hinweis auf die Zahl der Stimmen enthalten, die Martynows, Machows und Libers abgelehnte Abänderungsanträge zu dieser Frage auf sich vereinigten. Wir können nur sagen, daß die Führer der antiiskristischen Elemente und ein Führer des „Zentrums" * sich auch hier in der uns bereits bekannten Gruppierung gegen die Iskristen

* Ein anderer Führer dieser selben Gruppe, des „Zentrums", Gen. Jegorow, äußerte sich über die Unterstützung oppositioneller Strömungen an anderer Stelle, anläßlich der Resolution Axelrods über die Sozialrevolutionäre (S. 359). Gen. Jegorow sah einen „Widerspruch" zwischen der Forderung des Programms, jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung zu *unterstützen*, und der *ablehnenden* Haltung gegenüber den Sozialrevolutionären und den Liberalen. In anderer Form und von einer etwas anderen Seite an die Frage herangehend, verriet Gen. Jegorow hier dieselbe engstirnige Auffassung vom Marxismus und dieselbe wankelmütige, halb feindliche Haltung gegenüber der (von ihm „anerkannten") Stellung der „Iskra" wie die Genossen Machow, Liber und Martynow.

zusammenfanden. Faßt man *alle* Debatten über das *Programm* zusammen, so kommt man nicht um die Schlußfolgerung herum, daß es *kein einziges Mal* einigermaßen lebhafte Debatten von allgemeinem Interesse gab, in denen sich nicht die Verschiedenheit der Schattierungen offenbart hätte, die jetzt von Gen. Martow und der neuen Redaktion der „Iskra" verschwiegen wird.

g) DAS PARTEISTATUT DER ENTWURF DES GENOSSEN MARTOW

Vom Programm ging der Parteitag zum Statut über (wir übergehen die oben berührte Frage des ZO und die Delegiertenberichte, die von den meisten Delegierten leider nicht in befriedigender Form vorgelegt werden konnten). Unnötig zu sagen, daß die Frage des Statuts für uns alle von größter Bedeutung war. In der Tat, die „Iskra" war ja von Anfang an nicht nur als Publikationsorgan aufgetreten, sondern auch als *Organisationszelle*. Im Leitartikel der Nr. 4 („Womit beginnen?") hat die „Iskra" einen ganzen Organisationsplan* aufgestellt und diesen Plan *drei Jahre* lang systematisch und unbeirrt durchgeführt. Als der zweite Parteitag die „Iskra" als Zentralorgan anerkannte, da waren von den drei Punkten zur Begründung der entsprechenden Resolution (S. 147) zwei Punkte *gerade diesem Organisationsplan und den organisatorischen Ideen der „Iskra"* gewidmet: ihrer Rolle in der Leitung der *praktischen* Parteiarbeit und ihrer führenden Rolle in der Arbeit zur Vereinigung. Es ist daher vollkommen natürlich, daß die Tätigkeit der „Iskra" und das ganze Werk der Organisation der Partei, das ganze Werk der *faktischen* Wiederherstellung der Partei *nicht* als vollendet betrachtet werden *konnten*, wenn die Gesamtpartei nicht bestimmte organisatorische Ideen anerkannte und

* In seiner Rede über die Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan sagte Gen. Popow unter anderem: „Ich erinnere an den Artikel in Nr. 3 oder 4 der ‚Iskra': ‚Womit beginnen?'. Viele der in Rußland tätigen Genossen fanden ihn taktlos, anderen erschien dieser Plan phantastisch, und die Mehrheit (? vermutlich die Mehrheit des Kreises um Gen. Popow) erklärte, dahinter stecke nur Ehrgeiz." (S. 140.) Wie der Leser sieht, muß ich mich nachgerade daran gewöhnen, daß man meine politischen Ansichten als Ehrgeiz auslegt, denn diese Auslegung wird jetzt von den Genossen Axelrod und Martow aufgewärmt.

in aller Form festlegte. Diese Aufgabe sollte denn auch das Organisationsstatut der Partei erfüllen.

Die Hauptideen, welche die „Iskra" der Organisation der Partei zugrunde zu legen bestrebt war, liefen im wesentlichen auf folgende zwei hinaus: Die erste, die Idee des Zentralismus, legte prinzipiell die Methode fest, nach der sämtliche organisatorischen Teil- und Einzelfragen zu lösen sind. Die zweite betraf die besondere Rolle des ideologisch führenden Organs, der Zeitung, und zog die zeitweiligen und besonderen Anforderungen eben der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unter den Verhältnissen der politischen Sklaverei in Betracht, die bedingen, daß *zunächst* im Ausland eine Operationsbasis für den revolutionären Ansturm geschaffen wird. Die erste Idee, die allein prinzipielle, mußte das ganze Statut durchdringen; die zweite, eine Teilidee, aus den zeitweiligen Umständen des Ortes und der Aktionsmethode geboren, fand ihren Ausdruck in der *scheinbaren* Abweichung vom Zentralismus, in der Schaffung *zweier Zentralstellen: des ZO und des ZK.* Diese beiden Hauptideen der iskristischen Organisation der Partei wurden von mir sowohl in dem Leitartikel der „Iskra" (Nr. 4) „Womit beginnen?" * als auch in „Was tun?" ** entwickelt und zuletzt fast in der Form eines Statuts im „Brief an einen Genossen" *** eingehend erläutert. Im Grunde genommen blieb nur noch eine redaktionelle Arbeit, um die Paragraphen des Statuts zu formulieren, das eben diese Ideen ins Leben umsetzen sollte, wenn die Anerkennung der „Iskra" nicht nur auf dem Papier stand, nicht nur eine konventionelle Phrase war. Im Vorwort zu dem von mir neu herausgegebenen „Brief an einen Genossen" habe ich bereits darauf hingewiesen, daß ein einfacher Vergleich des Parteistatuts mit dieser Broschüre genügt, um die völlige Übereinstimmung der organisatorischen Ideen hier und dort festzustellen.†

Was die redaktionelle Arbeit betrifft, um die organisatorischen Ideen der „Iskra" im Statut zu formulieren, so muß ich einen Zwischenfall erwähnen, den Gen. Martow herbeigeführt hat. „...Eine Darlegung der Tatsachen wird Ihnen zeigen", sagte Martow auf der Ligakonferenz

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 1—13. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 355—551. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 6, S. 223—244. *Die Red.*

† Siehe den vorliegenden Band, S. 124/125. *Die Red.*

(S. 58), „wie unerwartet für Lenin mein Abgleiten zum Opportunismus gelegentlich dieses (d. h. des ersten) Paragraphen war. Anderthalb oder zwei Monate vor dem Parteitag zeigte ich Lenin meinen Entwurf, wo § 1 genauso gefaßt war, wie es von mir auf dem Parteitag vorgeschlagen wurde. Lenin sprach sich gegen meinen Entwurf aus, der ihm zu sehr ins Detail ging, und sagte, ihm gefiele nur die Idee des § 1 – die Definition der Mitgliedschaft, die er in sein Statut mit Abänderungen übernehmen würde, denn er fände meine Formulierung unglücklich. Lenin kannte also meine Formulierung schon längst, er kannte auch meine Ansichten in dieser Frage. Sie sehen also, daß ich mit offenem Visier zum Parteitag gefahren bin, ohne meine Ansichten zu verheimlichen. Ich hatte vorher angekündigt, daß ich gegen die beiderseitige Kooptation, gegen den Grundsatz der Einstimmigkeit bei der Kooptation ins Zentralkomitee und ins Zentralorgan usw. kämpfen würde."

Was die Ankündigung des Kampfes gegen die beiderseitige Kooptation betrifft, so werden wir an anderer Stelle sehen, wie sich die Sache verhielt. Jetzt wollen wir uns erst das „offene Visier" des Martowschen Statuts ansehen. Als Martow in der Liga aus dem Gedächtnis die Episode mit seinem mißlungenen Entwurf mitteilte (den Martow auf dem Parteitag selber als mißlungen zurückzog, nach dem Parteitag aber mit der ihm eigenen Konsequenz wieder ans Tageslicht förderte), hatte er, wie das so geht, vieles vergessen und brachte daher wieder vieles durcheinander. Man sollte meinen, es hätte schon Tatsachen genug gegeben, die vor Berufungen auf Privatgespräche und auf das eigene Gedächtnis warnten (unwillkürlich erinnern sich die Leute nur an das, was für sie vorteilhaft ist!), und doch schöpft Martow aus minderwertigen Quellen, da er keine anderen hat. Jetzt beginnt sogar Gen. Plechanow ihn nachzuahmen – schlechte Beispiele verderben eben gute Sitten.

Die „Idee" des ersten Paragraphen in Martows Entwurf konnte mir nicht „gefallen", denn sein Entwurf enthielt *keine einzige Idee*, die auf dem Parteitag zum Vorschein gekommen wäre. Sein Gedächtnis ließ ihn im Stich. Zum Glück fand ich in meinen Papieren Martows Entwurf, wo *„der erste Paragraph gerade nicht so gefaßt ist, wie es von ihm auf dem Parteitag vorgeschlagen wurde"*! Und das nennt sich „offenes Visier"!

§ 1 in Martows Entwurf lautet: „Als zugehörig zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt

und für die Verwirklichung ihrer Aufgaben unter der Kontrolle und Leitung der Organe (sic!) der Partei aktiv arbeitet."

§ 1 in meinem Entwurf lautet: „Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt."

§ 1 in der Formulierung, die von Martow auf dem Parteitag vorgeschlagen und vom Parteitag angenommen wurde, lautet: „Als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt, die Partei in materieller Hinsicht unterstützt und ihr unter der Leitung einer ihrer Organisationen regelmäßig persönlichen Beistand leistet."

Aus dieser Gegenüberstellung ist deutlich zu ersehen, daß Martows Entwurf eben gar keine *Idee* enthält und nur eine *leere Redensart* ist. Daß die Parteimitglieder unter der Kontrolle und Leitung der *Organe* der Partei arbeiten, versteht sich von selbst, *das kann auch nicht anders sein*, davon reden nur Leute, die gern reden, um nichts zu sagen, die gern die „Statuten" mit einer Unmenge inhaltsloser Worte und bürokratischer (d. h. für die Sache unnötiger, aber für die Fassade angeblich nötiger) Formeln füllen. Die *Idee* des ersten Paragraphen tritt erst klar hervor, wenn man die Frage stellt: können die *Parteiorgane in der Tat* ihre leitende Rolle Parteimitgliedern gegenüber verwirklichen, *die keiner Parteiorganisation angehören*? Von dieser Idee ist in dem Entwurf des Gen. Martow auch nicht die Spur zu finden. Folglich konnte *ich* die „Ansichten" des Gen. Martow „in dieser Frage" *nicht kennen*, denn der Entwurf des Gen. Martow *enthält gar keine Ansichten* in *dieser Frage*. Die Tatsachen sind in der Darlegung des Gen. Martow mithin *durcheinandergeworfen*.

Umgekehrt muß man gerade von Gen. Martow sagen, daß er aus meinem Entwurf „meine Ansichten in dieser Frage kannte" und nicht dagegen protestierte, sie weder im Redaktionskollegium widerlegte, obwohl mein Entwurf zwei bis drei Wochen vor dem Parteitag allen vorgelegen hatte, noch vor den Delegierten, die sich *nur* mit meinem Entwurf bekannt machten. Ja, noch mehr. Sogar *auf dem Parteitag*, als ich meinen Entwurf des Statuts einbrachte* und ihn *vor der Wahl der Statutenkommission* ver-

* Nebenbei bemerkt. Die Protokollkommission veröffentlichte in der Beilage XI den Statutenentwurf, *„der auf dem Parteitag von Lenin eingebracht*

teidigte, erklärte Gen. Martow eindeutig: „Ich schließe mich den Schlußfolgerungen des Gen. Lenin an. *Nur in zwei Fragen bin ich mit ihm nicht einverstanden*" (hervorgehoben von mir) – hinsichtlich des Modus für die Zusammensetzung des Rates und der einstimmigen Kooptation (S. 157). Von einem *Nichteinverstandensein* hinsichtlich des § 1 ist hier noch mit *keinem Wort die Rede.*

In seiner Broschüre über den Belagerungszustand hielt es Gen. Martow für notwendig, noch einmal, und zwar besonders ausführlich an sein Statut zu erinnern. Er versichert dort, sein Statut, das er auch heute noch (Februar 1904 – wer weiß, was in drei Monaten sein wird!) mit Ausnahme einiger nebensächlicher Einzelheiten zu unterschreiben bereit sei, habe „seine ablehnende Haltung zur Hypertrophie des Zentralismus deutlich genug zum Ausdruck gebracht" (S. IV). Daß dieser Entwurf dem Parteitag nicht vorgelegt wurde, erklärt Gen. Martow *jetzt* erstens damit, daß die „iskristische Erziehung ihm Geringschätzung gegenüber Statuten eingeflößt" habe (wenn es Gen. Martow in den Kram paßt, bedeutet das Wort iskristisch für ihn nicht enges Zirkelwesen, sondern die prinzipienfesteste Richtung! Schade nur, daß die iskristische Erziehung im Laufe von drei Jahren Gen. Martow nicht Geringschätzung gegenüber der anarchistischen Phrase eingeflößt hat, mit deren Hilfe intellektuelle Wankelmütigkeit die Verletzung des gemeinsam angenommenen Statuts zu rechtfertigen vermag). Zweitens hätte er, Gen. Martow, es vermeiden wollen, „auch nur den kleinsten Mißton in die Taktik jenes organisatorischen Grundkerns, den die ‚Iskra' darstellte, hineinzubringen". Wie außer-

wurde" (S. 393). Die Protokollkommission hat hier auch ein wenig Verwirrung gestiftet. Sie verwechselte meinen *ursprünglichen* Entwurf (siehe Werke, Bd. 6, S. 475—477. *Die Red.*), der allen Delegierten (und sehr vielen vor dem Parteitag) gezeigt wurde, mit dem Entwurf, *der auf dem Parteitag eingebracht wurde*, und *veröffentlichte den ersten* an Stelle des zweiten. Ich habe gegen die Veröffentlichung meiner Entwürfe natürlich nichts einzuwenden, *sei es auch in allen Stadien ihrer Vorbereitung*, doch darf man dabei keine Verwirrung stiften. Eine Verwirrung entstand aber, denn Popow und Martow (S. 154 und 157) kritisieren Formulierungen in dem von mir auf dem Parteitag tatsächlich eingebrachten Entwurf, die der von der Protokollkommission veröffentlichte *Entwurf gar nicht enthält* (vgl. S. 394, §§ 7 und 11). Bei etwas mehr Aufmerksamkeit wäre es ein leichtes gewesen, durch einfaches Vergleichen der von mir zitierten Seiten den Irrtum zu entdecken.

ordentlich logisch das klingt! In der *prinzipiellen* Frage der opportunistischen Formulierung des § 1 oder der Hypertrophie des Zentralismus hatte Gen. Martow so große Angst vor einem Mißton (der nur vom engsten Zirkelstandpunkt aus schrecklich ist), daß er seine Meinungsverschiedenheiten nicht einmal vor einem solchen Kern wie der Redaktion zum Ausdruck brachte! In der *praktischen* Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen aber appellierte Gen. Martow gegen das Votum der Mehrheit der Mitglieder der „Iskra"-Organisation (dieses wirklichen *organisatorischen Grundkerns*) an den „Bund" und die Leute vom „Rabotscheje Delo". Den „Mißton" in seinen Phrasen, durch die er das Zirkelwesen zum Schutze der Quasi-Redaktion einschmuggelt, um das „Zirkelwesen" in der Beurteilung der Frage durch jene abzulehnen, die am kompetentesten dazu sind, diesen Mißton bemerkt Gen. Martow nicht. Zur Strafe wollen wir seinen Statutenentwurf *ungekürzt* anführen und unserseits hervorheben, welche *Ansichten* und welche *Hypertrophie* er offenbart*:

„Entwurf des Parteistatuts. — I. Zugehörigkeit zur Partei. — 1. Als zugehörig zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und für die Verwirklichung ihrer Aufgaben unter der Kontrolle und Leitung der Organe der Partei aktiv arbeitet. — 2. Über den Ausschluß eines Mitglieds aus der Partei wegen Handlungen, die mit den Interessen der Partei unvereinbar sind, beschließt das Zentralkomitee. [Das begründete Urteil über den Ausschluß wird im Archiv der Partei aufbewahrt und auf Verlangen jedem Komitee der Partei mitgeteilt. Gegen den Ausschluß durch das ZK kann an den Parteitag appelliert werden, wenn zwei oder mehr Komitees es fordern] ..." In Klammern werde ich die *offensichtlich* inhaltslosen Sätze des Martowschen Entwurfs setzen, die nicht nur keine „Idee" enthalten, sondern auch keine bestimmte Bedingung oder Forderung — wie den einzigartigen Hinweis im „Statut", *wo* das Urteil aufzubewahren ist, oder die Klausel, daß gegen vom ZK vorgenommene Ausschlüsse (und nicht überhaupt gegen ausnahmslos alle seine Beschlüsse?) an den Parteitag appelliert werden kann. Das ist eben Hypertrophie der Phrase oder wahrer bürokratischer Formalismus, die sich in der Erfindung von überflüssigen, notorisch nutzlosen oder die Dinge verschleppenden Punkten und Paragraphen äußern. „... II. Die Lokalkomitees. — 3. Die Vertreter der Partei in ihrer örtlichen Arbeit sind die Parteikomitees ..." (wie neu

* Ich will bemerken, daß ich leider die erste Variante des Martowschen Entwurfs nicht finden konnte, der aus etwa 48 Paragraphen bestand und noch mehr an einer „Hypertrophie" von unnützem Formalismus krankte.

und wie klug!) „... 4. [Als Parteikomitees werden die auf dem zweiten Parteitag vertretenen Komitees anerkannt, und zwar in der Zusammensetzung, die sie zur Zeit des Parteitags hatten.] — 5. Neue Parteikomitees, außer den in § 4 genannten, werden vom Zentralkomitee eingesetzt, [das entweder den vorhandenen Bestand einer bestimmten örtlichen Organisation als Komitee anerkennt oder durch Umgestaltung dieser Organisation ein Lokalkomitee bildet]. — 6. Die Komitees ergänzen ihren Bestand durch Kooptation. — 7. Das ZK hat das Recht, das Lokalkomitee durch eine Anzahl von (ihm bekannten) Genossen zu ergänzen, doch darf diese Anzahl nicht mehr als ein Drittel des Gesamtkomitees betragen..." Ein Musterbeispiel von Kanzleigeist: warum nicht mehr als ein Drittel? wozu das? welchen Sinn hat diese Einschränkung, die nichts einschränkt, denn die *Ergänzung* kann ja mehrmals wiederholt werden? „... 8. [Ist das Lokalkomitee auseinandergefallen oder durch Verfolgungen zerschlagen" (d. h. nicht im vollen Bestand verhaftet?) „worden, so wird es vom ZK wiederhergestellt"]... (Nun schon ohne Rücksicht auf § 7? Fällt Gen. Martow nicht eine gewisse Ähnlichkeit auf zwischen § 8 und jenen russischen Polizeigesetzen, die da gebieten, am Werktag zu arbeiten und am Feiertag zu ruhen?) „... 9. [Der ordentliche Parteitag kann das ZK beauftragen, die Zusammensetzung eines Lokalkomitees zu ändern, wenn die Tätigkeit dieses Komitees für unvereinbar mit den Interessen der Partei befunden wird. In diesem Fall wird das Komitee in der bisherigen Zusammensetzung als aufgelöst betrachtet, und die Genossen am Ort seiner Tätigkeit werden von der Pflicht der Unterordnung* unter dieses Komitee entbunden."] ... Die in diesem Paragraphen enthaltene Regel ist von ebenso hohem Wert wie der im russischen Gesetzbuch bis heute stehende Artikel, der lautet: Allen und jedem ist die Trunksucht verboten. „... 10. [Die Lokalkomitees der Partei leiten die gesamte örtliche propagandistische, agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Partei und unterstützen nach Maßgabe ihrer Kräfte das ZK und das ZO der Partei bei der Erfüllung der ihnen obliegenden gesamtparteilichen Aufgaben."]... Uff! Wozu das, um des Himmels willen?... 11. [„Die innere Ordnung der örtlichen Organisation, die Wechselbeziehungen zwischen dem Komitee und den ihm untergeordneten" (hören Sie, hören Sie, Gen. Axelrod?) „Gruppen sowie die Grenzen der Kompetenz und der Autonomie" (sind denn die Grenzen der Kompetenz und die Grenzen der Autonomie nicht ein und dasselbe?) „dieser Gruppen werden vom Komitee selbst festgesetzt und dem ZK und der Redaktion des ZO zur Information mitgeteilt"]... (Eine Lücke: es wird nicht gesagt, wo

* Wir lenken die Aufmerksamkeit des Gen. Axelrod auf dieses Wörtchen. Das ist ja fürchterlich! Hier liegen die Wurzeln eines „Jakobinismus", der sogar... sogar so weit geht, die Zusammensetzung der Redaktion zu ändern...

diese Mitteilungen aufbewahrt werden sollen)... „12. [Alle den Komitees untergeordneten Gruppen und einzelnen Parteimitglieder haben das Recht, zu fordern, daß ihre Meinung oder ihr Wunsch in jeder beliebigen Frage dem ZK der Partei und ihren Zentralorganen übermittelt wird.] — 13. Das örtliche Parteikomitee ist verpflichtet, einen Teil seiner Einkünfte an die Kasse des ZK abzuführen, und zwar den Betrag, der nach der vom ZK vorzunehmenden Umlage auf das Komitee entfällt. — III. Organisationen zum Zwecke der Agitation in anderen (nichtrussischen) Sprachen. — 14. [Zum Zwecke der Agitation in einer nichtrussischen Sprache und der Organisierung der Arbeiter, unter denen eine solche Agitation getrieben wird, können besondere Organisationen dort gebildet werden, wo sich eine solche spezialisierte Agitation und die Schaffung einer derartigen Organisation als notwendig erweisen.] — 15. Die Entscheidung über die Frage, inwieweit ein solches Bedürfnis vorliegt, wird dem ZK der Partei und in strittigen Fällen dem Parteitag überlassen..." Der erste Teil des Paragraphen ist überflüssig, wenn man die weiteren Bestimmungen des Statuts berücksichtigt; der zweite Teil über die strittigen Fälle aber ist geradezu lächerlich... „16. [Die in § 14 erwähnten örtlichen Organisationen sind in ihren besonderen Angelegenheiten autonom, betätigen sich aber unter der Kontrolle des Lokalkomitees und sind ihm untergeordnet, wobei die Formen dieser Kontrolle und der Modus der organisatorischen Beziehungen zwischen dem betreffenden Komitee und der betreffenden besonderen Organisation vom Lokalkomitee bestimmt werden"... (Na, Gott sei Dank! Jetzt sieht man doch, wie überflüssig dieser ganze Redeschwall war.) ... „Hinsichtlich der allgemeinen Parteiangelegenheiten wirken solche Organisationen als Teil der Komitee-Organisation.] — 17. [Die in § 14 erwähnten örtlichen Organisationen können zur erfolgreichen Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben einen autonomen Verband bilden. Ein solcher Verband kann seine besonderen Publikations- und Verwaltungsorgane haben, wobei die einen wie die anderen unter der unmittelbaren Kontrolle des ZK der Partei stehen. Das Statut eines solchen Verbandes wird von ihm selbst ausgearbeitet, aber vom ZK der Partei bestätigt.] — 18. [Dem in § 17 genannten autonomen Verband können auch Lokalkomitees der Partei angehören, wenn sie sich infolge der örtlichen Verhältnisse hauptsächlich der Agitation in der betreffenden Sprache widmen. *Anmerkung*. Ein solches Komitee, das Teil eines autonomen Verbandes ist, hört nicht auf, ein Parteikomitee zu sein"]... (Der ganze Paragraph ist außerordentlich nützlich und ausnehmend gescheit, die Anmerkung aber ist noch köstlicher)... „19. [Die örtlichen Organisationen, die einem autonomen Verband angehören, stehen in ihrem Verkehr mit seinen Zentralorganen unter der Kontrolle der Lokalkomitees.] — 20. [Die zentralen Publikations- und Verwaltungsorgane der auto-

nomen Verbände stehen zum ZK der Partei in demselben Verhältnis wie die Lokalkomitees der Partei.] — IV. Das Zentralkomitee und die Publikationsorgane der Partei. — 21. [Die Vertreter der Partei als Ganzes sind ihr ZK und ihre Publikationsorgane — das politische und das wissenschaftliche.] — 22. Dem ZK obliegt die allgemeine Leitung der gesamten praktischen Tätigkeit der Partei; es sorgt für die richtige Ausnutzung und Verteilung aller ihrer Kräfte, kontrolliert die Tätigkeit aller Teile der Partei, versorgt die örtlichen Organisationen mit Literatur, organisiert den technischen Apparat der Partei und beruft die Parteitage ein. — 23. Den Publikationsorganen der Partei obliegt die ideologische Leitung des Parteilebens, die Propaganda des Parteiprogramms und die wissenschaftliche und publizistische Ausarbeitung der sozialdemokratischen Weltanschauung. — 24. Alle Lokalkomitees der Partei und autonomen Verbände stehen in unmittelbarem Verkehr sowohl mit dem ZK der Partei als auch mit der Redaktion der Parteiorgane und erstatten ihnen periodisch Bericht über den Stand der Bewegung und der organisatorischen Arbeit an den einzelnen Orten. — 25. Die Redaktion der Publikationsorgane der Partei wird vom Parteitag eingesetzt und übt ihre Tätigkeit bis zum nächsten Parteitag aus. — 26. [Die Redaktion ist in ihren inneren Angelegenheiten autonom] und kann in der Zeit zwischen zwei Parteitagen ihren Bestand ergänzen oder verändern, wovon sie jedesmal dem ZK Mitteilung macht. — 27. Alle Erklärungen, die vom ZK ausgehen oder von ihm gebilligt sind, werden auf Verlangen des ZK im Parteiorgan veröffentlicht. — 28. Im Einvernehmen mit der Redaktion der Parteiorgane bildet das ZK besondere Mitarbeitergruppen für diese oder jene Art der publizistischen Arbeit. — 29. Das ZK wird vom Parteitag bestimmt und übt seine Tätigkeit bis zum nächsten Parteitag aus. Das ZK ergänzt sich durch Kooptation in unbeschränkter Zahl, wovon es jedesmal die Redaktion der zentralen Parteiorgane in Kenntnis setzt. — V. Die Auslandsorganisation der Partei. — 30. Die Auslandsorganisation der Partei leitet die Propaganda unter den im Ausland lebenden Russen und die Organisierung der sozialistischen Elemente unter ihnen. An ihrer Spitze steht ein gewählter Vorstand. — 31. Die autonomen Verbände, die der Partei angehören, können im Ausland ihre Zweigstellen zur Förderung der besonderen Aufgaben dieser Verbände haben. Diese Zweigstellen gehören als autonome Gruppen der allgemeinen Auslandsorganisation an. — VI. Die Parteitage. — 32. Die höchste Parteiinstanz ist der Parteitag. — 33. [Der Parteitag legt das Programm, das Statut und die Leitsätze für die Tätigkeit der Partei fest, kontrolliert die Arbeit aller Parteiorgane und untersucht Konflikte zwischen ihnen.] — 34. Eine Vertretung auf dem Parteitag steht zu: a) sämtlichen Lokalkomitees der Partei; b) den zentralen Verwaltungsorganen aller autonomen Verbände, die der Partei angehören; c) dem

ZK der Partei und der Redaktion ihrer Zentralorgane; d) der Auslandsorganisation der Partei. — 35. Eine Übertragung der Mandate ist zulässig, jedoch darf ein Delegierter nicht mehr als drei gültige Mandate vertreten. Die Teilung eines Mandats unter zwei Vertretern ist zulässig. Gebundene Mandate sind unzulässig. — 36. Dem ZK wird anheimgestellt, zum Parteitag mit beratender Stimme Genossen einzuladen, deren Anwesenheit von Nutzen sein kann. — 37. In Fragen, die eine Änderung des Programms oder des Statuts der Partei betreffen, ist eine Mehrheit von $^2/_3$ der vorhandenen Stimmen erforderlich; sonstige Fragen werden durch einfache Stimmenmehrheit entschieden. — 38. Der Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte aller zur Zeit des Parteitags bestehenden Parteikomitees auf ihm vertreten ist. — 39. Der Parteitag wird — soweit möglich — einmal in zwei Jahren einberufen. [Sollten Hindernisse, die vom Willen des ZK unabhängig sind, die Einberufung des Parteitags innerhalb dieser Frist verhindern, so verschiebt ihn das ZK auf eigene Verantwortung."]

Der Leser, dessen Geduld ausnahmsweise gereicht hat, um dieses sogenannte Statut zu Ende zu lesen, wird von uns sicherlich keine nähere Begründung der hier folgenden Schlußfolgerungen verlangen. Erster Schluß: Das Statut leidet an schwer heilbarer Wassersucht. Zweiter Schluß: Eine besondere Schattierung der organisatorischen Auffassungen im Sinne einer ablehnenden Haltung zur Hypertrophie des Zentralismus kann man in diesem Statut beim besten Willen nicht entdecken. Dritter Schluß: Gen. Martow handelte höchst vernünftig, als er der Welt (und der Erörterung auf dem Parteitag) über $^{38}/_{39}$ seines Statuts vorenthielt. Einigermaßen originell wirkt es nur, daß man diese Verheimlichung zum Anlaß nimmt, von einem offenen Visier zu sprechen.

h) DIE DEBATTEN ÜBER DEN ZENTRALISMUS *VOR* DER SPALTUNG DER ISKRISTEN

Bevor wir zu der wirklich interessanten Frage über die Formulierung von § 1 des Statuts übergehen, die zweifellos die verschiedenen Schattierungen in den Auffassungen offenbart, wollen wir noch ein wenig auf die kurze allgemeine Debatte über das Statut eingehen, welche die 14. und einen Teil der 15. Sitzung des Parteitags ausgefüllt hat. Diese Debatte ist deshalb von einer gewissen Bedeutung, weil sie der vollständigen Tren-

nung in der „Iskra"-Organisation wegen der Zusammensetzung der Zentralstellen *vorausging*. Dagegen fanden die späteren Debatten über das Statut im allgemeinen und über die Kooptation im besonderen *nach* unserer Trennung in der „Iskra"-Organisation statt. Natürlich waren wir *vor* der Trennung imstande, unsere Auffassungen unvoreingenommener zu äußern, das heißt die Überlegungen unabhängiger von der alle Gemüter erregenden Frage der personellen Zusammensetzung des ZK anzustellen. Gen. Martow hatte sich, wie ich bereits bemerkte, meinen organisatorischen Auffassungen *angeschlossen* (S. 157) und nur in zwei *Einzelfragen* Vorbehalte gemacht. Umgekehrt eröffneten sowohl die Antiiskristen als auch das „Zentrum" sofort einen Feldzug gegen die beiden *Haupt*gedanken des ganzen Organisationsplans der „Iskra" (und folglich auch des ganzen Statuts): gegen den Zentralismus und gegen die „zwei Zentralstellen". Gen. Liber bezeichnete mein Statut als „organisiertes Mißtrauen" und erblickte in den zwei Zentralstellen einen *Dezentralismus* (wie auch die Genossen Popow und Jegorow). Gen. Akimow drückte den Wunsch aus, den Kompetenzbereich der Lokalkomitees zu erweitern, insbesondere ihnen selber „das Recht, ihre Zusammensetzung zu ändern", zu geben. „Es ist notwendig, ihnen eine größere Handlungsfreiheit zu gewähren... Die Lokalkomitees müssen von den aktiven Parteiarbeitern des betreffenden Ortes gewählt werden, ebenso wie das ZK von den Vertretern aller aktiven Organisationen in Rußland gewählt wird. Kann man sich aber auch dazu nicht verstehen, so soll die Zahl der vom ZK in die Lokalkomitees ernannten Mitglieder beschränkt werden..." (158.) Gen. Akimow souffliert Martow, wie man sieht, das Stichwort gegen die „Hypertrophie des Zentralismus", aber dieser bleibt taub gegenüber diesen autoritativen Einflüsterungen, solange die Niederlage in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen ihn nicht dazu treibt, Akimow zu folgen. Er bleibt sogar noch taub, als ihm Gen. Akimow die *„Idee" seines eigenen Statuts* souffliert (§ 7 – Beschränkung der Rechte des ZK, Mitglieder der Komitees zu ernennen)! Damals wollte Gen. Martow noch keinen „Mißton" mit uns und duldete daher einen Mißton mit Gen. Akimow und mit sich selbst... Damals wetterten gegen den „ungeheuerlichen Zentralismus" nur diejenigen, für die der Zentralismus der „Iskra" offenkundig *nachteilig* war: es wetterten Akimow, Liber, Goldblatt, ihnen *folgten* behutsam und vorsichtig (so daß immer die Möglichkeit der Um-

kehr blieb) Jegorow (siehe S. 156 und 276) u. a. Damals war es für die überwiegende Mehrheit der Partei noch klar, daß der Protest gegen den Zentralismus gerade den Klüngel-, den Zirkelinteressen des „Bund", des „Jushny Rabotschi" usw. entsprang. Übrigens ist ja auch jetzt für die Mehrheit der Partei klar, daß der Protest der alten „Iskra"-Redaktion gegen den Zentralismus gerade ihren Zirkelinteressen entspringt...

Man nehme zum Beispiel die Rede des Gen. Goldblatt (160/161). Er wettert gegen meinen „ungeheuerlichen" Zentralismus, der angeblich zur „Vernichtung" der unteren Organisationen führt, der „durchtränkt ist vom Bestreben, der Zentralleitung eine unbeschränkte Macht, das Recht der unbeschränkten Einmischung in alles einzuräumen", der den Organisationen „nur das einzige Recht gibt, sich widerspruchslos dem unterzuordnen, was von oben herab befohlen wird" usw. „Die im Entwurf vorgesehene Zentralleitung wird sich in einem luftleeren Raum erweisen, es wird um sie herum keine Peripherie geben, sondern lediglich eine vage amorphe Masse, in der sich die ausführenden Agenten bewegen." Das ist ja haargenau dieselbe *verlogene Phrasendrescherei*, die uns die Martow und Axelrod nach ihrer Niederlage auf dem Parteitag aufzutischen begannen. Man hat gelacht über den „Bund", der im Kampfe gegen *unseren* Zentralismus *bei sich* selbst der Zentralleitung *noch bestimmter* umrissene unbeschränkte Rechte einräumt (so zum Beispiel die Ernennung und den Ausschluß von Mitgliedern und sogar die Nichtzulassung von Delegierten zu Tagungen). Lachen wird man auch, wenn man erst hinter die Sache kommt, über das Gezeter der *Minderheit*, die gegen den Zentralismus und gegen das Statut Sturm läuft, solange sie in der Minderheit ist, und sich sofort auf das Statut stützt, sobald sie die Mehrheit ergattert hat.

In der Frage der zwei Zentralstellen hat sich die Gruppierung ebenfalls deutlich gezeigt: gegen *sämtliche* Iskristen stehen sowohl Liber und Akimow (der als erster das jetzt so beliebte Axelrod-Martowsche Lied vom Übergewicht des ZO über das ZK im Rat der Partei angestimmt hat) als auch Popow und Jegorow. Aus jenen organisatorischen Ideen, die von der *alten* „Iskra" stets entwickelt (und die von den Genossen Popow und Jegorow *in Worten* gebilligt!) wurden, ergab sich der Plan der zwei Zentralstellen ganz von selbst. Den Plänen des „Jushny Rabotschi", den Plänen, parallel ein populäres Blatt zu gründen und es in das faktisch vorherrschende Organ zu verwandeln, lief die Politik der *alten* „Iskra" strikt

zuwider. Hier liegt eben die Wurzel jenes auf den ersten Blick seltsamen Widerspruchs, daß alle Antiiskristen und der ganze Sumpf für eine einzige Zentralstelle, d. h. *für einen angeblich größeren Zentralismus* eintreten. Natürlich gab es (besonders im Sumpf) auch Delegierte, die wohl kaum klar begriffen, wozu die Organisationspläne des „Jushny Rabotschi" führen würden und kraft der Entwicklung der Dinge führen müßten, aber sie wurden von ihrer eigenen unentschlossenen und unsicheren Natur in das Lager der Antiiskristen gestoßen.

Unter den Reden der Iskristen während *dieser* (der Spaltung der Iskristen vorangegangenen) Debatten über das Statut sind besonders die Reden der Genossen Martow („Zustimmung" zu meinen organisatorischen Ideen) und Trotzki bemerkenswert. Letzterer hat den Genossen Akimow und Liber so geantwortet, daß jedes Wort dieser Antwort die ganze Verlogenheit der Haltung und der Theorien der „Minderheit" nach dem Parteitag entlarvt. „Das Statut, sagte er (Gen. Akimow), bestimme den Kompetenzbereich des ZK nicht hinreichend genau. Ich kann ihm nicht zustimmen. Im Gegenteil, diese Definition ist genau und besagt: Da die Partei ein einheitliches Ganzes ist, muß ihr die Kontrolle über die Lokalkomitees gesichert sein. Gen. Liber sagte, meinen Ausdruck gebrauchend, das Statut sei ‚organisiertes Mißtrauen'. Das stimmt. Aber ich hatte mit diesem Ausdruck das von den Vertretern des ‚Bund' vorgeschlagene Statut im Auge, das ein organisiertes Mißtrauen eines Teils der Partei gegen die Gesamtpartei darstellte. Unser Statut aber" (damals, vor der Niederlage in der Frage über die Zusammensetzung der Zentralstellen war es „unser" Statut!) „stellt ein organisiertes Mißtrauen der Partei gegen alle ihre Teile dar, d. h. eine Kontrolle über alle lokalen, regionalen, nationalen und sonstigen Organisationen." (158.) Jawohl, *unser* Statut ist *hier* richtig charakterisiert, und wir möchten den Leuten, die jetzt mit ruhigem Gewissen versichern, die ach so arglistige Mehrheit habe ein System des „organisierten Mißtrauens" oder, was dasselbe ist, des „Belagerungszustands" erfunden und eingeführt, den guten Rat geben, häufiger an diese Charakteristik zu denken. Es genügt, die angeführte Rede mit den Reden auf der Konferenz der Auslandsliga zu vergleichen, um ein Musterbeispiel politischer Charakterlosigkeit zu erhalten, ein Musterbeispiel dessen, wie sich die Ansichten Martows und Co. änderten, je nachdem, ob es sich um ihr eigenes oder ein fremdes Kollegium niederer Ordnung handelte.

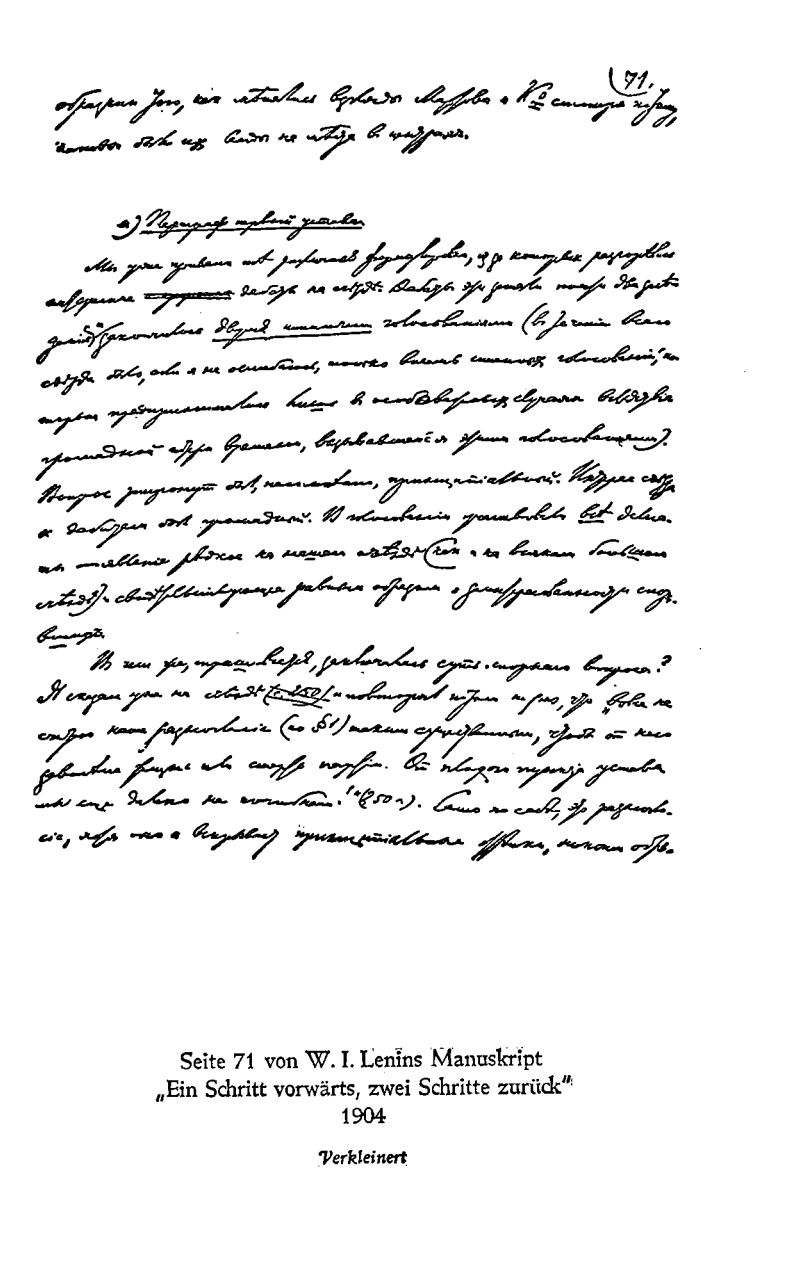
i) DER ERSTE PARAGRAPH DES STATUTS

Wir haben bereits die verschiedenen Formulierungen angeführt, um derentwillen auf dem Parteitag interessante Debatten entbrannten. Diese Debatten füllten fast zwei Sitzungen aus und endeten mit *zwei namentlichen* Abstimmungen (während des ganzen Parteitags gab es, wenn ich nicht irre, nur acht namentliche Abstimmungen, denn angesichts des großen Zeitverlustes, den solche Abstimmungen mit sich brachten, wurden sie nur in besonders wichtigen Fällen vorgenommen). Zweifellos wurde hier eine prinzipielle Frage berührt. Das Interesse des Parteitags für die Diskussion war ungeheuer groß. An der Abstimmung beteiligten sich *sämtliche* Delegierte – eine auf unserm Parteitag (wie auf jedem großen Kongreß) seltene Erscheinung, die ebenfalls von der Interessiertheit der an der Diskussion Beteiligten Zeugnis ablegt.

Worin, fragt es sich, bestand der Kern der strittigen Frage? Ich habe schon auf dem Parteitag gesagt und nachher mehrmals wiederholt, daß ich „unsere Meinungsverschiedenheit (über § 1) gar nicht für so wesentlich halte, daß davon Sein oder Nichtsein der Partei abhinge. Ein schlechter Punkt im Statut wird noch lange nicht unsern Untergang bedeuten!" (250.)* Diese Meinungsverschiedenheit konnte an und für sich, obwohl sie prinzipielle Schattierungen aufdeckt, keineswegs eine solche Trennung (in Wirklichkeit, wenn man unkonventionell sprechen will, eine solche Spaltung) hervorrufen, wie sie sich nach dem Parteitag ergab. Doch jede *kleine* Meinungsverschiedenheit kann *groß* werden, wenn man auf ihr beharrt, wenn man sie in den Vordergrund rückt, wenn man sich *daranmacht*, nach allen Wurzeln und allen Verzweigungen dieser Meinungsverschiedenheit zu suchen. Jede *kleine* Meinungsverschiedenheit kann *gewaltige* Bedeutung erlangen, wenn sie als Ausgangspunkt einer *Wendung* zu bestimmten fehlerhaften Anschauungen dient und wenn diese fehlerhaften Anschauungen sich kraft neuer und zusätzlicher Meinungsverschiedenheiten mit *anarchistischen* Aktionen vereinen, welche die Partei zur Spaltung führen.

Genauso verhielt es sich auch in diesem Fall. Die verhältnismäßig kleine Meinungsverschiedenheit über § 1 hat jetzt gewaltige Bedeutung erlangt,

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 500. *Die Red.*



Seite 71 von W. I. Lenins Manuskript
„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück"
1904

Verkleinert

denn gerade sie diente als Wendepunkt zur opportunistischen Spitzfindigkeit und zur anarchistischen Phrasendrescherei der Minderheit (insbesondere auf der Ligakonferenz, und dann auch in den Spalten der neuen „Iskra"). Gerade sie *legte den Grundstein* zu jener Koalition der iskristischen Minderheit mit den Antiiskristen und dem Sumpf, die bis zu den Wahlen endgültig bestimmte Formen annahm und die man verstehen muß, weil man sonst die wichtigste, die grundlegende Meinungsverschiedenheit über die Zusammensetzung der Zentralstellen *nicht verstehen kann*. Der kleine Fehler Martows und Axelrods bei § 1 stellte einen kleinen Sprung in unserm Gefäß dar (wie ich mich auf der Ligakonferenz ausdrückte). Man konnte das Gefäß fest zusammenbinden, mit einem unlösbaren *Knoten* (und nicht mit einer unlösbaren Schlinge, wie Martow gehört haben will, der sich auf der Ligakonferenz in einem an Hysterie grenzenden Zustand befand). Man konnte aber auch *alle* Bemühungen darauf richten, den Sprung zu vergrößern und das Gefäß zu zerschlagen. Infolge des Boykotts und ähnlicher anarchistischer Maßnahmen der eifrigen Martowleute trat gerade letzteres ein. Die Meinungsverschiedenheit über Paragraph 1 spielte eine nicht geringe Rolle bei der Wahl der Zentralstellen, und Martows Niederlage in dieser Frage führte ihn zu einem „prinzipiellen Kampf" mit Hilfe grob mechanischer und sogar skandalöser (die Reden auf der Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie) Mittel.

Dergestalt hat jetzt, nach all diesen Geschehnissen, die Frage des § 1 *gewaltige Bedeutung* erlangt, und wir müssen uns genau Rechenschaft ablegen sowohl über den Charakter der Gruppierungen auf dem Parteitag bei der Abstimmung über diesen Paragraphen als auch – was unvergleichlich wichtiger ist – über den wahren Charakter jener *Schattierungen in den Anschauungen*, die sich anläßlich des § 1 herauskristallisierten oder herauszukristallisieren begannen. *Jetzt*, nach den dem Leser bekannten Ereignissen, *steht* die Frage bereits so: Widerspiegelte sich in der Formulierung Martows, die von Axelrod verteidigt wurde, seine (oder ihre) Unbeständigkeit, Wankelmütigkeit und politische Verschwommenheit, wie ich auf dem Parteitag ausführte (333), seine (oder ihre) Abweichung zum Jaurèsismus und Anarchismus, wie Plechanow auf der Ligakonferenz meinte (102 u. a. der Ligaprotokolle)? Oder widerspiegelte sich in meiner Formulierung, die von Plechanow verteidigt wurde, eine falsche, bürokra-

tische, formalistische, pompadourische*, nichtsozialdemokratische Auffassung des Zentralismus? *Opportunismus und Anarchismus oder Bürokratismus und Formalismus?* — so *steht* die Frage *jetzt*, nachdem die kleine Meinungsverschiedenheit zu einer großen geworden ist. Und wir müssen gerade *diese*, uns allen durch die Ereignisse aufgedrängte – historisch gegebene würde ich sagen, wenn das nicht zu hochtrabend klänge – Fragestellung *im Auge haben*, wenn wir die Argumente für und gegen meine Formulierung *sachlich* prüfen wollen.

Beginnen wir die Prüfung dieser Argumente mit einer Analyse der Parteitagsdebatten. Die erste Rede, die des Gen. Jegorow, ist nur deshalb interessant, weil seine Haltung (non liquet, mir ist noch unklar, ich weiß noch nicht, wo die Wahrheit liegt) sehr charakteristisch ist für die Haltung vieler Delegierter, denen es nicht leichtfiel, sich in der wirklich neuen, ziemlich komplizierten und ins Detail gehenden Frage zurechtzufinden. Die nächste Rede, die des Gen. Axelrod, stellt die Frage sogleich prinzipiell. Das war die erste prinzipielle, richtiger gesagt, überhaupt die erste Rede des Gen. Axelrod auf dem Parteitag, und man kann sein Debüt mit dem berühmten „Professor" wohl kaum als besonders gelungen bezeichnen. „Ich glaube", sagte Gen. Axelrod, „wir müssen die Begriffe Partei und Organisation voneinander abgrenzen. Hier aber werden diese zwei Begriffe durcheinandergeworfen. Das ist gefährlich." So lautet das erste Argument gegen meine Formulierung. Betrachten wir es näher. Wenn ich sage, daß die Partei die *Summe* (nicht die einfache arithmetische Summe, sondern ein Komplex) von *Organisationen*** sein muß, bedeutet das etwa, daß ich die Begriffe Partei und Organisation „durcheinanderwerfe"? Natürlich nicht! Ich bringe damit ganz klar und genau meinen Wunsch, meine

* Abgeleitet von Pompadour — Typus eines bornierten und starrköpfigen Provinzgewaltigen aus dem Werk des russischen Satirikers Saltykow-Schtschedrin „Pompadour und Pompadourin". *Der Übers.*

** Das Wort „Organisation" wird gewöhnlich in doppeltem Sinne gebraucht, in einem weiteren und in einem engeren. Im engeren Sinne bedeutet es eine einzelne, wenn auch erst ganz lose Zelle der menschlichen Gemeinschaft. Im weiteren Sinne bedeutet es die Summe solcher zu einem Ganzen zusammengefaßten Zellen. Die Flotte, das Heer, der Staat zum Beispiel sind zugleich eine Summe von Organisationen (im engeren Sinne) und eine Art gesellschaftlicher Organisation (im weiteren Sinne des Wortes). Das Schul-

Forderung zum Ausdruck, daß die Partei als Vortrupp der Klasse etwas möglichst *Organisiertes* darstelle, daß die Partei nur solche Elemente in sich aufnehme, die *wenigstens ein Mindestmaß an Organisiertheit ermöglichen*. Hingegen *vermengt* mein Opponent die in der Partei organisierten Elemente mit den nichtorganisierten, diejenigen, die sich leiten lassen, mit denen, die sich nicht leiten lassen, die fortgeschrittenen mit den unverbesserlich rückständigen, denn die verbesserlich rückständigen können der Organisation beitreten. Und *diese Vermengung* ist tatsächlich *gefährlich*. Gen. Axelrod beruft sich ferner auf die „streng konspirativen und zentralistischen Organisationen der Vergangenheit" („Semlja i Wolja" [Land und Freiheit] und „Narodnaja Wolja" [Volkswille]), um die sich „eine ganze Reihe von Personen gruppierte, die der Organisation nicht angehörten, ihr aber so oder anders halfen und als Parteimitglieder galten... Dieses Prinzip muß in der sozialdemokratischen Organisation noch strenger durchgeführt werden." Damit sind wir gerade an einem der *Kernpunkte* der Frage angelangt: Ist „dieses Prinzip", das denjenigen erlaubt, sich Parteimitglieder zu nennen, die keiner Parteiorganisation angehören, sondern nur „der Partei so oder anders helfen", wirklich ein sozialdemokratisches Prinzip? Und Plechanow hat auf diese Frage die einzig mögliche Antwort gegeben: „Axelrod hatte unrecht mit seinem Hinweis auf die siebziger Jahre. Damals bestand eine gut organisierte und ausgezeichnet disziplinierte Zentrale, und um sie herum gab es von ihr geschaffene Organisationen verschiedener Kategorien, aber was außerhalb dieser Organisationen war, das war Chaos, Anarchie. Die Bestandteile dieses Chaos nannten sich Parteimitglieder, aber die Sache gewann nicht, sie verlor dadurch. Wir sollten diese Anarchie der siebziger Jahre nicht nachahmen,

---

wesen ist eine Organisation (im weiteren Sinne des Wortes), und es besteht aus einer Reihe von Organisationen (im engeren Sinne des Wortes). Genauso ist auch die Partei eine Organisation, *muß* sie eine Organisation *sein* (im weiteren Sinne des Wortes), und zugleich muß sie aus einer ganzen Reihe mannigfaltiger Organisationen (im engeren Sinne des Wortes) bestehen. Deshalb hat Gen. Axelrod, der von einer Abgrenzung der Begriffe Partei und Organisation spricht, erstens diesen Unterschied im weiteren und im engeren Sinne des Wortes Organisation nicht in Betracht gezogen und zweitens nicht bemerkt, daß er selber die organisierten und die nichtorganisierten Elemente *vermengt hat*.

sondern sie vermeiden." Somit ist „dieses Prinzip", das Gen. Axelrod für ein sozialdemokratisches ausgeben wollte, in Wirklichkeit ein *anarchistisches Prinzip*. Um das zu widerlegen, muß man die *Möglichkeit* der Kontrolle, der Leitung und der Disziplin außerhalb der Organisation zeigen, muß man die *Notwendigkeit* zeigen, den „Elementen des Chaos" den Namen von Parteimitgliedern zuzuerkennen. Die Verteidiger der Formulierung des Gen. Martow haben *weder das eine noch das andere* gezeigt und konnten es auch nicht zeigen. Gen. Axelrod nahm als Beispiel einen „Professor, der sich als Sozialdemokraten betrachtet und das auch erklärt". Um den Gedanken, den dieses Beispiel erläutern soll, zu Ende zu führen, hätte Gen. Axelrod weiter fragen müssen: Erkennen die organisierten Sozialdemokraten selber diesen Professor als Sozialdemokraten an? Da Gen. Axelrod diese weitere Frage nicht stellte, blieb er mit seiner Beweisführung auf halbem Wege stehen. In der Tat, entweder – oder. Entweder die organisierten Sozialdemokraten erkennen den uns interessierenden Professor als Sozialdemokraten an – und warum sollen sie ihn dann nicht auch in diese oder jene sozialdemokratische Organisation aufnehmen? Erst wenn er aufgenommen ist, werden die „Erklärungen" des Professors seinen Taten entsprechen, werden sie keine leeren Redensarten bleiben (wie es allzuoft mit Erklärungen von Professoren der Fall ist). Oder die organisierten Sozialdemokraten erkennen den Professor *nicht* als Sozialdemokraten an – und dann ist es kindisch, sinnlos und *schädlich*, ihm das Recht zu geben, den ehrenvollen und verantwortlichen Namen eines Parteimitglieds zu tragen. Das Ganze läuft also gerade darauf hinaus, ob man das Prinzip der Organisation konsequent durchführt oder ob man Zerfahrenheit und Anarchie heiligspricht. Bauen wir die Partei auf, ausgehend von einem bereits vorhandenen und festgefügten Kern der *Sozialdemokraten* wie jenem, der den Parteitag organisiert hat und der alle Parteiorganisationen erweitern und vermehren soll, oder begnügen wir uns mit der einlullenden *Phrase*, daß alle, die der Partei helfen, auch Parteimitglieder sind? „Nehmen wir Lenins Formel an", fuhr Gen. Axelrod fort, „so werfen wir einen Teil der Leute über Bord, die zwar nicht unmittelbar in die Organisation aufgenommen werden können, aber trotzdem Parteimitglieder sind." Die Begriffsverwirrung, deren Gen. Axelrod mich beschuldigen wollte, tritt bei ihm selbst klar und deutlich zutage: Er nimmt bereits als gegeben an, daß alle, die der Partei helfen, Partei-

mitglieder *sind*, während doch gerade hierum der Streit geht und die Opponenten die Notwendigkeit und den Nutzen einer solchen Auslegung erst *beweisen* müssen. Was ist der Sinn dieser auf den ersten Blick so schrecklich anmutenden Redewendung: Über-Bord-Werfen? Gelten nur die Mitglieder von Organisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, als Parteimitglieder, so haben die Leute, die nicht „unmittelbar" irgendeiner Parteiorganisation angehören können, doch vollauf die Möglichkeit, in einer außerparteilichen, aber der Partei nahestehenden Organisation zu arbeiten. Von einem Über-Bord-Werfen in dem Sinne, daß man jemanden von der Arbeit fernhält, von der Teilnahme an der Bewegung ausschaltet, kann also gar keine Rede sein. Im Gegenteil, je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, denen *wirkliche* Sozialdemokraten angehören, je weniger Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit es *innerhalb* der Partei geben wird, um so breiter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluß der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geleiteten Elemente der Arbeiter*massen* sein. Man darf doch wirklich die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse nicht mit der ganzen Klasse verwechseln. Und gerade eine solche Verwechslung (die für unseren opportunistischen Ökonomismus überhaupt kennzeichnend ist) unterläuft Gen. Axelrod, wenn er sagt: „Wir schaffen natürlich vor allem eine Organisation der aktivsten Elemente der Partei, eine Organisation von Revolutionären, doch müssen wir, da wir die Partei der Klasse sind, darauf bedacht sein, daß nicht Leute außerhalb der Partei bleiben, die sich bewußt, wenn auch vielleicht nicht ganz aktiv, dieser Partei anschließen." Erstens werden keineswegs nur die Organisationen der Revolutionäre, sondern auch *eine ganze Reihe* von Arbeiterorganisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, zu den aktiven Elementen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehören. Zweitens: Aus welchem Grunde, kraft welcher Logik soll sich aus der Tatsache, daß wir die Partei der Klasse sind, die Schlußfolgerung ergeben, daß eine Unterscheidung zwischen denen, die der Partei *angehören*, und denen, die sich der Partei *anschließen*, überflüssig sei? Ganz im Gegenteil: Gerade weil ein Unterschied im Grad der Bewußtheit und im Grad der Aktivität besteht, muß auch ein Unterschied im Grad der Nähe zur Partei gemacht werden. Wir sind die Partei der Klasse, und deshalb muß *fast die gesamte Klasse* (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkriegs, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie

muß sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen, doch wäre es Manilowerei* und „Nachtrabpolitik", wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte Klasse oder die gesamte Klasse imstande wäre, sich bis zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei, steht. Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, fast die gesamte oder die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen. Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps *zu heben*. Ja, es bedeutet, die Augen zu verschließen und all dies zu vergessen, wenn man den Unterschied verwischt zwischen denen, die der Partei angehören, und denen, die sich ihr anschließen, zwischen den bewußten und aktiven Mitgliedern und den Helfern.

Wer sich, um die organisatorische Verschwommenheit *zu rechtfertigen*, um die Verwechslung von Organisation und Desorganisation *zu rechtfertigen*, darauf beruft, daß wir die Partei der Klasse sind, der wiederholt den Fehler Nadeshdins, der die „philosophische und die sozialhistorische Frage nach den ‚Wurzeln' der Bewegung in der ‚Tiefe' mit der technisch-organisatorischen Frage" verwechselte („Was tun?", S. 91**). Gerade diese leichtfertige Verwechslung des Gen. Axelrod wiederholten dann dutzendemal die Redner, die Martows Formulierung verteidigten. „Je weiter die Bezeichnung Parteimitglied verbreitet sein wird, um so besser", sagt Gen. Martow, ohne jedoch zu erklären, welchen Nutzen die weite Verbreitung einer *Bezeichnung*, die dem Inhalt nicht entspricht, eigentlich bringt. Kann man denn leugnen, daß die Kontrolle über Mitglieder, die keiner Parteiorganisation angehören, eine Fiktion ist? Die weite Verbreitung einer Fiktion aber ist schädlich und nicht nützlich. „Wir sollten uns nur freuen, wenn jeder Streikende, jeder Demonstrant, der für seine Handlungen zur

* Manilow — Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen". *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 477. *Die Red.*

Verantwortung gezogen wird, sich für ein Parteimitglied erklären kann." (S. 239.) Tatsächlich? *Jeder Streikende* soll das Recht haben, *sich für ein Parteimitglied zu erklären*? Mit dieser These führt Gen. Martow seinen Fehler sofort ad absurdum, weil er den Sozialdemokratismus zum Streikismus *herabwürdigt* und so die Trugschlüsse der Akimow wiederholt. Wir sollten uns nur freuen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, jeden Streik zu leiten, denn es ist die direkte und unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, den Klassenkampf des Proletariats in allen Erscheinungsformen zu leiten, der Streik aber ist eine der tiefstgehenden und mächtigsten Erscheinungsformen dieses Kampfes. Doch wir wären Nachtrabpolitiker, wollten wir die *Gleichsetzung* einer solchen ursprünglichen, ipso facto* nicht mehr als trade-unionistischen Form des Kampfes mit dem allumfassenden und bewußten sozialdemokratischen Kampf zulassen. Wir würden *eine bewußte Lüge* opportunistisch *legalisieren*, wenn wir jedem Streikenden das Recht einräumten, „sich für ein Parteimitglied zu erklären", denn eine solche „Erklärung" wäre in *sehr vielen Fällen eine Unwahrheit*. Wir würden uns von Manilowschen Träumereien einlullen lassen, wollten wir uns und anderen weismachen, daß bei der maßlosen Zersplitterung, Unterdrückung und Abstumpfung, die unter dem Kapitalismus unweigerlich auf sehr breiten Schichten der „ungelernten", unqualifizierten Arbeiter lasten wird, *jeder Streikende* ein Sozialdemokrat und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei *sein* kann. Gerade am Beispiel des *„Streikenden"* sieht man besonders klar den Unterschied zwischen dem *revolutionären Bestreben*, jeden Streik sozialdemokratisch zu leiten, und der *opportunistischen Phrase*, die *jeden* Streikenden zum Parteimitglied erklärt. Wir sind die Partei der Klasse, insofern wir *tatsächlich* fast die gesamte oder sogar die gesamte Klasse des Proletariats sozialdemokratisch leiten, aber daraus können nur Leute vom Schlage Akimows den Schluß ziehen, daß wir *in Worten* Partei und Klasse gleichsetzen müssen.

„Ich fürchte keine Verschwörerorganisation", sagte in derselben Rede Gen. Martow und fügte hinzu, „aber eine Verschwörerorganisation hat für mich nur insofern Sinn, als sie von einer breiten sozialdemokratischen Arbeiterpartei umgeben ist." (S. 239.) Er hätte, um genau zu sein, sagen müssen: insofern sie von einer breiten sozialdemokratischen Arbeiter*bewegung* umgeben ist. Und in dieser Form ist die Behauptung des Gen.

* durch die Tatsache selbst. *Die Red.*

Martow nicht nur unbestreitbar, sie ist geradezu eine Binsenwahrheit. Ich gehe auf diesen Punkt nur deshalb ein, weil die folgenden Redner aus der Binsenwahrheit des Gen. Martow das sehr *gangbare und sehr vulgäre* Argument abgeleitet haben, Lenin wolle „die Gesamtsumme der Parteimitglieder auf die Summe der Verschwörer beschränken". Diesen Schluß, über den man nur lächeln kann, zogen sowohl Gen. Possadowski als auch Gen. Popow, und als er von Martynow und Akimow aufgegriffen wurde, offenbarte sich schon vollauf sein wahrer Charakter, nämlich der Charakter einer opportunistischen Phrase. Gegenwärtig wird dasselbe Argument in der neuen „Iskra" von Gen. Axelrod entwickelt, damit die Leserwelt die neuen organisatorischen Auffassungen der neuen Redaktion kennenlerne. Bereits auf dem Parteitag, in der ersten Sitzung, in welcher die Frage des § 1 behandelt wurde, merkte ich, daß meine Opponenten diese billige Waffe ausnützen wollten, und warnte daher in meiner Rede (S. 240): „Man glaube nicht, daß die Parteiorganisationen nur aus Berufsrevolutionären bestehen dürfen. Wir brauchen die mannigfaltigsten Organisationen aller Arten, Abstufungen und Schattierungen, angefangen von außerordentlich engen und konspirativen bis zu äußerst breiten, freien, losen Organisationen*." Das ist eine so augenfällige, selbstverständliche Wahrheit, daß ich es für überflüssig hielt, näher darauf einzugehen. Doch heutzutage, da man uns in sehr, sehr vielem zurückgezerrt hat, müssen wir auch hier alte Dinge wiederholen, und deshalb möchte ich einige Stellen aus „Was tun?" und aus dem „Brief an einen Genossen" anführen:

„... Einem Zirkel von Koryphäen von der Art eines Alexejew und Myschkin, Chalturin und Sheljabow sind politische Aufgaben im wahrsten, im praktischsten Sinne dieses Wortes zugänglich, sie sind ihnen gerade darum und insoweit zugänglich, als ihre leidenschaftliche Propaganda in der spontan erwachenden Masse einen Widerhall findet, als ihre sprühende Energie von der Energie der revolutionären Klasse aufgenommen und unterstützt wird." ** Um eine sozialdemokratische *Partei* zu sein, muß man die *Unterstützung* gerade der *Klasse* erlangen. Nicht die Partei soll die Verschwörerorganisation umgeben, wie Gen. Martow glaubte, sondern die revolutionäre Klasse, das Proletariat, soll die Partei umgeben, die so-

* „losen Organisationen" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 463. *Die Red.*

wohl verschwörerische als auch nichtverschwörerische Organisationen in sich einschließt.

„... Die Organisationen der Arbeiter für den ökonomischen Kampf müssen Gewerkschaftsorganisationen sein. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hat diese Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und aktiv in ihnen zu arbeiten... Es liegt aber durchaus nicht in unserem Interesse, zu fordern, daß nur Sozialdemokraten Mitglieder der Gewerkverbände sein dürfen: das würde den Bereich unseres Einflusses auf die Massen einengen. Mag am Gewerkverband jeder Arbeiter teilnehmen, der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zum Kampfe gegen die Unternehmer und gegen die Regierung erkennt. Das eigentliche Ziel der Gewerkverbände wäre gar nicht zu erreichen, wenn sie nicht alle zusammenfaßten, denen diese, sei es auch nur diese eine, elementare Stufe der Erkenntnis zugänglich ist, wenn diese Gewerkverbände nicht sehr *breite* Organisationen wären. Und je breiter diese Organisationen sind, um so größer wird unser Einfluß auf sie sein, ein Einfluß, der nicht nur durch die ‚spontane' Entwicklung des ökonomischen Kampfes ausgeübt wird, sondern auch durch die direkte, bewußte Einwirkung der sozialistischen Mitglieder des Verbandes auf ihre Kollegen." (S. 86.)* Nebenbei bemerkt ist das Beispiel der Gewerkschaftsverbände besonders charakteristisch für die Beurteilung des strittigen § 1. Daß diese Verbände „unter der Kontrolle und Leitung" der sozialdemokratischen Organisationen arbeiten *müssen* – darüber kann es unter Sozialdemokraten keine zwei Meinungen geben. Doch *aus diesem Grunde* allen Mitgliedern solcher Verbände das Recht zu geben, sich für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei „zu erklären", wäre ein offensichtlicher Unsinn und geeignet, doppelten Schaden zu stiften: Einerseits würde das die Ausmaße der Gewerkschaftsbewegung *einengen* und die Solidarität der Arbeiter auf diesem Boden schwächen. Anderseits würde es in der sozialdemokratischen Partei der Verschwommenheit und Wankelmütigkeit Tür und Tor öffnen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte Gelegenheit, eine ähnliche Frage konkret zu lösen, als sich der berühmte Konflikt mit den Hamburger Maurern ereignete, die im Akkord arbeiteten.[69] Die Sozialdemokratie zögerte keinen Augenblick, den Streikbruch für eine vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ehrlose Handlung zu erklären, d. h. die Leitung von Streiks

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 470. *Die Red.*

und deren Unterstützung für *ihre* ureigene Sache zu erklären, zu gleicher Zeit aber lehnte sie ebenso entschieden die Forderung ab, die Interessen der Partei den Interessen der Gewerkschaftsverbände gleichzusetzen, der *Partei die Verantwortung* für einzelne Schritte einzelner Verbände *aufzuerlegen*. Die Partei muß und wird sich bemühen, die Gewerkschaftsverbände mit ihrem Geist zu durchtränken und ihrem Einfluß zu unterwerfen, doch gerade im Interesse dieses Einflusses muß sie die völlig sozialdemokratischen (der Sozialdemokratischen Partei angehörenden) Elemente dieser Verbände von den nicht ganz klassenbewußten und politisch nicht ganz aktiven Elementen trennen, und nicht die einen mit den andern in einen Topf werfen, wie das Gen. Axelrod möchte.

„. . . Die Zentralisierung der konspirativsten Funktionen durch eine Organisation der Revolutionäre wird den Umfang und den Inhalt der Tätigkeit vieler anderer Organisationen, die auf ein breites Publikum berechnet und darum möglichst lose und möglichst wenig konspirativ sind, nicht vermindern, sondern vergrößern; dazu gehören sowohl die Gewerkschaftsverbände der Arbeiter als auch die Arbeiterzirkel für Selbstbildung und die Lesezirkel für illegale Literatur, ferner die sozialistischen und auch die demokratischen Zirkel in *allen* übrigen Bevölkerungsschichten usw. usf. Solche Zirkel, Verbände und Organisationen sind überall in *möglichst großer* Zahl und mit den mannigfaltigsten Funktionen erforderlich, aber es wäre unsinnig und schädlich, sie mit einer Organisation der *Revolutionäre zu verwechseln*, die Grenzen zwischen ihnen zu verwischen . . ." (S. 96.)* Aus diesen Sätzen geht hervor, wie unangebracht der Hinweis des Gen. Martow war, daß die Organisation der Revolutionäre von breiten Arbeiterorganisationen *umgeben* sein müsse. Ich habe das bereits in „Was tun?" betont und im „Brief an einen Genossen" diesen Gedanken konkreter entwickelt. Die Betriebszirkel, schrieb ich dort, „sind für uns besonders wichtig, liegt doch die ganze Hauptkraft der Bewegung darin, daß die Arbeiter der *großen* Betriebe organisiert sind, denn die großen Betriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem Einfluß, der Entwicklung, der Kampffähigkeit nach den ausschlaggebenden Teil der Arbeiterklasse. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein... Das Betriebsunterkomitee muß danach streben, den ganzen Betrieb, einen möglichst großen Teil der Arbeiter durch ein Netz von allen

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 482/483. *Die Red.*

möglichen Zirkeln (oder Agenten) zu erfassen ... Alle Gruppen, Zirkel, Unterkomitees usw. haben als Einrichtungen oder Zweigstellen des Komitees zu gelten. Manche von ihnen werden offen den Wunsch aussprechen, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beizutreten, und werden ihr, *die Bestätigung* des Komitees *vorausgesetzt*, auch beitreten, sie werden (im Auftrage des Komitees oder im Einverständnis mit ihm) bestimmte Funktionen übernehmen und sich verpflichten, die Anordnungen der Parteiorgane zu befolgen, sie werden *alle Rechte von Parteimitgliedern erhalten*, als nächste Kandidaten für das Komitee betrachtet werden usw. Andere werden der SDAPR *nicht beitreten*, ihre Stellung wird weiter die von Zirkeln sein, die von Parteimitgliedern eingerichtet werden oder sich an die eine oder andere Parteigruppe anlehnen usw." (S. 17/18.)* Aus den von mir unterstrichenen Worten ist besonders klar ersichtlich, daß die *Idee* meiner Formulierung des § 1 schon im „Brief an einen Genossen" deutlich ausgeprägt ist. Die Bedingungen für den Eintritt in die Partei sind hier eindeutig angegeben, nämlich: 1. ein gewisser Grad von Organisiertheit und 2. die Bestätigung durch das Parteikomitee. Auf der nächstfolgenden Seite sage ich auch ungefähr, welche Gruppen und Organisationen und aus welchen Erwägungen in die Partei aufgenommen (oder nicht aufgenommen) werden dürfen. „Die Gruppe der Austräger muß der SDAPR angehören und eine gewisse Anzahl von Mitgliedern und Funktionären der Partei kennen. Eine Gruppe, welche die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufszweigen studiert und entsprechende gewerkschaftliche Forderungen ausarbeitet, muß nicht unbedingt der SDAPR angehören. Eine Gruppe von Studenten, Offizieren oder Angestellten, die sich *unter Teilnahme* von einem oder zwei Parteimitgliedern mit Selbstbildung befaßt, darf manchmal sogar überhaupt nicht von deren Zugehörigkeit zur Partei wissen usw." (S. 18/19.)**

Hier habt ihr weiteres Material zur Frage des „offenen Visiers"! Während die Formel des Martowschen Entwurfs die Beziehungen von Partei und Organisationen nicht einmal berührt, habe ich schon fast ein Jahr vor dem Parteitag darauf hingewiesen, daß die einen Organisationen der Partei angehören sollen, die anderen nicht. Im „Brief an einen Genossen" tritt bereits klar die Idee hervor, die ich auf dem Parteitag verteidigt habe.

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 235, 237 und 238. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 239. *Die Red.*

Anschaulich könnte man die Sache folgendermaßen darstellen. Nach dem Grad der Organisiertheit im allgemeinen und dem Grad der Konspiration einer Organisation im besonderen kann man etwa folgende Kategorien unterscheiden: 1. Organisationen der Revolutionäre; 2. Organisationen der Arbeiter, und zwar möglichst breite und mannigfaltige (ich beschränke mich allein auf die Arbeiterklasse und setze als selbstverständlich voraus, daß gewisse Elemente anderer Klassen unter gewissen Bedingungen ebenfalls hierzu gehören werden). Diese beiden Kategorien bilden die Partei. Ferner 3. Arbeiterorganisationen, die sich an die Partei anlehnen; 4. Arbeiterorganisationen, die sich an die Partei nicht anlehnen, aber sich faktisch ihrer Kontrolle und Leitung unterordnen; 5. die unorganisierten Elemente der Arbeiterklasse, die sich zum Teil ebenfalls der Leitung der Sozialdemokratie unterordnen, wenigstens dann, wenn sich der Klassenkampf wuchtig äußert. So ungefähr stellt sich die Sache von meinem Standpunkt aus dar. Vom Standpunkt des Gen. Martow dagegen bleibt die Grenze der Partei völlig unbestimmt, denn „jeder Streikende" darf „sich für ein Parteimitglied erklären". Welchen Nutzen bringt diese Verschwommenheit? Eine weite Verbreitung des „Namens"! Der Schaden, den sie bringt, ist das Hereintragen der *desorganisierenden* Idee der Vermengung von Klasse und Partei.

Um die von uns aufgestellten allgemeinen Thesen zu illustrieren, wollen wir noch einen flüchtigen Blick auf die weiteren Debatten über § 1 auf dem Parteitag werfen. Gen. Brucker spricht sich (zum Vergnügen des Gen. Martow) für meine Formulierung aus. Aber es zeigt sich, daß *sein* Bündnis mit mir – zum Unterschied vom Bündnis des Gen. Akimow mit Martow – auf einem Mißverständnis beruht. Gen. Brucker „ist mit dem ganzen Statut und seinem ganzen Geiste nicht einverstanden" (S. 239) und verteidigt meine Formel *als Grundlage des Demokratismus*, den die Anhänger des „Rabotscheje Delo" ersehnen. Gen. Brucker hat sich noch nicht zu dem Standpunkt durchgerungen, daß man im politischen Kampf mitunter das *kleinere Übel* wählen muß; Gen. Brucker hat nicht bemerkt, daß es auf einem Parteitag wie dem unseren nutzlos ist, den Demokratismus zu verteidigen. Gen. Akimow erwies sich als weitblickender. Er stellte die Frage ganz richtig, als er bezeugte, daß „die Genossen Martow und Lenin darum streiten, welche (Formulierung) ihrem gemeinsamen Ziel besser dient" (S. 252). „Ich und Brucker", fährt er fort, „wollen jene wählen, *die dem*

Ziel weniger dient. In dieser Hinsicht wähle ich die Formulierung Martows." Und Gen. Akimow erklärte offenherzig, er betrachte „ihr Ziel an sich" (Plechanows, Martows und mein Ziel, eine leitende Organisation von Revolutionären zu schaffen) als „nicht zu verwirklichen und als schädlich". Er vertritt, ebenso wie Gen. Martynow*, die Idee der Ökonomisten, daß eine „Organisation von Revolutionären" nicht notwendig sei. Er „ist vom Glauben erfüllt, daß sich das Leben dennoch in unserer Parteiorganisation Bahn brechen wird, unabhängig davon, ob man ihm mit der Formel Martows oder mit der Formel Lenins den Weg versperrt". Es würde sich nicht lohnen, auf diese für die „Nachtrabpolitik" bezeichnende Auffassung vom „Leben" einzugehen, träfen wir nicht auch bei Gen. Martow darauf. Die zweite Rede des Gen. Martow (S. 245) ist überhaupt so interessant, daß es sich lohnt, sie näher zu untersuchen.

Das erste Argument des Gen. Martow: Die Kontrolle der Parteiorganisationen über die Parteimitglieder, die den Organisationen nicht angehören, ist „insofern zu verwirklichen, als das Komitee, wenn es jemandem eine bestimmte Funktion überträgt, die Möglichkeit hat, diese zu überwachen" (S. 245). Diese These ist außerordentlich charakteristisch, denn sie „verrät", wenn man sich so ausdrücken darf, *wer* Martows Formulierung braucht und wem sie in *Wirklichkeit* nützen wird: intellektuellen Einzelgängern oder den Arbeitergruppen und Arbeitermassen. Es sind nämlich zwei Auslegungen der Martowschen Formel möglich: 1. Jeder hat das Recht, sich für ein Parteimitglied *„zu erklären"* (die Worte stammen von Gen. Martow selber), der der Partei unter der Leitung einer

---

* Gen. Martynow will übrigens zeigen, daß zwischen ihm und Gen. Akimow ein Unterschied ist, er will beweisen, daß verschwörerisch nicht konspirativ heißt, daß hinter dem Unterschied dieser Worte ein Unterschied der Begriffe stecke. Was das für ein Unterschied ist, hat freilich weder Gen. Martynow noch der jetzt in seine Fußtapfen tretende Gen. Axelrod erklärt. Gen. Martynow „tut so", als ob ich zum Beispiel in „Was tun?" (ebenso wie in den „Aufgaben" [siehe Werke, Bd. 2, S. 325—354. *Die Red.*]) mich nicht entschieden gegen „die *Einengung* des politischen Kampfes bis zur Verschwörung" ausgesprochen hätte. Gen. Martynow möchte die Hörer *vergessen* machen, daß diejenigen, gegen die ich kämpfte, die Notwendigkeit einer *Organisation von Revolutionären nicht einsahen*, wie Gen. Akimow sie auch heute nicht einsieht.

ihrer Organisationen regelmäßig persönlichen Beistand leistet. 2. Jede Parteiorganisation *hat das Recht*, jeden als Parteimitglied *anzuerkennen*, der ihr unter ihrer Leitung regelmäßig persönlichen Beistand leistet. Nur die erste Auslegung gibt tatsächlich „jedem Streikenden" die Möglichkeit, sich als Parteimitglied zu bezeichnen, und deshalb hat *sie allein* sich sofort die Herzen der Liber, Akimow und Martynow erobert. Aber diese Auslegung ist schon eine offenkundige Phrase, denn dann würde die gesamte Arbeiterklasse darunter fallen, der Unterschied zwischen Partei und Klasse würde verwischt, und von der Kontrolle und Leitung „eines jeden Streikenden" könnte man nur „symbolisch" sprechen. Deshalb ließ sich Gen. Martow in seiner zweiten Rede sofort zur zweiten Auslegung verleiten (die allerdings, nebenbei bemerkt, *vom Parteitag*, der die Resolution Kostitschs verwarf, *direkt abgelehnt* wurde, S. 255): das Komitee wird Funktionen übertragen und ihre Ausführung überwachen. Solche Spezialaufträge werden natürlich niemals der *Masse* der Arbeiter erteilt werden, den *Tausenden* Proletariern (von denen Gen. Axelrod und Gen. Martynow reden) – sie werden oft gerade jenen *Professoren* anvertraut werden, von denen Gen. Axelrod sprach, jenen *Gymnasiasten*, um die sich Gen. Liber und Gen. Popow sorgten (S. 241), jener *revolutionären Jugend*, auf die sich Gen. Axelrod in seiner zweiten Rede berief (S. 242). Kurzum, die Formel des Gen. Martow wird entweder ein toter Buchstabe, eine hohle Phrase bleiben, oder sie wird hauptsächlich und fast ausschließlich *„den Intellektuellen, die durch und durch vom bürgerlichen Individualismus durchtränkt sind"* und der Organisation nicht angehören wollen, Nutzen bringen. *In Worten* verteidigt Martows Formel die Interessen der breiten Schichten des Proletariats; *in der Tat* wird diese Formel den Interessen der *bürgerlichen Intelligenz* dienen, die sich vor der proletarischen Disziplin und Organisation scheut. Niemand wird zu leugnen wagen, daß *die Intelligenz als besondere Schicht* der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen *gerade durch den Individualismus* und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist (siehe auch die bekannten Artikel Kautskys über die Intelligenz); hierdurch unterscheidet sich diese Gesellschaftsschicht unter anderm ungünstig vom Proletariat; darin liegt eine der Erklärungen für die Schwächlichkeit und Wankelmütigkeit der Intelligenz, eine Eigenschaft, die das Proletariat so oft zu spüren bekommt; und diese Eigenschaft der Intelli-

genz steht in unlöslichem Zusammenhang mit ihren gewöhnlichen Lebensbedingungen und ihren Erwerbsverhältnissen, die sich in sehr vielem den Verhältnissen *der kleinbürgerlichen Existenz* nähern (Arbeit als Einzelperson oder in sehr kleinen Kollektiven usw.). Es ist schließlich auch kein Zufall, daß gerade die Verteidiger der Formel Martows als Beispiele Professoren und Gymnasiasten heranziehen mußten! In den Auseinandersetzungen über § 1 sind nicht die Verfechter des breiten proletarischen Kampfes gegen die Verfechter der radikalen Verschwörerorganisation aufgetreten, wie die Genossen Martynow und Axelrod meinten, sondern die Anhänger des *bürgerlich-intellektuellen Individualismus* sind mit den Anhängern der *proletarischen Organisation und Disziplin* zusammengestoßen.

Gen. Popow sagte: „Überall in Petersburg wie auch in Nikolajew oder Odessa gibt es, wie die Vertreter dieser Städte bezeugen, Dutzende von Arbeitern, die unsere Literatur verbreiten und mündliche Agitation betreiben, aber nicht Mitglieder der Organisation sein können. Man kann sie der Organisation zuzählen, sie aber nicht als Mitglieder betrachten." (S. 241.) Warum können sie nicht Mitglieder der Organisation sein? Das ist ein Geheimnis des Gen. Popow geblieben. Ich habe bereits oben eine Stelle aus dem „Brief an einen Genossen" zitiert, die zeigt, daß gerade der Einschluß aller solcher Arbeiter (Hunderter und nicht Dutzender) in die Organisationen sowohl möglich als auch notwendig ist, wobei sehr viele von diesen Organisationen der Partei angehören können und müssen.

Das zweite Argument des Gen. Martow: „Für Lenin gibt es keine anderen Organisationen in der Partei als die Parteiorganisationen . . ." Vollkommen richtig! „. . . Für mich dagegen muß es solche Organisationen geben. Das Leben schafft und vermehrt Organisationen rascher, als wir sie in die Hierarchie unserer Kampforganisation der Berufsrevolutionäre aufnehmen können . . ." Das ist in zweierlei Beziehung falsch: 1. Das „Leben" schafft weit weniger brauchbare Organisationen von Revolutionären, als wir benötigen, als es für die Arbeiterbewegung erforderlich ist. 2. Unsere Partei soll eine Hierarchie nicht nur der Organisationen der Revolutionäre, sondern auch der Masse der Arbeiterorganisationen sein... „Lenin glaubt, das ZK werde als Parteiorganisationen nur jene Organisationen bestätigen, die in prinzipieller Hinsicht völlig zuverlässig sind. Doch Gen. Brucker versteht sehr wohl, daß das Leben (sic!) seine Rechte

geltend machen wird und daß das ZK, um nicht eine Menge von Organisationen außerhalb der Partei zu lassen, gezwungen sein wird, sie zu legalisieren, obwohl sie nicht völlig zuverlässig sind. Und eben deshalb schließt sich Gen. Brucker der Formel Lenins an..." Wenn diese Auffassung vom „Leben" nicht Nachtrabpolitik im wahrsten Sinne des Wortes ist! Gewiß, bestünde das ZK *obligatorisch* aus Leuten, die sich nicht von ihrer eigenen Meinung leiten lassen, sondern von dem, was andere sagen (siehe den Zwischenfall mit dem OK), so würde das „Leben" „seine Rechte" in dem Sinne geltend machen, daß die rückständigsten Elemente der Partei die Oberhand gewännen (*wie es jetzt auch geschehen ist, nachdem sich aus den rückständigen Elementen die „Minderheit" der Partei gebildet hat*). Aber man kann keinen einzigen *vernünftigen* Grund anführen, der ein *verständiges* ZK zwänge, der Partei „unzuverlässige" Elemente zuzuführen. Gerade durch diese Berufung auf das „Leben", das unzuverlässige Elemente „schafft", zeigt Gen. Martow anschaulich den opportunistischen Charakter seines Organisationsplans! „...Ich aber meine", fährt er fort, „daß wir eine solche (nicht ganz zuverlässige) Organisation, wenn sie bereit ist, das Parteiprogramm und die Parteikontrolle anzuerkennen, in die Partei aufnehmen können, ohne sie dadurch zu einer Parteiorganisation zu machen. Ich hielte es für einen großen Triumph unserer Partei, wenn zum Beispiel irgendein Verband von ‚Unabhängigen' erklärte, daß er den Standpunkt der Sozialdemokratie und ihr Programm annimmt und in die Partei eintritt, was jedoch nicht bedeutet, daß wir diesen Verband in die Parteiorganisation einschließen ..." Da sieht man, zu welchem Wirrwarr Martows Formel führt: parteilose Organisationen, die der Partei angehören! Man stelle sich bloß *sein* Schema vor: Partei = 1. Organisationen von Revolutionären + 2. Arbeiterorganisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind + 3. Arbeiterorganisationen, die nicht als Parteiorganisationen anerkannt sind (vorwiegend Organisationen von „Unabhängigen") + 4. Einzelpersonen, die verschiedene Funktionen ausüben, Professoren, Gymnasiasten usw. + 5. „jeder Streikende". Diesem wunderbaren Plan könnte man nur die Worte des Gen. Liber zur Seite stellen: „Unsere Aufgabe ist es nicht nur, eine Organisation zu organisieren (!!), wir können und müssen die Partei organisieren." (S. 241.) Gewiß, wir können und müssen das tun, aber dazu brauchen wir nicht jedes Sinnes bare Worte über die „Organisierung von Organisationen",

sondern die *direkte Aufforderung* an die Parteimitglieder, tatsächlich an der *Organisierung* zu arbeiten. Von der „Organisierung der Partei" zu reden und unter dem Deckmantel des Wortes Partei jede Unorganisiertheit und jedes Durcheinander zu verteidigen heißt leeres Stroh dreschen.

„Unsere Formulierung", sagt Gen. Martow, „bringt das Bestreben zum Ausdruck, daß zwischen der Organisation der Revolutionäre und der Masse eine Reihe von Organisationen stehen." Eben nicht! Gerade dieses wirklich obligatorische Bestreben bringt Martows Formel *nicht zum Ausdruck*, denn *sie gibt keinen Antrieb, sich zu organisieren*, sie enthält keine Aufforderung, sich zu organisieren, sie trennt nicht den Organisierten vom Unorganisierten. Sie gibt nichts als einen *Namen**, und man muß

* Auf der Ligakonferenz hat Gen. Martow noch ein Argument zugunsten seiner Formulierung angeführt, über das man nur lachen kann. „Wir könnten darauf hinweisen", sagt er, „daß Lenins Formel, buchstäblich aufgefaßt, die *Agenten des ZK* aus der Partei ausschließt, denn diese Agenten bilden keine Organisation." (S. 59.) Dieses Argument wurde auch auf der Ligakonferenz mit *Heiterkeit* aufgenommen, wie es in den Protokollen heißt. Gen. Martow glaubt, die von ihm erwähnte „Schwierigkeit" sei nur dadurch zu lösen, daß die Agenten des ZK der „Organisation des ZK" angehören. Aber nicht darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß Gen. Martow durch sein Beispiel *seine völlige Verkennung der Idee des § 1* anschaulich demonstriert, daß er ein Muster rein wortklauberischer Kritik geliefert hat, über die man tatsächlich nur lachen kann. *Formell* würde es genügen, eine „Organisation der Agenten des ZK" zu bilden und einen *Beschluß* über ihre Aufnahme in die Partei zu fassen, dann wäre die „Schwierigkeit", die Gen. Martow soviel Kopfzerbrechen bereitet hat, mit einem Schlage beseitigt. Die *Idee* des § 1 in meiner Formulierung besteht ja gerade in dem *Antrieb*: „Organisiert euch!", in der *Sicherung* einer *realen* Kontrolle und Leitung. Geht man vom *Kern der Sache* aus, so ist schon allein die Frage lächerlich, ob die Agenten des ZK der Partei angehören oder nicht, denn die *reale* Kontrolle über sie ist *bereits dadurch* vollauf und unbedingt gesichert, *daß man sie zu Agenten ernannt hat*, bereits dadurch, daß man sie auf ihren Posten als Agenten beläßt. Folglich kann hier von einer Vermengung der Organisierten mit den Unorganisierten (die Wurzel des Fehlers in der Formulierung des Gen. Martow) keine Rede sein. Die Untauglichkeit der Formel Martows besteht darin, daß all und jeder sich *selbst* für ein Parteimitglied *erklären* kann, jeder Opportunist, jeder müßige Schwätzer, jeder „Professor" und jeder „Gymnasiast". Über diese *Achillesferse* seiner Formulierung sucht Gen. Martow vergeblich *hinwegzutäuschen* durch solche Beispiele,

dabei unwillkürlich an die Worte des Gen. Axelrod denken: „Durch keine Dekrete kann man ihnen (den Zirkeln der revolutionären Jugend u. a.) und Einzelpersonen verbieten, sich Sozialdemokraten zu nennen" (die reine Wahrheit!) „und sich sogar als einen Teil der Partei zu betrachten..." Das ist nun schon *unbedingt falsch*! Man kann niemandem verbieten, sich Sozialdemokrat zu nennen, und es wäre *auch unnötig*, denn dieses Wort bringt *unmittelbar* nur ein System von Überzeugungen zum Ausdruck, nicht aber bestimmte organisatorische Beziehungen. Man kann und muß aber einzelnen Zirkeln und Personen verbieten, „sich als einen Teil der Partei zu betrachten", wenn diese Zirkel und Personen der Partei schaden, sie demoralisieren oder desorganisieren. Es wäre lächerlich, von der *Partei* als einem Ganzen, einer politischen Größe zu sprechen, wenn sie einem Zirkel nicht „durch Dekret verbieten könnte", „sich als einen Teil" des Ganzen zu „betrachten"! Was für einen Zweck hätte es denn sonst, Richtlinien und Bedingungen für den Ausschluß aus der Partei festzulegen? Gen. Axelrod hat den Grundfehler des Gen. Martow handgreiflich ad absurdum geführt; er hat diesen Fehler sogar zu einer *opportunistischen Theorie* erhoben, als er hinzufügte: „In Lenins Formulierung steht § 1 in einem direkten prinzipiellen Widerspruch zum innersten Wesen (!!), zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Partei des Proletariats." (S. 243.) Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als folgendes: Stellt man an die Partei höhere Anforderungen als an die Klasse, so steht das in einem prinzipiellen Widerspruch zum innersten Wesen der Aufgaben des Proletariats. Kein Wunder, daß Akimow aus Leibeskräften für eine solche *Theorie* eintrat.

Der Gerechtigkeit halber muß ich feststellen, daß Gen. Axelrod, der *jetzt* diese irrige, offenkundig zum Opportunismus neigende Formulierung zum Samenkorn *neuer* Auffassungen machen möchte, auf dem Parteitag im Gegenteil seine Bereitschaft bekundete, mit sich „handeln zu lassen", als er sagte: „Aber ich merke, daß ich offene Türen einrenne..." (ich merke das auch an der neuen „Iskra") „...denn Gen. Lenin kommt mit seinen peripherischen Zirkeln, die als Teil der Parteiorganisation zu betrachten sind, meiner Forderung entgegen..." (und nicht nur mit den

---

bei denen gar nicht der Gedanke aufkommen kann, sich eigenmächtig zum Mitglied zu machen, sich für ein Mitglied zu erklären.

peripherischen Zirkeln, sondern auch mit allen möglichen Arbeiterverbänden: vgl. S. 242 der Protokolle die Rede des Gen. Strachow und die oben zitierten Stellen aus „Was tun?" und dem „Brief an einen Genossen")... „Es bleiben noch die Einzelpersonen, aber auch hier könnte man mit sich handeln lassen." Ich erwiderte Gen. Axelrod, daß ich im allgemeinen nicht abgeneigt sei, mit mir handeln zu lassen, und muß jetzt erläutern, in welchem Sinne das gemeint war. Gerade was Einzelpersonen betrifft, alle diese Professoren, Gymnasiasten usw., wäre ich am wenigsten bereit, Zugeständnisse zu machen; tauchen aber hinsichtlich der Arbeiterorganisationen Zweifel auf, so wäre ich bereit (obwohl ich oben nachgewiesen habe, daß solche Zweifel völlig unbegründet sind), meinem § 1 eine Anmerkung etwa folgender Art hinzuzufügen: „Von den Arbeiterorganisationen, die das Programm und das Statut der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands anerkennen, sind möglichst viele in die Parteiorganisationen aufzunehmen." Strenggenommen gehört ein solcher Wunsch natürlich nicht ins Statut, das sich auf rechtliche Bestimmungen zu beschränken hat, sondern in erläuternde Kommentare, in Broschüren (und ich habe bereits gesagt, daß ich in meinen Broschüren lange vor dem Statut solche Erläuterungen gegeben habe), aber eine solche Anmerkung würde wenigstens keine Spur von *falschen* Gedanken aufweisen, die zur Desorganisierung führen könnten, keine Spur von *opportunistischen* Betrachtungen* und *„anarchistischen Konzeptionen"*, wie sie zweifellos in Martows Formulierung enthalten sind.

---

* Zu solchen Betrachtungen, die bei den Versuchen, die Martowsche Formel zu begründen, unvermeidlich auftauchen, gehört insbesondere der Satz des Gen. Trotzki (S. 248 und 346), daß „der Opportunismus durch kompliziertere Ursachen erzeugt (oder: durch tiefere bestimmt) wird als durch diesen oder jenen Punkt des Statuts — er wird hervorgerufen durch die relative Entwicklungsstufe der bürgerlichen Demokratie und des Proletariats..." Es handelt sich nicht darum, daß Punkte des Statuts Opportunismus erzeugen können, sondern darum, mit Hilfe dieser Punkte eine mehr oder minder scharfe Waffe gegen den Opportunismus zu schmieden. Je tiefer seine Ursachen sind, um so schärfer muß diese Waffe sein. Deshalb ist es eine Nachtrabpolitik reinsten Wassers, wenn man mit den „tiefen Ursachen" des Opportunismus eine Formulierung *rechtfertigt*, die ihm Tür und Tor öffnet. Als Gen. Trotzki gegen Gen. Liber war, verstand er, daß das Statut ein „organisiertes Mißtrauen" des

Der letzte, von mir in Anführungszeichen gesetzte Ausdruck stammt von Gen. Pawlowitsch, der es mit vollem Recht als *Anarchismus* bezeichnete, wenn man *„unverantwortliche* und sich selbst in die Partei *eintragende"* Mitglieder anerkennt. „In die Umgangssprache übertragen", erklärte Gen. Pawlowitsch dem Gen. Liber meine Formulierung, bedeutet sie: „Willst du Parteimitglied sein, so darfst du auch die organisatorischen Beziehungen nicht nur platonisch anerkennen." So einfach diese „Übertragung" auch ist, erwies sie sich doch nicht als überflüssig (wie die Ereignisse nach dem Parteitag gezeigt haben), und zwar nicht nur für verschiedene zweifelhafte Professoren und Gymnasiasten, sondern auch für ganz echte Parteimitglieder, für die Parteispitzen... Ebenso richtig hat Gen. Pawlowitsch auch auf den Widerspruch zwischen Martows Formel und jenem unbestrittenen Grundsatz des wissenschaftlichen Sozialismus hingewiesen, den derselbe Gen. Martow so unglücklich zitiert hat. „Unsere Partei ist die bewußte Trägerin des unbewußten Prozesses." So ist es. Und eben darum ist es falsch, danach zu streben, daß „jeder Streikende" sich Parteimitglied nenne, denn wäre „jeder Streik" nicht nur ein elementarer Ausdruck des machtvollen Klasseninstinkts und des Klassenkampfes, der unvermeidlich zur sozialen Revolution führt, sondern ein *bewußter*

Ganzen gegen einen Teil, des Vortrupps gegen den zurückgebliebenen Trupp ist; kaum hatte Gen. Trotzki aber die Partei des Gen. Liber ergriffen, da vergaß er das und begann sogar die *Schwäche* und Wankelmütigkeit bei *unserer* Organisierung dieses Mißtrauens (des Mißtrauens gegen den Opportunismus) mit „komplizierten Ursachen", mit „der Entwicklungsstufe des Proletariats" usw. zu rechtfertigen. Ein anderes Argument des Gen. Trotzki: „Der intellektuellen Jugend, die so oder anders organisiert ist, fällt es viel leichter, *sich selbst* in die Listen der Partei *einzutragen"* (hervorgehoben von mir). Das ist es ja! Deshalb krankt an intellektueller Verschwommenheit jene Formulierung, auf Grund deren sogar unorganisierte Elemente sich für Parteimitglieder *erklären* können, nicht aber die meine, die das Recht *ausschaltet*, „sich *selbst*" in die Listen „einzutragen". Gen. Trotzki meint, wenn das ZK die Organisation der Opportunisten „nicht anerkennt", so nur wegen des Charakters der Leute, da aber diese Leute als politische Persönlichkeiten bekannt sind, seien sie nicht gefährlich, und man könne sie durch einen allgemeinen Parteiboykott entfernen. Das trifft nur auf die Fälle zu, in denen man jemanden *aus der Partei entfernen* muß (und auch da ist es nur zur Hälfte richtig, denn eine organisierte Partei *entfernt* durch Abstimmung und nicht durch Boykott). Das trifft ganz und gar

Ausdruck dieses Prozesses, dann... dann wäre der Generalstreik keine anarchistische Phrase, dann *würde* unsere Partei sofort und mit einem Schlage die gesamte Arbeiterklasse *erfassen* und folglich auch mit einem Schlage der *gesamten bürgerlichen Gesellschaft* ein Ende machen... Um *in Wirklichkeit* die bewußte Trägerin zu sein, muß die Partei es verstehen, solche organisatorische Verhältnisse zu schaffen, die *ein gewisses Niveau* der Bewußtheit *sichern* und dieses Niveau systematisch heben. „Geht man schon den Weg Martows", sagte Gen. Pawlowitsch, „so muß man vor allem den Punkt über die Anerkennung des *Programms* streichen, denn um das Programm anzunehmen, muß man es sich zu eigen machen und begreifen... Die Anerkennung des Programms setzt ein ziemlich hohes Niveau des politischen Bewußtseins voraus." Wir werden es nie zulassen, daß die *Unterstützung* der Sozialdemokratie, daß die *Teilnahme* an dem von ihr geleiteten Kampf durch irgendwelche Forderungen (Aneignung, Verständnis usw.) künstlich *beschränkt* wird, denn diese *Teilnahme* selbst *hebt* allein durch die Tatsache, daß sie in Erscheinung tritt, sowohl das Klassenbewußtsein als auch die organisatorischen Instinkte; haben wir uns aber zu planmäßiger Arbeit *in der Partei vereinigt*, so müssen wir dafür sorgen, daß diese Planmäßigkeit gesichert ist.

---

nicht zu auf die viel häufigeren Fälle, in denen es unsinnig wäre, zu *entfernen*, in denen man nur *kontrollieren* muß. Zum Zwecke der Kontrolle kann das ZK *absichtlich* unter bestimmten Bedingungen eine nicht ganz zuverlässige, aber arbeitsfähige Organisation in die Partei aufnehmen, um sie zu prüfen, um zu versuchen, *sie auf den richtigen Weg zu bringen*, um durch seine Leitung ihre teilweisen Abweichungen zu paralysieren usw. Eine solche Aufnahme in die Partei ist nicht gefährlich, *wenn* es allgemein nicht zugelassen wird, daß man *„sich selbst"* in die Parteilisten *„einträgt"*. Eine solche Aufnahme wird oft von Nutzen sein, können doch dabei irrige Auffassungen und eine irrige Taktik offen und *verantwortlich* geäußert, kontrolliert (und erörtert) werden. „Sollen aber die juristischen Definitionen den faktischen Verhältnissen entsprechen, so muß die Formel des Gen. Lenin abgelehnt werden", sagt Gen. Trotzki, und wiederum spricht er wie ein Opportunist. Die faktischen Verhältnisse sind nichts Totes, sondern etwas Lebendiges und sich Entwickelndes. Die juristischen Definitionen können der fortschrittlichen Entwicklung dieser Verhältnisse entsprechen, können aber auch (wenn diese Definitionen schlecht sind) einem Rückschritt oder Stillstand „entsprechen". Dieser letztgenannte Fall ist eben der „Fall" des Gen. Martow.

Daß die Warnung des Gen. Pawlowitsch hinsichtlich des Programms nicht überflüssig war, zeigte sich *sofort*, noch in *derselben* Sitzung. Die Genossen Akimow und Liber, die Martows Formulierung zum Siege verholfen hatten*, offenbarten *gleich darauf* ihre wahre Natur, indem sie forderten (S. 254/255), daß man auch (um „Mitglied" der Partei zu sein) das Programm nur platonisch, nur in seinen „Grundzügen" anzuerkennen brauche. „Der Antrag des Gen. Akimow ist vom Standpunkt des Gen. Martow durchaus logisch", bemerkte Gen. Pawlowitsch. Leider ist aus den Protokollen nicht zu ersehen, *wieviel* Stimmen dieser Antrag Akimows auf sich vereinigte, aber wahrscheinlich nicht weniger als sieben (fünf Bundisten, Akimow und Brucker). Und gerade der Umstand, daß *sieben* Delegierte den Parteitag verließen, verwandelte die „kompakte Mehrheit" (der Antiiskristen, des „Zentrums" und der Martowleute), die sich bei § 1 des Statuts zu bilden begonnen hatte, in eine kompakte Minderheit! Gerade der Umstand, daß diese *sieben* Delegierten den Parteitag verließen, brachte den Antrag, die alte Redaktion zu bestätigen, zum Scheitern und führte zu der angeblich empörenden Verletzung der „Kontinuität" in der Leitung der „Iskra"! Diese originelle *Siebenergruppe* war die einzige Rettung und das Unterpfand für die iskristische „Kontinuität"; diese Siebenergruppe setzte sich aus den Bundisten, Akimow und Brucker zusammen, d. h. gerade den Delegierten, die gegen die *Begründung* für die Anerkennung der „Iskra" als Zentralorgan gestimmt hatten, gerade den Delegierten, deren Opportunismus dutzendemal vom Parteitag bezeugt und insbesondere auch von Martow und Plechanow bei der Frage, ob man § 1 hinsichtlich des Programms *mildern* solle, bezeugt worden war. Die „Kontinuität" der „Iskra", behütet von den Antiiskristen! – damit kommen wir zum *Auftakt* der Tragikomödie nach dem Parteitag.

*

* Dafür wurden 28, dagegen 22 Stimmen abgegeben. Von den acht Antiiskristen waren sieben für Martow, einer für mich. Ohne die Unterstützung der Opportunisten hätte Gen. Martow seine opportunistische Formel nicht durchgesetzt. (Auf der Ligakonferenz versuchte Gen. Martow sehr unglücklich, diese einwandfreie Tatsache zu widerlegen, er beschränkte sich aus irgendeinem Grunde nur auf die Stimmen der Bundisten und vergaß Gen. Akimow und dessen Freunde, oder richtiger, er erinnerte sich ihrer *erst*, als dies gegen mich sprechen konnte — das Einverständnis des Gen. Brucker mit mir.)

Die Gruppierung der Stimmen bei § 1 des Statuts hat eine Erscheinung genau derselben Art zutage gefördert wie der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen: Der Abfall (ungefähr) eines Viertels von der iskristischen Mehrheit verschafft den Antiiskristen, denen das „Zentrum" folgt, die Möglichkeit des Sieges. Natürlich gibt es auch hier einzelne Stimmen, die den harmonischen Gesamteindruck des Bildes stören – in einer so großen Versammlung wie unserm Parteitag sind unvermeidlich ein paar „Wilde", die zufällig bald auf die eine, bald auf die andere Seite geraten, besonders in einer Frage wie § 1, wo der wahre Charakter der Differenzen sich erst andeutete und viele sich einfach *noch nicht zurechtfanden* (da es an einer vorherigen Behandlung der Frage in der Parteiliteratur gefehlt hatte). Von den Iskristen der Mehrheit fielen fünf Stimmen ab (Russow und Karski mit je zwei Stimmen und Lenski mit einer Stimme); hingegen schlossen sich ihnen ein Antiiskrist (Brucker) und drei vom „Zentrum" (Medwedew, Jegorow und Zarjow) an; das ergab eine Summe von 23 Stimmen (24 – 5 + 4), um eine Stimme weniger als die endgültige Gruppierung bei den Wahlen. *Martow erhielt die Mehrheit durch die Antiiskristen*, von denen sieben für ihn und einer für mich eintraten (vom „Zentrum" stimmten ebenfalls sieben für Martow und drei für mich). Jene Koalition der Minderheit der Iskristen mit den Antiiskristen und dem „Zentrum", die am Ende des Parteitags und nach dem Parteitag eine kompakte Minderheit bildete, *begann sich herauszuschälen*. Der politische Fehler Martows und Axelrods, die bei der Formulierung von § 1 und insbesondere bei der Verteidigung dieser Formulierung *zweifellos einen Schritt zum Opportunismus und zum anarchistischen Individualismus* machten, offenbarte sich schlagartig und besonders deutlich dank der freien und offenen Kampfarena des Parteitags, er offenbarte sich darin, daß die am wenigsten standhaften und am wenigsten prinzipienfesten Elemente sofort alle ihre Kräfte einsetzten, um jene Spalte, jene Bresche zu erweitern, die sich in den Auffassungen der revolutionären Sozialdemokratie zeigte. Die gemeinsame Parteitagsarbeit von Leuten, die auf organisatorischem Gebiet offen *verschiedene Ziele* verfolgten (siehe Akimows Rede), spornte die *prinzipiellen* Gegner unseres Organisationsplans und unseres Statuts sofort an, den Fehler der Genossen Martow und Axelrod zu unterstützen. Die Iskristen, die auch in dieser Frage den Auffassungen der revolutionären Sozialdemokratie treu blieben, er-

wiesen sich *in der Minderheit*. Dieser Umstand ist von *größter Wichtigkeit*, denn wer sich darüber nicht klar ist, der kann den Kampf um einzelne Punkte des Statuts wie auch den Kampf um die personelle Zusammensetzung des Zentralorgans und des Zentralkomitees absolut nicht verstehen.

j) DIE UNSCHULDIGEN OPFER DER FALSCHEN BESCHULDIGUNG DES OPPORTUNISMUS

Bevor wir zu den weiteren Debatten über das Statut übergehen, müssen wir, um unsere Differenzen in der Frage der personellen Zusammensetzung der zentralen Körperschaften zu klären, die *internen* Sitzungen der „Iskra"-Organisation streifen, die während des Parteitags stattfanden. Die letzte und wichtigste dieser vier Sitzungen trat *unmittelbar nach* der Abstimmung über § 1 des Statuts zusammen – derart war die in dieser Sitzung erfolgte Spaltung der „Iskra"-Organisation chronologisch und logisch die Voraussetzung für den weiteren Kampf.

Die internen Sitzungen der „Iskra"-Organisation* begannen bald nach dem Zwischenfall mit dem OK, der den Anlaß gab, die möglichen Kandidaturen für das ZK zu erörtern. Selbstverständlich trugen diese Sitzungen, da die gebundenen Mandate aufgehoben waren, ausschließlich beratenden, niemanden verpflichtenden Charakter, aber ihre Bedeutung war trotzdem ungeheuer groß. Die Wahl des ZK bot beträchtliche Schwierigkeiten für die Delegierten, die weder die konspirativen Namen noch die innere Arbeit der „Iskra"-Organisation kannten – einer Organisation, welche die faktische Einheit der Partei geschaffen und jene Leitung der praktischen Bewegung verwirklicht hatte, die einer der Gründe für die offizielle Anerkennung der „Iskra" war. Wir haben bereits gesehen, daß den Iskristen, wenn sie zusammenhielten, auf dem Parteitag eine starke Mehrheit, fast drei Fünftel, vollauf gesichert war, und alle Delegierten verstanden das sehr gut. Alle Iskristen warteten denn auch darauf, daß die

* Um fruchtlose Streitigkeiten zu vermeiden, war ich schon auf der Ligakonferenz bestrebt, bei der Darstellung der Vorgänge in den internen Sitzungen einen möglichst engen Rahmen zu ziehen. Die wichtigsten Tatsachen sind auch in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'" (S. 4) dargelegt. Gen. Martow hat sie in seiner „Antwort" nicht bestritten.

„Iskra"-Organisation eine bestimmte personelle Zusammensetzung des ZK empfehlen werde, und kein einziges Mitglied dieser Organisation wandte sich auch nur mit einer Silbe gegen eine Vorbesprechung über die Zusammensetzung des ZK, niemand machte auch nur die leiseste Anspielung, daß man das gesamte OK bestätigen, d. h. es in das ZK umwandeln solle, ja *sogar von einer Beratung* mit dem gesamten OK bezüglich der Kandidaten für das ZK war keine Rede. Dieser Umstand ist ebenfalls außerordentlich charakteristisch und so wichtig, daß man ihn nicht aus dem Auge verlieren darf, denn *jetzt, hinterher* verteidigen die Martowleute mit allem Eifer das OK, womit sie nur zum hundertsten und tausendsten Male ihre eigene politische Charakterlosigkeit unter Beweis stellen.* Solange die Spaltung wegen der Zusammensetzung der Zentralstellen Martow noch nicht mit den Akimow zusammengeführt hatte, war für alle auf dem Parteitag eines klar, wovon sich jeder Unvoreingenommene aus den Parteitagsprotokollen und aus der ganzen Geschichte der „Iskra" leicht überzeugen kann, nämlich daß das OK *hauptsächlich* eine Kommission zur Einberufung des Parteitags war, eine absichtlich aus Vertretern der verschiedenen Schattierungen bis zu den Bundisten einschließlich zusammengesetzte Kommission, während die tatsächliche Arbeit zur *Schaffung* der organisatorischen Einheit der Partei allein von der „Iskra"-Organisation geleistet wurde. (Man muß auch berücksichtigen, daß ganz zufällig *mehrere* iskristische Mitglieder des OK auf dem Parteitag abwesend waren, sowohl infolge von Verhaftungen als auch aus anderen „unverschuldeten" Gründen.) Die Zusammensetzung der auf dem Parteitag anwesenden „Iskra"-Organisation ist bereits in der Broschüre des Gen. Pawlowitsch (siehe seinen „Brief über den II. Parteitag", S. 13)[70] angeführt worden.

---

* Man stelle sich einmal dieses „Sittenbild" vor: Ein *Delegierter* der „Iskra"-Organisation berät sich *auf dem Parteitag nur* mit ihr und *macht auch nicht die leiseste Anspielung* auf eine Besprechung mit dem OK. Nach seiner Niederlage sowohl in dieser Organisation wie auf dem Parteitag aber *bedauert* er auf einmal, daß das OK nicht bestätigt worden ist, beginnt er hinterher dessen Lob zu singen und die Organisation, die ihm sein Mandat gegeben hat, großspurig zu ignorieren! Man kann sich verbürgen, daß es in der Geschichte keiner wirklich sozialdemokratischen und keiner wirklichen Arbeiterpartei einen Parallelfall gibt.

Das endgültige Ergebnis der heißen Debatten in der „Iskra"-Organisation waren zwei Abstimmungen, die ich bereits in dem „Brief an die Redaktion" angeführt habe. Die erste Abstimmung: „Eine von Martow unterstützte Kandidatur wird mit neun gegen vier Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt." Man sollte meinen, nichts könne einfacher und natürlicher sein als eine solche Tatsache: Mit allgemeiner Zustimmung aller auf dem Parteitag anwesenden 16 Mitglieder der „Iskra"-Organisation wird die Frage der möglichen Kandidaturen besprochen und eine der von Gen. Martow vorgeschlagenen Kandidaturen mit Stimmenmehrheit abgelehnt (und zwar die Kandidatur des Gen. Stein, wie jetzt Gen. Martow selber in seiner Schwatzhaftigkeit ausgeplaudert hat – S. 69 der Broschüre „Der Belagerungszustand"). Wir hatten uns doch gerade auf dem Parteitag versammelt, um unter anderem die Frage zu erörtern und zu entscheiden, wem der „Dirigentenstab" anvertraut werden sollte, und es war unser aller Parteipflicht, diesem Punkt der Tagesordnung die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen, diese Frage im *Interesse der Sache* und nicht unter dem Gesichtspunkt „spießbürgerlicher Liebenswürdigkeiten" zu lösen, wie sich Gen. Russow später mit vollem Recht ausgedrückt hat. Gewiß, bei der Erörterung der Kandidaturen konnte man *auf dem Parteitag* nicht umhin, auch gewisse persönliche Eigenschaften zu erwähnen, man mußte wohl oder übel seine Billigung oder Mißbilligung*

* Gen. Martow beklagte sich in der Liga bitter über die Schroffheit meiner Mißbilligung, ohne zu merken, daß sich aus seinen Klagen ein Schluß ergibt, der sich gegen ihn selber richtet. Lenin benahm sich, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, einfach toll. (S. 63 der Ligaprotokolle.) Richtig. Er schlug die Tür zu. Stimmt. Er rief durch sein Verhalten (in der zweiten oder dritten Sitzung der „Iskra"-Organisation) die Empörung der in der Versammlung gebliebenen Mitglieder hervor. Die reine Wahrheit. Aber was folgt daraus? Lediglich, daß meine sachlichen Argumente in den strittigen Fragen überzeugend waren und durch den Verlauf des Parteitags bestätigt wurden. In der Tat, wenn schließlich von den 16 Mitgliedern der „Iskra"-Organisation neun zu mir standen, so ist es klar, daß dies *ungeachtet* der ungehörigen Schroffheiten, *trotz* ihnen geschah. Ohne die „Schroffheiten" wären also vielleicht mehr als neun auf meiner Seite gewesen. Folglich waren die Argumente und Tatsachen um so überzeugender, je größer die „Empörung" war, die sie zu überwinden hatten.

aussprechen, insbesondere in einer inoffiziellen Sitzung im engen Kreis. *Ich habe bereits auf der Ligakonferenz gesagt*, daß es Unsinn ist, die Mißbilligung einer Kandidatur als etwas „Ehrenrühriges" zu betrachten (S. 49 der Ligaprotokolle), daß es Unsinn ist, eine „Szene" zu machen und ein hysterisches Geschrei anzustimmen über etwas, was zur unmittelbaren Erfüllung der Parteipflicht gehört, nämlich die Funktionäre verantwortungsbewußt und umsichtig zu wählen. Indessen ist aber gerade das der Grund für die ganze Aufregung unserer Minderheit; sie haben *nach dem Parteitag* begonnen, über die „Zerstörung des guten Rufes" (S. 70 der Ligaprotokolle) zu zetern und *in ihren Publikationen der breiten Öffentlichkeit* zu versichern, daß Gen. Stein der „führende Mann" im einstigen OK gewesen sei und daß man ihn ohne Grund „irgendwelcher teuflischen Pläne" beschuldigt habe (siehe S. 69 des „Belagerungszustands"). Oder ist es etwa kein hysterisches Geschrei, wenn man anläßlich der Billigung oder Mißbilligung einer Kandidatur über die „Zerstörung des guten Rufes" zetert? Ist es kein kleinliches Gezänk, wenn Leute, nachdem sie sowohl in der inoffiziellen Versammlung der „Iskra"-Organisation als auch in der offiziellen, der höchsten Parteiversammlung, auf dem Parteitag, eine Niederlage erlitten haben, sich hinterher in der Öffentlichkeit beklagen und dem ehrenwerten Publikum die durchgefallenen Kandidaten als die „führenden Männer" empfehlen? Wenn diese Leute der Partei hinterher durch Spaltung und durch die Forderung der *Kooptation* ihre Kandidaten aufzwingen? Bei uns haben sich in der stickigen Atmosphäre des Auslands die politischen Begriffe derart verwirrt, daß Gen. Martow die Parteipflicht nicht mehr von Zirkelwesen und Vetternwirtschaft zu unterscheiden vermag! Vermutlich ist es Bürokratismus und Formalismus, zu glauben, daß die Frage der Kandidaten *nur* auf Parteitagen erörtert und entschieden werden darf, wo sich die Delegierten versammeln, um vor allem wichtige prinzipielle Fragen zu behandeln; wo die Vertreter der Bewegung zusammenkommen, die imstande sind, die Personenfrage unvoreingenommen zu erörtern, die imstande (und verpflichtet) sind, alle Auskünfte über die Kandidaten *einzufordern* und zu sammeln, um dann ihre entscheidende Stimme abzugeben; wo es natürlich und notwendig ist, dem Streit über den Dirigentenstab einen gewissen Platz einzuräumen. An Stelle dieser bürokratischen und formalistischen Auffassung sind bei uns jetzt andere Sitten eingeführt worden: wir wer-

den nach den Parteitagen an allen Straßenecken vom politischen Begräbnis Iwan Iwanowitschs, von der Zerstörung des guten Rufes Iwan Nikiforowitschs reden; die Kandidaten werden in Broschüren von diesen oder jenen Literaten empfohlen werden, die sich dabei pharisäisch an die Brust schlagen und beteuern: Kein Zirkel, sondern eine Partei... Das Leserpublikum, besonders das skandalsüchtige, wird sich gierig auf die sensationelle Neuigkeit stürzen, daß der und der im OK der führende Mann war, wie Martow selber versichert.* Dieses Leserpublikum ist ja viel eher imstande, die Frage zu erörtern und zu entscheiden, als formalistische Körperschaften wie Parteitage mit ihren grob mechanischen Mehrheitsbeschlüssen... Ja, groß sind die Augiasställe des Auslandsgezänks, die von unseren wirklichen Parteiarbeitern noch gesäubert werden müssen!

Die zweite Abstimmung der „Iskra"-Organisation: „mit zehn gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen wird eine Fünferliste (für das ZK) angenommen, in die auf meinen Vorschlag hin je ein führender Genosse der nichtiskristischen Elemente und der iskristischen Minderheit aufgenommen worden sind"**. Diese Abstimmung ist äußerst wichtig, denn sie beweist klar und unwiderleglich die ganze Verlogenheit der nachher, in der Atmosphäre des Gezänks, aufgekommenen Gerüchte, wir hätten die Nichtiskristen aus der Partei hinauswerfen oder sie kaltstellen wollen, die Mehrheit hätte nur durch die eine Hälfte des Parteitags nur aus einer Hälfte wählen lassen usw. Das alles ist eine glatte Lüge. Die von mir erwähnte Abstimmung zeigt, daß wir die Nichtiskristen nicht nur aus der Partei, sondern selbst aus dem ZK nicht verdrängt, sondern unseren Opponenten eine recht beträchtliche *Minderheit* zugestanden haben. Die ganze Sache war die, daß sie die *Mehrheit haben*

---

* Ich habe ebenso wie Martow in der „Iskra"-Organisation einen Kandidaten für das ZK empfohlen und seine Wahl nicht durchgesetzt, einen Kandidaten, dessen glänzenden, ausschließlich durch Tatsachen belegten guten Ruf vor dem Parteitag und zu Beginn des Parteitags ich ebenfalls hätte anpreisen können. Aber das fällt mir gar nicht ein. Dieser Genosse *achtet sich selber hoch genug*, um niemandem *zu erlauben*, nach dem Parteitag seine Kandidatur in der Presse aufzustellen oder sich über ein politisches Begräbnis, eine Zerstörung des guten Rufes usw. zu beklagen.

** Siehe den vorliegenden Band, S. 112. *Die Red.*

wollten, und als dieser bescheidene Wunsch nicht in Erfüllung ging, veranstalteten sie einen *Skandal* und weigerten sich überhaupt, den Zentralstellen anzugehören. Daß sich die Sache genauso verhielt, entgegen den Behauptungen des Gen. Martow in der Liga, geht aus folgendem *Brief* hervor, den die Minderheit der „Iskra"-Organisation kurz nach der Annahme von § 1 des Statuts auf dem Parteitag an uns, die Mehrheit der Iskristen (und die Mehrheit des Parteitags, nachdem sieben Delegierte ihn verlassen hatten), schickte. (Es sei bemerkt, daß die Sitzung der „Iskra"-Organisation, von der ich gesprochen habe, die *letzte* war: nach ihr fiel die Organisation *faktisch* auseinander, und jede Seite bemühte sich, die übrigen Parteitagsdelegierten zu überzeugen, daß sie recht hat.)

Hier der Wortlaut des Briefes:

„Nachdem wir die Erklärungen der Delegierten Sorokin und Sablina[71] über den Wunsch der Mehrheit der Redaktion und der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit', an der Versammlung (am soundsovielten*) teilzunehmen, entgegengenommen und mit Hilfe dieser Delegierten festgestellt haben, daß in der vorigen Versammlung eine angeblich von uns ausgehende Liste der Kandidaten für das ZK verlesen worden ist, die man benutzt hat, um unsere ganze *politische* Stellung falsch zu charakterisieren; sowie im Hinblick darauf, daß erstens diese Liste ohne den geringsten Versuch, ihren Ursprung nachzuprüfen, uns zugeschrieben wurde; daß zweitens dieser Umstand zweifellos zusammenhängt mit der Beschuldigung des Opportunismus, die gegen die Mehrheit der Redaktion der ‚Iskra' und der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' offen erhoben wird; und daß drittens der Zusammenhang zwischen dieser Beschuldigung und dem vorliegenden ganz bestimmten Plan, *die Zusammensetzung der ‚Iskra'-Redaktion zu*

* Nach meiner Berechnung fällt das im Brief genannte Datum auf den Dienstag. Die Zusammenkunft fand am Dienstag abend statt, d. h. *nach* der 28. Sitzung des Parteitags. Dieser chronologische Hinweis ist sehr wichtig. Er *widerlegt dokumentarisch* die Meinung des Gen. Martow, daß es wegen der Organisation der Zentralstellen und nicht wegen ihrer personellen Zusammensetzung zum Bruch zwischen uns gekommen sei. Er *beweist dokumentarisch* die Richtigkeit meiner Darlegung auf der Ligakonferenz und im „Brief an die Redaktion". *Nach der* 28. Sitzung des Parteitags reden die Genossen Martow und Starower fortwährend von der falschen Beschuldigung des Opportunismus und *erwähnen mit keinem Wort* die Differenzen hinsichtlich der Zusammensetzung des Rates oder der Kooptation in die Zentralstellen (worüber wir in der 25., 26. und 27. Sitzung gestritten hatten).

ändern, für uns völlig klar ist — betrachten wir die uns abgegebenen Erklärungen über die Gründe der Nichtzulassung zur Versammlung als unbefriedigend und sehen in der Weigerung, uns zur Versammlung zuzulassen, einen Beweis dafür, daß man uns nicht die Möglichkeit geben will, die obenerwähnten falschen Beschuldigungen zu zerstreuen.

Was die Möglichkeit einer Verständigung zwischen uns über eine gemeinsame Kandidatenliste für das ZK betrifft, so erklären wir, daß die einzige Liste, die wir als Grundlage einer Verständigung annehmen können, folgende ist: Popow, Trotzki und Glebow, wobei wir den Charakter dieser Liste als *Kompromiß*liste betonen, da die Aufnahme des Gen. Glebow in die Liste nur die Bedeutung eines Zugeständnisses an die Wünsche der Mehrheit hat, denn nachdem uns die Rolle des Gen. Glebow auf dem Parteitag klargeworden ist, *betrachten wir Gen. Glebow nicht* als einen Mann, der den Anforderungen entspricht, die man an einen Kandidaten für das ZK stellen muß.

Gleichzeitig betonen wir, daß wir, wenn wir Verhandlungen über die Kandidaturen für das ZK aufnehmen, dies ohne jede Beziehung zur Zusammensetzung der Redaktion des ZO tun, da wir in keinerlei Verhandlungen über diese Frage (über die Zusammensetzung der Redaktion) einzutreten gewillt sind.

Im Auftrag der Genossen — Martow und Starower"

Dieser Brief, der genau die Stimmung der streitenden Seiten und den Stand des Streits wiedergibt, enthüllt uns mit einem Schlage den „innersten Kern" der einsetzenden Spaltung und zeigt ihre wahren Hintergründe. Die Minderheit der „Iskra"-Organisation, die sich mit der Mehrheit nicht verständigen wollte und eine freie Agitation auf dem Parteitag vorzog (wozu sie natürlich das volle Recht hatte), möchte trotzdem von den „Delegierten" der Mehrheit die Zulassung zu deren interner Zusammenkunft erzwingen! Selbstverständlich löste diese ergötzliche Forderung in unserer Versammlung (der Brief wurde in der Versammlung natürlich vorgelesen) nur Lächeln und Achselzucken aus, während das Geschrei über die „falschen Beschuldigungen des Opportunismus", das schon in Hysterie überging, geradezu Lachen hervorrief. Doch betrachten wir zunächst Punkt für Punkt die bitteren Klagen Martows und Starowers.

Man habe ihnen fälschlicherweise die Liste zugeschrieben und ihre politische Stellung falsch charakterisiert. – Doch wie auch Martow selber zugibt (S. 64 der Ligaprotokolle), dachte ich gar nicht daran, die Wahrhaftigkeit seiner Worte, daß nicht er der Verfasser der Liste sei, anzu-

zweifeln. Die Frage der Urheberschaft ist hier überhaupt gegenstandslos, und ob die Liste von einem Iskristen oder von einem Vertreter des „Zentrums" usw. entworfen wurde – das hat nicht die geringste Bedeutung. Wichtig ist, daß diese Liste, die durchweg aus Mitgliedern der jetzigen Minderheit besteht, auf dem Parteitag zirkulierte, wenn auch nur als einfache Mutmaßung oder Annahme. Und *das Wichtigste* ist endlich, daß Gen. Martow *gezwungen war*, sich auf dem Parteitag mit Händen und Füßen gegen eine *solche* Liste zu sträuben, die er jetzt begeistert begrüßen *müßte*. Die Wankelmütigkeit in der Beurteilung von Menschen und Schattierungen läßt sich nicht deutlicher veranschaulichen als durch diesen innerhalb weniger Monate erfolgten Sprung von dem Gezeter über „ehrenrührige Gerüchte" zu dem Bestreben, diese selben Kandidaten der angeblich ehrenrührigen Liste der Partei als Zentralstelle aufzudrängen!*

Diese Liste, sagte Gen. Martow auf der Ligakonferenz, „bedeutete politisch eine Koalition von uns und dem ‚Jushny Rabotschi' mit dem ‚Bund', eine Koalition im Sinne einer *direkten Vereinbarung*" (S. 64). Das ist nicht wahr, denn erstens würde sich der „Bund" nie auf eine „Vereinbarung" über eine Liste einlassen, die keinen einzigen Bundisten enthält; zweitens war *und konnte* von einer direkten Vereinbarung (die Martow ehrenrührig erschien) *nicht die Rede sein*, weder mit dem „Bund" noch mit der Gruppe „Jushny Rabotschi". Es handelte sich eben nicht um eine Vereinbarung, sondern um eine Koalition, nicht darum, daß Gen. Martow eine Abmachung traf, sondern daß ihn jene antiiskristischen und schwankenden Elemente, die er während der ersten Hälfte des Parteitags bekämpft hatte und die sich seinen Fehler in § 1 des Statuts zunutze machten, *unweigerlich unterstützen mußten*. Der von mir angeführte Brief beweist unanfechtbar, daß die *Wurzel* der „Kränkung" eben in der *offenen und noch dazu falschen Beschuldigung des Opportunismus* lag. Diese „Beschuldigungen", um derentwillen die ganze Aufregung entstanden war und die Gen. Martow *jetzt* so sorgfältig umgeht, obwohl ich in meinem „Brief an die Redaktion" daran erinnerte, waren doppelter Art:

* Diese Zeilen waren schon gesetzt, als wir von dem Vorfall zwischen Gen. Gussew und Gen. Deutsch Mitteilung erhielten. Wir werden uns damit in der *Beilage* besonders befassen (siehe den vorliegenden Band, S. 421—430. *Die Red.*)

Erstens erklärte Plechanow während der Debatten über § 1 des Statuts unumwunden, die Frage des § 1 sei die Frage der „Trennung aller möglichen Vertreter des Opportunismus" von uns, und da mein Entwurf einen Damm gegen das Eindringen der Opportunisten in die Partei aufrichte, „müssen schon allein aus diesem Grunde alle Gegner des Opportunismus für diesen Entwurf stimmen" (S. 246 der Parteitagsprotokolle). Diese energischen Worte riefen trotz der etwas milderen Fassung, die ich ihnen gab (S. 250)*, eine Sensation hervor, die in den Reden der Genossen Russow (S. 247), Trotzki (S. 248) und Akimow (S. 253) deutlich zum Ausdruck kam. In den „Wandelgängen" unseres „Parlaments" wurde Plechanows These lebhaft kommentiert und in den endlosen Diskussionen über § 1 tausendfach variiert. Und siehe da, anstatt sich sachlich zu verteidigen, spielten unsere lieben Genossen komischerweise die Gekränkten und verstiegen sich sogar zu schriftlichen Beschwerden über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus".

Die Mentalität des Zirkelwesens und einer erstaunlichen Unreife in Parteidingen, die außerstande ist, den frischen Wind in aller Öffentlichkeit geführter Diskussionen zu ertragen, offenbarte sich hier anschaulich. Es ist das jene, dem Russen wohlbekannte Mentalität, die in dem alten Wort ihren Ausdruck findet: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein! Die Leute waren so gewöhnt an die Glasglocke einer abgeschlossenen und gemütlichen kleinen Gesellschaft, daß sie gleich in Ohnmacht fielen, als man das erstemal unter eigener Verantwortung auf offenem und freiem Kampfplatz auftrat. Des Opportunismus beschuldigen – und wen? Die Gruppe „Befreiung der Arbeit", und noch dazu ihre Mehrheit – man stelle sich vor, wie schrecklich! Entweder die Parteispaltung wegen einer solchen nicht wieder gutzumachenden Beleidigung, oder man vertuscht diesen „Familienskandal", indem man die „Kontinuität" der Glasglocke wiederherstellt – dieses Dilemma tritt bereits ziemlich klar in dem angeführten Brief hervor. Die Mentalität des Intellektuellen-Individualismus und des Zirkelwesens kam in Widerstreit mit der Forderung des offenen Auftretens vor der Partei. Man stelle sich bloß vor, daß in der deutschen Partei ein solcher Unsinn, ein solches Gezänk möglich wäre wie die Beschwerde über eine „*falsche* Beschuldigung des Opportunismus"! Proletarische Organisation und Disziplin haben dort längst mit

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 500/501. *Die Red.*

der intelligenzlerischen Waschlappigkeit Schluß gemacht. Niemand begegnet z. B. Liebknecht anders als mit größter Hochachtung, wie aber würde man dort lachen, wollte er sich *beschweren*, daß man ihn (und Bebel) auf dem Parteitag 1895 „offen des Opportunismus beschuldigte", als er in der Agrarfrage in die schlechte Gesellschaft des notorischen Opportunisten Vollmar und seiner Freunde geraten war. Liebknechts Name ist natürlich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht deshalb untrennbar verknüpft, weil Liebknecht in einer verhältnismäßig unwichtigen Teilfrage in Opportunismus verfiel, sondern trotz dieser Tatsache. Und genauso zwingt, sagen wir, der Name des Genossen Axelrod – trotz aller Gereiztheit des Kampfes – jedem russischen Sozialdemokraten Achtung ab und wird ihm stets Achtung abzwingen, aber nicht deshalb, weil Gen. Axelrod auf unserem zweiten Parteitag eine kümmerliche opportunistische Idee verteidigte und auf der zweiten Ligakonferenz altes anarchistisches Gewäsch auffrischte, sondern trotz dieser Tatsache. Nur das verknöchertste Zirkelwesen mit seiner Logik: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein, konnte wegen einer gegen die Mehrheit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" erhobenen „falschen Beschuldigung des Opportunismus" zu Hysterie, Gezänk und Parteispaltung führen.

Eine andere Ursache dieser fürchterlichen Beschuldigung hängt mit der vorhergehenden aufs engste zusammen. (Gen. Martow war auf der Ligakonferenz ängstlich bemüht (S. 63), die *eine* Seite dieses Konflikts zu umgehen und zu vertuschen.) Sie betrifft eben jene *Koalition* der antiiskristischen und schwankenden Elemente mit Gen. Martow, die bei § 1 des Statuts *zum Vorschein kam*. Selbstverständlich wurde weder eine mittelbare noch eine unmittelbare Vereinbarung zwischen Gen. Martow und den Antiiskristen getroffen und konnte auch nicht getroffen werden, und niemand hat ihn dessen verdächtigt: aus purer Angst sah er Gespenster. Doch offenbarte sich sein Fehler *politisch* gerade darin, daß Leute, die zweifellos zum Opportunismus neigen, um ihn herum eine immer festere „kompakte" Mehrheit zu bilden begannen (die jetzt *nur* dank dem Umstand, daß „zufällig" sieben Delegierte den Parteitag verließen, zur Minderheit geworden ist). Auf diese „Koalition" haben wir natürlich ebenfalls sofort nach der Erörterung des § 1 *offen* hingewiesen, sowohl auf dem Parteitag (siehe die bereits oben erwähnte Bemerkung des Gen. Pawlo-

witsch, S. 255 der Parteitagsprotokolle) als auch in der „Iskra"-Organisation (ich erinnere mich, daß darauf besonders Plechanow hinwies). Das ist buchstäblich derselbe Vorwurf und derselbe Spott, die 1895 auch Bebel und Liebknecht trafen, als Clara Zetkin zu ihnen sagte: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh*" (d. h. Bebel in der Gesellschaft von Vollmar und Co.). Es ist wirklich sonderbar, daß Bebel und Liebknecht damals nicht an Kautsky und Clara Zetkin ein hysterisches Schreiben wegen falscher Beschuldigung des Opportunismus gerichtet haben...

Was die Kandidatenliste für das ZK betrifft, so zeigt dieser Brief den Fehler des Gen. Martow, der in der Liga behauptete, die Weigerung, sich mit uns zu verständigen, sei noch nicht endgültig gewesen – ein weiteres Beispiel dafür, wie unvernünftig es im politischen Kampfe ist, *Gespräche* aus dem Gedächtnis wiedergeben zu wollen, anstatt sich auf Dokumente zu stützen. In Wirklichkeit war die „Minderheit" so bescheiden, daß sie der „Mehrheit" das Ultimatum stellte, zwei von der „Minderheit" und einen (als Kompromiß und eigentlich *nur* als Zugeständnis!) von der „Mehrheit" zu nehmen. Das ist ungeheuerlich, aber es ist eine Tatsache. Und diese Tatsache zeigt anschaulich, wie unsinnig das jetzige Gerede ist, die „Mehrheit" habe durch die eine Hälfte des Parteitags die Vertreter nur der einen Hälfte wählen lassen. *Genau umgekehrt:* Die Martowleute haben uns lediglich als Zugeständnis einen von dreien vorgeschlagen und wollten demnach, falls wir auf dieses originelle „Zugeständnis" nicht eingingen, die Wahl *aller* ihrer Leute durchsetzen! Wir lachten in unserer internen Sitzung weidlich über die Bescheidenheit der Martowleute und stellten folgende Liste auf: Glebow, Trawinski (der dann ins ZK gewählt wurde) und *Popow*. Letzterer wurde von uns (ebenfalls in der internen Sitzung der 24) durch Gen. Wassiljew (der dann ins ZK gewählt wurde) *nur deshalb* ersetzt, weil Gen. Popow es ablehnte, auf unserer Liste zu kandidieren, zunächst in einem Privatgespräch und dann auch offen auf dem Parteitag (S. 338).

So verhielt sich die Sache.

Die bescheidene „Minderheit" hatte den bescheidenen Wunsch, in der Mehrheit zu sein. Als dieser bescheidene Wunsch nicht erfüllt wurde, geruhte die „Minderheit", überhaupt zu verzichten und einen kleinen Skan-

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

dal zu veranstalten. Jetzt aber finden sich Leute, die großspurig-herablassend von der „Unnachgiebigkeit" der „Mehrheit" faseln!

Die „Minderheit" stellte ergötzliche Ultimaten an die „Mehrheit", als sie für die freie Agitation auf dem Parteitag vom Leder zog. Nach erlittener Niederlage *brachen unsere Helden in Tränen aus und erhoben das Geschrei über den Belagerungszustand.* Voilà tout.*

Die furchtbare Beschuldigung, daß wir beabsichtigen, die Zusammensetzung der Redaktion zu ändern, löste bei uns (interne Sitzung der 24) ebenfalls Heiterkeit aus: Alle kannten seit Beginn des Parteitags und noch vor dem Parteitag ausgezeichnet den Plan, die Redaktion durch die Wahl des ursprünglichen Dreierkollegiums zu *erneuern.* (Ausführlich werde ich davon sprechen, wenn von der Wahl der Redaktion auf dem Parteitag die Rede sein wird.) Daß die „Minderheit" vor diesem Plan zurückschreckte, *nachdem* sie gesehen hatte, daß die Koalition der „Minderheit" mit den Antiiskristen seine Richtigkeit glänzend bestätigte, das wunderte uns nicht, das war durchaus natürlich. Wir konnten selbstverständlich den Vorschlag nicht ernst nehmen, uns freiwillig, vor dem Kampf auf dem Parteitag, in die Minderheit zu verwandeln, konnten den ganzen Brief nicht ernst nehmen, dessen Verfasser sich in eine so unglaubliche Gereiztheit hineinsteigerten, daß sie von „falschen Beschuldigungen des Opportunismus" sprachen. Wir hofften fest, die Parteipflicht werde über den natürlichen Wunsch, „seinen Ärger auszulassen", sehr bald die Oberhand gewinnen.

k) FORTSETZUNG DER DEBATTEN ÜBER DAS STATUT DIE ZUSAMMENSETZUNG DES RATES

Die weiteren Punkte des Statuts riefen weit mehr Diskussionen über die Einzelheiten als über die Prinzipien der Organisation hervor. Die 24. Parteitagssitzung befaßte sich ausschließlich mit der Vertretung auf den Parteitagen, wobei einen entschiedenen und bestimmten Kampf gegen die allen Iskristen gemeinsamen Pläne wiederum nur die Bundisten (Goldblatt und Liber, S. 258/259) und Gen. Akimow führten, der mit lobenswerter Offenheit seine Rolle auf dem Parteitag zugab: „Ich spreche jedesmal in vollem Bewußtsein dessen, daß ich mit meinen Argumenten die

* Das ist alles. *Die Red.*

Genossen nicht beeinflussen, sondern im Gegenteil nur dem Punkt schaden werde, den ich verteidige." (S. 261.) Diese zutreffende Bemerkung war gleich nach § 1 des Statuts besonders angebracht; nicht ganz richtig ist hier nur der Ausdruck „im Gegenteil" angewandt, denn Gen. Akimow verstand es, nicht nur bestimmten Punkten zu schaden, sondern zugleich und eben dadurch auch „Genossen zu beeinflussen"... Genossen aus dem Kreis der sehr inkonsequenten Iskristen, die zur opportunistischen Phrase neigen.

Kurz und gut, § 3 des Statuts, der die Bedingungen für die Vertretung auf dem Parteitag festlegt, wurde bei sieben Stimmenthaltungen (S. 263) – augenscheinlich von Antiiskristen – mit Mehrheit angenommen.

In der Diskussion über die Zusammensetzung des Rates, die den größeren Teil der 25. Parteitagssitzung in Anspruch nahm, trat eine außerordentliche Zersplitterung der Gruppierungen um eine riesige Zahl verschiedener Entwürfe zutage. Abramson und Zarjow lehnen den Plan eines Rates überhaupt ab. Panin möchte den Rat hartnäckig zu einem bloßen Schiedsgericht machen und schlägt daher durchaus folgerichtig vor, die Bestimmung zu streichen, daß der Rat die höchste Körperschaft ist und daß er von zwei beliebigen Mitgliedern des Rates einberufen werden kann.* Herz[72] und Russow verfechten zwei verschiedene Verfahren, den Rat zusammenzusetzen – in Ergänzung zu den *drei* Verfahren, die von den *fünf* Mitgliedern der Statutenkommission vorgeschlagen worden waren.

Die strittigen Fragen liefen vor allem auf die Festlegung der Aufgaben des Rates hinaus: Schiedsgericht oder höchste Parteikörperschaft? Folgerichtig trat für das Schiedsgericht, wie ich schon sagte, Gen. Panin ein. Er stand aber allein. Gen. Martow sprach sich entschieden dagegen aus: „Ich schlage vor, den Antrag auf Streichung der Worte ‚der Rat ist die höchste Körperschaft' abzulehnen: unsere Formulierung" (d. h. die Formulierung der Aufgaben des Rates, auf die wir uns in der Statutenkommission geeinigt hatten) „läßt absichtlich die Möglichkeit offen, daß sich der Rat zur höchsten Parteikörperschaft entwickelt. Für uns ist der Rat nicht nur eine

* Gen. Starower neigte anscheinend ebenfalls zu den Ansichten des Gen. Panin, nur mit dem Unterschied, daß Panin wußte, was er wollte, und durchaus folgerichtig Resolutionen einbrachte, die den Rat in eine rein schiedsgerichtliche, schlichtende Körperschaft verwandeln sollten, während Gen. Starower nicht wußte, was er wollte, als er sagte, daß der Rat gemäß dem Entwurf „nur auf Wunsch beider Seiten" zusammentrete (S. 266). Das ist geradezu falsch.

Schlichtungskörperschaft." Indessen entsprach die Zusammensetzung des Rates, wie Martows Entwurf sie vorsah, vollständig und ausschließlich dem Charakter von „Schlichtungskörperschaften" oder Schiedsgerichten: je zwei Mitglieder von den beiden Zentralstellen und ein fünftes Mitglied, das von diesen vier hinzugezogen wird. Nicht nur eine solche Zusammensetzung des Rates, sondern auch die vom Parteitag auf Antrag der Genossen Russow und Herz angenommene (das fünfte Mitglied wird vom Parteitag ernannt) entspricht ausschließlich dem Zweck der Schlichtung oder Vermittlung. Zwischen einer solchen Zusammensetzung des Rates und seiner Bestimmung, die höchste Parteikörperschaft zu werden, klafft ein unversöhnlicher Widerspruch. Die höchste Parteikörperschaft muß eine ständige Zusammensetzung haben und darf nicht von zufälligen Änderungen (manchmal infolge von Verhaftungen) in der Zusammensetzung der Zentralstellen abhängen. Die höchste Körperschaft muß in unmittelbarer Verbindung mit dem Parteitag stehen und muß von ihm ihre Vollmachten erhalten, nicht aber von zwei anderen, dem Parteitag untergeordneten Parteikörperschaften. Die höchste Körperschaft muß aus Personen bestehen, die dem Parteitag bekannt sind. Schließlich darf die *höchste* Körperschaft nicht so *organisiert* sein, daß *ihre Existenz selbst* vom Zufall abhängt: einigen sich die beiden Kollegien nicht über die Wahl des fünften Mitglieds, so bleibt die Partei ohne höchste Körperschaft! Dagegen wurde eingewandt: 1. daß sich auch eine ausweglose Lage ergeben kann, wenn eines der fünf Mitglieder sich der Stimme enthält und die übrigen vier sich in zwei Paare teilen (Jegorow). Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn die Unmöglichkeit, *einen Beschluß zu fassen*, ist manchmal für *jedes* Kollegium unvermeidlich, aber das ist etwas ganz anderes als die Unmöglichkeit, ein Kollegium zu *bilden*. Der zweite Einwand: „Ist eine solche Körperschaft wie der Rat außerstande, das fünfte Mitglied zu wählen, so heißt das, daß die Körperschaft überhaupt arbeitsunfähig ist." (Sassulitsch.) Aber es handelt sich hier nicht darum, daß die *höchste* Körperschaft arbeitsunfähig ist, sondern daß sie nicht existiert, denn ohne das fünfte Mitglied *wird es* überhaupt keinen Rat, *keine „Körperschaft" geben*, und von Arbeitsfähigkeit wird gar nicht die Rede sein können. Schließlich wäre dem Übel noch abzuhelfen, wenn es sich darum handeln würde, daß ein Parteikollegium, über dem ein anderes, höheres steht, nicht zustande kommt, denn dann könnte dieses höhere Kollegium in

dringenden Fällen die Lücke stets so oder anders ausfüllen. Über dem Rat aber *gibt es kein* anderes Kollegium als den Parteitag, und deshalb ist es offensichtlich unlogisch, wenn man im Statut die *Möglichkeit* offenläßt, daß der Rat *nicht einmal gebildet* werden kann.

Meine beiden kurzen Reden auf dem Parteitag zu dieser Frage waren der Untersuchung (S. 267 und 269) *nur dieser beiden* falschen Einwände gewidmet, mit denen Martow selber und andere Genossen den Martowschen Entwurf verteidigten. Die Frage dagegen, ob im Rat das ZO oder das ZK überwiegen solle, *habe ich nicht einmal gestreift*. Diese Frage streifte *zum erstenmal*, schon in der 14. Parteitagssitzung, *Gen. Akimow*, der auf die Gefahr des Übergewichts des ZO hinwies (S. 157), und *erst nach dem Parteitag* folgten den Spuren Akimows die Genossen Martow, Axelrod und andere, die das unsinnige und demagogische Märchen erfanden, die „Mehrheit" wolle das ZK in ein Werkzeug der Redaktion verwandeln. Als Gen. Martow diese Frage in seinem „Belagerungszustand" erwähnte, verschwieg er bescheiden ihren wahren Urheber!

Wer sich nicht auf einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate beschränken, sondern sich die Mühe nehmen will, die *ganze* Frage des Übergewichts des ZO über das ZK, wie sie auf dem Parteitag gestellt worden ist, kennenzulernen, der wird unschwer sehen, wie Gen. Martow die Sache entstellt hat. Schon in der 14. Sitzung eröffnet *kein anderer als Gen. Popow* eine Polemik *gegen die Ansichten des Gen. Akimow*, der „in der obersten Parteiinstanz die ‚strengste Zentralisation' verteidigen möchte, *um den Einfluß des ZO zu schwächen*" (S. 154, hervorgehoben von mir), „worin eigentlich auch der ganze Sinn dieses (Akimowschen) Systems besteht". „Eine solche Zentralisation verteidige ich keinesfalls", fügt Gen. Popow hinzu, „sondern bin bereit, sie auf jede Art und Weise zu bekämpfen, denn sie ist *das Banner des Opportunismus*." Da liegt die *Wurzel* der berühmten Frage des Übergewichts des ZO über das ZK, und es ist kein Wunder, daß Gen. Martow jetzt *genötigt ist*, den wahren Ursprung der Frage zu verschweigen. *Sogar* Gen. Popow konnte nicht umhin, den *opportunistischen* Charakter dieser Akimowschen Redereien vom Übergewicht des ZO zu erkennen*, und um sich von Gen. Akimow

* Weder Gen. Popow noch Gen. Martow genierten sich, Gen. Akimow einen Opportunisten zu nennen; sie begannen erst dann, sich gekränkt zu fühlen und sich zu empören, als man *sie selber*, und ganz zu Recht, wegen ihrer Haltung

fein säuberlich abzugrenzen, erklärte Genosse Popow *kategorisch*: „Mag in dieser Zentralstelle (dem Rat) die Redaktion mit drei Mitgliedern, das ZK mit zwei Mitgliedern vertreten sein. *Das ist eine untergeordnete Frage*" (hervorgehoben von mir), „wichtig aber ist, daß die Führung, die höchste Führung der Partei, aus einer Quelle hervorgeht." (S. 155.) Gen. Akimow erwidert darauf: „Nach dem Entwurf wird dem ZO das Übergewicht im Rat schon dadurch gesichert, daß die Zusammensetzung der Redaktion eine beständige, die des ZK dagegen eine veränderliche ist" (S. 157) – ein Argument, das sich nur auf die „Beständigkeit" der *prinzipiellen* Führung (eine normale und erwünschte Erscheinung) bezieht, keineswegs aber auf das „Übergewicht" im Sinne einer Einmischung oder eines Anschlags auf die Selbständigkeit. Und Gen. Popow, der damals noch nicht zur „Minderheit" gehörte, die ihre Unzufriedenheit mit der Zusammensetzung der Zentralstellen hinter dem Geklatsch über die Unselbständigkeit des ZK zu verbergen sucht, antwortet dem Gen. Akimow völlig vernünftig: „Ich schlage vor, ihn (den Rat) als die Zentralleitung der Partei zu betrachten, und somit *ist die Frage ganz unwichtig, ob das ZO oder das ZK eine größere Zahl von Vertretern im Rat haben wird.*" (S. 157/158, hervorgehoben von mir.)

Als die Diskussion über die Zusammensetzung des Rates in der 25. Sitzung wieder aufgenommen wurde, sprach sich Gen. Pawlowitsch, die alten Debatten fortsetzend, „angesichts der Stabilität des ZO" (264) für dessen Übergewicht über das ZK aus, wobei er gerade die *prinzipielle* Stabilität im Auge hatte, und so verstand ihn auch Gen. Martow, der gleich nach Gen. Pawlowitsch das Wort ergriff; Martow hielt es für überflüssig, „das Übergewicht einer Körperschaft über die andere festzulegen", und

---

zur „Gleichberechtigung der Sprachen" oder zu § 1 des Statuts mit diesem Namen belegte. Gen. Akimow, in dessen Fußtapfen Gen. Martow trat, hat allerdings auf dem Parteitag mehr Würde und Mut bewiesen als Gen. Martow und Co. auf der Ligakonferenz. „Man nennt mich hier einen Opportunisten", sagte Gen. Akimow auf dem Parteitag. „Ich persönlich betrachte dieses Wort als ein beleidigendes Schimpfwort, und ich denke, daß ich es keineswegs verdient habe; aber ich protestiere nicht dagegen." (S. 296.) Vielleicht haben die Genossen Martow und Starower den Gen. Akimow aufgefordert, ihren Protest gegen die falsche Beschuldigung des Opportunismus zu unterzeichnen, Gen. Akimow aber hat es abgelehnt?

wies auf die Möglichkeit hin, daß sich ein Mitglied des ZK im Ausland aufhält: „dadurch wird bis zu einem gewissen Grade die prinzipielle Stabilität des ZK gewahrt bleiben" (264). Hier findet sich noch keine Spur einer demagogischen *Vermengung* der *prinzipiellen* Stabilität und ihres Schutzes mit dem Schutze der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des ZK. Diese Vermengung, die *nach dem Parteitag* fast zum Haupttrumpf des Gen. Martow wurde, führte *auf dem Parteitag nur Gen. Akimow* hartnäckig durch, der *schon damals* vom „Araktschejew-Geist* des Statuts" (268) sprach und behauptete, daß *„das ZK sich in einen einfachen Willensvollstrecker der Redaktion verwandeln wird, wenn im Rat der Partei drei Mitglieder des ZO sitzen"* (hervorgehoben von mir). „Drei Personen, die im Ausland leben, werden das Recht erhalten, über die Arbeit der gesamten (!!) Partei unbeschränkt (!!) zu verfügen. Ihre Sicherheit ist gewährleistet und ihre Macht daher lebenslänglich." (268.) Eben gegen diese völlig sinnlosen und demagogischen Phrasen, die an die Stelle der *ideologischen Führung die Einmischung in die Arbeit der Gesamtpartei* setzen (und die nach dem Parteitag dem Gen. Axelrod mit seinen Reden über „Theokratie" eine sehr billige Losung lieferten) – *gegen sie* trat wieder Genosse Pawlowitsch auf, der betonte, er sei „für die Festigkeit und Reinheit jener Prinzipien, deren Vertreter die ‚Iskra' ist. Wenn ich der Redaktion des Zentralorgans das Übergewicht gebe, so festige ich damit diese Prinzipien."

So steht in Wirklichkeit die Frage des berüchtigten Übergewichts des ZO über das ZK. Diese berühmte „prinzipielle Meinungsverschiedenheit" der Genossen Axelrod und Martow ist nichts anderes als *eine Wiederholung der opportunistischen und demagogischen Phrasen des Genossen Akimow*, jener Phrasen, deren wahren Charakter sogar Genosse Popow klar sah, zu einer Zeit sah, als er in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen noch keine Niederlage erlitten hatte!

*

Das Fazit aus den Debatten über die Zusammensetzung des Rates: Trotz den Versuchen des Gen. Martow, im „Belagerungszustand" nachzuweisen, daß meine Darstellung im „Brief an die Redaktion" wider-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 52. *Der Übers.*

spruchsvoll und falsch sei, zeigen die Parteitagsprotokolle deutlich, daß diese Frage *im Vergleich* zu § 1 wirklich nur *eine Teilfrage* ist, daß die im Artikel „Unser Parteitag" (Nr. 53 der „Iskra") aufgestellte Behauptung, wir hätten uns „fast ausschließlich" um die Organisierung der zentralen Parteikörperschaften gestritten, eine *völlige Entstellung* ist. Diese Entstellung ist um so empörender, als der Verfasser des Artikels über die *Debatten um § 1 überhaupt mit Schweigen hinweggegangen ist.* Weiter bestätigen die Protokolle auch, daß es bezüglich der Zusammensetzung des Rates keine bestimmte Gruppierung der Iskristen gegeben hat: namentliche Abstimmungen finden nicht statt, Martow und Panin sind verschiedener Ansicht, ich und Popow vertreten den gleichen Standpunkt, Jegorow und Gussew haben eine besondere Meinung usw. Schließlich wird durch das Abschwenken der Genossen Martow und Axelrod zu Gen. Akimow auch in dieser Frage, das jetzt für alle sichtbar ist, meine letzte Behauptung (auf der Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie), daß sich die Koalition der Martowleute mit den Antiiskristen gefestigt hat, *gleichfalls bestätigt.*

I) DAS ENDE DER DEBATTEN ÜBER DAS STATUT DIE KOOPTATION IN DIE ZENTRALSTELLEN DIE DELEGIERTEN DER GRUPPE „RABOTSCHEJE DELO" VERLASSEN DEN PARTEITAG

Aus den weiteren Debatten über das Statut (26. Sitzung des Parteitags) ist nur der Punkt über die Beschränkung der Macht des Zentralkomitees erwähnenswert, der den Charakter der *jetzigen* Angriffe der Martowleute auf den Hyperzentralismus ins rechte Licht rückt. Die Genossen Jegorow und Popow strebten nach einer Beschränkung des Zentralismus mit etwas mehr Überzeugtheit, unabhängig von ihrer eigenen oder der von ihnen verteidigten Kandidatur. Sie hatten schon in der Statutenkommission beantragt, das Recht des ZK zur Auflösung von Lokalkomitees an die Zustimmung des Rates zu knüpfen und außerdem auf besonders angeführte Fälle (S. 272, Anm. 1) zu beschränken. Drei Mitglieder der Statutenkommission (Glebow, Martow und ich) wandten sich dagegen, und auf

dem Parteitag verteidigte Gen. Martow unsere Auffassung (S. 273), indem er Jegorow und Popow erwiderte, „das ZK wird sich ohnehin erst beraten, bevor es sich zu einem so ernsten Schritt wie der Auflösung einer Organisation entschließt". Wie man sieht, blieb Gen. Martow *damals* noch taub gegen *alle* antizentralistischen Einflüsterungen, und der Parteitag lehnte den Antrag Jegorows und Popows ab – nur erfahren wir leider nicht aus den Protokollen, mit welcher Stimmenzahl.

Auf dem Parteitag war Gen. Martow auch „dagegen, das Wort ‚organisiert' (das ZK organisiert die Komitees usw. in § 6 des Parteistatuts) durch das Wort ‚bestätigt' zu ersetzen. Man muß das Recht geben, auch zu organisieren", sagte *damals* Gen. Martow, der noch nicht auf die bemerkenswerte, erst auf der Ligakonferenz entdeckte Idee gekommen war, daß der Begriff „organisieren" die Bestätigung nicht einschließe.

Außer diesen beiden Punkten bieten die weiteren, völlig belanglosen Debatten über Einzelheiten der Paragraphen 5–11 des Statuts (S. 273 bis 276 der Protokolle) wohl kaum Interesse. Paragraph 12 behandelt die Kooptation in alle Parteikollegien im allgemeinen und in die Zentralstellen im besonderen. Die Kommission schlägt vor, die qualifizierte Mehrheit, die für eine Kooptation notwendig ist, von zwei Drittel auf vier Fünftel zu erhöhen. Der Berichterstatter (Glebow) befürwortet die *einstimmige* Kooptation in das ZK. Gen. Jegorow, der *Reibungsflächen* für unerwünscht hält, ist für die einfache Mehrheit, wenn kein begründetes Veto* vorliegt. Gen. Popow ist weder mit der Kommission noch mit Gen. Jegorow einverstanden und fordert entweder einfache Mehrheit (ohne Vetorecht) oder Einstimmigkeit. Gen. Martow ist weder mit der Kommission noch mit Glebow, weder mit Jegorow noch mit Popow einverstanden, er ist gegen die Einstimmigkeit, gegen die Vierfünftel- (statt der Zweidrittel-) Mehrheit, *gegen die „beiderseitige Kooptation", d. h. das Recht der Redaktion des ZO, gegen eine Kooptation ins ZK Einspruch zu erheben, und umgekehrt* (das „Recht der gegenseitigen Kontrolle über die Kooptation").

Wie der Leser sieht, ist die Gruppierung kunterbunt, und die Meinungsverschiedenheiten zerfallen in nahezu „einstimmige" Besonderheiten in den Ansichten jedes Delegierten!

Gen. Martow sagt: „Die psychologische Unmöglichkeit, mit unan-

* Verbot, Einspruch. *Die Red.*

genehmen Leuten zu arbeiten, erkenne ich an. Aber für uns ist auch wichtig, daß unsere Organisation lebens- und arbeitsfähig sei ... Das Recht der gegenseitigen Kontrolle des ZK und der Redaktion des ZO bei der Kooptation ist unnötig. Ich bin nicht deshalb dagegen, weil ich etwa glaube, der eine wäre auf dem Gebiet des andern nicht kompetent. O nein! Die Redaktion des ZO könnte zum Beispiel dem ZK einen guten Rat geben, ob es angebracht ist, Herrn Nadeshdin ins ZK aufzunehmen. Ich sträube mich dagegen, weil ich kein beiderseitig aufreizendes bürokratisches Verfahren schaffen will."

Ich widerspreche ihm: „Hier geht es um zwei Fragen. Die erste betrifft die qualifizierte Mehrheit, und ich bin gegen den Antrag, sie von vier Fünftel auf zwei Drittel herabzusetzen. Einen begründeten Protest einzuführen ist nicht zweckmäßig, und ich bin dagegen. Unvergleichlich wichtiger ist die zweite Frage, nämlich das Recht der gegenseitigen Kontrolle des ZK und des ZO über die Kooptation. Die Übereinstimmung der beiden Zentralstellen ist eine notwendige Bedingung der Harmonie. Es geht hier darum, einem Bruch zwischen den beiden Zentralstellen vorzubeugen. Wer keine Spaltung will, der muß dafür sorgen, daß Harmonie besteht. Aus dem Parteileben ist bekannt, daß es Leute gibt, die in die Partei Spaltung hineintragen. Es ist dies eine prinzipielle, eine wichtige Frage, von ihr kann das ganze künftige Schicksal der Partei abhängen." (S. 276/277.) Das ist der volle Wortlaut der auf dem Parteitag niedergeschriebenen Zusammenfassung meiner Rede, der Gen. Martow eine besonders ernste Bedeutung beilegt. Doch obgleich er ihr eine ernste Bedeutung beilegt, hat er sich leider nicht die Mühe gegeben, sie in Verbindung zu bringen mit der ganzen Debatte und mit der ganzen politischen Situation auf dem Parteitag zu der Zeit, als diese Rede gehalten wurde.

Vor allem drängt sich die Frage auf: Warum habe ich mich in meinem ursprünglichen Entwurf (siehe S. 394, § 11)* mit einer Zweidrittelmehrheit begnügt und keine gegenseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen gefordert? Gen. Trotzki, der nach mir sprach (S. 277), hat denn auch sofort diese Frage aufgeworfen.

Eine Antwort darauf geben meine Rede auf der Ligakonferenz und der Brief des Gen. Pawlowitsch über den II. Parteitag. Durch § 1 des Statuts „wurde das Gefäß zerschlagen" und es mußte mit einem „doppelten

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 476. *Die Red.*

Knoten" zusammengebunden werden, sagte ich auf der Ligakonferenz. Das bedeutete erstens, daß Martow sich in einer rein theoretischen Frage als Opportunist erwies und daß Liber und Akimow seinem Fehler *zum Sieg verhalfen*. Das bedeutete zweitens, daß die Koalition der Martowleute (d. h. der verschwindenden Minderheit der Iskristen) mit den Antiiskristen ihnen bei der Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen die *Mehrheit auf dem Parteitag* verschaffte. Ich aber habe hier gerade von der *personellen Zusammensetzung* der Zentralstellen gesprochen, die Notwendigkeit der Harmonie betont und davor *gewarnt, „daß es Leute gibt, die in die Partei Spaltung hineintragen"*. Diese Warnung erhielt tatsächlich eine wichtige prinzipielle Bedeutung, denn die „Iskra"-Organisation (die zweifellos, da sie die ganze praktische Arbeit und alle Kandidaten am besten kannte, in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen am kompetentesten war) hatte ihre beratende Stimme zu dieser Frage bereits abgegeben und den uns bekannten Beschluß über die Kandidaturen gefaßt, die ihre Befürchtungen hervorriefen. Sowohl moralisch als auch im Interesse der Sache (d. h. im Hinblick auf die Kompetenz des Beschlußfassenden) mußte der „Iskra"-Organisation in dieser heiklen Frage entscheidende Bedeutung zukommen. Aber *formell* hatte Gen. Martow selbstverständlich das volle Recht, *gegen* die Mehrheit der „Iskra"-Organisation an die Liber und Akimow zu appellieren. Und Gen. Akimow hat in seiner glänzenden Rede über § 1 bemerkenswert klar und klug gesagt, daß er, wenn er bei den Iskristen eine Meinungsverschiedenheit über die Methoden zur Erreichung ihrer gemeinsamen iskristischen Ziele feststelle, stets bewußt und absichtlich *für die schlechteste Methode stimme*, denn seine, Akimows, Ziele seien den iskristischen diametral entgegengesetzt. Es konnte somit *keinem Zweifel* unterliegen, daß – sogar unabhängig vom Willen und Bewußtsein des Gen. Martow – *gerade die schlechteste Zusammensetzung der Zentralstellen* die Unterstützung der Liber und Akimow finden wird. Sie *können* und müssen (nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren *Taten*, nach ihrem Votum bei § 1 zu urteilen) gerade für jene Liste *stimmen*, die in Aussicht stellen kann, daß es Leute sind, „die in die Partei Spaltung hineintragen", sie werden so stimmen, *damit* „Spaltung hineingetragen" wird. Ist es da verwunderlich, daß ich angesichts einer solchen Situation von einer wichtigen prinzipiellen Frage (der Harmonie der beiden Zen-

tralstellen) sprach, von der das ganze künftige Schicksal der Partei abhängen kann?

Kein einziger Sozialdemokrat, der mit den iskristischen Ideen und Plänen und mit der Geschichte der Bewegung einigermaßen vertraut ist, der sich zu diesen Ideen einigermaßen aufrichtig bekennt, konnte auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß es zwar formell richtig war, wenn in dem Streit innerhalb der „Iskra"-Organisation um die Zusammensetzung der Zentralstellen die Entscheidung den Liber und Akimow zufiel, daß das aber die *schlechtesten* der möglichen Ergebnisse sicherte. Gegen diese schlechtesten der möglichen Ergebnisse mußte man unbedingt *kämpfen*.

Es fragt sich nun: Wie kämpfen? Wir haben nicht mit hysterischem Geschrei und natürlich nicht mit Skandälchen gekämpft, sondern mit *durchaus loyalen und durchaus rechtmäßigen* Mitteln. Als wir merkten, daß wir in der Minderheit bleiben (ebenso wie bei § 1), *da plädierten wir vor dem Parteitag dafür, daß die Rechte der Minderheit geschützt werden.* Größere Strenge hinsichtlich der qualifizierten Mehrheit bei der Aufnahme von Mitgliedern (vier Fünftel anstatt zwei Drittel), Einstimmigkeit bei der Kooptation und gegenseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen – für all dies begannen wir uns einzusetzen, *als wir in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen in der Minderheit blieben.* Diese Tatsache wird von den Leutchen ständig ignoriert, die über den Parteitag nur allzugern leichtfertig reden und urteilen – nach ein paar Unterhaltungen im Freundeskreis, ohne ernstes Studium *aller* Protokolle und aller „Aussagen" der Interessierten. Indessen wird jeder, der sich die Mühe nimmt, diese Protokolle und diese Aussagen gewissenhaft zu studieren, unvermeidlich auf die von mir festgestellte Tatsache stoßen: die *Wurzel* des Streits liegt *zu diesem Zeitpunkt des Parteitags* gerade in der Frage, *wie sich die Zentralstellen personell zusammensetzen sollen,* und strengere Kontrollbedingungen verlangten wir eben deshalb, weil wir in der Minderheit waren, weil wir das von Martow unter dem Jubel und der jubelnden Teilnahme der Liber und Akimow zerschlagene „Gefäß mit einem doppelten Knoten zusammenbinden" wollten.

„Lägen die Dinge anders", sagt Gen. Pawlowitsch über diesen Zeitpunkt des Parteitags, „so müßte man annehmen, daß wir uns, als wir

Einstimmigkeit bei der Kooptation verlangten, um unsere Gegner sorgten, denn für die in dieser oder jener Körperschaft überwiegende Partei ist Einstimmigkeit nicht nur unnötig, sondern sogar nachteilig." (S. 14 des „Briefes über den II. Parteitag".) Heute wird aber die chronologische Reihenfolge der Ereignisse nur allzuoft vergessen, man vergißt, daß *während einer ganzen Periode des Parteitags* die jetzige Minderheit die Mehrheit war (dank der Teilnahme der Liber und Akimow) und daß gerade in diese Periode der Streit um die Kooptation in die Zentralstellen fällt, dessen Hintergrund die Meinungsverschiedenheit in der „Iskra"-Organisation über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen bildete. Wer sich diesen Umstand klarmacht, der wird auch die Leidenschaftlichkeit unserer Debatten verstehen, der wird sich auch nicht über den *scheinbaren* Widerspruch wundern, daß Meinungsverschiedenheiten in kleinen Teilfragen wirklich wichtige, prinzipielle Fragen aufrollen.

Gen. Deutsch, der in derselben Sitzung sprach (S. 277), hatte in hohem Maße recht, als er erklärte: „Zweifellos ist dieser Vorschlag für den gegebenen Zeitpunkt berechnet." In der Tat, nur wenn man den *gegebenen Zeitpunkt* in seiner ganzen Kompliziertheit begriffen hat, kann man die wahre Bedeutung des Streites verstehen. Und es ist äußerst wichtig, im Auge zu behalten, daß wir, als *wir* in der Minderheit waren, die Rechte der Minderheit *mit Methoden* verteidigten, die jeder europäische Sozialdemokrat als rechtmäßig und zulässig anerkennt, nämlich indem wir vor dem Parteitag für eine strengere Kontrolle der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen plädierten. Ebenso hatte auch Gen. Jegorow in hohem Grade recht, als er, gleichfalls auf dem Parteitag, aber in einer anderen Sitzung, sagte: „Es wundert mich außerordentlich, in der Debatte wieder zu hören, daß man sich auf Prinzipien beruft..." (Das wurde anläßlich der Wahlen zum ZK gesagt, in der 31. Sitzung des Parteitags, d. h., wenn ich nicht irre, am Donnerstag morgen, während die 26. Sitzung, von der hier die Rede ist, am Montag abend stattfand.) „...Es ist wohl allen klar, daß sich in den letzten Tagen die ganze Debatte nicht um diese oder jene prinzipielle Fragestellung drehte, sondern ausschließlich darum, wie man diesem oder jenem Genossen den Zugang zu den zentralen Körperschaften ermöglichen oder versperren kann. Geben wir zu, daß die Prinzipien auf diesem Parteitag längst abhanden gekommen sind, und nennen wir die Dinge bei ihrem richtigen Namen. (Allgemeine

Heiterkeit. Murawjow: ‚Ich bitte im Protokoll zu vermerken, daß Gen. Martow gelächelt hat.')" (S. 337.) Kein Wunder, daß Gen. Martow und wir alle über die wirklich lächerlichen Klagen des Gen. Jegorow herzhaft lachten. Jawohl, *„in den letzten Tagen" drehte sich* sehr, sehr vieles um die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen. Das ist wahr. Das war tatsächlich auf dem Parteitag *allen klar* (und erst *jetzt* bemüht sich die Minderheit, diesen klaren Umstand zu *verdunkeln*). Wahr ist schließlich auch, daß man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen muß. Aber um Himmels willen, was haben *damit* „abhanden gekommene Prinzipien" zu tun?? Wir haben uns doch auf dem Parteitag versammelt (siehe S. 10, die Tagesordnung des Parteitags), *um in den ersten Tagen* über das Programm, die Taktik, das Statut zu sprechen und die einschlägigen Fragen zu entscheiden und um *in den letzten Tagen* (Punkt 18 und 19 der Tagesordnung) über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen zu sprechen und *diese* Fragen zu entscheiden. Wenn für den Kampf um den Dirigentenstab *die letzten Tage* von Parteitagen benutzt werden, so ist das eine natürliche und durchaus, durchaus gesetzmäßige Erscheinung. (Wenn man sich freilich *nach den Parteitagen* um den Dirigentenstab rauft, dann ist das kleinliches Gezänk.) Wenn jemand *auf dem Parteitag* in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen eine Niederlage erlitten hat (wie Genosse Jegorow), so ist es *einfach lächerlich, nachher* von „abhanden gekommenen Prinzipien" zu sprechen. Es ist daher verständlich, daß über Gen. Jegorow alle lachten. Verständlich ist auch, warum Gen. Murawjow bat, ins Protokoll aufzunehmen, daß Gen. Martow an dieser Heiterkeit teilnahm: *Gen. Martow hat, als er über Gen. Jegorow lachte, über sich selbst gelacht* . . .

In Ergänzung der ironischen Bemerkung Murawjows ist es vielleicht nicht überflüssig, folgende Tatsache mitzuteilen. *Nach dem Parteitag* versicherte Martow bekanntlich in allen Gassen, bei unseren Differenzen habe gerade die Kooptation in die Zentralstellen die Hauptrolle gespielt und „die Mehrheit der alten Redaktion" sei strikt gegen die gegenseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen gewesen. *Vor dem Parteitag* hatte Gen. Martow mein Projekt, das die Wahl von zwei Dreierkollegien bei beiderseitiger Kooptation mit Zweidrittelmehrheit vorsah, gebilligt und *mir darüber geschrieben: „Bei Annahme dieser Form der beiderseitigen Kooptation* muß betont werden, daß nach dem

Parteitag die Ergänzung jedes Kollegiums auf einer etwas anderen Grundlage vor sich gehen wird (*ich würde so empfehlen:* jedes Kollegium kooptiert neue Mitglieder, wobei es dem anderen Kollegium von seiner Absicht Mitteilung macht; *letzteres kann Einspruch erheben, und dann entscheidet der Rat den Streit.* Damit keine Verschleppung eintritt, wird diese Prozedur *auf rechtzeitig in Aussicht genommene Kandidaten* angewandt – *zum mindesten für das ZK* –, aus deren Reihen dann die Ergänzung schon rascher erfolgen kann). Um zu betonen, daß die weitere Kooptation nach einer im Parteistatut vorgesehenen Ordnung vor sich geht, muß in § 22* hinzugefügt werden: „...der die gefaßten Beschlüsse auch bestätigt'." (Hervorgehoben von mir.)

Kommentar überflüssig!

Nachdem wir die Bedeutung des Zeitpunkts erläutert haben, in welchem der Streit um die Kooptation in die Zentralstellen vor sich ging, müssen wir ein wenig auf die damit zusammenhängenden *Abstimmungen* eingehen – bei den *Debatten* zu verweilen ist überflüssig, denn auf die von mir angeführten Reden von Gen. Martow und mir folgten lediglich kurze Erwiderungen, an denen nur ganz wenige Delegierte teilnahmen (siehe S. 277–280 der Protokolle). Hinsichtlich der Abstimmungen behauptete Gen. Martow auf der Ligakonferenz, ich hätte mir in meiner Schilderung der Dinge eine „ungeheuerliche Entstellung" zuschulden kommen lassen (S. 60 der Ligaprotokolle), „als ich den Kampf um das Statut herum..." (Gen. Martow hat unfreiwillig eine große Wahrheit gesagt: nach Annahme von § 1 ging der ganze Streit wirklich *um* das Statut *herum*) „...als einen Kampf der ‚Iskra' gegen die Martowleute darstellte, die eine Koalition mit dem ‚Bund' eingegangen waren".

Sehen wir uns diese interessante Frage der „ungeheuerlichen Entstellung" näher an. Gen. Martow vereinigt die Abstimmungen über die Zusammensetzung des Rates mit den Abstimmungen über die Kooptation

* Es handelt sich um meinen ursprünglichen Entwurf der Tagesordnung des Parteitags und des Kommentars dazu, den alle Delegierten kannten. § 22 dieses Entwurfs sprach eben von der Wahl zweier Dreierkollegien in das ZO und das ZK, von der „beiderseitigen Kooptation" seitens dieser sechs mit Zweidrittelmehrheit, von der Bestätigung dieser beiderseitigen Kooptation durch den Parteitag und der selbständigen weiteren Kooptation in das ZO und das ZK.

und führt *acht* Voten an: 1. die Wahl von je zwei Mitgliedern des ZO und des ZK in den Rat: dafür 27 (M), dagegen 16 (L), Stimmenthaltungen sieben.* (Nebenbei bemerkt ist auf S. 270 des Protokolls die Zahl der Stimmenthaltungen mit acht angegeben, aber das ist unwesentlich.) – 2. Die Wahl des fünften Mitglieds des Rates durch den Parteitag: dafür 23 (L), dagegen 18 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 3. Die Ersetzung ausgeschiedener Mitglieder des Rates durch den Rat selbst: dagegen 23 (M), dafür 16 (L), Stimmenthaltungen zwölf. – 4. Einstimmigkeit bei der Kooptation ins ZK: dafür 25 (L), dagegen 19 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 5. Die Forderung *eines* begründeten Protestes für die Ablehnung eines Mitglieds: dafür 21 (L), dagegen 19 (M), Stimmenthaltungen elf. – 6. Einstimmigkeit bei der Kooptation ins ZO: dafür 23 (L), dagegen 21 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 7. Die Zulässigkeit der Abstimmung über das Recht des Rates, Beschlüsse des ZO und des ZK über die Ablehnung eines neuen Mitglieds aufzuheben: dafür 25 (M), dagegen 19 (L), Stimmenthaltungen sieben. – 8. Abstimmung über den Antrag selbst: dafür 24 (M), dagegen 23 (L), Stimmenthaltungen vier. *„Hier"*, schließt Gen. Martow (S. 61 der Ligaprotokolle), *„stimmte offensichtlich ein Delegierter des ‚Bund' für den Antrag, während sich die übrigen der Stimme enthielten."* (Hervorgehoben von mir.)

Es fragt sich, warum meint Gen. Martow, es sei *offensichtlich*, daß ein Bundist *für ihn, Martow*, gestimmt hat, wo die Abstimmung doch nicht namentlich war?

Weil er die *Zahl der Abstimmenden* in Rechnung stellt, und wenn diese Zahl erkennen läßt, daß der „Bund" sich an der Abstimmung *beteiligt* hat, nicht daran zweifelt, daß *diese Beteiligung* zu seinen, Martows, Gunsten ausgefallen ist.

Wo ist denn hier die „ungeheuerliche Entstellung" meinerseits?

Die Gesamtzahl der Stimmen betrug 51, ohne die Bundisten waren es 46, ohne die Vertreter des „Rabotscheje Delo" 43. An *sieben* Abstimmungen von den acht, die Gen. Martow anführt, beteiligten sich 43, 41, 39, 44, 40, 44 und 44 Delegierte, an *einer* Abstimmung – 47 Delegierte (richtiger: Stimmen), und hier gibt Gen. Martow selber zu, daß ihn ein Bundist unterstützt hat. Es zeigt sich also, daß das von Martow gezeichnete

* Die Buchstaben M und L in Klammern geben an, wie ich (L) und Martow (M) gestimmt haben.

(und wie wir gleich sehen werden, unvollständig gezeichnete) Bild *meine Schilderung des Kampfes nur bestätigt und verstärkt*! Es zeigt sich, daß in sehr vielen Fällen die Zahl der Stimmenthaltungen *recht groß* war; das weist eben auf das *verhältnismäßig* geringe Interesse des gesamten Parteitags für gewisse *Einzelheiten* hin, auf das Fehlen einer eindeutig festgelegten Gruppierung der Iskristen in diesen Fragen. Martows Worte, daß die Bundisten „durch ihre Stimmenthaltung offenkundig Lenin unterstützen" (S. 62 der Ligaprotokolle), *kehren sich gerade gegen Martow*: ich konnte somit *nur*, wenn die Bundisten abwesend waren oder sich der Stimme enthielten, manchmal auf einen Sieg rechnen. Aber jedesmal, wenn die Bundisten es *für lohnend halten*, sich in den Kampf einzumischen, unterstützen sie Gen. Martow, und sie mischten sich *nicht nur* in dem obenerwähnten Fall ein, als 47 Delegierte an der Abstimmung teilnahmen. Wer die Mühe nicht scheut, die Parteitagsprotokolle heranzuziehen, der wird sehen, wie *merkwürdig unvollständig* das Bild ist, das Gen. Martow gibt. Gen. Martow hat *ganz einfach drei weitere Fälle unter den Tisch fallenlassen*, in denen sich der „Bund" an den Abstimmungen *beteiligte*, wobei *in allen diesen Fällen* Gen. Martow sich *selbstverständlich* als Sieger erwies. Diese Fälle sind folgende: 1. Der Abänderungsantrag des Gen. Fomin, die qualifizierte Mehrheit von vier Fünftel auf zwei Drittel herabzusetzen, wird angenommen. Dafür 27, dagegen 21 (S. 278), folglich wurden 48 Stimmen abgegeben. 2. Der Antrag des Gen. Martow, die beiderseitige Kooptation zu verwerfen, wird angenommen. Dafür 26, dagegen 24 (S. 279), an der Abstimmung nahmen also 50 Stimmen teil. Und schließlich 3. mein Antrag, die Kooptation in das ZO und das ZK nur mit Zustimmung aller Mitglieder des Rates zuzulassen, wird abgelehnt (S. 280). Dagegen 27, dafür 22 (es gab sogar eine namentliche Abstimmung darüber, die aber leider im Protokoll nicht vermerkt ist), die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug also 49.

Das Fazit: Hinsichtlich der Kooptation in die Zentralstellen haben die Bundisten *nur an vier Abstimmungen* teilgenommen (die *drei* eben von mir erwähnten mit 48, 50 und 49 Beteiligten und *eine*, die Gen. Martow anführt, mit 47 Beteiligten). *Bei allen diesen Abstimmungen* war Gen. Martow der Sieger. *Meine Darstellung erweist sich in allen Punkten als richtig*, sowohl in dem Hinweis auf die Koalition mit dem „Bund" als auch in der Feststellung des verhältnismäßig nebensächlichen Charakters der

Fragen (zahlreiche Fälle mit vielen Stimmenthaltungen) und im Hinweis auf das Fehlen einer bestimmten Gruppierung der Iskristen (keine namentlichen Abstimmungen; äußerst wenig Diskussionsredner).

Der Versuch des Gen. Martow, in meiner Darstellung einen Widerspruch zu finden, ist demnach ein Versuch mit untauglichen Mitteln, denn Gen. Martow hat einzelne Worte aus dem Zusammenhang gerissen, ohne sich die Mühe zu nehmen, das Bild als Ganzes wiederherzustellen.

Der letzte Paragraph des Statuts, der die Frage der Auslandsorganisation behandelt, hat wiederum Debatten und Abstimmungen hervorgerufen, die vom Standpunkt der Parteitagsgruppierungen außerordentlich charakteristisch sind. Es handelte sich um die Anerkennung der Liga als Auslandsorganisation der Partei. Gen. Akimow erhob selbstverständlich sofort Einspruch; er erinnerte an den vom ersten Parteitag bestätigten Auslandsbund und wies auf die prinzipielle Bedeutung der Frage hin. „Vor allem will ich bemerken", erklärte er, „daß ich dieser oder jener Lösung der Frage keine besondere praktische Bedeutung beimesse. Der ideologische Kampf, der bis jetzt in unserer Partei geführt wurde, ist zweifellos noch nicht abgeschlossen, aber er wird auf einer anderen Ebene und mit einer anderen Gruppierung der Kräfte fortgesetzt werden... In § 13 des Statuts hat die Tendenz, unsern Parteitag aus einer Partei- in eine Fraktionstagung zu verwandeln, noch einmal und sehr stark ihren Niederschlag gefunden. Anstatt alle Sozialdemokraten in Rußland zu zwingen, sich im Namen der Parteieinheit den Beschlüssen des Parteitags zu fügen, und alle Parteiorganisationen zusammenzufassen, wird dem Parteitag vorgeschlagen, die Organisation der Minderheit zu vernichten, die Minderheit zum Verschwinden zu zwingen." (281.) Wie der Leser sieht, war die „Kontinuität", die Gen. Martow nach seiner Niederlage in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen so teuer wurde, Gen. Akimow nicht minder teuer. Auf dem Parteitag aber wandten sich die Leute, die verschiedene Maßstäbe an sich und an andere anlegen, leidenschaftlich gegen Gen. Akimow. Trotz Annahme des Programms, Anerkennung der „Iskra" und Annahme fast des gesamten Statuts wurde gerade jenes „Prinzip" in den Vordergrund gerückt, das die Liga „prinzipiell" vom Auslandsbund trennte. „Will Gen. Akimow die Frage auf einen prinzipiellen Boden stellen", ruft Gen. Martow aus, „so haben wir nichts da-

gegen; insbesondere da Gen. Akimow von möglichen Kombinationen im Kampf gegen die zwei Strömungen sprach. Nicht in dem Sinne soll man *den Sieg einer Richtung sanktionieren*" (man beachte, daß das in der 27. Sitzung des Parteitags gesagt wird!), „daß man vor der ‚Iskra' wieder einmal eine Verbeugung macht, sondern in dem Sinne, daß man *von all den möglichen Kombinationen, von denen Gen. Akimow gesprochen hat, endgültig Abschied nimmt.*" (282, hervorgehoben von mir.)

Welch ein Bild! Gen. Martow fährt *nach* Abschluß aller Programmdebatten auf dem Parteitag fort, von allen möglichen Kombinationen *endgültig Abschied zu nehmen*... solange er in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen noch keine Niederlage erlitten hat! Gen. Martow „nimmt" auf dem Parteitag „endgültig Abschied" von der *möglichen* „Kombination", die er *am Tage nach dem Parteitag* seelenruhig verwirklicht. Aber Gen. Akimow war *schon damals* viel scharfsichtiger als Gen. Martow; Gen. Akimow berief sich auf die fünfjährige Arbeit „der alten Parteiorganisation, die gemäß dem Willen des ersten Parteitags den Namen eines Komitees trägt", und endete mit der höchst bissigen *prophetischen* Bemerkung: „Was aber die Meinung des Gen. Martow betrifft, daß meine Hoffnungen auf die Entstehung einer anderen Strömung in unserer Partei vergeblich seien, so muß ich sagen, daß *sogar er selbst mir die Hoffnung darauf gibt.*" (S. 283.)

Ja, man muß zugeben, Gen. Martow hat die Hoffnungen des Gen. Akimow glänzend gerechtfertigt!

Gen. Martow folgte Gen. Akimow, als er sich davon überzeugte, daß dieser recht hatte, nachdem die „Kontinuität" des alten Parteikollegiums, das drei Jahre lang als in Tätigkeit befindlich galt, verletzt worden war. Fürwahr, Gen. Akimow hat einen billigen Sieg errungen.

Auf dem Parteitag jedoch schlossen sich dem Gen. Akimow – und zwar konsequent – nur die Genossen Martynow, Brucker und die Bundisten (acht Stimmen) an. Gen. Jegorow, als echter Führer des „Zentrums", wählt die goldene Mitte: er sei mit den Iskristen einverstanden, er „sympathisiere" mit ihnen (S. 282), und diese Sympathie *beweist* er durch den *Antrag* (S. 283), der aufgeworfenen prinzipiellen Frage überhaupt auszuweichen, sowohl über die Liga wie auch über den Auslandsbund *mit Schweigen hinwegzugehen.* Der Antrag wird mit 27 gegen 15 Stimmen

abgelehnt. Offenbar stimmt außer den Antiiskristen (acht) fast das ganze „Zentrum" (zehn) mit Gen. Jegorow (die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 42, so daß viele Delegierte sich der Stimme enthielten oder *abwesend* waren, wie es bei uninteressanten und vom Standpunkt des Ergebnisses *zweifelsfreien* Abstimmungen oft der Fall war). *Sobald* es sich um die *tatsächliche* Durchführung der *iskristischen Prinzipien handelt*, zeigt sich sofort, daß die „Sympathie" des „Zentrums" nur ein *Lippenbekenntnis* ist, und es werden nicht mehr als 30 oder etwas über 30 Stimmen für uns abgegeben. Die Debatten und Abstimmungen über den Antrag Russows (die Liga als die *einzige* Auslandsorganisation anzuerkennen) zeigen das noch anschaulicher. Die Antiiskristen und der „Sumpf" beziehen schon direkt einen *prinzipiellen* Standpunkt, wobei dieser Standpunkt von den Genossen Liber und Jegorow verteidigt wird, die erklären, Russows Antrag sei rechtswidrig, man dürfe nicht darüber abstimmen: „Das ist ein Mord an allen übrigen Auslandsorganisationen." (Jegorow.) Und der Redner, der den „Mord an einer Organisation" nicht mitmachen will, weigert sich nicht nur, an der Abstimmung teilzunehmen, sondern verläßt sogar den Saal. Man muß jedoch dem Führer des „Zentrums" Gerechtigkeit widerfahren lassen: Er hat zehnmal mehr Überzeugtheit (von seinen falschen Prinzipien) und politischen Mut an den Tag gelegt als Gen. Martow und Co., denn er trat für die „gemordete" Organisation *nicht erst dann* ein, *als es sich um den eigenen Zirkel* handelte, der im offenen Kampf eine Niederlage erlitten hatte.

Der Antrag des Gen. Russow wird mit 27 gegen 15 Stimmen zur Abstimmung zugelassen und dann mit 25 gegen 17 Stimmen angenommen. Fügen wir zu diesen 17 Stimmen die des abwesenden Gen. Jegorow hinzu, so erhalten wir *die komplette Zahl (18) der Antiiskristen und des „Zentrums"*.

Der ganze § 13 des Statuts, der von der Auslandsorganisation handelt, wird mit nur *31 Stimmen* gegen zwölf bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Auf diese Zahl 31, die uns die ungefähre Zahl der auf dem Parteitag anwesenden Iskristen zeigt, d. h. jener Leute, die die Auffassungen der „Iskra" konsequent verfechten und *in der Tat* durchführen, stoßen wir bei der Analyse der Abstimmungen auf dem Parteitag schon mindestens zum *sechstenmal* (die Entscheidung, an welcher Stelle der Tagesordnung die Frage des „Bund" behandelt werden soll, der Zwischenfall

mit dem OK, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi" und zwei Abstimmungen über das Agrarprogramm). Gen. Martow aber möchte uns allen Ernstes versichern, daß kein Grund vorhanden sei, eine so „enge" Gruppe der Iskristen auszusondern!

Es muß auch vermerkt werden, daß die Annahme des § 13 des Statuts äußerst charakteristische Debatten zur Erklärung der Genossen Akimow und Martynow über die „Weigerung, sich an der Abstimmung zu beteiligen", hervorrief (S. 288). Das Parteitagsbüro erörterte diese Erklärung und kam – mit vollem Recht – zu dem Schluß, daß sogar die direkte Auflösung des Auslandsbundes seinen Delegierten keinerlei Recht gäbe, die Teilnahme an den Arbeiten des Parteitags zu verweigern. Die Weigerung, sich an Abstimmungen zu beteiligen, ist völlig anormal und unzulässig – das ist der Standpunkt, auf den sich, zusammen mit dem Büro, der ganze Parteitag stellte, eingeschlossen auch jene Iskristen der Minderheit, die in der 28. Sitzung *leidenschaftlich verurteilten, was sie in der 31. selber taten!* Als Gen. Martynow seine Erklärung zu verteidigen begann (S. 291), wandten sich Pawlowitsch und Trotzki, Karski und Martow gegen ihn. Gen. Martow war sich der Pflichten einer unzufriedenen Minderheit besonders klar bewußt (solange er nicht selber in der Minderheit blieb!) und hielt eine besonders belehrende Rede darüber. „Entweder sind Sie Parteitagsteilnehmer", rief er den Genossen Akimow und Martynow zu, „und dann *müssen* Sie an *allen* seinen Arbeiten teilnehmen" (hervorgehoben von mir; damals sah Gen. Martow in der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit noch keinen Formalismus und Bürokratismus!), „oder Sie sind es nicht, und dann dürfen Sie auch nicht in der Sitzung bleiben... Durch ihre Erklärung zwingen mich die Delegierten des Auslandsbundes, zwei Fragen zu stellen: Sind sie Parteimitglieder und sind sie Parteitagsteilnehmer?" (S. 292.)

Gen. Martow belehrt Gen. Akimow über die Pflichten eines Parteimitgliedes! Aber Gen. Akimow hat nicht umsonst gesagt, daß er einige Hoffnungen auf Gen. Martow setze... Diesen Hoffnungen war es jedoch erst *nach* der Niederlage Martows bei den Wahlen beschieden, verwirklicht zu werden. Als es sich nicht um ihn selber, sondern um andere handelte, blieb Gen. Martow sogar gegen das schreckliche Wort „Ausnahmegesetz" taub, *das zum erstenmal* (wenn ich nicht irre) *von Gen. Martynow in Umlauf gesetzt worden ist.* „Die uns erteilte Aufklärung", antwortete Gen. Mar-

tynow denen, die in ihn drangen, seine Erklärung zurückzunehmen, „hat nicht geklärt, ob der Beschluß ein prinzipieller war oder ob es sich um eine *Ausnahmemaßnahme* gegen den Auslandsbund handelte. In diesem Fall sind wir der Meinung, daß dem Auslandsbund eine Beleidigung zugefügt worden ist. Genosse Jegorow hat ebenso wie wir den Eindruck gewonnen, daß es sich um ein *Ausnahmegesetz*" (hervorgehoben von mir) „gegen den Auslandsbund handelt, und hat darum sogar den Sitzungssaal verlassen." (S. 295.) Sowohl Gen. Martow als auch Gen. Trotzki wenden sich – zusammen mit Plechanow – energisch gegen den unsinnigen, *wirklich unsinnigen* Gedanken, das Votum des Parteitags als *Beleidigung* aufzufassen, und Gen. Trotzki, der die vom Parteitag auf seinen Antrag hin angenommene Resolution verteidigt (daß die Genossen Akimow und Martynow sich als durchaus befriedigt betrachten können), versichert: „Die Resolution hat einen prinzipiellen und nicht spießbürgerlichen Charakter, *und es geht uns nichts an, wenn sich jemand durch sie beleidigt fühlt.*" (S. 296.) Sehr bald erwies sich jedoch, daß Zirkelwesen und Spießbürgerlichkeit in unserer Partei noch zu stark sind, und die von mir hervorgehobenen stolzen Worte stellten sich als leere tönende Phrasen heraus.

Die Genossen Akimow und Martynow weigerten sich, ihre Erklärung zurückzunehmen, und verließen den Parteitag, begleitet von allgemeinen Zurufen der Delegierten: „Ohne jeden Grund!"

m) DIE WAHLEN
DAS ENDE DES PARTEITAGS

Nach Annahme des Statuts beschloß der Parteitag eine Resolution über die Bezirksorganisationen und eine Reihe von Resolutionen über einzelne Organisationen der Partei und ging dann nach der äußerst lehrreichen Debatte über die Gruppe „Jushny Rabotschi", die ich oben analysiert habe, zu den Wahlen in die zentralen Parteikörperschaften über.

Wir wissen bereits, daß die „Iskra"-Organisation, von der der ganze Parteitag eine autoritative Empfehlung erwartete, sich in dieser Frage spaltete, denn die *Minderheit* der Organisation wollte auf dem Parteitag in offenem und freiem Kampf versuchen, ob es ihr nicht gelingen werde,

die *Mehrheit* zu erobern. Wir wissen auch, daß lange vor dem Parteitag und auf dem Parteitag allen Delegierten der Plan bekannt war, die Redaktion durch die Wahl von zwei Dreierkollegien in das ZO und das ZK zu *erneuern*. Wir wollen auf diesen Plan ausführlicher eingehen, um die Debatten auf dem Parteitag klarzumachen.

Hier der genaue Wortlaut meines Kommentars zum Entwurf der Tagesordnung des Parteitags, in dem dieser Plan auseinandergesetzt war.* „Der Parteitag wählt drei Genossen in die Redaktion des ZO und drei in das ZK. Diese sechs Genossen *zusammen* ergänzen, falls es notwendig ist, mit Zweidrittelmehrheit die Redaktion des ZO und das ZK durch Kooptation und erstatten hierüber dem Parteitag Bericht. Nachdem dieser Bericht vom Parteitag bestätigt worden ist, erfolgt die weitere Kooptation durch die Redaktion des ZO und durch das ZK getrennt."

Aus diesem Wortlaut geht der Plan völlig klar und unzweideutig hervor: er bedeutet eine *Erneuerung* der Redaktion *unter Beteiligung* der einflußreichsten Leiter der praktischen Arbeit. Beide von mir vermerkten Züge dieses Plans werden sofort für jeden sichtbar, der sich die Mühe nimmt, den angeführten Wortlaut auch nur halbwegs aufmerksam durchzulesen. Aber heutzutage ist man ja genötigt, sogar die einfachsten Binsenwahrheiten zu erläutern. Der Plan bedeutet eben eine *Erneuerung* der Redaktion, nicht unbedingt eine Erweiterung und nicht unbedingt eine Verminderung der Zahl ihrer Mitglieder, sondern eben eine Erneuerung, denn die Frage einer möglichen Erweiterung oder Verminderung bleibt *offen*: Eine Kooptation ist nur dann vorgesehen, *wenn es notwendig sein sollte*. Unter den Mutmaßungen, die verschiedene Genossen über diese Erneuerung äußerten, gab es sowohl Pläne, die Zahl der Redaktionsmitglieder eventuell herabzusetzen, als auch Pläne, sie auf sieben zu erhöhen (ich persönlich fand sieben stets unvergleichlich zweckmäßiger als sechs), ja diese Zahl sogar auf elf zu erhöhen (ich hielt das für möglich im Falle einer friedlichen Einigung mit allen sozialdemokratischen Organisationen im allgemeinen und mit dem „Bund" und der polnischen Sozialdemokratie im besonderen). Aber die Hauptsache, die meist von den Leuten außer acht gelassen wird, die vom „Dreierkollegium" reden, ist *die Forderung, daß die Mitglieder des ZK an der Entscheidung über die weitere Koop-*

* Siehe meinen „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'", S. 5, und die Ligaprotokolle, S. 53.

tation in das ZO teilnehmen. Kein einziger Genosse von sämtlichen Mitgliedern der Organisation und Parteitagsdelegierten der „Minderheit", die diesen Plan kannten und ihn (entweder durch eine besondere Zustimmungserklärung oder durch ihr Schweigen) billigten, hat sich die Mühe genommen, die Bedeutung dieser Forderung auseinanderzusetzen. Warum wurde erstens als Ausgangspunkt für die Erneuerung der Redaktion ein Kollegium gerade aus drei und nur aus drei Mitgliedern vorgesehen? Das wäre offenkundig *völlig sinnlos* gewesen, wenn man *ausschließlich* oder auch nur hauptsächlich eine *Erweiterung* des Kollegiums ins Auge gefaßt, wenn man dieses Kollegium als wirklich „harmonisch" betrachtet hätte. Es wäre merkwürdig, wollte man bei der Erweiterung eines „harmonischen" Kollegiums nicht von diesem ganzen Kollegium, sondern nur von *einem Teil desselben ausgehen.* Offenkundig wurden *nicht alle* Mitglieder des Kollegiums für vollauf tauglich erachtet, die Frage der Erneuerung seines Bestandes, der Umwandlung des alten Redakteurzirkels in eine *Parteikörperschaft* zu erörtern und zu *entscheiden.* Offenkundig haben sogar diejenigen, die selber eine Erneuerung in der Form einer Erweiterung wünschten, die alte Zusammensetzung für unharmonisch, dem Ideal einer Parteikörperschaft nicht entsprechend gehalten, denn sonst wäre es unnötig gewesen, das Sechserkollegium zwecks seiner Erweiterung *zunächst* auf *drei Mitglieder* zu beschränken. Ich wiederhole: Das ist ohne weiteres klar, und nur die vorübergehende Verkleisterung der Frage mit „persönlichen Dingen" konnte das vergessen lassen.

Zweitens ist aus dem oben angeführten Wortlaut ersichtlich, daß sogar *die Zustimmung aller drei Mitglieder des ZO* zur Erweiterung des Dreierkollegiums ungenügend wäre. Das wird ebenfalls immer außer acht gelassen. Für die Kooptation sind zwei Drittel von *sechs,* also *vier* Stimmen erforderlich; folglich brauchten nur die drei gewählten Mitglieder des ZK ihr „Veto" einzulegen, und *jede Erweiterung des Dreierkollegiums wäre unmöglich.* Umgekehrt, auch wenn zwei von den drei Mitgliedern der Redaktion des ZO gegen eine weitere Kooptation wären, könnte die Kooptation doch zustande kommen, falls alle drei Mitglieder des ZK ihre Zustimmung dazu gäben. Es ist demnach klar, daß beabsichtigt war, bei der Umwandlung des alten Zirkels in eine Parteikörperschaft den vom Parteitag zu wählenden Leitern der praktischen Arbeit die *entscheidende* Stimme zu geben. Welche Genossen wir dabei ungefähr im Auge hatten,

ersieht man daraus, daß die Redaktion vor dem Parteitag einstimmig Gen. Pawlowitsch als siebentes Redaktionsmitglied für den Fall gewählt hatte, daß es notwendig sein sollte, auf dem Parteitag im Namen des Kollegiums aufzutreten; außer Gen. Pawlowitsch war als siebentes Redaktionsmitglied ein altes Mitglied der „Iskra"-Organisation und Mitglied des OK vorgeschlagen worden, *das später zum Mitglied des ZK gewählt wurde.*

Somit war der Plan, zwei Dreierkollegien zu wählen, offensichtlich darauf berechnet: 1. die Redaktion zu erneuern, 2. gewisse Züge des alten Zirkelwesens, das in einer Parteikörperschaft unstatthaft ist, zu beseitigen (wenn es nichts zu beseitigen gäbe, so hätte man auch das anfängliche Dreierkollegium nicht auszudenken brauchen!) und schließlich 3. die „theokratischen" Züge des Literatenkollegiums zu beseitigen (und zwar durch die Heranziehung hervorragender Praktiker *zur Entscheidung* über die Erweiterung des Dreierkollegiums). Dieser Plan, den alle Redakteure kannten, stützte sich offensichtlich auf die *dreijährige Arbeitserfahrung* und entsprach *durchaus* folgerichtig den von uns durchgeführten Prinzipien der revolutionären Organisation: In der Epoche der *Zerfahrenheit,* als die „Iskra" auf den Plan trat, bildeten sich die einzelnen Gruppen oft zufällig und spontan, krankten sie unvermeidlich an manchen schädlichen Auswirkungen des Zirkelwesens. Die Schaffung der Partei bedingte und erforderte die Beseitigung solcher Züge; dabei war die Teilnahme hervorragender Praktiker an dieser Beseitigung *notwendig,* denn einige Mitglieder der Redaktion befaßten sich *stets* mit organisatorischen Angelegenheiten, und zum System der Parteikörperschaften mußte nicht ein Kollegium von Nur-Literaten, sondern ein Kollegium von politischen Führern gehören. Auch vom Standpunkt der ständigen Politik der „Iskra" war es natürlich, daß man dem Parteitag die Wahl des anfänglichen Dreierkollegiums überließ: Wir haben den Parteitag denkbar *vorsichtig* vorbereitet und die *vollständige* Klärung der prinzipiellen Streitfragen des Programms, der Taktik und der Organisation abgewartet; wir *zweifelten nicht,* daß der Parteitag im Sinne der Übereinstimmung der übergroßen Mehrheit in diesen Grundfragen *iskristisch* sein werde (davon zeugten auch zum Teil die Resolutionen über die Anerkennung der „Iskra" als führendes Organ); wir *mußten* es daher den Genossen, die bei der Verbreitung der Ideen der „Iskra" und bei der Vorbereitung ihrer Umwand-

lung zur Partei alle Last der Arbeit getragen hatten, *selber* überlassen, zu entscheiden, welche Kandidaten sie für die neue Parteikörperschaft am geeignetsten hielten. *Nur* weil der Plan der zwei Dreierkollegien so natürlich war, *nur* weil er mit der gesamten Politik der „Iskra" und mit all dem, was die der Sache einigermaßen Nahestehenden von der „Iskra" wußten, *vollständig übereinstimmte, läßt es sich überhaupt erklären*, daß dieser Plan allgemein gebilligt wurde, daß es keinerlei Konkurrenzplan gab.

Und nun schlug Gen. Russow auf dem Parteitag vor allem auch vor, *zwei Dreierkollegien* zu wählen. Die Anhänger Martows, der *uns von dem Zusammenhang dieses Plans mit der falschen Beschuldigung des Opportunismus schriftlich benachrichtigte, dachten indes nicht im Traum daran*, den Streit Sechser- oder Dreierkollegium auf die Frage zurückzuführen, ob diese Beschuldigung richtig oder falsch ist. *Keiner von ihnen hat das auch nur angedeutet! Keiner von ihnen hat es gewagt, auch nur ein Wort zu verlieren* über den prinzipiellen Unterschied der Schattierungen, die mit der Frage Sechser- oder Dreierkollegium zusammenhängen. Sie zogen ein bequemeres und billigeres Verfahren vor – an das *Mitleid* zu appellieren, sich auf eine *mögliche Kränkung* zu berufen, so zu tun, als sei durch die Bestimmung der „Iskra" zum Zentralorgan *die Frage der Redaktion schon gelöst*. Dieses letzte Argument, das Gen. Kolzow gegen Genossen Russow ins Feld führte, ist *eine direkte Unwahrheit*. Auf der Tagesordnung des Parteitags standen – natürlich nicht zufällig – zwei besondere Punkte (siehe S. 10 der Protokolle): Punkt 4 – „Das ZO der Partei" und Punkt 18 – „Wahl des ZK und der Redaktion des ZO". Das erstens. Zweitens erklärten bei der Bestimmung des ZO *alle* Delegierten kategorisch, daß damit *nicht* die Redaktion, sondern lediglich die Richtung bestätigt wird*, und gegen diese Erklärungen erfolgte *kein einziger Protest*.

* Siehe S. 140 der Protokolle, die Rede *Akimows*: „...man sagt mir, daß wir über die Wahlen ins ZO am Schluß sprechen werden"; die Rede *Murawjows* gegen Akimow, „der sich die Frage der künftigen Redaktion des ZO sehr zu Herzen nimmt" (S. 141); die Rede *Pawlowitschs*, der sagt, daß wir mit der Bestimmung des Zentralorgans die „konkreten Unterlagen" erhalten haben, „auf Grund deren wir die Operationen, um die Gen. Akimow so besorgt ist, vornehmen können", und daß über die „Unterordnung" der „Iskra" unter die „Parteibeschlüsse" keine Spur eines Zweifels bestehen könne (S. 142); die

Somit war die Behauptung, der Parteitag habe, als er ein bestimmtes Organ bestätigte, damit im Grunde auch die Redaktion bestätigt – eine Behauptung, die von den Anhängern der Minderheit (Kolzow, S. 321; Possadowski, ebenda; Popow, S. 322 und viele andere) oft wiederholt wurde –, *eine direkte Entstellung der Tatsachen*. Das war ein unverkennbares *Manöver*, das den *Rückzug* von einer Stellung decken sollte, die zu einer Zeit bezogen worden war, als zur Zusammensetzung der Zentralstellen *alle* eine noch *wirklich unparteiische* Haltung einnehmen konnten. Der Rückzug konnte weder mit prinzipiellen Motiven gerechtfertigt werden (denn es war für die Minderheit zu *unvorteilhaft, auf dem Parteitag* die Frage der „falschen Beschuldigung des Opportunismus" aufzuwerfen, und sie hat darüber *auch kein Wort verloren*) noch mit dem Hinweis auf *faktische* Angaben über die wirkliche Arbeitsfähigkeit des Sechser- oder des Dreierkollegiums (denn die geringste Berührung mit diesen Angaben hätte eine Unmenge von Material gegen die Minderheit zutage gefördert). Man mußte sich mit *Phrasen* vom „ebenmäßigen Ganzen", vom „harmonischen Kollektiv", vom „ebenmäßigen und kristallen einheitlichen Ganzen" usw. behelfen. Kein Wunder, daß solche Argumente sofort beim richtigen Namen genannt wurden: *„erbärmliche Worte"* (S. 328). Schon allein der Plan des Dreierkollegiums zeugt klar von einem Mangel an „Harmonie", die Eindrücke aber, die von den Delegierten im Laufe der über einen Monat währenden gemeinsamen Arbeit gesammelt wurden, haben den Delegierten offenbar massenhaft Material für ein *selbständiges* Urteil geliefert. Als Gen. Possadowski auf dieses Material anspielte (von seinem Standpunkt aus unvorsichtig und unüberlegt; siehe S. 321 und 325 über die „bedingte" Anwendung des Wortes „Reibungsflächen" durch ihn), da erklärte Gen. Murawjow offen: „Meines Erachtens sieht in diesem Augenblick die Mehrheit des Parteitags ganz klar, daß sol-

---

Rede *Trotzkis*: „Da wir nicht die Redaktion bestätigen, was bestätigen wir in der ‚Iskra'? ... Nicht den Namen, sondern die Richtung ... Nicht den Namen, sondern das Banner" (S. 142); die Rede *Martynows*: „Ich meine, wie auch viele andere Genossen, daß wir jetzt, bei der Diskussion über die Anerkennung der ‚Iskra', eines Blattes von bestimmter Richtung, als unser Zentralorgan nicht den Modus der Wahl oder Bestätigung ihrer Redaktion berühren sollen; davon wird später, bei dem entsprechenden Punkt der Tagesordnung, die Rede sein ..." (S. 143.)

che* Reibungsflächen zweifellos vorhanden sind." (321.) Die Minderheit zog es vor, das Wort „Reibungsflächen" (das von Possadowski, nicht von Murawjow in Umlauf gesetzt worden ist) ausschließlich im Sinne von etwas Persönlichem aufzufassen, denn sie wagte nicht, den von Gen. Murawjow hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben, sie wagte es nicht, *auch nur ein sachliches* Argument zur Verteidigung des Sechserkollegiums vorzubringen. So entstand ein in seiner Fruchtlosigkeit höchst komischer Streit: Die Mehrheit erklärt (durch den Mund des Gen. Murawjow), daß sie die wirkliche Bedeutung der Streitfrage Sechser- oder Dreierkollegium *ganz klar sehe*, die Minderheit aber will davon hartnäckig nichts hören und versichert, daß „wir *nicht die Möglichkeit haben*, eine Untersuchung vorzunehmen". Die Mehrheit hält das nicht nur für möglich, sie hat schon „eine Untersuchung vorgenommen" und spricht von den für sie *ganz klaren* Ergebnissen dieser Untersuchung. Die Minderheit aber *fürchtet die Untersuchung* offenbar und verkriecht sich hinter „erbärmlichen Worten". Die Mehrheit rät, „im Auge zu behalten, daß unser ZO nicht nur eine Gruppe von Literaten ist", die Mehrheit „will, daß an der Spitze des ZO *ganz bestimmte, dem Parteitag bekannte Leute* stehen, *Leute, die den Anforderungen genügen*, von denen ich gesprochen habe" (d. h. eben Anforderungen nicht nur literarischer Art, S. 327, die Rede des Gen. Lange). Die Minderheit wagt es wiederum nicht, den Fehdehandschuh aufzuheben, und sagt kein Wort darüber, wer sich nach ihrer Ansicht für ein Kollegium nicht nur literarischer Art eignet, wer eine „ganz bestimmte und dem Parteitag bekannte" Größe ist. Die Minderheit versteckt sich nach wie vor hinter der berüchtigten „Harmonie". Mehr als das. Die Minderheit bringt in ihre Beweisführung sogar Argumente hinein, die prinzipiell absolut falsch sind und daher mit Recht auf scharfen Widerstand stoßen. „Der Parteitag", man höre, „hat weder das moralische noch

* Welche „Reibungsflächen" Gen. Possadowski im Auge hatte, konnten wir auf dem Parteitag allerdings nicht erfahren. Gen. Murawjow aber bestritt in derselben Sitzung (S. 322) die Richtigkeit der Wiedergabe seines Gedankens und erklärte bei der Bestätigung der Protokolle direkt, er habe „von den Reibungsflächen gesprochen, die sich in den Debatten des Parteitags über verschiedene Fragen gezeigt haben, von Reibungsflächen prinzipieller Natur, deren Vorhandensein im gegenwärtigen Augenblick leider bereits eine Tatsache ist, die niemand leugnen wird" (S. 353).

das politische Recht, die Redaktion umzumodeln" (Trotzki, S. 326); „das ist eine allzu heikle (sic!) Frage" (derselbe); *„wie sollen sich die nichtgewählten Mitglieder der Redaktion dazu verhalten, daß der Parteitag sie in der Redaktion nicht mehr sehen will?"* (Zarjow, S. 324.)*

Solche Argumente verschoben die Frage bereits völlig auf die Ebene *des Mitleids und der Kränkung*, was ein offenes Eingeständnis des Bankrotts auf dem Gebiet wirklich prinzipieller, wirklich politischer Argumente ist. Und die Mehrheit hat diese Fragestellung sofort mit dem *richtigen* Wort gekennzeichnet: *Spießbürgerlichkeit* (Gen. Russow). „Aus dem Munde von Revolutionären", sagte Gen. Russow mit Recht, „ertönen hier merkwürdige Reden, die mit dem Begriff der Parteiarbeit, der Parteiethik schroff disharmonieren. Das Hauptargument, auf das sich die Gegner der Wahl von Dreierkollegien stützen, läuft auf eine *rein spießbürgerliche Auffassung von den Parteiangelegenheiten* hinaus" (hervorgehoben überall von mir)... „Stellen wir uns auf diesen *spießbürgerlichen*, nicht parteimäßigen Standpunkt, so werden wir bei jeder Wahl vor der Frage stehen: Wird Petrow es nicht übelnehmen, daß nicht er, sondern Iwanow gewählt worden ist, wird dieses oder jenes Mitglied des OK es nicht übelnehmen, daß nicht er, sondern ein anderer ins ZK gewählt worden ist? Wohin soll das führen, Genossen? Wenn wir uns hier versammelt haben, *nicht um uns gegenseitig Annehmlichkeiten zu sagen, nicht um spießbürgerliche Liebenswürdigkeiten auszutauschen*, sondern um die Partei zu schaffen, dann dürfen wir einem solchen Standpunkt keinesfalls beipflichten. Wir haben die Aufgabe, *Funktionäre zu wählen*, und dabei kann nicht die Frage stehen, ob man diesem oder jenem Nichtgewählten mißtraut, sondern *nur die Frage, ob man der Sache nützt und ob der Gewählte sich für das Amt eignet, für das er gewählt werden soll."* (S. 325.)

Wir raten allen, die sich in den Ursachen der Parteispaltung selbständig zurechtfinden und ihre *Wurzeln* auf dem Parteitag aufdecken wollen, die Rede des Gen. Russow, dessen Argumente von der Minderheit nicht nur nicht widerlegt, sondern nicht einmal bestritten wurden, *zu lesen und zu studieren*. Man kann ja auch so elementare Binsenwahrheiten nicht be-

* Vgl. die Rede des Gen. Possadowski: „... Wenn Sie von den sechs Mitgliedern der alten Redaktion drei wählen, so erklären Sie damit die anderen drei für unnötig, für überflüssig. Dazu haben Sie aber weder das Recht noch einen Grund."

streiten, die zu vergessen, wie schon Gen. Russow richtig auseinandersetzte, nur möglich ist, wenn man sich im Zustand *„nervöser Erregung"* befindet. Und das ist wirklich die für die Minderheit am wenigsten peinliche Erklärung dessen, daß sie es fertigbrachten, vom Parteistandpunkt auf den Standpunkt der Spießbürgerlichkeit und des Zirkelwesens hinabzusteigen.*

Aber die Minderheit war dermaßen außerstande, vernünftige und sachliche Argumente gegen die Wahlen zu finden, daß sie sich, ganz abgesehen von der spießbürgerlichen Behandlung einer Parteiangelegenheit,

* In seinem „Belagerungszustand" verhält sich Gen. Martow zu dieser Frage ebenso wie zu allen anderen von ihm angeschnittenen Fragen. Er nimmt sich nicht die Mühe, ein geschlossenes Bild der Auseinandersetzung zu geben. Bescheiden umgeht er die einzige wirklich *prinzipielle* Frage, die in dieser Diskussion aufgetaucht ist: spießbürgerliche Liebenswürdigkeiten oder Wahl von Funktionären? Parteistandpunkt oder Kränkung der Iwan Iwanowitschs? Gen. Martow beschränkt sich auch hier darauf, einzelne und zusammenhanglose Bruchstücke der Ereignisse herauszureißen und ihnen alle möglichen Beschimpfungen an meine Adresse hinzuzufügen. Das ist reichlich wenig, Gen. Martow!

Besonders setzt *mir* Gen. Martow mit der Frage zu, *warum* die Genossen Axelrod, Sassulitsch und Starower auf dem Parteitag nicht gewählt worden sind. Der spießbürgerliche Standpunkt, auf den er sich gestellt hat, hindert ihn, das *Unziemliche* dieser Frage zu sehen (warum fragt er nicht seinen Redaktionskollegen, Gen. Plechanow?). Er sieht einen Widerspruch darin, daß ich das Verhalten der Minderheit auf dem Parteitag in der Frage des Sechserkollegiums für „taktlos" halte und gleichzeitig Parteiöffentlichkeit verlange. Es gibt hier keinen Widerspruch, wie Martow selber unschwer sähe, wenn er sich die Mühe nähme, eine zusammenhängende Darstellung *aller* Stadien der Frage und nicht nur Bruchstücke zu geben. Taktlos war es, die Frage vom spießbürgerlichen Standpunkt aus zu stellen, von Kränkung zu reden und ans Mitleid zu appellieren; die Interessen der Parteiöffentlichkeit hätten erfordert, die Vorzüge des Sechserkollegiums gegenüber dem Dreierkollegium *sachlich* zu prüfen, die Eignung der Kandidaten für ihr Amt zu prüfen und die Schattierungen zu beurteilen; *die Minderheit hat auf dem Parteitag kein Wort darüber verloren.*

Bei aufmerksamem Studium der Protokolle hätte Gen. Martow in den Reden der Delegierten *eine ganze Reihe* von Argumenten gegen das Sechserkollegium gefunden. Hier eine Auswahl aus diesen Reden: 1. im alten Sechserkollegium treten Reibungsflächen im Sinne prinzipieller Schattierungen klar zutage; 2. eine technische Vereinfachung der Redaktionsarbeit ist erwünscht; 3. der

zu geradezu *skandalösen Methoden* verstieg. In der Tat, wie soll man es anders nennen, wenn Gen. Popow Genossen Murawjow den Rat gibt, „keine heiklen *Aufträge* zu übernehmen" (S. 322)? Was ist das anderes als ein „Hineinkriechen in fremde Seelen", wie Gen. Sorokin treffend bemerkte (S. 328)? Was ist das anderes als ein Spekulieren auf *„persönliche Dinge"* in Ermangelung *politischer* Argumente? Sagte Gen. Sorokin die Wahrheit oder die Unwahrheit, als er behauptete, daß „wir gegen solche Methoden stets protestiert haben"? *„Ist das Verhalten des Gen. Deutsch zulässig,* wenn er demonstrativ versucht, die Genossen, die mit ihm nicht einverstanden sind, an den Pranger zu stellen?" * (S. 328.)

Nutzen der Sache steht höher als spießbürgerliche Liebenswürdigkeiten, nur eine Wahl wird gewährleisten, daß die gewählten Personen ihren Funktionen entsprechen; 4. die Freiheit der Wahl auf dem Parteitag darf nicht beschränkt werden; 5. die Partei braucht jetzt im ZO nicht nur eine Gruppe von Literaten, im ZO müssen nicht nur Literaten sein, sondern auch Administratoren; 6. im ZO müssen ganz bestimmte, dem *Parteitag* bekannte Leute sitzen; 7. ein Sechserkollegium ist oft arbeitsunfähig, seine Arbeit wurde *nicht dank* dem anormalen Statut, sondern *trotz* ihm geleistet; 8. die Leitung der Zeitung ist eine Angelegenheit der Partei (und nicht eines Zirkels) usw. Wenn Gen. Martow sich so sehr dafür interessiert, warum manche Leute nicht gewählt worden sind, dann soll er versuchen, sich in jede dieser Erwägungen *hineinzudenken* und *auch nur eine* von ihnen zu widerlegen.

* So faßte die Worte des Gen. Deutsch (vgl. S. 324 — „ein schroffes Zwiegespräch mit Orlow") Gen. Sorokin *in derselben Sitzung* auf. Gen. Deutsch erklärt (S. 351), er habe „nichts Ähnliches gesagt", gibt aber selber *gleich danach* zu, daß er etwas *sehr, sehr* „Ähnliches" gesagt hat. „Ich habe nicht gesagt: Wer wird es wagen", erklärt Gen. Deutsch, „ich habe gesagt: Es würde mich interessieren zu sehen, wer die Leute sind, die es wagen werden (sic! Gen. Deutsch gerät vom Regen in die Traufe!), einen so verbrecherischen (sic!) Vorschlag wie die Wahl von drei Mitgliedern zu unterstützen." (S. 351.) Gen. Deutsch hat die Worte des Gen. Sorokin nicht widerlegt, *sondern bestätigt.* Gen. Deutsch hat den Vorwurf des Gen. Sorokin bestätigt, daß „sich hier alle Begriffe verwirrt haben" (in den Argumenten der Minderheit zugunsten des Sechserkollegiums). Gen. Deutsch hat bestätigt, daß Gen. Sorokin recht hatte, als er an die *Binsenwahrheit* erinnerte, daß „wir Parteimitglieder sind und uns in unseren Handlungen ausschließlich von politischen Erwägungen leiten lassen müssen". Über *verbrecherische* Wahlen zu schreien, bedeutet nicht nur zur Spießbürgerlichkeit, sondern geradezu *zum kleinlichen Skandal* herabsinken!

Fassen wir das Ergebnis der Debatte über die Redaktion zusammen. Die Minderheit hat die zahlreichen Hinweise der Mehrheit, daß der Plan des Dreierkollegiums den *Delegierten* bei Beginn des Parteitags *und vor dem Parteitag* bekannt war, daß dieser Plan folglich von *Erwägungen und Gesichtspunkten* ausging, *die von den Vorgängen und den Debatten auf dem Parteitag unabhängig waren,* nicht widerlegt (und nicht zu widerlegen versucht). Die Minderheit hat, als sie das Sechserkollegium verteidigte, den *prinzipiell falschen und unzulässigen* Standpunkt *spießbürgerlicher* Erwägungen eingenommen. Die Minderheit hat demonstriert, daß sie den *Parteistandpunkt* zur Wahl von *Funktionären* völlig mißachtet, denn sie dachte gar nicht daran, jeden Kandidaten daraufhin zu *prüfen,* ob er sich für ein bestimmtes Amt eignet, ob er den Funktionen dieses Amtes entspricht oder nicht. Die Minderheit ist einer sachlichen Erörterung der Frage *ausgewichen,* sie berief sich statt dessen auf die berühmte Harmonie, „vergoß Tränen" und „verfiel in Pathos" (S. 327, Rede Langes), als ob man jemanden „umbringen wolle". Die Minderheit ging sogar so weit, daß sie *„in fremde Seelen hineinkroch"*, über „verbrecherische" Wahlen zeterte und – unter dem Einfluß einer *„nervösen Erregung"* (S. 325) – zu ähnlichen *unerlaubten* Methoden griff.

Ein Kampf *der Spießbürgerlichkeit* gegen *den Parteistandpunkt, „persönlicher Dinge"* schlimmster Art gegen *politische Erwägungen, kläglicher Worte* gegen die elementaren Begriffe der *revolutionären Pflicht* – das war der Kampf um das Sechser- oder das Dreierkollegium in der 30. Sitzung unseres Parteitags.

Auch in der 31. Sitzung, als der Parteitag mit einer Mehrheit von 19 gegen 17 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen den Antrag *ablehnte,* die gesamte alte Redaktion zu bestätigen (siehe S. 330 und die *Druckfehlerberichtigung*), und als die *früheren Redakteure* in den Sitzungssaal zurückkehrten, bekundete Gen. Martow in seiner „Erklärung im Namen der Mehrheit der früheren Redaktion" (S. 330/331) in noch höherem Maße dieselbe Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit in der politischen Haltung und den *politischen Begriffen.* Untersuchen wir eingehender jeden Punkt der kollektiven *Erklärung* und meiner Antwort (S. 332/333) darauf.

„Von nun an", sagte Gen. Martow, nachdem die alte Redaktion nicht bestätigt worden war, „besteht die alte ‚Iskra' nicht mehr, und es wäre konsequenter, ihren Namen zu ändern. Jedenfalls sehen wir in dem neuen

Beschluß des Parteitags eine wesentliche Einschränkung des Vertrauensvotums für die ‚Iskra', das in einer der ersten Sitzungen des Parteitags angenommen wurde."

Gen. Martow und seine Freunde schneiden hier die wirklich interessante und in vieler Beziehung lehrreiche Frage der *politischen Konsequenz* an. Ich habe darauf schon geantwortet, als ich anführte, was *alle* bei der Bestätigung der „Iskra" sagten (S. 349 der Protokolle, vgl. oben, S. 82*). Zweifellos haben wir es hier mit einem der himmelschreiendsten Fälle politischer Inkonsequenz zu tun, von wessen Seite – ob von seiten der Parteitagsmehrheit oder von seiten der Mehrheit der alten Redaktion –, überlassen wir dem Urteil des Lesers. Dem Leser überlassen wir auch die Entscheidung über zwei andere, von Gen. Martow und seinen Freunden zur rechten Zeit aufgeworfene Fragen: 1. Ist es ein *spießbürgerlicher* oder ein *parteimäßiger* Standpunkt, wenn man in dem Beschluß des *Parteitags, die Funktionäre für die Redaktion des ZO durch Wahl* zu bestimmen, eine „Einschränkung des Vertrauensvotums für die ‚Iskra'" sehen möchte? 2. Von welchem Augenblick an *besteht die alte „Iskra"* tatsächlich *nicht mehr*: ab Nummer 46, von der an Plechanow und ich sie zu zweit leiteten, oder ab Nummer 53, von der an die Mehrheit der alten Redaktion sie zu leiten begann? Ist die erste Frage eine äußerst interessante *Prinzipienfrage*, so ist die zweite eine äußerst interessante *Tatsachenfrage*.

„Da jetzt beschlossen worden ist", fährt Gen. Martow fort, „eine Redaktion aus drei Personen zu wählen, so erkläre ich in meinem und der drei anderen Genossen Namen, daß keiner von uns an dieser neuen Redaktion teilnehmen wird. Was mich persönlich betrifft, so möchte ich hinzufügen, daß ich, wenn es stimmt, daß einige Genossen mich als einen der Kandidaten für dieses ‚Dreierkollegium' vorschlagen wollten, darin eine Beleidigung erblicken muß, die ich nicht verdient habe (sic!). Das sage ich angesichts der Umstände, unter denen beschlossen wurde, die Redaktion zu ändern. Beschlossen wurde das unter Berufung auf irgendwelche ‚Reibungen'** und auf die Arbeitsunfähigkeit der alten Redaktion, wobei der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 311/312. *Die Red.*

** Gen. Martow hat wahrscheinlich den Ausdruck des Gen. Possadowski „Reibungsflächen" im Auge. Ich wiederhole, daß Gen. Possadowski dem Parteitag bis zuletzt nicht erklärte, was *er* damit meinte, Gen. Murawjow aber, der

Parteitag diese Frage in einem bestimmten Sinne löste, ohne die Redaktion über diese Reibungen zu befragen und ohne wenigstens eine Kommission zur Prüfung ihrer Arbeitsunfähigkeit einzusetzen..." (Merkwürdig, daß niemand von der Minderheit auf den Gedanken kam, dem Parteitag vorzuschlagen, „die Redaktion zu befragen" oder eine Kommission einzusetzen! Rührt das vielleicht daher, daß es nach der Spaltung der „Iskra"-Organisation und nach dem Mißerfolg der Verhandlungen, von denen die Genossen Martow und Starower schrieben, nutzlos gewesen wäre?)... „Unter diesen Umständen muß ich die Annahme einiger Genossen, daß ich darauf eingehen werde, in einer derart reformierten Redaktion zu arbeiten, als eine Befleckung meines politischen Rufes betrachten..." *

denselben Ausdruck gebrauchte, erklärte, er habe von Reibungsflächen *prinzipieller* Natur gesprochen, die *in den Parteitagsdebatten zum Ausdruck gekommen* seien. Die Leser werden sich erinnern, daß die *einzige* wirklich *prinzipielle* Debatte, an der vier Redakteure teilnahmen (Plechanow, Martow, Axelrod und ich), den § 1 des Statuts betraf und daß die Genossen Martow und Starower sich *schriftlich* über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus" als eines der Argumente für die „Änderung" der Redaktion beschwerten. Gen. Martow sah *in diesem Brief* einen *klaren* Zusammenhang zwischen dem „Opportunismus" und dem Plan, die Redaktion zu verändern, *auf dem Parteitag* aber begnügte er sich mit der nebelhaften Anspielung auf *„irgendwelche Reibungen"*. Die „falsche Beschuldigung des Opportunismus" war schon vergessen!

* Gen. Martow fügte noch hinzu: „Für eine solche Rolle wird sich allenfalls Rjasanow hergeben, nicht aber der Martow, den Sie, wie ich glaube, aus seiner Arbeit kennen." Insoweit das ein *persönlicher* Ausfall gegen Rjasanow war, nahm Martow diese Worte zurück. Aber Rjasanow figurierte auf dem Parteitag als Gattungsname durchaus nicht wegen dieser oder jener persönlichen Eigenschaften (von denen zu sprechen nicht angebracht wäre), sondern wegen des *politischen Gesichts* der Gruppe „Borba", wegen ihrer *politischen Fehler*. Gen. Martow handelt sehr richtig, wenn er vermeintliche oder tatsächlich zugefügte persönliche Beleidigungen zurücknimmt, doch man darf darüber nicht die *politischen Fehler* vergessen, die *der Partei zur Lehre* dienen müssen. Die Gruppe „Borba" wurde auf unserm Parteitag beschuldigt, ein „organisatorisches Chaos" und „eine von keinerlei prinzipiellen Erwägungen hervorgerufene Zersplitterung" in die Partei hineinzutragen (S. 38, Rede des Gen. Martow). Ein *solches* politisches Verhalten ist zweifellos nicht nur dann tadelnswert, wenn wir es bei einer kleinen Gruppe vor dem Parteitag in einer Zeit des *allgemeinen* Chaos

Ich habe diese Ausführungen absichtlich vollständig wiedergegeben, um dem Leser ein Muster und den Ursprung dessen zu zeigen, was *nach dem Parteitag* so üppige Blüten trieb und was man nicht anders nennen kann als *Gezänk*. Ich habe diesen Ausdruck bereits in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'" gebraucht, und trotz dem Mißvergnügen der Redaktion bin ich gezwungen, ihn zu wiederholen, denn seine Richtigkeit ist unbestreitbar. Irrigerweise glaubt man, daß ein Gezänk „niedrige Beweggründe" voraussetzt (wie die Redaktion der neuen „Iskra" schlußfolgerte). Jeder Revolutionär, der unsere Verbannten- und Emigrantenkolonien einigermaßen kennt, hat sicherlich Dutzende Fälle von Gezänk erlebt, bei denen in der Atmosphäre „nervöser Erregung" und anormaler muffiger Lebensbedingungen die unsinnigsten Anschuldigungen, Verdächtigungen, Selbstbeschuldigungen, „persönliche Dinge" usw. vorgebracht und endlos wiedergekäut wurden. Kein vernünftiger Mensch wird unbedingt niedrige *Beweggründe* in diesem Gezänk suchen, *wie niedrig seine Erscheinungsformen auch sein mögen*. Und eben nur mit „nervöser Erregung" kann man diesen verworrenen Knäuel von Ungereimtheiten, persönlichen Dingen, phantastischen Schreckbildern, Hineinkriechen in fremde Seelen, an den Haaren herbeigezogenen Kränkungen und Verunglimpfungen erklären, wie es der von mir wiedergegebene Absatz aus der Rede des Gen. Martow ist. Die muffigen Lebensbedingungen erzeugen bei uns solche Zänkereien zu Hunderten, und eine politische Partei verdiente keine Achtung, wenn sie nicht den Mut hätte, ihre Krankheit beim richtigen Namen zu nennen, rücksichtslos die Diagnose zu stellen und Heilmittel ausfindig zu machen.

Insoweit man aus diesem Knäuel etwas Prinzipielles aussondern kann, muß man *unbedingt* zu der Schlußfolgerung gelangen, daß „Wahlen nicht das geringste mit einer Befleckung des politischen Rufes zu tun haben", daß man *Verwirrung* in die Frage hineinträgt, wenn man „das Recht des Parteitags auf Neuwahlen, auf jede Änderung im Funktionärstab, auf die Umbesetzung der von ihm bevollmächtigten Kollegien leugnet", und daß „in den Anschauungen des Gen. Martow über die Zulässigkeit der Wahl eines Teils des früheren Kollegiums *eine erstaunliche politische Begriffs-*

beobachten, sondern auch dann, wenn wir es *nach* dem Parteitag, in einer Zeit sehen, in der das Chaos beseitigt wird, sei es auch bei der „Mehrheit der ‚Iskra'-Redaktion und bei der Mehrheit der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit'".

verwirrung zum Ausdruck kommt" (wie ich mich auf dem Parteitag ausdrückte, S. 332)*.

Ich überspringe eine „persönliche" Bemerkung des Gen. Martow zu der Frage, von wem der Plan des Dreierkollegiums ausgeht, und komme zu seiner „politischen" Charakteristik der Bedeutung, die der Nichtbestätigung der alten Redaktion zukommt... „Das jetzt Vorgefallene ist der letzte Akt eines Kampfes, der sich während der zweiten Hälfte des Parteitags abgespielt hat..." (Richtig! Und diese zweite Hälfte beginnt in dem Augenblick, da Martow bei § 1 des Statuts in der festen Umarmung des Gen. Akimow gelandet ist.) „...Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß es sich bei dieser Reform nicht um die ‚Arbeitsfähigkeit' handelt, sondern um den Kampf um den Einfluß auf das ZK..." (Erstens ist es für niemanden ein Geheimnis, daß es sich hier *sowohl* um die Arbeitsfähigkeit *als auch* um die Meinungsverschiedenheiten über die *Zusammensetzung* des ZK handelte, denn der „Reform"plan entstand zu einer Zeit, als von der zweiten Meinungsverschiedenheit noch *nicht einmal die Rede sein konnte*, zu einer Zeit, als wir zusammen mit Gen. Martow den Gen. Pawlowitsch zum siebenten Mitglied des Redaktionskollegiums wählten! Zweitens haben wir bereits auf Grund *dokumentarischer* Unterlagen gezeigt, daß es sich um die *personelle Zusammensetzung* des ZK handelte, daß die Sache à la fin des fins** auf den Unterschied der Listen hinauslief: Glebow – Trawinski – Popow oder Glebow – Trotzki – Popow.) „...Die Mehrheit der Redaktion hat gezeigt, daß sie die Verwandlung des ZK in ein Werkzeug der Redaktion nicht wünscht..." (Es beginnt das Akimowsche Lied: Die Frage des Einflusses, um den jede Mehrheit auf jedem Parteitag stets und überall kämpft, um diesen Einfluß durch eine *Mehrheit* in den zentralen Körperschaften zu *verankern*, wird verschoben auf das Gebiet des *opportunistischen Klatsches* über ein „Werkzeug" der *Redaktion*, über ein „einfaches *Anhängsel*" der Redaktion, wie derselbe Gen. Martow etwas später sagte, S. 334.) „...Das war der Grund, weshalb man die Zahl der Redaktionsmitglieder vermindern wollte (!!). Und deshalb kann ich einer solchen Redaktion nicht beitreten..." (Man betrachte sich dieses „deshalb" genauer: Wie hätte die Redaktion das ZK in ein Anhängsel oder ein Werkzeug verwandeln *können*? *Nur* so und

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 504. *Die Red.*

** letzten Endes. *Die Red.*

nur dann, wenn sie im Rat drei Stimmen gehabt und dieses Übergewicht *mißbraucht* hätte! Ist das nicht klar? Und ist es nicht auch klar, daß der als Dritter gewählte Gen. Martow stets die Möglichkeit gehabt hätte, jeden Mißbrauch zu verhindern und *allein durch seine Stimme* jedes Übergewicht der Redaktion im Rat zu beseitigen? Die Sache läuft also doch auf die personelle Zusammensetzung des ZK hinaus, und das Gerede von Werkzeug und Anhängsel erweist sich sofort als *Klatsch*.) „...Zusammen mit der Mehrheit der alten Redaktion glaubte ich, der Parteitag würde dem ‚Belagerungszustand' in der Partei ein Ende machen und normale Zustände in ihr herbeiführen. In Wirklichkeit ist der Belagerungszustand mit Ausnahmegesetzen gegen einzelne Gruppen fortgesetzt und sogar verschärft worden. Nur im vollen Bestand der alten Redaktion können wir die Gewähr bieten, daß die Rechte, die das Statut der Redaktion einräumt, der Partei nicht zum Schaden gereichen werden..."

Das ist der volle Wortlaut jener Stelle aus Martows Rede, in der *er zum erstenmal das berüchtigte Schlagwort vom „Belagerungszustand" aufgebracht hat.* Und jetzt höre man meine Antwort darauf:

„...Mit meiner Richtigstellung der Erklärung Martows über den privaten Charakter des Plans, zwei Dreierkollegien zu bilden, beabsichtige ich jedoch keineswegs, die Feststellungen desselben Martow über die ‚politische Bedeutung' des Schrittes, den wir getan haben, als wir die alte Redaktion nicht bestätigten, anzutasten. Im Gegenteil, ich bin mit Gen. Martow vollständig und rückhaltlos darin einverstanden, daß dieser Schritt große politische Bedeutung hat — nur nicht jene, die Martow ihm zuschreibt. Er sagte, das sei ein Akt des Kampfes um den Einfluß auf das ZK in Rußland. Ich gehe weiter als Martow. Ein Kampf um den Einfluß war bisher die gesamte Tätigkeit der ‚Iskra', als einer nicht parteiamtlichen Gruppe, jetzt aber handelt es sich schon um mehr, nämlich um die organisatorische Verankerung des Einflusses, und nicht nur um den Kampf darum. Wie weit Gen. Martow und ich hier politisch auseinandergehen, ist daraus ersichtlich, daß er mir diesen Wunsch, auf das ZK einen Einfluß auszuüben, als Schuld anrechnet, während ich es mir als Verdienst anrechne, daß ich bestrebt war und bin, diesen Einfluß organisatorisch zu verankern. Es stellt sich heraus, daß wir sogar verschiedene Sprachen sprechen. Welchen Zweck hätte unsere ganze Arbeit, hätten alle unsere Anstrengungen, wenn ihre Krönung derselbe alte Kampf um den Einfluß und nicht die vollständige Eroberung und Festigung des Einflusses wäre? Ja, Gen. Martow hat ganz recht: Der getane Schritt ist zweifellos ein wichtiger politischer Schritt, der davon zeugt, daß von den

jetzt hervorgetretenen Richtungen die eine für die weitere Arbeit unserer Partei gewählt worden ist. *Und mich schrecken nicht im geringsten die furchtbaren Worte vom ‚Belagerungszustand in der Partei', von den ‚Ausnahmegesetzen gegen einzelne Personen und Gruppen' usw.* Wir können nicht nur, wir müssen gegen unbeständige und schwankende Elemente einen ‚Belagerungszustand' verhängen, und unser ganzes Parteistatut, unser ganzer jetzt vom Parteitag bestätigter Zentralismus ist nichts anderes als ein ‚Belagerungszustand' für die so zahlreichen Quellen der politischen Verschwommenheit. Gegen die Verschwommenheit brauchen wir eben Sonder-, ja sogar Ausnahmegesetze, und der vom Parteitag getane Schritt hat die politische Richtung richtig vorgezeichnet, indem er für solche Gesetze und solche Maßnahmen eine feste Grundlage schuf."*

Ich habe in dieser Zusammenfassung meiner Rede auf dem Parteitag den *Satz* unterstrichen, *den Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand"* (S. 16) *wegzulassen vorzog.* Kein Wunder, daß ihm dieser Satz nicht gefiel und daß er seinen klaren Sinn nicht begreifen wollte.

Was bedeutet der Ausdruck „furchtbare Worte", Gen. Martow?

Er bedeutet eine *Verspottung*, eine Verspottung desjenigen, der kleinen Dingen große Namen gibt, der eine einfache Frage durch dünkelhafte Phrasendrescherei verwirrt.

Die kleine und einfache Tatsache, die *einzig und allein* den Anlaß zu der „nervösen Erregung" des Gen. Martow geben konnte und gab, bestand *ausschließlich* darin, daß Gen. Martow in der Frage der *personellen Zusammensetzung der Zentralstellen auf dem Parteitag eine Niederlage erlitt.* Die politische Bedeutung dieser einfachen Tatsache bestand darin, daß die Mehrheit des Parteitags, nachdem sie gesiegt hatte, ihren Einfluß dadurch verankerte, daß sie auch in die Parteileitung Genossen der Mehrheit wählte, daß sie mit Hilfe des Statuts eine organisatorische Basis für ihren Kampf gegen alles schuf, was von dieser Mehrheit für wankelmütig, unbeständig und verschwommen gehalten wurde.** Aus diesem Anlaß mit schreckgeweiteten Augen von einem „Kampf um den Einfluß" zu reden und sich über

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 506/507. *Die Red.*

** Worin äußerte sich auf dem Parteitag die Unbeständigkeit, Wankelmütigkeit und Verschwommenheit der iskristischen Minderheit? Erstens in den opportunistischen Phrasen über § 1 des Statuts, zweitens in der Koalition mit den Genossen Akimow und Liber, die sich während der zweiten Hälfte des Parteitags rasch festigte, drittens darin, daß man es fertigbrachte, die Wahl der Funktionäre für das ZO herabzuwürdigen zu Spießbürgerlichkeit, jämmerlichen

einen „Belagerungszustand" zu beschweren war nichts weiter als *dünkelhafte Phrasendrescherei*, als ein Jonglieren mit furchtbaren Worten.

Gen. Martow ist damit nicht einverstanden? Nun, vielleicht versucht er, uns zu zeigen, daß es auf der Welt je einen Parteitag gegeben hat, daß überhaupt ein Parteitag denkbar ist, auf dem die Mehrheit den eroberten Einfluß nicht verankerte: 1. durch die Wahl von Anhängern der Mehrheit in die Zentralstellen, 2. durch die Übertragung der Macht an diese Mehrheit, um Wankelmütigkeit, Unbeständigkeit und Verschwommenheit zu paralysieren!

Vor den Wahlen hatte unser Parteitag folgende Frage zu lösen: Soll *ein Drittel* der Stimmen im ZO und im ZK der Parteimehrheit oder der Parteiminderheit eingeräumt werden? Das Sechserkollegium und die Liste des Gen. Martow bedeuteten, daß ein Drittel wir, zwei Drittel aber seine Anhänger erhalten sollten. Das Dreierkollegium für das ZO und unsere Liste bedeuteten, daß zwei Drittel wir und ein Drittel die Anhänger Martows erhalten sollten. Gen. Martow lehnte es ab, sich mit uns zu verständigen oder nachzugeben, und forderte uns *schriftlich* zu einem Kampf auf dem Parteitag heraus, als er aber auf dem Parteitag eine Niederlage erlitten hatte, begann er zu jammern und sich über einen „Belagerungszustand" zu beschweren! Ist das etwa nicht Gezänk? Ist das etwa nicht eine neue Äußerung intelligenzlerischer Waschlappigkeit?

Bei dieser Gelegenheit sei an die glänzende sozialpsychologische Charakteristik dieser letzten Eigenschaft erinnert, die Karl Kautsky vor kurzem gegeben hat. Die sozialdemokratischen Parteien verschiedener Länder müssen jetzt oft die gleichen Krankheiten durchmachen, und es ist für uns sehr, sehr nützlich, von erfahreneren Genossen die richtige Diagnose und die richtige Heilmethode zu lernen. Die Charakteristik, die Kautsky gewissen Intellektuellen gibt, wird deshalb nur eine scheinbare Abweichung von unserm Thema sein.

Das Problem, „...das uns heute wieder so lebhaft beschäftigt, ist *der Gegensatz zwischen Literatentum* und Proletariat*. Meine Kollegen" (Kautsky ist

Worten, ja zum Hineinkriechen in fremde Seelen. Nach dem Parteitag aber sind alle diese lieblichen Eigenschaften aus Knospen zu Blüten und Früchten herangereift.

* Ich übersetze die deutschen Ausdrücke Literat und Literatentum mit Intellektueller und Intelligenz, weil damit nicht nur Schriftsteller gemeint sind, son-

selbst Intellektueller, Schriftsteller und Redakteur) „werden zumeist sehr entrüstet sein, daß ich diesen Gegensatz anerkenne, aber er besteht tatsächlich, und auch hier ist es die ungeeignetste Taktik, ihn dadurch überwinden zu wollen, daß man ihn leugnet. Der Gegensatz ist ein sozialer, bezieht sich auf Klassen, nicht auf Individuen. Wie der individuelle Kapitalist, kann auch der individuelle Literat sich dem Klassenkampf des Proletariats einfügen. Wo er das tut, ändert er auch seinen Charakter. Im folgenden ist von *dieser Art* Literaten, die ja immer noch eine Ausnahme in ihrer Klasse bilden, zunächst nicht die Rede. Wo nicht ausdrücklich etwas anderes bemerkt ist, *verstehe ich* im folgenden *unter dem Literaten nur den gewöhnlichen, auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehenden,* der den Charakter der Literaten*klasse* bestimmt. Und diese *Klasse* steht in einem gewissen *Gegensatz* zum Proletariat.

Dieser Gegensatz ist aber ein anderer als der zwischen Arbeit und Kapital, der Literat ist ja kein Kapitalist. Er hat wohl eine bürgerliche Lebenshaltung und muß sie aufrecht halten können, soll er nicht verlumpen, aber er ist auf den Verkauf seines Arbeitsproduktes, oft seiner Arbeitskraft angewiesen und wird vielfach selbst von Kapitalisten ausgebeutet und degradiert. Der Literat steht also in keinem ökonomischen Gegensatz zum Proletariat. Aber seine Lebenslage und seine Arbeitsbedingungen sind keine proletarischen, und daraus erwächst ein Gegensatz im Empfinden und Denken.

Der Proletarier ist nichts als isoliertes Individuum. Seine ganze Kraft, sein ganzes Fortschreiten, alle seine Erwartungen und Hoffnungen schöpft er aus der *Organisation,* aus dem planmäßigen Zusammenwirken mit seinen Genossen. Er fühlt sich groß und stark, wenn er den Teil eines großen und starken Organismus bildet. Dieser ist ihm die Hauptsache, das Individuum gilt demgegenüber sehr wenig. Er kämpft mit vollster Hingabe als Stück der anonymen Masse, ohne Aussicht auf persönlichen Gewinn oder persönlichen Ruhm, erfüllt seine Pflicht auf jedem Posten, auf den er gestellt wird, in freiwilliger Disziplin, die sein ganzes Fühlen und Denken erfüllt.

Ganz anders der Literat. Er kämpft nicht mit Machtmitteln, sondern mit Argumenten. Seine Waffen sind sein persönliches Wissen, sein persönliches Können, seine persönliche Überzeugung. Er kann nur zur Geltung kommen durch seine Persönlichkeit. Vollste Freiheit für sie erscheint ihm als die erste Vorbedingung gedeihlichen Wirkens. Nur schwer fügt er sich einem Ganzen als dienendes Glied ein, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Die Notwendigkeit der Disziplin erkennt er nur für die Masse, nicht für auserlesene Geister an. Und zu diesen rechnet er sich natürlich auch . . .

---

dern überhaupt alle Gebildeten, Vertreter freier Berufe, Kopfarbeiter (brain worker, wie die Engländer sagen) zum Unterschied von den Handarbeitern.

Nietzsches Philosophie mit ihrem Kultus der Über- oder Herrenmenschen, dem das Ausleben der eigenen Persönlichkeit alles ist und jede Unterordnung der Person unter einen großen gesellschaftlichen Zweck ebenso abgeschmackt wie erbärmlich erscheint, diese Philosophie ist die richtige Lebensanschauung des Literaten, sie macht aber völlig untauglich zur Einreihung in den Klassenkampf des Proletariats.

Neben Nietzsche der bedeutendste Vertreter einer auf das Empfinden des Literatentums aufgebauten Lebensanschauung ist wohl Ibsen, dessen Dr. Stockmann im ‚Volksfeind' nicht ein Sozialist ist, wie mancher geglaubt hat, sondern der Typus des Literaten, der in Konflikt geraten muß mit der proletarischen Bewegung, überhaupt mit einer Volksbewegung, sobald er versucht, in ihr zu wirken. Denn die Grundlage der proletarischen, wie jeder demokratischen* Bewegung, ist die Achtung vor der Majorität der Genossen. Der typische Literat à la Stockmann sieht in der ‚kompakten Majorität' ein Ungeheuer, das niederzuwerfen ist...

Das ideale Beispiel eines Literaten, der vollständig im Empfindungsleben des Proletariats aufging und, obwohl er ein glänzender Schriftsteller war, doch das besondere Literatenbewußtsein völlig verlor, unverdrossen in Reih und Glied marschierte, auf jedem Posten wirkte, auf den er hingestellt wurde, sich stets ganz unserer großen Sache unterordnete und jenes weichliche Gewinsel über Unterdrückung der eigenen Persönlichkeit verachtete, das der an Ibsen und Nietzsche gebildete Literat gern dann anstimmt, wenn er einmal in der Minorität bleibt — das ideale Beispiel eines Literaten, wie ihn die sozialistische Bewegung braucht, war Liebknecht. Auch Marx darf man hier nennen, der sich nie vordrängte und dessen Unterwerfung unter die Parteidisziplin in der Internationale, wo er gar manches Mal in der Minorität blieb, musterhaft war." **

Eben solch weichliches Gewinsel eines in der Minderheit gebliebenen Intellektuellen und nichts weiter war die Ablehnung der Funktion durch Martow und seine Freunde, nur weil der alte Zirkel nicht bestätigt worden ist, waren die Klagen über den Belagerungszustand und die Aus-

* Es ist höchst charakteristisch für die Verwirrung, die unsere Martowleute in alle Organisationsfragen hineingetragen haben, daß sie sich Akimow und einem *unangebrachten* Demokratismus zugewandt haben, aber gleichzeitig *erbost sind über die demokratische Wahl der Redaktion*, über die Wahl auf dem *Parteitag*, die vorher von allen beabsichtigt gewesen war! Ist das vielleicht auch euer *Prinzip*, meine Herrschaften?

** *Karl Kautsky*, „Franz Mehring", „Die Neue Zeit", 1903, XXII, 1, Nr. 4, S. 99–101.

nahmegesetze „gegen einzelne Gruppen", die Martow nicht am Herzen lagen, als man den „Jushny Rabotschi" und das „Rabotscheje Delo" auflöste, die ihm aber teuer wurden, als man *sein* Kollegium auflöste.

Eben solch weichliches Gewinsel eines in der Minderheit gebliebenen Intellektuellen waren alle diese endlosen Klagen, Vorwürfe, Anspielungen, Beschuldigungen, Klatschereien und Verdächtigungen hinsichtlich der „kompakten Mehrheit", die sich auf unserem Parteitag* (und noch mehr nach dem Parteitag) dank Martow in breitem Strom über uns ergossen.

Bitter beklagte sich die Minderheit darüber, daß die kompakte Mehrheit ihre internen Besprechungen hatte; mußte doch die Minderheit irgendwie die für sie unangenehme Tatsache verdecken, daß die Delegierten, die sie zu ihren internen Besprechungen einlud, sich hinzugehen weigerten, während diejenigen, die gern hingegangen wären (die Jegorow, Machow und Brucker), von der Minderheit nach dem ganzen Kampf, der auf dem Parteitag zwischen ihr und diesen Leuten stattgefunden hatte, nicht eingeladen werden konnten.

Bitter beklagte man sich über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus"; mußte doch irgendwie die unangenehme Tatsache verdeckt werden, daß *gerade die Opportunisten*, die meist den Antiiskristen folgten, und zum Teil auch diese Antiiskristen selber, eine kompakte Minderheit bildeten und sich mit beiden Händen an die Unterstützung des Zirkelwesens in den Körperschaften, des Opportunismus in den Gedankengängen, der Spießbürgerlichkeit in den Parteiangelegenheiten, der intelligenzlerischen Wankelmütigkeit und Waschlappigkeit klammerten.

Wir werden im nächsten Abschnitt zeigen, wie sich die höchst interessante *politische Tatsache* erklären läßt, daß am Schluß des Parteitags eine „kompakte Mehrheit" entstanden ist, und warum die Minderheit trotz aller Herausforderungen die *Ursachen* und die *Geschichte* der Entstehung dieser Mehrheit mit so peinlicher Sorgfalt *umgeht*. Aber zuerst wollen wir die Analyse der Parteitagsdebatten zu Ende führen.

Bei den Wahlen zum ZK brachte Gen. Martow eine außerordentlich charakteristische Resolution ein (S. 336), deren drei Hauptmerkmale ich gelegentlich als „matt in drei Zügen" bezeichnete. Diese Merkmale sind folgende: 1. Abgestimmt wird über *Listen* der Kandidaten für das ZK und nicht über einzelne Kandidaten; 2. nach Bekanntgabe der Listen werden

* Siehe S. 337, 338, 340, 352 u. a. der Parteitagsprotokolle.

zwei Sitzungen ausgelassen (offenbar für die Erörterung der Listen); 3. wird keine absolute Mehrheit erzielt, so gilt die zweite Abstimmung als endgültig. Diese Resolution ist eine wohldurchdachte Strategie (man muß auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen!), mit der Gen. Jegorow nicht einverstanden ist (S. 337), die aber Martow *bestimmt* den vollen Sieg gesichert hätte, *wenn die sieben Delegierten des „Bund" und des „Rabotscheje Delo" den Parteitag nicht verlassen hätten.* Ihre Erklärung findet diese Strategie darin, daß die iskristische Minderheit eine „direkte Vereinbarung" (wie sie bei der iskristischen Mehrheit bestand) weder mit dem „Bund" und mit Brucker *noch mit den Genossen Jegorow und Machow getroffen hatte und auch nicht treffen konnte.*

Man erinnert sich, daß Gen. Martow auf der Ligakonferenz jammerte, die „falsche Beschuldigung des Opportunismus" setze eine direkte Vereinbarung zwischen ihm und dem „Bund" voraus. Ich wiederhole, Gen. Martow sah vor lauter Schrecken Gespenster, und *gerade der Umstand, daß Gen. Jegorow mit der Listenabstimmung nicht einverstanden war* (Gen. Jegorow waren „die Prinzipien noch nicht abhanden gekommen", wahrscheinlich jene Prinzipien, die ihn veranlaßten, sich in der Beurteilung der absoluten Bedeutung der demokratischen Garantien mit Goldblatt zu vereinigen), zeigt *anschaulich* die enorm wichtige Tatsache, daß *von einer „direkten Vereinbarung" sogar mit Jegorow nicht die Rede sein konnte.* Aber eine *Koalition* konnte es geben und gab es sowohl mit Jegorow als auch mit Brucker, eine Koalition in dem Sinne, daß ihre Unterstützung den Martowleuten jedesmal *gesichert war,* wenn diese in einen ernsten Konflikt mit uns gerieten und wenn Akimow und seine Freunde *das kleinere Übel* zu wählen hatten. Es unterlag und unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, *daß die Genossen Akimow und Liber als kleineres Übel,* als etwas, das *den iskristischen Zielen schlechter dient* (siehe Akimows Rede über § 1 und seine „Hoffnungen" auf Martow), *unbedingt auch das Sechserkollegium in das ZO und die Martowsche Liste in das ZK gewählt hätten.* Die Listenabstimmung, das Auslassen von zwei Sitzungen und die Stichwahl verfolgten gerade den Zweck, dieses Ergebnis mit fast mechanischer Präzision ohne jede direkte Vereinbarung zu erzielen.

Da aber unsere kompakte Mehrheit eine kompakte Mehrheit blieb, bedeutete der Umweg des Gen. Martow nur eine Verschleppung, und wir mußten ihn ablehnen. Die Minderheit ergoß ihre Beschwerden darüber

schriftlich (in einer Erklärung, S. 341) und *weigerte sich, dem Beispiel Martynows und Akimows folgend, an den Abstimmungen* und den Wahlen zum ZK *teilzunehmen* – „angesichts der Bedingungen, unter denen sie vorgenommen wurden". Nach dem Parteitag ergossen sich diese Beschwerden über die anormalen Bedingungen der Wahlen (siehe „Belagerungszustand", S. 31) unterschiedslos vor Hunderten von Parteiklatschbasen. Worin aber bestand hier das *Anormale*? In der geheimen Abstimmung, die das Parteitagsreglement (§ 6, S. 11 der Protokolle) von vornherein vorgesehen hatte und in der „Heuchelei" oder „Ungerechtigkeit" zu sehen einfach lächerlich war? In der Bildung einer kompakten Mehrheit, dieses „Schreckgespenstes" für waschlappige Intellektuelle? Oder in dem *anormalen* Wunsch dieser ehrenwerten Intellektuellen, das dem Parteitag gegebene *Wort zu brechen*, alle von ihm vorgenommenen Wahlen anzuerkennen (S. 380, § 18 des Parteitagsstatuts)?

Genosse Popow deutete diesen Wunsch *zart* an, als er auf dem Parteitag am Tage der Wahlen offen die Frage stellte: „Ist das Büro überzeugt, daß ein Parteitagsbeschluß gültig und rechtmäßig ist, wenn die Hälfte der Delegierten es abgelehnt hat, an der Abstimmung teilzunehmen?" * Das Büro antwortete natürlich, daß es davon überzeugt sei, und erinnerte an den Zwischenfall mit den Genossen Akimow und Martynow. Gen. Martow schloß sich der Auffassung des Büros an und erklärte geradeheraus, Gen. Popow irre sich, *„die Parteitagsbeschlüsse sind rechtsgültig"* (S. 343). Wir überlassen dem Leser das Urteil über diese – vermutlich in hohem Maße normale – politische Konsequenz, die zutage tritt, wenn man *diese Erklärung vor der Partei* vergleicht mit dem Verhalten nach dem Parteitag und mit dem Satz im „Belagerungszustand" über den *„Aufstand einer Hälfte der Partei, der schon auf dem Parteitag begonnen hat"* (S. 20). Die von Gen. Akimow auf Gen. Martow gesetzten Hoffnungen haben über Martows eigene flüchtige gute Absichten die Oberhand gewonnen.

„Du hast gesiegt", Genosse Akimow!

*

* S. 342. Es handelte sich um die Wahl des fünften Mitglieds in den Rat. Abgegeben wurden 24 Zettel (von insgesamt 44 Stimmen), darunter zwei weiße.

Um zu charakterisieren, in welch hohem Maße die berüchtigte Phrase vom „Belagerungszustand", die jetzt für alle Ewigkeit einen tragikomischen Sinn erhalten hat, nur ein „furchtbares Wort" war, seien einige dem Anschein nach bedeutungslose, aber dem Wesen nach sehr wichtige Züge des *letzten* Teils des Parteitags, des Teils *nach* den Wahlen, erwähnt. Gen. Martow geht jetzt mit diesem tragikomischen „Belagerungszustand" hausieren und redet sich selber und den Lesern allen Ernstes ein, daß dieses von ihm erfundene Schreckgespenst eine anormale Verfolgung, ein Zu-Tode-Hetzen und Erledigen der „Minderheit" durch die „Mehrheit" bedeutete. Wir werden gleich zeigen, wie sich die Sache *nach* dem Parteitag verhielt. Aber man betrachte sogar das Ende des Parteitags, und man wird sehen, daß die „kompakte Mehrheit" *nach den Wahlen* weit davon entfernt ist, die unglücklichen, gehetzten, beleidigten und zur Hinrichtung geführten Martowleute zu verfolgen, sondern im Gegenteil ihnen *selbst* (durch den Mund Ljadows) *zwei von den drei Plätzen* in der Protokollkommission *anbietet* (S. 354). Nehmt die Resolutionen über die taktischen und anderen Fragen (S. 355 ff.) zur Hand, und ihr werdet eine rein sachliche Erörterung des Wesentlichen finden, wobei die Unterschriften der Genossen, die die Resolutionen eingebracht haben, häufig abwechselnd die Namen von Vertretern der ungeheuerlichen kompakten „Mehrheit" und der Anhänger der „erniedrigten und beleidigten" „Minderheit" aufweisen (S. 355, 357, 363, 365 und 367 der Protokolle). Nicht wahr, das sieht einer „Entfernung von der Arbeit" und einer „Erledigung" jeder Art sehr ähnlich?

Die einzige interessante, aber leider zu kurze sachliche Auseinandersetzung entspann sich um die Resolution Starowers über die Liberalen. Sie wurde, wie aus den Unterschriften zu ersehen ist (S. 357 und 358), vom Parteitag angenommen, weil drei Anhänger der „Mehrheit" (Braun, Orlow und Ossipow[73]) sowohl *für diese* als auch für Plechanows Resolution stimmten, ohne zwischen den beiden Resolutionen einen unversöhnlichen Widerspruch zu sehen. Ein unversöhnlicher Widerspruch besteht auf den ersten Blick zwischen ihnen nicht, denn Plechanows Resolution legt das allgemeine Prinzip fest, bringt eine bestimmte prinzipielle und taktische Einstellung zum *bürgerlichen Liberalismus in Rußland* zum Ausdruck, während Starowers Resolution versucht, die *konkreten Bedingungen für die Zulässigkeit „zeitweiliger Abkommen"* mit „liberalen

oder liberal-demokratischen Strömungen" festzulegen. Inhaltlich sind die beiden Resolutionen verschieden. Aber Starowers Resolution leidet eben an *politischer Verschwommenheit* und ist infolgedessen seicht und kleinlich. *Sie definiert nicht den Klasseninhalt des russischen Liberalismus*, sie weist nicht *bestimmte* politische Strömungen auf, die ihn zum Ausdruck bringen, sie setzt dem Proletariat nicht seine *grundlegenden* propagandistischen und agitatorischen Aufgaben hinsichtlich dieser bestimmten Strömungen auseinander, sie wirft (infolge ihrer Verschwommenheit) so verschiedene Dinge wie die Studentenbewegung und das „Oswoboshdenije" in einen Topf, sie schreibt zu kleinlich, zu kasuistisch *drei* konkrete Bedingungen vor, unter denen „zeitweilige Abkommen" zulässig sind. Die politische Verschwommenheit führt auch in diesem Falle wie so oft zur Kasuistik. Das Fehlen eines allgemeinen Prinzips und der Versuch, „Bedingungen" aufzuzählen, führen zu einer kleinlichen und, strenggenommen, *falschen* Festlegung dieser Bedingungen. In der Tat, man betrachte diese drei Bedingungen Starowers: 1. Die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen" müssen „klar und unzweideutig erklären, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die absolutistische Regierung entschlossen auf die Seite der russischen Sozialdemokratie stellen". Worin besteht der Unterschied zwischen den liberalen und den liberal-demokratischen Strömungen? Die Resolution gibt keine Unterlagen für die Beantwortung dieser Frage. Besteht er vielleicht darin, daß die liberalen Strömungen die Stellung der politisch weniger fortschrittlichen Schichten der Bourgeoisie, die liberal-demokratischen hingegen die Stellung der fortschrittlicheren Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen? Wenn ja, hält es dann Gen. Starower wirklich für möglich, daß die weniger fortschrittlichen (aber immerhin fortschrittlichen, denn sonst könnte man nicht von Liberalismus reden) Schichten der Bourgeoisie „sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen"?? Das ist absurd, und selbst wenn die Vertreter einer solchen Richtung das *„klar und unzweideutig erklären"* würden (eine völlig abwegige Annahme), so wären wir, die Partei des Proletariats, *verpflichtet*, ihren Erklärungen *nicht zu glauben*. Ein Liberaler sein und sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen – eins schließt das andere aus.

Weiter. Nehmen wir den Fall an, die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen" würden klar und unzweideutig erklären, daß sie

sich in ihrem Kampf gegen die Selbstherrschaft entschlossen auf die Seite der *Sozialrevolutionäre* stellen. Diese Annahme ist weit weniger unwahrscheinlich (im Hinblick auf das bürgerlich-demokratische Wesen der sozialrevolutionären Richtung) als die Annahme des Gen. Starower. Aus dem Sinn seiner Resolution ergibt sich wegen ihrer Verschwommenheit und Kasuistik, daß *in diesem Falle zeitweilige Abkommen* mit solchen Liberalen *unzulässig* sind. Aber diese zwangsläufige Schlußfolgerung aus der Resolution des Gen. Starower führt zu einer *direkt falschen* These. Zeitweilige Abkommen sind auch mit Sozialrevolutionären zulässig (siehe die Parteitagsresolution hierüber) und *folglich* auch mit Liberalen, die sich auf die Seite der Sozialrevolutionäre stellen.

Die zweite Bedingung: wenn diese Strömungen „in ihren Programmen keine Forderungen aufstellen, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie überhaupt zuwiderlaufen oder ihr Bewußtsein trüben". Auch hier derselbe Fehler: Es gibt keine liberal-demokratischen Strömungen und kann keine geben, die in ihren Programmen nicht Forderungen aufstellen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen und ihr (der Arbeiterklasse) Bewußtsein trüben. Sogar eine der demokratischsten Fraktionen unserer liberal-demokratischen Strömung, die Fraktion der Sozialrevolutionäre, stellt in ihrem Programm, das ebenso verworren ist wie alle liberalen Programme, Forderungen auf, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen und ihr Bewußtsein trüben. Aus dieser Tatsache muß die *Notwendigkeit* abgeleitet werden, „die Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie zu entlarven", keineswegs aber die Unzulässigkeit zeitweiliger Abkommen.

Schließlich ist auch die dritte „Bedingung" des Gen. Starower (daß die Liberal-Demokraten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ihrer Kampflosung machen sollen) in der allgemeinen Form, in die sie gekleidet ist, *falsch: Es wäre unvernünftig*, zeitweilige und teilweise Abkommen mit liberal-demokratischen Strömungen, die die Losung einer Zensus-Verfassung, überhaupt einer „gestutzten" Verfassung, aufstellen, für in keinem Falle zulässig zu erklären. Im Grunde gehört gerade hierher die „Strömung" der Herren vom „Oswoboshdenije", aber es wäre eine politische Kurzsichtigkeit, die mit den Prinzipien des Marxismus unvereinbar ist, wollte man sich die Hände binden und von vornherein „zeitweilige Abkommen", sei es auch mit den zaghaftesten Liberalen, verbieten.

Ich fasse zusammen: Die Resolution des Gen. Starower, die auch die Unterschriften der Genossen Martow und Axelrod trägt, ist *irrig*, und der dritte Parteitag wird gut daran tun, sie zu widerrufen. Sie leidet an *politischer Verschwommenheit* der theoretischen und taktischen Stellungnahme, sie ist kasuistisch in den praktischen „Bedingungen", die sie fordert. Sie *vermengt zwei Fragen:* 1. die Entlarvung der „gegenrevolutionären und antiproletarischen" Züge *jeder* liberal-demokratischen Strömung und die Pflicht, diese Züge zu *bekämpfen*, und 2. die *Bedingung* für zeitweilige und teilweise *Abkommen* mit einer beliebigen von diesen Strömungen. Sie enthält nicht das, was notwendig wäre (eine Analyse des Klasseninhalts des Liberalismus), und enthält das, was überflüssig ist (das Vorschreiben von „Bedingungen"). Es ist überhaupt unsinnig, auf einem Parteitag konkrete „Bedingungen" für zeitweilige Abkommen auszuarbeiten, da nicht einmal ein bestimmter Kontrahent – das Subjekt solcher möglichen Abkommen – vorhanden ist; ja selbst wenn ein solches „Subjekt" vorhanden wäre, dürfte es hundertmal zweckmäßiger sein, die Festlegung der „Bedingungen" für ein zeitweiliges Abkommen den zentralen Parteikörperschaften zu überlassen, wie es der Parteitag hinsichtlich der „Strömung" der Herren Sozialrevolutionäre auch getan hat (siehe Plechanows Abänderung am Schluß von Axelrods Resolution, S. 362 und 15 der Protokolle).

Was die Einwände der „Minderheit" gegen Plechanows Resolution anbelangt, so lautete das einzige Argument des Gen. Martow: Plechanows Resolution „endet mit der armseligen Schlußfolgerung, der eine Literat müsse entlarvt werden. Heißt das nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen?" (S. 358.) Dieses Argument, in dem der fehlende Gedanke ersetzt wird durch das starke Wort „armselige Schlußfolgerung", liefert uns ein neues Musterbeispiel dünkelhafter Phrasendrescherei. Erstens besagt Plechanows Resolution, daß man „die Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie vor dem Proletariat entlarven muß, wo immer diese Beschränktheit und Unzulänglichkeit auch in Erscheinung treten sollte". Darum ist die Behauptung des Gen. Martow (auf der Ligakonferenz, S. 88 der Protokolle); daß „alle Aufmerksamkeit nur auf den einen Struve, nur auf den einen Liberalen gerichtet sein soll", reiner Unsinn. Zweitens, wer Herrn Struve mit einem „Spatzen" vergleicht, wenn es sich um die Möglichkeit zeitweiliger Abkommen mit den russischen

Liberalen handelt, der bringt eine elementare politische Tatsache einem Witzwort zum Opfer. Nein, Herr Struve ist kein Spatz, sondern eine politische Größe, und er ist es, nicht weil er selbst eine überragende Persönlichkeit wäre. Die Bedeutung einer politischen Größe verleiht ihm seine Stellung, die Stellung des einzigen Vertreters des russischen Liberalismus, des einigermaßen aktionsfähigen und organisierten Liberalismus in einer illegalen Welt. Spricht man daher von den russischen Liberalen und vom Verhältnis unserer Partei zu ihnen und hat dabei nicht eben Herrn Struve, nicht eben das „Oswoboshdenije" im Auge, so heißt das reden, um nichts zu sagen. Oder möchte Gen. Martow vielleicht versuchen, uns *auch nur eine einzige* „liberale oder liberal-demokratische Strömung" in Rußland zu zeigen, die sich heute wenigstens annähernd mit der Richtung des „Oswoboshdenije" vergleichen könnte? Es wäre interessant, sich einen solchen Versuch anzusehen!*

„Der Name Struve sagt den Arbeitern nichts", unterstützte Gen. Kostrow den Gen. Martow. Das ist schon – ich bitte die Genossen Kostrow

---

* Auf der Ligakonferenz führte Gen. Martow noch folgendes Argument gegen die Resolution des Gen. Plechanow an: „Der Haupteinwand gegen diese Resolution, ihr Hauptmangel besteht darin, daß sie unsere Pflicht, im Kampfe gegen die Selbstherrschaft einem Bündnis mit den liberal-demokratischen Elementen nicht auszuweichen, völlig ignoriert. Gen. Lenin würde eine solche Tendenz eine Martynowsche nennen. In der neuen ‚Iskra' tritt diese Tendenz bereits zutage." (S. 88.)

Dieser Passus ist eine selten reichhaltige Sammlung von „Perlen". 1. Eine tolle Konfusion verraten die Worte vom *Bündnis* mit den Liberalen. Niemand hat jemals von einem Bündnis gesprochen, Gen. Martow, es ist nur von zeitweiligen oder teilweisen Abkommen die Rede gewesen. Das ist ein großer Unterschied. 2. Wenn Plechanow in seiner Resolution das unglaubhafte „Bündnis" ignoriert und nur im allgemeinen von „Unterstützung" spricht, so ist das kein Mangel, sondern ein Vorzug seiner Resolution. 3. Vielleicht nimmt sich Gen. Martow die Mühe, uns zu erklären, wodurch „Martynowsche Tendenzen" überhaupt gekennzeichnet sind? Vielleicht erzählt er uns vom Verhältnis dieser Tendenzen zum Opportunismus? Vielleicht untersucht er das Verhältnis dieser Tendenzen zu Paragraph 1 des Statuts? 4. Ich brenne geradezu vor Ungeduld, von Gen. Martow zu erfahren, worin die „Martynowschen Tendenzen" in der „neuen" „Iskra" zutage getreten sind? Bitte, erlösen Sie mich rasch von den Qualen des Wartens, Gen. Martow!

und Martow, mir nicht zu zürnen – ein Akimowsches Argument. Das erinnert bereits an das Proletariat im Genitiv.[74]

Welchen Arbeitern „sagt der Name Struve nichts" (und der Name „Oswoboshdenije", der in der Resolution des Gen. Plechanow neben dem Namen des Herrn Struve steht)? Solchen, die von den „liberalen und liberal-demokratischen Strömungen" in Rußland nur ganz wenig oder gar nichts wissen. Es fragt sich nun, wie sich unser Parteitag solchen Arbeitern gegenüber zu verhalten hat: Soll er die Parteimitglieder beauftragen, diese Arbeiter mit der einzigen bestimmten liberalen Strömung in Rußland bekannt zu machen? Oder soll er den Namen, den die Arbeiter eigentlich wegen ihrer geringen Vertrautheit mit der Politik nur wenig kennen, *verschweigen*? Will Gen. Kostrow, nachdem er den ersten Schritt in den Spuren des Gen. Akimow getan hat, nicht auch den zweiten Schritt tun, so wird er diese Frage sicher im Sinne der ersten Lösung beantworten. Hat er sie aber in diesem Sinne beantwortet, so wird er sehen, wie haltlos sein Argument gewesen ist. *Jedenfalls können* die Worte „Struve" und „Oswoboshdenije" in Plechanows Resolution den Arbeitern sehr viel mehr *geben* als die Worte „liberale und liberal-demokratische Strömung" in der Resolution Starowers.

Der russische Arbeiter kann die einigermaßen offen hervortretenden politischen Tendenzen unseres Liberalismus gegenwärtig nicht anders kennenlernen als aus dem „Oswoboshdenije". Die legale liberale Literatur ist eben wegen ihrer Nebelhaftigkeit hierfür ungeeignet. Und wir müssen mit möglichst großem Eifer (und vor möglichst breiten Arbeitermassen) die Waffe unserer Kritik gegen die Anhänger des „Oswoboshdenije" richten, damit das russische Proletariat im Augenblick der kommenden Revolution die unvermeidlichen Versuche der Herren vom „Oswoboshdenije", den demokratischen Charakter des Umsturzes zu verwässern, durch die wirkliche Kritik der Waffe paralysieren kann.

Außer den oben von mir erwähnten „Bedenken" des Gen. Jegorow hinsichtlich unserer „Unterstützung" der oppositionellen und revolutionären Bewegung lieferte die Debatte über die Resolutionen kein interessantes Material, ja, es gab fast keine Debatte darüber.

Der Parteitag schloß mit der kurzen Mahnung des Vorsitzenden, daß die Parteitagsbeschlüsse für alle Mitglieder der Partei bindend sind.

n) DAS ALLGEMEINE BILD DES KAMPFES AUF DEM PARTEITAG DER REVOLUTIONÄRE UND DER OPPORTUNISTISCHE FLÜGEL DER PARTEI

Nachdem wir die Analyse der Debatten und der Abstimmungen auf dem Parteitag abgeschlossen haben, müssen wir nun die Bilanz ziehen, um auf Grund des *gesamten* Parteitagsmaterials auf die Frage zu antworten: Aus welchen Elementen, Gruppen und Schattierungen bildete sich jene endgültige Mehrheit und Minderheit heraus, die wir bei den Wahlen sahen und denen es beschieden war, eine Zeitlang zur grundlegenden Teilung in unserer Partei zu werden? Es ist notwendig, aus dem gesamten Material über die prinzipiellen, theoretischen und taktischen Schattierungen, das in den Parteitagsprotokollen so reichlich enthalten ist, die Bilanz zu ziehen. Ohne eine allgemeine „Zusammenfassung", ohne ein allgemeines Bild des gesamten Parteitags und aller Hauptgruppierungen bei den Abstimmungen bleibt dieses Material allzu zersplittert und verstreut, so daß diese oder jene einzelne Gruppierung auf den ersten Blick als etwas Zufälliges erscheint, besonders demjenigen, der sich nicht die Mühe nimmt, die Parteitagsprotokolle selbständig und allseitig zu *studieren* (gibt es aber viele Leser, die sich diese Mühe genommen haben?).

In englischen Parlamentsberichten stößt man oft auf das charakteristische Wort division = Teilung. Das Haus „teilte sich" in eine bestimmte Mehrheit und Minderheit, heißt es von der Abstimmung über irgendeine Frage. Die „Teilung" unseres sozialdemokratischen Hauses bei der Erörterung verschiedener Fragen auf dem Parteitag gibt *ein in seiner Art einmaliges, in seiner Vollständigkeit und Genauigkeit unersetzliches* Bild des inneren Kampfes in der Partei, ein Bild ihrer Schattierungen und Gruppen. Um dieses Bild anschaulich zu machen, um ein wirkliches *Bild* zu erhalten und nicht einen Haufen zusammenhangloser, zersplitterter, isolierter großer und kleiner Tatsachen, um dem endlosen und sinnlosen Streit um die einzelnen Abstimmungen (wer hat für wen gestimmt und wer hat wen unterstützt?) ein Ende zu setzen, habe ich mich zu dem Versuch entschlossen, *alle Haupt*typen der „Teilungen" auf unserem Parteitag in einem *Diagramm* darzustellen. Eine solche Methode wird vermutlich

sehr vielen seltsam erscheinen, aber ich bezweifle, ob man eine andere Darstellungsmethode finden könnte, eine möglichst vollständige und möglichst genaue, die tatsächlich allgemeine Schlußfolgerungen erlaubt und eine Bilanz zieht. Ob dieser oder jener Delegierte für oder gegen einen bestimmten Antrag gestimmt hat, das kann auf Grund der Protokolle bei den namentlichen Abstimmungen mit unbedingter Genauigkeit, bei einigen wichtigen nichtnamentlichen Abstimmungen aber mit höchster Wahrscheinlichkeit, mit hinreichender Annäherung an die Wahrheit festgestellt werden. Zieht man dabei *alle* namentlichen Abstimmungen in Betracht, und alle jene nicht namentlichen, in denen halbwegs wichtige Fragen berührt wurden (was man zum Beispiel danach beurteilen kann, ob die Debatte ausführlich und leidenschaftlich war), so erhält man eine Darstellung unseres innerparteilichen Kampfes, die sich durch größte Objektivität auszeichnet, soweit sie auf Grund des vorhandenen Materials erreichbar ist. Dabei werden wir uns bemühen, anstatt einer fotografisch treuen Beschreibung, d. h. einer Beschreibung jeder einzelnen Abstimmung, ein Bild zu geben, d. h. alle Haupt*typen* der Abstimmungen anzuführen und von verhältnismäßig unwichtigen Abweichungen und Abarten, die nur verwirrend sein könnten, abzusehen. Jedenfalls wird auf Grund der Protokolle jeder imstande sein, jeden Pinselstrich auf unserem Bild nachzuprüfen und es durch eine beliebige einzelne Abstimmung zu ergänzen, kurzum, an ihm Kritik zu üben nicht nur durch Erwägungen, Zweifel und Hinweise auf vereinzelte Vorkommnisse, sondern durch Entwerfen eines *anderen Bildes* auf Grund desselben Materials.

Wir werden jeden Delegierten, der an einer Abstimmung teilgenommen hat, in das Diagramm eintragen und durch unterschiedliche Schraffierung die vier Hauptgruppen kennzeichnen, denen wir während der ganzen Parteitagsdebatten aufmerksam nachgegangen sind, und zwar: 1. die Iskristen der Mehrheit; 2. die Iskristen der Minderheit; 3. das „Zentrum" und 4. die Antiiskristen. Den Unterschied der prinzipiellen Schattierungen zwischen diesen Gruppen haben wir *an einer Menge Beispiele* gesehen, und wenn jemandem die *Namen* der Gruppen nicht behagen, weil sie die Liebhaber des Zickzackkurses zu sehr an die Organisation der „Iskra" und an die Richtung der „Iskra" erinnern, so wollen wir bemerken, daß es nicht um die Namen geht. Jetzt, nachdem wir den Schattierungen in *allen* Parteitagsdebatten nachgegangen sind, können wir

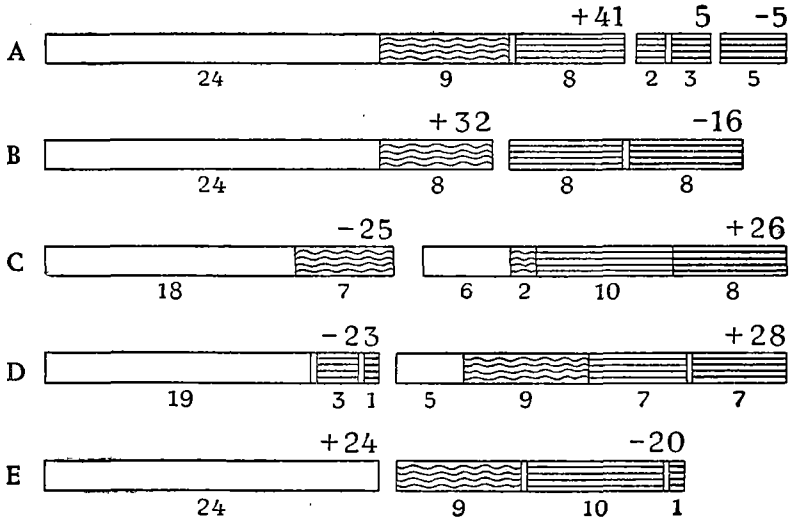
die schon eingebürgerten und gewohnten Parteinamen (die so manchem das Ohr verletzen) unschwer durch eine Charakteristik des *Wesens der Schattierungen* ersetzen, *durch die sich die einzelnen Gruppen* unterscheiden. Tun wir das, so erhalten wir für dieselben vier Gruppen folgende Bezeichnungen: 1. die konsequenten revolutionären Sozialdemokraten; 2. die kleinen Opportunisten; 3. die mittleren Opportunisten und 4. die (an unserem russischen Maßstab gemessen) großen Opportunisten. Wir wollen hoffen, daß diese Bezeichnungen weniger Anstoß bei denjenigen erregen werden, die seit einiger Zeit sich und anderen versichern, „Iskrist" sei eine Bezeichnung, die nur einen „Zirkel" und nicht eine *Richtung* umfasse.

Gehen wir nun zur ausführlichen Darstellung der Abstimmungstypen über, die auf dem beigefügten Diagramm „abgebildet" sind (siehe das Diagramm „Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag").

Der erste Abstimmungstypus (A) umfaßt jene Fälle, in denen das „Zentrum" zusammen mit den Iskristen gegen die Antiiskristen oder einen Teil von ihnen stimmte. Hierher gehört die Abstimmung über das Programm als Ganzes (nur Gen. Akimow enthielt sich der Stimme, die übrigen waren dafür), die Abstimmung über die prinzipielle Resolution gegen die Föderation (außer den fünf Bundisten stimmten alle dafür), die Abstimmung über § 2 des Statuts des „Bund" (gegen uns waren die fünf Bundisten, der Stimme enthielten sich fünf Delegierte: Martynow, Akimow, Brucker und Machow, der zwei Stimmen vertrat, die übrigen stimmten mit uns); *diese Abstimmung ist auf dem Diagramm A veranschaulicht.* Ferner waren von demselben Typus die *drei* Abstimmungen über die Bestätigung der „Iskra" als Zentralorgan der Partei; die Redaktion (fünf Stimmen) enthielt sich der Stimme, dagegen waren in allen drei Abstimmungen zwei Delegierte (Akimow und Brucker), und außerdem enthielten sich die fünf Bundisten und Gen. Martynow der Stimme, als über die *Begründung* für die Bestätigung der „Iskra" abgestimmt wurde.*

* Warum ist für die Darstellung auf dem Diagramm gerade die Abstimmung über § 2 des Statuts des „Bund" gewählt worden? Weil die Abstimmungen über die Anerkennung der „Iskra" weniger vollständig sind und die Abstimmungen über das Programm und über die Föderation weniger bestimmte konkret-politische Beschlüsse betreffen. Im allgemeinen ändert die Auswahl der einen oder anderen unter den *gleichartigen* Abstimmungen nichts an den Grund-

DAS ALLGEMEINE BILD DES KAMPFES AUF DEM PARTEITAG



Die Ziffern mit + bzw. mit — bedeuten die Gesamtzahl der Stimmen, die in bestimmten Fragen *dafür* bzw. *dagegen* abgegeben wurden. Die unteren Ziffern bedeuten die Stimmenzahl jeder der vier Gruppen. Welche Abstimmungen unter die Typen A—E fallen, ist im Text erklärt.

Bezeichnung der Gruppen:

— Iskristen der Mehrheit

— Iskristen der Minderheit

— Zentrum

— Antiiskristen

Der Abstimmungstypus, den wir hier untersuchen, gibt eine Antwort auf die außerordentlich interessante und wichtige Frage: Wann ging das „Zentrum" des Parteitags mit den Iskristen zusammen? Entweder – mit wenigen Ausnahmen – dann, wenn *auch die Antiiskristen mit uns gingen* (die Annahme des Programms, die Bestätigung der „Iskra" unabhängig von der Begründung) oder wenn es sich um solche *Erklärungen* handelte, die noch nicht unmittelbar zu einer bestimmten politischen Stellung verpflichten (die Anerkennung der organisatorischen Arbeit der „Iskra" verpflichtet noch nicht, ihre Organisationspolitik gegenüber Sondergruppen tatsächlich durchzuführen; die Ablehnung der Föderation hindert noch nicht, sich bei der Entscheidung über einen konkreten Plan der Föderation der Stimme zu enthalten, wie wir das am Beispiel des Gen. Machow gesehen haben). Wir haben schon vorher, als wir von der Bedeutung der Gruppierungen auf dem Parteitag im allgemeinen sprachen, gesehen, wie grundfalsch diese Frage in der offiziellen Schilderung der offiziellen „Iskra" dargestellt wird, die (durch den Mund Martows) den Unterschied zwischen den Iskristen und dem „Zentrum", zwischen den konsequenten revolutionären Sozialdemokraten und den Opportunisten *verwischt und vertuscht*, indem sie sich *auf solche Fälle* beruft, *in denen auch die Antiiskristen mit uns gingen!* Sogar die am weitesten „rechts" stehenden deutschen und französischen Opportunisten in den sozialdemokratischen Parteien stimmen nicht gegen solche Punkte wie *die Anerkennung des Programms als Ganzes.*

Der zweite Abstimmungstypus (B) umfaßt die Fälle, in denen die konsequenten und die inkonsequenten Iskristen zusammen gegen alle Antiiskristen und das ganze „Zentrum" stimmten. Diese Fälle beziehen sich hauptsächlich auf die Fragen, bei denen es sich um die Durchführung konkret-bestimmter Pläne der iskristischen Politik handelte, bei denen es darum ging, die „Iskra" *in der Tat und nicht nur in Worten* anzuerkennen. Hierher gehören der *Zwischenfall mit dem Organisationskomitee**, die

zügen des Bildes, wovon sich jeder leicht überzeugen kann, wenn er entsprechende Änderungen vornimmt.

* Eben diese Abstimmung ist im Diagramm B veranschaulicht: die Iskristen erhielten 32 Stimmen, die Resolution der Bundisten erhielt 16 Stimmen. Es sei bemerkt, daß es unter den Abstimmungen dieses Typus *keine einzige namentliche* Abstimmung gab. Auf die Verteilung der Delegierten weisen nur mit

Frage, ob die Stellung des „Bund" in der Partei als erster Punkt behandelt werden sollte, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi", zwei Abstimmungen über das Agrarprogramm und schließlich, sechstens, die Abstimmung *gegen* den Auslandsbund russischer Sozialdemokraten (das „Rabotscheje Delo"), d. h. die Anerkennung der Liga als einzige Auslandsorganisation der Partei. Das alte Zirkelwesen aus der Zeit vor der Partei, die Interessen der opportunistischen Organisationen oder Grüppchen, die enge Auffassung vom Marxismus kämpften hier gegen die prinzipienfeste und konsequente Politik der revolutionären Sozialdemokratie. Die Iskristen der Minderheit stimmten noch in einer ganzen Reihe von Fällen, in einer ganzen Reihe (vom Standpunkt des OK, des „Jushny Rabotschi" und des „Rabotscheje Delo") äußerst wichtiger Abstimmungen mit uns... solange es sich nicht um *ihr eigenes* Zirkelwesen, ihre eigene Inkonsequenz handelte. Die „Teilungen" des hier untersuchten Typus zeigen anschaulich, daß in einer Reihe von Fragen über die praktische Durchführung unserer Prinzipien das *Zentrum mit den Antiiskristen ging*, ihnen viel näher stand als uns, *in Wirklichkeit* weit eher zum *opportunistischen* als zum *revolutionären* Flügel der Sozialdemokratie neigte. Diese „Iskristen" *dem Namen nach*, die sich schämten, Iskristen zu *sein*, zeigten hier ihre wahre Natur, und der unvermeidliche Kampf verursachte nicht wenig Gereiztheit, wodurch solchen Genossen, die weniger den Verstand und mehr das Gefühl sprechen lassen, die Bedeutung der in diesem Kampf zutage tretenden prinzipiellen Schattierungen verschleiert wurde. Aber jetzt, nachdem sich die Hitze des Gefechts etwas gelegt hat und die Protokolle als objektiver Extrakt einer Reihe heißer Schlachten geblieben sind, jetzt können nur Leute, die ihre Augen verschließen, nicht sehen, daß die Vereinigung der Machow und Jegorow mit den Akimow und Liber

---

einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit zweierlei geartete Angaben hin: 1. in der Diskussion sprechen die Redner der beiden iskristischen Gruppen dafür, die Redner der Antiiskristen und des Zentrums dagegen; 2. die Stimmen *„dafür"* kommen der Zahl 33 immer sehr nahe. Man darf ferner nicht vergessen, daß wir bei der Analyse der Parteitagsdebatten, auch abgesehen von den Abstimmungen, *eine ganze Reihe* von Fällen feststellten, in denen das „Zentrum" mit den Antiiskristen (den Opportunisten) gegen uns ging. Hierher gehören Fragen wie der absolute Wert demokratischer Forderungen, die Unterstützung oppositioneller Elemente, die Einschränkung des Zentralismus usw.

kein Zufall war und kein Zufall sein konnte. Martow und Axelrod bleibt nur übrig, einer allseitigen und genauen Analyse der Protokolle aus dem Wege zu gehen oder zu versuchen, ihr Verhalten auf dem Parteitag durch alle möglichen Äußerungen des *Bedauerns* nachträglich *umzudeuten*. Als könnte man den Unterschied der Ansichten und den Unterschied der Politik durch Bedauern aus der Welt schaffen! Als könnte das jetzige Bündnis Martows und Axelrods mit Akimow, Brucker und Martynow unsere auf dem zweiten Parteitag wiederhergestellte Partei veranlassen, den Kampf zu vergessen, den die Iskristen fast während des ganzen Parteitags gegen die Antiiskristen geführt haben!

Der dritte Abstimmungstypus auf dem Parteitag, der von den fünf Teilen des Diagramms die drei letzten umfaßt (und zwar C, D und E), ist dadurch gekennzeichnet, daß *ein kleiner Teil der Iskristen sich absondert und auf die Seite der Antiiskristen übergeht*, die darum auch siegen (solange sie auf dem Parteitag bleiben). Um die Entwicklung dieser berühmten *Koalition* der iskristischen Minderheit mit den Antiiskristen, deren bloße Erwähnung Martow auf dem Parteitag zu hysterischen Sendschreiben trieb, mit aller Genauigkeit zu untersuchen, werden alle drei Haupttypen der *namentlichen* Abstimmungen dieser Art angeführt. C ist die Abstimmung über die Gleichberechtigung der Sprachen (es wurde die letzte der drei namentlichen Abstimmungen zu diesem Punkt als die vollständigste genommen). Alle Antiiskristen und das ganze Zentrum stehen wie ein Wall gegen uns, von den Iskristen aber haben sich ein Teil der Mehrheit und ein Teil der Minderheit abgesondert. *Es ist noch nicht zu ersehen, welche Iskristen zu einer endgültigen und dauerhaften Koalition mit der opportunistischen „Rechten" des Parteitags fähig sind.* Weiter folgt die Abstimmung vom Typus D – über Paragraph 1 des Statuts (von den zwei Abstimmungen wurde die eindeutigere gewählt, bei der sich niemand der Stimme enthielt). *Die Koalition nimmt schärfere Umrisse und festere Formen an**: die Iskristen der Minderheit stehen schon *alle* auf der Seite Akimows und Libers, von den Iskristen der Mehrheit nur sehr wenige, die

* *Nach allem zu urteilen*, hat es von diesem Typus noch *vier Abstimmungen über das Statut* gegeben, S. 278 — 27 Stimmen für Fomin gegen 21 für uns; S. 279 — 26 für Martow gegen 24 für uns; S. 280 — 27 gegen und 22 für mich; und ebenda — 24 für Martow gegen 23 für uns. Das sind die von mir schon

durch die drei Delegierten des „Zentrums" und den einen Antiiskristen, die zu uns übergegangen sind, kompensiert werden. Ein kurzer Blick auf das Diagramm genügt, um sich davon zu überzeugen, welche Elemente zufällig und zeitweilig bald auf die eine, bald auf die andere Seite übergingen, und welche *mit unaufhaltsamer Gewalt einer festen Koalition mit den Akimow zutrieben.* Bei der letzten Abstimmung (E – die Wahlen zu dem ZO, dem ZK und dem Rat der Partei), *die gerade die endgültige Teilung in eine Mehrheit und eine Minderheit darstellt,* zeigt sich klar die vollständige Verschmelzung der iskristischen Minderheit mit dem *gesamten* „Zentrum" und den *Überresten* der Antiiskristen. Von den acht Antiiskristen war zu diesem Zeitpunkt *nur noch* Gen. Brucker auf dem Parteitag anwesend (dem Gen. Akimow seinen Fehler schon auseinandergesetzt hatte und der den ihm rechtmäßig zukommenden Platz in den Reihen der *Martowleute* einnahm). Der Umstand, daß sieben der *am weitesten „rechts" stehenden Opportunisten* den Parteitag verlassen hatten, entschied den Ausgang der Wahlen gegen Martow.*

Und nun wollen wir, gestützt auf die objektiven Angaben über die Abstimmungen *aller Typen,* die Bilanz des Parteitags ziehen.

Es wurde viel vom *„zufälligen"* Charakter der Mehrheit auf unserm Parteitag geredet. Mit diesem Argument allein tröstete sich auch Gen. Martow in seinem „Noch einmal in der Minderheit". Aus dem Diagramm geht klar hervor, daß die Mehrheit in *einem,* aber nur in *einem Sinne* als zufällig bezeichnet werden kann, nämlich in dem Sinne, daß die sieben

früher erwähnten Abstimmungen über die Kooptation in die Zentralstellen. Namentliche Abstimmungen fehlen (es gab eine, aber die Angaben darüber gingen verloren). Die Bundisten (alle oder ein Teil) *retten* offensichtlich Martow. Martows irrige Behauptungen (in der Liga) über die Abstimmungen von diesem Typus wurden weiter oben berichtigt.

* Die sieben Opportunisten, die den II. Parteitag verließen, waren die fünf Bundisten (der „Bund" schied auf dem zweiten Parteitag aus der Partei aus, nachdem das föderative Prinzip abgelehnt worden war) und zwei Anhänger des „Rabotscheje Delo", nämlich die Genossen Martynow und Akimow. Diese beiden verließen den Parteitag, nachdem *nur* die iskristische Liga als Auslandsorganisation der Partei anerkannt, d. h. nachdem der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten", der die Richtung des „Rabotscheje Delo" vertrat, aufgelöst worden war. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

opportunistischsten Elemente der *„Rechten"* den Parteitag *zufällig* verließen. Insofern dieses Verlassen zufällig war, *insofern* (nur insofern) ist auch unsere Mehrheit zufällig. Ein kurzer Blick auf das Diagramm zeigt besser als lange Ausführungen, auf wessen Seite diese sieben gewesen wären, auf wessen Seite sie *hätten sein müssen.** Aber es fragt sich, inwiefern kann man den Umstand, daß die sieben den Parteitag verlassen haben, tatsächlich als zufällig bezeichnen. Das ist eine Frage, die sich die Leute, die gern von der „Zufälligkeit" der Mehrheit sprechen, höchst ungern stellen. Denn es ist eine für sie recht peinliche Frage. Ist es ein Zufall, daß die wütendsten Vertreter des *rechten* und nicht des *linken* Flügels unserer Partei den Parteitag verlassen haben? Ist es ein Zufall, daß die *Opportunisten* ihn verlassen haben und nicht die konsequenten *revolutionären Sozialdemokraten*? Steht dieses „zufällige" Verlassen nicht in einem gewissen Zusammenhang mit jenem Kampf gegen den opportunistischen Flügel, der während des ganzen Parteitags geführt worden ist und der in unserm Diagramm so anschaulich zum Ausdruck kommt?

Es genügt, diese für die Minderheit so peinlichen Fragen zu stellen, um sich darüber klarzuwerden, welche Tatsache durch das Gerede über die Zufälligkeit der Mehrheit *verdeckt* werden soll. Es ist dies die unzweifelhafte und unanfechtbare Tatsache, *daß sich die Minderheit aus den am meisten zum Opportunismus neigenden Mitgliedern unserer Partei zusammensetzte.* Die Minderheit setzte sich aus den theoretisch *am wenigsten standhaften, prinzipiell am wenigsten konsequenten* Elementen der Partei zusammen. Die Minderheit bildete sich eben aus dem *rechten Flügel* der Partei. Die Teilung in eine Mehrheit und eine Minderheit ist die direkte und unvermeidliche Fortsetzung jener Teilung der Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische, in den Berg und die Gironde [75], die nicht erst gestern und nicht allein in der russischen Arbeiterpartei entstanden ist und die sicherlich nicht schon morgen verschwinden wird.

Diese Tatsache ist für die Klärung der Ursachen und der Etappen der Meinungsverschiedenheiten von kardinaler Bedeutung. Wer diese Tatsache zu *umgehen* versucht, indem er den Kampf auf dem Parteitag und

* Wir werden weiter unten sehen, daß *nach* dem Parteitag sowohl Gen. Akimow als auch das Woronesher Komitee, das Gen. Akimow *am nächsten* stand, ihre Sympathie für die *„Minderheit"* unverhüllt zum Ausdruck brachten.

die darin zum Ausdruck gekommenen prinzipiellen Schattierungen leugnet oder vertuscht, der stellt sich damit ein vollständiges geistiges und politisches Armutszeugnis aus. Um aber diese Tatsache zu *widerlegen*, müßte man *erstens* nachweisen, daß das allgemeine Bild der Abstimmungen und „Teilungen" auf unserem Parteitag nicht so war, wie ich es dargestellt habe, und müßte *zweitens* nachweisen, daß die konsequentesten revolutionären Sozialdemokraten, die in Rußland von dem Namen Iskristen nicht zu trennen sind, in allen Fragen, in denen es auf dem Parteitag „Teilungen" gab, *dem Wesen der Sache nach unrecht hatten.** Versucht das einmal nachzuweisen, meine Herrschaften!

Die Tatsache, daß die Minderheit sich aus den am meisten opportunistischen, am wenigsten standhaften und am wenigsten prinzipienfesten Elementen der Partei zusammensetzte, gibt übrigens eine Antwort auf viele Bedenken und Einwände, mit denen sich Leute, die mit der Sache schlecht vertraut sind oder die Frage nicht genügend durchdacht haben, an die Mehrheit wenden. Ist es nicht kleinlich, sagt man uns, die *Scheidung* damit zu erklären, daß die Genossen Martow und Axelrod einen kleinen Fehler gemacht haben? Ja, meine Herren, der Fehler des Gen. Martow war nicht groß (und ich habe schon auf dem Parteitag, im heißesten Gefecht, darauf hingewiesen), aber aus diesem kleinen Fehler *konnte* viel Schaden entstehen (*und ist entstanden*), weil Delegierte, die eine *ganze Reihe von Fehlern* begangen haben, die in einer ganzen Reihe von Fragen

* Anmerkung für Gen. Martow. Wenn Gen. Martow jetzt vergessen hat, daß *Iskrist* bedeutet, *Anhänger einer Richtung* und nicht *Mitglied eines Zirkels* zu sein, so raten wir ihm, in den Parteitagsprotokollen nachzulesen, was Gen. Trotzki dem Gen. Akimow diesbezüglich auseinandergesetzt hat. Iskristische *Zirkel* hat es auf dem Parteitag (in bezug auf die Partei) drei gegeben: die Gruppe „Befreiung der Arbeit", die Redaktion der „Iskra" und die Organisation der „Iskra". Von diesen drei Zirkeln waren zwei so vernünftig, sich selbst aufzulösen; der dritte, der nicht genügend Parteigeist aufbrachte, um das zu tun, wurde vom Parteitag aufgelöst. Der größte iskristische Zirkel, die „Iskra"-Organisation (die sowohl die Redaktion als auch die Gruppe „Befreiung der Arbeit" umfaßte), zählte auf dem Parteitag insgesamt 16 Delegierte, von denen *nur elf* beschließende Stimme hatten. Iskristen *der Richtung nach*, die keinem iskristischen „Zirkel" angehörten, gab es auf dem Parteitag dagegen nach meiner Berechnung *27 mit 33 Stimmen*. Von den Iskristen gehörten folglich *weniger als die Hälfte* iskristischen *Zirkeln* an.

Neigung zum Opportunismus und mangelnde Prinzipienfestigkeit bekundet haben, Gen. Martow auf ihre Seite hinüberzogen. Eine individuelle und unwichtige Tatsache war die von den Genossen Martow und Axelrod gezeigte Wankelmütigkeit, aber keine individuelle, sondern eine *Parteiangelegenheit* und eine *nicht ganz unwichtige* Tatsache war die Bildung einer sehr beträchtlichen Minderheit aus *allen* am wenigsten standhaften Elementen, *aus allen denen*, die entweder die „Iskra"-Richtung überhaupt nicht anerkannten und sie offen bekämpften oder zwar ein Lippenbekenntnis für sie ablegten, in Wirklichkeit aber fast immer mit den Antiiskristen zusammengingen.

Ist es nicht lächerlich, die Scheidung mit der Herrschaft des verkrusteten Zirkelwesens und der revolutionären Spießbürgerlichkeit in dem kleinen Kreis der alten „Iskra"-Redaktion *erklären* zu wollen? Nein, das ist nicht lächerlich, denn zur Unterstützung *dieses individuellen* Zirkelwesens *hat sich in unserer Partei all das erhoben*, was während des ganzen Parteitags *für jede Art Zirkelwesen* kämpfte, all das, *was überhaupt außerstande war*, sich über die revolutionäre Spießbürgerlichkeit *zu erheben*, all das, was sich darauf berief, daß Spießbürgerlichkeit und Zirkelwesen ein „geschichtliches" Übel sei, um dieses Übel zu rechtfertigen und zu erhalten. Als Zufall kann man allenfalls noch den Umstand betrachten, daß in dem kleinen Zirkel der „Iskra"-Redaktion die engen Zirkelinteressen über die Parteiinteressen die Oberhand gewannen. Kein Zufall aber war es, daß sich zur einhelligen Verteidigung dieses Zirkelwesens die Genossen Akimow und Brucker erhoben, denen die „geschichtliche Kontinuität" des berühmten Woronesher Komitees und der berüchtigten Petersburger „Arbeiterorganisation"[76] nicht weniger (wenn nicht mehr) am Herzen lag; die Genossen Jegorow, die den „Mord" am „Rabotscheje Delo" ebenso bitter (wenn nicht noch bitterer) beweinten wie den „Mord" an der alten Redaktion; die Genossen Machow usw. usf. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist – lautet eine Lebensweisheit. Sage mir, wer dein politischer Verbündeter ist, wer für dich stimmt – und ich sage dir, welches dein *politisches Gesicht* ist.

Der kleine Fehler der Genossen Martow und Axelrod blieb ein *kleiner* Fehler und konnte es bleiben, solange er nicht als Ausgangspunkt für ein *dauerhaftes Bündnis* zwischen ihnen und dem ganzen opportunistischen Flügel unserer Partei diente, solange er nicht kraft dieses Bündnisses zu

einem *Rückfall* in den Opportunismus führte, zu einer *Revanche* aller jener, die von der „Iskra" bekämpft worden waren und die *jetzt* mit größter Freude die Gelegenheit wahrnahmen, an den konsequenten Anhängern der revolutionären Sozialdemokratie *ihr Mütchen zu kühlen*. Die Ereignisse nach dem Parteitag haben gerade dazu geführt, daß wir in der neuen „Iskra" eben diesen Rückfall in den Opportunismus erleben, die Revanche der Akimow und Brucker (siehe das Blatt des Woronesher Komitees*), das Jubelgeschrei der Martynow, denen man endlich (endlich!) erlaubt hat, in der verhaßten „Iskra" dem verhaßten „Feind" für alle Kränkungen der Vergangenheit einen Fußtritt zu versetzen. Das zeigt uns besonders anschaulich, wie unerläßlich die „Wiederherstellung der alten ‚Iskra'-Redaktion" war (aus dem Ultimatum des Gen. Starower vom 3. November 1903), um die iskristische „Kontinuität" zu bewahren...

An und für sich stellte die Tatsache, daß sich der Parteitag (und die Partei) in einen linken und einen rechten, einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel teilte, keineswegs etwas Furchtbares und Kritisches, ja nicht einmal etwas Anormales dar. Im Gegenteil, das ganze letzte Jahrzehnt in der Geschichte der russischen (und nicht nur der russischen) Sozialdemokratie hat unvermeidlich und unweigerlich zu einer solchen Teilung geführt. Daß der Anlaß zur Teilung eine Reihe ziemlich *kleiner* Fehler des rechten Flügels, (verhältnismäßig) ziemlich unwichtiger Meinungsverschiedenheiten war – dieser Umstand (der bei einem oberflächlichen Beobachter und einem philisterhaften Geist Anstoß erregen mag) bedeutete *für unsere Partei als Ganzes einen großen Schritt vorwärts*. Früher schieden wir uns in großen Fragen, die manchmal sogar eine Spaltung rechtfertigen konnten, jetzt sind wir uns schon über alles Große und Wichtige einig, jetzt trennen uns nur noch *Schattierungen*, um die man streiten kann *und muß*, in denen sich zu scheiden aber unsinnig und kindisch wäre (wie Genosse Plechanow in dem interessanten Artikel „Was man nicht tun darf", auf den wir noch zurückkommen werden, schon sehr richtig gesagt hat). *Jetzt*, da das *anarchistische Verhalten* der Minderheit *nach dem Parteitag* die Partei an den Rand der Spaltung gebracht hat, kann man oft Neunmalkluge sagen hören: Hat es denn überhaupt gelohnt, auf dem Parteitag um solche Kleinigkeiten zu streiten wie den Zwischenfall mit dem OK, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi"

* Siehe den vorliegenden Band, S. 412—414. *Die Red.*

oder des „Rabotscheje Delo", den § 1 des Statuts, die Auflösung der alten Redaktion usw.? Wer so denkt*, der trägt eben den Zirkelstandpunkt in die Parteifragen hinein: Ein Kampf der *Schattierungen* ist in der Partei *unvermeidlich und notwendig*, solange der Kampf nicht zu Anarchie und Spaltung führt, solange der Kampf sich *in einem Rahmen* bewegt, der von allen Genossen und Parteimitgliedern gemeinsam gebilligt worden ist. Auch *unser Kampf* gegen den rechten Flügel der Partei *auf dem Parteitag*, gegen Akimow und Axelrod, gegen Martynow und Martow, *ging keineswegs über diesen Rahmen hinaus*. Es genügt, sich zwei Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen, die völlig unanfechtbar davon zeugen: 1. als die Genossen Martynow und Akimow im Begriff standen, den Parteitag zu verlassen, *waren wir alle bereit*, unser möglichstes zu tun, um ihnen den Gedanken an eine „Beleidigung" auszureden; *wir stimmten alle* (mit 32 Stimmen) für die Resolution des Gen. Trotzki, in der diese Genossen ersucht wurden, sich mit den Richtigstellungen zufriedenzugeben und ihre Erklärung zurückzunehmen; 2. als es zur Wahl der Zentralstellen kam, boten wir der Minderheit (oder dem opportunistischen Flügel) des Parteitags *in beiden Zentralstellen die Minderheit* an: Martow im ZO, Popow im ZK. Anders *konnten* wir vom Parteistandpunkt aus *nicht* handeln, da bereits vor dem Parteitag von uns beschlossen worden war, zwei Dreierkollegien zu wählen. *Wenn der Unterschied der Schattierungen,*

---

* Unwillkürlich fällt mir bei dieser Gelegenheit ein Gespräch ein, das ich auf dem Parteitag mit einem Delegierten des „Zentrums" hatte. „Welch drükkende Atmosphäre herrscht doch auf unserm Parteitag!" beklagte er sich bei mir. „Dieser erbitterte Kampf, diese Agitation gegeneinander, diese scharfe Polemik, dieses unkameradschaftliche Verhältnis!..." — „Was für eine herrliche Sache ist doch unser Parteitag!" antwortete ich ihm. „Ein freier, offener Kampf. Die Meinungen sind geäußert. Die Schattierungen haben sich abgezeichnet. Die Gruppen sind umrissen. Die Hände haben sich erhoben. Der Beschluß ist gefaßt. Eine Etappe ist zurückgelegt. Es geht vorwärts! — das lobe ich mir. Das ist Leben. Das ist etwas anderes als die endlosen, langweiligen intelligenzlerischen Wortgefechte, die nicht deshalb aufhören, weil die Frage entschieden wäre, sondern einfach deshalb, weil die Leute des Redens müde sind..."

Der Genosse vom „Zentrum" sah mich mit erstaunten Augen an und zuckte die Achseln. Wir redeten in verschiedenen Sprachen.

der auf dem Parteitag zutage trat, nicht groß war, so war ja auch die *praktische* Schlußfolgerung *nicht groß*, die wir aus dem Kampf dieser Schattierungen zogen: diese Schlußfolgerung lief *ausschließlich* darauf hinaus, daß die *Mehrheit* des Parteitags in den beiden Dreierkollegien *zwei Drittel* der Stimmen erhalten müsse.

Nur der Umstand, daß die Minderheit auf dem Parteitag *nicht damit einverstanden war, in den Zentralstellen die Minderheit* zu sein, führte zunächst zum „weichlichen Gewinsel" der Intellektuellen, die eine Niederlage erlitten hatten, und dann zur *anarchistischen Phrase* und zu anarchistischen Handlungen.

Zum Schluß wollen wir uns noch einmal das Diagramm vom Standpunkt der Zusammensetzung der Zentralstellen ansehen. Es ist ganz natürlich, daß von den Delegierten bei den Wahlen *außer* den Schattierungen auch die *Eignung*, die Arbeitsfähigkeit usw. der einen oder anderen *Person* in Betracht gezogen werden mußte. Jetzt wirft die Minderheit mit Vorliebe diese Fragen in einen Topf. Daß das aber verschiedene Fragen sind, ist selbstverständlich und schon allein aus der einfachen Tatsache ersichtlich, daß die Wahl des *anfänglichen* Dreierkollegiums in das ZO bereits *vor dem Parteitag* geplant war, als kein einziger Mensch das Bündnis Martows und Axelrods mit Martynow und Akimow voraussehen konnte. Auf verschiedene Fragen muß auch in verschiedener Weise geantwortet werden: die Antwort auf die Frage der Schattierungen muß man in den *Parteitagsprotokollen*, in der *offenen* Diskussion und Abstimmung über ausnahmslos alle Punkte suchen. Über die Eignung der *Personen* sollte nach einem Beschluß aller auf dem Parteitag durch *geheime Abstimmung* entschieden werden. Warum hat der *ganze Parteitag einstimmig* einen solchen Beschluß gefaßt? – das ist eine so elementare Frage, daß es seltsam wäre, darauf einzugehen. Aber die Minderheit begann (nach ihrer Niederlage bei den Wahlen) sogar die elementarsten Dinge zu vergessen. Wir hörten hitzige, leidenschaftliche, fast bis zur Unzurechnungsfähigkeit erregte Redeergüsse zur Verteidigung der alten Redaktion, aber wir hörten *absolut nichts* von den Schattierungen *auf dem Parteitag*, die mit dem Kampf um das Sechserkollegium und das Dreierkollegium zusammenhingen. Wir hören in allen Winkeln über die Arbeitsunfähigkeit, die Untauglichkeit, die Böswilligkeit usw. der ins ZK gewählten Genossen reden und tuscheln, aber wir hören *absolut nichts* über die Schattierungen *auf*

dem Parteitag, die um das Übergewicht im ZK kämpften. Meines Erachtens ist das Gerede und Getuschel über Eigenschaften und Handlungen von Personen *außerhalb des Parteitags* unziemlich und unwürdig (denn diese Handlungen sind in 99 von 100 Fällen ein Organisationsgeheimnis, das nur der höchsten Parteiinstanz eröffnet wird). *Außerhalb des Parteitags* den Kampf mittels *solcher Redereien* führen hieße meiner Überzeugung nach *Klatsch* verbreiten. Und die einzige Antwort, die ich der Öffentlichkeit auf diese Redereien geben könnte, wäre der Hinweis auf den Parteitagskampf: ihr sagt, das ZK ist mit einer geringen Mehrheit gewählt worden. Das stimmt. Aber diese geringe Mehrheit setzte sich aus all denen zusammen, die am konsequentesten, nicht in Worten, sondern in der Tat, für die Durchführung der iskristischen Pläne kämpften. Die *moralische* Autorität dieser Mehrheit muß daher noch unvergleichlich größer sein als ihre *formelle* Autorität – sie muß größer sein für alle, die die Kontinuität der „Iskra"-*Richtung* höher werten als die Kontinuität dieses oder jenes „Iskra"-*Zirkels*. Wer *konnte wohl ein kompetenteres Urteil fällen* über die Eignung dieser oder jener Personen, die Politik der „Iskra" durchzuführen: diejenigen, die diese Politik auf dem Parteitag durchführten, oder diejenigen, die in einer ganzen Reihe von Fällen diese Politik bekämpften und jede Art Rückständigkeit, jede Art Plunder, jede Art Zirkelwesen verfochten?

o) NACH DEM PARTEITAG ZWEI KAMPFMETHODEN

Die Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem Parteitag, die wir nun abgeschlossen haben, erklärt eigentlich in nuce (im Keime) *alles, was sich nach dem Parteitag ereignete*, und wir können uns bei der Schilderung der weiteren Etappen unserer Parteikrise kurz fassen.

Die Mißachtung der Wahlen durch Martow und Popow trug in den Parteikampf der Parteischattierungen sofort eine *zänkische* Atmosphäre hinein. Gen. Glebow, der es für unwahrscheinlich hielt, daß die nichtgewählten Redakteure ernstlich beschlossen hätten, zu Akimow und Martynow *abzuschwenken*, und das Ganze vor allem auf ihre Gereiztheit zurückführte, schlug mir und Plechanow sogleich nach dem Parteitag vor,

Frieden zu schließen und alle vier unter der Bedingung zu „kooptieren", daß die Vertretung der Redaktion im Rat gewährleistet werde (d. h., daß von den zwei Vertretern einer unbedingt der Mehrheit der *Partei* angehöre). Diese Bedingung erschien Plechanow und mir zweckmäßig, denn das Einverständnis damit bedeutete *die stillschweigende Anerkennung des Fehlers auf dem Parteitag*, den Willen zum Frieden und nicht zum Krieg, den Wunsch, Plechanow und mir näherzustehen als Akimow und Martynow, Jegorow und Machow. Das Zugeständnis der „Kooptation" erhielt auf diese Weise *persönlichen* Charakter, die Sache war es wohl wert, ein persönliches Zugeständnis zu machen, das die Gereiztheit beseitigen und den Frieden wiederherstellen sollte. Deshalb gaben Plechanow und ich unsere Einwilligung. Die Mehrheit der Redaktion wies die Bedingung zurück. *Glebow reiste ab.* Wir harrten der kommenden Dinge: Wird Martow auf dem Boden der Loyalität bleiben, auf den er sich auf dem Parteitag (*gegen* den Vertreter des Zentrums, Gen. Popow) gestellt hatte, oder werden die wankelmütigen und zur Spaltung neigenden Elemente, denen er gefolgt war, die Oberhand gewinnen?

Wir standen vor dem Dilemma: Will Gen. Martow seine Parteitags-„Koalition" als vereinzelte politische Tatsache betrachten (wie z. B. die Koalition Bebels mit Vollmar 1895 ein Einzelfall war – *si licet parva componere magnis**), oder will er diese Koalition *festigen* und alle Anstrengungen machen, um nachzuweisen, daß auf dem Parteitag *Plechanow und ich* einen Fehler begangen haben, wird er zum regelrechten Führer des opportunistischen Flügels unserer Partei werden? Mit anderen Worten ließ sich dieses Dilemma so formulieren: Gezänk oder politischer Parteikampf? Von uns dreien, die unmittelbar nach dem Parteitag die einzigen anwesenden Mitglieder der zentralen Körperschaften waren, neigte Glebow mehr zur ersten Lösung des Dilemmas und bemühte sich am meisten um die Aussöhnung der Kinder, die sich verzankt hatten. Zur zweiten Lösung neigte am meisten Gen. Plechanow, an den einfach nicht heranzukommen war. Ich stellte diesmal das „Zentrum" oder den „Sumpf" dar und versuchte, durch Überzeugung einzuwirken. Heute wäre es ein hoffnungslos-verworrenes Unternehmen, wollte ich meine mündlichen Überredungsversuche wiederholen, und ich möchte das schlechte Beispiel der Genossen Martow und Plechanow nicht nachahmen. Aber ich halte es für

* wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf. *Die Red.*

notwendig, aus einem schriftlichen Überredungsversuch, den ich bei einem Iskristen der „Minderheit" machte, einige Stellen anzuführen:

„... Die Tatsache, daß Martow sich weigert, der Redaktion anzugehören, daß er und andere Parteiliteraten sich weigern, mitzuarbeiten, daß eine ganze Reihe von Genossen sich weigern, für das ZK zu arbeiten, daß die Idee des Boykotts oder des passiven Widerstands propagiert wird — all dies wird unweigerlich, sogar gegen den Willen Martows und seiner Freunde, zu einer Spaltung der Partei führen. Selbst wenn Martow auf dem Boden der Loyalität bleiben sollte (auf den er sich auf dem Parteitag so entschieden gestellt hat), so werden die anderen es nicht tun — und das von mir vorausgesagte Ende wird unvermeidlich sein ...

Und nun frage ich mich: Weswegen sollen wir uns eigentlich ... trennen? Ich gehe in Gedanken alle Ereignisse und Eindrücke des Parteitags durch, ich gebe zu, daß ich oft in fürchterlicher Gereiztheit, in ‚Wut' aufgetreten und vorgegangen bin, ich will gern jedem gegenüber diese meine Schuld bekennen, wenn man als Schuld bezeichnen kann, was durch die Atmosphäre, als Reaktion, durch die Repliken, den Kampf etc. natürlicherweise hervorgerufen wurde. Aber betrachte ich jetzt ohne jede Wut die erreichten Resultate, das in wütendem Kampf Durchgesetzte, so kann ich in den Ergebnissen nichts, absolut nichts Schädliches für die Partei und absolut nichts Kränkendes oder Beleidigendes für die Minderheit erblicken.

Natürlich mußte schon allein die Tatsache kränkend sein, daß man in der Minderheit blieb, aber ich protestiere entschieden gegen die Unterstellung, daß wir jemandes Ruf ‚befleckt' hätten, daß wir jemanden beleidigen oder erniedrigen *wollten*. Mitnichten! Und es darf nicht zugelassen werden, daß politische Differenzen zu einer Auslegung der Ereignisse führen, die darauf hinausläuft, der Gegenseite Gewissenlosigkeit, Niedertracht, Intrigantentum und andere hübsche Dinge vorzuwerfen, von denen man in der Atmosphäre der herannahenden Spaltung immer häufiger zu hören bekommt. Das darf nicht zugelassen werden, denn das ist mindestens nec plus ultra* unvernünftig.

Wir haben mit Martow politische (und organisatorische) Differenzen, wie wir sie schon dutzendemal gehabt haben. Besiegt bei § 1 des Statuts, konnte ich nicht umhin, mit aller Energie nach einer Revanche in den übrigen Fragen zu streben, die mir (und dem Parteitag) geblieben waren. Ich konnte nicht umhin, einerseits ein streng iskristisches ZK und anderseits ein Dreierkollegium in der Redaktion anzustreben ... Ich halte dieses Dreierkollegium für das *einzig* geeignete, eine offizielle Körperschaft zu sein und nicht ein Kollegium, das sich auf Vetternwirtschaft und Nachlässigkeit gründet, für die

* im höchsten Grade. *Die Red.*

einzige wirkliche Zentralstelle, in der jeder stets seinen Parteistandpunkt vorbringen und vertreten könnte, um kein Haar mehr und irrespective* von allem Persönlichen, von allen Erwägungen über Kränkung, über Rücktritt u. dgl. m.

Nach den Vorkommnissen auf dem Parteitag legalisierte dieses Dreierkollegium zweifellos eine politische und organisatorische Linie, die sich in einer Hinsicht gegen Martow richtete. Zweifellos! Und deshalb soll man brechen? Deshalb soll man die Partei zerschlagen?? Waren denn in der Frage der Demonstrationen Martow und Plechanow nicht gegen mich? Waren denn in der Frage des Programms ich und Martow nicht gegen Plechanow? Richtet sich denn nicht jedes Dreierkollegium stets mit einer Seite gegen jeden Beteiligten? Wenn die Mehrheit der Iskristen sowohl in der ‚Iskra'-Organisation als auch auf dem Parteitag eben diese besondere Schattierung der Martowschen Linie in organisatorischer und politischer Beziehung für falsch gehalten hat, sind dann die Versuche, dies durch eine ‚Schiebung' oder ‚Hetze' usw. zu erklären, nicht wirklich heller Wahnsinn? Wäre es nicht Wahnsinn, sich über diese Tatsache dadurch hinwegsetzen zu wollen, daß man die Mehrheit als ‚Pack' *beschimpft*?

Ich wiederhole: Ich bin, wie auch die Mehrheit der Iskristen auf dem Parteitag, zutiefst davon überzeugt, daß Martow einen falschen Kurs eingeschlagen hat und daß man ihn korrigieren mußte. Aus dieser Korrektur eine Kränkung zu konstruieren, hieraus eine Beleidigung etc. abzuleiten ist unvernünftig. Wir haben niemandes Ruf auch nur im geringsten ‚befleckt', wir ‚beflecken' niemandes Ruf und entfernen niemanden *von der Arbeit*. Wegen der Entfernung *aus einer Zentralstelle* aber eine Spaltung hervorzurufen, das wäre für mich ein unfaßbarer Wahnsinn." **

Ich hielt es für notwendig, diese meine schriftlichen Erklärungen hier anzuführen, weil sie *genau* das Streben der Mehrheit zeigen, *sofort* eine bestimmte Grenze zu ziehen zwischen möglichen (und im heißen Kampf unvermeidlichen) persönlichen Kränkungen und persönlicher Gereiztheit

* unabhängig. *Die Red.*

** Dieser Brief (Brief an A. N. Potressow vom 31. August [13. September] 1903. *Die Red.*) wurde schon *im September* (neuen Stils) geschrieben. Weggelassen ist nur, was meines Erachtens nicht zur Sache gehört. Ist der Adressat der Ansicht, daß gerade das Weggelassene wichtig ist, so wird er die Lücke leicht ausfüllen können. Übrigens benutze ich diese Gelegenheit, um allen meinen Opponenten ein für allemal zu erlauben, alle meine Privatbriefe zu veröffentlichen, wenn sie das als nützlich für die Sache betrachten.

infolge scharfer und „wütender" Angriffe usw. einerseits und einem bestimmten politischen Fehler, einer politischen Linie (Koalition mit dem rechten Flügel) anderseits.

Diese Erklärungen beweisen, daß der *passive Widerstand* der Minderheit *gleich nach dem Parteitag begann* und uns sofort zu der Warnung veranlaßte, daß dies *ein Schritt zur Spaltung der Partei* sei; daß dies den *Loyalitätserklärungen auf dem Parteitag* direkt widerspreche; daß dies eine Spaltung ausschließlich wegen der *Entfernung aus den zentralen Körperschaften* (d. h. wegen der Nichtwahl) sein werde, denn niemals hat jemand daran gedacht, ein Parteimitglied *von der Arbeit* zu entfernen; daß die politische Trennung zwischen uns (eine unvermeidliche Trennung, solange die Frage nicht geklärt und nicht entschieden ist, wer von uns, Martow oder wir, auf dem Parteitag eine irrige Linie verfolgt hat) *immer mehr in ein Gezänk* mit Schimpfereien, Verdächtigungen usw. usf. *auszuarten* beginne.

Die Warnungen haben nicht geholfen. Das Verhalten der Minderheit zeigte, daß die am wenigsten standhaften und *die am wenigsten parteitreuen* Elemente in ihr die Oberhand gewinnen. Das veranlaßte Plechanow und mich, unsere Zustimmung zu Glebows Vorschlag zurückzuziehen: In der Tat, wenn die Minderheit durch ihre *Taten* im Bereich nicht nur der Prinzipien, sondern auch der *elementaren Parteiloyalität* ihre politische Wankelmütigkeit bewies, welche Bedeutung konnten dann die *Worte* von der berühmten „Kontinuität" haben? Niemand hat sich so witzig wie Plechanow über die ganze Sinnlosigkeit der Forderung lustig gemacht, eine Mehrheit von Leuten in die Parteiredaktion zu „kooptieren", die offen von neuen und wachsenden Differenzen sprechen! Wo hat es das jemals auf der Welt gegeben, daß eine Parteimehrheit sich in den zentralen Körperschaften selber in die Minderheit verwandelt, *bevor die neuen* Meinungsverschiedenheiten in der Presse, vor der Parteiöffentlichkeit *geklärt* worden sind? Zuerst müssen die Meinungsverschiedenheiten dargelegt werden, muß die Partei ihre Tiefe und Bedeutung ermessen, muß die Partei ihren auf dem zweiten Parteitag begangenen Fehler selbst berichtigen, wenn dieser oder jener Fehler nachgewiesen werden sollte! Schon allein die Aufstellung einer solchen Forderung *im Namen* noch unbekannter Meinungsverschiedenheiten zeigte den völligen Mangel an Standhaftigkeit bei jenen, die das forderten, die völlige Überwucherung

der politischen Differenzen durch Gezänk, die völlige Mißachtung sowohl der ganzen Partei als auch der eigenen Überzeugungen. Es hat auf der Welt noch nie *prinzipiell überzeugte* Menschen gegeben – und wird sie auch nie geben –, die es abgelehnt hätten, erst zu *überzeugen*, ehe sie (*auf privatem Wege*) die Mehrheit in der Körperschaft erhalten, die sie überzeugen wollen.

Schließlich verkündet Gen. Plechanow am 4. Oktober, daß er einen *letzten* Versuch machen wolle, diesem Unsinn ein Ende zu setzen. Eine Sitzung aller sechs Mitglieder der alten Redaktion wird einberufen, in der das neue Mitglied des ZK anwesend ist.* Geschlagene drei Stunden sucht Gen. Plechanow die Unvernunft der Forderung nachzuweisen, zu zwei Mitgliedern der „Mehrheit" vier der „Minderheit" zu „kooptieren". Er schlägt vor, *zwei zu kooptieren*, um einerseits alle Befürchtungen aus der Welt zu schaffen, als wollten wir jemanden „erledigen", an die Wand drücken, in die Ecke treiben, hinrichten und begraben, und um anderseits die Rechte und die Stellung der Partei„mehrheit" zu schützen. *Die Kooptation von zweien wird ebenfalls abgelehnt.*

Am 6. Oktober schreiben Plechanow und ich an alle alten Redakteure der „Iskra" und an den Mitarbeiter, Gen. Trotzki, einen offiziellen Brief folgenden Inhalts:

„Werte Genossen! Die Redaktion des ZO betrachtet es als ihre Pflicht, offiziell ihr Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Sie die Mitarbeit an der ‚Iskra' und der ‚Sarja' aufgegeben haben. Trotz unseren vielfachen Aufforderungen zur Mitarbeit, die wir sofort nach dem zweiten Parteitag an Sie richteten und später mehrfach wiederholten, haben wir von Ihnen keinen einzigen Beitrag erhalten. Die Redaktion des ZO erklärt, daß sie der Meinung ist, Ihnen keinen Grund zur Einstellung der Mitarbeit gegeben zu haben. Persönliche Verärgerung darf natürlich kein Hindernis sein, am Zentralorgan der Partei mitzuarbeiten. Ist aber Ihr Fernbleiben durch diese oder jene Meinungsverschiedenheit zwischen Ihnen und uns hervorgerufen, so würden wir es als außerordentlich nützlich für die Partei erachten, diese Meinungsverschiedenheiten ausführlich darzulegen. Ja noch mehr, wir würden es für außerordentlich wünschenswert halten, die Natur und Tiefe dieser Meinungsver-

* Dieses Mitglied des ZK[77] hielt außerdem eine Reihe privater und kollektiver Besprechungen mit der Minderheit ab, in denen er das unsinnige Gerede widerlegte und an die Parteipflicht appellierte.

schiedenheiten in den Spalten der von uns redigierten Publikationen vor der Gesamtpartei möglichst rasch zu klären."*

Wie der Leser sieht, blieb es uns immer noch völlig unklar, was in den Handlungen der „Minderheit" überwog – persönliche Verärgerung oder der Wunsch, im Presseorgan (und in der Partei) einen *neuen Kurs*, und zwar welchen und worin, zu steuern. Ich glaube, auch jetzt könnte man 70 Schriftgelehrte an die Arbeit setzen mit dem Auftrag, diese Frage auf Grund jeder beliebigen Publikation und jeder beliebigen Zeugenaussage zu klären, und sie würden sich nie und nimmer in diesem Wirrwarr zurechtfinden. Ein Gezänk kann wohl kaum entwirrt werden: man muß es entweder zerhauen oder sich von ihm fernhalten.**

Auf den Brief vom 6. Oktober antworteten uns Axelrod, Sassulitsch, Starower, Trotzki und Kolzow mit ein paar Zeilen des Inhalts, daß die Endesunterzeichneten an der Arbeit der „Iskra", seitdem diese in die Hände der neuen Redaktion übergegangen ist, nicht teilnehmen. Gen. Martow war gesprächiger und beehrte uns mit folgender Antwort:

„An die Redaktion des ZO der SDAPR. Werte Genossen! In Beantwortung Ihres Briefes vom 6. Oktober erkläre ich folgendes: Ich betrachte alle unsere Aussprachen über eine gemeinsame Arbeit in *einem* Organ nach der Besprechung, die am 4. Oktober im Beisein eines Mitglieds des ZK stattgefunden hat, für beendet. In dieser Besprechung haben Sie es abgelehnt, auf die Frage zu antworten, welche Gründe Sie bewogen, den uns gemachten Vorschlag über den Eintritt von Axelrod, Sassulitsch, Starower und mir in die Redaktion unter der Bedingung, daß wir uns verpflichten, Gen. Lenin als unseren ‚Vertreter' in den Rat zu wählen, zurückzunehmen. Nachdem Sie in der erwähnten Besprechung einer Formulierung Ihrer eigenen, in Gegenwart von Zeugen abgegebenen Erklärungen mehrfach aus dem Wege gegangen sind, halte ich es nicht für notwendig, in meinem Brief an Sie auseinanderzusetzen, warum ich es ablehne,

* Der Brief an Gen. Martow enthielt noch eine Frage nach einer Broschüre und folgenden Satz: „Schließlich machen wir Sie im Interesse der Sache noch einmal darauf aufmerksam, daß wir nach wie vor bereit sind, Sie als Mitglied der Redaktion des ZO zu kooptieren und Ihnen dadurch die volle Möglichkeit zu geben, alle Ihre Auffassungen in der höchsten Körperschaft der Partei offiziell darzulegen und zu vertreten."

** Gen. Plechanow hätte hier wahrscheinlich hinzugefügt: oder *alle Ansprüche* der Urheber des Gezänks restlos befriedigen. Wir werden sehen, warum das unmöglich war.

unter den jetzigen Umständen in der ‚Iskra' zu arbeiten. Erforderlichenfalls werde ich mich darüber ausführlich vor der gesamten Partei äußern, die zudem aus den Protokollen des zweiten Parteitags erfahren wird, warum ich den von Ihnen jetzt wiederholten Vorschlag, einen Sitz in der Redaktion und im Rat anzunehmen, abgelehnt habe...*

L. Martow"

Dieser Brief gibt zusammen mit den vorherigen Dokumenten eine unwiderlegliche Antwort auf jene Frage des Boykotts, der Desorganisation, der Anarchie und der Vorbereitung zur Spaltung, die Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand" (mit Hilfe von Ausrufungszeichen und Punkten) so eifrig umgeht – auf die Frage der loyalen und illoyalen Kampfmittel.

Gen. Martow und seinen Freunden wird *vorgeschlagen*, die Meinungsverschiedenheiten darzulegen; man *bittet sie*, offen zu sagen, worum es ihnen geht und welche Absichten sie haben; man *redet ihnen gut zu*, ihren Eigensinn aufzugeben und den Fehler wegen § 1 (der mit dem Fehler der Rechtsschwenkung untrennbar verbunden ist) ruhig zu analysieren – aber Gen. Martow und Co. *lehnen jedes Gespräch ab* und schreien: Wir werden an die Wand gedrückt, man erledigt uns! Der Spott über die „furchtbaren Worte" hat den Eifer dieses komischen Geschreis nicht abgekühlt.

Wie kann man denn jemanden *an die Wand drücken*, der die *gemeinsame Arbeit ablehnt*? – fragten wir Gen. Martow. Wie kann man die Minderheit verunglimpfen, „erledigen" und unterdrücken, wenn sie sich *weigert, in der Minderheit zu sein*?? Jedes Verbleiben in der Minderheit bedeutet ja unbedingt und unweigerlich gewisse Nachteile für den, der in der Minderheit geblieben ist. Diese Nachteile bestehen entweder darin, daß man einem Kollegium beitreten muß, in dem man bei bestimmten Fragen majorisiert wird, oder daß man gezwungen ist, außerhalb des Kollegiums zu stehen, es anzugreifen und folglich dem Feuer gut befestigter Batterien ausgesetzt zu sein.

Wollte Gen. Martow mit dem Geschrei über den „Belagerungszustand" sagen, daß man sie, die in der Minderheit Gebliebenen, ungerecht und illoyal bekämpft oder leitet? *Nur* eine solche These hätte (in Martows Augen) wenigstens eine Spur von Sinn, denn, ich wiederhole, gewisse

* Die Antwort betreffend Martows Broschüre, die damals neu herausgegeben wurde, habe ich weggelassen.

Nachteile bringt das Verbleiben in der Minderheit unbedingt und unweigerlich mit sich. Aber das ist ja das Komische an der Sache, daß man Gen. Martow *überhaupt nicht bekämpfen* konnte, solange er jedes Gespräch ablehnte! daß man die Minderheit *überhaupt nicht leiten* konnte, solange sie sich weigerte, in der Minderheit zu sein!

Gen. Martow hat der Redaktion des ZO, als Plechanow und ich in der Redaktion saßen, *keinen einzigen Fall* nachweisen können, in dem wir unsere Machtbefugnisse überschritten oder mißbraucht hätten. Auch dem Zentralkomitee haben die Praktiker von der Minderheit *keinen einzigen solchen Fall* nachgewiesen. Wie sich Gen. Martow jetzt in seinem „Belagerungszustand" auch drehen und wenden mag — es ist und bleibt unwiderlegbar, daß *das Gezeter über den Belagerungszustand nur ein „weichliches Gewinsel" war und weiter nichts.*

Das völlige Fehlen *vernünftiger* Argumente gegen die vom Parteitag eingesetzte Redaktion bei Martow und Co. wird am besten durch das von ihnen selber geprägte Sprüchlein beleuchtet: „Wir sind keine Leibeigenen!" („Belagerungszustand", S. 34.) Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der sich zu den „auserwählten Geistern" zählt, die über der Massenorganisation und der Massendisziplin stehen, tritt hier außerordentlich prägnant hervor. Die Weigerung, an der Parteiarbeit teilzunehmen, damit *erklären*, daß „wir keine Leibeigenen sind", heißt *sich mit Haut und Haar verraten*, heißt das völlige Fehlen von Argumenten, die völlige Unfähigkeit zu einer Begründung, das völlige Fehlen vernünftiger Gründe für die Unzufriedenheit zugeben. Plechanow und ich erklären, daß wir der Meinung sind, die Weigerung durch nichts hervorgerufen zu haben, wir bitten, die Meinungsverschiedenheiten darzulegen, aber man antwortet uns: „Wir sind keine Leibeigenen" (und fügt hinzu: Wir sind über die Kooptation noch nicht handelseinig geworden).

Dem Intellektuellen-Individualismus, der schon in den Debatten über § 1 zutage getreten ist und seine Neigung zum opportunistischen Denken und zur anarchistischen Phrase offenbart hat, erscheint *jede* proletarische Organisation und Disziplin als *Leibeigenschaft*. Die Leserwelt wird bald erfahren, daß diesen „Parteimitgliedern" und Partei„funktionären" auch der neue *Parteitag* als eine für „auserwählte Geister" schreckliche und unerträgliche Einrichtung der Leibeigenschaft erscheint... Diese „Einrichtung" ist tatsächlich schrecklich für diejenigen, die den Titel eines Partei-

mitglieds gern in Anspruch nehmen, dabei aber die *Unvereinbarkeit* dieses Titels mit den Interessen der Partei und dem Willen der Partei fühlen.

Die Resolutionen der Komitees, die ich in meinem Brief an die Redaktion der neuen „Iskra" aufgezählt habe und die Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand" veröffentlicht hat, beweisen tatsächlich, daß das Verhalten der Minderheit eine einzige *Mißachtung* der Parteitagsbeschlüsse, eine *Desorganisation* der positiven praktischen Arbeit war. Die aus Opportunisten und Hassern der „Iskra" bestehende Minderheit *riß die Partei in Stücke*, störte und desorganisierte die Arbeit, weil sie sich für ihre Niederlage auf dem Parteitag rächen wollte und fühlte, daß sie *niemals* imstande sein werde, die auf dem zweiten Parteitag gegen sie erhobene Beschuldigung des Opportunismus und der intelligenzlerischen Wankelmütigkeit *mit ehrlichen und loyalen* Mitteln (Klärung der Fragen in der Presse oder auf einem Parteitag) zu widerlegen. Da diese Leute einsehen mußten, daß sie außerstande sind, die Partei zu *überzeugen*, griffen sie zu dem Mittel, die Partei zu *desorganisieren* und *jede Arbeit zu stören*. Es wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten (durch ihre Konfusion auf dem Parteitag) einen Sprung in unserem Gefäß verursacht; sie beantworteten den Vorwurf damit, daß sie sich *aus Leibeskräften* bemühten, das gesprungene Gefäß *ganz zu zerschlagen*.

Die Begriffe verwirrten sich so sehr, daß Boykott und Fernbleiben von der Arbeit für ein *„ehrliches** Mittel"* des Kampfes erklärt wurden. Gen. Martow dreht sich jetzt im Kreise um diese heikle Frage. Gen. Martow ist so „prinzipiell", daß er den Boykott verteidigt... wenn er von der Minderheit ausgeht, den Boykott aber verurteilt, wenn er den in die Mehrheit geratenen Martow selbst bedroht!

Ich denke, es erübrigt sich, die Frage zu untersuchen, ob das ein Gezänk oder eine „prinzipielle Meinungsverschiedenheit" über ehrliche Kampfmittel in einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist.

Nach den mißlungenen Versuchen (4. und 6. Oktober), von den Genossen, die wegen der „Kooptation" die ganze Geschichte angezettelt hatten, eine Erklärung zu erlangen, blieb den zentralen Körperschaften nur übrig abzuwarten, wie die von diesen Genossen in Worten versprochene

* Die Resolution des Berg- und Hüttenreviers (S. 38 des „Belagerungszustands").

Loyalität des Kampfes in der Tat aussehen werde. Am 10. Oktober wendet sich das ZK mit einem Rundschreiben an die Liga (siehe die Ligaprotokolle, S. 3–5), in welchem es von dem Statut, das es ausarbeitet, Mitteilung macht und die Mitglieder der Liga zur Mitwirkung auffordert. Eine Konferenz der Liga einzuberufen, hatte ihr Vorstand damals abgelehnt (mit zwei Stimmen gegen eine, siehe ebenda, S. 20). Die Antworten der Anhänger der Minderheit auf dieses Rundschreiben zeigten sofort, daß die berühmte Loyalität und die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse nur eine Phrase waren, daß die Minderheit in Wirklichkeit beschlossen hatte, sich den zentralen Parteikörperschaften *keinesfalls unterzuordnen*, und daß sie deren Appelle zu gemeinsamer Arbeit mit *nichtssagenden Schreiben* abtat, die von Sophismen und *anarchistischen* Phrasen strotzten. Auf den berühmten offenen Brief des Vorstandsmitglieds Deutsch (S. 10) antwortete ich zusammen mit Plechanow und anderen Anhängern der Mehrheit mit einem entschiedenen „Protest gegen die gröblichen Verletzungen der Parteidisziplin, mit deren Hilfe ein Funktionär der Liga sich erlaubt, die organisatorische Tätigkeit einer Parteikörperschaft zu hemmen, und andere Genossen zu einer ebensolchen Verletzung der Disziplin und des Statuts auffordert. Phrasen wie ‚ich halte mich nicht für berechtigt, an einer solchen Arbeit auf Einladung des ZK teilzunehmen' oder ‚Genossen! wir dürfen es ihm (dem ZK) auf keinen Fall überlassen, ein neues Statut für die Liga auszuarbeiten' usw., gehören zu jener Sorte von Agitationsmethoden, die bei jedem Menschen, der auch nur halbwegs versteht, was die Begriffe Partei, Organisation und Parteidisziplin bedeuten, nur Entrüstung hervorrufen können. Derartige Methoden sind um so empörender, als sie einer eben erst geschaffenen Parteikörperschaft gegenüber angewandt werden und somit zweifellos einen Versuch darstellen, das Vertrauen der Parteigenossen zu dieser Körperschaft zu untergraben, und überdies unter der Marke eines Vorstandsmitglieds der Liga und hinter dem Rücken des ZK in Umlauf gesetzt werden." (S. 17.)

Unter diesen Umständen versprach die Ligakonferenz ein glatter Skandal zu werden.

Gen. Martow setzte von Anfang an seine Parteitagstaktik des „Hineinkriechens in die Seele" fort, diesmal in die Seele des Gen. Plechanow, und zwar durch entstellte Wiedergabe von Privatgesprächen. Gen. Plechanow

protestiert, und Gen. Martow ist genötigt, seine leichtfertigen oder gereizten Vorwürfe zurückzunehmen (S. 39 und 134 der Ligaprotokolle).

Die Reihe kommt an den Bericht. Der Delegierte der Liga auf dem Parteitag war ich. Ein flüchtiger Blick auf die kurze Niederschrift meines Berichts (S. 43 ff.)* wird dem Leser zeigen, daß ich im Rohentwurf dieselbe Analyse der Abstimmungen auf dem Parteitag gegeben habe, die in ausgearbeiteter Form den Inhalt der vorliegenden Broschüre bildet. Das ganze Schwergewicht des Berichts lag eben in dem Nachweis, daß Martow und Co. sich infolge der von ihnen begangenen Fehler auf dem opportunistischen Flügel unserer Partei erwiesen haben. Obgleich der Bericht vor einer Zuhörerschaft erstattet wurde, die in ihrer Mehrheit aus den erbittertsten Gegnern bestand, konnten diese darin doch nichts entdecken, was von den loyalen Methoden des Parteikampfes und der Polemik abgewichen wäre.

Martows Bericht war – abgesehen von kleinen und nebensächlichen „Korrekturen" an meinem Bericht (das Irrige dieser Korrekturen haben wir weiter oben schon nachgewiesen) – umgekehrt... eine Art Produkt kranker Nerven.

Kein Wunder, daß die Mehrheit es ablehnte, in einer solchen Atmosphäre zu kämpfen. Gen. Plechanow protestierte gegen die veranstaltete „*Szene*" (S. 68) – es war wirklich eine richtiggehende „Szene"! – und verließ die Konferenz, da er nicht wünschte, die von ihm bereits vorbereiteten sachlichen Einwände gegen den Bericht vorzubringen. Auch fast alle übrigen Anhänger der Mehrheit verließen die Konferenz, nachdem sie einen schriftlichen Protest gegen das „unwürdige Verhalten" des Gen. Martow eingereicht hatten (S. 75 der Ligaprotokolle).

Die Kampfmethoden der Minderheit traten vor aller Augen anschaulich hervor. Wir beschuldigten die Minderheit eines politischen Fehlers auf dem Parteitag, des Abschwenkens zum Opportunismus, der Koalition mit den Bundisten, mit den Akimow, Brucker, Jegorow und Machow. Die Minderheit hatte auf dem Parteitag eine Niederlage erlitten und befaßte sich jetzt mit der „Ausarbeitung" *zweier* Kampfmethoden, in denen die ganze endlose Mannigfaltigkeit einzelner Ausfälle, Angriffe, Überfälle usw. enthalten war.

Die erste Methode ist die Desorganisierung der gesamten Parteiarbeit,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 62–73. *Die Red.*

das Schädigen der Sache, das Bestreben, „ohne Angabe von Gründen" immerfort alles zu hemmen.

Die zweite Methode ist die Veranstaltung von „Szenen" usw. usf.*

Diese „zweite Kampfmethode" wirkt sich auch in den berüchtigten „prinzipiellen" Resolutionen der Liga aus, an deren Erörterung die „Mehrheit" selbstverständlich nicht teilnahm. Sehen wir uns diese Resolutionen, die Gen. Martow jetzt in seinem „Belagerungszustand" abgedruckt hat, näher an.

Die erste Resolution, die von den Genossen Trotzki, Fomin, Deutsch und anderen unterzeichnet ist, enthält zwei Thesen, die sich gegen die „Mehrheit" des Parteitags richten: 1. „Die Liga bringt ihr tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, daß infolge der auf dem Parteitag aufgetretenen Tendenzen, die dem Wesen nach der früheren Politik der ‚Iskra' zuwiderlaufen, bei der Ausarbeitung des Parteistatuts nicht gebührend darauf geachtet worden ist, hinreichende Sicherungen zum Schutze der Unabhängigkeit und der Autorität des ZK zu schaffen." (S. 83 der Ligaprotokolle.)

Diese „prinzipielle" These läuft, wie wir schon gesehen haben, auf die *Akimowsche* Phrase hinaus, deren *opportunistischen* Charakter auf dem Parteitag *sogar* Gen. Popow entlarvte! Die Behauptungen, daß die „Mehrheit" nicht daran denke, die Unabhängigkeit und die Autorität des ZK zu schützen, sind im Grunde nie etwas anderes als *Klatsch* gewesen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das ZO, als Plechanow und ich in der Redaktion saßen, *im Rat nicht* das Übergewicht über das ZK hatte, daß hingegen, als die Martowleute in die Redaktion eintraten, das ZO im Rat die Oberhand über das ZK *erhielt*! Als wir in der Redaktion saßen, *überwogen* im Rat die *russischen Praktiker* über die ausländischen Literaten; bei den Martowleuten ist das Gegenteil der Fall. Als wir in der Redaktion saßen,

* Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es unvernünftig wäre, selbst die niedrigsten Formen des in der Emigranten- und Verbanntenatmosphäre üblichen Gezänks auf niedrige Motive zurückzuführen. Das ist eine Art Krankheit, die sich in bestimmten anormalen Lebensverhältnissen, bei einer gewissen Zerrüttung der Nerven usw. epidemisch verbreitet. Ich war *gezwungen*, hier auf den wahren Charakter dieser Kampfmethoden zurückzukommen, denn Gen. Martow *hat sie in seinem „Belagerungszustand" wieder uneingeschränkt angewandt.*

machte der Rat *kein einziges Mal* den Versuch, sich in irgendeine *praktische* Frage einzumischen; seit der einstimmigen Kooptation *hat eine solche Einmischung begonnen*, wie die Leser sehr bald ganz genau erfahren werden.

Die nächste These der von uns analysierten Resolution: „...Bei der Bildung der offiziellen zentralen Parteistellen ignorierte der Parteitag den kontinuierlichen Zusammenhang mit den faktisch schon bestehenden Zentralstellen..."

Diese These läuft ausschließlich auf die Frage nach der *personellen* Zusammensetzung der Zentralstellen hinaus. Die „Minderheit" zog es vor, stillschweigend über die Tatsache hinwegzugehen, daß die alten Zentralstellen auf dem Parteitag ihre Untauglichkeit bewiesen und eine Reihe von Fehlern gemacht haben. Am komischsten aber wirkt die Berufung auf die „Kontinuität" bezüglich des Organisationskomitees. Auf dem Parteitag verlor kein Mensch, wie wir gesehen haben, auch nur eine Silbe über die Bestätigung des OK in seinem Gesamtbestand. Auf dem Parteitag schrie Martow sogar außer sich vor Wut, eine Liste mit drei Mitgliedern des OK sei für ihn eine Schmach und Schande. Auf dem Parteitag schlug die „Minderheit" auf ihrer *letzten* Liste nur *ein* Mitglied des OK vor (*Popow*, Glebow oder Fomin und Trotzki), während die „Mehrheit" eine Liste mit *zwei* Mitgliedern des OK von drei durchsetzte (*Trawinski*, *Wassiljew* und Glebow). Es fragt sich, kann diese Berufung auf die „Kontinuität" wirklich als „prinzipielle Meinungsverschiedenheit" bezeichnet werden?

Gehen wir zur zweiten Resolution über, die von vier Mitgliedern der alten Redaktion mit Genossen Axelrod an der Spitze unterzeichnet ist. Hier finden wir alle Hauptbeschuldigungen gegen die „Mehrheit", die später in der Presse mehrfach wiederholt wurden. Es wird am zweckmäßigsten sein, sie eben in der Formulierung der Mitglieder des Redaktionszirkels zu untersuchen. Die Beschuldigungen richten sich gegen das „System der selbstherrlich-bürokratischen Leitung der Partei", gegen den „bürokratischen Zentralismus", der zum Unterschied vom „echt-sozialdemokratischen Zentralismus" folgendermaßen definiert wird: Er „stellt nicht die innere, sondern die äußerliche Vereinigung in den Vordergrund, die formale Einheit, die mit rein mechanischen Mitteln verwirklicht und geschützt wird – durch die systematische Unterdrückung der individuellen

Initiative und der öffentlichen Selbsttätigkeit"; er ist daher „seinem ureigenen Wesen nach unfähig, die Bestandteile der Gesellschaft organisch zu vereinigen".

Welche „Gesellschaft" Gen. Axelrod und Co. hier meinen, das weiß Allah allein. Gen. Axelrod hat anscheinend selber nicht recht gewußt, ob er eine Semstwobittschrift über wünschenswerte Verwaltungsreformen abfaßt oder die Beschwerden der „Minderheit" vorbringt. Was *kann* das „Selbstherrschertum" in der Partei *bedeuten*, von dem die unzufriedenen „Redakteure" schreien? Selbstherrschertum ist oberste, unkontrollierte Macht eines einzelnen, der nicht gewählt wird und niemandem Rechenschaft schuldet. Aus der Literatur der „Minderheit" ist sehr wohl bekannt, daß man *mich* und keinen andern für einen solchen Selbstherrscher hält. Als die betreffende Resolution verfaßt und angenommen wurde, saß ich zusammen mit Plechanow im ZO. Folglich bringen Gen. Axelrod und Co. die Überzeugung zum Ausdruck, daß sowohl Plechanow als auch sämtliche Mitglieder des ZK nicht gemäß ihren Ansichten zum Nutzen der Sache, sondern entsprechend *dem Willen* des Selbstherrschers Lenin „die Partei geleitet haben". Die Beschuldigung der selbstherrlichen Leitung führt unbedingt und unvermeidlich dazu, daß man alle Mitglieder der Leitung außer dem Selbstherrscher als einfache Werkzeuge in fremden Händen, als Schachfiguren, als Vollstrecker eines fremden Willens betrachtet. Und wir fragen zum soundsovielten Male: Besteht tatsächlich darin die „prinzipielle Meinungsverschiedenheit" des hochverehrten Gen. Axelrod?

Weiter. Von welcher äußerlichen, formalen Einheit sprechen hier unsere „Parteimitglieder", die eben erst vom Parteitag zurückgekommen sind, dessen Beschlüsse sie feierlich als rechtsgültig anerkannt haben? Kennen sie etwa ein anderes Mittel als den Parteitag, um die Einheit einer auf halbwegs festen Grundlagen organisierten Partei zu erreichen? Wenn ja, warum haben sie dann nicht den Mut, offen zu sagen, daß sie den zweiten Parteitag nicht mehr als rechtsgültig anerkennen? Warum versuchen sie nicht, uns ihre neuen Gedanken und ihre neuen Methoden darzulegen, mittels deren sie die Einheit einer angeblich organisierten angeblichen Partei erreichen wollen?

Weiter. Von welcher „Unterdrückung der individuellen Initiative" sprechen unsere individualistischen Intellektuellen, die das ZO der Partei

kurz vorher *gebeten hatte*, ihre Meinungsverschiedenheiten darzulegen, und die *statt dessen* um die „Kooptation" feilschten? Wie konnten überhaupt Plechanow und ich oder das ZK die Initiative und die Selbsttätigkeit von Leuten unterdrücken, die *jede* gemeinsame „Tätigkeit" mit uns verweigerten! Wie kann man jemanden in einer Körperschaft oder in einem Kollegium unterdrücken, in denen *mitzuarbeiten* der Unterdrückte *abgelehnt hat*? Wie können die nichtgewählten Redakteure sich über ein „System der Leitung" beschweren, nachdem sie es abgelehnt haben, *„geleitet zu werden"*? Wir *konnten keinerlei* Fehler bei der Leitung unserer Genossen begehen, aus dem einfachen Grunde, weil diese Genossen gar nicht unter unserer Leitung gearbeitet haben.

Es ist wohl klar, daß das Geschrei über den vielgenannten Bürokratismus bloß ein Deckmantel für die Unzufriedenheit mit der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen ist, ein Feigenblatt, das den Bruch des auf dem Parteitag feierlich gegebenen Wortes beschönigen soll. Du bist ein Bürokrat, denn der Parteitag hat dich nicht meinem Willen gemäß, sondern gegen meinen Willen bestimmt; du bist ein Formalist, denn du stützt dich auf formale Parteitagsbeschlüsse und nicht auf meine Zustimmung; du handelst grob mechanisch, denn du berufst dich auf die „mechanische" Parteitagsmehrheit und nimmst keine Rücksicht auf meinen Wunsch, kooptiert zu werden; du bist ein Selbstherrscher, denn du willst die Macht nicht an die alte, traute Kumpanei abgeben, die ihre Zirkel-„Kontinuität" um so energischer verteidigt, je unangenehmer ihr die offene Mißbilligung dieses Zirkelwesens durch den Parteitag ist.

Das Geschrei über den Bürokratismus hatte und hat keinen andern *realen* Inhalt als den von uns aufgezeigten.* Und eben diese Methode des Kampfes beweist nur wieder einmal die intelligenzlerische Wankelmütigkeit der Minderheit. Sie wollte die Partei von der unglücklichen Wahl der Zentralstellen überzeugen. Wodurch überzeugen? Durch die Kritik an der „Iskra", die Plechanow und ich leiteten? Nein, dazu waren sie nicht imstande. Sie wollte dadurch überzeugen, daß sich ein Teil der Partei weigerte, unter der Leitung der verhaßten Zentralstellen zu arbeiten. Aber

---

* Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Gen. Plechanow aufhörte, in den Augen der Minderheit ein Anhänger des „bürokratischen Zentralismus" zu sein, nachdem er die wohltuende Kooptation durchgeführt hatte.

keine einzige zentrale Körperschaft einer beliebigen Partei auf der Welt wird ihre Fähigkeit nachweisen können, Leute zu leiten, die sich der Leitung nicht unterordnen wollen. Die Weigerung, sich der Leitung der Zentralstellen unterzuordnen, ist gleichbedeutend mit der Weigerung, Mitglied der Partei zu sein, ist gleichbedeutend mit der Zerstörung der Partei, sie dient nicht der Überzeugung, sie bezweckt die *Vernichtung*. Und eben der Umstand, daß an die Stelle der Überzeugung die Vernichtung gesetzt wird, zeigt das Fehlen prinzipieller Standhaftigkeit, das Fehlen des Glaubens an die eigenen Ideen.

Man spricht von Bürokratismus. Das Wort Bürokratismus kann ins Russische übersetzt werden mit dem Wort: Rangstreit. Bürokratismus bedeutet: die Interessen der *Sache* den Interessen der *Karriere* unterordnen, hinter den *Posten* her sein und die Arbeit links liegenlassen, sich um die *Kooptation* balgen, anstatt für die *Idee* zu kämpfen. Ein solcher Bürokratismus ist tatsächlich nicht wünschenswert und unbedingt schädlich für die Partei, und ich überlasse es ruhig dem Leser, darüber zu urteilen, welches von den beiden in unserer Partei jetzt streitenden Lagern sich eines solchen Bürokratismus schuldig macht... Man spricht von grob mechanischen Methoden der Vereinigung. Selbstverständlich sind grob mechanische Methoden schädlich, aber ich überlasse es wiederum dem Leser, darüber zu urteilen, ob man sich eine gröbere und mechanischere Kampfesweise der neuen Richtung gegen die alte vorstellen kann als die Einführung von Personen in die Parteikörperschaften, bevor man die Partei von der Richtigkeit der neuen Anschauungen überzeugt, bevor man der Partei diese Anschauungen dargelegt hat.

Aber vielleicht haben die bei der Minderheit so beliebten Sprüchlein auch eine gewisse prinzipielle Bedeutung, vielleicht bringen sie einen bestimmten Kreis besonderer Ideen zum Ausdruck, unabhängig von dem kleinen und nebensächlichen Anlaß, der zweifellos in diesem Fall als Ausgangspunkt der „Schwenkung" gedient hat? Vielleicht erweist es sich, wenn man von der Balgerei um die „Kooptation" absieht, daß diese Sprüchlein doch ein anderes System von Anschauungen widerspiegeln?

Betrachten wir die Frage von dieser Seite. Wir werden dabei vor allem vermerken müssen, daß mit einer solchen Untersuchung als erster Gen. Plechanow begonnen hat, der in der Liga auf die Schwenkung der Minderheit zum *Anarchismus* und *Opportunismus* hinwies, und daß gerade Gen.

Martow (der jetzt sehr gekränkt ist, weil nicht alle seine Stellung als eine prinzipielle* Stellung anerkennen wollen) es vorgezogen hat, diesen Vorfall in seinem „Belagerungszustand" *totzuschweigen.*

Auf der Ligakonferenz wurde die allgemeine Frage aufgeworfen, ob ein von der Liga oder von einem Komitee für sich ausgearbeitetes Statut gültig ist, wenn das ZK dieses Statut nicht bestätigt hat oder wenn das ZK seine Bestätigung gar ablehnt. Man möchte meinen, diese Frage sei völlig klar: Das Statut ist der formelle Ausdruck der Organisiertheit, das Recht aber, Komitees zu organisieren, wird auf Grund des § 6 unseres Parteistatuts ausdrücklich dem ZK eingeräumt; das Statut legt die Grenzen der Autonomie des Komitees fest, die entscheidende Stimme bei der Festlegung dieser Grenzen aber hat die zentrale und nicht die lokale Parteikörperschaft. *Das ist das Abc,* und eine reine Kinderei war die tiefsinnige Überlegung, daß „organisieren" nicht immer „das Statut bestätigen" bedeute (als hätte die Liga nicht selbst von sich aus den Wunsch geäußert, eben auf Grund eines formellen Statuts organisiert zu sein). Aber Gen. Martow hat sogar (hoffentlich nur vorübergehend) das Abc der Sozialdemokratie vergessen. Seiner Ansicht nach bringt die Forderung der Bestätigung des Statuts nur zum Ausdruck, daß „der frühere revolutionäre iskristische Zentralismus durch einen bürokratischen ersetzt wird" (S. 95 der Ligaprotokolle), wobei Gen. Martow in derselben Rede erklärt, daß er gerade darin die „prinzipielle Seite" der Sache sehe

* Es gibt nichts Komischeres als dieses *Gekränktsein* der neuen „Iskra" darüber, daß Lenin die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten nicht sehen wolle oder sie bestreite. Je prinzipieller ihr euch zur Sache verhalten hättet, um so rascher würdet ihr meine wiederholten Hinweise auf die Schwenkung zum Opportunismus erkannt haben. Je prinzipieller eure Stellung wäre, um so weniger könntet ihr den ideologischen Kampf herabwürdigen zu Rangstreitigkeiten. Schlagt euch selber an die Brust, da ihr doch alles getan habt, um zu verhindern, daß man euch als Leute mit prinzipieller Einstellung betrachtet. Gen. Martow z. B. verschweigt in seinem „Belagerungszustand", wo er von der Konferenz der Liga spricht, die Auseinandersetzung mit Plechanow über den Anarchismus, erzählt dafür aber, Lenin sei eine Überzentrale, Lenin brauche nur zu winken, und die Zentralstelle werde verfügen, daß das ZK auf weißem Rosse in die Liga einziehe usw. Ich bin weit davon entfernt, zu bezweifeln, daß Gen. Martow eben durch diese Themenwahl seine tiefe ideologische Klarheit und prinzipielle Einstellung bewiesen hat.

(S. 96) – eine prinzipielle Seite, die er in seinem „Belagerungszustand" totzuschweigen vorgezogen hat!

Gen. Plechanow antwortet Martow sofort und ersucht ihn, sich solcher Ausdrücke wie Bürokratismus, Pompadourentum u. a., die „der Würde der Konferenz abträglich sind", zu enthalten (S. 96). Es kommt zu einem Wortwechsel mit Gen. Martow, der in diesen Ausdrücken die „prinzipielle Charakteristik einer bestimmten Richtung" sehen möchte. Gen. Plechanow betrachtete *damals*, wie alle Anhänger der Mehrheit, diese Ausdrücke in ihrer konkreten Bedeutung, denn er war sich klar darüber, daß ihnen nicht ein prinzipieller, sondern lediglich ein „Kooptations"sinn zukam, wenn man sich so ausdrücken darf. Er gibt aber dem Drängen der Martow und Deutsch nach (S. 96/97) und geht zur *prinzipiellen* Untersuchung der angeblich prinzipiellen Auffassungen über. „Wenn dem so wäre", sagt er (d. h., wenn die Komitees bei der Gründung ihrer Organisation und bei der Ausarbeitung ihres Statuts autonom wären), „so wären sie im Verhältnis zum Ganzen, zur Partei, autonom. Das ist schon nicht mehr ein bundistischer, sondern geradezu ein anarchistischer Standpunkt. In der Tat, die Anarchisten urteilen so: Die Rechte der Individuen seien unbeschränkt; sie könnten miteinander zusammenstoßen; jedes Individuum bestimme selbst die Grenzen seiner Rechte. Die Grenzen der Autonomie sollen nicht von der Gruppe selbst festgelegt werden, sondern nur von jenem Ganzen, dessen Teil sie ist. Als anschauliches Beispiel für die Verletzung dieses Grundsatzes kann der ‚Bund' dienen. Die Grenzen der Autonomie bestimmt also entweder der Parteitag oder jene höchste Instanz, die der Parteitag eingesetzt hat. Die Macht der zentralen Körperschaft muß auf moralischer und geistiger Autorität beruhen. Damit bin ich natürlich einverstanden. Jeder Vertreter einer Organisation muß dafür Sorge tragen, daß die Körperschaft moralische Autorität besitzt. Daraus folgt aber nicht, daß da, wo Autorität nötig ist, Macht nicht nötig wäre... Der Autorität der Ideen die Autorität der Macht entgegenstellen – das ist eine anarchistische Phrase, für die hier kein Platz sein sollte." (98.) Es gibt nichts Elementareres als diese Feststellungen, das sind wirklich Axiome, über die abzustimmen sogar lächerlich war (S. 102) und die nur deshalb angezweifelt wurden, weil sich „gegenwärtig die Begriffe verwirrt haben" (ebenda). Aber der Intellektuellen-Individualismus brachte die Minderheit zwangsläufig so weit, daß sie den Parteitag zunichte machen, sich

der Mehrheit nicht unterordnen wollte; dieses Bestreben konnte aber nicht anders gerechtfertigt werden als mit Hilfe einer *anarchistischen Phrase.* Es ist mehr als kurios, daß die Minderheit Plechanow mit nichts erwidern konnte als mit *Beschwerden* über den Gebrauch zu starker Ausdrücke wie Opportunismus, Anarchismus usw. Plechanow hat diese Beschwerden mit Recht verlacht und gefragt, warum man eigentlich „Jaurèsismus und Anarchismus nicht sagen darf, während lèse-majesté (Majestätsbeleidigung) und Pompadourentum gestattet sind"? Eine Antwort auf diese Frage ist nicht erfolgt. Dieses originelle qui pro quo* unterläuft den Genossen Martow, Axelrod und Co. ständig: ihre neuen Sprüchlein tragen unverkennbar den Stempel des „Grolls"; weist man darauf hin, so sind sie beleidigt – wir sind doch Menschen mit Prinzipien; wenn ihr aber *prinzipiell* die Unterordnung des Teils unter das Ganze ablehnt, so seid ihr Anarchisten, sagt man ihnen. Wieder fühlen sie sich durch den starken Ausdruck gekränkt! Mit anderen Worten: Sie wollen mit Plechanow die Degen kreuzen, aber unter der Bedingung, daß er sie nicht ernstlich angreift!

Wie oft haben Martow und diverse andere „Menschewiki" versucht, mich in ebenso kindischer Weise des folgenden „Widerspruchs" zu überführen. Man nimmt eine Stelle aus „Was tun?" oder aus dem „Brief an einen Genossen", wo von ideologischer Einwirkung, vom Kampf um den Einfluß usw. die Rede ist, und stellt dem die „bürokratische" Einwirkung mittels des Statuts, das „selbstherrliche" Streben, sich auf die Macht zu stützen usw., entgegen. Naive Leute! Sie haben schon vergessen, daß unsere Partei *früher* kein formell organisiertes Ganzes, sondern nur die Summe vereinzelter Gruppen war, und darum konnte es auch keine anderen Beziehungen zwischen diesen Gruppen geben als die ideologische Einwirkung. *Jetzt* sind wir eine organisierte Partei geworden, das aber bedeutet, eine Macht zu schaffen, die Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht zu verwandeln und die unteren Parteikörperschaften den höheren unterzuordnen. Wirklich, es ist sogar etwas peinlich, seinen alten Genossen eine solche Binsenwahrheit vorkauen zu müssen, besonders wenn man spürt, daß die ganze Sache nur auf das Widerstreben der Minderheit hinausläuft, sich hinsichtlich der Wahlen der Mehrheit unterzuordnen! Aber *prinzipiell* laufen alle diese endlosen Versuche, mich des Widerspruchs zu überführen, *ausschließlich* auf anarchistische Phrasen hinaus. Die neue „Iskra" hat nichts

* Mißverständnis. *Die Red.*

dagegen, den Titel und die Rechte einer Parteikörperschaft in Anspruch zu nehmen, aber sich der Parteimehrheit unterordnen möchte sie nicht.

Wenn den Phrasen über Bürokratismus ein Prinzip zugrunde liegt, wenn das keine anarchistische Verneinung der Pflicht eines Teils ist, sich dem Ganzen unterzuordnen, so haben wir vor uns das *Prinzip des Opportunismus*, der die Verantwortlichkeit einzelner Intellektueller vor der Partei des Proletariats herabmindern, den Einfluß der zentralen Körperschaften schwächen, die Autonomie der am wenigsten gefestigten Parteielemente stärken und die organisatorischen Beziehungen auf ihre rein platonische Anerkennung in Worten beschränken will. Wir haben das auf dem Parteitag gesehen, wo die Akimow und Liber ganz genau dieselben Reden über den „ungeheuerlichen" Zentralismus hielten, wie wir sie auf der Ligakonferenz aus dem Munde Martows und Co. hörten. Daß der Opportunismus nicht zufällig, sondern seinem ganzen Wesen nach, und nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt zu den Martowschen und Axelrodschen organisatorischen „Ansichten" führt, werden wir weiter unten sehen, wenn wir den Artikel des Gen. Axelrod in der neuen „Iskra" analysieren.

p) KLEINE UNANNEHMLICHKEITEN DÜRFEN EIN GROSSES VERGNÜGEN NICHT STÖREN

Daß die Liga die Resolution, wonach ihr Statut vom ZK bestätigt werden muß, ablehnte (S. 105 der Ligaprotokolle), bedeutete *„eine krasse Verletzung des Parteistatuts"*, wie die ganze Mehrheit des Parteitags sofort feststellte. Diese Verletzung war, betrachtet als eine Handlung von Menschen mit Prinzipien, der reinste Anarchismus, und angesichts des Kampfes nach dem Parteitag erweckte sie unweigerlich den Eindruck, daß die Parteiminderheit mit der Parteimehrheit „abrechnen" wollte (S. 112 der Ligaprotokolle), demonstrierte sie den Unwillen, sich der Partei unterzuordnen und in der Partei zu sein. Die Weigerung der Liga, eine Resolution zur Erklärung des ZK, daß das Statut abgeändert werden müsse, anzunehmen (S. 124/125), zog zwangsläufig nach sich, daß die Versammlung, die als Versammlung einer Parteiorganisation *gelten*, sich aber zugleich der zentralen Parteikörperschaft nicht unterordnen wollte, für *rechtswidrig* erklärt wurde. Die Anhänger der Parteimehrheit verließen

denn auch sofort diese Quasi-Parteiversammlung, um nicht an einer unwürdigen Komödie teilzunehmen.

Der Intellektuellen-Individualismus mit seiner platonischen Anerkennung der organisatorischen Beziehungen, der sich in der Wankelmütigkeit bei § 1 des Statuts offenbart hatte, erreichte so in der Praxis sein logisches, von mir schon im September, d. h. anderthalb Monate vorher, vorausgesagtes Ende – die *Zerstörung* der Parteiorganisation. Und in diesem Augenblick, am Abend desselben Tages, an dem die Ligakonferenz zu Ende ging, erklärte Gen. Plechanow seinen Kollegen aus den beiden zentralen Parteikörperschaften, er bringe es nicht über sich, „auf die eigenen Leute zu schießen", „besser eine Kugel durch den Kopf als die Spaltung", man müsse, um ein größeres Übel zu vermeiden, maximale persönliche Zugeständnisse machen, derentwegen ja im Grunde (viel mehr als wegen der Prinzipien, die in der falschen Stellung zu § 1 zum Vorschein gekommen seien) dieser Vernichtungskampf geführt werde. Um diese Schwenkung des Gen. Plechanow, die für die gesamte Partei eine gewisse Bedeutung erlangt hat, genauer zu kennzeichnen, halte ich es für zweckmäßiger, mich nicht auf Privatgespräche und nicht auf Privatbriefe zu stützen (das ist eine Zuflucht für äußerste Fälle), sondern auf die Darstellung, die Plechanow selber vor der ganzen Partei gab, auf seinen Artikel „Was man nicht tun darf" in Nr. 52 der „Iskra", der gleich nach der Konferenz der Liga, nach meinem Austritt aus der Redaktion des ZO (1. November 1903) und vor der Kooptation der Martowleute (26. November 1903) geschrieben wurde.

Der Grundgedanke des Artikels „Was man nicht tun darf" besteht darin, daß man in der Politik nicht rücksichtslos sein dürfe, nicht unangebracht schroff und nicht unangebracht unnachgiebig, daß es manchmal notwendig sei, um eine Spaltung zu vermeiden, auch den (sich uns nähernden oder inkonsequenten) Revisionisten und anarchistischen Individualisten Zugeständnisse zu machen. Es ist ganz natürlich, daß diese abstrakten allgemeinen Feststellungen bei den „Iskra"-Lesern überall Befremden erregten. Man kann nicht ohne Lachen die erhabenen und stolzen Erklärungen des Gen. Plechanow (in den folgenden Artikeln) lesen, man habe ihn nicht verstanden, weil seine Gedanken ganz neu seien, weil man die Dialektik nicht kenne. In der Tat konnten den Artikel „Was man nicht tun darf" zu der Zeit, als er geschrieben wurde, nur knapp zehn Menschen in zwei Genfer Vororten mit zwei gleichen An-

fangsbuchstaben verstehen. Das Mißgeschick des Gen. Plechanow bestand darin, daß er vor zehntausend Lesern eine Anzahl von Andeutungen, Vorwürfen, algebraischen Zeichen und Rätseln in Umlauf setzte, die nur an diese zehn Menschen gerichtet waren, die den Kampf gegen die Minderheit nach dem Parteitag in allen seinen Etappen mitgemacht hatten. Gen. Plechanow ist von diesem Mißgeschick betroffen worden, weil er den Hauptgrundsatz der von ihm so unglücklich erwähnten Dialektik verletzt hat: eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret. Eben darum war es auch unangebracht, den sehr konkreten Gedanken eines Zugeständnisses an die Martowleute nach der Ligakonferenz in abstrakte Form zu kleiden.

Die Nachgiebigkeit, die Gen. Plechanow als neues Schlagwort verkündet, ist in zwei Fällen berechtigt und notwendig: entweder wenn der Nachgebende sich überzeugt hat, daß diejenigen, die das Zugeständnis verlangen, recht haben (ehrliche Politiker geben in diesem Falle ihren Fehler direkt und offen zu), oder wenn mit dem Zugeständnis einer unvernünftigen und für die Sache schädlichen Forderung nachgekommen wird, um ein größeres Übel zu verhüten. Aus dem untersuchten Artikel geht ganz klar hervor, daß der Verfasser den zweiten Fall im Auge hat: er spricht direkt von einem Zugeständnis an die Revisionisten und anarchistischen Individualisten (d. h. an die Martowleute, wie jetzt alle Parteimitglieder aus den Ligaprotokollen wissen), von einem Zugeständnis, das zur Verhütung einer Spaltung unerläßlich sei. Wie man sieht, läuft der angeblich neue Gedanke des Gen. Plechanow vollständig auf die nicht sehr neue Lebensweisheit hinaus: Kleine Unannehmlichkeiten dürfen ein großes Vergnügen nicht stören, eine kleine opportunistische Dummheit und eine kleine anarchistische Phrase sind besser als eine große Parteispaltung. Gen. Plechanow hat, als er diesen Artikel schrieb, klar gesehen, daß die Minderheit den opportunistischen Flügel unserer Partei darstellt und daß sie mit anarchistischen Waffen kämpft. Gen. Plechanow ist mit dem Plan hervorgetreten, diese Minderheit mittels persönlicher Zugeständnisse zu bekämpfen, ebenso wie (wiederum si licet parva componere magnis) die deutsche Sozialdemokratie Bernstein bekämpft hat. Bebel erklärte auf den Kongressen seiner Partei öffentlich, daß er keinen Menschen kenne, der sich so sehr durch seine Umgebung beeinflussen lasse wie Genosse Bernstein (nicht Herr Bernstein, wie sich früher Genosse Plechanow auszu-

drücken pflegte, sondern Genosse Bernstein): Wir werden ihn in unseren Kreis aufnehmen, wir werden ihn zum Reichstagsabgeordneten machen, wir werden gegen den Revisionismus kämpfen, ohne mit unangebrachter Schärfe (à la Sobakewitsch-Parvus) gegen den Revisionisten zu kämpfen – wir werden diesen Revisionisten „durch Milde töten" (kill with kindness), wie diese Methode, wenn ich nicht irre, Gen. Max Beer in einer englischen sozialdemokratischen Versammlung kennzeichnete, als er die deutsche Nachgiebigkeit, Friedfertigkeit, Milde, Elastizität und Umsicht gegen die Angriffe Hyndmans, des englischen Sobakewitsch, verteidigte. Ganz genauso wollte auch Gen. Plechanow den kleinen Anarchismus und den kleinen Opportunismus der Genossen Axelrod und Martow „durch Milde töten". Allerdings hat sich Gen. Plechanow, neben ganz klaren Anspielungen auf die „anarchistischen Individualisten", absichtlich unklar über die Revisionisten ausgedrückt, und zwar so, als hätte er Leute vom „Rabotscheje Delo" im Auge, die vom Opportunismus zur Orthodoxie abschwenken, und nicht Axelrod und Martow, die begonnen haben, *von der Orthodoxie zum Revisionismus* abzuschwenken. Aber das war eine unschuldige Kriegslist*, das war eine schlecht befestigte Stellung, die dem Artilleriefeuer der Parteiöffentlichkeit nicht standhalten konnte.

Und wer sich nun mit der konkreten Konjunktur des geschilderten poli-

* Von Zugeständnissen an die Genossen Martynow, Akimow und Brucker war auch nach dem Parteitag keine Rede. Ich habe nicht gehört, daß sie ebenfalls eine „Kooptation" gefordert hätten. Ich bezweifle sogar, daß Gen. Starower oder Gen. Martow sich mit Gen. Brucker beraten haben, als sie uns ihre Schreiben und „Noten" im Namen der „Hälfte der Partei" schickten... Auf der Ligakonferenz wies Gen. Martow mit der tiefen Empörung eines unbeugsamen politischen Kämpfers den bloßen Gedanken einer „Vereinigung mit Rjasanow oder Martynow", die Möglichkeit einer „Abmachung" mit ihnen oder auch nur einer gemeinsamen Arbeit „im Dienst der Partei" (als Redakteur) zurück (S. 53 der Ligaprotokolle). Gen. Martow verurteilte auf der Ligakonferenz die „Martynowschen Tendenzen" aufs schärfste (S. 88), und als Gen. Orthodox[78] zart andeutete, daß Axelrod und Martow wohl „auch den Genossen Akimow, Martynow und anderen das Recht einräumen, zusammenzukommen, ein Statut für sich auszuarbeiten und nach diesem zu handeln, wie es ihnen beliebt" (S. 99), da begannen die Martowleute das zu verleugnen wie Petrus den Jesus Christus (S. 100, „die Befürchtungen des Gen. Orthodox" „hinsichtlich der Akimow, Martynow usw." „sind unbegründet").

tischen Augenblicks vertraut macht, wer in die Mentalität des Gen. Plechanow eindringt, der wird verstehen, daß ich damals nicht anders handeln konnte, als ich gehandelt habe. Ich sage das jenen Anhängern der Mehrheit, die mir Vorwürfe machten, weil ich die Redaktion aus der Hand gegeben habe. Als Gen. Plechanow nach der Ligakonferenz abschwenkte und aus einem Anhänger der Mehrheit zu einem Anhänger der Versöhnung um jeden Preis wurde, da war ich verpflichtet, diese Schwenkung im besten Sinne auszulegen. Vielleicht wollte Gen. Plechanow in seinem Artikel das Programm eines gütlichen und ehrlichen Friedens geben? Jedes derartige Programm läuft auf die ehrliche Anerkennung der Fehler seitens beider streitenden Lager hinaus. Von was für einem Fehler der Mehrheit sprach Gen. Plechanow? – Von der unangebrachten, eines Sobakewitsch würdigen Schroffheit gegenüber den Revisionisten. Ich weiß nicht, was Gen. Plechanow dabei im Auge hatte: seinen Witz über die Esel oder die – in Gegenwart Axelrods – höchst unvorsichtige Erwähnung des Anarchismus und Opportunismus; Gen. Plechanow zog es vor, sich „abstrakt" auszudrücken und mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist natürlich Geschmackssache. Ich habe aber doch meine persönliche Schroffheit sowohl in dem Brief an einen Iskristen als auch auf der Ligakonferenz offen zugegeben; wie konnte ich also diesen „Fehler" der Mehrheit abstreiten? Was die Minderheit anbelangt, so hat Gen. Plechanow auf ihren Fehler klar hingewiesen: Revisionismus (vgl. seine Bemerkungen über den Opportunismus auf dem Parteitag und den Jaurèsismus auf der Ligakonferenz) und Anarchismus, der zur Spaltung geführt hat. Konnte ich den Versuch stören, durch persönliche Zugeständnisse und überhaupt durch „kindness" (Güte, Milde usw.) jeder Art das Eingeständnis dieser Fehler und die Paralysierung ihrer schädlichen Auswirkung zu erzielen? Konnte ich einen solchen Versuch stören, wo doch Gen. Plechanow im Artikel „Was man nicht tun darf" direkt dazu aufforderte, die *„Gegner"* aus der Zahl der Revisionisten, die „nur infolge einer gewissen Inkonsequenz" Revisionisten sind, *„zu schonen"*? Und wenn ich an diesen Versuch nicht glaubte, konnte ich dann etwas anderes tun, als in der Frage des ZO ein persönliches Zugeständnis zu machen und zur Verteidigung der Stellung der Mehrheit ins ZK zu übersiedeln?* Die Möglichkeit solcher Versuche

* Gen. Martow hat diesbezüglich sehr treffend bemerkt, ich sei avec armes et bagages [mit Geschütz und Troß. *Die Red.*] übergesiedelt. Gen. Martow

absolut bestreiten und die Verantwortung für die drohende Spaltung allein übernehmen konnte ich schon deshalb nicht, weil ich selber geneigt war, im Brief vom 6. Oktober den Zank auf „persönliche Verärgerung" zurückzuführen. Die Stellung der Mehrheit zu verteidigen, betrachtete und betrachte ich aber als meine politische Pflicht. Es war schwer und gewagt, sich in dieser Hinsicht auf Gen. Plechanow zu verlassen, denn aus allem ging hervor, daß er bereit war, seinen Satz „ein Führer des Proletariats hat kein Recht, seinen kriegerischen Neigungen nachzugeben, wenn diese der politischen Zweckmäßigkeit widersprechen" in dem Sinne dialektisch auszulegen, daß es, wenn man schon schießen müsse, zweckmäßiger sei (angesichts des Genfer Wetters im November), auf die Mehrheit zu schießen... Es war notwendig, die Stellung der Mehrheit zu verteidigen, weil Gen. Plechanow – der Dialektik zum Hohn, die eine konkrete und allseitige Untersuchung erfordert – zwar vom guten (?) Willen des Revolutionärs sprach, aber bescheiden hinwegging über die Frage des *Vertrauens zum Revolutionär*, des Glaubens an einen „Führer des Proletariats", der Führer eines bestimmten Flügels der Partei war. Als Gen. Plechanow vom anarchistischen Individualismus sprach und empfahl, „hin und wieder" vor einem Disziplinbruch die Augen zu verschließen, „manchmal" der intelligenzlerischen Disziplinlosigkeit nachzugeben, die „in einem Gefühl wurzelt, das mit der Ergebenheit für die revolutionäre Idee nichts zu tun hat", vergaß er anscheinend, daß man auch den guten

gebraucht gern militärische Vergleiche: der Feldzug gegen die Liga, die Schlacht, unheilbare Wunden usw. usf. Offen gesagt, hege auch ich eine große Schwäche für militärische Vergleiche, besonders jetzt, da man mit angehaltenem Atem die Nachrichten vom Stillen Ozean verfolgt. Um aber militärisch zu sprechen, Gen. Martow, so verhielt sich die Sache wie folgt: Wir haben auf dem Parteitag zwei Forts erobert. Ihr habt sie auf der Ligakonferenz angegriffen. Nach dem ersten leichten Scharmützel öffnet mein Kollege, der Kommandant der einen Festung, dem Feind die Tore. Ich sammle selbstverständlich meine leichte Artillerie und gehe in das zweite, fast unbefestigte Fort, um mich gegen den zahlenmäßig weit überlegenen Feind zu „verschanzen". Ich schlage sogar Frieden vor: wie soll ich gegen zwei Mächte Krieg führen? Aber die neuen Verbündeten beantworten den Friedensvorschlag damit, daß sie das mir „verbliebene" Fort bombardieren. Ich schieße zurück — da ruft mein früherer Kollege, der Kommandant, mit erhabener Empörung aus: Seht nur, gute Leute, wie wenig friedfertig dieser Chamberlain ist!

Willen der Parteimehrheit in Rechnung stellen, daß man die Festsetzung des *Maßes* der Zugeständnisse an die anarchistischen Individualisten *eben den Praktikern* überlassen muß. So leicht der literarische Kampf gegen den kindischen anarchistischen Unsinn ist, so schwer ist die praktische Arbeit mit einem anarchistischen Individualisten in ein und derselben Organisation. Ein Literat, der es übernehmen wollte, das Maß der Zugeständnisse festzusetzen, die an den Anarchismus in der Praxis gemacht werden können, würde dadurch nur seinen übermäßigen, wahrhaft doktrinären Literatendünkel offenbaren. Gen. Plechanow bemerkte pathetisch (um der Wichtigkeit halber, wie Basarow[79] zu sagen pflegte), daß im Falle einer neuen Spaltung die Arbeiter aufhören würden, uns zu verstehen, gleichzeitig aber machte er in der neuen „Iskra" selbst den Anfang mit einer endlosen Reihe von Artikeln, die in ihrer wirklichen, konkreten Bedeutung nicht nur den Arbeitern, sondern überhaupt aller Welt unverständlich bleiben mußten. Kein Wunder, daß ein Mitglied des ZK, das den Artikel „Was man nicht tun darf" im Korrekturabzug gelesen hatte, Gen. Plechanow warnte, daß sein Plan, einige Veröffentlichungen (die Protokolle des Parteitags und der Ligakonferenz) etwas zu kürzen, eben an diesem Artikel scheitere, der die Neugierde wecke, etwas Pikantes und zugleich völlig Unklares dem Urteil der Straße unterbreite* und unvermeidlich befremdete Fragen auslöse: „Was ist geschehen?" Kein Wunder, daß gerade dieser Artikel des Gen. Plechanow infolge der Abstraktheit seiner Ausführungen und der Unklarheit seiner Anspielungen in den Reihen der Feinde der Sozialdemokratie Frohlocken hervorgerufen hat: einen Cancan in den Spalten der „Rewoluzionnaja Rossija" und begeisterte

---

* Wir haben in einem geschlossenen Raum hitzig und leidenschaftlich diskutiert. Plötzlich springt einer von uns auf, reißt das auf die Straße hinausgehende Fenster auf und fängt an, gegen die Sobakewitsche, die anarchistischen Individualisten, die Revisionisten usw. zu wettern. Natürlich sammelt sich auf der Straße ein Haufen müßiger Gaffer, und unsere Feinde reiben sich schadenfroh die Hände. Andere Diskussionsteilnehmer gehen ebenfalls ans Fenster und äußern den Wunsch, den Streitfall von Anfang an vernünftig zu erklären, ohne auf Dinge anzuspielen, die niemand kennt. Da wird das Fenster zugeschlagen: man solle doch nicht über *Gezänk* reden („Iskra" Nr. 53, S. 8, Spalte 2, Zeile 24 von unten). Man hätte *in der „Iskra"* nicht eine Auseinandersetzung über „Gezänk" *beginnen* sollen, Gen. Plechanow[80] — so müßte es richtig heißen!

Lobeshymnen der konsequenten Revisionisten vom „Oswoboshdenije". Die Quelle all dieser ergötzlichen und traurigen Mißverständnisse, aus denen sich dann Gen. Plechanow so ergötzlich und so traurig herauszuwinden versuchte, lag eben in der Verletzung des dialektischen Grundsatzes: Konkrete Fragen müssen in ihrer ganzen Konkretheit untersucht werden. Insbesondere war der Jubel des Herrn Struve durchaus verständlich: Er kümmerte sich nicht um die „guten" Ziele (kill with kindness), die Gen. Plechanow verfolgte (aber nicht unbedingt zu erreichen brauchte); Herr Struve begrüßte, und anders konnte es gar nicht sein, *jene Schwenkung zum opportunistischen Flügel unserer Partei*, die in der neuen „Iskra" eingesetzt hat, wie jetzt jedermann sieht. Nicht allein die russischen bürgerlichen Demokraten begrüßen jede, auch die kleinste und flüchtigste Schwenkung zum Opportunismus in allen sozialdemokratischen Parteien. Das Urteil eines klugen Feindes baut sich höchst selten auf einem völligen Mißverständnis auf. Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin dein Fehler besteht! Und umsonst rechnet Gen. Plechanow auf die Unaufmerksamkeit der Leser, wenn er die Sache so hinstellen möchte, als habe sich die Mehrheit unbedingt gegen ein persönliches Zugeständnis in der Frage der Kooptation gewandt und nicht gegen den Übergang vom linken Flügel der Partei auf den rechten. Der springende Punkt ist gar nicht, daß Gen. Plechanow, um eine Spaltung zu vermeiden, ein persönliches Zugeständnis machte (das wäre durchaus lobenswert), sondern daß er, obgleich er die Notwendigkeit, gegen die inkonsequenten Revisionisten und die anarchistischen Individualisten *aufzutreten*, völlig einsah, es doch vorzog, gegen die Mehrheit aufzutreten, mit der er nur darin uneins war, *wie weit* man in den praktischen Zugeständnissen an den Anarchismus gehen könne. Der springende Punkt ist gar nicht, daß Genosse Plechanow die personelle Zusammensetzung der Redaktion änderte, sondern daß er seiner Kampfstellung gegen den Revisionismus und den Anarchismus untreu wurde, daß er aufhörte, diese Stellung im ZO der Partei zu verteidigen.

Was das ZK anbelangt, das *damals* als einziger organisierter Vertreter der Mehrheit auftrat, so war sich Gen. Plechanow mit ihm (dem ZK) damals *ausschließlich* darin uneins, *wie weit man in den praktischen Zugeständnissen an den Anarchismus gehen könne.* Seit dem 1. November, dem Tage, an dem ich durch meinen Austritt die Bahn frei machte für die

Politik „kill with kindness", war fast ein Monat vergangen. Gen. Plechanow hatte die volle Möglichkeit, durch jede Art Fühlungnahme die Tauglichkeit dieser Politik zu prüfen. Gen. Plechanow veröffentlichte um diese Zeit seinen Artikel „Was man nicht tun darf", der sozusagen die einzige Eintrittskarte der Martowleute in die Redaktion war *und bleibt*. Die Losungen: Revisionismus (gegen den man, unter Schonung des Gegners, auftreten muß) und anarchistischer Individualismus (den man umschmeicheln und durch Milde töten muß) sind auf dieser Karte durch Fettdruck hervorgehoben. Treten Sie bitte ein, meine Herren, ich werde Sie durch Milde töten – das ist es, was Gen. Plechanow mit dieser Einladungskarte seinen neuen Redaktionskollegen sagt. Natürlich blieb dem ZK nur übrig, sein letztes Wort (und ein Ultimatum ist eben das letzte Wort über einen möglichen Frieden) darüber zu sagen, wie weit man, von seinem Standpunkt aus gesehen, in den praktischen Zugeständnissen an den anarchistischen Individualismus gehen dürfe. Entweder ihr wollt den Frieden – dann bekommt ihr eine bestimmte Anzahl von Posten, die unsere Milde, Friedfertigkeit, Nachgiebigkeit etc. beweisen (mehr können wir nicht geben, wenn wir den Frieden in der Partei sichern wollen, einen Frieden nicht in dem Sinne, daß es keinen Meinungsstreit mehr geben wird, sondern im Sinne eines Schutzes der Partei vor der Zerstörung durch den anarchistischen Individualismus), nehmt diese Posten an und schwenkt allmählich wieder von Akimow zu Plechanow um. Oder ihr wollt euren Standpunkt verteidigen und entwickeln, wollt endgültig (wenn auch nur in Organisationsfragen) zu Akimow umschwenken und die Partei davon überzeugen, daß ihr gegen Plechanow im Recht seid – dann nehmt euch die Literatengruppe, erhaltet eine Vertretung auf dem Parteitag und beginnt durch ehrlichen Kampf, durch offene Polemik die Mehrheit zu erobern. Diese Alternative, vor die das Ultimatum des Zentralkomitees vom 25. November 1903 die Martowleute klipp und klar gestellt hat (siehe „Belagerungszustand" und „Kommentar zu den Ligaprotokollen"*), entspricht vollkommen dem Brief vom 6. Oktober 1903, den

* Ich werde mich selbstverständlich nicht damit befassen, das Durcheinander zu entwirren, das Martow im „Belagerungszustand" durch seine Hinweise auf Privatgespräche etc. um dieses Ultimatum des ZK geschaffen hat. Das ist die von mir im vorigen Abschnitt gekennzeichnete „zweite Kampfmethode", die nur ein Neuropathologe mit Aussicht auf Erfolg untersuchen könnte. Es ge-

Plechanow und ich an die früheren Redakteure geschrieben haben: entweder persönliche Verärgerung (und dann kann man *schlimmstenfalls* auch „kooptieren") oder prinzipielle Meinungsverschiedenheit (und dann muß man die Partei *zuerst* überzeugen, erst danach kann man von einer Änderung in der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen sprechen). Das ZK konnte die Entscheidung dieses heiklen Dilemmas um so mehr den Martowleuten selbst überlassen, als Gen. Martow *gerade zu jener Zeit* in seiner profession de foi* („Noch einmal in der Minderheit") folgende Zeilen schrieb:

„*Die Minderheit erhebt Anspruch auf die eine Ehre* – in der Geschichte unserer Partei das erste Beispiel zu geben, daß man, wenn man ‚besiegt' ist, *keine neue Partei zu gründen* braucht. Diese Einstellung der Minderheit ergibt sich aus allen ihren Auffassungen von der organisatorischen Entwicklung der Partei, sie ergibt sich aus dem Bewußtsein ihrer festen Verbindung mit der vorhergegangenen Parteiarbeit. Die Minderheit

---

nügt zu sagen, daß Gen. Martow darin auf einer Vereinbarung mit dem ZK über die Geheimhaltung der Verhandlungen besteht, einer Vereinbarung, die trotz allem Suchen bisher nicht aufgefunden werden konnte. Gen. Trawinski, der die Verhandlungen im Auftrage des ZK führte, teilte mir schriftlich mit, daß ich seiner Meinung nach das Recht hätte, meinen Brief an die Redaktion außerhalb der „Iskra" zu veröffentlichen.

Nur eine Redewendung des Gen. Martow hat mir besonders gefallen, die Wendung „Bonapartismus schlimmster Sorte". Ich finde, daß Gen. Martow diese Kategorie zur rechten Zeit in die Debatte geworfen hat. Betrachten wir unvoreingenommen, was dieser Begriff bedeutet. Meines Erachtens bedeutet er die Eroberung der Macht auf *formal* rechtmäßigem Wege, aber *dem Wesen der Sache nach* gegen den Willen des Volkes (oder der Partei). Ist dem nicht so, Gen. Martow? Wenn dem aber so ist, so überlasse ich es ruhig der Öffentlichkeit, darüber zu urteilen, von wessen Seite ein „Bonapartismus schlimmster Sorte" zu beobachten war — von seiten Lenins und Y-s[81], die von ihrem *formalen* Recht, die Martowleute nicht zuzulassen, Gebrauch machen und sich dabei auf den Willen des II. Parteitags stützen konnten, von diesem Recht aber *keinen Gebrauch machten*, oder von seiten jener, die *formal rechtmäßig* die Redaktion besetzten („einstimmige Kooptation"), obgleich sie wußten, daß das *dem Willen des II. Parteitags nicht entspricht*, und die eine Überprüfung dieses Willens durch einen III. Parteitag fürchten?

* Glaubensbekenntnis. *Die Red.*

glaubt nicht an die mystische Kraft ‚papierener Revolutionen', sie sieht in der Tatsache, daß ihre Bestrebungen *tief im Leben begründet sind*, die Gewähr dafür, daß *sie durch die rein ideologische Propaganda innerhalb der Partei den Triumph ihrer organisatorischen Prinzipien erkämpfen wird.*" (Hervorgehoben von mir.)

Welch schöne, stolze Worte! Und wie bitter war es, durch die Erfahrung belehrt zu werden, daß es — *nur Worte* sind... Nichts für ungut, Gen. Martow, aber jetzt *erhebe ich im Namen der Mehrheit Anspruch* auf diese „Ehre", die *Sie nicht verdient haben.* Das wird wirklich eine große Ehre sein, um die zu kämpfen sich lohnt, denn die Traditionen des Zirkelwesens haben uns als Erbe außergewöhnlich leichte Spaltungen und eine außergewöhnlich eifrige Befolgung der Regel hinterlassen: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.

Das große Vergnügen (eine einheitliche Partei zu haben) mußte die kleinen Unannehmlichkeiten (das Gezänk um die Kooptation) überwiegen und überwog sie auch. Ich trat aus dem ZO aus, Gen. Y (den ich und Plechanow von der Redaktion des ZO in den Rat der Partei delegiert hatten) trat aus dem Rat aus. Die Martowleute antworteten auf das letzte Wort des ZK, das den Frieden anbot, mit einem Brief (siehe die angeführten Schriften), der einer Kriegserklärung gleichkam. Dann und erst dann schreibe ich den Brief an die Redaktion (Nr. 53 der „Iskra") mit der Forderung nach Öffentlichkeit.* Wenn wir schon von Revisionismus reden, über Inkonsequenz und anarchistischen Individualismus, über die Niederlage verschiedener Führer diskutieren, dann, meine Herren, laßt uns alles erzählen, ohne etwas zu verheimlichen, alles, wie es war – das ist der Inhalt dieses Briefes. Die Redaktion antwortet darauf mit einem wüsten Geschimpfe und mit der erbaulichen Mahnung: Wage nicht, von dem *„kleinlichen Gezänk des Zirkellebens"* zu reden (Nr. 53 der „Iskra"). Ach so, denke ich im stillen: das „kleinliche Gezänk des Zirkellebens"... es ist mir recht**, meine Herren, damit bin ich einverstanden. Denn das bedeutet doch, daß ihr das Hin und Her um die „Kooptation" unmittelbar zum *Zirkelgezänk* rechnet. Das ist richtig. Was ist das aber für ein Mißton, wenn dieselbe (angeblich dieselbe) Redaktion im Leitartikel der-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 105—109. *Die Red.*

** „es ist mir recht" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

selben Nr. 53 von Bürokratismus, Formalismus u. dgl. m. redet?* Du darfst nicht vom Kampf um die Kooptation in das ZO reden, denn das wäre Gezänk. Wir aber werden von der Kooptation in das ZK reden und das nicht ein Gezänk nennen, sondern eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über „Formalismus". — Nein, werte Genossen, denke ich, gestattet, daß ich euch das nicht gestatte. Ihr wollt mein Fort beschießen, von mir aber verlangt ihr, euch die Artillerie auszuliefern. Das könnte euch so passen! Und ich schreibe und drucke unabhängig von der „Iskra" den „Brief an die Redaktion" („Warum bin ich aus der Redaktion der ‚Iskra' ausgetreten?")**, erzähle dort kurz, wie sich die Sache verhalten hat, und frage wieder und immer wieder, ob ein Friede auf der Grundlage folgender Verteilung möglich sei: euch das Zentralorgan, uns das Zentralkomitee. Niemand wird sich in seiner Partei „fremd" fühlen, und wir werden über die Schwenkung zum Opportunismus diskutieren, zunächst in der Parteiliteratur und dann vielleicht auch auf dem dritten Parteitag.

Als Antwort auf die Erwähnung des Friedens wurde aus sämtlichen feindlichen Batterien – den Rat mit inbegriffen – das Feuer eröffnet. Ein Hagel von Geschossen! Selbstherrscher, Schweitzer, Bürokrat, Formalist, Überzentrale, einseitig, rücksichtslos, eigensinnig, engstirnig, mißtrauisch, unverträglich... Sehr gut, meine Freunde! Seid ihr fertig? Habt ihr weiter nichts in Reserve? Mit eurer Munition ist es nicht weit her...

Jetzt habe ich das Wort. Betrachten wir den *Inhalt* der neuen organisatorischen Auffassungen der neuen „Iskra" und das Verhältnis dieser Auffassungen zu jener Teilung unserer Partei in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit", deren wahren Charakter wir in der Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem zweiten Parteitag enthüllt haben.

---

* Wie sich später herausstellte, erklärte sich der „Mißton" ganz einfach aus einem Mißton in der Zusammensetzung der Redaktion des ZO. Über das „Gezänk" schrieb Plechanow (siehe sein Bekenntnis in dem „Traurigen Mißverständnis", Nr. 57), den Leitartikel „Unser Parteitag" aber schrieb Martow („Der Belagerungszustand", S. 84). Der eine sagt hü, der andere hott.

** Siehe den vorliegenden Band, S. 110—117. *Die Red.*

q) DIE NEUE „ISKRA" DER OPPORTUNISMUS IN ORGANISATORISCHEN FRAGEN

Als Grundlage für die Untersuchung der prinzipiellen Stellung der neuen „Iskra" müssen zweifellos zwei Feuilletons des Gen. Axelrod genommen werden.* Die konkrete Bedeutung einer ganzen Reihe von ihm mit Vorliebe gebrauchter Worte haben wir bereits oben ausführlich gezeigt. Jetzt müssen wir uns bemühen, von dieser konkreten Bedeutung abzusehen und in den Gedankengang einzudringen, der die „Minderheit" (aus diesem oder jenem kleinen und kleinlichen Grund) veranlaßt hat, gerade zu diesen und nicht zu irgendwelchen anderen Losungen zu greifen, wir müssen die prinzipielle Bedeutung dieser Losungen unabhängig von ihrem Ursprung, unabhängig von der „Kooptation" untersuchen. Wir leben jetzt im Zeichen der Nachgiebigkeit: wir wollen also Genossen Axelrod ein Zugeständnis machen und seine „Theorie" „ernst nehmen".

Die Grundthese des Gen. Axelrod (Nr. 57 der „Iskra") besagt, daß „unsere Bewegung von Anfang an zwei entgegengesetzte Tendenzen in sich barg, deren Antagonismus sich zwangsläufig parallel mit ihrer eigenen Entwicklung entwickeln und in ihr widerspiegeln mußte". Nämlich: „Prinzipiell ist das proletarische Ziel der Bewegung (in Rußland) dasselbe wie das der Sozialdemokratie im Westen." Aber bei uns geht die Einwirkung auf die Arbeitermassen „von einem ihnen fremden sozialen Element", von der radikalen Intelligenz aus. Gen. Axelrod stellt somit einen Antagonismus zwischen den proletarischen und den radikal-intelligenzlerischen Tendenzen in unserer Partei fest.

Darin hat Gen. Axelrod unbedingt recht. Das Vorhandensein eines solchen Antagonismus (und nicht nur in der russischen sozialdemokratischen Partei) unterliegt keinem Zweifel. Ja noch mehr. Jedermann weiß, daß sich gerade aus diesem Antagonismus in hohem Maße die Teilung der heutigen Sozialdemokratie in eine revolutionäre (oder orthodoxe) und

* Diese Feuilletons sind im Sammelband „Zwei Jahre ‚Iskra'", II. Teil, S. 122 ff. (St. Petersburg 1906) erschienen. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

eine opportunistische (revisionistische, ministerialistische, reformistische) erklärt, die auch in Rußland in den letzten zehn Jahren unserer Bewegung klar zutage getreten ist. Jeder weiß auch, daß die orthodoxe Sozialdemokratie gerade die proletarischen Tendenzen der Bewegung zum Ausdruck bringt, die opportunistische hingegen die Tendenzen der demokratischen Intelligenz.

Aber kaum ist Gen. Axelrod bis hart an diese allgemein bekannte Tatsache herangekommen, da beginnt er sich ängstlich zurückzuziehen. Er macht *nicht den geringsten Versuch*, zu analysieren, wie diese Teilung in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie im allgemeinen und auf unserem Parteitag im besonderen zum Ausdruck gekommen ist, obgleich Gen. Axelrod gerade aus Anlaß des Parteitags schreibt! Wie die gesamte Redaktion der neuen „Iskra" hat auch Gen. Axelrod eine *Todesangst* vor den Protokollen dieses Parteitags. Das darf uns nach all dem oben Dargelegten nicht wundern, aber bei einem „Theoretiker", der angeblich die verschiedenen Tendenzen in unserer Bewegung erforscht, ist das ein origineller Fall von *Wahrheitsangst*. Infolge dieser seiner Eigenschaft schiebt Gen. Axelrod das neueste und genaueste Material über die Tendenzen unserer Bewegung von sich und sucht Rettung im Reich angenehmer Träumereien. „Hat doch der legale oder halbe Marxismus unseren Liberalen einen literarischen Führer beschert", sagt er. „Warum soll die launenhafte Geschichte nicht der revolutionären bürgerlichen Demokratie einen Führer aus der Schule des orthodoxen, revolutionären Marxismus bescheren?" Zu dieser für Gen. Axelrod angenehmen Träumerei können wir nur sagen, daß gelegentliche Launen der Geschichte keineswegs *launenhaftes Denken* desjenigen rechtfertigen, der sich an die Analyse dieser Geschichte macht. Als hinter dem Führer des halben Marxismus der Liberale hervorlugte, da haben sich die Leute, die wünschten (*und verstanden*), seine „Tendenzen" aufzuspüren, nicht auf mögliche Launen der Geschichte berufen, sondern auf Dutzende und Hunderte von Beispielen in der Mentalität und Logik dieses Führers, auf jene Besonderheiten seiner ganzen literarischen Physiognomie, die verrieten, wie sich der Marxismus in der bürgerlichen Literatur widerspiegelt.[82] Und wenn Gen. Axelrod, der die „allgemein-revolutionären und proletarischen Tendenzen in unserer Bewegung" analysieren wollte, bei bestimmten Vertretern des ihm so verhaßten orthodoxen Flügels der Partei *durch nichts, aber auch rein nichts*

gewisse Tendenzen aufzuzeigen und nachzuweisen vermochte, so hat er sich damit nur ein *feierliches Armutszeugnis* ausgestellt. Es muß sehr schlecht um die Sache des Gen. Axelrod bestellt sein, wenn ihm weiter nichts übrigbleibt, als sich auf mögliche Launen der Geschichte zu berufen!

Ein anderer Hinweis des Gen. Axelrod – auf die „Jakobiner" – ist noch aufschlußreicher. Gen. Axelrod dürfte es nicht unbekannt sein, daß die Teilung der heutigen Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische schon seit langem, und nicht nur in Rußland, den Anlaß zu „geschichtlichen Analogien mit der Epoche der Großen Französischen Revolution" gegeben hat. Gen. Axelrod dürfte es nicht unbekannt sein, daß die *Girondisten der heutigen Sozialdemokratie* stets und überall ihre Zuflucht zu den Ausdrücken „Jakobinertum", „Blanquismus" usw. nehmen, um ihre Gegner zu charakterisieren. Wir wollen aber Axelrods Wahrheitsangst nicht nachahmen und uns die Protokolle unseres Parteitags ansehen: Vielleicht findet sich darin Material für die Analyse und Überprüfung der Tendenzen und Analogien, mit denen wir uns zu befassen haben.

Das erste Beispiel. Die Diskussion über das Programm auf dem Parteitag. Gen. Akimow (der mit Gen. Martynow „durchaus einverstanden" ist) erklärt: „Der Absatz über die Eroberung der politischen Macht" (über die Diktatur des Proletariats) „hat im Vergleich zu allen anderen sozialdemokratischen Programmen eine Fassung erhalten, daß er so ausgelegt werden kann und von Plechanow tatsächlich so ausgelegt worden ist, als müßte die Rolle der führenden Organisation die von ihr geführte Klasse in den Hintergrund schieben und die Organisation von der Klasse absondern. Und unsere politischen Aufgaben sind deshalb genauso formuliert wie bei der ‚Narodnaja Wolja'." (S. 124 der Protokolle.) Gen. Plechanow und andere Iskristen widersprechen Gen. Akimow und werfen ihm Opportunismus vor. Findet Gen. Axelrod nicht, daß uns diese Diskussion (im Leben und nicht in eingebildeten Launen der Geschichte) den Antagonismus zwischen den *heutigen Jakobinern* und den heutigen *Girondisten* in der Sozialdemokratie zeigt? Und hat Gen. Axelrod nicht etwa deshalb von den Jakobinern zu reden begonnen, weil er sich (infolge der von ihm begangenen Fehler) in der Gesellschaft der *Girondisten* der Sozialdemokratie erwies?

Das zweite Beispiel. Gen. Possadowski spricht von einer „ernsten Mei-

nungsverschiedenheit" in der „Grundfrage" nach dem „absoluten Wert der demokratischen Prinzipien" (S. 169). Zusammen mit Plechanow bestreitet er deren absoluten Wert. Die Führer des „Zentrums" oder des Sumpfes (Jegorow) und der Antiiskristen (Goldblatt) wenden sich entschieden dagegen und werfen Plechanow „Nachahmung der bürgerlichen Taktik" vor (S. 170). *Das ist eben die Idee des Gen. Axelrod von der Verbindung zwischen Orthodoxie und bürgerlicher Tendenz,* nur mit dem Unterschied, daß bei Axelrod diese Idee in der Luft hängt, während sie bei Goldblatt mit einer bestimmten Debatte verknüpft ist. Wir fragen noch einmal: Findet Gen. Axelrod nicht, daß auch diese Diskussion auf unserem Parteitag uns *anschaulich* den Antagonismus zwischen Jakobinern und Girondisten in der heutigen Sozialdemokratie zeigt? Zetert Gen. Axelrod nicht etwa deshalb über die Jakobiner, weil er sich in der Gesellschaft der Girondisten erwies?

Das dritte Beispiel. Die Diskussion über § 1 des Statuts. Wer verteidigt *„die proletarischen Tendenzen in unserer Bewegung"*, wer unterstreicht, daß der Arbeiter die Organisation nicht fürchtet, daß der Proletarier für die Anarchie nichts übrig hat, daß er die Aufforderung „Organisiert euch!" zu schätzen weiß, wer warnt vor der bürgerlichen Intelligenz, die bis ins Mark vom Opportunismus durchdrungen ist? *Die Jakobiner der Sozialdemokratie.* Und wer schmuggelt die radikale Intelligenz in die Partei ein, wer sorgt sich um die Professoren, die Gymnasiasten, die Einzelgänger, die radikale Jugend? *Der Girondist Axelrod im Bunde mit dem Girondisten Liber.*

Recht ungeschickt verteidigt sich Gen. Axelrod gegen die „falsche Beschuldigung des Opportunismus", die auf unserm Parteitag gegen die Mehrheit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" ganz offen erhoben wurde! Er verteidigt sich so, daß er durch sein Nachbeten der alten Bernsteinschen Leier von Jakobinertum, Blanquismus usw. die Beschuldigung bestätigt! Er zetert über die Gefahr der radikalen Intelligenz, um seine eigenen Reden auf dem Parteitag zu übertönen, aus denen die Besorgtheit um diese Intelligenz spricht.

Nichts als *Opportunismus* drücken diese „furchtbaren Worte" Jakobinertum usw. aus. Der Jakobiner, der untrennbar verbunden ist mit der *Organisation* des Proletariats, das sich seiner Klasseninteressen *bewußt geworden ist* – das ist eben der *revolutionäre Sozialdemokrat.* Der Giron-

dist, der sich nach Professoren und Gymnasiasten sehnt, der die Diktatur des Proletariats fürchtet, der vom absoluten Wert der demokratischen Forderungen säuselt – das ist eben der *Opportunist*. Nur Opportunisten können auch heute noch in Verschwörerorganisationen eine Gefahr sehen, nachdem der Gedanke von der Einengung des politischen Kampfes bis zur Verschwörung tausendmal in unserer Literatur widerlegt, längst vom Leben widerlegt und verworfen worden ist, nachdem die kardinale Bedeutung der politischen Massenagitation geklärt und bis zum Erbrechen wiedergekäut worden ist. Die reale Grundlage der Angst vor Verschwörungen, vor dem Blanquismus ist nicht dieser oder jener hervortretende Zug der praktischen Bewegung (wie Bernstein und Co. seit langem vergeblich nachzuweisen suchen), sondern die girondistische Furchtsamkeit des bürgerlichen Intellektuellen, dessen Mentalität bei den heutigen Sozialdemokraten so oft durchbricht. Nichts ist komischer als diese Anstrengungen der neuen „Iskra", ein *neues Wort* zu sagen (das seinerzeit hundertemal gesagt worden ist), das uns vor der Verschwörertaktik der französischen Revolutionäre der vierziger und sechziger Jahre warnen soll (Nr. 62, Leitartikel).[88] In der nächsten Nummer der „Iskra" werden uns die Girondisten der heutigen Sozialdemokratie wahrscheinlich eine Gruppe französischer Verschwörer der vierziger Jahre vorführen, für die die Bedeutung der politischen Agitation unter den Arbeitermassen und die Bedeutung der Arbeiterzeitungen als Grundpfeiler der Einwirkung der Partei auf die Klasse eine längst gelernte und begriffene Binsenwahrheit war.

Das Streben der neuen „Iskra", unter dem Schein neuer Worte altbekannte Dinge zu wiederholen und Binsenwahrheiten wiederzukäuen, ist jedoch durchaus kein Zufall, sondern die unvermeidliche Folge jener Lage, in der sich Axelrod und Martow befanden, nachdem sie in den opportunistischen Flügel unserer Partei geraten waren. Die Lage verpflichtet. Man muß opportunistische Phrasen wiederholen, man muß nach *rückwärts gehen* und versuchen, in der *fernen Vergangenheit* wenigstens eine gewisse Rechtfertigung für seine Stellung zu finden, die vom Standpunkt des Kampfes auf dem Parteitag und der Schattierungen und Gruppierungen, die sich auf dem Parteitag herausgebildet haben, nicht zu verteidigen ist. Den Akimowschen Weisheiten über Jakobinertum und Blanquismus fügt Genosse Axelrod die ebenfalls Akimowschen Klagen dar-

über hinzu, daß nicht nur die „Ökonomisten", sondern auch die „Politiker" „einseitig" waren, sich allzusehr „hinreißen ließen" usw. usf. Liest man die hochtrabenden Ausführungen über dieses Thema in der neuen „Iskra", die hoffärtig den Anspruch erhebt, über all diesen Einseitigkeiten und Überspitzungen zu stehen, so fragt man sich erstaunt: Wen wollen sie da konterfeien? Wo hören sie die Redereien? Wer weiß denn nicht, daß die Teilung der russischen Sozialdemokraten in Ökonomisten und Politiker längst überholt ist? Durchblättert die „Iskra" der letzten ein bis zwei Jahre vor dem Parteitag, und ihr werdet sehen, daß der Kampf gegen den „Ökonomismus" abebbt und bereits 1902 vollkommen aufhört; ihr werdet sehen, daß zum Beispiel im Juli 1903 (Nr. 43) von den „Zeiten des Ökonomismus" als von „endgültig überwundenen" Zeiten gesprochen wird, der Ökonomismus gilt als „endgültig zu Grabe getragen", die Überspitzungen der Politiker werden als augenscheinlicher Atavismus betrachtet. Aus welchem Grunde kehrt also die neue Redaktion der „Iskra" zu dieser endgültig zu Grabe getragenen Teilung zurück? Haben wir denn auf dem Parteitag gegen die Akimow wegen der Fehler gekämpft, die sie vor zwei Jahren im „Rabotscheje Delo" begangen haben? Hätten wir das getan, so wären wir komplette Idioten. Aber jeder weiß, daß wir das nicht getan haben, daß wir auf dem Parteitag die Akimow nicht wegen ihrer alten, endgültig zu Grabe getragenen Fehler im „Rabotscheje Delo" bekämpften, sondern wegen der *neuen Fehler*, die sie in ihren Ausführungen und in ihren Abstimmungen auf dem Parteitag machten. Nicht auf Grund ihrer Stellung im „Rabotscheje Delo", sondern auf Grund ihrer Stellung auf dem Parteitag haben wir geurteilt, welche Fehler tatsächlich überwunden sind und welche noch lebendig sind und Diskussionen notwendig machen. Zur Zeit des Parteitags bestand die alte Teilung in Ökonomisten und Politiker nicht mehr, aber es waren noch verschiedenartige opportunistische Tendenzen vorhanden, die in den Debatten und Abstimmungen über eine Reihe von Fragen zum Ausdruck kamen und die schließlich zu einer neuen Teilung der Partei in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit" führten. Der springende Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die neue Redaktion der „Iskra" aus leichtverständlichen Gründen den Zusammenhang dieser neuen Teilung mit dem *heutigen* Opportunismus in unserer Partei vertuschen möchte und daß sie daher von der neuen Teilung zur alten zurückgehen muß. Da sie nicht imstande ist, den politi-

schen Ursprung der neuen Teilung zu erklären (oder aus Nachgiebigkeit diesen Ursprung verschleiern möchte*), so muß sie wohl oder übel die längst verdaute alte Teilung wiederkäuen. Jedermann weiß, daß der neuen Teilung eine Meinungsverschiedenheit in *organisatorischen* Fragen zugrunde liegt, die mit einem Streit um die Prinzipien der Organisation (§ 1 des Statuts) begann und mit einer der Anarchisten würdigen „Praxis" endete. Der alten Teilung in Ökonomisten und Politiker hatte eine Meinungsverschiedenheit hauptsächlich in *taktischen* Fragen zugrunde gelegen.

Dieses Zurückgehen von verwickelteren, wirklich zeitgemäßen und brennenden Fragen des Parteilebens zu längst gelösten Fragen, die künstlich ausgegraben werden, sucht die neue „Iskra" mit einer ergötzlichen Tiefgründigkeit zu rechtfertigen, die man nur als Nachtrabphilosophie bezeichnen kann. Nachdem Gen. Axelrod den Anfang damit gemacht hat, zieht sich nun durch alle Schreibereien der neuen „Iskra" wie ein roter Faden der tiefe „Gedanke", daß der Inhalt wichtiger ist als die Form, daß das Programm und die Taktik wichtiger sind als die Organisation, daß „die Lebensfähigkeit der Organisation direkt proportional ist dem Umfang und der Bedeutung jenes Inhalts, den sie in die Bewegung hineintragen wird", daß der Zentralismus nicht „etwas sich selbst Genügendes", kein „alles rettender Talisman" ist usw. usf. Tiefe, große Wahrheiten! Das Programm ist tatsächlich wichtiger als die Taktik, die Taktik wichtiger als die Organisation. Das Abc ist wichtiger als die Etymologie, die Etymolo-

---

* Siehe Plechanows Artikel über den „Ökonomismus" in Nr. 53 der „Iskra". In den Untertitel dieses Artikels hat sich anscheinend ein kleiner Druckfehler eingeschlichen. Anstatt: „Gedanken über den zweiten Parteitag" muß es offensichtlich heißen: „über die *Liga*konferenz" oder auch „über die *Kooptation*". So angebracht unter Umständen Nachgiebigkeit gegenüber persönlichen Ansprüchen sein kann, so unzulässig ist es (vom Partei- und nicht vom Spießerstandpunkt aus), daß die Partei bewegende Fragen durcheinandergeworfen werden, daß die Frage des neuen Fehlers Martows und Axelrods, die begonnen haben, von der Orthodoxie zum Opportunismus abzuschwenken, ersetzt wird durch die Frage des alten Fehlers (an den jetzt außer der neuen „Iskra" niemand mehr denkt) der Martynow und Akimow, die heute vielleicht bereit sind, in vielen Fragen des Programms und der Taktik vom Opportunismus zur Orthodoxie umzuschwenken.

gie wichtiger als die Syntax – was aber soll man von Leuten sagen, die beim Examen in der Syntax durchgefallen sind und sich jetzt wichtig tun und sich damit brüsten, daß sie in der unteren Klasse sitzengeblieben sind? Gen. Axelrod urteilte über prinzipielle Fragen der Organisation wie ein Opportunist (§ 1) und handelte in der Organisation wie ein Anarchist (Ligakonferenz) – und jetzt vertieft er die Sozialdemokratie: die Trauben sind zu sauer! Was ist eigentlich die Organisation? sie ist doch nur eine Form; was ist der Zentralismus? er ist doch kein Talisman; was ist die Syntax? sie ist doch weniger wichtig als die Etymologie, sie ist nur eine Form, in der sich die etymologischen Elemente verbinden... „Wird uns Gen. Alexandrow nicht zustimmen", fragt die neue Redaktion der „Iskra" siegesbewußt, „wenn wir sagen, daß der Parteitag durch die Ausarbeitung des Parteiprogramms die Zentralisierung der Parteiarbeit viel mehr gefördert hat als durch die Annahme des Statuts, wie vollkommen dieses auch scheinen möge?" (Nr. 56, Beilage.) Es ist zu hoffen, daß dieser klassische Ausspruch eine nicht weniger breite und nicht weniger dauerhafte geschichtliche Berühmtheit erlangen wird als der bekannte Satz des Gen. Kritschewski, daß die Sozialdemokratie sich ebenso wie die Menschheit immer nur Aufgaben stelle, die sie lösen kann. Diese Tiefgründigkeit der neuen „Iskra" ist ja ganz von derselben Art. Weshalb ist der Satz des Gen. Kritschewski verlacht worden? Weil er den Fehler eines gewissen Teils der Sozialdemokraten in taktischen Fragen, die Unfähigkeit, politische Aufgaben richtig zu stellen, durch eine Plattheit rechtfertigte, die er für Philosophie ausgab. Ganz genauso rechtfertigt auch die neue „Iskra" den Fehler eines gewissen Teils der Sozialdemokraten in organisatorischen Fragen, die intelligenzlerische Wankelmütigkeit gewisser Genossen, die sie zur anarchistischen Phrase führte, durch die Plattheit, daß das Programm wichtiger sei als das Statut, daß Programmfragen wichtiger seien als Organisationsfragen! Ist das etwa nicht Nachtrabphilosophie? Heißt das etwa nicht, sich damit zu brüsten, daß man in der unteren Klasse sitzengeblieben ist?

Die Annahme des Programms fördert die Zentralisierung der Arbeit mehr als die Annahme des Statuts. Wie riecht doch diese Plattheit, die für Philosophie ausgegeben wird, nach radikalem Intellektuellentum, das der bürgerlichen Dekadenz viel nähersteht als dem Sozialdemokratismus! Denn das Wort Zentralisierung wird in diesem berühmten Satz schon ganz

symbolisch aufgefaßt. Wenn die Urheber dieses Satzes nicht denken können oder wollen, so sollten sie sich doch wenigstens die einfache Tatsache in Erinnerung rufen, daß die Annahme des Programms zusammen mit den Bundisten keineswegs zu einer Zentralisierung unserer gemeinsamen Arbeit geführt, ja uns nicht einmal vor einer Spaltung bewahrt hat. Die Einheit in Fragen des Programms und in Fragen der Taktik ist eine notwendige, aber noch unzureichende Bedingung für die Vereinigung der Partei, für die Zentralisierung der Parteiarbeit (du lieber Gott! welche Binsenwahrheiten muß man heutzutage, da sich alle Begriffe verwirrt haben, wiederkäuen!). Dafür ist noch die Einheit der Organisation notwendig, die in einer dem Rahmen eines Familienzirkels halbwegs entwachsenen Partei undenkbar ist ohne ein festgelegtes Statut, ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, ohne die Unterordnung des Teils unter das Ganze. Solange wir in den Grundfragen des Programms und der Taktik keine Einheit hatten, sagten wir auch offen, daß wir im Zeitalter der Zerfahrenheit und des Zirkelwesens leben, erklärten wir offen, daß man sich voneinander abgrenzen muß, bevor man sich vereinigt, sprachen wir gar nicht von den Formen einer gemeinsamen Organisation, sondern ausschließlich von den neuen (damals wirklich neuen) Fragen des programmatischen und taktischen Kampfes gegen den Opportunismus. Jetzt hat dieser Kampf, wie wir alle anerkennen, bereits eine genügende Einheit gesichert, die im Parteiprogramm und in den Parteiresolutionen über die Taktik formuliert worden ist; jetzt mußten wir den nächsten Schritt tun, und wir haben ihn, mit unser aller Einverständnis, getan: wir haben die *Formen* einer einheitlichen, alle Zirkel zu einem Ganzen zusammenfassenden Organisation erarbeitet. Man hat jetzt diese Formen zur Hälfte zerstört und uns zurückgezerrt zum anarchistischen Verhalten, zur anarchistischen Phrase, zur Wiederherstellung eines Zirkels an Stelle der Parteiredaktion, und rechtfertigt jetzt diesen Schritt zurück damit, daß das Abc die literarische Ausdrucksweise mehr fördere als die Kenntnis der Syntax!

Die Nachtrabphilosophie, die vor drei Jahren in den taktischen Fragen Blüten trieb, erlebt jetzt in der Anwendung auf die organisatorischen Fragen ihre Auferstehung. Man nehme folgende Erwägung der neuen Redaktion. „Die kämpferische sozialdemokratische Richtung", sagt Gen. Alexandrow, „muß in der Partei nicht nur durch den ideologischen Kampf,

sondern auch durch bestimmte organisatorische Formen durchgesetzt werden." Die Redaktion belehrt uns: „Diese Gegenüberstellung von ideologischem Kampf und organisatorischen Formen ist nicht übel. Der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die organisatorischen Formen aber sind nur ... Formen" (wahrhaftig, so steht es wörtlich gedruckt in Nr. 56, Beilage, S. 4, Spalte 1, unten!), „die dem in Fluß befindlichen, sich entwickelnden Inhalt, der sich entfaltenden praktischen Parteiarbeit eine Hülle geben sollen." Das ist schon ganz im Geiste der Plattheit, daß eine Kugel eine Kugel und eine Bombe eine Bombe ist. Der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die organisatorischen Formen aber sind nur Formen, die den Inhalt umhüllen! Es geht darum, ob unser ideologischer Kampf sich in *höhere* Formen hüllen wird, in die Formen einer für alle verbindlichen Parteiorganisation, oder in die Formen der alten Zerfahrenheit und des alten Zirkelwesens. Man hat uns von höheren Formen zu primitiveren Formen zurückgezerrt und rechtfertigt das damit, daß der ideologische Kampf ein Prozeß sei, die Formen aber nur Formen seien. Ganz genauso hat uns Gen. Kritschewski einstmals von der Taktik als Plan zur Taktik als Prozeß zurückgezerrt.

Man betrachte die dünkelhaften Phrasen der neuen „Iskra" über die „Selbsterziehung des Proletariats", die denen entgegengehalten werden, die es angeblich fertigbringen, über der Form den Inhalt zu vergessen (Nr. 58, Leitartikel). Ist das etwa nicht ein Akimowismus Nummer zwei? Der Akimowismus Nummer eins versuchte die Rückständigkeit eines gewissen Teils der sozialdemokratischen Intelligenz in der taktischen Aufgabenstellung durch Hinweise auf den „tieferen" Inhalt des „proletarischen Kampfes", durch Hinweise auf die Selbsterziehung des Proletariats zu rechtfertigen. Der Akimowismus Nummer zwei versucht die Rückständigkeit eines gewissen Teils der sozialdemokratischen Intelligenz in den theoretischen und praktischen Fragen der Organisation durch ebenso tiefsinnige Hinweise darauf zu rechtfertigen, daß die Organisation nur eine Form sei und daß es nur auf die Selbsterziehung des Proletariats ankomme. Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht, meine Herren, die ihr so besorgt seid um den jüngeren Bruder! Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die Herren Professoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen, als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organi-

sation arbeiten. Das Proletariat wird durch sein ganzes Leben viel radikaler zur Organisation erzogen als viele Intelligenzler. Das Proletariat, das sich unser Programm und unsere Taktik einigermaßen zu eigen gemacht hat, wird die organisatorische Rückständigkeit nicht durch Hinweise darauf rechtfertigen wollen, daß die Form weniger wichtig sei als der Inhalt. Nicht dem Proletariat, sondern *manchen Intellektuellen* in unserer Partei mangelt es an *Selbsterziehung* im Geiste der Organisation und der Disziplin, im Geiste der Feindschaft und der Verachtung für die anarchistische Phrase. Die Akimow Nummer zwei verleumden das Proletariat ebenso, wenn sie von der mangelnden Vorbereitung zur Organisation reden, wie die Akimow Nummer eins es verleumdet haben, als sie von der mangelnden Vorbereitung zum politischen Kampf redeten. Ein Proletarier, der ein bewußter Sozialdemokrat geworden ist und sich als Parteimitglied fühlt, wird die Nachtrabphilosophie in den organisatorischen Fragen mit derselben Verachtung zurückweisen, mit der er sie in den taktischen Fragen zurückgewiesen hat.

Man betrachte schließlich die tiefgründige Weisheit des „Praktikers" der neuen „Iskra". „Die richtig verstandene Idee einer ‚kämpferischen' zentralistischen Organisation", sagt er, „welche die *Tätigkeit*" (die Hervorhebung vertieft den Gedanken) „der Revolutionäre vereinigt und zentralisiert, setzt sich auf natürliche Weise nur dann im Leben durch, wenn eine solche Tätigkeit *vorhanden* ist" (wie neu und wie klug!); „die Organisation selbst kann als Form" (hört, hört!) „nur *gleichzeitig*" (hervorgehoben, wie überall in diesem Zitat, vom Verfasser) „mit dem Wachstum der revolutionären Arbeit wachsen, die ihr Inhalt ist." (Nr. 57.) Erinnert das nicht immer wieder an jenen Helden des Volksmärchens*, der beim Anblick eines Leichenzuges ruft: Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein? Sicherlich wird sich in unserer Partei kein einziger Praktiker (ohne Anführungsstriche) finden, der nicht verstehen würde, daß gerade die Form unserer Tätigkeit (d. h. die Organisation) seit langem hinter dem Inhalt zurückbleibt, und zwar furchtbar zurückbleibt, daß die Mahnrufe an die zurückbleibenden Leute: Schritt halten, nicht vorauseilen! nur den Iwanuschkas der Partei anstehen. Versucht doch zum Beispiel einmal, unsere Partei mit dem „Bund" zu vergleichen! Es unter-

* Iwanuschka Duratschok — Iwan der Dummkopf. *Der Übers.*

liegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der *Inhalt** der Arbeit unserer Partei unermeßlich reichhaltiger, vielseitiger, umfassender und tiefer ist als beim „Bund". Größer ist der theoretische Schwung, entwickelter das Programm, umfassender und tiefer die Einwirkung auf die Arbeitermassen (und nicht allein auf die organisierten Handwerker), vielseitiger die Propaganda und Agitation, lebendiger der Puls der politischen Arbeit bei den Funktionären und einfachen Mitgliedern, machtvoller die *Volks*bewegung bei Demonstrationen und allgemeinen Streiks, energischer die Tätigkeit unter den nichtproletarischen Schichten. Und die „Form"? Die „Form" unserer Arbeit ist im Verhältnis zu jener des „Bund" ganz unzulässig zurückgeblieben, so weit zurückgeblieben, daß es in die Augen sticht, daß es jedem die Schamröte ins Gesicht treibt, der den Angelegenheiten seiner Partei nicht „wurstig" gegenübersteht. Die Rückständigkeit der Organisation im Vergleich zum Inhalt der Arbeit – das ist unser wunder Punkt, und sie war der wunde Punkt schon lange vor dem Parteitag, lange vor der Bildung des OK. Die mangelnde Entwicklung und Festigkeit der Form gibt keine Möglichkeit, weitere ernste Schritte in der Entwicklung des Inhalts zu machen, sie ruft einen beschämenden Stillstand hervor, führt zu einer Vergeudung der Kräfte, zu einem Mißverhältnis zwischen Wort und Tat. Alle leiden maßlos unter diesem Mißverhältnis – und da kommen die Axelrod und die „Praktiker" der neuen „Iskra" mit der tiefgründigen Predigt: Die Form muß auf natürliche Weise wachsen, nur gleichzeitig mit dem Inhalt!

Da seht ihr, wohin ein kleiner Fehler in der Organisationsfrage (§ 1) führt, wenn man den Unsinn *vertiefen* und die opportunistische Phrase philosophisch begründen will. Mit Furcht und Bangen im Zickzack gegangen! – wir haben diese Melodie in Anwendung auf die Fragen der Taktik gehört; wir hören sie jetzt in Anwendung auf die Fragen der Orga-

---

* Ich sehe schon ganz davon ab, daß der *Inhalt* unserer Parteiarbeit auf dem Parteitag (im Programm usw.) im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie nur *auf dem Wege eines Kampfes* festgelegt werden konnte, eines Kampfes gegen dieselben Antiiskristen und denselben Sumpf, deren Vertreter in unserer „Minderheit" zahlenmäßig überwiegen. Es wäre auch interessant, wenn man schon von „Inhalt" spricht, beispielsweise sechs Nummern der alten „Iskra" (Nr. 46—51) und zwölf Nummern der neuen „Iskra" (Nr. 52—63) zu vergleichen. Aber das ein anderes Mal.

nisation. *Die Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen* ist das natürliche und unvermeidliche Produkt der Mentalität des *anarchistischen Individualisten*, wenn dieser seine (zunächst vielleicht zufälligen) anarchistischen Abweichungen zu einem *System von Anschauungen*, zu besonderen *prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten* erhebt. Auf der Ligakonferenz haben wir den Anfang dieses Anarchismus gesehen, in der neuen „Iskra" sehen wir die Versuche, ihn zu einem System von Anschauungen zu erheben. Diese Versuche bestätigen auffallend den schon auf dem Parteitag geäußerten Gedanken von den verschiedenen Standpunkten des bürgerlichen Intellektuellen, der sich der Sozialdemokratie anschließt, und des Proletariers, der sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist. Derselbe „Praktiker" der neuen „Iskra" z. B., dessen tiefgründige Weisheit wir bereits kennengelernt haben, wirft mir vor, daß ich mir die Partei „als eine ungeheure Fabrik" vorstelle, an deren Spitze als Direktor das Zentralkomitee steht (Nr. 57, Beilage). Der „Praktiker" ahnt nicht, daß das von ihm gebrauchte furchtbare Wort sofort die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen verrät, der weder die Praxis noch die Theorie der proletarischen Organisation kennt. Gerade die Fabrik, die so manchem nur als Schreckgespenst erscheint, ist die höchste Form der kapitalistischen Kooperation, die das Proletariat vereinigte und disziplinierte, die es lehrte, sich zu organisieren, und es an die Spitze aller übrigen Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung stellte. Gerade der Marxismus als Ideologie des durch den Kapitalismus geschulten Proletariats belehrte und belehrt die wankelmütigen Intellektuellen über den Unterschied zwischen der ausbeuterischen Seite der Fabrik (der auf der Furcht vor dem Hungertod beruhenden Disziplin) und ihrer organisierenden Seite (der auf der gemeinsamen, durch die Bedingungen der technisch hochentwickelten Produktion vereinigten Arbeit beruhenden Disziplin). Disziplin und Organisation, die der bürgerliche Intellektuelle so schwer begreift, eignet sich das Proletariat dank der „Schule", die es in der Fabrik durchmacht, besonders leicht an. Die Todesangst vor dieser Schule, das völlige Nichtverstehen ihrer organisierenden Bedeutung sind eben für Denkmethoden charakteristisch, die kleinbürgerliche Existenzbedingungen widerspiegeln und jene Art von Anarchismus erzeugen, die von den deutschen Sozialdemokraten Edelanarchismus* genannt wird, d. h. den Anarchismus des „edlen"

* „Edelanarchismus" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Herrn, den Herrenanarchismus, möchte ich sagen. Dem russischen Nihilisten ist dieser Edelanarchismus besonders eigen. Die Parteiorganisation erscheint ihm als eine ungeheuerliche „Fabrik", die Unterordnung des Teils unter das Ganze und der Minderheit unter die Mehrheit betrachtet er als „Knechtung" (siehe die Feuilletons Axelrods), die Arbeitsteilung unter der Leitung einer Zentralstelle ruft bei ihm ein tragikomisches Gezeter über die Verwandlung der Menschen in „Rädchen und Schräubchen" hervor (wobei als besonders mörderische Art dieser Verwandlung die Verwandlung von Redakteuren in Mitarbeiter betrachtet wird), die Erwähnung des Organisationsstatuts der Partei ruft eine verächtliche Grimasse und die geringschätzige Bemerkung (an die Adresse der „Formalisten") hervor, daß es ja auch ganz ohne Statut gehe.

Das ist unglaublich, aber wahr: eben eine solche schulmeisterliche Bemerkung macht gegen mich Gen. Martow in Nr. 58 der „Iskra", wobei er sich zwecks größerer Überzeugungskraft auf meine eigenen Worte im „Brief an einen Genossen" beruft. Ist das etwa nicht „Edelanarchismus", ist das etwa nicht Nachtrabpolitik, wenn man in der Zeit, da es schon eine Partei gibt, mit Beispielen aus der Zeit der Zerfahrenheit, aus der Zeit der Zirkel die Aufrechterhaltung und Verherrlichung des Zirkelwesens und der Anarchie *rechtfertigt*?

Warum brauchten wir früher keine Statuten? Weil die Partei aus einzelnen Zirkeln bestand, die durch kein organisatorisches Band miteinander verbunden waren. Der Übergang von einem Zirkel in einen andern war einzig und allein Sache des „guten Willens" des einen oder anderen Individuums, das keinen in einer bestimmten Form zum Ausdruck gebrachten Willen des Ganzen vor sich hatte. Die strittigen Fragen innerhalb der Zirkel wurden nicht gemäß Statut entschieden, *„sondern durch Kampf und durch die Drohung, fortzugehen"*, wie ich mich in meinem „Brief an einen Genossen" ausdrückte*; ich stützte mich dabei auf die Erfahrung einer Reihe von Zirkeln im allgemeinen und unseres eigenen Redaktions-Sechserkollegiums im besonderen. In der Zeit der Zirkel war eine solche Erscheinung natürlich und unvermeidlich, aber niemandem fiel es ein, sie zu verherrlichen, sie als Ideal zu betrachten, alle beschwerten sich über diese Zerfahrenheit, allen war sie lästig, und alle sehnten sich nach einer Verschmelzung der zersplitterten Zirkel zu einer festgefügten Partei-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 223—244. *Die Red.*

organisation. Und jetzt, da diese Verschmelzung zustande gekommen ist, zerrt man uns zurück, tischt man uns – als höchste organisatorische Erkenntnis – eine anarchistische Phrase auf! Den Leuten, die sich an den weiten Schlafrock und die Pantoffeln des Oblomowschen* Familienzirkels gewöhnt haben, erscheint das formale Statut eng und beschränkt, lästig und niedrig, bürokratisch und knechtend, den freien „Prozeß" des ideologischen Kampfes beengend. Der Edelanarchismus begreift nicht, daß ein formales Statut gerade notwendig ist, um die engen Zirkelbindungen durch eine breite Parteibindung zu ersetzen. Es war nicht nötig und nicht möglich, die Bindung innerhalb des Zirkels oder zwischen den Zirkeln in eine feste Form zu bringen, denn diese Bindung fußte auf Freundschaft oder auf einem nicht rechenschaftspflichtigen und nicht motivierten „Vertrauen". Die Parteibindung kann und darf weder auf dem einen noch auf dem andern fußen, sie muß sich stützen auf ein *formelles*, (vom Standpunkt des undisziplinierten Intellektuellen) „bürokratisch" redigiertes Statut, dessen strenge Einhaltung uns allein vor dem Zirkeldünkel, den Zirkellaunen, den Zirkelmethoden jener Katzbalgerei bewahrt, die man den freien „Prozeß" des ideologischen Kampfes nennt.

Die Redaktion der neuen „Iskra" trumpft gegen Alexandrow mit der schulmeisterlichen Belehrung auf, daß „Vertrauen ein heikles Ding" sei, „das man in die Herzen und Köpfe nicht einhämmern" könne (Nr. 56, Beilage). Die Redaktion begreift nicht, daß eben diese Betonung der Kategorie des Vertrauens, des *nackten* Vertrauens, ihren Edelanarchismus und ihre organisatorische Nachtrabpolitik wieder einmal handgreiflich verrät. Als ich Mitglied eines bloßen Zirkels war, des Sechserkollegiums der Redaktion oder der „Iskra"-Organisation, da durfte ich mich, wenn ich z. B. mit X nicht zusammenarbeiten wollte, zur Rechtfertigung einzig und allein auf mein Mißtrauen berufen, über das ich keine Rechenschaft abzulegen und das ich nicht zu motivieren brauchte. Seitdem ich Mitglied der Partei bin, *darf ich mich nicht* nur auf mein unbestimmtes Mißtrauen berufen, denn das würde jeder Art Launen und jeder Art Dünkel des alten Zirkelwesens Tür und Tor öffnen; ich *muß* mein „Vertrauen" oder „Mißtrauen" mit formellen Argumenten begründen, d. h. mit dem Hinweis auf diese oder jene formell festgelegte Satzung unseres Programms, unserer Taktik, unseres Statuts; ich darf mich nicht auf ein willkürliches „Vertrauen"

* Titelheld eines Romans von Gontscharow. *Der Übers.*

oder „Mißtrauen" beschränken, sondern ich muß einsehen, daß über alle meine Entschlüsse und überhaupt über alle Entschlüsse jedes Teils der Partei vor der Gesamtpartei *Rechenschaft abzulegen ist*; ich muß den *formell vorgeschriebenen* Weg gehen, um meinem „Mißtrauen" Ausdruck zu geben, um die Ansichten und die Wünsche durchzusetzen, die sich aus diesem Mißtrauen ergeben. Wir haben uns bereits vom *Zirkel*standpunkt des willkürlichen „Vertrauens" zum *Partei*standpunkt erhoben, der die Einhaltung rechenschaftspflichtiger und formell vorgeschriebener Methoden verlangt, mittels deren das Vertrauen ausgedrückt und *überprüft* wird, die Redaktion aber zerrt uns zurück und bezeichnet ihre Nachtrabpolitik als neue organisatorische Erkenntnis!

Man sehe, wie unsere sogenannte Parteiredaktion über literarische Gruppen urteilt, die eine Vertretung in der Redaktion verlangen könnten. „Wir werden nicht empört sein, wir werden nicht über Disziplin zetern", belehren uns die Edelanarchisten, die stets und überall auf jede Disziplin von oben herabgesehen haben. Wir werden uns entweder mit der Gruppe, wenn sie brauchbar ist, „verständigen" (sic!) oder über ihre Forderungen lachen.

Man denke bloß, welch erhabener Edelmut hier gegen den vulgären „Fabrik"formalismus auftritt! In Wirklichkeit allerdings haben wir es mit einer neu aufpolierten Phraseologie des Zirkelwesens zu tun, die der Partei von der Redaktion aufgetischt wird, weil diese fühlt, daß sie keine Parteikörperschaft ist, sondern der Scherben eines alten Zirkels. Die innere Verlogenheit dieser Haltung führt unvermeidlich zu der tiefgründigen *anarchistischen* Weisheit, die Zerfahrenheit, die pharisäisch für überholt erklärt wird, zum *Prinzip* der sozialdemokratischen Organisation zu erheben. Wir brauchen keine Hierarchie unterer und oberer Parteikollegien und -instanzen – für den Edelanarchismus ist eine solche Hierarchie eine bürokratische Erfindung von Ämtern, Departements usw. (siehe Axelrods Feuilleton) –, wir brauchen keine Unterordnung des Teils unter das Ganze, wir brauchen keine „formal-bürokratische" Festlegung der *Partei*methoden, um sich zu „verständigen" oder abzugrenzen, mag die alte Zirkelbalgerei geheiligt werden durch Phrasendrescherei über die „wahrhaft sozialdemokratischen" Methoden der Organisation.

Hier kann und muß der Proletarier, der durch die Schule der „Fabrik" gegangen ist, dem anarchistischen Individualismus eine Lehre erteilen. Der

klassenbewußte Arbeiter hat längst jene Säuglingszeit überwunden, in welcher er den Intellektuellen als solchen mied. Der klassenbewußte Arbeiter weiß jenen reicheren Wissensschatz, jenen weiteren politischen Gesichtskreis, den er bei den sozialdemokratischen Intellektuellen findet, zu schätzen. Aber in dem Maße, wie sich bei uns eine *wirkliche* Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt; er muß lernen, die Erfüllung der Pflichten eines Parteimitglieds nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den „Leuten an der Spitze" zu *fordern*, er muß lernen, der Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen mit derselben Verachtung zu begegnen, mit der er in vergangenen Jahren der Nachtrabpolitik in taktischen Fragen begegnet ist!

In unlösbarer Verbindung mit dem Girondismus und dem Edelanarchismus steht die letzte charakteristische Besonderheit, durch die sich die Haltung der neuen „Iskra" zu den organisatorischen Fragen auszeichnet: die Verteidigung des *Autonomismus* gegen den Zentralismus. Eben diesen prinzipiellen Sinn haben (wenn sie einen Sinn haben*) das Geheul über Bürokratismus und Selbstherrschaft, das Bedauern über „die unverdiente Mißachtung der Nichtiskristen" (die auf dem Parteitag den Autonomismus verteidigten), das lächerliche Geschrei über die Forderung des „unbedingten Gehorsams", die bitteren Klagen über das „Pompadourentum" usw. usf. Der opportunistische Flügel jeder Partei verteidigt und rechtfertigt stets jede Rückständigkeit, die programmatische, die taktische und die organisatorische. Die Verteidigung der organisatorischen Rückständigkeit (die Nachtrabpolitik) der neuen „Iskra" hängt eng zusammen mit der Verteidigung des *Autonomismus*. Allerdings ist der Autonomismus durch die dreijährige Propaganda der alten „Iskra" im allgemeinen schon dermaßen diskreditiert, daß die neue „Iskra" sich *noch* schämt, offen für ihn einzutreten. Sie versichert uns noch ihrer Sympathien für den Zentralismus, aber das wird nur dadurch bewiesen, daß man das Wort Zentralismus in Kursiv setzt. In Wirklichkeit enthüllt die leiseste Berührung der Kritik mit den „Prinzipien" des „wahrhaft sozialdemokratischen" (und nicht anarchistischen?) Quasi-Zentralismus der neuen „Iskra" auf Schritt

* Ich lasse hier, wie überhaupt in diesem Abschnitt, den „Kooptations"sinn dieses Geheuls beiseite.

und Tritt den Standpunkt des Autonomismus. Ist es denn jetzt nicht jedermann klar, daß Axelrod und Martow in den organisatorischen Fragen zu Akimow abgeschwenkt sind? Haben sie denn das durch die bezeichnenden Worte von der „unverdienten Mißachtung der Nichtiskristen" nicht selbst feierlich zugegeben? Und war es denn nicht der Autonomismus, den Akimow und seine Freunde auf unserem Parteitag verteidigt haben?

Eben der Autonomismus war es (wenn nicht gar der Anarchismus), den Martow und Axelrod auf der Ligakonferenz verteidigten, als sie mit ergötzlichem Eifer zu beweisen versuchten, daß der Teil sich dem Ganzen nicht unterzuordnen brauche, daß der Teil in der Festlegung seiner Beziehungen zum Ganzen autonom sei, daß das Statut der Auslandsliga, das diese Beziehungen formuliert, gegen den Willen der Parteimehrheit, gegen den Willen der zentralen Parteileitung Gültigkeit habe. Eben der Autonomismus ist es, den Gen. Martow jetzt auch in der neuen „Iskra" (Nr. 60) in der Frage der Einsetzung von Mitgliedern der Lokalkomitees durch das Zentralkomitee offen verficht. Ich will nicht von den kindischen Sophismen reden, mit deren Hilfe Gen. Martow den Autonomismus auf der Ligakonferenz verteidigte und jetzt in der neuen „Iskra" verteidigt* – für mich ist es hier wichtig, die unzweifelhafte Tendenz zur *Verteidigung des Autonomismus gegen den Zentralismus* festzustellen, eine Tendenz, die ein prinzipielles Merkmal des Opportunismus in organisatorischen Fragen ist.

Wohl der einzige Versuch, den Begriff des Bürokratismus zu *analysieren*, ist die Gegenüberstellung von „formal-*demokratischem*" (hervorgehoben vom Verfasser) und „formal-*bürokratischem* Prinzip" in der neuen „Iskra" (Nr. 53). Diese Gegenüberstellung (leider ebensowenig entwickelt und erläutert wie der Hinweis auf die Nichtiskristen) enthält ein Körnchen Wahrheit. Bürokratismus versus Demokratismus, das ist eben Zentralismus versus Autonomismus, das ist eben das organisatorische

* Gen. Martow hat, als er die verschiedenen Paragraphen des Statuts untersuchte, gerade den Paragraphen *weggelassen*, der von dem Verhältnis des Ganzen zum Teil handelt: das ZK „verteilt die Kräfte der Partei" (§ 6). Kann man Kräfte verteilen, ohne Funktionäre aus einem Komitee in ein anderes zu versetzen? Es wäre wirklich peinlich, auf diese Binsenwahrheit eingehen zu müssen.

Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie gegenüber dem organisatorischen Prinzip der Opportunisten der Sozialdemokratie. Letzteres ist bestrebt, von unten nach oben zu gehen, und verficht daher überall, wo es möglich ist und soweit es möglich ist, den Autonomismus, den „Demokratismus", der (bei Leuten, die mehr eifrig als klug sind) bis zum Anarchismus geht. Ersteres ist bestrebt, von oben auszugehen, es verficht die Erweiterung der Rechte und der Vollmachten der Zentralstelle gegenüber dem Teil. In der Zeit der Zerfahrenheit und des Zirkelwesens war diese oberste Instanz, von der die revolutionäre Sozialdemokratie organisatorisch auszugehen trachtete, unvermeidlich ein Zirkel, und zwar derjenige, der kraft seiner Tätigkeit und seiner revolutionären Konsequenz den größten Einfluß hatte (in unserem Fall die „Iskra"-Organisation). In der Zeit der Wiederherstellung der faktischen Einheit der Partei und des Aufgehens der veralteten Zirkel in dieser Einheit ist diese oberste Instanz unbedingt der *Parteitag* als das höchste Organ der Partei. Der Parteitag vereinigt nach Möglichkeit alle Vertreter der aktiven Organisationen, er ernennt die zentralen Körperschaften (oft in einer Zusammensetzung, die mehr die vorgeschrittenen als die rückständigen Elemente der Partei zufriedenstellt, die mehr ihrem revolutionären als ihrem opportunistischen Flügel gefällt) und macht sie bis zum nächsten Parteitag zur obersten Instanz. So ist es wenigstens bei der europäischen Sozialdemokratie, aber nach und nach, nicht ohne Mühe, nicht ohne Kampf und nicht ohne Gezänk beginnt dieser den Anarchisten prinzipiell verhaßte Brauch sich auch auf die Asiaten der Sozialdemokratie auszudehnen.

Es ist höchst interessant, festzustellen, daß die von mir aufgezeigten prinzipiellen Züge des Opportunismus in organisatorischen Fragen (Autonomismus, Edel- oder Intellektuellenanarchismus, Nachtrabpolitik und Girondismus) mutatis mutandis (mit entsprechenden Änderungen) in allen sozialdemokratischen Parteien der Welt, wo es überhaupt eine Teilung in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel gibt (und wo gibt es die nicht?), zu beobachten sind. Besonders deutlich ist das gerade in allerletzter Zeit in der deutschen sozialdemokratischen Partei ans Tageslicht gekommen, als die Niederlage bei den Wahlen im 20. sächsischen Wahlkreis (der sogenannte Fall Göhre*) die organisatorischen *Prin-*

* Göhre war am 16. Juni 1903 im 15. sächsischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden, legte aber nach dem Dresdener Parteitag[84] sein Mandat

zipien der Partei auf die Tagesordnung setzte. Der Eifer der deutschen Opportunisten trug viel dazu bei, daß anläßlich dieses Falles die Frage prinzipiell gestellt wurde. Göhre (ein ehemaliger Pfarrer, der Verfasser des nicht unbekannten Buches „Drei Monate Fabrikarbeiter" * und einer der „Helden" des Dresdener Parteitags) – ist selber ein eingefleischter Opportunist, und das Organ der konsequenten deutschen Opportunisten „Sozialistische Monatshefte" nahm ihn sofort in Schutz.

Der Opportunismus im Programm hängt natürlich zusammen mit dem Opportunismus in der Taktik und dem Opportunismus in organisatorischen Fragen. Den „neuen" Standpunkt auseinanderzusetzen unternahm Gen. Wolfgang Heine. Um dem Leser die Person dieses typischen Intellektuellen, der sich der Sozialdemokratie angeschlossen und opportunistische Denkgewohnheiten mit sich gebracht hat, zu charakterisieren, genügt es zu sagen, daß Gen. Wolfgang Heine etwas weniger ist als ein deutscher Gen. Akimow und ein klein wenig mehr als ein deutscher Gen. Jegorow.

Genosse Wolfgang Heine ist in den „Sozialistischen Monatsheften" mit nicht geringerem Pomp zu Felde gezogen als Gen. Axelrod in der neuen „Iskra". Was ist schon allein die Überschrift des Artikels wert: „Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre" (Nr. 4, April, „Sozialistische Monatshefte")! Und der Inhalt ist nicht weniger deklamatorisch. Gen. W. Heine wettert gegen die „Verletzung der Autonomie des Wahlkreises", er verteidigt das „demokratische Prinzip", er protestiert gegen die Einmischung der „vorgesetzten Behörden" (d. h. des Parteivorstands) in die freie Wahl der Abgeordneten durch das Volk. Es handelt sich hier nicht um einen Zufall, belehrt uns Gen. W. Heine, sondern um die allgemeine *„Tendenz zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei"*, eine Tendenz, die es auch früher gegeben habe, die aber jetzt besonders gefährlich

---

nieder; die Wähler des 20. Wahlkreises wollten nach dem Tode des Abgeordneten Rosenow wieder Göhre als ihren Kandidaten vorschlagen. Der Parteivorstand und das sächsische Zentralagitationskomitee waren dagegen. Sie hatten zwar nicht das Recht, die Kandidatur Göhres formell zu verbieten, setzten jedoch durch, daß Göhre auf die Kandidatur verzichtete. Bei den Wahlen erlitten die Sozialdemokraten eine Niederlage.

* Titel bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

werde. Man solle „grundsätzlich die lokalen Korporationen als die Träger des Lebens der Partei anerkennen" (ein Plagiat aus Martows Broschüre „Noch einmal in der Minderheit"). Man solle „sich nicht gewöhnen, alle wichtigen politischen Entscheidungen von einer Zentrale aus zu treffen", die Partei müsse gewarnt werden vor der „doktrinären Politik, die den Zusammenhang mit dem Leben verlöre" (entnommen Martows Rede auf dem Parteitag, in der er sagte, „das Leben wird seine Rechte geltend machen"). „...Wenn man auf den Grund geht", vertieft Gen. W. Heine seine Argumentation, „und von den persönlichen Differenzen, die wie überall auch hierbei stark mitgewirkt haben, absieht, so steckt in dieser Erregung gegen die *Revisionisten*" (hervorgehoben vom Verfasser, der vermutlich auf die Verschiedenheit der Begriffe anspielt: Kampf gegen den Revisionismus und Kampf gegen die Revisionisten) „doch hauptsächlich das Mißtrauen des Offiziellen gegen das *Outsidertum*" (W. Heine hat offenbar die Broschüre über den Kampf gegen den Belagerungszustand noch nicht gelesen und nimmt daher seine Zuflucht zu einem Anglizismus: Outsidertum), „der Tradition gegen das Ungewohnte, der unpersönlichen Institution gegen das Individuelle" (siehe Axelrods Resolution auf der Ligakonferenz über die Unterdrückung der individuellen Initiative), „kurz, dieselbe Tendenz, die vorher als Neigung zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei nachgewiesen worden ist."

Der Begriff der „Disziplin" flößt dem Gen. W. Heine eine nicht weniger edle Empörung ein als dem Gen. Axelrod. Er schreibt: „Man zieh die Revisionisten des Mangels an Disziplin, weil sie in die ‚Sozialistischen Monatshefte' schrieben, ein Organ, dem man, weil es nicht *unter Kontrolle der Partei* stünde, sogar den Charakter einer sozialdemokratischen Zeitschrift absprechen wollte. Schon der Versuch dieser Einengung des Begriffs ‚sozialdemokratisch', diese Betonung der *Disziplin* auf dem Gebiete geistiger Produktion, auf dem doch unbedingte Freiheit herrschen muß" (man denke an das Wort: der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die Formen der Organisation aber sind nur Formen), „zeigt die Tendenz zur Bürokratisierung und zur Unterdrückung der Individualität." Und noch lange, lange wettert W. Heine in allen Tonarten gegen diese verhaßte Tendenz, „*eine* alles umfassende große Organisation, möglichst zentralisiert, *eine* Taktik, *eine* Theorie" zu schaffen; er wettert gegen die Forderung der „unbedingtesten Unterordnung", der „blinden Unterordnung",

er wettert gegen „Zentralisierung und Vereinfachung" usw. usf., buchstäblich „à la Axelrod".

Die von W. Heine eröffnete Diskussion ging weiter, und da sie in der deutschen Partei durch kein Kooptationsgezänk getrübt wurde, da die deutschen Akimow ihr wahres Gesicht nicht nur auf Parteitagen, sondern auch ständig in einem besonderen Organ zeigen, so lief der Streit bald auf eine Analyse der prinzipiellen Tendenzen der Orthodoxie und des Revisionismus in der organisatorischen Frage hinaus. Als Vertreter der revolutionären Richtung (der selbstverständlich wie auch bei uns „Diktatorentum", „Inquisitorentum" und ähnliche schreckliche Dinge vorgeworfen wurden) trat Karl Kautsky auf („Die Neue Zeit", 1904, Nr. 28, Artikel „Wahlkreis und Partei"). Der Aufsatz W. Heines, erklärt er, spricht „den Gedankengang der ganzen revisionistischen Richtung" aus. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Italien treten die Opportunisten wie ein Mann für den Autonomismus ein, für die Schwächung der Parteidisziplin, für ihre vollständige Aufhebung, überall führen ihre Tendenzen zur *Desorganisation*, zur Entartung des „demokratischen Prinzips" zum *Anarchismus*. „Die Demokratie ist keineswegs Herrschaftslosigkeit", belehrt K. Kautsky die Opportunisten in der Organisationsfrage, „ist nicht Anarchie, sondern sie ist die Herrschaft der Masse über die von ihr Beauftragten, im Gegensatz zu anderen Herrschaftsformen, in denen die angeblichen Diener des Volkes in Wirklichkeit seine Herren sind." K. Kautsky untersucht eingehend die desorganisierende Rolle des opportunistischen Autonomismus in den verschiedenen Ländern; er weist nach, daß gerade der Anschluß einer *„Menge bürgerlicher Elemente"** an die Sozialdemokratie den Opportunismus, den Autonomismus und die Tendenzen zur Verletzung der Disziplin stärkt; er erinnert immer wieder daran, daß gerade die „Organisation die Waffe ist, die das Proletariat emanzipieren wird", daß die Organisation „die dem Proletariat eigentümliche Waffe des Klassenkampfes" ist.

In Deutschland, wo der Opportunismus schwächer ist als in Frankreich und Italien, haben es „die autonomistischen Tendenzen... noch nicht viel weiter gebracht als zu mehr oder weniger pathetischen Deklamationen

* Als Beispiel nennt K. Kautsky *Jaurès*. Je mehr diese Leute zum Opportunismus abwichen, um so mehr „mußte ihnen die Parteidisziplin als eine ungehörige Einengung ihrer freien Persönlichkeit erscheinen".

über Diktatoren und Großinquisitoren, Bannstrahlen* und Ketzerriechereien, zu endlosen Nörgeleien, die endlosen Zwist erzeugen würden, wenn sie von der Gegenseite beantwortet würden".

Kein Wunder, daß in Rußland, wo der Opportunismus in der Partei noch schwächer ist als in Deutschland, die autonomistischen Tendenzen weniger Ideen und mehr „pathetische Deklamationen" und Nörgeleien erzeugt haben.

Kein Wunder, daß Kautsky zu dem Ergebnis kommt: „Ja, man kann sagen, daß vielleicht in keiner anderen Frage der Revisionismus aller Länder so einheitlich ist, trotz aller seiner Mannigfaltigkeit und Buntfarbigkeit, wie in der Organisationsfrage." Die Grundtendenzen der Orthodoxie und des Revisionismus auf diesem Gebiet formuliert auch K. Kautsky mit Hilfe des „furchtbaren Wortes": Bürokratismus versus (gegen) Demokratismus. Man sagt uns, schreibt K. Kautsky, es „soll die schnödeste Verletzung des demokratischen Prinzips in sich schließen, das da besagt, von unten herauf, durch die Selbständigkeit der Massen, nicht von oben herab auf bürokratischem Wege, soll alles politische Tun sich vollziehen" — wenn die Parteileitung das Recht erhält, die Wahl der Kandidaten (für den Reichstag) durch die örtlichen Wahlkreise zu beeinflussen. „Wenn es aber einen demokratischen Grundsatz gibt, dann ist es der, daß die Majorität das Übergewicht haben soll über die Minorität, und nicht umgekehrt." Die Wahl der Reichstagsabgeordneten von irgendeinem einzelnen Wahlkreis ist eine wichtige Frage für die Gesamtpartei, die wenigstens durch ihre Vertrauensmänner die Ernennung der Kandidaten beeinflussen muß. „Wem das zu bürokratisch oder zentralistisch erscheint, der möge vorschlagen, die Kandidaten sollen durch Urabstimmung sämtlicher Parteigenossen festgestellt werden. Wer das nicht für angängig hält, darf sich über den Mangel an Demokratie nicht beschweren, wenn diese Tätigkeit, wie manche andere, die der Gesamtpartei zufällt, von einer oder mehreren Parteiinstanzen besorgt wird." Es war „seit jeher in der Partei üblich", daß die einzelnen Wahlkreise sich mit der Parteileitung über die Aufstellung dieses oder jenes Kandidaten „freundschaftlich verständigten". „Aber die Partei ist zu groß geworden, als daß dies stillschweigende Gewohn-

* Der *Bannstrahl* ist das deutsche Äquivalent für den russischen „Belagerungszustand" und die „Ausnahmegesetze". Es ist das „furchtbare Wort" der deutschen Opportunisten.

heitsrecht ausreichte. Das Gewohnheitsrecht hört auf, ein Recht zu sein, wenn es aufhört, als selbstverständlich anerkannt zu werden, wenn seine Bestimmungen, ja seine Existenz strittig werden. Da muß es ausdrücklich festgesetzt, kodifiziert werden", da muß man zu einer „genauen statutarischen Festlegung* und dadurch zu einer größeren Straffheit der Organisation" übergehen.

Man sieht also in anderen Verhältnissen denselben Kampf des opportunistischen und des revolutionären Flügels der Partei in der Organisationsfrage, denselben Konflikt zwischen Autonomismus und Zentralismus, zwischen Demokratismus und „Bürokratismus", zwischen den Tendenzen, die Straffheit der Organisation und die Disziplin zu lockern oder zu verstärken, zwischen der Mentalität des wankelmütigen Intellektuellen und des standhaften Proletariers, zwischen dem intelligenzlerischen Individualismus und der proletarischen Geschlossenheit. Es fragt sich, wie die *bürgerliche Demokratie* sich zu diesem Konflikt gestellt hat, nicht jene, mit der die launenhafte Geschichte den Gen. Axelrod eben erst durch das vertrauliche Versprechen narrte, sie ihm irgendwann einmal zu zeigen, nein, die echte, die reale bürgerliche Demokratie, die auch in Deutschland nicht weniger kluge und scharfsichtige Vertreter hat, als es unsere Herren vom „Oswoboshdenije" sind. Die deutsche bürgerliche Demokratie griff sofort in die neue Auseinandersetzung ein und erklärte sich – wie auch die russische, wie stets und überall – sofort mit Leib und Seele für den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei. Das angesehene Organ des deutschen Börsenkapitals, die *„Frankfurter Zeitung"*, trat mit einem donnernden Leitartikel auf den Plan („Frankfurter Zeitung" vom 7. April 1904, Nr. 97, Abendblatt), der zeigt, daß die skrupellosen Plagiate aus Axelrod geradezu eine Krankheit der deutschen Presse werden. Die gestrengen Demokraten der Frankfurter Börse geißeln den „Absolutismus" in der Sozialdemokratischen Partei, die „Parteidiktatur", die „auto-

* Es ist im höchsten Grade lehrreich, diese Bemerkungen K. Kautskys über den Wechsel vom stillschweigend anerkannten Gewohnheitsrecht zu einem statutarisch festgelegten Recht mit dem ganzen „Wechsel" zu vergleichen, den unsere Partei im allgemeinen und die Redaktion im besonderen seit dem Parteitag durchmacht. Vergleiche die Rede von W. I. Sassulitsch (auf der Ligakonferenz, S. 66 ff.), die sich kaum im klaren sein dürfte über die große Bedeutung des vor sich gehenden Wechsels.

kratische Herrschaft der Parteibehörden", diese „Interdikte", mit denen man „zugleich den ganzen Revisionismus mitstrafen" will (man denke an die „falsche Beschuldigung des Opportunismus"), diese Forderung des „blinden Gehorsams" und der „starren Disziplin", die Verkündung „einer Art von Landsknechtstum" und „politischem Kadavergehorsam" der Parteimitglieder (das ist noch viel schlimmer als die Schräubchen und Rädchen!). „Jede persönliche Eigenart", empören sich die Börsenritter beim Anblick der antidemokratischen Zustände in der Sozialdemokratie, „jede Individualität soll als verpönt gelten, weil man davon, wie der Referent über diese Frage" auf dem Parteitag der sächsischen Sozialdemokraten, „Sindermann, offen erklärte, französische Zustände, Jaurèsismus und Millerandismus befürchtet."

Soweit also in den neuen Schlagworten der neuen „Iskra" zur Organisationsfrage ein prinzipieller Sinn enthalten ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß dieser Sinn opportunistisch ist. Diese Schlußfolgerung wird bekräftigt durch die ganze Analyse unseres Parteitags, der sich in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel teilte, und durch das Beispiel *aller* europäischen sozialdemokratischen Parteien, in denen sich der Opportunismus in der Organisationsfrage in denselben Tendenzen, denselben Anklagen und fast durchweg auch in denselben Worten äußert. Gewiß, die nationalen Besonderheiten der verschiedenen Parteien und die Ungleichartigkeit der politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern drücken dem Opportunismus ihren Stempel auf, wodurch der deutsche dem französischen, der französische dem italienischen, der italienische dem russischen ganz unähnlich wird. Aber die Gleichartigkeit der grundlegenden Teilung aller dieser Parteien in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel, die Gleichartigkeit der Gedankengänge und der Tendenzen des Opportunismus in der Organisationsfrage treten trotz der erwähnten Verschiedenheit der Verhältnisse deutlich hervor.* Der Über-

* Niemand wird heute daran zweifeln, daß die alte Teilung der russischen Sozialdemokraten in den Fragen der Taktik in Ökonomisten und Politiker von der gleichen Art war wie die Teilung der gesamten internationalen Sozialdemokratie in Opportunisten und Revolutionäre, obgleich der Unterschied zwischen den Genossen Martynow und Akimow einerseits und den Genossen von Vollmar und von Elm oder Jaurès und Millerand anderseits sehr groß ist. Genauso

fluß an Vertretern der radikalen Intelligenz in den Reihen unserer Marxisten und unserer Sozialdemokraten machte und macht das Vorhandensein des durch ihre Mentalität erzeugten Opportunismus auf den verschiedensten Gebieten und in den verschiedensten Formen unvermeidlich. Wir bekämpften den Opportunismus in den Grundfragen unserer Weltanschauung, in den Programmfragen, und das vollständige Auseinandergehen in den Zielen führte unvermeidlich zur unwiderruflichen Abgrenzung zwischen den Liberalen, die unseren legalen Marxismus verdorben haben, und den Sozialdemokraten. Wir bekämpften den Opportunismus in den taktischen Fragen, und das Auseinandergehen mit den Genossen Kritschewski und Akimow in diesen weniger wichtigen Fragen war natürlich nur vorübergehend und von keiner Bildung verschiedener Parteien begleitet. Wir müssen jetzt den Opportunismus Martows und Axelrods in den organisatorischen Fragen überwinden, die selbstverständlich noch weniger grundlegend sind als die Fragen des Programms und der Taktik, die aber gegenwärtig in den Vordergrund unseres Parteilebens getreten sind.

Wenn man vom Kampf gegen den Opportunismus spricht, so darf man nie den charakteristischen Zug des ganzen heutigen Opportunismus auf ausnahmslos allen Gebieten vergessen: seine Unbestimmtheit, Verschwommenheit und Ungreifbarkeit. Seiner ganzen Natur nach geht der Opportunist stets einer eindeutigen und unwiderruflichen Fragestellung aus dem Wege; er sucht eine Resultante, schlängelt sich zwischen Standpunkten hindurch, die einander ausschließen, bemüht sich, mit dem einen wie mit dem andern „einverstanden zu sein", beschränkt seine Meinungsverschiedenheiten auf kleine Abänderungsvorschläge, auf Zweifel, auf fromme und unschuldige Wünsche usw. usf. Der Opportunist in Programmfragen, Gen. Eduard Bernstein, ist mit dem revolutionären Programm der Partei „einverstanden", und obgleich er sicherlich dessen „grundlegende Reform"

---

besteht zweifellos auch eine Gleichartigkeit der grundlegenden Teilungen in der Organisationsfrage, trotz des gewaltigen Unterschieds der Verhältnisse zwischen politisch rechtlosen und politisch freien Ländern. Es ist äußerst charakteristisch, daß die prinzipienfeste Redaktion der neuen „Iskra", die Kautskys Auseinandersetzung mit Heine flüchtig streifte (Nr. 64), die Frage der *prinzipiellen* Tendenzen *jedes* Opportunismus und jeder Orthodoxie in der Organisationsfrage ängstlich *vermied.*

wünscht, hält er das doch für unzeitgemäß, für unzweckmäßig, für nicht so wichtig wie die Klarlegung der „allgemeinen Prinzipien" der „Kritik" (die hauptsächlich in einer unkritischen Übernahme der Prinzipien und Schlagworte der bürgerlichen Demokratie besteht). Der Opportunist in taktischen Fragen, Gen. von Vollmar, ist ebenfalls mit der alten Taktik der revolutionären Sozialdemokratie einverstanden und beschränkt sich ebenfalls mehr auf Deklamationen, kleine Abänderungsvorschläge und seichte Spöttereien, ohne mit einer bestimmten „ministerialistischen" Taktik aufzutreten. Die Opportunisten in organisatorischen Fragen, die Genossen Martow und Axelrod, haben bisher – trotz der direkten Aufforderungen – ebenfalls keine bestimmten prinzipiellen Thesen aufgestellt, die „statutarisch festgelegt" werden könnten; auch sie hätten eine „grundlegende Reform" unseres Organisationsstatuts gewünscht, unbedingt gewünscht („Iskra" Nr. 58, S. 2, Spalte 3), aber sie ziehen es vor, sich zunächst mit „allgemeinen Fragen der Organisation" zu befassen (denn eine wirklich grundlegende Reform unseres – trotz § 1 – immerhin zentralistischen Statuts würde unvermeidlich, wollte man sie im Geiste der neuen „Iskra" vornehmen, zum Autonomismus führen, Gen. Martow möchte aber natürlich seine *prinzipielle* Tendenz zum Autonomismus nicht eingestehen, nicht einmal sich selber). Ihre „prinzipielle" Stellung in der organisatorischen Frage schillert daher in allen Regenbogenfarben: es überwiegen unschuldige pathetische Deklamationen über Selbstherrschaft und Bürokratismus, über blinden Gehorsam, über Schräubchen und Rädchen – Deklamationen, die so unschuldig sind, daß es noch sehr schwerfällt, darin den wirklich prinzipiellen Sinn vom wirklichen Kooptationssinn zu trennen. Aber – je weiter in den Wald, um so dichter die Bäume: die Versuche, den verhaßten „Bürokratismus" zu analysieren und genau zu definieren, führen unvermeidlich zum Autonomismus, die Versuche, zu „vertiefen" und zu begründen, führen unweigerlich zur Rechtfertigung der Rückständigkeit, zur Nachtrabpolitik, zur girondistischen Phrase. Schließlich erscheint auf der Bildfläche als das einzige, wirklich bestimmte und in der Praxis deshalb besonders klar hervortretende Prinzip (die Praxis geht der Theorie immer voran) das Prinzip des *Anarchismus*. Verspottung der Disziplin – Autonomismus – Anarchismus, das ist die Stufenleiter, an der unser organisatorischer Opportunismus bald hinauf, bald hinunter klettert, von Stufe zu Stufe springend und jeder klaren Formu-

lierung seiner Prinzipien geschickt ausweichend.* Genau dieselbe Abstufung kann man auch am Opportunismus in Programm und Taktik beobachten: Verspottung der „Orthodoxie", der Rechtgläubigkeit, der Beschränktheit und Unbeweglichkeit – revisionistische „Kritik" und Ministerialismus – bürgerliche Demokratie.

In enger psychologischer Verbindung mit dem Haß gegen die Disziplin steht die nicht verstummende, monotone Note des *Gekränktseins*, die in allen Schriften aller heutigen Opportunisten im allgemeinen und unserer Minderheit im besonderen durchklingt. Sie werden verfolgt, bedrängt, belagert, erledigt, zu Tode gehetzt. In diesen Worten ist viel mehr psychologische und politische Wahrheit enthalten, als der Urheber des hübschen und geistreichen Witzes über die Gehetzten und die Hetzer vermutlich selber geahnt hat. In der Tat, nehmt die Protokolle unseres Parteitags zur

* Wer sich an die Debatten über § 1 erinnert, der wird jetzt klar sehen, daß der Fehler der Genossen Martow und Axelrod bei § 1, wenn man diesen Fehler entwickelt und vertieft, *unvermeidlich* zum organisatorischen Opportunismus führt. Die Grundidee des Gen. Martow — daß sich jeder selbst zum Parteimitglied erklären kann — ist eben ein falscher „Demokratismus", die Idee des Aufbaus der Partei von unten nach oben. Umgekehrt ist meine Idee „bürokratisch" in dem Sinne, daß die Partei von oben nach unten aufgebaut wird, vom Parteitag zu den einzelnen Parteiorganisationen. Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, die anarchistischen Phrasen, die opportunistische, die Nachtrabpolitik rechtfertigende Tiefgründigkeit — all dies ist schon in der Debatte über § 1 in Erscheinung getreten. Gen. Martow spricht im „Belagerungszustand" (S. 20) von der „begonnenen Denkarbeit" in der neuen „Iskra". Das ist insofern richtig, als er und Axelrod, mit § 1 beginnend, tatsächlich dem Denken eine neue Richtung weisen. Nur schlimm, daß diese Richtung opportunistisch ist. Je weiter sie in *dieser* Richtung „arbeiten" werden, je reiner diese Arbeit vom Kooptationsgezänk sein wird, um so tiefer werden sie im Sumpf versinken. Gen. Plechanow hat das schon auf dem Parteitag klar gesehen und sie im Artikel „Was man nicht tun darf" zum zweitenmal gewarnt: Ich bin bereit, euch sogar zu kooptieren, nur geht nicht diesen Weg, der ausschließlich zum Opportunismus und zum Anarchismus führt. — Martow und Axelrod haben den guten Rat nicht befolgt: Wie? nicht gehen? sich mit Lenin einverstanden erklären, daß die Kooptation nur ein Gezänk sei? Niemals! Wir werden ihm zeigen, daß wir Menschen mit Prinzipien sind! — Und sie haben es gezeigt. Sie haben allen anschaulich gezeigt, daß ihre neuen Prinzipien, soweit sie welche haben, die Prinzipien des Opportunismus sind.

Hand, und ihr werdet sehen, daß die Minderheit durchweg aus Gekränkten besteht, aus all den Leuten, die von der revolutionären Sozialdemokratie irgendwann und irgendwie einmal gekränkt worden sind. Da sind die Bundisten und die Leute vom „Rabotscheje Delo", die wir so schwer „kränkten", daß sie den Parteitag verließen; da sind die Leute vom „Jushny Rabotschi", die sich tödlich gekränkt fühlten durch den „Mord an den Organisationen" im allgemeinen und an ihrer eigenen im besonderen; da ist Gen. Machow, der jedesmal gekränkt wurde, sooft er das Wort nahm (weil er sich jedesmal todsicher blamierte); da sind schließlich die Genossen Martow und Axelrod, die sich durch die „falsche Beschuldigung des Opportunismus" bei § 1 und durch die Niederlage bei den Wahlen gekränkt fühlten. Und alle diese bitteren Kränkungen waren nicht das zufällige Ergebnis unstatthafter Witze, scharfer Ausfälle, einer wütenden Polemik, des Zuwerfens von Türen und des Drohens mit Fäusten, wie sehr, sehr viele Philister bis zum heutigen Tage glauben, sondern das unvermeidliche politische Ergebnis der ganzen dreijährigen ideologischen Arbeit der „Iskra". Wenn wir im Laufe dieser drei Jahre nicht nur die Zungen wetzten, sondern jene Überzeugungen zum Ausdruck brachten, die in die Tat umgesetzt werden mußten, dann konnten wir nicht anders als auf dem Parteitag die Antiiskristen und den „Sumpf" bekämpfen. Und als wir, zusammen mit Gen. Martow, der in den ersten Reihen mit offenem Visier kämpfte, einen solchen Haufen Leute schwer gekränkt hatten, da genügte es, daß wir die Genossen Axelrod und Martow ein ganz klein wenig kränkten, um den Becher zum Überlaufen zu bringen. Die Quantität schlug in die Qualität um. Die Negation der Negation trat ein. Alle Gekränkten vergaßen die gegenseitigen Schuldkonten, fielen einander schluchzend in die Arme und erhoben das Banner des „Aufstands gegen den Leninismus" *.

Der Aufstand ist eine herrliche Sache, wenn sich fortgeschrittene Elemente gegen reaktionäre erheben. Erhebt sich der revolutionäre Flügel

---

* Dieser erstaunliche Ausdruck stammt von Gen. Martow („Belagerungszustand", S. 68). Gen. Martow wartete den Zeitpunkt ab, da sie zu fünft waren, um gegen mich allein den „Aufstand" zu entfachen. Aber Gen. Martow polemisiert ungeschickt: er möchte seinen Gegner dadurch vernichten, daß er ihm die größten Komplimente sagt.

gegen den opportunistischen, so ist das gut. Erhebt sich der opportunistische Flügel gegen den revolutionären, so ist das schlecht.

Gen. Plechanow ist gezwungen, an dieser schlechten Sache sozusagen als Kriegsgefangener teilzunehmen. Um seinen „Ärger" auszulassen, fischt er eifrig einzelne ungeschickte Sätze bei den Verfassern der einen oder anderen Resolution zugunsten der „Mehrheit" heraus und ruft dabei aus: „Armer Genosse Lenin! Schöne orthodoxe Anhänger hat er!" („Iskra" Nr. 63, Beilage.)

Na, wissen Sie, Gen. Plechanow, wenn ich arm bin, so ist die Redaktion der neuen „Iskra" schon ganz an den Bettelstab gekommen. Wie arm ich auch sein mag, so bin ich doch noch nicht so sehr an den Bettelstab gekommen, daß ich die Augen vor dem Parteitag verschließen und in den Resolutionen der Komitees nach Material suchen müßte, meinen Witz daran zu üben. Wie arm ich auch sein mag, so bin ich doch tausendmal reicher als die Leute, deren Anhänger nicht zufällig diesen oder jenen ungeschickten Satz aussprechen, sondern sich in allen Fragen, in den organisatorischen, den taktischen und den programmatischen, hartnäckig und beharrlich an Prinzipien halten, die den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie entgegengesetzt sind. Wie arm ich auch sein mag, so ist es doch noch nicht so weit mit mir gekommen, daß ich gezwungen wäre, das mir von solchen Anhängern gespendete Lob *der Öffentlichkeit zu verheimlichen*. Die Redaktion der neuen „Iskra" aber muß das tun.

Kennst du, geneigter Leser, das Woronesher Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands? Kennst du es nicht, so lies die Protokolle des Parteitags. Du wirst daraus erfahren, daß die Richtung dieses Komitees voll und ganz von Gen. Akimow und Gen. Brucker vertreten wird, die auf dem Parteitag auf der ganzen Linie den revolutionären Flügel der Partei bekämpft haben und die von allen – angefangen von Gen. Plechanow und bis zu Gen. Popow – dutzendemal als Opportunisten bezeichnet worden sind. Und dieses Woronesher Komitee erklärt in seinem Januarblatt (Nr. 12, Januar 1904):

„In unserer ständig wachsenden Partei hat sich letztes Jahr ein großes und für die Partei wichtiges Ereignis vollzogen: Der zweite Parteitag der SDAPR, beschickt von den Vertretern ihrer Organisationen, hat stattgefunden. Die Einberufung eines Parteitags ist eine sehr komplizierte und unter dem monarchistischen Regime sehr riskante, schwierige Sache, daher ist es kein Wunder, daß

die Einberufung des Parteitags *viel zu wünschen übrigließ* und daß die Tagung selbst, obgleich sie ungestört verlief, nicht allen Anforderungen genügte, die von der Partei an sie gestellt wurden. Die Genossen, die von der Konferenz (Beratung) im Jahre 1902 beauftragt worden waren, den Parteitag einzuberufen, wurden verhaftet, und *so veranstalteten den Parteitag Leute, die nur von einer Richtung in der russischen Sozialdemokratie, nämlich der iskristischen, damit betraut wurden. Viele* sozialdemokratische, aber nicht iskristische Organisationen wurden zu den Arbeiten des Parteitags nicht zugezogen: *zum Teil aus diesem Grunde* wurde die Aufgabe des Parteitags, *ein Programm und ein Statut* der Partei auszuarbeiten, *äußerst unvollkommen* gelöst; die großen Lücken im Statut, ‚die zu gefährlichen Mißverständnissen führen können', werden von den Parteitagsteilnehmern selbst anerkannt. Auf dem Parteitag haben sich die Iskristen selber gespalten, und viele bedeutende Führer unserer SDAPR, die früher vollständig auf dem Boden des Aktionsprogramms der ‚Iskra' zu stehen schienen, haben jetzt erkannt, daß viele Ansichten der ‚Iskra', die *hauptsächlich von Lenin und Plechanow* vertreten wurden, nicht lebensfähig sind. Letztere gewannen zwar auf dem Parteitag die Oberhand, aber die Macht des praktischen Lebens und die Anforderungen der realen Arbeit, an der sich auch alle Nichtiskristen beteiligen, korrigieren rasch die Fehler der Theoretiker und haben nach dem Parteitag schon ernste Berichtigungen vorgenommen. *Die ‚Iskra' hat sich stark geändert und verspricht,* den Anforderungen aller sozialdemokratischen Politiker ein offenes Ohr zu leihen. Somit hat der Parteitag, obwohl *seine Arbeiten* vom nächsten Parteitag *revidiert werden müssen* und obwohl sie, wie die Parteitagsteilnehmer selber einsehen, nicht zufriedenstellend sind *und daher nicht als unabänderliche Beschlüsse in die Partei eingehen können,* doch die Lage in der Partei geklärt, reichhaltiges Material für die weitere theoretische und organisatorische Tätigkeit der Partei geliefert und eine enorm lehrreiche Erfahrung für die Arbeit der Gesamtpartei vermittelt. Die Parteitagsbeschlüsse und das vom Parteitag ausgearbeitete Statut werden von allen Organisationen *berücksichtigt* werden, aber *angesichts* ihrer offensichtlichen Mängel werden viele *davon absehen, sich ausschließlich von ihnen leiten zu lassen.*

Im Woronesher Komitee, das sich der großen Wichtigkeit der von der Gesamtpartei zu leistenden Arbeit voll bewußt ist, haben alle mit der Organisierung des Parteitags zusammenhängenden Fragen lebhaften *Widerhall* gefunden. Das Komitee erkennt die große Bedeutung der Geschehnisse auf dem Parteitag und *begrüßt die in der ‚Iskra'* — die zum Zentralorgan (Hauptorgan) geworden ist — *vollzogene Wendung.* Obwohl uns die Lage der Dinge in der Partei und im ZK *noch* nicht zufriedenstellt, glauben wir doch, daß die schwierige Arbeit, die Partei zu organisieren, durch vereinte Be-

mühungen verbessert werden wird. Angesichts falscher Gerüchte erklärt das Woronesher Komitee den Genossen, daß von einem Austritt des Woronesher Komitees aus der Partei keine Rede sein kann. Das Woronesher Komitee versteht sehr gut, ein wie gefährlicher Präzedenzfall (Beispiel) der Austritt einer Arbeiterorganisation, wie sie das Woronesher Komitee darstellt, aus der SDAPR wäre, *welch ein Vorwurf damit auf der Partei lasten* und wie ungünstig das für die Arbeiterorganisationen sein würde, die einem solchen Beispiel folgen könnten. Wir dürfen keine neuen Spaltungen schaffen, sondern müssen hartnäckig nach der Vereinigung aller klassenbewußten Arbeiter und Sozialisten in einer Partei streben. Außerdem war der zweite Parteitag ein ordentlicher und nicht ein konstituierender Parteitag. Ausschlüsse aus der Partei können nur von einem Parteigericht vorgenommen werden, und keine einzige Organisation, auch nicht das Zentralkomitee, hat das Recht, irgendeine sozialdemokratische Organisation aus der Partei auszuschließen. Ja noch mehr, auf dem zweiten Parteitag wurde § 8 des Statuts angenommen, auf Grund dessen jede Organisation in ihren örtlichen Angelegenheiten autonom (selbständig) ist, und darum *steht dem Woronesher Komitee das volle Recht zu, seine organisatorischen Auffassungen im Leben und in der Partei durchzusetzen.*"

Die Redaktion der neuen „Iskra", die sich in Nr. 61 auf dieses Blatt beruft, hat den zweiten, in größerer Schrift gedruckten Teil der angeführten Tirade veröffentlicht; den ersten, petit gedruckten Teil hingegen hat die Redaktion *vorgezogen, nicht zu bringen.*

Sie hat sich geschämt.

r) EINIGES ÜBER DIALEKTIK. ZWEI UMWÄLZUNGEN

Werfen wir einen allgemeinen Blick auf die Entwicklung unserer Parteikrise, so sehen wir unschwer, daß die wesentliche Zusammensetzung der beiden kämpfenden Lager die ganze Zeit hindurch mit geringen Ausnahmen die gleiche blieb. Es war ein Kampf zwischen dem revolutionären und dem opportunistischen Flügel unserer Partei. Dieser Kampf durchlief aber die verschiedensten Stadien, und jeder, der sich in der bereits angesammelten riesigen Literatur, in der Masse fragmentarischer Hinweise, aus dem Zusammenhang gerissener Zitate, einzelner Anschuldigungen

usw. usf. zurechtfinden will, muß die Besonderheiten jedes dieser Stadien genau kennen.

Zählen wir die Hauptstadien auf, die sich deutlich voneinander unterscheiden: 1. Die Auseinandersetzung über § 1 des Statuts. Ein rein ideologischer Kampf über die Grundprinzipien der Organisation. Plechanow und ich sind in der Minderheit. Martow und Axelrod schlagen eine opportunistische Formulierung vor und erweisen sich in der Umarmung der Opportunisten. 2. Die Spaltung der „Iskra"-Organisation in der Frage der Kandidatenlisten für das ZK: Fomin oder Wassiljew in einem Fünferkollegium, Trotzki oder Trawinski in einem Dreierkollegium. Plechanow und ich erobern die Mehrheit (neun gegen sieben), zum Teil gerade deshalb, weil wir bei § 1 in der Minderheit waren. Martows Koalition mit den Opportunisten bestätigte in der Praxis alle meine Befürchtungen, die der Zwischenfall mit dem OK hervorgerufen hatte. 3. Fortsetzung der Diskussion über Einzelheiten des Statuts. Martow wird wieder von den Opportunisten gerettet. Wir sind wieder in der Minderheit und treten für die Rechte der Minderheit in den Zentralstellen ein. 4. Sieben extreme Opportunisten verlassen den Parteitag. Wir sind nun in der Mehrheit und besiegen die Koalition (der iskristischen Minderheit, des „Sumpfes" und der Antiiskristen) bei den Wahlen. Martow und Popow lehnen die Sitze in unseren Dreierkollegien ab. 5. Das Gezänk um die Kooptation nach dem Parteitag. Die Hochflut anarchistischen Verhaltens und anarchistischer Phrasen. Die am wenigsten prinzipienfesten und standhaften Elemente der „Minderheit" gewinnen die Oberhand. 6. Plechanow geht, um eine Spaltung zu vermeiden, zur Politik des „kill with kindness" über. Die „Minderheit" besetzt die Redaktion des ZO und den Rat und greift aus allen Kräften das ZK an. Noch immer dominiert allenthalben das Gezänk. 7. Der erste Angriff auf das ZK ist abgeschlagen. Das Gezänk scheint allmählich etwas nachzulassen. Es entsteht die Möglichkeit, verhältnismäßig ruhig zwei rein ideologische, die Partei tief erregende Fragen zu erörtern: a) Welches ist die politische Bedeutung und Erklärung jener Teilung unserer Partei in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit", die auf dem zweiten Parteitag erfolgt ist und alle alten Teilungen ersetzt hat? b) Welches ist die prinzipielle Bedeutung der neuen Stellung der neuen „Iskra" zur Organisationsfrage?

Jedes dieser Stadien ist gekennzeichnet durch die wesentlich verschie-

dene Konjunktur des Kampfes und durch das unmittelbare Angriffsziel; jedes Stadium ist sozusagen eine besondere Schlacht in einem allgemeinen Feldzug. Man kann von unserem Kampf nichts verstehen, wenn man nicht die konkrete Lage in jeder Schlacht studiert. Studieren wir sie aber, so werden wir deutlich sehen, daß die Entwicklung tatsächlich den dialektischen Weg, den Weg der Widersprüche geht: die Minderheit wird zur Mehrheit, die Mehrheit zur Minderheit; jede Seite geht von der Verteidigung zum Angriff und vom Angriff zur Verteidigung über; der Ausgangspunkt des ideologischen Kampfes (§ 1) wird „negiert" und macht einem alles dominierenden Gezänk Platz*, dann aber beginnt die „Negation der Negation", wir „vertragen uns" irgendwie, schlecht und recht mit der angetrauten Ehefrau in den verschiedenen Zentralstellen und kehren zum Ausgangspunkt des rein ideologischen Kampfes zurück, aber diese „These" ist schon durch alle Ergebnisse der „Antithese" bereichert und hat sich in eine höhere Synthese verwandelt, nachdem sich der isolierte, zufällige Fehler bei § 1 zu einem Quasi-System opportunistischer Auffassungen in der Organisationsfrage ausgewachsen hat, nachdem die Verbindung zwischen dieser Erscheinung und der grundlegenden Teilung unserer Partei in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel immer anschaulicher vor aller Augen getreten ist. Kurzum, nicht nur die Gerste wächst nach Hegel, auch die russischen Sozialdemokraten bekämpfen sich gegenseitig nach Hegel.

Aber die große Hegelsche Dialektik, die der Marxismus übernahm, nachdem er sie auf die Füße gestellt hatte, darf niemals verwechselt werden mit der vulgären Methode, den Zickzackkurs politischer Führer zu rechtfertigen, die vom revolutionären zum opportunistischen Flügel hinüberwechseln, und mit der vulgären Manier, einzelne Erklärungen, einzelne Momente in der Entwicklung der verschiedenen Stadien eines einheitlichen Prozesses zu vermengen. Die wahre Dialektik rechtfertigt nicht persönliche Fehler, sie studiert vielmehr die unvermeidlichen Wendungen und beweist ihre Unvermeidlichkeit auf Grund eingehendster Er-

* Die schwierige Frage der Abgrenzung zwischen Gezänk und prinzipiellen Differenzen wird jetzt von selbst gelöst: alles, was sich auf die Kooptation bezieht, ist Gezänk; alles, was sich auf die Analyse des Kampfes auf dem Parteitag, auf die Auseinandersetzung über § 1 und über die Wendung zum Opportunismus und Anarchismus bezieht, sind prinzipielle Differenzen.

forschung der Entwicklung in ihrer ganzen Konkretheit. Ein Hauptgrundsatz der Dialektik lautet: Eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret... Und ferner darf man diese große Hegelsche Dialektik nicht mit der abgeschmackten Lebensweisheit verwechseln, die in dem italienischen Sprichwort zum Ausdruck kommt – mettere la coda dove non va il capo (den Schwanz durchstecken, wo man den Kopf nicht durchzwängen kann).

Die dialektische Entwicklung unseres Parteikampfes läuft im Ergebnis auf zwei Umwälzungen hinaus. Der Parteitag war eine wirkliche Umwälzung, wie Gen. Martow in seiner Broschüre „Noch einmal in der Minderheit" richtig festgestellt hat. Recht haben auch jene Witzbolde aus der Minderheit, die da sagen: Die Welt wird durch Revolutionen vorwärtsgetrieben, nun, und wir haben eben eine Revolution gemacht! Sie haben tatsächlich nach dem Parteitag eine Revolution gemacht; richtig ist auch, daß die Welt, allgemein gesprochen, durch Revolutionen vorwärtsgetrieben wird. Doch die konkrete Bedeutung jeder konkreten Revolution wird durch diesen allgemeinen Ausspruch noch nicht bestimmt: Es gibt Revolutionen, die nach Reaktion riechen, um den unvergeßlichen Ausspruch des unvergeßlichen Gen. Machow zu paraphrasieren. Man muß wissen, ob der revolutionäre oder der opportunistische Flügel der Partei die reale Kraft war, die die Umwälzung vollzog; man muß wissen, ob die Kämpfer von revolutionären oder von opportunistischen Prinzipien beseelt waren, um bestimmen zu können, ob diese oder jene konkrete Revolution die „Welt" (unsere Partei) vorwärtsgetrieben oder zurückgezerrt hat.

Unser Parteitag war eine in seiner Art einzigartige, in der ganzen Geschichte der russischen revolutionären Bewegung noch nie dagewesene Erscheinung. Zum erstenmal ist es einer konspirativen revolutionären Partei gelungen, aus dem Dunkel der Illegalität ans Tageslicht zu treten und in aller Öffentlichkeit den ganzen Verlauf und Ausgang unseres inneren Parteikampfes, das wahre Antlitz unserer Partei und jedes einigermaßen bemerkbaren Teils dieser Partei in Fragen des Programms, der Taktik und der Organisation zu zeigen. Zum erstenmal ist es uns gelungen, uns von den Traditionen der dem Zirkelwesen eigenen Disziplinlosigkeit und der revolutionären Spießbürgerlichkeit frei zu machen und Dutzende der verschiedensten Gruppen zusammenzubringen, die häufig einander erbittert bekämpft hatten, die ausschließlich durch die Macht der

Idee miteinander verbunden und (im Prinzip) bereit waren, all und jede Gruppenausschließlichkeit und Gruppenselbständigkeit dem großen, zum erstenmal tatsächlich von uns geschaffenen Ganzen – *der Partei* – zu opfern. Aber in der Politik werden Opfer nicht leicht gebracht, man muß sie erkämpfen. Der Kampf wegen des „Mordes an den Organisationen" nahm unvermeidlich furchtbar erbitterte Formen an. Der frische Wind des offenen, freien Kampfes verwandelte sich in einen Wirbelsturm. Dieser Sturm fegte – und es ist sehr gut, daß er es tat! – sämtliche Überreste ausnahmslos aller Zirkelinteressen, -gefühle und -traditionen hinweg und schuf zum erstenmal wirkliche leitende Parteikollegien.

Aber es ist eine Sache, sich als etwas zu bezeichnen, eine andere Sache, es zu sein. Es ist eine Sache, im Prinzip das Zirkelwesen zugunsten der Partei zu opfern, eine andere Sache, auf seinen eigenen Zirkel zu verzichten. Der frische Wind blies allzu frisch für jene, die an muffige Spießbürgerlichkeit gewöhnt waren. „Die Partei hat ihren ersten Parteitag nicht ertragen", wie sich Gen. Martow in seiner Broschüre „Noch einmal in der Minderheit" richtig (unwillkürlich richtig) ausdrückte. Die Kränkung wegen des „Mordes an den Organisationen" war zu groß. Der tolle Wirbelsturm wühlte den ganzen Schlamm auf dem Grunde unseres Parteistromes auf, und dieser Schlamm rächte sich. Das alte verkrustete Zirkelwesen bezwang das noch junge Parteiprinzip. Der aufs Haupt geschlagene opportunistische Flügel der Partei gewann – natürlich vorübergehend – die Oberhand über den revolutionären Flügel, nachdem er durch den Zuzug Akimows zufällig Verstärkung erhalten hatte.

Das Ergebnis ist die neue „Iskra", die zwangsläufig den Fehler entwickeln und vertiefen muß, den ihre Redakteure auf dem Parteitag gemacht haben. Die alte „Iskra" lehrte die Wahrheiten des revolutionären Kampfes. Die neue „Iskra" lehrt die banale Lebensweisheit: Nachgiebigkeit und Verträglichkeit. Die alte „Iskra" war das Organ der streitbaren Orthodoxie. Die neue „Iskra" präsentiert uns eine Neuauflage des Opportunismus – hauptsächlich in Organisationsfragen. Die alte „Iskra" zog sich die ehrenvolle Feindschaft sowohl der russischen wie auch der westeuropäischen Opportunisten zu. Die neue „Iskra" ist „vernünftig" geworden und wird bald aufhören, sich des Lobes zu schämen, das ihr die extremen Opportunisten spenden. Die alte „Iskra" schritt unbeirrt ihrem Ziel zu, ihre Worte und ihre Taten gingen nicht auseinander. In der neuen

„Iskra" erzeugt die innere Verlogenheit ihrer Stellung – sogar unabhängig vom Willen und vom Bewußtsein ganz gleich wessen – unvermeidlich politische Heuchelei. Sie wettert gegen das Zirkelwesen, um den Sieg des Zirkelwesens über das Parteiprinzip zu verdecken. Sie verurteilt pharisäisch die Spaltung, als könnte man sich in einer halbwegs organisierten Partei, die halbwegs ihren Namen verdient, irgendein anderes Mittel gegen die Spaltung vorstellen als die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Sie verkündet die Notwendigkeit, der revolutionären öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, und befaßt sich, die Lobeshymnen der Akimow verheimlichend, mit kleinlichem Klatsch über die Komitees, die dem revolutionären Flügel der Partei angehören.* Welche Schmach! Wie haben sie unsere alte „Iskra" geschändet!

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück... Das kommt sowohl im Leben von Individuen vor als auch in der Geschichte von Nationen und in der Entwicklung von Parteien. Es wäre verbrecherischer Kleinmut, wollte man auch nur einen Augenblick an dem unvermeidlichen und vollständigen Triumph der Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie, der proletarischen Organisation und der Parteidisziplin zweifeln. Wir haben schon sehr viel errungen, wir müssen auch weiterhin kämpfen, ohne bei Mißerfolgen den Mut zu verlieren, wir müssen standhaft kämpfen, voller Verachtung für die Spießermethoden der Zirkelbalgerei, um die mit so großer Mühe geschaffene einheitliche Parteibildung aller Sozialdemokraten Rußlands bis zur letzten Möglichkeit zu verteidigen und durch hartnäckige und systematische Arbeit zu erreichen, daß sich alle Parteimitglieder, insbesondere die Arbeiter, vollständig und verantwortungsbewußt vertraut machen mit den Parteipflichten und dem Kampf auf dem II. Parteitag, mit allen Ursachen und Wendepunkten unserer Differenzen, mit dem ganzen Unheil des Opportunismus, der auf organisatorischem Gebiet vor der bürgerlichen Mentalität ebenso hilflos die Waffen streckt, ebenso unkritisch den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie übernimmt, ebenso die Waffe des proletarischen Klassenkampfes abstumpft wie auf dem Gebiet unseres Programms und unserer Taktik.

Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als

* Für diese nette Beschäftigung ist schon eine stereotype Form ausgearbeitet worden: Unser eigener Korrespondent X teilt über das Mehrheitskomitee Y mit, daß es den Genossen Z von der Minderheit schlecht behandelt habe.

die Organisation. Durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten, durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt, ständig in den „Abgrund" völliger Verelendung, der Verwilderung und Degradation hinabgestoßen, kann und wird das Proletariat unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt. Dieser Armee wird weder die morsche Macht der russischen Selbstherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten. Diese Armee wird ihre Reihen immer enger schließen, trotz allen Zickzackkursen und allen Schritten zurück, trotz den opportunistischen Phrasen der Girondisten der heutigen Sozialdemokratie, trotz der selbstgefälligen Verherrlichung des rückständigen Zirkelwesens, trotz dem Flittergold und Schaumgebraus des *Intellektuellen*-Anarchismus.

Beilage

DER KONFLIKT ZWISCHEN GENOSSEN GUSSEW UND GENOSSEN DEUTSCH

Der Kern dieses Konflikts, der eng mit der (wie sich Gen. Martow ausdrückte) „falschen" Liste zusammenhängt, die in dem – von uns in Abschnitt j angeführten – Brief der Genossen Martow und Starower erwähnt wird, ist folgender. Gen. Gussew hatte Gen. Pawlowitsch mitgeteilt, daß diese Liste, mit den Namen der Genossen Stein, Jegorow, Popow, Trotzki und Fomin ihm, Gussew, von Gen. Deutsch übergeben worden sei (S. 12 des „Briefes" des Gen. Pawlowitsch). Gen. Deutsch beschuldigte Gen. Gussew wegen dieser Mitteilung der „wissentlichen Verleumdung", und ein Parteischiedsgericht entschied, daß die „Mitteilung" des Gen. Gussew „*nicht richtig*" war (siehe die Resolution des Schiedsgerichts in Nr. 62 der „Iskra"). Nachdem die *Redaktion* der „Iskra" die Resolution des Gerichts veröffentlicht hatte, gab *Gen. Martow* (nicht mehr die Redaktion) unter dem Titel „Die Resolution des Parteischiedsgerichts" ein Sonderblatt heraus, in dem er nicht nur wortwörtlich die Resolution des Gerichts, sondern auch einen vollständigen Bericht über die ganze Verhandlung und ein *eigenes Nachwort* abdruckte. In diesem Nachwort bezeichnet Gen. Martow unter anderem „die Tatsache der Fälschung einer Liste im Interesse des Fraktionskampfes" als „schmachvoll". Auf dieses Sonderblatt antworteten die Delegierten des zweiten Parteitags Ljadow und Gorin mit einem Sonderblatt unter dem Titel „Die vierte Person im Schiedsgericht", in dem sie „energisch dagegen protestieren, daß Gen. Martow sich herausnimmt, über die Gerichtsbeschlüsse hinauszugehen und Gen. Gussew unlautere Motive zuzuschreiben", denn das Gericht hatte nicht entschieden, daß eine wissentliche Verleumdung vorlag, sondern lediglich festgestellt, daß die Mitteilung des Gen. Gussew nicht richtig war. Die Genossen Gorin

und Ljadow erläutern ausführlich, daß die Mitteilung des Gen. Gussew durch einen ganz natürlichen Irrtum hervorgerufen sein konnte, und kennzeichnen das Verhalten des Gen. Martow, der selber eine Reihe irriger Mitteilungen machte (und in seinem Sonderblatt macht) und Gen. Gussew willkürlich unlautere Absichten zuschrieb, als *„unwürdig"*. Von unlauteren Absichten, sagen sie, konnte überhaupt nicht die Rede sein. Das ist, wenn ich nicht irre, die ganze „Literatur" über diese Frage, zu deren Klärung beizutragen ich für meine Pflicht halte.

Vor allem ist es notwendig, daß der Leser sich über die Zeit und die Umstände der Entstehung dieser Liste (der Liste der Kandidaten für das ZK) genaue Rechenschaft ablegt. Wie ich bereits in der Broschüre erwähnt habe, beriet sich die „Iskra"-Organisation auf dem Parteitag über eine Kandidatenliste für das ZK, die sie dem Parteitag gemeinsam vorlegen könnte. Die Beratung endete mit der Trennung: die Mehrheit der „Iskra"-Organisation nahm die Liste Trawinski, Glebow, Wassiljew, Popow und Trotzki an, die Minderheit wollte jedoch nicht nachgeben und bestand auf der Liste Trawinski, Glebow, Fomin, Popow und Trotzki. Die beiden Teile der „Iskra"-Organisation kamen nach jener Versammlung, in der diese Listen aufgestellt und abgestimmt worden waren, nicht mehr zusammen. Beide Teile betrieben nun eine freie Agitation auf dem Parteitag, sie wollten, daß die sie trennende strittige Frage durch ein Votum des gesamten Parteitags entschieden werde, und trachteten danach, möglichst viele Delegierte für sich zu gewinnen. Diese freie Agitation auf dem Parteitag enthüllte sofort jene politische Tatsache, die ich in meiner Broschüre so ausführlich analysiert habe, nämlich daß es für die Minderheit der Iskristen (mit Martow an der Spitze) notwendig war, sich auf das „Zentrum" (den Sumpf) und die Antiiskristen zu stützen, damit sie über uns siegen konnte. Das war notwendig, weil die übergroße Mehrheit der Delegierten, die das Programm, die Taktik und die Organisationspläne der „Iskra" gegen den Ansturm der Antiiskristen und des „Zentrums" konsequent verteidigten, sich sehr rasch und sehr entschieden auf unsere Seite stellte. Von den 33 Delegierten (genauer: Stimmen), die weder zu den Antiiskristen noch zum „Zentrum" gehörten, eroberten wir sehr rasch 24 und trafen mit ihnen eine „direkte Vereinbarung", schufen also eine „kompakte Mehrheit". Genossen Martow dagegen verblieben nur neun Stimmen; um siegen zu können, brauchte er alle Stimmen der Antiiskristen

und des „Zentrums". Mit diesen Gruppen konnte er zusammengehen (wie auch bei § 1 des Statuts), mit ihnen konnte er sich „koalieren", d. h. ihre Unterstützung gewinnen, aber er *konnte* mit ihnen *keine* direkte Vereinbarung treffen, und zwar deshalb nicht, weil er diese Gruppen während des ganzen Parteitags nicht minder scharf bekämpft hatte als wir. Darin bestand gerade die Tragikomik der Lage des Gen. Martow! Gen. Martow will mich in seinem „Belagerungszustand" durch die mörderisch giftige Frage vernichten: „Wir bitten Gen. Lenin ehrerbietigst, offen auf die Frage zu antworten: Für *wen* war der ‚Jushny Rabotschi' auf dem Parteitag ein Außenseiter?" (S. 23, Anmerkung.) Ich antworte ehrerbietigst und offen: Er war ein Außenseiter für Gen. Martow. Beweis: Ich habe sehr rasch eine direkte Vereinbarung mit den Iskristen getroffen, Gen. Martow aber hat weder mit dem „Jushny Rabotschi" noch mit Gen. Machow oder mit Gen. Brucker eine direkte Vereinbarung getroffen und auch nicht treffen können.

Nur wenn man sich diese politische Situation vergegenwärtigt, kann man verstehen, was der „Kern" der wunden Frage der berühmten „falschen" Liste war. Man stelle sich konkret die Sachlage vor: Die „Iskra"-Organisation hat sich gespalten, wir agitieren frei auf dem Parteitag und verteidigen unsere Listen. Bei dieser Verteidigung werden in einer Menge einzelner Privatgespräche die Listen auf hunderterlei Arten kombiniert, statt des Fünferkollegiums wird ein Dreierkollegium erwogen, alle möglichen Vorschläge werden gemacht, den einen Kandidaten durch einen andern zu ersetzen. Ich erinnere mich zum Beispiel genau, daß in Privatgesprächen der Mehrheit die Kandidaturen der Genossen Russow, Ossipow, Pawlowitsch und Dedow[85] aufgestellt, dann aber nach heißer Diskussion abgelehnt wurden. Es ist sehr wohl möglich, daß auch andere, mir unbekannte Kandidaturen aufgestellt wurden. Jeder Parteitagsdelegierte äußerte gesprächsweise seine Ansicht, schlug Änderungen vor, diskutierte usw. Die Annahme, daß dies ausschließlich innerhalb der Mehrheit geschah, ist höchst unwahrscheinlich. Ganz zweifellos ging dasselbe auch in der Minderheit vor sich, denn ihr anfängliches Fünferkollegium (Popow, Trotzki, Fomin, Glebow und Trawinski) wurde später, wie wir aus dem Brief der Genossen Martow und Starower ersahen, durch das Dreierkollegium Glebow, Trotzki und Popow ersetzt, wobei ihnen Glebow nicht gefiel und sie ihn bereitwillig durch Fomin ersetzten (siehe das Sonder-

blatt der Genossen Ljadow und Gorin). Man darf nicht vergessen, daß ich die Gruppen, in die ich die Parteitagsdelegierten in meiner Broschüre teile, auf Grund einer post factum* vorgenommenen Analyse voneinander abgrenze: in Wirklichkeit deuteten sich diese Gruppen in der Wahlagitation erst an, und der Meinungsaustausch der Delegierten ging völlig frei vor sich; es gab keine „Wand" zwischen uns, und jeder sprach mit jedem beliebigen Delegierten, mit dem er eben Lust hatte, privat zu sprechen. Es ist keineswegs verwunderlich, daß bei solchen Verhältnissen unter allen möglichen Kombinationen und Listen neben der Liste der Minderheit der „Iskra"-Organisation (Popow, Trotzki, Fomin, Glebow und Trawinski) auch die Liste Popow, Trotzki, Fomin, Stein und Jegorow auftauchte, die sich nur wenig von ihr unterschied. Die Entstehung einer solchen Kombination von Kandidaturen ist im höchsten Grade natürlich, weil unsere Kandidaten, Glebow und Trawinski, der Minderheit der „Iskra"-Organisation offenkundig nicht gefielen (siehe ihren Brief in der Broschüre, Abschnitt j, wo sie Trawinski aus dem Dreierkollegium streichen, von Glebow aber offen sagen, dies sei ein Kompromiß). Die Ersetzung Glebows und Trawinskis durch die Mitglieder des Organisationskomitees Stein und Jegorow war durchaus natürlich, und es hätte seltsam angemutet, wäre von den Delegierten der Parteiminderheit niemand auf die Idee einer solchen Ersetzung gekommen.

Betrachten wir jetzt die beiden folgenden Fragen: 1. Von wem ging die Liste Jegorow, Stein, Popow, Trotzki und Fomin aus? und 2. warum war Gen. Martow zutiefst empört darüber, daß man ihm diese Liste zuschrieb? Um auf die erste Frage *exakt* zu antworten, wäre es notwendig, eine Rundfrage bei allen Parteitagsdelegierten zu veranstalten. Das ist jetzt unmöglich. Insbesondere wäre es notwendig, zu klären, welche Delegierten der Parteitagsminderheit (die nicht mit der Minderheit der „Iskra"-Organisation verwechselt werden darf) auf dem Parteitag von den Listen gehört hatten, die zur Spaltung der „Iskra"-Organisation führten? Wie verhielten sie sich zu den beiden Listen der Mehrheit und der Minderheit der „Iskra"-Organisation? Brachten sie irgendwelche Mutmaßungen oder Meinungen über erwünschte Änderungen in der Liste der Minderheit der „Iskra"-Organisation vor oder hörten sie davon? Leider wurden diese Fragen anscheinend auch vor dem Schiedsgericht nicht ge-

* nachträglich. *Die Red.*

stellt, dem es (nach dem Wortlaut des Urteils zu schließen) sogar unbekannt blieb, wegen welcher „Fünferkollegien" sich die Geister in der „Iskra"-Organisation schieden. Gen. Below zum Beispiel (den ich zum „Zentrum" zähle) „sagte aus, daß er in guten kameradschaftlichen Beziehungen zu Deutsch stand, der ihm seine Eindrücke von der Arbeit des Parteitags mitteilte, und wenn Deutsch für diese oder jene Liste Agitation getrieben hätte, so hätte er das auch ihm, Below, mitgeteilt". Man muß bedauern, daß es ungeklärt geblieben ist, ob Gen. Deutsch auf dem Parteitag Gen. Below von dem Eindruck erzählte, den die Listen der „Iskra"-Organisation auf ihn machten, und wenn ja, wie verhielt sich dann Gen. Below zu der Fünferliste der Minderheit der „Iskra"-Organisation? Schlug er irgendwelche erwünschte Änderungen in der Liste vor oder hörte er von solchen Vorschlägen? Da dieser Umstand nicht geklärt wurde, klafft in den Aussagen der Genossen Below und Deutsch der Widerspruch, den schon die Genossen Gorin und Ljadow festgestellt haben, nämlich daß Gen. Deutsch, entgegen seinen Behauptungen, „zugunsten dieser oder jener Kandidaten für das ZK agitierte", die von der „Iskra"-Organisation in Aussicht genommen worden waren. Gen. Below sagt weiter aus, daß „er von der Liste, die auf dem Parteitag zirkulierte, auf privatem Wege etwa zwei Tage vor dem Ende des Parteitags erfuhr, als er sich mit den Genossen Jegorow, Popow und den Delegierten des Charkower Komitees traf. Dabei äußerte Jegorow sein Erstaunen darüber, daß sein Name auf der Liste der Kandidaten für das ZK stand, da nach seiner, Jegorows, Meinung seine Kandidatur bei den Parteitagsdelegierten keine Sympathie erwecken konnte, und zwar weder bei der Mehrheit noch bei der Minderheit." Es ist äußerst charakteristisch, daß hier offensichtlich von der Minderheit der *„Iskra"-Organisation* die Rede ist, denn bei der übrigen Minderheit des Parteitags konnte nicht nur, sondern mußte aller Wahrscheinlichkeit nach die Kandidatur des Gen. Jegorow, eines Mitglieds des OK und bekannten Redners des „Zentrums", auf Sympathie stoßen. Leider erfahren wir gerade über die Sympathie oder Antipathie jener Mitglieder der Parteiminderheit, die der „Iskra"-Organisation nicht angehörten, von Gen. Below nichts. Eben diese Frage aber ist wichtig, denn Gen. Deutsch war darüber empört, daß man diese Liste der Minderheit der „Iskra"-Organisation zuschrieb, die Liste aber konnte von der Minderheit ausgehen, die dieser Organisation nicht angehörte!

Selbstverständlich ist es jetzt sehr schwer, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, wer zuerst die Vermutung einer solchen Kombination von Kandidaturen geäußert und durch wen jeder unter uns von ihr gehört hat. Ich z. B. kann mich nicht mehr daran erinnern, und ich weiß auch nicht mehr, wer von der Mehrheit zuerst die von mir erwähnten Kandidaturen Russows, Dedows und anderer vorgeschlagen hat. Aus der Menge der Gespräche, Mutmaßungen und Gerüchte über alle möglichen Kombinationen von Kandidaturen haben sich meinem Gedächtnis nur jene „Listen" eingeprägt, die unmittelbar in der „Iskra"-Organisation oder in Sonderbesprechungen der Mehrheit zur Abstimmung gebracht wurden. Diese „Listen" wurden meistenteils mündlich weitergegeben (in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'", S. 4, Zeile 5 von unten, bezeichne ich als „Liste" eben die von mir in der Versammlung mündlich vorgeschlagene Kombination von fünf Kandidaturen), aber oft wurden sie auch auf Zetteln notiert, die überhaupt während der Parteitagssitzungen zwischen den Delegierten kursierten und nach der Sitzung gewöhnlich vernichtet wurden.

Da keine genauen Angaben über den Ursprung der vielgenannten Liste vorhanden sind, kann man nur annehmen, daß entweder ein der Minderheit der „Iskra"-Organisation unbekannter Delegierter der Parteitagsminderheit sich für eine solche Kombination von Kandidaturen aussprach, wie sie in der Liste angeführt ist, und daß dann diese Kombination mündlich und schriftlich auf dem Parteitag die Runde machte; oder daß ein Mitglied der Minderheit der „Iskra"-Organisation diese Kombination auf dem Parteitag vorschlug und das später vergaß. Wahrscheinlicher erscheint mir die zweite Annahme, und zwar aus folgendem Grund: Die Kandidatur des Gen. Stein fand *zweifellos* schon auf dem Parteitag die Sympathie der Minderheit der „Iskra"-Organisation (siehe meine Broschüre), auf die Idee der Kandidatur des Gen. Jegorow aber kam *diese* Minderheit zweifellos nach dem Parteitag (denn auf der Ligakonferenz und im „Belagerungszustand" wird das Bedauern über die Nichtbestätigung des Organisationskomitees als Zentralkomitee zum Ausdruck gebracht, Gen. Jegorow aber war Mitglied des OK). Drängt sich nicht die Annahme auf, daß diese offensichtlich in der Luft liegende Idee, die Mitglieder des OK in Mitglieder des ZK zu verwandeln, von einem Mitglied der Minderheit in einem Privatgespräch auch auf dem Parteitag geäußert worden ist?

Aber die Genossen Martow und Deutsch sind geneigt, anstatt eine natürliche Erklärung zu geben, unbedingt ein *schmutziges* Motiv zu suchen, eine böse Absicht, eine unehrliche Handlungsweise, eine Verbreitung *„bewußt* falscher Gerüchte *zwecks* Diffamierung", *eine „Fälschung im Interesse des Fraktionskampfes"* usw. Dieses krankhafte Bestreben läßt sich nur erklären mit den ungesunden Verhältnissen des Emigrantenlebens oder einem anormalen Zustand der Nerven, und ich dächte nicht daran, auf diese Frage einzugehen, würde es sich nicht um einen unwürdigen Anschlag auf die Ehre eines Genossen handeln. Man überlege bloß: Welche Gründe konnten die Genossen Deutsch und Martow dazu veranlassen, hinter einer unrichtigen Mitteilung, einem falschen Gerücht eine schmutzige, unlautere Absicht zu suchen? In ihrer krankhaften Phantasie haben sie sich offenbar eingebildet, die Mehrheit habe sie nicht durch den Hinweis auf den politischen Fehler der Minderheit (§ 1 und die Koalition mit den Opportunisten) „diffamiert", sondern dadurch, daß sie der Minderheit „bewußt falsche", „gefälschte" Listen zuschrieb. Die Minderheit zog es vor, die Angelegenheit nicht mit ihrem Fehler, sondern mit den schmutzigen, unehrlichen, schmachvollen Methoden der Mehrheit zu erklären. Wie unvernünftig es war, hinter einer „unrichtigen Mitteilung" eine unlautere Absicht zu suchen, haben wir bereits oben gezeigt, als wir die näheren Umstände der ganzen Angelegenheit schilderten; das hat auch das Parteischiedsgericht klar gesehen, das keine Verleumdung und nichts Böswilliges, nichts Schmachvolles feststellte. Das wird schließlich am anschaulichsten durch die Tatsache bewiesen, daß die Minderheit der „Iskra"-Organisation schon auf dem Parteitag, noch vor den Wahlen, mit der Mehrheit eine Aussprache über das falsche Gerücht hatte, während Gen. Martow sogar in einem Brief, der in einer Sitzung aller 24 Delegierten der Mehrheit verlesen wurde, dazu Stellung nahm! Die Mehrheit dachte nicht daran, vor der Minderheit der „Iskra"-Organisation zu verheimlichen, daß auf dem Parteitag eine bestimmte Liste zirkulierte: Gen. Lenski erzählte davon Gen. Deutsch (siehe das Urteil des Schiedsgerichts), Gen. Plechanow sprach darüber mit Genossin Sassulitsch („man kann mit ihr nicht reden, sie scheint mich für Trepow zu halten", sagte Gen. Plechanow zu mir, und dieser Scherz, der vielfach wiederholt wurde, zeigt noch einmal die anormale Erregung der Minderheit), ich erklärte Gen. Martow, seine Versicherung (daß die Liste nicht

von ihm stamme) genüge mir (Ligaprotokolle, S. 64). Dann schickte uns Gen. Martow (ich erinnere mich, zusammen mit Gen. Starower) einen Zettel ungefähr folgenden Inhalts ins Büro: „Die Mehrheit der ‚Iskra'-Redaktion bittet, sie zu der Sonderbesprechung der Mehrheit zuzulassen, damit sie die kompromittierenden Gerüchte, die gegen sie verbreitet werden, widerlegen kann." Plechanow und ich antworteten auf demselben Zettel: „Wir haben keine kompromittierenden Gerüchte gehört. Sollte eine Sitzung der Redaktion erforderlich sein, so muß man sich darüber besonders verständigen. Lenin. Plechanow." Als wir abends in die Sitzung der Mehrheit kamen, erzählten wir hiervon allen 24 Delegierten. Um die Möglichkeit jeglichen Mißverständnisses zu beseitigen, wurde beschlossen, von uns allen 24 gemeinsam Delegierte zu wählen und zu den Genossen Martow und Starower zu schicken, damit sie sich mit ihnen aussprächen. Die gewählten Delegierten, Genosse Sorokin und Genossin Sablina, gingen hin und erklärten, daß niemand die Liste Martow oder Starower persönlich zuschreibe, besonders nicht, nachdem sie eine Erklärung abgegeben hätten, und daß es gar nicht wichtig sei, ob diese Liste so oder anders von der Minderheit der „Iskra"-Organisation oder von der dieser Organisation nicht angehörenden Minderheit des Parteitags ausgehe. Man könne doch wirklich nicht auf dem Parteitag eine Untersuchung einleiten! man könne doch nicht alle Delegierten wegen solch einer Liste vernehmen! Aber die Genossen Martow und Starower schrieben uns außerdem noch einen Brief mit einer formellen Widerlegung (siehe Abschnitt j). Diesen Brief lasen unsere Bevollmächtigten, die Genossen Sorokin und Sablina, in einer Sitzung der 24 vor. Nun hätte man den Zwischenfall als erledigt betrachten können, erledigt nicht im Sinne der Nachforschung nach dem Ursprung der Liste (wenn sich irgendwer dafür interessiert), sondern im Sinne der vollständigen Ausschaltung jedes Gedankens an eine etwaige Absicht, „die Minderheit zu schädigen" oder jemanden zu „diffamieren" oder sich einer „Fälschung im Interesse des Fraktionskampfes" zu bedienen. Aber nein, Gen. Martow wühlt auf der Ligakonferenz (S. 63/64) wieder in diesem krankhafter Phantasie entsprungenen Schmutz, wobei er eine ganze Reihe *unrichtiger Mitteilungen* macht (offensichtlich infolge seines erregten Zustands). Er sagte, auf der Liste sei ein Bundist gewesen. Das ist nicht richtig. Alle Zeugen, darunter auch die Genossen Stein und Below, bestätigten vor dem Schiedsgericht, daß Gen. Jegorow

auf der Liste stand. Gen. Martow sagte, die Liste hätte eine Koalition im Sinne einer direkten Vereinbarung bedeutet. Das ist nicht richtig, wie ich schon auseinandergesetzt habe. Gen. Martow sagte, andere Listen, die von der Minderheit der „Iskra"-Organisation ausgegangen wären (und die geeignet gewesen wären, die Mehrheit des Parteitags von dieser Minderheit abzustoßen), „hat es nicht gegeben, nicht einmal gefälschte". Das ist nicht richtig, denn die gesamte Mehrheit des Parteitags kannte mindestens drei Listen, die von Gen. Martow und Co. ausgingen und nicht die Billigung der Mehrheit fanden (siehe das Sonderblatt Ljadows und Gorins).

Warum hat diese Liste Gen. Martow überhaupt so empört? Weil die Liste ein Abschwenken zum rechten Flügel der Partei bedeutete. Damals zeterte Gen. Martow über „die falsche Beschuldigung des Opportunismus", er war empört über die „falsche Charakteristik seiner politischen Stellung", jetzt aber sieht jedermann, daß die Frage, ob die bewußte Liste von den Genossen Martow und Deutsch stammte, keinerlei politische Bedeutung haben konnte, daß die Beschuldigung *dem Wesen nach, unabhängig von dieser oder einer anderen Liste,* nicht falsch, sondern wahr war, daß die Charakteristik der politischen Stellung vollkommen richtig war.

Das Fazit dieser ganzen unerquicklichen, künstlich aufgebauschten Angelegenheit mit der berühmten falschen Liste ist:

1. Der Anschlag des Gen. Martow auf die Ehre des Gen. Gussew durch das Geschrei über die „schmachvolle Tatsache der Fälschung einer Liste im Interesse des Fraktionskampfes" muß, wie es die Genossen Gorin und Ljadow getan haben, als unwürdig bezeichnet werden.

2. Um die Atmosphäre zu reinigen und die Parteimitglieder davor zu bewahren, allerlei krankhafte Ausfälle ernst zu nehmen, sollte man vielleicht auf dem dritten Parteitag eine Regel festlegen, wie sie im Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei enthalten ist. § 2 dieses Statuts lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Über die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu." Eine solche Regel könnte als gutes Kampfmittel gegen alle diejenigen dienen, die leichtfertig andere irgendwelcher ehrloser Handlungen beschuldigen (oder solche Gerüchte verbreiten). Gäbe es eine solche Regel, so würde man sämtliche derartige Anschuldigungen ein für allemal als unwürdige Klatschereien abtun, solange diejenigen, die eine Anschuldigung erheben, nicht den moralischen Mut aufbringen, als Ankläger *vor der Partei* aufzutreten und einen Wahrspruch der zuständigen Parteikörperschaft herbeizuführen.

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZENTRALKOMITEES

Liebe Freunde! Boris teilte mir mit, daß fünf Mitglieder des ZK (er, Loschad, Walentin, Mitrofan[86] und Trawinski) mir wegen meines Votums im Rat der Partei für einen Parteitag und wegen meiner Agitation für einen Parteitag eine Rüge erteilt haben. Ich bitte jeden der fünf, mir diese Tatsache zu bestätigen oder sie zu erläutern, denn es ist mir unfaßlich, *wie* man einem Mitglied des Kollegiums eine Rüge erteilen kann, weil dies Mitglied etwas tut, wozu es berechtigt und verpflichtet ist. Man kann mit ihm nicht einverstanden sein, man kann es aus dem Rat abberufen, aber eine „Rüge" muß befremden, denn solange ich im Rat war, *konnte ich nicht umhin,* meine Stimme entsprechend meiner Überzeugung abzugeben. Ebenso ist die Agitation für einen Parteitag das Recht eines jeden Mitglieds der Partei und eines jeden Mitglieds des ZK, so daß die Vollmachten des Kollegiums gegenüber dem Mitglied keinem von uns dieses Recht schmälern können (weder formell *noch moralisch*). Ich bin nur verpflichtet, mitzuteilen, daß die Hälfte oder mehr als die Hälfte des ZK gegen den Parteitag ist.

Was den Rat der Partei betrifft, so steht die Sache jetzt so: Boris ist (mit fünf Stimmen, wie er sagt) anstatt Kol ernannt. Mein Rücktritt ist (wie er sagt) nicht angenommen. Ich nehme meine Demission zurück und bleibe im Rat. Von dieser Seite ist der Konflikt beigelegt, und ich bitte nur um Aufklärung wegen der „Rüge".

Aber viel wichtiger ist folgender Konflikt: Boris erklärte mir, er könne nicht im ZK bleiben, wenn ich erstens die Agitation für einen Parteitag nicht einstellen und zweitens einem Parteitag nicht entgegenwirken werde. Selbstverständlich kann ich weder das eine noch das andere tun, und des-

halb antwortete ich Boris, daß ich mit *allen* Kollegen vom ZK sprechen und *ihm dann meine Antwort geben werde*, die sich nur darauf beziehen kann, ob ich aus dem ZK ausscheide oder nicht. Hinsichtlich dieses Konflikts, der zum Rücktritt eines von uns (oder sogar eines der beiden Teile des ZK) zu führen droht, halte ich eine eingehende Aussprache in aller Ruhe und mit Kenntnis der Sache für dringend geboten. Ich verüble es Boris sehr, daß er sein „Ultimatum" gestellt hat, ohne *die Protokolle des Rates* (äußerst wichtig!) und meine Broschüre* gelesen zu haben, in der ich meine *prinzipielle* Stellung darlege. Ist es vernünftig, den Konflikt zuzuspitzen, ohne sich in der sehr verwickelten Frage klargeworden zu sein?? Ist es vernünftig, ihn zuzuspitzen, wenn wir uns *im wesentlichen* einig sind (wenigstens unterstreicht die von Walentin geschriebene Erklärung des ZK, die uns zugeschickt wurde, aber *nicht in unsere Hände gelangte*, und von der mir Boris erzählte, unsere gemeinsame prinzipielle Stellung in der organisatorischen Frage, zum Unterschied von der opportunistischen Stellung der Minderheit)? Sogar hinsichtlich des Parteitags sind wir nur über den Zeitpunkt verschiedener Meinung, denn Boris lehnt es durchaus nicht ab, den Parteitag ein halbes oder ein Jahr später einzuberufen. Sehen Sie, was sich ergibt: Der Parteitag muß rechtmäßig im kommenden Sommer stattfinden; ich bin der Ansicht, daß im *besten* Falle, im Falle eines vollen Erfolges unserer Agitation, die Einberufung früher als in einem halben Jahr *unmöglich ist*, sich wahrscheinlich aber noch länger hinziehen wird. Unsere „Meinungsverschiedenheit" läuft also auf die Bestimmung des Zeitpunkts hinaus! Ist es vernünftig, aus diesem Grunde auseinanderzugehen? Betrachten Sie die Angelegenheit vom rein politischen Standpunkt: Boris sagt, die Agitation für den Parteitag sei unvereinbar mit der Festigung der positiven Arbeit, und die erste schädige die zweite. Ich teile die Meinung über diese Unvereinbarkeit nicht, aber nehmen wir sogar an, Boris habe recht. Nehmen wir an, er werde es durchsetzen, daß die mit ihm in dieser Frage nicht Gleichdenkenden aus dem ZK ausscheiden. Was wird das Ergebnis sein? *Zweifellos* eine ungeheure Zuspitzung der Agitation, eine Zuspitzung in den Beziehungen der Mehrheit zum ZK, eine Zuspitzung auch für Boris in der ihm unangenehmen Arbeit, dem Parteitag entgegenzuwirken. Ist es zweckmäßig, die Sache so zuzuspitzen? Boris sagt, er sei gegen den Parteitag, denn der Parteitag

* Siehe den vorliegenden Band, S. 197—430. *Die Red.*

bedeute die Spaltung. Ich denke, daß Boris hier die heutige und die morgige Situation falsch einschätzt, aber selbst wenn Boris recht hätte, so würde er, wenn er unser Ausscheiden aus dem ZK durchsetzt, dadurch die Wahrscheinlichkeit der Spaltung ungeheuer *vergrößern*, eben weil er zweifellos die Situation zuspitzen würde. Eine Zuspitzung des Konflikts innerhalb des ZK ist von keinem Standpunkt aus zweckmäßig.

Im Grunde sind Boris und ich *nur* insoweit verschiedener Meinung, als er die Spaltung auf dem III. Parteitag für unvermeidlich hält, ich aber für unwahrscheinlich. Wir glauben beide, daß der III. Parteitag uns die Mehrheit bringen wird. Boris glaubt, die Minderheit werde aus der Partei austreten: weder wir noch Martow könnten die Extremen halten. Ich glaube, daß Boris die sich rasch entwickelnde Situation nicht berücksichtigt, die heute nicht das ist, was sie gestern war, und morgen nicht das sein wird, was sie heute ist. Boris steht auf dem Standpunkt der gestrigen Situation (als das Gezänk die Prinzipien in den Hintergrund schob, als man auf einen Ausgleich, eine Vertuschung, einen Erfolg persönlicher Zugeständnisse hoffen *konnte*). Diese Situation ist vorbei, wie ich in meiner Broschüre eingehend beweise und wie die allgemeine Unzufriedenheit mit der neuen „Iskra" (sogar so weicher Leute, wie es die literarische Gruppe beim ZK in Rußland ist) beweist. Die heutige Situation ist schon eine andere: Die Prinzipien verdrängen das Gezänk. Es geht bei weitem nicht mehr um die Kooptation. Es geht darum, *ob die neue „Iskra" prinzipiell recht hat.* Gerade die Unzufriedenheit mit der prinzipiellen Stellung der neuen „Iskra", die unvermeidlich immer mehr zunehmen wird, ruft eine immer stärkere Agitation für den Parteitag hervor: diesen Umstand zieht Boris nicht in Betracht. Die morgige Situation wird das Gezänk noch mehr in den Hintergrund schieben. Einerseits wird auch die Minderheit aus moralischen und politischen Gründen nicht austreten können (der nach der Konferenz der Auslandsliga günstige Moment dafür ist *verpaßt*). Anderseits sind wir keineswegs gegen einen Vergleich, wie ich *bereits im Rat* erklärt habe (ich bitte Sie alle noch einmal, unbedingt die Protokolle des Rates durchzulesen, bevor Sie die schwierige Frage übers Knie brechen). Ich sage allen und jedem, daß ich persönlich *ohne weiteres* bereit bin, 1. allen alten Redakteuren zu garantieren, daß alles, was sie schreiben werden, ohne Änderungen und ohne Anmerkungen auf Kosten der Partei herausgegeben wird; 2. bis zum IV. Parteitag das Recht des ZK ruhen

zu lassen, Mitglieder der Lokalkomitees einzusetzen und auszuschließen; 3. durch eine besondere Resolution die besonders dringlichen Rechte der *Minderheit* zu garantieren und sogar 4. – *bedingt, im äußersten Falle,* die „Iskra" neutral zu machen und (mit Hilfe einer Kommission von Praktikern aus beiden Lagern u. dgl. m.) die beiderseitige Polemik in ihr einzustellen. Ich glaube, daß die Minderheit des III. Parteitags nur eine kleine Minderheit sein und bei einer solchen Lage den Parteitag nicht verlassen können wird. Ich glaube, daß wir auf dem III. Parteitag das Phantasiegebilde des „Belagerungszustands" endgültig zerstreuen, durch formelle Beschlüsse zerstreuen und erreichen werden, daß die Auseinandersetzungen weitergehen, *ohne die positive Arbeit zu stören.* Das ist doch der Kernpunkt der Krise! das wollte ich im Rat durchsetzen, dafür werden sicherlich acht Zehntel des Parteitags sein! Ich weiß ausgezeichnet, daß das auch Boris anstrebt, aber ohne Parteitag ist es nicht zu erreichen. Boris irrt, wenn er glaubt, wir hätten den Angriff begonnen (durch die Agitation für den Parteitag) und dadurch sei die Minderheit gereizt worden. Umgekehrt: Erst nach einer Reihe von Briefen und Appellen vor dem Zusammentritt des Rates und im Rate selbst haben wir uns für einen Parteitag ausgesprochen, und nur durch die Agitation haben wir unsere Stärke etwas gezeigt. Wer nicht in die lächerliche (noch gut, wenn nur lächerliche!) Lage Plechanows geraten will (man lese sein Feuilleton in Nr. 65), der muß im Kampf eine offene und klare Stellung beziehen. Die Agitation für den Parteitag ist jetzt durch nichts aufzuhalten. Man muß sich ihr gegenüber duldsam, allenfalls neutral verhalten, dann wird sie die positive Arbeit nicht stören. Sich über diese Agitation zu erhitzen, ist zwecklos.

Ich bitte *jeden* Genossen des ZK dringend, mir zu antworten. Wir müssen uns unbedingt verständigen und über die Sache klarwerden, um zusammenzuarbeiten – nicht ohne manche Meinungsverschiedenheiten, aber ohne Konflikte und gegenseitige Hinauswürfe.

Geschrieben am 13. (26.) Mai 1904.
Veröffentlicht mit einigen Änderungen 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf.

Nach dem Manuskript.

ERKLÄRUNG DREIER MITGLIEDER DES ZENTRALKOMITEES

Drei Mitglieder des ZK, Glebow, Swerew[87] *und Lenin*, sind, nachdem sie die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des ZK erörtert haben, zu folgenden Schlüssen gelangt, die allen Mitgliedern des ZK zur Kenntnis gebracht werden sollen:

1. Die Meinungsverschiedenheit begann mit der Frage der Einberufung eines Parteitags. Nachdem Lenin und Wassiljew im Rat der Partei für einen Parteitag eingetreten waren, sprach sich die Mehrheit des ZK (mit fünf gegen vier Stimmen, wobei die Stimme *Trawinskis* an Gen. *Glebow* überging) gegen einen Parteitag aus. Daraufhin erklärten *Lenin* und *Wassiljew*, daß sie vorübergehend aus dem Rat ausscheiden. Jetzt ist dieser Konflikt so beigelegt worden*, daß als Vertreter des ZK im Rat *Glebow* und *Lenin* gelten.

2. Gen. Glebow erklärte Gen. Lenin, daß er, Glebow, aus dem ZK austreten wird, wenn Lenin nicht darauf verzichtet, (außerhalb des ZK) für einen Parteitag Agitation zu treiben, und wenn er der Einberufung eines Parteitags nicht entgegenwirkt. Lenin, der eine solche Fragestellung für falsch und prinzipiell unzulässig hält, erklärt, daß er jedes Mitglied des ZK um seine Meinung befragen und dann eine Antwort geben wird, die sich nur darauf beziehen kann, ob er, Lenin, aus dem ZK ausscheidet oder nicht. (Was für Lenin gilt, gilt vom Standpunkt des Gen. *Glebow* auch für alle mit Lenin einverstandenen Mitglieder des ZK.)

3. Um die Meinungsverschiedenheit innerhalb des ZK im gegenwärtigen Augenblick genau zu charakterisieren, ist es notwendig, festzustellen,

* Siehe hierüber den von Gen. *Glebow* gebilligten Brief Lenins in der Anlage. (Siehe den vorliegenden Band, S. 431—434. *Die Red.*)

daß Gen. *Walentin* und Gen. *Nikititsch*[88] in ihrer im März geschriebenen und von Gen. *Glebow* gebilligten Deklaration erklärt haben: 1., daß sie entschieden gegen eine Kooptation sind, wie die Minderheit sie fordert; 2., daß sie die in der Broschüre „Was tun?" dargelegten organisatorischen Auffassungen teilen, und 3., daß sie, oder mindestens zwei von ihnen, die opportunistische Haltung mancher Parteiliteraten nicht billigen. Was allerdings einen Parteitag betrifft, so ist Gen. Glebow überzeugt, daß 1. die Meinungsverschiedenheit in dieser Frage eine zwiespältige Politik in das ZK hineintrage und 2. ein Parteitag zur Spaltung führen könne. Da er die Verantwortung dafür nicht übernehmen möchte, erklärt er seinen Austritt aus dem ZK für unvermeidlich. Lenin ist dagegen der Meinung, daß das ZK als ein rechenschaftspflichtiges Kollegium in der Frage des Parteitags neutral bleiben und allen seinen Mitgliedern die Freiheit der Agitation überlassen soll. Eine Spaltung aber sei unwahrscheinlich, denn die Mehrheit halte prinzipiell einen Vergleich auf dem Parteitag für möglich, der bis zur Neutralisierung der „Iskra" gehen könne.

4. Bis zur Lösung des erwähnten Konflikts treten die Genossen *Glebow* und Lenin offiziell und bei allen Handlungen im Namen des ZK nur mit beiderseitigem Einverständnis und gemeinsamer Unterschrift auf.

Genf, den 26. Mai 1904

Die Mitglieder des Zentralkomitees
Glebow
Swerew
Lenin

Veröffentlicht mit einigen Änderungen 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf.

Nach dem Manuskript.

AN DIE PARTEI

Plan eines Aufrufs

I. Antwort auf das Gerede vom Bonapartismus. Unsinn. Zu antworten ist unter der Würde. Freiheit der Agitation für den Parteitag. Zum Unterschied vom Zentralorgan spricht sich das Zentralkomitee qua talis* nicht aus.

Entscheiden müssen die Komitees, und das ZK fordert sie auf, ruhig und vorsichtig die pro und contra** abzuwägen, beide Lager anzuhören, sich mit den Dokumenten bekannt zu machen, ohne Hast, im Bewußtsein ihrer Parteipflichten.

II. Aufforderung zur positiven Arbeit. Die Bedeutung des Augenblicks: Krieg. Aufruf der Delegierten des ZK im Rat***. Repetitio†. Der ideologische Kampf darf die positive Arbeit nicht stören. Unzulässige Formen des Kampfes. Die Meinungsverschiedenheiten und Differenzen nicht übertreiben.

III. Versuch, allmählich erträgliche Verhältnisse zu schaffen. (Aufforderung von Karl Kautsky[89].)

Das Zentralkomitee schlägt Bedingungen für einen modus vivendi†† vor:

(1) allen *sechs* das Recht, auf Kosten der Partei alles herauszugeben.

---

* als solches. *Die Red.*

** die Für und Wider. *Die Red.*

*** Siehe den vorliegenden Band, S. 139–141. *Die Red.*

† Wiederholung. *Die Red.*

†† leidliches Verhältnis. *Die Red.*

(2) idem* – der Literatengruppe mit Vertretung auf dem Parteitag.

(3) das Recht der Einsetzung und des Ausschlusses von Mitgliedern für einen längeren Zeitraum ruhen zu lassen.

(4) Garantie einiger Rechte der Minderheit für einen längeren Zeitraum.

(5) Garantie, daß *alle* Publikationen der Partei, die ein Komitee wünscht, verteilt und zugestellt werden.

(6) Waffenruhe für eine Frist von mindestens einem halben Jahr; Finale – eine Broschüre von 16 Seiten auf halbpart. Das letzte Wort hat die Minderheit.

Geschrieben im Mai 1904,
nach dem 15. (28.).

Zuerst veröffentlicht 1930 im
Lenin-Sammelband XV.

Nach dem Manuskript.

* dasselbe. *Die Red.*

IM RAT DER SDAPR

31. Mai (13. Juni) und 5. (18.) Juni 1904[90]

Zuerst vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach dem Text der Protokolle des Rates.

1

REDEN ÜBER EINE GEMEINSAME KONFERENZ MEHRERER PARTEIEN 31. MAI (13. JUNI)

I

Wünscht der Rat, daß der Vorschlag der PPS* verlesen wird? (Plechanow: „Ja, das ist erwünscht.") „Die Polnische Sozialistische Partei hat immer eine enge Fühlungnahme des polnischen und des russischen sozialistischen Lagers für notwendig gehalten, damit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Zarismus, größere Erfolge erzielt werden. Leider kam bis heute eine solche Fühlungnahme nicht zustande, woraus sich für beide Seiten eine Reihe von Schwierigkeiten in der praktischen Arbeit ergaben. Deshalb begrüßen wir freudig die Wiederherstellung der SDAPR zu einem geschlossenen Ganzen mit zentralen Körperschaften, die für die gesamte Parteitätigkeit verantwortlich sind, weil uns dies die Möglichkeit gibt, den ersten Schritt zur Verwirklichung des uns seit langem vorschwebenden Zieles zu machen. Es ist uns klar, daß das anhaltende Fehlen geregelter Beziehungen zwischen Ihnen und uns zu einer ganzen Reihe von Mißverständnissen und Reibungen geführt hat, die beseitigt und beigelegt werden müssen, bevor wir zur endgültigen Festlegung des erwünschten Übereinkommens schreiten. Deshalb hat unser Zentraler Arbeitsausschuß beschlossen, Ihnen den Vorschlag zu machen, in allernächster Zeit eine Konferenz im Ausland einzuberufen, an der Delegierte Ihrer Partei teilnehmen sollen, um mit drei Delegierten von uns die Grundlagen und Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf beider Parteien zu besprechen. Die Ergebnisse dieser Konferenz könnten einem künftigen Übereinkommen zwischen den entsprechenden Instanzen der SDAPR und der PPS zugrunde gelegt werden. – In Erwartung einer möglichst baldigen Antwort usw."

* PPS – Polnische Sozialistische Partei. *Die Red.*

Als Antwort auf diesen Brief wandte sich das ZK an die PPS mit der Bitte, genauere Mitteilungen darüber zu machen, wie die Konferenz gedacht sei, aus Vertretern welcher Körperschaften sie sich zusammensetzen solle, wann und wo die PPS sie plane. Außerdem ersuchte es um Auskunft, wie sich die PPS zur Teilnahme der polnischen Sozialdemokraten an der Konferenz stellen würde.

Die PPS antwortete mit folgendem Brief:

„Werte Genossen! Wir haben uns über Ihren Brief etwas gewundert, da die Antworten auf die darin gestellten Fragen unseres Erachtens bereits in unserem ersten Brief enthalten sind. Die von uns vorgeschlagene Konferenz hätte vorbereitenden Charakter, um die Grundlagen für eine Fühlungnahme unserer Parteien zu klären; sie könnte zum Beispiel den Entwurf eines langfristigen Vertrags ausarbeiten.

Unserseits wurden für die Verhandlungen mit Ihnen drei Delegierte vom ZK ernannt, das zwischen den Parteitagen die höchste Instanz unserer Partei ist. Wir nehmen an, daß Sie für die Verhandlungen mit uns Vertreter der zuständigen Instanz Ihrer Partei oder einer Körperschaft ernennen, die das Recht und die entsprechenden Vollmachten besitzt, solche Verhandlungen zu führen.

Wir schlagen vor, die Konferenz im Ausland abzuhalten. Der Ort ist von zweitrangiger Bedeutung, obwohl Wien für uns am bequemsten wäre. Unser ZK hat Delegierte für Verhandlungen mit Ihrer Partei und nicht mit der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens ernannt; deshalb kann von einer Teilnahme von Delegierten der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens gar keine Rede sein."

Das sind alle Dokumente, mit denen sich die PPS an unsere Partei wandte. Ich persönlich bin der Ansicht, daß der Vorschlag der PPS, da sie es ablehnt, zu der von ihr geplanten Konferenz Delegierte der polnischen Sozialdemokratie einzuladen, von uns nicht angenommen werden kann. Was hingegen den Vorschlag der Finnen betrifft, so können wir darauf antworten, daß wir mit einer Vorkonferenz prinzipiell einverstanden sind. Deshalb denke ich, wir könnten unsere Resolution wie folgt formulieren:

„Die SDAPR ist im Prinzip einverstanden, mit Vertretern verschiedener revolutionärer und oppositioneller Parteien eine Vorkonferenz zur Verständigung über bestimmte Einzelfragen abzuhalten."

Was nun den Vorschlag des Gen. Martow angeht, eine Vorkonferenz

nur der sozialdemokratischen Gruppen durchzuführen, so ist er wohl kaum zweckmäßig, denn es gibt außer dem „Bund", der polnischen Sozialdemokratie und der Partei „Proletariat" [91] noch in den Randgebieten sozialdemokratische Organisationen, deren Heranziehung sich kaum empfiehlt, die aber gekränkt sein könnten, wenn sie zur Konferenz nicht eingeladen würden.

II

Die Genossen Axelrod und Martow behaupten, daß es bei den Letten zwei Fraktionen gibt. (Martow: „Zwei Strömungen.") Jetzt kommt es so heraus, daß wir auf der Konferenz mit derjenigen zusammentreffen sollen, die sich an die Sozialrevolutionäre, an das „Oswoboshdenije" anlehnt und (nach den Worten des Gen. Axelrod) zum Terror neigt, während die zweite Fraktion sehr schwach ist. Wir müssen uns genauer erkundigen, wie sich die Sache verhält. Sind es nur zwei Strömungen, so geht uns das nichts an, und wir vereinigen uns mit der bestehenden lettischen Partei. Gibt es dort aber Fraktionen, so können wir in eine sehr peinliche Lage geraten, wenn wir eine falsche Wahl treffen. Man muß sich vorher sowohl über die Stärke als auch über die Richtung dieser Fraktionen Klarheit verschaffen. Was den Kaukasus anbelangt, so sollte man ihn meines Erachtens zur Konferenz heranziehen. Zu diesem Zweck müssen wir in Erfahrung bringen, ob es dort sozialdemokratische Organisationen gibt, die mit uns Hand in Hand gehen könnten.

2

REDEN ÜBER DIE KOOPTATION IN DIE KOMITEES UND ÜBER DAS RECHT DES ZK, NEUE MITGLIEDER DER KOMITEES EINZUSETZEN
5. (18.) JUNI

I

Ich würde vorschlagen, den Anfang dieser Resolution, unabhängig von ihrer praktischen Schlußfolgerung, zu ändern. Da wir im Grunde genommen über den Moskauer Konflikt keine bestimmten Beschlüsse fassen können, weil die Angaben unzureichend sind, sollte auch die Resolution nicht in Verbindung mit den vorangegangenen Konflikten gebracht werden. Überhaupt möchte ich vorschlagen, von jedem Schreiben, in welchem der eine Teil einer Organisation seine Unzufriedenheit mit dem anderen Teil zum Ausdruck bringt, der anderen interessierten Seite Kenntnis zu geben, damit diese die Möglichkeit erhält, sich ihrerseits dazu zu äußern. Mit dem Moskauer Konflikt zum Beispiel hat es sich nicht so verhalten, wie Genosse Martow sagt. Meines Wissens wollten drei von fünf Mitgliedern das Komitee um zwei neue Mitglieder erweitern, womit sich die übrigen einverstanden erklärten, aber unter der Bedingung, daß noch einer ihrer Leute aufgenommen, wodurch die vorherrschende Richtung beibehalten, ja sogar verstärkt würde. Nur die kategorische Weigerung der Mehrheit, dieser Kombination zuzustimmen, rief bei den Moskauer Genossen den Wunsch wach, sich auf das Statut zu berufen. Und stimmte ein Mitglied des ZK dem zu, wie die Mehrheit des Komitees das Statut auslegte, so sprach sich ein anderer Vertreter des ZK gegen eine solche Auslegung aus.

Ich bringe das nur zur Information vor und damit es ins Protokoll aufgenommen wird. Mein Vorschlag geht also dahin, den Anfang der Resolution des Gen. Martow in dem Sinne zu ändern, daß sie die Aufstellung einer bestimmten Regel von nun an, für die Zukunft vorsieht. Was die Sache selbst betrifft, so wäre ich dafür, jeden Bruch als Ganzes zu rechnen.

II

Dieser Zwischenfall führt uns noch einmal die Notwendigkeit vor Augen, im Falle von Beschwerden, die von einer Seite vorgebracht werden, sofort die andere Seite zu informieren, damit diese sich dazu äußern kann. Nur dann werden wir die Möglichkeit haben, bei auftretenden Konflikten diese oder jene Beschlüsse zu fassen. Nach unseren Ermittlungen verhielt sich die Sache folgendermaßen: Das Nikolajewer Komitee bestand aus Vertretern der Mehrheit. Dann wurden alle verhaftet. Daraufhin berief das ZK oder vielleicht ein Vertreter des ZK drei Mitglieder in das Nikolajewer Komitee, darunter zwei, die nicht in Nikolajew waren, und einen, der dort bereits gearbeitet hatte und eine ganze Reihe von Verbindungen besaß. Es ist möglich, daß auch dieser eine zur Zeit der Verhaftungen nicht in Nikolajew war. Als die vom ZK Benannten nach Nikolajew kamen, trafen sie dort bereits zwei Mitglieder der Minderheit an, die zu arbeiten wünschten, und beschlossen, sie aufzunehmen. Drei Mitglieder haben also zwei kooptiert. So verhält sich die Sache. Zur Kontrolle kann man bei den Mitgliedern des Komitees Erkundigungen einziehen, wenn sie noch nicht verhaftet sind... (Martow: „Sie sind schon verhaftet...")

Unsere Ermittlungen rücken diese Tatsachen in ein völlig anderes Licht, und mir scheint, daß sich die zwei Mitglieder der Mehrheit richtig verhalten haben. Der Aufenthaltsort der vom ZK benannten Kandidaten kann nicht zum Anlaß dienen, diese nicht aufzunehmen. Ich beantrage nochmals eine Resolution, im Falle einer Beschwerde beide Seiten anzuhören. Was nun den Kern der Frage betrifft, so bin ich mit der Resolution des Gen. Martow prinzipiell nicht einverstanden. Man darf dem ZK nicht das Recht entziehen, seine Kandidaten in den Komitees einzusetzen. Natürlich kann jede Macht mißbraucht werden, für den Kampf mit diesem Übel gibt es jedoch eine Kontrolle – zum Beispiel in Form der Presse oder der Tätigkeit des Rates usw. Ich schließe mich der Meinung an, daß bei der Kooptation neuer Mitglieder die Frage der Fraktionsschattierungen keine Rolle spielen darf. Mir ist bisher kein einziger Fall bekannt, in dem das Zentralkomitee Mitglieder gewaltsam eingesetzt hätte. Alle derartigen Reden von einer gewaltsamen Einsetzung veranlassen das ZK, sehr zurückhaltend zu sein, und das bloße Taktgefühl gebietet ihm, von seinem Recht keinen Gebrauch zu machen.

III

Ich möchte einige Bemerkungen machen. Vor allem möchte ich darauf hinweisen, daß die Behauptung, in das Nikolajewer Komitee seien zwei Kandidaten aus Odessa oder sogar vom Odessaer Komitee geschickt worden, auf einem Mißverständnis beruht. Aller Wahrscheinlichkeit nach war in Odessa ein Agent des ZK, der denn auch Schritte unternahm, um das Nikolajewer Komitee nach den Verhaftungen neu zu bilden. Jedenfalls ist uns ganz sicher bekannt, daß dafür drei Personen von niemand anderem als vom Zentralkomitee bestimmt worden sind. Das erwähne ich unter anderem, um eventuell vorhandene Mißverständnisse zu beseitigen. Zweitens ist die Erklärung des Gen. Martow, daß auch ihm kein einziger Fall bekannt ist, in dem das ZK seine Kandidaten in den Lokalkomitees gewaltsam eingesetzt hätte, sehr wichtig — um so wichtiger, als die Redaktion mit Hilfe ihrer Agenten über die Situation in der Partei vollauf informiert ist. Nun, und was das junge Mädchen betrifft, das, wie Gen. Martow sagt, verlangt hat, daß man sie ohne Abstimmung ins Moskauer Komitee aufnimmt, so fällt dieses Beispiel wohl kaum ins Gewicht, da uns weder die näheren Umstände noch die Vollmachten dieses Mädchens bekannt sind; und schließlich wurde dieses Mädchen ja dennoch nach erfolgter Abstimmung ins Komitee aufgenommen. Drittens halte ich es auch für sehr wichtig, den Satz des Gen. Martow hervorzuheben, daß es unter normalen Bedingungen unmöglich ist, den Einfluß des ZK auf die Zusammensetzung der Lokalkomitees einzuschränken. Wenn man hier sagt, daß das ZK beschuldigt wird, Komitees künstlich zu „fabrizieren", so werden ebensolche Vorwürfe nicht selten auch gegen das Zentralorgan erhoben. Da es aber in Wirklichkeit solche Fälle nicht gibt, wie auch Gen. Martow selbst feststellt, und die ganze Frage nur auf die *Möglichkeit* solcher Fälle hinausläuft, so scheint mir, daß dieses letzte Motiv nicht ausreicht, um die Macht des ZK einzuschränken, und zwar um so weniger, als praktisch schon allein eine solche Fragestellung eine gewisse Gereiztheit hervorruft. Ich bin bereit, mich der Meinung des Gen. Martow anzuschließen, daß die zwei von ihm erwähnten Mitglieder des Nikolajewer Komitees sehr wertvolle Revolutionäre sind – aber sie sind ja auch ins Komitee aufgenommen worden.

Überhaupt kann man sagen, daß das ZK gerade im Hinblick auf alle

möglichen Vorwürfe, die ihm in letzter Zeit gemacht worden sind, größte Zurückhaltung geübt und sich nicht beeilt hat, von seinem Recht der Einsetzung neuer Mitglieder in den Lokalorganisationen Gebrauch zu machen. Und ich habe nichts dagegen, daß die Taktik der Zurückhaltung für eine Zeitlang formell festgelegt wird, um falsche Gerüchte über das Zentralkomitee zu verhüten bzw. zu zerstreuen. Was schließlich die von uns angeschnittene Frage betrifft, daß man im Falle einer Beschwerde die zweite interessierte Seite informieren soll, so schlage ich folgende Resolution vor: „Der Rat der Partei ersucht die Parteiorganisationen, in allen Fällen, in denen sich der eine Teil einer Organisation mit einer Beschwerde oder einer Frage an den Rat der Partei wendet, den vollen Inhalt dieser Beschwerde oder dieser Frage unverzüglich dem anderen Teil der Organisation mitzuteilen, denn der Rat der Partei muß beide Seiten hören, um den Streit schlichten zu können. Dieses Ersuchen gilt auch für den Fall, daß eine Organisation sich über eine andere Organisation beschwert." [92]

3

REDE ÜBER DIE ZEITUNG „RASSWET"[93]
5. (18.) JUNI

Leider kann ich zur Verteidigung des „Rasswet" nicht sehr viel sagen. Bis jetzt muß dieser Versuch wirklich als nicht ganz gelungen bezeichnet werden. Bontsch-Brujewitsch ist ein unerfahrener Publizist und durfte auf die Hilfe anderer Publizisten in der Partei rechnen. Diese Hilfe blieb ihm versagt, und unter diesen Umständen wäre es ungerecht, ihn für den Mißerfolg ganz allein verantwortlich zu machen. Bisher sind erst fünf Monate seit dem Beginn der Herausgabe verstrichen. Vielleicht kann das Organ noch auf die Beine kommen, besonders dann, wenn ihm andere Publizisten helfen. Etwas ist trotzdem getan: die Verbindungen unter den Sektenanhängern erweitern sich sowohl in Amerika als auch in Rußland. Außerdem muß man bemerken, daß diese Publikation finanziell nicht der Partei zur Last fällt, weil die Herausgabe des „Rasswet" aus besonderen Mitteln bestritten wird. Ich halte die Einstellung des „Rasswet" für verfrüht und schlage vor, den Versuch fortzusetzen.

WAS ERSTREBEN WIR?

(An die Partei)

Vor kurzem fand eine inoffizielle Besprechung von 19 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt (darunter Delegierten des II. Parteitags, Mitgliedern von Komitees und sonstigen Parteiorganisationen sowie Revolutionären, die keinen Parteiorganisationen angehören). Diese Konferenz von Gesinnungsgenossen, die auf dem Standpunkt der Mehrheit des II. Parteitags stehen, erörterte unsere Parteikrise wie die Mittel zu ihrer Überwindung und beschloß, sich mit folgendem Aufruf an alle russischen Sozialdemokraten zu wenden:

Genossen! Die schwere Parteikrise zieht sich endlos in die Länge. Die Zwietracht wächst zusehends, sie erzeugt immer neue Konflikte, hemmt die positive Arbeit auf der ganzen Linie und in höchst bedrohlichem Ausmaß und zerreißt immer mehr die Verbindung zwischen der Partei und ihrem Zentralorgan, das endgültig zum Organ eines Zirkels, und zwar hauptsächlich eines Auslandszirkels geworden ist. Ausklügeln von Meinungsverschiedenheiten, Ausgraben von alten, längst entschiedenen und der Vergangenheit angehörenden Fragen, Liebäugeln mit eingefleischten Opportunisten, unglaubliche Verwirrung in der Argumentation, schamloses Ignorieren des Parteitags, seiner Debatten und seiner Beschlüsse, Verhöhnung der Parteiorganisation und der Parteidisziplin wie der Mehrheit der Revolutionäre, die die Partei geschaffen haben und die örtliche Arbeit leisten, hämisches und nörglerisches, auf unbeweisbare Angaben und unkontrollierte anonyme Zuträgereien gestütztes Kichern über Mängel der Arbeit in den Komitees des revolutionären Flügels der Partei – das ist es, was wir in der neuen „Iskra" sehen, die zu einem Herd der Unruhe geworden ist, das ist es, was die vom Parteitag abgelehnte Redaktion uns

vorsetzt, die die rein persönlichen Zugeständnisse ausgenutzt hat, um neues Kooptationsgezänk anzuzetteln und die Partei zu zerstören.

Indessen fordert der geschichtliche Augenblick, den Rußland jetzt durchmacht, von unserer Partei die Anspannung aller ihrer Kräfte. Die revolutionäre Erregung in der Arbeiterklasse und die Gärung in den anderen Bevölkerungsschichten nehmen ständig zu. Krieg und Krise, Hunger und Arbeitslosigkeit unterhöhlen die Grundpfeiler der Selbstherrschaft immer tiefer, das schmachvolle Ende des schmachvollen Krieges ist nicht mehr fern, und dieses Ende wird unweigerlich die revolutionäre Erregung verzehnfachen, die Arbeiterklasse ihren Feinden Aug in Auge gegenüberstellen und von der Sozialdemokratie die entschiedensten Offensivmaßnahmen erheischen. Eine geschlossene Parteiorganisation, eine konsequente revolutionär-marxistische Linie, die Einfügung des innerparteilichen Kampfes in einen schicklichen und würdigen Rahmen, damit dieser Kampf keine Desorganisation bewirke und die positive Arbeit nicht störe – diese dringlichen Forderungen der gesamten russischen Arbeiterbewegung müssen sofort und um jeden Preis verwirklicht werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ihren guten Ruf und allen bisher gewonnenen Einfluß verliert.

Der erste Schritt zur Erreichung dieses Zieles muß unseres Erachtens sein, in die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen, Richtungen und Schattierungen unserer Partei völlige Klarheit, Offenheit und Aufrichtigkeit hineinzutragen. Unbestreitbar gibt es Situationen, in denen das Interesse der Sache verlangt, Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen mit Stillschweigen zu übergehen, aber es wäre der bedauerlichste und unverzeihlichste Fehler, wollte man die Situation, in der sich unsere Partei gegenwärtig befindet, als eine solche betrachten. Die persönlichen Zugeständnisse an die Minderheit haben der Zwietracht nicht Einhalt geboten, die strittigen Fragen sind bereits auf Biegen oder Brechen gestellt, die ganze Partei ist offen herausgefordert, und nur Schwäche und Unwissenheit können von der Rückkehr des unwiederbringlich Vergangenen träumen, von der Möglichkeit, etwas zu verheimlichen, etwas nicht bis zu Ende auszusprechen, etwas zu vertuschen, sich vor etwas zu verstecken. Nein, die Politik des Seine-Hände-in-Unschuld-Waschens, die Politik der passiven Enthaltung, die Politik des laisser faire, laisser passer* hat be-

* sich nicht einmischen, den Dingen ihren Lauf lassen. *Die Red.*

reits ihre volle Untauglichkeit in unserem Parteikampf gezeigt. Ein weiteres Ausweichen, Überlisten und Verschweigen wäre nicht nur zwecklos und schnöde, sondern geradezu verbrecherisch. Wir ergreifen die Initiative zu einer offenen Darlegung des ganzen Programms unseres Kampfes innerhalb der Partei und fordern die Vertreter sämtlicher Schattierungen der russischen Sozialdemokraten auf, dasselbe zu tun – ob sie nun der Partei angehören oder die Absicht haben, ihr unter bestimmten Bedingungen beizutreten. Nur vollständige Klarheit und Offenheit sind imstande, allen klassenbewußten Arbeitern und allen Parteimitgliedern die Unterlagen für eine vernünftige und entschlossene Lösung der strittigen Parteifragen zu liefern.

Wir stehen auf dem Standpunkt der Mehrheit des II. Parteitags. In der falschen Stellung der Parteitagsminderheit, in dem Bestreben, diese Stellung unabhängig vom Willen der Partei zu behaupten, sehen wir die Hauptursache aller weiteren Fehler und der ganzen Zwietracht. Die Stellung war in zweierlei Hinsicht falsch: 1. konnte der alte Redakteurzirkel der „Iskra" nirgends Unterstützung finden als bei dem opportunistischen Flügel unseres Parteitags und unserer Partei. 2. ist diese Vereinigung mit den offenen Opportunisten (an deren Spitze Gen. Akimow stand und auch heute noch steht) erst bei einer solchen Frage, wie es die Wahlen zu den Zentralstellen waren, endgültig zustande gekommen und hat zur Teilung der Partei geführt. Aus dem ersten Fehler ergaben sich logisch unvermeidlich jener ganze prinzipielle Wirrwarr und alle jene opportunistischen Schwankungen, die wir in den Ausführungen der neuen „Iskra" finden, soweit diese Ausführungen als prinzipiell gelten können. Aus dem zweiten Fehler ergaben sich das Beharren auf dem alten Redakteurzirkel entgegen dem Willen der Partei, die Verteidigung und Rechtfertigung des Zirkelwesens gegen das Parteiprinzip und das Hineintragen von Methoden in unsere Auseinandersetzungen, wie sie nur spießbürgerlichem Klatsch und Zirkelgezänk eigen sind, nicht aber dem Kampf von Parteimitgliedern, die ihre Partei und sich selbst zu achten wissen. Aus dem ersten Fehler ergab sich logisch unvermeidlich, daß sich um die Minderheit alles scharte, was zum Opportunismus tendiert, alles, was dazu neigt, die Partei zurückzuzerren und sich für die Kränkungen zu rächen, welche die revolutionäre Sozialdemokratie ihren Gegnern zugefügt hat, alles, was die intelligenzlerischen Tendenzen unserer Bewegung verkörpert, alles,

was zur intelligenzlerisch-anarchistischen Verneinung von Organisation und Disziplin neigt. Aus dem zweiten Fehler ergab sich die Herrschaft eines Auslandszirkels über die Mehrheit der russischen Parteiarbeiter und die Hochflut spezifischer Emigrantenskandale, die bei der Minderheit die Mittel der Überzeugung ersetzen.

Alle Zweifel sind jetzt geschwunden. Kein Schwanken ist mehr möglich für diejenigen, die nicht nur in Worten Parteimitglieder sind, für diejenigen, die in der Tat die lebenswichtigen Interessen unserer Arbeiterbewegung wahren wollen. Der Kampf ist angesagt, er ist angesagt von der Minderheit und wird von ihr auf der ganzen Linie geführt; und wir nehmen die Herausforderung an, wir sagen einen unerbittlichen Kampf an, einen Kampf bis zum Ende. Wir kämpfen im Namen des Parteiprinzips gegen das Zirkelwesen im allgemeinen und gegen den alten Redakteurzirkel im besonderen. Wir kämpfen im Namen der Interessen der russischen Arbeiterbewegung gegen das Emigrantengezänk. Wir kämpfen im Namen der proletarisch-revolutionären Tendenzen unserer Bewegung gegen die intelligenzlerisch-opportunistischen Tendenzen. Wir kämpfen für die konsequente Richtung der revolutionären Sozialdemokratie – gegen die Schwankungen, den Zickzackkurs und die Rückkehr zur längst überlebten Vergangenheit. Wir kämpfen für die festgefügte Parteiorganisation unserer proletarischen Vorhut – gegen intelligenzlerische Disziplinlosigkeit, Desorganisation und Anarchie. Wir kämpfen für die Achtung vor den Parteitagen – gegen die haltlose Schaukelpolitik, gegen die Worte, die den Taten widersprechen, gegen die Verhöhnung getroffener Abmachungen und gemeinsam gefaßter Beschlüsse. Wir kämpfen für die Parteiöffentlichkeit – gegen die Taktik der neuen „Iskra" und des neuen Rats der Partei, die Mehrheit mundtot zu machen und ihre eigenen Protokolle geheimzuhalten.

Aus dem Programm unseres Kampfes ergeben sich von selbst dessen Mittel und nächsten Ziele. Das wichtigste Mittel ist eine allseitige mündliche und schriftliche Agitation auf breitester Grundlage. Wir brauchten diesen Punkt nicht zu erwähnen, wenn der mit Gezänk ausgefüllte Kampf der Minderheit in unserer Partei nicht das (vom Jekaterinoslawer Komitee und vielen anderen Organisationen bereits mit Recht verspottete) berüchtigte „Versöhnlertum" hervorgerufen hätte, das den Kopf in den Sand steckt und die Einstellung des Kampfes der Mehrheit gegen die Minder-

heit predigt. Nur mit Kleinmut, Erschöpfung oder Weltfremdheit läßt sich das Vorhandensein solch kindischer Ansichten erklären, die eines halbwegs gereiften Parteimitglieds unwürdig sind. Man kann und muß davon sprechen, daß der Parteikampf in den Parteirahmen eingefügt werden muß, man kann und muß das nicht allein durch Ermahnungen zu erreichen suchen, aber der Vorschlag, das nicht mehr zu verteidigen, was man im Angesicht der ganzen Partei auf dem Parteitag verteidigt hat und was man für die lebenswichtigen Interessen der Partei als notwendig erachtet – ein solcher Vorschlag würde, wenn sich jemand entschlösse, ihn öffentlich zu machen, nur allgemeine Verachtung verdienen.

Als zweites und entscheidendes Kampfmittel betrachten wir die Einberufung eines Parteitags. Wir unterstützen voll und ganz die Komitees, die mit der Forderung aufgetreten sind, unverzüglich den dritten Parteitag einzuberufen. Wir halten es für unsere Pflicht, insbesondere auf die heuchlerischen Argumente einzugehen, welche die Redaktion der neuen „Iskra" und ihre offenen und geheimen Helfershelfer gegen den Parteitag ins Feld führen, wobei sie diese (kaum mit der Parteipflicht zu vereinbarende) Argumentation vor den Augen der Welt sorgfältig verbergen (wie es die Auslandsliga und die Redaktion der „Iskra" tun, deren Agitation von den Komitees nur zum Teil an die Öffentlichkeit gebracht und angeprangert worden ist). Erstes Argument: Der Parteitag würde zur Spaltung führen. Schon allein die Tatsache, daß die Minderheit ein derartiges Argument vorbringt, zeigt die ganze Verlogenheit ihrer Stellung. Denn damit erkennt die Minderheit an, daß die Partei gegen sie ist, daß ein Auslandszirkel sich der Partei mit Gewalt aufgedrängt hat und daß dieser Zirkel sich nur dank der weiten Entfernung Rußlands und den für wahre Revolutionäre sehr schwierigen äußeren Arbeitsbedingungen behauptet. Wer ehrlich zur Partei steht, wer aufrichtig mitzuarbeiten gewillt ist, der fürchtet den Parteitag nicht, sondern wünscht ihn, um die Zwietracht zu überwinden, die Partei und ihre Funktionärskollegien in Übereinstimmung zu bringen, die unwürdige Zweideutigkeit zu beseitigen. Mit dem Schreckgespenst der Spaltung drohen heißt nur, greifbar deutlich sein schlechtes Gewissen zu zeigen. Ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit kann es keine Partei geben, die auch nur einigermaßen des Namens einer Arbeiterpartei würdig wäre, und wenn gegenseitige (und nicht einseitige) Zugeständnisse notwendig, wenn zu-

weilen Abmachungen und Vereinbarungen zwischen den Teilen der Partei erforderlich sind, so sind sie einzig und allein auf dem Parteitag möglich und zulässig. Kein Revolutionär, der sich selber achtet, wird in einer Partei bleiben wollen, die sich nur deshalb hält, weil man den Parteitag künstlich hinausschiebt.

Zweites Argument: Noch sei eine Versöhnung ohne Parteitag möglich. Worauf sich diese Meinung gründet, ist unbekannt. Ihre Anhänger sprechen und handeln ausschließlich hinter den Kulissen. Wäre es nicht an der Zeit, dieses Intrigenspiel hinter den Kulissen aufzugeben, das nur das gegenseitige Mißtrauen verzehnfacht, nur die Feindseligkeit vertieft und die Lage verdunkelt? Bringt vielleicht deshalb niemand den Mut auf, mit einem Versöhnungsplan an die Öffentlichkeit zu treten, weil bei dieser Sachlage ein solcher Plan eben unmöglich ist und im besten Falle nur Gelächter auslösen würde? Wer unter Frieden die Kooptation der Minderheit genehmer Personen ins ZK versteht, der will nicht den Frieden, sondern fordert den verschärften Kampf der Mehrheit heraus, der begreift nicht, daß der Parteikampf unwiderruflich über das reine Kooptationsgezänk hinausgewachsen ist. Wer unter Frieden die Einstellung der Diskussionen und des Kampfes versteht, der kehrt zur Denkweise des alten Zirkels zurück; in der Partei wird es immer Diskussionen und Kämpfe geben, man muß sie lediglich in den Parteirahmen einfügen, das aber kann nur ein Parteitag tun. Kurzum, wie man diese Losung des Friedens ohne Parteitag, diese Idee der Aussöhnung der Kämpfenden, bei der keine der beiden Seiten zufriedengestellt wird, auch drehen und wenden mag – man wird erkennen, daß diese geniale Idee nur der Konfusion und Gedankenlosigkeit entspringt, nur der Unklarheit darüber, was man will und was man erstrebt. Wenn sogar der Plan eines so einflußreichen (ehemals einflußreichen) Mannes wie Plechanow, durch maximale persönliche Zugeständnisse den Brand gleich am Anfang zu löschen, ein völliges Fiasko erlitten hat, kann man dann heute ernstlich von ähnlichen Plänen reden?

Drittes Argument: Der Parteitag könnte zusammengeschoben werden. Auf diesen Einwand hat bereits das Petersburger Komitee geantwortet, das ihn als Insinuation bezeichnete.[94] Und diese Erklärung eines Lokalkomitees war eine wohlverdiente Ohrfeige für diejenigen, die hinterrücks Beschuldigungen ausstreuten, für die sie nicht die Spur eines Beweises haben, obgleich die Minderheit sowohl über den obersten Rat als auch

über das Presseorgan der Partei verfügt, so daß sie nicht nur das Werkzeug zur öffentlichen Anprangerung der von ihr vermuteten Mißbräuche in Händen hält, sondern auch das Werkzeug zur Änderung und Einwirkung auf administrativem Wege. Die Minderheit hätte solche Tatsachen, wie jedermann versteht, längst an die große Glocke gehängt, wenn es sie gäbe, und die unlängst vom Rat angenommene Resolution, die beweist, daß es solche Tatsachen in der Vergangenheit nicht gegeben hat, garantiert auch, daß sie in Zukunft unmöglich sind.[95] Daß die „Iskra" dieses Argument gebraucht, zeigt wieder einmal, wie bei ihr jetzt unflätiges Geschimpfe die Polemik ersetzt, und zwingt uns, alle Parteimitglieder zu fragen: Haben wir tatsächlich eine Partei? wollen wir uns nach dem Beispiel der Sozialrevolutionäre mit Dekoration und Aushängeschild begnügen oder sind wir verpflichtet, alles Lügenhafte abzureißen?

Viertes Argument: Die Meinungsverschiedenheiten seien noch nicht geklärt. Die beste Antwort auf dieses Argument gibt die neue „Iskra", und die Bekanntschaft mit ihr zeigt der Partei, daß die Meinungsverschiedenheiten ausgeklügelt, aber nicht geklärt werden und daß der Wirrwarr ins Uferlose wächst. Nur ein Parteitag, auf dem alle Genossen ihre Wünsche offen und rückhaltlos darlegen, ist imstande, in die unglaublich verworrenen Fragen und in die verworrene Lage Klarheit zu bringen.

Fünftes Argument: Der Parteitag werde die Kräfte und Mittel von der positiven Arbeit ablenken. Auch dieses Argument klingt wie bitterer Hohn: Man kann sich wohl kaum eine schlimmere Ablenkung der Kräfte und Mittel vorstellen als diejenige, die durch die Zwietracht verursacht wird.

Nein, alle Argumente gegen den Parteitag zeugen entweder von Heuchelei oder von Unkenntnis der Sachlage und von kleinmütigem Zweifel an den Kräften der Partei. Unsere Partei ist wieder schwer krank, aber sie hat die Kraft, sich abermals aufzurichten und des russischen Proletariats würdig zu werden. Als Heilmaßnahmen betrachten wir folgende drei Umgestaltungen, die wir mit allen loyalen Mitteln durchsetzen werden:

Erstens: Übergabe der Redaktion des ZO in die Hände der Anhänger der Mehrheit des II. Parteitags.

Zweitens: Tatsächliche Unterordnung der ausländischen Lokalorganisation (der Auslandsliga) unter die russische Zentralorganisation (das Zentralkomitee).

Drittens: Festlegung von Garantien im Statut, daß der Parteikampf mit parteimäßigen Methoden geführt wird.

Über diese drei grundlegenden Punkte unseres Programms ist nach dem oben Dargelegten nicht mehr viel zu sagen. Daß die alte Redaktion der „Iskra" jetzt praktisch ihre Untauglichkeit gezeigt hat, betrachten wir als unwiderlegliche Tatsache. Nicht der Iskrismus hat sich überlebt, wie Gen. Martow nach seiner Niederlage bei den Wahlen entdeckte, sondern die alte Redaktion der „Iskra" hat sich überlebt. Es wäre pure Heuchelei, das jetzt nicht offen zu sagen nach all den Herausforderungen, die sich ein Zirkel der ganzen Partei gegenüber erlaubt hat. Über die anormale Lage der Auslandsorganisation, die sich in eine zweite (wenn nicht dritte) Zentralstelle verwandelt hat und das ZK der Partei vollkommen ignoriert, braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Schließlich zwingt uns die ganze Erfahrung des Kampfes nach dem Parteitag, über die rechtliche Lage der Minderheit (jeder beliebigen Minderheit) in unserer Partei nachzudenken. Diese Erfahrung lehrt unserer Überzeugung nach, daß es notwendig ist, die Rechte jeder Minderheit im Parteistatut sicherzustellen, damit die ständigen und nicht zu beseitigenden Quellen der Unzufriedenheit, der Gereiztheit und des Kampfes aus dem gewöhnlichen spießbürgerlichen Flußbett des Skandals und Gezänks in die noch ungewohnten Kanäle eines disziplinierten und würdigen Kampfes für die eigenen Überzeugungen umgeleitet werden. Zu solchen unbedingt nötigen Garantien gehört, daß man der Minderheit eine literarische Gruppe (oder auch mehrere) mit dem Recht der Vertretung auf Parteitagen und mit voller „Redefreiheit" zubilligt. Überhaupt sind in bezug auf die Herausgabe von Parteiliteratur, die an der Tätigkeit der zentralen Parteikörperschaften Kritik übt, weitestgehende Garantien erforderlich. Die Komitees müssen das Recht erhalten, (durch den Versandapparat der Gesamtpartei) jene Publikationen der Partei zu beziehen, auf die sie Wert legen. Das Recht des ZK, die personelle Zusammensetzung der Komitees anders als durch Ratschläge zu beeinflussen, soll bis zum IV. Parteitag ruhen. Wir wollen hier unsere Vorschläge nicht bis ins einzelne ausarbeiten, denn wir schreiben keinen Entwurf eines Statuts, sondern nur ein allgemeines Kampfprogramm. Wir halten es für sehr wichtig, die Maßnahmen zur Herausgabe von Literatur der Unzufriedenen, die der Minderheit des II. Parteitags vom ZK vorgeschlagen wurden, im Statut zu verankern, damit die

Unzufriedenheit sich auf schickliche Art äußere, damit das (von den Helden der Kooptation geschaffene) alberne Phantasiegebilde des Belagerungszustands sich endgültig zerstreue, damit der unvermeidliche innerparteiliche Kampf die positive Arbeit nicht hemme.

Wir müssen unserer Minderheit beibringen, um die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen nur auf den Parteitagen zu kämpfen und unsere Arbeit nach den Parteitagen nicht durch Gezänk zu stören, wir müssen das erreichen, da unserer Partei sonst der Untergang droht. Schließlich weisen wir in diesem allgemeinen Programm nur ganz kurz auf die für uns wünschenswerten teilweisen Änderungen im Statut hin, wie z. B. die Umwandlung des Rates aus einem Schiedsgericht in eine vom Parteitag gewählte Körperschaft, die Änderung von Paragraph 1 des Statuts im Sinne der Mehrheit des II. Parteitags, unter Einbeziehung aller Arbeiterorganisationen und aller jener Gruppen der russischen Sozialdemokraten, die zur Zeit der Zirkel eine Sonderexistenz führten und der Partei beitreten möchten, in die Parteiorganisationen usw. usf.

Indem wir dieses Programm unseres innerparteilichen Kampfes vorlegen, fordern wir alle Organisationen der Partei und die Vertreter aller Schattierungen innerhalb der Partei auf, sich über ihr Programm zu äußern und damit eine allmähliche, ernsthafte, umsichtige und vernünftige Vorbereitung des Parteitags zu ermöglichen.

Wir haben keine Partei – so dachten im stillen die Teilnehmer an der Palastrevolution unserer Redakteure, die auf die weite Entfernung Rußlands, auf den häufigen Wechsel der in Rußland tätigen Genossen und auf ihre eigene Unersetzlichkeit spekulierten. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen! – so sagen wir, die wir die zur aktiven Einmischung erwachenden Komitees und das wachsende politische Bewußtsein der fortgeschrittenen Arbeiter sehen. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen, bei uns mehren sich die jungen Kräfte, die fähig sind, die altersschwachen Kollegien der Literaten neu zu beleben und zu ersetzen, bei uns nimmt die Zahl der Revolutionäre, die die Richtung der alten „Iskra", die sie erzogen hat, höher schätzen als jeden Redakteurzirkel, immer mehr zu. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen, und keine Winkelzüge und Verschleppungsmanöver, kein greisenhaft-verbittertes Geschimpfe

der neuen „Iskra" wird das entscheidende und endgültige Urteil dieser Partei aufhalten können.

Aus diesen neuen Kräften unserer Partei schöpfen wir die Zuversicht in den Sieg.

Geschrieben Ende Juli 1904.

Zuerst veröffentlicht 1923 in:
N. Lenin (W. Uljanow),
Gesammelte Werke, Band V.

Nach dem Manuskript.

AN DIE PARTEI

Vor kurzem fand eine inoffizielle Besprechung von 22 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt[96] – von Gesinnungsgenossen, die auf dem Standpunkt der Mehrheit des II. Parteitags stehen. Diese Konferenz erörterte unsere Parteikrise und die Mittel zu ihrer Überwindung und beschloß, sich mit folgendem Aufruf an alle russischen Sozialdemokraten zu wenden:

Genossen! Die schwere Krise im Parteileben zieht sich in die Länge, ihr Ende ist nicht abzusehen. Die Zwietracht wächst und erzeugt immer neue Konflikte, die positive Arbeit der Partei wird dadurch auf der ganzen Linie äußerst erschwert. Die Kräfte der Partei, die noch jung ist und sich noch nicht festigen konnte, werden in bedrohlichem Ausmaß zwecklos vergeudet.

Indessen stellt der geschichtliche Augenblick an die Partei so gewaltige Anforderungen wie nie zuvor. Die revolutionäre Erregung der Arbeiterklasse wächst, und auch in anderen Schichten der Gesellschaft verstärkt sich die Gärung; Krieg und Krise, Hunger und Arbeitslosigkeit untergraben die Grundlagen der Selbstherrschaft mit elementarer Zwangsläufigkeit. Das schmachvolle Ende des schmachvollen Krieges ist nicht mehr fern, und dieses Ende wird unweigerlich die revolutionäre Erregung verzehnfachen, unweigerlich die Arbeiterklasse ihren Feinden Aug in Auge gegenüberstellen und von der Sozialdemokratie eine kolossale Arbeit, eine riesige Anspannung der Kräfte erheischen, um den letzten entscheidenden Kampf gegen die Selbstherrschaft zu organisieren.

Kann unsere Partei in dem Zustand, in dem sie sich heute befindet, diesen Anforderungen gerecht werden? Jeder gewissenhafte Mensch muß ohne Schwanken antworten: Nein!

Die Einheit der Partei ist tief untergraben, ihr innerer Kampf hat den Parteirahmen in jeder Hinsicht gesprengt. Die Organisationsdisziplin ist in ihren Grundfesten erschüttert, die Fähigkeit der Partei zu straffem, einheitlichem Handeln wird zu einem Phantom.

Und doch betrachten wir diese Krankheit der Partei als eine Wachstumskrankheit. Die Wurzel der Krise sehen wir im Übergang von der Zirkelform des Lebens der Sozialdemokratie zu Parteiformen, den Kern ihres inneren Kampfes im Konflikt zwischen Zirkelwesen und Parteiprinzip. Und deshalb kann unsere Partei erst, nachdem sie diese Krankheit überwunden hat, eine *wirkliche* Partei werden.

Unter dem Namen „Minderheit" haben sich in der Partei verschiedenartige Elemente zusammengeschlossen, die miteinander verbunden sind durch das bewußte oder unbewußte Bestreben, die Zirkelbeziehungen, die Organisationsformen aus der Zeit vor der Partei aufrechtzuerhalten.

Einige hervorragende Persönlichkeiten der einflußreichsten unter den früheren Zirkeln, die nicht gewöhnt sind an die organisatorischen Selbstbeschränkungen, welche die Parteidisziplin erfordert, neigen gewohnheitsmäßig dazu, die allgemeinen Parteiinteressen und ihre Zirkelinteressen zu vermengen, die zur Zeit des Zirkelwesens tatsächlich häufig zusammenfallen mochten – eine ganze Reihe solcher Persönlichkeiten hat sich an die Spitze des Kampfes für das Zirkelwesen gegen das Parteiprinzip gestellt (ein Teil der einstigen „Iskra"-Redaktion, ein Teil des einstigen Organisationskomitees, die Mitglieder der früheren Gruppe „Jushny Rabotschi" u. a.).

Als ihre Bundesgenossen erwiesen sich alle jene Elemente, die in der Theorie oder Praxis von den Prinzipien des strengen Sozialdemokratismus abwichen, denn nur das Zirkelwesen konnte das ideologische Eigengepräge und den Einfluß dieser Elemente bewahren, während das Parteiprinzip sie mit der Auflösung oder mit dem Verlust jedes Einflusses bedrohte (die Ökonomisten, die „Rabotscheje-Delo"-Leute usw.). Als Hauptkader der Opposition dienten schließlich überhaupt alle jene Elemente unserer Partei, die vorwiegend der Intelligenz angehörten. Im Vergleich zum Proletariat ist die Intelligenz stets individualistischer, schon kraft der Grundbedingungen ihres Lebens und ihrer Arbeit, die ihr nicht unmittelbar eine weitgehende Zusammenfassung der Kräfte gestatten und somit keine unmittelbare Erziehung durch organisierte gemeinsame Arbeit geben. Daher

fällt es den intellektuellen Elementen schwerer, sich der Disziplin des Parteilebens anzupassen, und diejenigen von ihnen, die außerstande sind, mit dieser Aufgabe fertig zu werden, entrollen natürlich das Banner des Aufstands gegen die notwendigen organisatorischen Beschränkungen und erheben ihren spontanen Anarchismus zum Kampfprinzip, wobei sie ihn fälschlich als Streben nach „Autonomie", als Forderung nach „Duldsamkeit" usw. bezeichnen.

Der Auslandsteil der Partei, wo sich die Zirkel durch eine verhältnismäßig lange Lebensdauer auszeichnen, wo sich die Theoretiker der verschiedenen Schattierungen gruppieren, wo die Intelligenz entschieden überwiegt, mußte sich als der Teil erweisen, der am meisten zum Standpunkt der „Minderheit" neigte. Deshalb wurde diese dort auch bald zur wirklichen Mehrheit. In Rußland dagegen, wo die Stimme der organisierten Proletarier lauter ertönt, wo auch die Parteiintelligenz dank der lebendigeren und engeren Gemeinschaft mit ihnen in einem mehr proletarischen Geiste erzogen ist, wo die Schwere des unmittelbaren Kampfes die Notwendigkeit der organisierten Einheit der Arbeit stärker fühlen läßt – in Rußland ist die Partei entschieden gegen das Zirkelwesen, gegen die desorganisierenden anarchistischen Tendenzen aufgetreten. Sie hat ihre Stellung zu diesen Tendenzen in einer ganzen Reihe von Erklärungen der Komitees und anderer Parteiorganisationen zum Ausdruck gebracht.

Der Kampf entwickelte und verschärfte sich. Und wie weit ist er gegangen!

Das Parteiorgan, das die „Minderheit" entgegen dem Willen des Parteitags und infolge der persönlichen Zugeständnisse der vom Parteitag gewählten Redakteure an sich zu reißen vermocht hat, ist zum Organ des Kampfes gegen die Partei geworden!

Am allerwenigsten ist es jetzt der ideologische Führer der Partei in ihrem Kampf gegen die Selbstherrschaft und die Bourgeoisie, vielmehr ist es der Führer der Zirkelopposition im Kampf gegen das Parteiprinzip. Einerseits fühlt es die Unzulässigkeit seiner grundlegenden Haltung vom Standpunkt der Parteiinteressen und sucht daher eifrig nach wirklichen und scheinbaren Meinungsverschiedenheiten, um diese Haltung ideologisch zu verbrämen, klammert sich auf dieser Suche heute an die eine, morgen an die andere Losung und entlehnt sein Rüstzeug zunehmend dem rechten Flügel der Partei – den früheren Gegnern der „Iskra", nähert sich ihnen

ideologisch immer mehr, restauriert ihre von der Partei verworfenen Theorien und zerrt das ideologische Leben der Partei zu der, wie es schien, bereits überwundenen Periode der prinzipiellen Unklarheit, des ideologischen Zauderns und Schwankens zurück. Anderseits ist die neue „Iskra" in ihrem Bestreben, den moralischen Einfluß der Parteimehrheit zu untergraben, noch eifriger damit beschäftigt, Fehler der Mehrheitsfunktionäre aufzuspüren und aufzudecken, wobei sie jeden wirklichen Schnitzer ungeheuerlich aufbauscht und die Verantwortung dafür der gesamten Parteimehrheit in die Schuhe zu schieben versucht; jeden Zirkelklatsch, jede Insinuation, welche die Gegner schädigen könnte, greift sie auf, ohne sie nachzuprüfen, ja häufig, ohne nach der Glaubwürdigkeit zu fragen. Auf diesem Wege sind die Männer der neuen „Iskra" so weit gekommen, daß sie den Mitgliedern der Mehrheit nicht nur ganz ungeheuerliche, sondern sogar auch unmögliche Verbrechen zuschreiben, und nicht nur in politischer Hinsicht (Beispiel: das ZK wird der gewaltsamen Kassierung von Personen und Organisationen beschuldigt), sondern auch in allgemein-moralischer Hinsicht (bekannte Parteifunktionäre werden der Fälschung und der moralischen Begünstigung der Fälschung beschuldigt). Noch nie mußte die Partei durch ein solches Meer von Schmutz waten, wie die Minderheit im Ausland es in der jetzigen Polemik geschaffen hat.

Wie konnte all dies geschehen?

Die Handlungsweise jeder der beiden Seiten entsprach dem Grundcharakter ihrer Tendenzen. Die Parteimehrheit; die bestrebt war, die Einheit und den organisatorischen Zusammenhalt der Partei um jeden Preis zu bewahren, kämpfte nur mit loyalen Parteimitteln und machte um der Versöhnung willen mehrfach Zugeständnisse. Die Minderheit, die eine anarchistische Tendenz verfolgte, kümmerte sich nicht um den Frieden und die Einheit der Partei. Aus jedem Zugeständnis machte sie ein Werkzeug des weiteren Kampfes. Von allen Forderungen der Minderheit blieb bisher nur eine unerfüllt – das Hineintragen des Zwistes in das ZK der Partei durch Kooptation der ihm gewaltsam aufgedrängten Mitglieder der Minderheit –, und die Angriffe der Minderheit wurden erbitterter denn je zuvor. Nachdem die Minderheit vom ZO und vom Rat der Partei Besitz ergriffen hat, geniert sie sich nicht, jetzt in ihrem Zirkelinteresse dieselbe Disziplin auszubeuten, gegen die sie im Grunde kämpft.

Die Lage ist unerträglich, unmöglich geworden; sie länger zu dulden, wäre geradezu verbrecherisch.

Als erstes Mittel, aus ihr herauszukommen, betrachten wir die völlige Klarheit und Offenheit in den Parteibeziehungen. In Schmutz und Nebel kann man den richtigen Weg nicht mehr finden. Jede Parteiströmung, jede Gruppe muß klipp und klar sagen, was sie über die jetzige Lage in der Partei denkt und welchen Ausweg sie wünscht. Mit diesem Vorschlag wenden wir uns denn auch an alle Genossen, an die Vertreter aller Schattierungen in der Partei. Den praktischen Ausweg aus der Krise sehen wir in der sofortigen Einberufung des dritten Parteitags. Er allein kann die Lage klären, die Konflikte lösen, den Kampf eindämmen. Ohne ihn ist nur die fortschreitende Zersetzung der Partei zu erwarten.

Alle Einwände, die gegen die Einberufung des Parteitags vorgebracht werden, betrachten wir als völlig unhaltbar.

Man sagt uns: der Parteitag werde zur Spaltung führen. Aber warum? Wenn die Minderheit in ihren anarchistischen Bestrebungen unversöhnlich bleibt, wenn sie bereit ist, eher den Weg der Spaltung zu gehen, als sich der Partei unterzuordnen, dann hat sie sich faktisch bereits von ihr abgespalten, und es wäre mehr als unvernünftig, die unvermeidliche formelle Spaltung hinauszuschieben; an eine Kette geschmiedet, würden beide Seiten ihre Kräfte immer mehr in kleinlichem Kampf und Gezänk sinnlos vergeuden, sich moralisch aufreiben und allmählich verkümmern. Aber wir lassen die Möglichkeit der Spaltung nicht zu. Die anarchistisch gestimmten Elemente werden gezwungen und, wir glauben, auch imstande sein, sich der wirklichen Kraft der organisierten Partei zu beugen, denn ihrem ureigenen Wesen nach können sie nicht zu einer selbständigen Kraft werden. Es wird auf die Möglichkeit einer Aussöhnung ohne Parteitag verwiesen. Aber was für eine Aussöhnung? Die endgültige Kapitulation vor dem Zirkelwesen, die Kooptation der Minderheit ins ZK und folglich die Vollendung der Desorganisation der zentralen Körperschaften. Die Partei wäre dann nur noch ein leeres Wort, die Parteimehrheit wäre genötigt, einen neuen Kampf zu beginnen. Und die Minderheit? Bisher war jedes erkämpfte Zugeständnis für sie nur eine Stütze der desorganisierenden Tätigkeit; selbst von ihrem Standpunkt aus ist der Kampf weit über den Rahmen des Kooptationsgezänks hinausgewachsen; wie könnte sie da den Kampf einstellen? Und um so weniger wird sie ihn ein-

stellen, wenn sie nicht alle Zugeständnisse erhält. Man sagt uns: Der Parteitag könne sein Ziel nicht erreichen, weil die Meinungsverschiedenheiten bisher nicht geklärt seien. Aber nähern wir uns denn jetzt ihrer Klärung, nimmt denn der Wirrwarr nicht immer mehr zu? Die Meinungsverschiedenheiten werden jetzt nicht geklärt, sondern ausgeklügelt und frei ersonnen, und nur der Parteitag kann dem ein Ende setzen. Nur er, der die kämpfenden Seiten von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellt, der sie zwingt, ihre Bestrebungen offen und rückhaltlos darzulegen, nur er ist imstande, in die Wechselbeziehungen der Parteiströmungen und Parteikräfte volle Klarheit hineinzubringen. Doch der Parteitag könne durch die Kassation von Organisationen zusammengeschoben werden, erklärt die Minderheit. Das ist eine verlogene Insinuation, erwidern wir, eine Insinuation, die durch keine einzige Tatsache bestätigt wird. Gäbe es solche Tatsachen, so hätte die Minderheit, da sie über das Parteiorgan verfügt, sie natürlich längst an die große Glocke gehängt, und da sie den Rat der Partei in Händen hält, besäße sie die volle Möglichkeit, die Dinge zu ändern. Schließlich bietet die unlängst vom Rat angenommene Resolution, die solche Tatsachen in der Vergangenheit nicht feststellt, die endgültige Garantie, daß sie auch in der Zukunft unmöglich sind. Wer wird jetzt der unwahrscheinlichen Insinuation Glauben schenken? Man spricht die Befürchtung aus, der Parteitag werde allzuviel Kräfte und Mittel von der positiven Arbeit ablenken. Welch bitterer Hohn! Ist denn eine stärkere Ablenkung der Kräfte und Mittel denkbar, als die Zwietracht sie jetzt verursacht? Der Parteitag ist notwendig! Sogar bei einem normalen Gang des Parteilebens wäre er notwendig angesichts dessen, daß der geschichtliche Augenblick einzigartig ist, daß die Weltgeschehnisse die Partei vor neue Aufgaben stellen können. Er ist doppelt notwendig in der jetzigen Parteikrise, um einen ehrlichen und vernünftigen Ausweg aus ihr zu finden, um die Kräfte der Partei zu erhalten, um ihre Ehre und Würde zu bewahren.

Was muß der dritte Parteitag tun, um der Zwietracht ein Ende zu setzen, um das normale Parteileben wiederherzustellen? In dieser Hinsicht halten wir folgende Umgestaltungen, die wir mit allen loyalen Mitteln vertreten und durchsetzen werden, für die wesentlichsten.

I. Übergang der Redaktion des ZO in die Hände der Anhänger der Parteimehrheit. Die Notwendigkeit dieses Übergangs ist durch die offen-

kundige Unfähigkeit der jetzigen Redaktion, das ZO auf dem Niveau der gesamtparteilichen Interessen zu halten, genügend begründet. Ein Zirkelorgan kann nicht und darf nicht das Parteiorgan sein.

II. Genaue Regelung der Beziehungen zwischen der ausländischen Lokalorganisation (der Auslandsliga) und der gesamtrussischen Zentralleitung, dem ZK. Die jetzige Lage der Auslandsliga, die sich in eine zweite Zentralstelle der Partei verwandelt hat und die angeschlossenen Gruppen unkontrolliert leitet, während sie gleichzeitig das ZK vollkommen ignoriert – diese Lage ist offensichtlich anormal, und man muß Schluß damit machen.

III. Festlegung von Garantien im Statut, daß der Parteikampf mit parteimäßigen Methoden geführt wird. Die Notwendigkeit einer solchen Reform geht aus der ganzen Erfahrung des Kampfes nach dem Parteitag klar hervor. Es ist erforderlich, die Rechte jeder Minderheit im Parteistatut sicherzustellen, damit die ständigen und nicht zu beseitigenden Quellen der Meinungsverschiedenheiten, der Unzufriedenheit und Gereiztheit aus dem alten spießbürgerlichen Flußbett des Zirkelskandals und -gezänks in den noch ungewohnten Kanal eines disziplinierten und würdigen Kampfes um Überzeugungen umgeleitet werden. Als notwendige Bedingungen für eine solche Wendung betrachten wir folgendes: Der Minderheit wird eine literarische Gruppe (oder auch mehrere) mit dem Recht der Vertretung auf Parteitagen zugebilligt; es werden weitestgehende formelle Garantien geschaffen in bezug auf die Herausgabe von Parteiliteratur, die an der Tätigkeit der zentralen Parteikörperschaften Kritik übt. Den Komitees wird das formelle Recht zugestanden, (durch den Versandapparat der Gesamtpartei) jene Publikationen der Partei zu beziehen, auf die sie Wert legen. Das Recht des ZK, die personelle Zusammensetzung der Komitees zu beeinflussen, wird genau abgegrenzt. Wir halten es für sehr wichtig, die Maßnahmen zur Herausgabe von Literatur der Unzufriedenen, die der Minderheit des zweiten Parteitags vom ZK vorgeschlagen wurden, im Statut zu verankern, damit das von der Minderheit geschaffene Phantasiegebilde des „Belagerungszustands" sich zerstreue, damit der unvermeidliche innerparteiliche Kampf in würdigen Formen geführt werde und die positive Arbeit nicht hemme.

Wir wollen hier unsere Vorschläge nicht bis ins einzelne ausarbeiten, denn wir legen keinen Entwurf eines Statuts vor, sondern lediglich ein

allgemeines Programm des Kampfes um die Einheit der Partei. Deshalb deuten wir nur kurz die Richtung einiger teilweiser Änderungen im Statut an, die unseres Erachtens wünschenswert sind, ohne uns hinsichtlich seiner weiteren Ausarbeitung auf Grund neuer Erfahrungen die Hände zu binden. Es ist zum Beispiel notwendig, den Rat der Partei umzuwandeln, denn diese Körperschaft hat in der Praxis gezeigt, daß sie in ihrer jetzigen Form unfähig ist, die ihr gestellte Aufgabe – die Koordinierung der Tätigkeit der Zentralstellen und die oberste Kontrolle darüber – zu erfüllen. Der Rat soll ein ganz vom Parteitag gewähltes Kollegium sein und nicht ein Schiedsgericht des vom Parteitag gewählten fünften Mitglieds über die Zentralstellen, die sich durch ihre Delegierten verteidigen. Ferner muß – im Einklang mit den Hinweisen der Kritik aus den Reihen der Partei – § 1 des Statuts in dem Sinne revidiert werden, daß man die Grenzen der Partei genauer festlegt usw.

Indem wir dieses Programm des Kampfes um die Einheit der Partei vorlegen, fordern wir die Vertreter aller anderen Schattierungen und alle Parteiorganisationen auf, sich über ihre Programme klar zu äußern und damit eine ernsthafte und folgerichtige, verantwortungsbewußte und planmäßige Vorbereitung des Parteitags zu ermöglichen. Für die Partei wird eine Lebensfrage entschieden, eine Frage ihrer Ehre und Würde: Besteht sie als ideologische und reale Kraft, die fähig ist, sich so weit vernünftig zu organisieren, daß sie als tatsächliche Führerin der revolutionären Arbeiterbewegung unseres Landes auftreten kann? Durch ihre ganze Handlungsweise sagt die im Ausland befindliche Minderheit: Nein! Und sie fährt fort, in diesem Sinne selbstsicher und entschlossen zu handeln, wobei sie auf die weite Entfernung Rußlands, auf den häufigen Wechsel der in Rußland tätigen Genossen, auf die Unersetzlichkeit ihrer Führer, ihrer literarischen Kräfte baut. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen! sagen wir, die wir das wachsende politische Bewußtsein der fortgeschrittenen Arbeiter, die am Leben der Gesamtpartei aktiv teilnehmenden Komitees sehen. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen, bei uns mehren sich die jungen Kräfte, die fähig sind, die alten Kollegien der Literaten, die das Vertrauen der Partei verlieren, zu ersetzen und neu zu beleben; bei uns nimmt die Zahl der Revolutionäre, die die prinzipienfeste Richtung des Parteilebens höher schätzen als jeden Zirkel ehemaliger Führer, immer mehr zu. Bei uns ist eine Partei im Entstehen begriffen, und keine Winkel-

züge und Verschleppungsmanöver werden ihr entscheidendes und endgültiges Urteil aufhalten können.

Aus diesen Kräften unserer Partei schöpfen wir die Zuversicht in den Sieg.

Genossen! Druckt und verbreitet diesen Aufruf.

Geschrieben in der ersten Augusthälfte (n. St.) 1904.
Zuerst veröffentlicht im August 1904 als Sonderdruck.

Nach dem Text der Broschüre „An die Partei", Genf 1904.

AN DIE FÜNF MITGLIEDER DES ZENTRALKOMITEES

in Rußland

18. August 1904

An die Mitglieder des ZK der SDAPR Glebow, Konjagin[97], Trawinski, Loschad und Ossipow.

Heute habe ich über den Berliner Agenten des ZK Mitteilung von den Beschlüssen erhalten, die von den vier (?) Mitgliedern des ZK auf ihrer Zusammenkunft in Rußland[98] gefaßt worden sind. Diesen Beschluß kann ich aus folgenden Gründen nicht als rechtsgültig anerkennen:

1. Die Erklärung am Anfang der Resolution, daß in der Sitzung alle Mitglieder des ZK außer einem (d. h. mir) anwesend waren, ist *unwahr*. Nach der Verhaftung von Wassiljew und Swerew und nach dem Rücktritt von Mitrofanow[99] gibt es im ZK noch ein Mitglied, Genossen Ossipow. Die Gerüchte über dessen Rücktritt haben sich als falsch erwiesen: Gen. Ossipow selbst betrachtet sich als Mitglied des Zentralkomitees. Derselben Meinung waren Wassiljew (der mir darüber geschrieben hat), Swerew und ich. Jedenfalls hatten die vier Mitglieder des ZK nicht das Recht, Ossipow als ausgeschieden zu betrachten, ohne seinem angeblichen Rücktritt auf den Grund gegangen zu sein. Dem ist hinzuzufügen, daß weder ich noch das ZO oder einer der Auslandsagenten des ZK jemals von Ossipows Rücktritt formell Mitteilung erhalten hat. Und doch ist Ossipow zur Sitzung nicht eingeladen worden.

2. Mich hat man zur Sitzung gleichfalls nicht eingeladen, ja mich nicht einmal davon in Kenntnis gesetzt und mir die zur Diskussion stehenden Fragen nicht mitgeteilt. Das Zentralkomitee hat natürlich das Recht, mit

Stimmenmehrheit Beschlüsse zu fassen, aber es kann keine rechtsgültigen Beschlüsse fassen, ohne allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben zu haben, an der Beratung teilzunehmen und nötigenfalls ihre besondere Meinung vorzubringen. Ich bin dieser Möglichkeit *völlig rechtswidrig* beraubt.

3. Die vier Mitglieder des ZK haben sich zu dem Vertrag, der am 26. Mai 1904 zwischen mir und Glebow abgeschlossen worden ist, nicht geäußert, obwohl dieser Vertrag und mein Begleitbrief dazu mit Zustimmung von Glebow und Swerew allen Mitgliedern des ZK mitgeteilt und die Bitte hinzugefügt wurde, mir direkt zu antworten. Die Mehrheit des ZK hat das volle Recht, die Minderheit zu majorisieren, aber sie darf keineswegs den offiziellen Anfragen der Minderheit und den von der Minderheit direkt zur Diskussion gestellten Fragen ausweichen.

4. Auf Grund des Dargelegten ersuche ich die vier Mitglieder des ZK, mir umgehend zu antworten: a) Aus welchem Grunde haben sie Gen. Ossipow, Mitglied des Zentralkomitees, nicht zur Sitzung eingeladen? b) Dasselbe in bezug auf mich? c) Erkennen sie die Verpflichtung der Mehrheit des Kollegiums an, allgemeine Beschlüsse erst dann zu fassen, nachdem die Minderheit zur Beratung eingeladen wurde und die Möglichkeit hatte, sich über die zur Diskussion stehenden Fragen zu äußern und ihre besondere Meinung vorzubringen? d) Halten sie sich für verpflichtet, eine sachliche Antwort auf alle Fragen zu geben, die im Vertrag vom 26. Mai 1904 berührt worden sind?

5. In Anbetracht dessen, daß die vier Mitglieder des ZK ihren rechtswidrig gefaßten Beschluß (als angeblichen Beschluß des gesamten ZK) dem ZO mitgeteilt haben, sehe ich mich genötigt, die Parteifunktionäre, die das recht nahe angeht, in einem Brief über die Handlungsweise der vier Mitglieder des Zentralkomitees zu unterrichten.

N. Lenin
Mitglied des ZK

Zuerst veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE AGENTEN DES ZK UND DIE MITGLIEDER DER KOMITEES DER SDAPR, DIE SICH FÜR DIE MEHRHEIT DES II. PARTEITAGS AUSGESPROCHEN HABEN

Genossen! Der Konflikt innerhalb des ZK hat einen solchen Entwicklungsgrad erreicht, daß ich mich moralisch verpflichtet fühle, allen Anhängern der Mehrheit des II. Parteitags davon Mitteilung zu machen. Zu diesem Schritt veranlaßt mich sowohl die rechtswidrige Handlungsweise von vier Mitgliedern des ZK als auch die Befürchtung, daß ich nochmals einen unvorsichtigen und für die Partei schädlichen Schritt (ähnlich meinem Austritt aus der Redaktion) tun könnte, ohne mich mit Gleichgesinnten beraten zu haben, die in den Lokalorganisationen arbeiten, mit der wirklichen Stimmung in der Partei besser vertraut sind und in der Tat, nicht nur in Worten, dem alten ausländischen Zirkelprinzip im Namen des jungen Parteiprinzips den Krieg erklärt haben.

Worin der Konflikt innerhalb des ZK besteht, das ist aus den vier beiliegenden Dokumenten ersichtlich: 1. dem Vertrag vom 26. Mai 1904 zwischen den drei Mitgliedern des ZK Glebow, Swerew und Lenin; 2. meinem Brief gleichen Datums an die Mitglieder des ZK; 3. dem Beschluß, der angeblich von allen Mitgliedern des ZK außer einem gefaßt worden ist; 4. meinem Protest gegen die Rechtsgültigkeit dieses angeblichen Beschlusses.[100]

Ich möchte alle Genossen, die in dem gegenwärtigen Parteikampf auf dem gleichen Standpunkt stehen wie ich, sehr darum bitten, diese lehrreichen Dokumente aufmerksam durchzulesen und offen und rückhaltlos ihr Urteil darüber abzugeben. Ich meinerseits werde mich einer öffentlichen Stellungnahme in der Presse zu diesen Fragen enthalten, wenigstens solange, bis ich die Meinung einiger in Rußland tätiger Genossen erfahre oder bis mich die Ereignisse zu diesem Schritt zwingen.

Ich beschränke mich darauf, einige Fragen an die Partei zu stellen, wenn die Mitglieder unserer Organisationen finden, daß wir tatsächlich eine Partei haben: 1. Ist in einer Partei, die den Namen Arbeiterpartei verdient, die Existenz eines ZK zulässig, das von der Mehrheit gewählt worden ist und das die Politik der Mehrheit zur Politik einer „Gruppe" erklärt? 2. Haben Leute ein moralisches Recht auf unser Vertrauen, die im März in einer Deklaration eines und im Juli etwas ganz anderes gesagt haben? – 3. Leute, die die Verhaftung von zwei Mehrheitsmitgliedern des ZK ausnutzen, um die Interessen der Mehrheit mit Füßen zu treten? – 4. Leute, die im Namen des Kampfes gegen die Gruppenpolitik von einer Konferenz mit der Minderheitsgruppe reden und die Mehrheit ignorieren? – 5. Leute, die sich vor der Beurteilung ihrer Handlungen durch einen Parteitag fürchten und sich deshalb erdreisten, die Partei mit einer Spaltung einzuschüchtern, sich erdreisten, den Parteimitgliedern ihr elementares Recht der Agitation für einen Parteitag zu „verbieten"? – 6. Leute, die ein solch kindliches Unverständnis für unsere Parteikrise an den Tag legen, daß sie ernsthaft die „Rechtmäßigkeit" des ZO zu beweisen versuchen und das „*hohe Niveau*" dieses ZO dekretieren? – 7. Leute, die entgegen dem Willen der Partei geflissentlich danach trachten, die konsequenten Anhänger der Parteimehrheit aus dem ZK zu vertreiben?

Ich schließe mit der Bitte, mir auf diese Fragen zu antworten und dafür zu sorgen, daß alle aktiven Parteimitglieder von der Sachlage und diesem Brief Kenntnis erhalten. Diesen Brief zu veröffentlichen, sehe ich vorläufig keine Notwendigkeit.

Lenin
Mitglied des ZK

Geschrieben am 5. (18.) August 1904.
Zuerst veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN GLEBOW (W. A. NOSKOW)

11. September 1904

Werter Genosse!

Sie wiederholen nochmals, daß der Wunsch, ich solle in die Redaktion des Zentralorgans eintreten, vom „Zentralkomitee" geäußert worden sei. Auch ich muß meinerseits wiederholen, daß das mindestens ungenau ist. Als Sie formell erklärten, die bekannte Deklaration des ZK sei einstimmig in Anwesenheit aller Mitglieder des ZK außer einem angenommen worden, habe ich sofort (bereits am 18. August 1904) erwidert, daß das unwahr ist. Die Deklaration wurde unterschrieben von drei Mitgliedern des ZK, das vor kurzem noch neun Mitglieder zählte, und diese drei erklärten vollkommen rechtswidrig, Gen. Ossipow sei nicht mehr Mitglied des ZK, während dieser mir schriftlich versicherte, daß er sich nach wie vor als Mitglied des ZK betrachte. Es war rechtswidrig, einen Genossen für ausgeschieden zu erklären, ohne sich mit ihm verständigt zu haben. Die beiden Argumente, mit denen Sie und Ihre zwei Kollegen diese Rechtswidrigkeit verteidigten, sind offenkundig nicht stichhaltig. Sie beriefen sich darauf, daß Gen. Ossipow in der vorausgegangenen ordentlichen Sitzung des ZK formell seinen Rücktritt erklärt habe. Das ist unwahr, denn Ende Mai (d. h. Monate nach dieser Sitzung, die im Februar oder März stattgefunden hatte) zählten wir noch neun Mitglieder des ZK, was durch den von drei Mitgliedern des ZK unterzeichneten Vertrag vom 26. Mai 1904 und durch den diesem Vertrag beigelegten Brief bestätigt wird.* Sie beriefen sich darauf, daß Genosse Ossipow nach der erwähnten Sitzung des ZK

* Siehe den vorliegenden Band, S. 431—436. *Die Red.*

einem Lokalkomitee beitrat, wozu ein Mitglied des ZK nicht berechtigt sei. Hierauf hatte mir Gen. Ossipow schon früher schriftlich geantwortet, daß er gerade auf Vorschlag jener Mitglieder des ZK, die ihn jetzt für ausgeschieden erklärt haben, an den betreffenden Ort gereist sei, um an der örtlichen Arbeit teilzunehmen, und daß er nicht als formelles Mitglied des Komitees gearbeitet habe. Aber selbst wenn ein solcher regelwidriger, nach dem Statut unzulässiger Eintritt eines Mitglieds des ZK in ein Lokalkomitee stattgefunden hätte, so folgt hieraus keineswegs, daß die Korrektur dieser Regelwidrigkeit unbedingt den Austritt aus dem ZK und nicht den Austritt aus dem Lokalkomitee erforderte. Schließlich mußten Sie selber in Ihrem Brief an mich zugeben, daß in der Sitzung der drei ZK-Mitglieder berichtet wurde, der Rücktritt des Genossen Ossipow sei eine Streitfrage. Die Entscheidung dieser Streitfrage durch die drei ZK-Mitglieder in Abwesenheit Ossipows, ja ohne daß man Ossipows Meinung gehört hatte, war eine offenkundige und empörende Rechtswidrigkeit. Natürlich konnten die drei Mitglieder des ZK darauf rechnen, daß sich der in den Händen der Redaktion befindliche Rat der Partei auf ihre Seite stellen würde; natürlich konnten sich die drei Mitglieder des ZK auf eine von ihnen formell getroffene oder stillschweigend anerkannte Abmachung mit den Anhängern der Minderheit im Rat stützen. Aber ein solcher Umstand würde die Rechtswidrigkeit nicht beseitigen, sondern sie umgekehrt durch Elemente politischer Unehrenhaftigkeit verstärken. Genauso rechtswidrig war es von den drei Mitgliedern des ZK, den Rücktritt des Genossen Trawinski zu akzeptieren, über den vorher, vor der Sitzung, nicht alle Mitglieder des ZK informiert waren. Sie konnten mir ja auch bis heute keine genauen Angaben machen, wem und wann dieser Rücktritt mitgeteilt worden ist. Sie taten die Sache mit einer Antwort ab, die wie reiner Hohn klingt: „Erkundigen Sie sich beim russischen Kollegium", demselben „Kollegium" (immer wieder dieser drei!), von dem Sie eben gekommen waren, demselben Kollegium, mit dem ich mich einzig und allein durch Sie in Verbindung setzen kann!!

Somit bestreite ich die Rechtmäßigkeit der Zusammensetzung des ZK und seiner letzten Sitzung (in der die „Deklaration" beschlossen wurde). Ich hätte daher das volle Recht, Ihren Vorschlag, in die Redaktion des ZO einzutreten, unbeantwortet zu lassen. Aber ich betrachte diesen Vorschlag nicht als vom ZK, sondern von drei Parteimitgliedern ausgehend und halte

es für meine Pflicht, eine begründete Antwort darauf zu geben, um so mehr, als Sie sich auf den Ihnen schriftlich zugeleiteten Wunsch der Redaktion des ZO berufen, mich unter den Redakteuren zu sehen.

Sie nehmen an, mein Eintritt in die Redaktion des ZO „würde nahezu den vollständigen Frieden in der Partei, den ich so sehr wünsche, gewährleisten". Dieses Ihr „nahezu" ist sehr bezeichnend! Ja, ich will den Frieden in der Partei, ich habe im Dezember 1903 in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'" („Warum bin ich aus der Redaktion ausgetreten?")* den Frieden schwarz auf weiß gedruckt angeboten. Ich habe im Januar 1904 im Rat der Partei den Frieden noch einmal offiziell angeboten.** Der Frieden ist zu den Bedingungen, die ich damals im Namen der Mehrheit stellte, nicht angenommen worden. Ich möchte bemerken, daß ich entgegen der jetzigen Mode, über den „Frieden" heuchlerische Phrasen zu dreschen, wobei man unter Frieden völlige Nachgiebigkeit gegenüber der Minderheit, völlige Ignorierung der Mehrheit und völliges Vergessen des Parteitags versteht, im Rat vollkommen klar auseinandergesetzt habe, was ich mir unter dem Frieden in der Partei vorstelle. Ich habe zusammen mit meinem damaligen Kollegen vom ZK im Rat unumwunden erklärt, daß ich unter Frieden die Säuberung des ideologischen Kampfes von Rangstreitigkeiten, Zänkereien und unehrlichen Kampfmethoden verstehe. Soll das ZO der Minderheit, das ZK der Mehrheit verbleiben – schlug ich damals vor –, aber wir wollen alle auffordern, jeden Boykott, jeden Rangstreit, jedes Kooptationsgezänk einzustellen, wir wollen über unsere Meinungsverschiedenheiten und über die Ursachen unserer Trennung auf dem Parteitag kameradschaftlich diskutieren, wir wollen die Partei dazu erziehen, ihre inneren Streitigkeiten ehrlich und würdig auszutragen. Mein Vorschlag wurde von Plechanow und Martow verlacht. Es wundert mich nicht, daß sie den schändlichen Beschluß faßten, die Protokolle der Ratssitzungen nicht zu veröffentlichen (entgegen dem Drängen der Minderheit im Rat, nämlich der beiden Vertreter des ZK) und daß sich diesem Beschluß jetzt die drei Mitglieder des ZK (insgeheim) angeschlossen haben. Wer einen heuchlerischen Frieden schließen will, dabei die im Leben der russischen Revolutionäre unvermeidlichen

---

* Siehe den vorliegenden Band, S. 110—117. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 139—141. *Die Red.*

Zufälligkeiten ausnutzt und die Andersdenkenden aus dem ZK verjagt*, der muß notgedrungen danach trachten, die Versuche, rechtzeitig einen ehrlichen Frieden zu schließen, vor den Parteimitgliedern geheimzuhalten. Glücklicherweise habe ich Grund anzunehmen, daß dieser erbärmliche Winkelzug, der auf einen Betrug an der Partei abzielt, nicht gelingen wird und daß die Protokolle der Ratssitzungen zu guter Letzt das Licht der Welt erblicken werden.

Nachdem mein Friedensvorschlag von der Redaktion, die sich des Rates bemächtigt hat, hohnlachend zurückgewiesen worden war, erklärte ich damals sofort, daß ich den einzigen ehrlichen Ausweg in einem Parteitag sehe. Die Taktik der Minderheit (darunter auch Plechanows), die Redaktion des ZO und den Rat der Partei fest in ihren Händen zu halten, in diesen zentralen Körperschaften in Worten die Interessen der Gesamtpartei zu vertreten, gleichzeitig aber in Taten danach zu trachten, das ZK ohne Parteitag im Interesse der Minderheit umzumodeln – diese Taktik kann ich nicht als ehrlichen Kampf betrachten. Mit den Anhängern einer solchen Taktik habe ich nie Abmachungen getroffen und halte es nicht für möglich, welche zu treffen. Außerdem ist das Gesicht der neuen „Iskra" – dieses Zentralorgans des Klatsches und des Gezänks, der konfusen Argumentation und des Liebäugelns mit den Opportunisten, des persönlichen Abrechnens und des Ausklügelns von Meinungsverschiedenheiten – seit Januar vollauf klar. Daß die neue „Iskra" das Organ eines Zirkels, das Organ einer neuen „Richtung" ist, das sehen jetzt alle und sogar die Redaktion selbst, die anfangs die „Kontinuität" wahren wollte, jetzt aber die alte „Iskra" systematisch bespuckt. Es fragt sich, in welchem Sinne kann man denn jetzt von Frieden sprechen? Wenn man darunter die Säuberung des ideologischen Kampfes vom Kooptationsgezänk versteht, so bin ich auch jetzt durchaus bereit, auf den Frieden einzugehen und meinen im Rat gemachten Vorschlag zu erneuern. Wenn Friede aber die Einstellung des ideologischen Kampfes bedeutet, die Aussöhnung mit der Richtung oder vielmehr mit dem jeder Richtung baren Gesicht der neuen „Iskra", so können einen solchen „Frieden" nur prinzipienlose Menschen oder Heuchler oder aber Leute vorschlagen, die in den Parteiorganen weiter

* Das bezieht sich vor allem auf Gen. Ossipow, aber natürlich auch auf mich, denn der Vorschlag, in die Redaktion des ZO einzutreten, ist gleichbedeutend mit dem Vorschlag, aus dem ZK auszutreten.

nichts sehen als bedrucktes Papier (Druckerschwärze* – wie ein „Versöhnler" die Literatur der neuen „Iskra" nannte). Wenn die Redakteure der neuen „Iskra", die fast ihre ganze „prinzipielle" Stellung auf persönliche Angriffe gegen mich, auf die Verfolgung dessen, was sie „Leninismus" nennen, und auf das Ausklügeln von Meinungsverschiedenheiten mit mir ausrichteten, jetzt den Wunsch äußern, mich in der Redaktion zu sehen, so geben sie damit selber zu, daß sie ihr eigenes Geschreibe nicht ernst nehmen, daß sie die ganze Polemik nur zu „Kooptationszwecken" erfunden haben und daß sie bereit sind, auf alle ihre neuen „Prinzipien" zu verzichten, sobald die Kooptation erfolgreich durchgeführt ist. Was mich betrifft, so weise ich die bloße Zumutung, die Mehrheit könne sich vom parteimäßig geführten Kampf für ihren Standpunkt, vom Kampf für die konsequente Richtung, vom Kampf gegen das Zirkelwesen lossagen, als unwürdig zurück. Diesen Kampf zu führen, betrachte ich zusammen mit allen prinzipienfesten Anhängern der Mehrheit, deren Zahl in Rußland zunimmt, als mein unantastbares Recht und als meine Pflicht. Dieser Kampf muß meines Erachtens offen geführt werden, denn die Geschichte des Konflikts ist zu neun Zehnteln bereits an die Öffentlichkeit gezerrt worden, und jede weitere Verheimlichung vor den Augen der Welt wäre eine kleinliche und sinnlose Verschleppung der Krise.

Wie Sie schreiben, „wünschen zweifellos auch viele Komitees" meinen Eintritt in die jetzige Redaktion der „Iskra". Mit Bedauern stelle ich fest, daß Sie auch diesmal eine bewußte Unwahrheit sagen. Kein einziges Komitee hat unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes bisher einen solchen Wunsch ausgesprochen. Er wurde nur geäußert von dem Redakteurzirkel des ZO und von den drei Mitgliedern des ZK, die den Gipfel der politischen Weisheit darin sehen, mit der Minderheit auf die Mehrheit und mit der Mehrheit auf die Minderheit zu schimpfen. Ich erlaube mir die Meinung, daß ich nicht dem Willen dieser oder jener Politikaster, sondern dem Willen der Gesamtpartei Rechnung zu tragen habe, die für sich auch selber die Methode festgelegt hat, ihrem Willen formellen Ausdruck zu geben: den Parteitag. Ich erlaube mir die Meinung, daß ein Führer, der auf dem Parteitag eine bestimmte Linie verfolgt und einen Teil der Partei entsprechend dieser Linie geführt hat, jedes Recht auf

* „Druckerschwärze" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Achtung und sogar auf ein ernsthaftes Verhalten zu seinen Worten verliert, wenn er auf die Seite seiner Gegner hinüberwechselt.

Ihr Hinweis auf „viele Komitees" ist äußerst bezeichnend und aufschlußreich, obgleich er... der Wahrheit nicht entspricht. Dieser Hinweis zeugt von einem Restchen Parteigewissen und vom Vorhandensein einer gewissen Einsicht, daß Funktionärkörperschaften, die von der Partei ernannt sind, dem Willen dieser Partei Rechnung tragen müssen, wenn sie in der Zusammensetzung und Richtung der Zentralstellen Änderungen vornehmen. Wäre diese Einsicht bei Ihnen nicht verdunkelt durch die konfuse Haltung, die Sie eingenommen haben, so würden Sie leicht sehen, daß es keinen anderen Weg gibt, um den wirklichen Wunsch wirklich vieler Komitees wirklich kennenzulernen, als den Parteitag. Verrät indes Ihr Hinweis auf „viele Komitees" ein Restchen Parteigewissen, so zeugt er zugleich ganz sonnenklar von einem schlechten Gewissen: Sie fürchten gerade deshalb den Parteitag wie das Feuer, weil Sie den schreienden Widerspruch zwischen Ihrer Politik der Abenteuer und dem Willen der Partei fühlen.

Meine allgemeinen Erwägungen über die Heuchelei der von Ihnen angebahnten Versöhnung werden durch eine Reihe ergänzender Tatsachen vollauf bekräftigt. Drei Mitglieder des ZK begeistern sich jetzt für das „hohe Niveau" des ZO, obwohl *dieselben* drei Mitglieder des ZK im März eine Erklärung verfaßt haben, in der sie ihrem Bedauern Ausdruck geben, daß verschiedene Parteiliteraten (die Mehrheit der jetzigen Redaktion des ZO) in Opportunismus verfallen sind. Während sie von „Frieden" sprechen, lösen diese drei Mitglieder des ZK das Südbüro (ein Kollegium von Agenten des ZK) auf, weil in ihm Anhänger der Mehrheit gearbeitet haben, die sich erkühnten, für einen Parteitag zu agitieren. Während sie von der Versöhnung der beiden kämpfenden Seiten sprechen, veranstalten die drei Mitglieder des ZK eine Konferenz mit den Vertretern der einen Seite und ignorieren die andere. Welche Zersetzung wird in die Partei hineingetragen durch diese privaten Sonderabmachungen, die die Lebensinteressen der Gesamtpartei betreffen und die vor ihr so sorgfältig geheimgehalten werden, obgleich jede Notwendigkeit einer konspirativen Geheimhaltung fehlt! Welche Unmenge gegenseitigen Mißtrauens und Argwohns wird durch diese Machenschaften hinter dem Rükken der Partei in das ganze Parteileben hineingetragen! Gerade heute

schreibt mir ein Genosse aus Rußland, welche Gerüchte über diese Abmachungen in Umlauf sind: In der Minderheit haben sich drei Teile gebildet, erzählt man sich in Parteikreisen; der eine verlangt vor allem die Kooptation von Dan und Trotzki ins ZK und will sonst von nichts wissen; der zweite ist mit einer Konferenz einverstanden; der dritte begnügt sich schon mit der Deklaration des ZK, und diesem Teil gehören die „Jushny-Rabotschi"-Leute an (die in der Gründung eines volkstümlichen Blattes mit vollem Recht nichts anderes sehen als die verschleierte Neuherausgabe des vom Parteitag eingestellten „Jushny Rabotschi"). Ich weiß nicht, was an diesem Gerede in der Partei Wahres ist. Daß aber die Minderheit aus verschiedenartigen Gruppen besteht, daß beispielsweise Gen. Brucker an den „Ultimaten" der Minderheit und an dem ganzen Kooptationsgezänk wahrscheinlich ganz unbeteiligt ist und daß die Gruppe des „Jushny Rabotschi" eine besondere Schattierung für sich darstellt, das sind allgemein bekannte Tatsachen, über die jeder im Bilde ist, der unsern Parteitag studiert hat. Sehen Sie denn wirklich nicht, wie erniedrigend dieses Feilschen einzelner Gruppen hinter dem Rücken der Partei ist? Ist es verwunderlich, daß die Heuchelei der drei Mitglieder des ZK bei der Mehrheit, die allen diesen Machenschaften fernsteht, volles Mißtrauen ihnen gegenüber erweckt? Ist es verwunderlich, daß der „Frieden", der mit der Kassation jener begonnen hat, die für den Parteitag agitieren, als Vorstufe zu einer systematischen Fälschung der Meinung der Parteiöffentlichkeit betrachtet wird? daß die Mehrheit annimmt, es bestehe eine Abmachung zwischen dem ZK und dem ZO (und folglich auch dem Rat der Partei) über die gewaltsame Besetzung der Komitees mit Anhängern der Minderheit, über die Nichtveröffentlichung der Resolutionen der Mehrheit (die Petersburger und die Jekaterinoslawer Resolution werden schon *seit mehreren Monaten* zurückgehalten) usw. usf.?

Ich hoffe, Sie werden jetzt verstehen, warum bei der jetzigen Situation in der Partei von meinem Eintritt in die Redaktion des ZO keine Rede sein kann.

Ihre Behauptung, ich hätte mich in der Frage der Kooptation von drei Mitgliedern in das ZK „der Stimme enthalten", ist eine *Unwahrheit*. Ich protestiere entschieden dagegen, daß die „Wahl als vollzogen" anerkannt wird. Das ist eine neue Rechtswidrigkeit. *Alle* drei Mitglieder des ZK sind

verpflichtet, meinen Einspruch zu prüfen und erst *nachher* die Frage der Kooptation zu stellen. Nach dem Statut muß die Kooptation einstimmig erfolgen; ich habe meine Zustimmung nicht gegeben. Folglich kann ohne eine Behandlung der Angelegenheit im Rat der Partei von einer vollzogenen Kooptation nicht die Rede sein. Der Beschluß des Rates (wenn Sie die Frage der Kooptation rechtswidrig vor den Rat bringen, bevor alle Mitglieder des ZK die Zusammensetzung des ZK überprüft haben) muß mir zusammen mit den Protokollen des Rates übermittelt werden.

Ihr Bedauern darüber, daß wir keine Gelegenheit hatten, uns zu sehen, kann ich nicht teilen. Nach den Streichen, die Sie Gen. Ossipow gespielt haben, und nach der Art, wie Sie ein gegebenes Wort (den Vertrag vom 26. Mai 1904) halten, wünsche ich zu Ihnen keine anderen Beziehungen als rein offizielle und ausschließlich schriftliche.

N. Lenin
Mitglied des ZK

Veröffentlicht mit einigen Kürzungen 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf.

Nach dem Manuskript.

EIN SCHRITT VORWÄRTS, ZWEI SCHRITTE ZURÜCK

Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg[101]

Der Artikel der Genossin Rosa Luxemburg in den Nummern 42 und 43 der „Neuen Zeit" übt Kritik an meinem russischen Buch über die Krise in unserer Partei.* Ich kann nicht umhin, den deutschen Genossen meinen Dank auszusprechen für die Aufmerksamkeit, die sie unserer Parteiliteratur entgegenbringen, und für ihre Versuche, die deutsche Sozialdemokratie mit dieser Literatur bekannt zu machen, muß jedoch darauf aufmerksam machen, daß Rosa Luxemburgs Artikel in der „Neuen Zeit" die Leser nicht mit meinem Buch, sondern mit etwas anderem bekannt macht. Darüber möge man an Hand folgender Beispiele urteilen. Genossin Luxemburg sagt zum Beispiel, daß die Auffassung, die hier (d. h. in meinem Buch) in eindringlicher und erschöpfender Weise ihren Ausdruck gefunden habe, die eines „rücksichtslosen Zentralismus" sei. Genossin Luxemburg meint also, daß ich ein Organisationssystem gegen ein anderes verteidige. Das ist aber in Wirklichkeit unwahr. In dem ganzen Buch, von der ersten bis zur letzten Seite, verteidige ich die elementaren Grundsätze eines jeden Systems einer jeden nur denkbaren Parteiorganisation. Mein Buch beschäftigt sich nicht mit dem Unterschied zwischen diesem oder jenem Organisationssystem, sondern mit der Frage, auf welche Weise man jegliches System einhalten, kritisieren und korrigieren soll, ohne dem Parteiprinzip zu widersprechen. Rosa Luxemburg sagt weiter, daß „das Zentralkomitee nach dieser (Lenins) Auffassung die Befugnis hat, alle Teilkomitees der Partei zu organisieren". In Wirklichkeit ist das unwahr. Meine Auffassung in dieser Frage kann durch den von mir eingebrachten

* Siehe den vorliegenden Band, S. 197—430. *Die Red.*

Entwurf eines Organisationsstatuts der Partei dokumentarisch bewiesen werden. In diesem Entwurf ist keine Rede von dem Recht, die Teilkomitees zu organisieren. Die auf dem Parteitag zur Ausarbeitung des Parteistatuts gewählte Kommission fügte dieses Recht ein, und der Parteitag nahm den Kommissionsentwurf an. In diese Kommission waren außer mir und noch einem Anhänger der Mehrheit drei Anhänger der Minderheit des Parteitags gewählt worden, so daß in der Kommission, die dem Zentralkomitee das Recht gab, die Teilkomitees zu organisieren, gerade meine Gegner die Oberhand hatten. Gen. Rosa Luxemburg hat zwei verschiedene Tatsachen verwechselt. Erstens verwechselte sie meinen Organisationsentwurf mit dem abgeänderten Kommissionsentwurf einerseits und mit dem vom Parteitag angenommenen Organisationsstatut anderseits. Zweitens verwechselte sie die Verteidigung eines bestimmten Antrags über einen bestimmten Paragraphen des Statuts (bei dieser Verteidigung war ich keineswegs „rücksichtslos", da ich in der Plenarsitzung keinen Einspruch gegen das von der Kommission eingebrachte Amendement erhob) mit der Verteidigung der (nicht wahr, echt „ultrazentralistischen"?) These, daß ein vom Parteitag angenommenes Statut so lange befolgt werden muß, bis es vom nächsten Parteitag abgeändert wird. Diese These (eine echt „blanquistische", wie der Leser leicht feststellen kann) habe ich in meinem Buch tatsächlich recht „rücksichtslos" verteidigt. Gen. Luxemburg meint, nach meiner Auffassung erscheine „das Zentralkomitee als der eigentliche aktive Kern der Partei". In Wirklichkeit ist das unwahr. Ich habe diese Auffassung nirgends vertreten. Im Gegenteil, meine Opponenten (die Minderheit des II. Parteitags) beschuldigten mich in ihren Schriften, daß ich die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Zentralkomitees nicht genügend in Schutz nehme, daß ich es viel zu sehr der im Ausland befindlichen Redaktion des Zentralorgans und dem Rat der Partei unterordne. Auf diese Beschuldigung habe ich in meinem Buch geantwortet, daß die Parteimehrheit, als sie im Rat der Partei die Oberhand hatte, niemals den Versuch machte, in die Selbständigkeit des ZK einzugreifen; das geschah aber sogleich, als der Rat der Partei zu einem Kampfinstrument der Minderheit wurde. Gen. Rosa Luxemburg sagt, für die Sozialdemokratie Rußlands sei es keine Frage, daß eine einheitliche Partei notwendig ist, und der ganze Streit drehe sich um den größeren oder geringeren Grad der Zentralisation. In Wirklichkeit ist das unwahr. Hätte sich Gen.

Luxemburg die Mühe gegeben, die Resolutionen der vielen Lokalkomitees der Partei, die die Mehrheit bilden, kennenzulernen, so hätte sie leicht verstehen können (das ist übrigens auch aus meinem Buch klar ersichtlich), daß der Streit bei uns hauptsächlich darum geht, ob das Zentralkomitee und das Zentralorgan die Richtung der Parteitagsmehrheit vertreten sollen oder nicht. Über diese „ultrazentralistische" und rein „blanquistische" Forderung sagt die werte Genossin kein Wort; sie zieht es vor, gegen die mechanische Unterwerfung eines Teils unter das Ganze, gegen den Kadavergehorsam, gegen die blinde Unterordnung und ähnliche Schreckgespenster zu wettern. Ich bin der Gen. Luxemburg sehr dankbar für die Darlegung des höchst geistreichen Gedankens, daß der Kadavergehorsam für die Partei sehr schädlich ist, aber ich möchte doch gern wissen: Hält die Genossin es für normal, kann sie es zulassen, hat sie in irgendeiner Partei je gesehen, daß in den Zentralbehörden, die sich Parteibehörden nennen, die Minderheit des Parteitags dominieren darf? Gen. Rosa Luxemburg unterschiebt mir geradezu den Gedanken, daß alle Vorbedingungen zur Organisierung einer großen und äußerst zentralisierten Arbeiterpartei in Rußland bereits vorhanden seien. Wieder eine faktische Unwahrheit. Nirgends habe ich in meinem Buch diesen Gedanken ausgesprochen, geschweige denn vertreten. Die von mir aufgestellte These besagte und besagt etwas anderes. Und zwar habe ich darauf bestanden, daß alle Vorbedingungen bereits vorhanden sind, um die Beschlüsse des Parteitags anzuerkennen, und daß die Zeit schon vorbei ist, da man ein Parteikollegium durch einen Privatzirkel ersetzen konnte. Ich führte Beweise dafür an, daß gewisse Akademiker in unserer Partei ihre Inkonsequenz und Unbeständigkeit offenbarten und daß sie keinerlei Recht hatten, ihre Disziplinlosigkeit den russischen Proletariern in die Schuhe zu schieben. Die russischen Arbeiter haben sich schon oft bei verschiedenen Gelegenheiten für die Befolgung der Parteitagsbeschlüsse ausgesprochen. Es ist geradezu lächerlich, wenn Gen. Luxemburg eine dahingehende Äußerung für „optimistisch" erklärt (sollte man sie nicht eher für „pessimistisch" halten?) und kein Sterbenswörtchen darüber verliert, was meiner Äußerung tatsächlich zugrunde liegt. Gen. Luxemburg meint, ich verherrliche die erzieherische Wirkung der Fabrik. Das ist nicht wahr. Nicht ich, sondern mein Gegner behauptete, daß ich mir die Partei als eine Fabrik vorstelle. Ich lachte ihn tüchtig aus und wies ihm mit seinen eigenen Wor-

ten nach, daß er zwei verschiedene Seiten der Fabrikdisziplin verwechselt, was leider auch bei der Genossin Rosa Luxemburg der Fall ist.*

Genossin Luxemburg sagt, daß ich meinen Standpunkt vielleicht scharfsinniger gekennzeichnet habe, als es irgendeiner meiner Opponenten tun könnte, indem ich meinen „revolutionären Sozialdemokraten" als einen mit der Organisation der klassenbewußten Arbeiter verbundenen Jakobiner definierte. Wieder eine faktische Unwahrheit. Nicht ich, sondern P. Axelrod sprach zuerst vom Jakobinismus. Axelrod war der erste, der unsere Parteinuancen mit denen aus der Zeit der großen französischen Revolution verglich. Ich bemerkte lediglich, daß dieser Vergleich nur in dem Sinne zulässig sei, als die Teilung der modernen Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische bis zu einem gewissen Grade der Teilung in Montagnards und Girondisten entspricht. Einen ähnlichen Vergleich hat die vom Parteitag anerkannte alte „Iskra" recht oft gezogen. Und gerade weil sie diese Teilung anerkannte, bekämpfte die alte „Iskra" den opportunistischen Flügel unserer Partei, die Richtung des „Rabotscheje Delo". Rosa Luxemburg verwechselt hier das *Verhältnis* zwischen zwei revolutionären Richtungen im 18. und im 20. Jahrhundert mit der Identifizierung dieser Richtungen selbst. Wenn ich z. B. sage, daß das Verhältnis zwischen der „Jungfrau" und der „Kleinen Scheidegg" dem Verhältnis zwischen einem vierstöckigen und einem zweistöckigen Haus entspricht, so heißt das doch nicht, daß ich ein vierstöckiges Haus mit der „Jungfrau" identifiziere. Gen. Luxemburg hat die faktische Analyse der verschiedenen Richtungen unserer Partei völlig außer acht gelassen. Und gerade dieser Analyse, die auf den Protokollen unseres Parteitags fußt, widme ich den größeren Teil meines Buches und mache in der Einleitung besonders darauf aufmerksam. Rosa Luxemburg will über die jetzige Lage unserer Partei sprechen und ignoriert dabei vollständig unsern Parteitag, der eigentlich den wahren Grundstein unserer Partei gelegt hat. Man muß das als ein gewagtes Unternehmen ansehen! Ein um so gewagteres, als ich in meinem Buch hundertmal darauf hingewiesen habe, daß meine Gegner unsern Parteitag ignorieren und daß eben deshalb alle ihre Behauptungen jeder faktischen Grundlage entbehren.

Gerade diesen Grundfehler begeht auch Gen. Rosa Luxemburg. Sie

* Vergleiche die russische Broschüre „Unsere Mißverständnisse" und den Artikel „Rosa Luxemburg contra Karl Marx".

wiederholt bloße Worte, ohne sich zu bemühen, ihren konkreten Sinn zu begreifen. Sie malt Schreckgespenster an die Wand, ohne erforscht zu haben, was dem Streit wirklich zugrunde liegt. Sie schreibt mir Gemeinplätze, allgemeine Prinzipien und Erwägungen, absolute Wahrheiten zu, sucht aber die relativen Wahrheiten totzuschweigen, die streng bestimmte Tatsachen betreffen und mit denen allein ich operiere. Und da beklagt sie sich noch über Schablonen und beruft sich dabei auf Marx' Dialektik. Aber gerade der Artikel der gelehrten Genossin enthält ausschließlich erdichtete Schablonen, und gerade ihr Artikel widerspricht dem Abc der Dialektik. Dieses Abc besagt, daß es keine abstrakte Wahrheit gibt, daß die Wahrheit immer konkret ist. Gen. Rosa Luxemburg ignoriert majestätisch die konkreten Tatsachen unseres Parteikampfes und ergeht sich großmütig in Deklamationen über Fragen, die unmöglich ernst diskutiert werden können. Ich will aus dem zweiten Artikel der Gen. Luxemburg ein letztes Beispiel anführen. Sie zitiert meine Worte, daß diese oder jene Fassung eines Organisationsstatuts als ein mehr oder weniger scharfes Kampfmittel gegen den Opportunismus dienen kann.* Über welche Fassungen ich in meinem Buch und wir alle auf dem Parteitag gesprochen haben, darüber sagt Rosa Luxemburg kein Wort. Welche Polemik ich auf dem Parteitag führte, gegen wen ich meine Grundsätze vorbrachte, das kümmert die Genossin überhaupt nicht. Statt dessen geruht sie, mir eine ganze Vorlesung über den Opportunismus... in den Ländern des Parlamentarismus zu halten!! Doch über die besonderen, spezifischen Spielarten des Opportunismus, über die Nuancen, die er bei uns in Rußland angenommen hat und mit denen ich mich in meinem Buch beschäftige, darüber finden wir in dem Artikel der Genossin kein Wort. Die Schlußfolgerung aus all diesen höchst geistreichen Gedankengängen ist folgende: „...das Parteistatut soll nicht etwa an sich (?? das verstehe, wer kann) eine Waffe zur Abwehr des Opportunismus sein, sondern bloß ein äußeres Machtmittel zur Ausübung des maßgebenden Einflusses der tatsächlich vorhandenen revolutionären proletarischen Majorität der Partei." Sehr richtig! Doch wie sich die tatsächlich vorhandene Majorität unserer Partei gestaltete, das verschweigt Rosa Luxemburg, und gerade davon spreche ich in meinem Buch. Sie verschweigt auch, welchen Einfluß ich und Plechanow mit diesem äußeren Machtmittel verteidigt haben. Ich kann nur hin-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 271. *Die Red.*

zufügen, daß ich niemals und nirgends einen Unsinn der Art gesagt habe, daß das Parteistatut eine Waffe „an sich" sei.

Die richtigste Antwort auf eine solche Deutung meiner Ansichten wäre die Darlegung der konkreten Tatsachen unseres Parteikampfes. Dann würde jedermann klar, wie stark die konkreten Tatsachen mit den abstrakten Gemeinplätzen und Schablonen der Genossin Luxemburg kontrastieren.

Unsere Partei wurde im Frühjahr 1898 in Rußland auf dem Kongreß der Vertreter einiger russischer Organisationen gegründet. Die Partei wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands genannt. Zum Zentralorgan wurde die „Rabotschaja Gaseta" [102] bestimmt. Der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" wurde zur ausländischen Vertretung der Partei. Sehr bald nach dem Parteitag wurde das Zentralkomitee der Partei von der Polizei verhaftet. Die „Rabotschaja Gaseta" mußte nach der zweiten Nummer ihr Erscheinen einstellen. Die ganze Partei wurde zu einem formlosen Konglomerat der Lokalorganisationen (die Komitees genannt wurden). Die einzige Verbindung zwischen diesen Lokalkomitees war ideeller, rein geistiger Art. Wieder mußte unvermeidlich eine Periode der Differenzen, Schwankungen und Spaltungen einsetzen. Die Gebildeten, die im Vergleich zu den westeuropäischen Parteien in unserer Arbeiterpartei einen viel höheren Prozentsatz ausmachen, begeisterten sich für den Marxismus wie für eine neue Mode. Diese Begeisterung wich sehr bald der sklavischen Anbetung der bürgerlichen Kritik an Marx einerseits und der rein gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung (Streikismus – Ökonomismus) anderseits. Die Differenzen zwischen der intellektuell-opportunistischen und der proletarisch-revolutionären Richtung führten zur Spaltung des „Auslandsbundes". Die Zeitung „Rabotschaja Mysl" [Arbeitergedanke] und die im Ausland erscheinende Zeitschrift „Rabotscheje Delo" [Arbeitersache] vertraten (letztere etwas schwächer) den Standpunkt des Ökonomismus, setzten die Bedeutung des politischen Kampfes herab und leugneten die Elemente einer bürgerlichen Demokratie in Rußland. Die „legalen" Marxkritiker, die Herren Struve, Tugan-Baranowski, Bulgakow, Berdjajew u. a. m. schwenkten ganz nach rechts ab. Nirgends in Europa finden wir, daß das Bernsteinianertum so rasch zu seinem logischen Ende, zur Bildung einer liberalen Fraktion gelangte, wie es bei uns in Rußland der Fall war. Bei uns begann Herr Struve

im Namen des Bernsteinianertums mit der „Kritik" und endete mit der Gründung der liberalen Zeitschrift „Oswoboshdenije" [Befreiung], liberal im europäischen Sinne dieses Wortes. Plechanow und seine Freunde, die aus dem Auslandsbund ausgetreten waren, wurden von den Begründern der „Iskra" und „Sarja" unterstützt. Diese zwei Zeitschriften führten (davon hat sogar Gen. Rosa Luxemburg etwas gehört) eine „dreijährige glänzende Kampagne" gegen den opportunistischen Flügel der Partei, eine Kampagne der sozialdemokratischen „Montagne" gegen die sozialdemokratische „Gironde" (das ist ein Ausdruck der alten „Iskra"), einen Feldzug gegen das „Rabotscheje Delo" (die Genossen Kritschewski, Akimow, Martynow u. a.), gegen den jüdischen „Bund", gegen die russischen Organisationen, die sich für diese Richtung begeisterten (in erster Linie die Petersburger sog. Arbeiterorganisation und das Woronesher Komitee).

Es wurde immer offenkundiger, daß die rein ideelle Verbindung zwischen den Komitees allein ungenügend ist. Immer dringlicher äußerte sich das Bedürfnis, eine wirklich festgefügte Partei zu bilden, das heißt, das zu vollenden, was sich 1898 erst angedeutet hatte. Ende 1902 bildete sich schließlich das Organisationskomitee, das sich zur Aufgabe machte, den II. Parteitag einzuberufen. Diesem Organisationskomitee, das hauptsächlich von der russischen Organisation der „Iskra" gegründet wurde, trat auch ein Vertreter des jüdischen „Bund" bei. Im Herbst 1903 kam endlich der II. Parteitag zustande; er endete einerseits mit der formellen Vereinigung der Partei, anderseits mit der Spaltung in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit". Diese Teilung hatte es vor dem Parteitag nicht gegeben. Nur eine detaillierte Analyse des Kampfes auf dem Parteitag kann diese Teilung erklären. Leider weichen die Anhänger der Minderheit (einschließlich Gen. Luxemburg) dieser Analyse ängstlich aus.

In meinem Buch, das den deutschen Lesern von der Gen. Luxemburg so eigentümlich präsentiert worden ist, widme ich mehr als 100 Seiten einer eingehenden Erforschung der Parteitagsprotokolle (die einen Band von etwa 400 Seiten füllen). Diese Analyse veranlaßte mich, die Delegierten oder, besser gesagt, die Stimmen (wir hatten Delegierte mit einer oder zwei Stimmen) in vier Hauptgruppen einzuteilen: 1. die Iskristen der Mehrheit (die Anhänger der Richtung der alten „Iskra") – 24 Stimmen; 2. die Iskristen der Minderheit – 9 Stimmen; 3. das Zentrum (spöttisch auch „Sumpf" genannt) – 10 Stimmen und endlich 4. die Antiiskristen –

8 Stimmen, insgesamt 51 Stimmen. Ich analysiere die Beteiligung dieser Gruppen an *allen* Abstimmungen, die auf dem Parteitag vorgenommen wurden, und weise nach, daß in allen Fragen (des Programms, der Taktik und der Organisation) der Parteitag eine Arena des Kampfes der Iskristen gegen die Antiiskristen bei unterschiedlichen Schwankungen des „Sumpfes" war. Für jeden, der nur ein wenig mit der Geschichte unserer Partei vertraut ist, muß es klar sein, daß es nicht anders sein konnte. Aber alle Anhänger der Minderheit (einschließlich R. Luxemburg) verschließen vor diesem Kampf bescheiden die Augen. Warum? Weil gerade dieser Kampf veranschaulicht, wie grundfalsch die jetzige politische Lage der Minderheit ist. Während des ganzen Kampfes auf dem Parteitag kämpften die Iskristen in Dutzenden von Fragen, in Dutzenden von Abstimmungen gegen die Antiiskristen und den „Sumpf", der sich um so entschiedener auf die Seite der Antiiskristen stellte, je konkreter die behandelte Frage war, je positiver sie den Grundgedanken der sozialdemokratischen Arbeit bestimmte, je realer sie die unverrückbaren Pläne der alten „Iskra" in die Tat umzusetzen suchte. Die Antiiskristen (besonders Gen. Akimow und der stets mit ihm stimmende Delegierte der Petersburger „Arbeiterorganisation", Gen. Brucker, fast immer Gen. Martynow und die fünf Delegierten des jüdischen „Bund") waren dagegen, die Richtung der alten „Iskra" anzuerkennen. Sie verteidigten die alten Privatorganisationen, stimmten gegen ihre Unterstellung unter die Partei, gegen ihre Verschmelzung mit der Partei (der Zwischenfall mit dem Organisationskomitee, die Auflösung der Gruppe „Arbeiter des Südens", der wichtigsten Gruppe des „Sumpfes", usw.). Sie kämpften gegen das zentralistisch formulierte Organisationsstatut (14. Sitzung des Parteitags) und beschuldigten damals *alle* Iskristen, daß sie ein „organisiertes Mißtrauen", ein „Ausnahmegesetz" und ähnliche schreckliche Dinge einführen wollen. *Alle* Iskristen ohne Ausnahme lachten damals darüber; merkwürdigerweise nimmt Gen. Rosa Luxemburg jetzt alle diese Schreckgespenster ernst. In der großen Mehrzahl der Fragen siegten die Iskristen, sie überwogen auf dem Parteitag, wie aus den erwähnten Zahlenangaben leicht zu ersehen ist. Aber während der zweiten Hälfte der Sitzungen, als es weniger prinzipielle Fragen zu lösen galt, siegten die Antiiskristen, da einige Iskristen mit ihnen stimmten. So geschah es z. B. in der Frage der Gleichberechtigung aller Sprachen in unserem Programm; in dieser Frage gelang es den Anti-

iskristen beinahe, die Programmkommission zu sprengen und uns, was die Fassung dieses Programmpunktes anbetraf, zu besiegen. So geschah es auch in der Frage des ersten Paragraphen des Statuts, als die Antiiskristen zusammen mit dem „Sumpf" die Fassung Martows durchsetzten. Gemäß dieser Fassung gelten als Parteimitglieder nicht nur die Mitglieder einer Parteiorganisation (eine solche Fassung verteidigten ich und Plechanow), sondern auch alle Personen, die unter der Kontrolle einer Parteiorganisation arbeiten.*

Das gleiche geschah bei der Wahl des Zentralkomitees und der Redaktion des Zentralorgans. Die 24 Iskristen bildeten eine geschlossene Mehrheit; sie setzten die seit langem geplante Erneuerung der Redaktion durch. Von den sechs früheren Redakteuren wurden drei gewählt; die Minderheit bestand aus neun Iskristen, zehn Mitgliedern des Zentrums und einem Antiiskristen (die übrigen 7 Antiiskristen – die Vertreter des jüdischen „Bund" und des „Rabotscheje Delo" – hatten den Parteitag bereits vorher verlassen). Diese Minderheit war mit der Wahl so unzufrieden, daß sie beschloß, sich von den übrigen Wahlen fernzuhalten. Gen. Kautsky hatte vollkommen recht, als er in der Erneuerung der Redaktion die Hauptursache des nachfolgenden Kampfes sah. Jedoch seine Ansicht, daß ich (sic!) drei Genossen aus der Redaktion „ausgeschlossen" hätte, ist nur mit seiner völligen Unkenntnis unseres Parteitags zu erklären. Erstens ist eine Nichtwahl noch lange kein Ausschluß, und ich hatte auf dem Parteitag gewiß nicht das Recht, jemanden auszuschließen, und zweitens scheint Gen. Kautsky gar nicht zu ahnen, daß die Tatsache einer Koalition der Antiiskristen, des Zentrums und eines kleinen Teils der „Iskra"-Anhänger auch politische Bedeutung hatte und auf das Wahlergebnis nicht ohne Ein-

* Gen. Kautsky sprach sich für die Fassung Martows aus und stellte sich dabei auf den Standpunkt der Zweckmäßigkeit. Erstens wurde auf unserem Parteitag dieser Punkt nicht vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit, sondern vom Standpunkt der Prinzipien aus beurteilt. So wurde diese Frage von Axelrod gestellt. Zweitens irrt sich Gen. Kautsky, wenn er glaubt, unter den russischen Polizeiverhältnissen sei ein so wesentlicher Unterschied zwischen der Zugehörigkeit zu einer Parteiorganisation und der bloßen Arbeit unter der Kontrolle einer solchen Organisation. Drittens ist es besonders irreführend, die jetzige Lage in Rußland mit jener in Deutschland unter dem Sozialistengesetz zu vergleichen.[108]

fluß bleiben konnte. Wer die Augen vor dem, was auf unserm Parteitag geschehen ist, nicht verschließen will, der muß einsehen, daß unsere neue Teilung in eine Minderheit und eine Mehrheit nur eine Variante der alten Teilung in einen proletarisch-revolutionären und einen intellektuell-opportunistischen Flügel unserer Partei ist. Das ist eine Tatsache, die sich weder weginterpretieren noch wegspotten läßt.

Leider wurde nach dem Parteitag die prinzipielle Bedeutung dieser Scheidung durch ein Kooptationsgezänk verwischt. Die Minderheit wollte nämlich nicht unter der Kontrolle der Zentralbehörden arbeiten, falls die drei alten Redakteure nicht wieder kooptiert würden. Zwei Monate dauerte dieser Kampf. Als Kampfmittel dienten Boykott und Desorganisierung der Partei. Zwölf Komitees (von den 14, die sich darüber äußerten) verurteilten scharf diese Kampfmittel. Die Minderheit weigerte sich sogar, unseren (von mir und Plechanow ausgehenden) Vorschlag anzunehmen und ihren Standpunkt in den Spalten der „Iskra" darzulegen. Auf der Konferenz der Auslandsliga kam es so weit, daß die Mitglieder der zentralen Körperschaften mit persönlichen Beleidigungen, Hetzereien und Beschimpfungen (Selbstherrscher, Bürokraten, Gendarmen, Lügner etc. etc.) überhäuft wurden. Man beschuldigte sie, daß sie die individuelle Initiative unterdrücken und Kadavergehorsam, blinde Unterordnung etc. einführen wollen. Plechanows Versuche, eine solche Kampfesweise der Minderheit als anarchistisch zu kennzeichnen, konnten ihr Ziel nicht erreichen. Nach dieser Konferenz trat Plechanow mit seinem epochemachenden, gegen mich gerichteten Artikel „Was man nicht tun darf" (in Nr. 52 der „Iskra") auf. In diesem Artikel sagte er, der Kampf mit dem Revisionismus müsse nicht unbedingt einen Kampf gegen die Revisionisten bedeuten; es war für jeden klar, daß er dabei an unsere Minderheit dachte. Weiter sagte er, man solle den individualistischen Anarchismus, der so tief im russischen Revolutionär stecke, bisweilen nicht bekämpfen; einige Zugeständnisse seien mitunter ein besseres Mittel, ihn zu bändigen und eine Spaltung zu vermeiden. Ich trat aus der Redaktion aus, da ich diese Ansicht nicht teilen konnte, und die Redakteure der Minderheit wurden kooptiert. Darauf folgte der Kampf um die Kooptation in das Zentralkomitee. Mein Vorschlag, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß der Minderheit das Zentralorgan, der Mehrheit das Zentralkomitee verbleibt, wurde zurückgewiesen. Der Kampf wurde fortgesetzt, man

kämpfte „prinzipiell" gegen Bürokratismus, Ultrazentralismus, Formalismus, Jakobinismus, Schweitzerianismus (mich bezeichnete man nämlich als den russischen Schweitzer) und andere Schreckgespenster. Ich verlachte alle diese Beschuldigungen in meinem Buch und bemerkte, daß es sich entweder um einfaches Kooptationsgezänk oder (wenn das bedingt als „prinzipiell" anerkannt werden dürfe) um nichts anderes als um opportunistische, girondistische Phrasen handle. Die heutige Minderheit wiederholt nur das, was Gen. Akimow und andere anerkannte Opportunisten auf unserem Parteitag gegen den von allen Anhängern der alten „Iskra" verteidigten Zentralismus gesagt haben.

Die russischen Komitees waren über diese Verwandlung des Zentralorgans in ein Organ eines Privatzirkels, ein Organ des Kooptationsgezänks und Parteiklatsches empört. Mehrere Resolutionen mit der strengsten Verurteilung wurden angenommen. Nur die schon erwähnte sog. „Petersburger Arbeiterorganisation" und das Woronesher Komitee (beide Anhänger der Richtung des Gen. Akimow) sprachen ihre *prinzipielle* Genugtuung über die Richtung der neuen „Iskra" aus. Die Stimmen, welche die Einberufung des III. Parteitags forderten, wurden immer zahlreicher.

Der Leser, der sich die Mühe nimmt, die Urquellen unseres Parteikampfes zu studieren, wird leicht begreifen, daß die Äußerungen der Gen. Rosa Luxemburg über den Ultrazentralismus, über die Notwendigkeit einer stufenweisen Zentralisation u. dgl. m. konkret und praktisch eine Verhöhnung unseres Parteitags, abstrakt und theoretisch (wenn hier von Theorie die Rede sein kann) aber weiter nichts als eine Verflachung des Marxismus, ein Mißbrauch der wirklichen Marxschen Dialektik etc. sind.

Die letzte Phase unseres Parteikampfes ist dadurch gekennzeichnet, daß die Mitglieder der Mehrheit teils aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, teils kaltgestellt, zu Nullen degradiert wurden. (Das geschah dank den Veränderungen in der Zusammensetzung des Zentralkomitees[104] etc.) Der Rat der Partei (der nach der Kooptation der alten Redakteure ebenfalls in die Hände der Minderheit geraten ist) und das jetzige Zentralkomitee verurteilen jede Agitation für die Einberufung des III. Parteitags und gehen den Weg persönlicher Abmachungen und Verhandlungen mit einigen Mitgliedern der Minderheit. Organisationen, wie z. B. das Kolle-

gium der Agenten (Vertrauensleute) des Zentralkomitees, die sich erlaubten, ein solches Verbrechen zu begehen wie die Agitation für die Einberufung des Parteitags, wurden aufgelöst.[105] Der Rat der Partei und das neue Zentralkomitee proklamierten auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Einberufung des III. Parteitags. Die Mehrheit erwiderte darauf mit der Losung: „Nieder mit dem Bonapartismus!" (so lautet der Titel einer Broschüre von Gen. Galjorka[106], der im Namen der Mehrheit spricht). Es mehren sich die Resolutionen, in denen die Parteibehörden, die sich herausnehmen, gegen die Einberufung des Parteitags zu kämpfen, für parteiwidrig und bonapartistisch erklärt werden. Wie heuchlerisch das Gerede der Minderheit gegen den Ultrazentralismus und für die Autonomie war, kann man leicht daraus ersehen, daß ein neuer Verlag der Mehrheit, den ich mit einem Genossen gegründet habe (und wo die erwähnte Broschüre des Gen. Galjorka und einige andere erschienen sind), für außerhalb der Partei stehend erklärt wurde.[107] Der neue Verlag bietet der Mehrheit die einzige Möglichkeit, ihre Ansichten zu propagieren, da ihr die Spalten der „Iskra" so gut wie verschlossen sind. Und trotzdem oder, besser gesagt, eben deshalb faßte der Rat der Partei den obenerwähnten Beschluß aus dem rein formellen Grunde, daß unser Verlag von keiner Parteiorganisation autorisiert worden ist.

Es erübrigt sich, davon zu sprechen, wie stark die positive Arbeit vernachlässigt, wie stark das Prestige der Sozialdemokratie gesunken, wie stark die ganze Partei demoralisiert ist infolge der Mißachtung aller Beschlüsse, aller Wahlen des II. Parteitags, infolge des Kampfes, den die Parteibehörden, die der Partei rechenschaftspflichtig sind, gegen die Einberufung des III. Parteitags führen.

Geschrieben im September 1904, nach dem 2. (15.).

Zuerst veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach dem von unbekannter Hand geschriebenen und von Lenin korrigierten deutschsprachigen Manuskript.

DER DIENSTEIFRIGE LIBERALE

Wohl ist ein guter Dienst willkommen in der Not,
Doch tut nicht jeder sich darauf verstehen,
Und Struve gar in seinem Dienst zu sehen,
Ist mehr Gefahr, als selbst vom Feinde droht!

In der letzten Nummer (Nr. 57) des Struveschen „Oswoboshdenije" sind folgende aufschlußreiche Zeilen zu lesen:

Der Scheidungsprozeß in der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ist in eine neue Phase eingetreten. Die extremen Zentralisten (die „Leninisten", die „Harten", die „Bolschewisten") beginnen den Boden unter den Füßen zu verlieren, die Stellung ihrer Gegner aber wird — wenigstens in den „Kolonien" des Auslands — immer stärker. Die „Menschewisten" (die Martowleute) gewinnen fast überall die Oberhand und bemächtigen sich einer immer größeren Zahl von Parteiorganen, während sich von den „Bolschewisten" Gruppen und Personen abspalten, die zwar die „Plattform" der Minderheit nicht endgültig annehmen, aber auch nicht gegen sie kämpfen wollen und danach streben, in der bisher noch hin- und hergerissenen Partei Frieden zu stiften. Auf der Bildfläche erscheinen „Versöhnler", die der unanständigen Balgerei, in welcher die Leute nicht nur die andern, sondern auch sich selber nicht mehr verstehen, ein Ende machen wollen. Das Auftreten dieser „Versöhnler" zwingt die unversöhnlichen Zentralisten zur Gründung eines „Verlags für sozialdemokratische Parteiliteratur, die der Verteidigung der prinzipiellen Stellung der Mehrheit des zweiten Parteitags dienen soll". (Mitteilung W. Bontsch-Brujewitschs und N. Lenins.) Vor uns liegen drei Erzeugnisse dieses neuen Verlags: 1. *An die Partei.* Genf 1904, 16 Seiten, Preis 20 cts., 15 Pf.; 2. *Galjorka,* Nieder mit dem Bonapartismus! Genf 1904, 23 Seiten, Preis 25 cts., 20 Pf.; 3. *Galjorka und Rjadowoi*[108], Unsere Mißverständnisse. Genf 1904, Preis 50 cts., 40 Pf. Den Hauptinhalt dieser drei Broschüren bilden die kritische Beleuchtung einiger tatsächlich nicht ganz einwandfreier Methoden des „menschewistischen" Kampfes gegen die „Mehrheit" und die Verfechtung der These, daß die Einberufung des dritten Parteitags zur Regelung der Mißhelligkeiten in der Partei nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Die „Bolschewisten", die *formell*, vom Standpunkt der Parteiloyalität, eine solidere Stellung einnehmen, sind *sachlich* ihren Gegnern nicht gewachsen. Sachlich vertreten diese *jetzt* etwas Lebensfähigeres und Wirksameres als die „Bolschewisten". Leider tun sie das aber nicht ganz korrekt oder vielmehr ganz unkorrekt, ja sie versteigen sich in der Wahl der Mittel oft bis zu offener Unanständigkeit. Als Beispiel einer solchen unkorrekten Verteidigung können die zahllosen Artikel der letzten Zeit in der „Iskra" dienen und die dieser Tage erschienene Broschüre *N. Trotzkis:* Unsere politischen Aufgaben (Fragen der Taktik und Organisation). Genf 1904, 107 Seiten, Preis 75 cts. Sie zeichnet sich freilich an vielen Stellen durch leere Redensarten aus, nimmt jedoch mit vollem Recht verschiedene Ideen in Schutz, die allen an der sozialdemokratischen Literatur Interessierten bereits aus den Schriften der Herren Akimow, Martynow, Kritschewski u. a. sogenannten „Ökonomisten" bekannt sind. Nur schade, daß der Verfasser deren Ansicht stellenweise bis zur Karikatur übertreibt.

Wieviel Schadenfreude über die Mißgeschicke unserer Partei findet sich hier! Aber der Liberale kann sich seiner politischen Natur nach zur Schwächung und Zersetzung der Sozialdemokratie eben nicht ohne Schadenfreude verhalten.

Wieviel wohlüberlegte und tiefempfundene Sympathie für das *Wesen* der Akimowschen Ansichten der Minderheit findet sich hier! Und ist es nicht wirklich so, daß die einzige Hoffnung auf die Lebensfähigkeit, die ideologische Lebensfähigkeit des russischen Liberalismus in der Lebensfähigkeit des sozialdemokratischen Opportunismus besteht?

Die neue „Iskra" hat kein Glück mit ihren Freunden.

Man erinnere sich des berühmten, bedeutsamen, epochemachenden Plechanowschen „Was man nicht tun darf". Wie fein eingefädelt war diese Politik der Überlistung und der persönlichen Zugeständnisse, und in welch peinliche Lage ist unser Diplomat geraten. Wie richtig hat der konsequente Opportunist, Herr Struve, die „bedeutsame Wendung" in der neuen „Iskra" erfaßt. Den „Abgrund" zwischen der alten und der neuen „Iskra" müssen jetzt die Führer der neuen „Iskra" selber zugeben.

Man erinnere sich der selbstgefälligen Behauptung Plechanows in Nr. 65 der „Iskra": „Akimow jagt keinem Menschen Angst ein, man kann mit ihm jetzt nicht einmal die Spatzen im Garten scheuchen." Plechanow sagte diese Worte, die keine besondere Milde und Nachgiebigkeit gegenüber den Leuten vom „Rabotscheje Delo" erkennen lassen, und erklärte gleich-

zeitig, auf unserm Parteitag habe „gegen den orthodoxen Marxismus höchstens irgendein Akimow gesprochen". Und gleich nach diesen selbstgefälligen Erklärungen wird *ungekürzt* die Stellungnahme des Woronesher Komitees veröffentlicht, das sich, wie jedermann weiß, mit den Genossen Akimow und Brucker solidarisch erklärt, wobei sich erweist, daß die Redaktion der neuen „Iskra" (Nr. 61) den ganzen prinzipiellen Teil der Stellungnahme, die ganze Sympathiebekundung für die neue „Iskra" vor der Öffentlichkeit *verheimlicht* hat. Auf wen trifft nun das Gleichnis vom Spatzen zu? Und welche Parteikörperschaft läßt sich jetzt mit dem Garten vergleichen?

Man erinnere sich des Verfassers des Artikels „Es ist Zeit!" in der Beilage zu Nr. 73/74 der „Iskra". Als offener und ehrlicher Vertreter der Auffassungen, die auf unserm ganzen Parteitag von allen Delegierten des „Sumpfes" verfochten wurden, erklärte dieser Genosse unumwunden, er sei mit Plechanow nicht einverstanden, und brachte offen seine Meinung zum Ausdruck, daß „Akimow auf dem Parteitag eher die Rolle eines Gespenstes des Opportunismus als seines wirklichen Vertreters gespielt" habe. Und die arme Redaktion mußte sich wieder einmal einer gewissen Unteroffiziersprozedur unterziehen.* Sie versah die Behauptung des Verfassers des Artikels „Es ist Zeit!" mit folgender Anmerkung:

„Dieser Meinung können wir nicht zustimmen. Die programmatischen Auffassungen des Gen. Akimow tragen das unverkennbare Gepräge des Opportunismus, was auch der Kritiker des ‚Oswoboshdenije' in einer der letzten Nummern anerkennt, indem er feststellt, daß Gen. Akimow der ‚realistischen' — lies: revisionistischen — Richtung angehört."

Hübsch, nicht wahr? Die programmatischen Auffassungen des Gen. Akimow, mit dem in den Auseinandersetzungen über das Programm die Genossen Martynow und Brucker und die Bundisten fast immer und auch die Delegierten vom „Sumpf" sehr oft zusammen gestimmt haben, enthalten Opportunismus. Seine taktischen und organisatorischen Auffassungen aber enthalten keinen Opportunismus – so ist es wohl gemeint, meine Herren? Schweigt ihr etwa deshalb über diese Auffassungen, weil die neue „Iskra" mit großem Pomp neue Meinungsverschiedenheiten in

* Das heißt sich selbst verprügeln — nach einer Episode in Gogols „Revisor". *Der Übers.*

Organisationsfragen aufgetischt und haargenau dasselbe gesagt hat, was Martynow und Akimow schon früher gegen die alte „Iskra" vorgebracht haben? Etwa deshalb, weil auch die neuen taktischen Meinungsverschiedenheiten, die in neuester Zeit von der neuesten „Iskra" aufgetischt werden, restlos auf eine Wiederholung dessen hinauslaufen, was Martynow und Akimow längst gegen die alte „Iskra" vorgebracht haben? Wie nützlich wäre es, Nr. 10 des „Rabotscheje Delo"[109] jetzt neu herauszugeben!

Und wen führt die Redaktion der neuen „Iskra" selbst als Richter und Zeugen gegen Gen. Akimow an? – Herrn Struve. Der Richter ist gut, das ist wirklich ein Fachmann, ein Kenner, ein Champion und Experte in Fragen des Opportunismus. Um so bezeichnender ist das Urteil dieses von der Redaktion selber bestellten Zeugen über den Inhalt der Ansichten Trotzkis. Und dabei ist Trotzkis Broschüre, das vergesse man nicht, *unter der Redaktion der „Iskra"* (Nr. 72, S. 10, Spalte 3) erschienen. Die „neuen" Ansichten Trotzkis sind die von Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Starower und Martow gebilligten Ansichten der Redaktion.

Leere Redensarten und Akimowismus, letzterer leider in karikaturenhafter Form – das ist der Wahrspruch des mit der neuen „Iskra" sympathisierenden und von ihr bestellten Richters.

Der diensteifrige Liberale hat diesmal wider Willen die reine Wahrheit gesagt.

Geschrieben im Oktober 1904.
Veröffentlicht als Sonderdruck im November 1904 in Genf.

Nach dem Text des Sonderdrucks.

VORWORT ZUR BROSCHÜRE N. SCHACHOWS „DER KAMPF UM DEN PARTEITAG"

Wir haben uns bemüht, in der vorliegenden Broschüre dem Leser eine möglichst vollständige Sammlung der Dokumente zu geben, welche die Stellung der verschiedenen im Lande praktisch tätigen Organisationen unserer Partei zur gegenwärtigen Parteikrise kennzeichnen. Diese Dokumente werden zum Teil nach dem in der „Iskra" bereits veröffentlichten Text, zum Teil unmittelbar nach Manuskripten wiedergegeben, und der Leser darf nicht vergessen, daß in diesen Manuskripten allein infolge der Zustellungsbedingungen manchmal unvermeidlich Fehler und Lücken entstehen mußten.

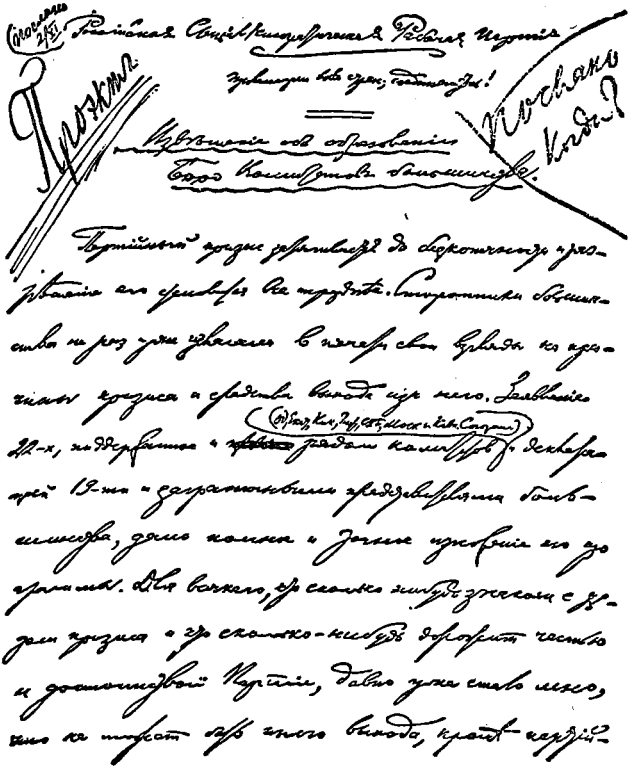
Im Mittelpunkt der hier veröffentlichten Dokumente steht der Kampf des Parteiprinzips mit dem Zirkelwesen, der Kampf um den Parteitag. Zuerst war das der Kampf um den zweiten Parteitag, für die Anerkennung und ehrliche Einhaltung seiner Beschlüsse, dann um den dritten Parteitag, als das einzige der Partei würdige Mittel, aus der gegenwärtigen unmöglichen Lage herauszukommen. Auch den Kampf der jetzigen zentralen Parteikörperschaften gegen den dritten Parteitag wollten wir auf Grund dokumentarischer Unterlagen möglichst vollständig darstellen.

Unsere Arbeit beschränkte sich auf die Anordnung der Dokumente in chronologischer Reihenfolge (soweit das möglich war) und auf die Hinzufügung ganz kurzer Erläuterungen, aus denen man den Zusammenhang zwischen den Dokumenten ersieht. Kommentare überlassen wir späteren Publikationen. Das nackte Tatsachenmaterial über den Kampf um den Parteitag spricht für sich selbst, und sein Studium wird jedem einzelnen helfen, sich ein selbständiges Urteil über unseren innerparteilichen Kampf zu bilden.

Geschrieben vor dem 7. (20.) September 1904.

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf.

Nach dem Manuskript.



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit"
1904

Verkleinert

MITTEILUNG ÜBER DIE BILDUNG EINES BÜROS DER KOMITEES DER MEHRHEIT[110]

Entwurf

Die Parteikrise zieht sich endlos hin, und ihre Lösung wird immer schwieriger. Die Anhänger der Mehrheit haben schon mehrfach ihre Ansichten über die Ursachen der Krise und über die Mittel und Wege, aus ihr herauszukommen, in der Presse dargelegt. In der Erklärung der 22*, die sowohl von einer Reihe Komitees (dem Odessaer, dem Jekaterinoslawer, dem Nikolajewer, dem Rigaer, dem Petersburger, dem Moskauer und dem Kaukasischen Bund) als auch durch die Deklaration der 19[111] und von Mehrheitsvertretern im Ausland unterstützt wird, ist das Programm der Mehrheit ausführlich und genau dargelegt. Jedem, der den Verlauf der Krise auch nur etwas kennt und die Ehre und Würde der Partei auch nur etwas schätzt, ist längst klargeworden, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den Parteitag. Jetzt aber wird durch die neue Deklaration eines Teils des ZK und durch die neuen Beschlüsse des Rats der Partei der Riß in der Partei noch weiter vertieft. Die ins Lager der Minderheit übergelaufenen Mitglieder des ZK machten nicht halt vor den gröblichsten Verletzungen der Rechte jener Mitglieder des ZK, die im Lager der Mehrheit geblieben sind. Das neue ZK hat zur Versöhnung aufgerufen, die Mehrheit aber nicht nur unberücksichtigt gelassen, sondern sie im Gegenteil völlig ignoriert und einzig und allein mit der Minderheit Vereinbarungen getroffen, und zwar durch private Geheimabmachungen. Wer aufrichtig eine Versöhnung wollte, der würde als erstes eine Zusammenkunft aller Kämpfenden, Streitenden und Unzufriedenen einberufen; eine solche Zusammenkunft aber ist eben der Parteitag. Vom Frieden zu sprechen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 459—467. *Die Red.*

und den Parteitag zu fürchten, eine Versöhnung anzubahnen und gleichzeitig mit der Spaltung zu drohen, weil die Minderheit wahrscheinlich auch auf dem III. Parteitag eine Niederlage erleiden wird – das bedeutet zu heucheln, das bedeutet, den russischen Parteifunktionären gewaltsam die Kaprice eines Auslandszirkels aufzudrängen, das bedeutet, den vollständigen Verrat an der Mehrheit durch die bestechende Losung vom Frieden zu heiligen. Im Namen des Friedens kassiert das neue ZK die Organisationen, die sich erdreisten, den Parteitag zu verlangen. Im Namen des Friedens erklärt das neue ZK die Veröffentlichungen der Mehrheit für außerparteilich und weigert sich, sie den Komitees zuzustellen. Im Namen des Friedens trägt das neue ZK das Gezänk in die Beschlüsse des Rats der Partei hinein, der sich erkühnt, in der Presse von „Betrügereien" solcher Genossen zu sprechen, deren Handlungen noch nicht untersucht worden sind und bei denen man sich nicht einmal die Mühe gemacht hat, die gegen sie erhobenen Beschuldigungen vorzuweisen. Der Rat der Partei fälscht jetzt direkt die Meinung der Parteiöffentlichkeit und Beschlüsse der Partei, indem er das ZK, das der Idee des Parteitags nachweislich feindselig gegenübersteht, mit der Überprüfung der Resolutionen der Komitees betraut, diese Resolutionen verdächtigt, ihre Veröffentlichung auf die lange Bank schiebt, die Stimmen unrichtig zählt, sich das Recht des Parteitags anmaßt, Mandate für ungültig zu erklären, die „Peripherie" gegen die Lokalkomitees aufwiegelt und dadurch die positive Arbeit desorganisiert. Unterdessen liegt die positive Arbeit der Gesamtpartei brach, weil die Kräfte des ZK und des ZO vom Kampf gegen den Parteitag absorbiert werden.

Den Komitees und Organisationen der Mehrheit bleibt nichts anderes übrig, als sich zusammenzuschließen zum Kampf um den Parteitag, zum Kampf gegen die sogenannten zentralen Parteikörperschaften, die in Wirklichkeit die Partei direkt verhöhnen. Wir machen den Anfang eines solchen Zusammenschlusses, indem wir auf Initiative und mit Zustimmung der Komitees von Odessa, Jekaterinoslaw, Nikolajew, Riga, Petersburg und Moskau ein Büro der Komitees der Mehrheit gründen.

Unsere Losung ist: Kampf des Parteiprinzips gegen das Zirkelwesen, Kampf der konsequenten revolutionären Richtung gegen den Zickzack, den Wirrwarr und die Rückkehr zum Kurs des „Rabotscheje Delo",

Kampf im Namen der proletarischen Organisation und Disziplin gegen die Desorganisatoren.

Unsere nächsten Aufgaben sind: ideologischer und organisatorischer Zusammenschluß der Mehrheit in Rußland und im Ausland, allseitige Unterstützung und Förderung des Verlags der Mehrheit (der im Ausland von den Genossen Bontsch-Brujewitsch und Lenin gegründet worden ist), Kampf gegen den Bonapartismus unserer zentralen Körperschaften, Kontrolle über die Korrektheit der Maßnahmen zur Einberufung des III. Parteitags und Mitwirkung an der positiven Arbeit der Komitees, die durch die Agenten der Redaktion und des neuen ZK desorganisiert wird.

Büro der Komitees der Mehrheit

Mit dem Büro kann man über die Komitees der Mehrheit in Rußland und über den Verlag von Bontsch-Brujewitsch und Lenin im Ausland Verbindung aufnehmen.

Geschrieben vor dem 20. Oktober (2. November) 1904.

Zuerst veröffentlicht 1940 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" (Die proletarische Revolution) Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

DIE SEMSTWOKAMPAGNE UND DER PLAN DER „ISKRA"[112]

Geschrieben zwischen dem 30. Oktober und 8. November (12. und 21. November) 1904.

Veröffentlicht als Broschüre im November 1904 in Genf.

Nach dem Text der Broschüre.

NUR FÜR PARTEIMITGLIEDER

Soeben ist ein von der Redaktion der „Iskra" unterzeichneter Brief an die Parteiorganisationen („nur für Parteimitglieder") veröffentlicht worden. Rußland sei einer Verfassung noch nie so nahe gewesen wie jetzt, erklärt die Redaktion und entwickelt ausführlich einen ganzen Plan einer „politischen Kampagne", einen ganzen Plan der Einwirkung auf unsere liberalen Semstwoleute, die um eine Verfassung petitionieren.

Bevor wir diesen höchst aufschlußreichen Plan der neuen „Iskra" untersuchen, wollen wir daran erinnern, wie die Frage des Verhaltens zu unseren liberalen Semstwoleuten in der russischen Sozialdemokratie seit der Entstehung einer proletarischen Massenbewegung gestellt worden ist. Jedermann weiß, daß es auch in dieser Frage fast seit den ersten Anfängen der proletarischen Massenbewegung zwischen den „Ökonomisten" und den Revolutionären einen Kampf gab. Die Ökonomisten gingen so weit, die bürgerliche Demokratie in Rußland glattweg zu leugnen und die Aufgaben des Proletariats hinsichtlich seiner Einwirkung auf die oppositionellen Schichten der Gesellschaft zu ignorieren; zugleich überließen sie, indem sie die Arena des politischen Kampfes des Proletariats einengten, bewußt oder unbewußt die politisch führende Rolle den liberalen Elementen der Gesellschaft, während sie den Arbeitern den „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" zuwiesen. Die Anhänger der revolutionären Sozialdemokratie in der alten „Iskra" haben diese Richtung bekämpft. Dieser Kampf zerfällt in zwei große Perioden: bis zum Erscheinen des liberalen Presseorgans „Oswoboshdenije" und nach seinem Erscheinen. In der ersten Periode richteten wir unseren Angriff hauptsächlich gegen die Beschränktheit der Ökonomisten, „stießen

sie mit der Nase" auf die von ihnen übersehene Tatsache, daß es in Rußland eine bürgerliche Demokratie gibt, betonten die Aufgabe des Proletariats, sich allseitig politisch zu betätigen, seine Aufgabe, auf alle Gesellschaftsschichten einzuwirken, seine Aufgabe, zur Avantgarde im Kampf um die Freiheit zu werden. Gegenwärtig ist es um so angebrachter und notwendiger, an diese Periode und ihre Hauptmerkmale zu erinnern, je gröber die Anhänger der neuen „Iskra" sie entstellen (siehe „Unsere politischen Aufgaben" von Trotzki, herausgegeben unter der Redaktion der „Iskra"), je mehr sie darauf spekulieren, daß die heutige Jugend die Geschichte der jüngsten Vergangenheit unserer Bewegung nicht kennt.

Mit dem Erscheinen des „Oswoboshdenije" begann die zweite Periode des Kampfes der alten „Iskra". Als die Liberalen mit einem selbständigen Presseorgan und einem eigenen politischen Programm hervorgetreten waren, änderte sich naturgemäß die Aufgabe des Proletariats, auf die „Gesellschaft" einzuwirken: die proletarische Demokratie konnte sich nun nicht mehr damit begnügen, die liberale Demokratie „aufzurütteln", ihren oppositionellen Geist anzustacheln, sie mußte die revolutionäre Kritik an der Halbschlächtigkeit, die in der politischen Stellung des Liberalismus klar zutage trat, in den Vordergrund rücken. Unsere Einwirkung auf die liberalen Schichten nahm die Form ständiger Hinweise auf die Inkonsequenz und die Unzulänglichkeit des politischen Protestes der Herren Liberalen an (es genügt, auf die „Sarja", die das Vorwort des Herrn Struve zur Denkschrift Wittes* kritisierte, und auf zahlreiche Artikel der „Iskra" zu verweisen).

Zur Zeit des II. Parteitags war diese neue Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem offen hervorgetretenen Liberalismus bereits so weit geklärt und gefestigt, daß bei niemandem mehr auch nur die Frage auftauchte, ob es in Rußland eine bürgerliche Demokratie gebe und ob eine oppositionelle Bewegung die Unterstützung (und welche Art Unterstützung) des Proletariats finden müsse. Es handelte sich lediglich um die Formulierung der Parteiauffassungen über diese Frage, und ich brauche hier nur darauf hinzuweisen, daß die Auffassungen der alten „Iskra" viel besser in der Resolution Plechanows, die den antirevolutionären und antiproletarischen Charakter des liberalen „Oswoboshdenije" betonte, zum

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73. *Die Red.*

Ausdruck gekommen sind als in der konfusen Resolution Starowers, die einerseits einem „Abkommen" mit den Liberalen nachjagt (und zwar ganz zur unrechten Zeit nachjagt) und anderseits fiktive, für die Liberalen von vornherein unerfüllbare Bedingungen solcher Abkommen stellt.

I

Wir kommen nunmehr zum Plan der neuen „Iskra". Die Redaktion erkennt unsere Pflicht an, das gesamte Material über die Unentschlossenheit und Halbschlächtigkeit der liberalen Demokratie, über den feindlichen Interessengegensatz zwischen der liberalen Bourgeoisie und dem Proletariat gründlich auszunutzen, und zwar auszunutzen „entsprechend den prinzipiellen Forderungen unseres Programms". „Aber", fährt die Redaktion fort, „*aber* im Rahmen des Kampfes gegen den Absolutismus, und gerade in der gegenwärtigen Phase, wird unser Verhalten gegenüber der liberalen Bourgeoisie *durch die Aufgabe bestimmt*, ihr mehr Mut zu machen und sie zu bewegen, sich jenen Forderungen anzuschließen, mit denen das von der Sozialdemokratie geführte Proletariat *hervortreten wird.*" (? Hervorgetreten ist?) Wir haben die besonders merkwürdigen Worte in dieser merkwürdigen Tirade hervorgehoben. In der Tat, wie soll man es anders als merkwürdig nennen, wenn einerseits die Kritik der Halbschlächtigkeit und die Analyse des Interessengegensatzes und anderseits die Aufgabe, Mut zu machen und zum Anschluß zu bewegen, einander gegenübergestellt werden? Wie können wir denn der liberalen Demokratie anders Mut machen als durch die schonungslose Analyse und die vernichtende Kritik ihrer Halbschlächtigkeit in Fragen der Demokratie? Insofern die bürgerliche (liberale) Demokratie die Absicht hat, als Demokratie aufzutreten, und gezwungen ist, als Demokratie aufzutreten, wird sie unweigerlich danach streben, sich auf möglichst breite Volkskreise zu stützen. Dieses Bestreben erzeugt zwangsläufig folgenden Widerspruch: Je breiter diese Volkskreise sind, um so zahlreicher sind unter ihnen die Vertreter proletarischer und halbproletarischer Schichten, die eine völlige Demokratisierung der politischen und sozialen Ordnung fordern, eine so völlige Demokratisierung, daß sie überaus wichtige Stützen jeder bürgerlichen Herrschaft schlechthin (Monarchie, stehendes Heer, Bürokratie) zu

untergraben droht. Die bürgerliche Demokratie ist ihrer Natur nach nicht imstande, diesen Forderungen nachzukommen, sie ist daher ihrer Natur nach zu Unentschlossenheit und Halbschlächtigkeit verurteilt. Die Sozialdemokraten stoßen durch ihre Kritik dieser Halbschlächtigkeit die Liberalen ständig vorwärts, ziehen immer mehr Proletarier und Halbproletarier, zum Teil auch Kleinbürger, von der liberalen Demokratie auf die Seite der proletarischen Demokratie herüber. Wie kann man also sagen: Wir müssen die Halbschlächtigkeit der liberalen Bourgeoisie kritisieren, *aber* (aber!) unser Verhalten ihr gegenüber wird durch die Aufgabe bestimmt, ihr Mut zu machen? Das ist doch eine offensichtliche Konfusion, die entweder davon zeugt, daß die Verfasser rückwärts gehen, d. h. zu jenen Zeiten zurückkehren, als die Liberalen überhaupt noch nicht offen auftraten, als man sie überhaupt erst wachrütteln, aufmuntern, bewegen mußte, den Mund aufzutun – oder davon, daß die Verfasser auf den Gedanken verfallen, man könne den Liberalen „Mut machen", indem man den Mut der Proletarier vermindert.

So ungeheuerlich dieser Gedanke auch ist, im nächsten Passus des Briefes der Redaktion finden wir ihn noch klarer ausgedrückt: „Aber", verwahrt sich die Redaktion immer wieder, „aber wir würden in einen verhängnisvollen Fehler verfallen, wollten wir uns zum Ziele setzen, schon jetzt durch energische *Einschüchterungs*maßnahmen die Semstwos oder andere Organe der bürgerlichen Opposition dazu zu *zwingen*, daß sie unter dem Einfluß der *Panik* das formelle Versprechen geben, unsere Forderungen der Regierung zu unterbreiten. Eine solche Taktik würde die Sozialdemokratie kompromittieren, da sie unsere ganze politische Kampagne in einen Hebel für die Reaktion verwandeln würde." (Hervorgehoben von der Redaktion.)

Da haben wir's! Noch ist das revolutionäre Proletariat nicht dazu gekommen, der zaristischen Selbstherrschaft einen einzigen ernsthaften Schlag zu versetzen, zu einem Zeitpunkt, in dem diese besonders sichtbar schwankt und ein ernstlicher Schlag besonders notwendig, besonders nützlich wäre und sich als entscheidender Schlag erweisen könnte, und schon finden sich Sozialdemokraten, die von einem Hebel für die Reaktion faseln. Das ist schon nicht mehr konfus, das ist geradezu abgeschmackt. Und die Redaktion hat sich zu dieser Abgeschmacktheit verstiegen, ja eigens einen furchterregenden Popanz erfunden, um von einem Hebel für die Reak-

tion faseln zu können. Man überlege nur: Da sprechen Leute allen Ernstes, in einem Brief an die Parteiorganisationen der sozialdemokratischen Partei, von einer Taktik der Einschüchterung der Semstwoleute, um diese, unter dem Einfluß der Panik, zu einem formellen Versprechen zu zwingen! Es dürfte nicht leicht sein, selbst unter den russischen Würdenträgern, selbst unter unseren Ugrjum-Burtschejews[113] einen politischen Säugling zu finden, der an einen derartigen Popanz glaubt. Es gibt bei uns unter den Revolutionären fanatische Terroristen, tollkühne Bombisten, aber selbst der unvernünftigste unter den unvernünftigen Verfechtern des Bombismus hat bisher, soviel wir wissen, nicht vorgeschlagen, die... Semstwoleute einzuschüchtern und in den Reihen der... Opposition eine Panik hervorzurufen. Sieht die Redaktion wirklich nicht, daß sie unvermeidlich Konfusion und Befremden hervorruft, das Bewußtsein trübt und in den Köpfen der kämpfenden Proletarier Verwirrung stiftet, wenn sie diese lächerlichen Popanze erfindet, diese banalen Phrasen in Umlauf setzt? Denn diese Schlagworte von dem Hebel für die Reaktion, von der kompromittierenden Taktik der Einschüchterung fliegen ja nicht in den leeren Raum, sie fallen auf den spezifisch russischen Polizeiboden, der wie kein zweiter für das Emporschießen von Unkraut geeignet ist. Von einem Hebel für die Reaktion erzählt man uns jetzt allerdings an jeder Straßenecke, aber das tun die Leute vom „Nowoje Wremja"[114]. Mit der kompromittierenden Taktik der Einschüchterung hat man uns allerdings die Ohren vollgeblasen, aber das war niemand anders als die feigen Führer der bürgerlichen Opposition.

Man nehme den Professor Fürst J. N. Trubezkoi. Ein hinreichend „aufgeklärter" und – für einen russischen legalen Politiker – hinreichend „mutiger" Liberaler, sollte man meinen. Aber wie abgeschmackt urteilt er im liberalen „Prawo" [Das Recht] (Nr. 39) über die „innere Gefahr", nämlich die Gefahr der extremen Parteien! Da habt ihr ein lebendiges Muster dafür, wer tatsächlich einer Panik nahe ist, da habt ihr ein anschauliches Beispiel dessen, was tatsächlich auf die echten Liberalen einschüchternd wirkt. Natürlich fürchten sie nicht den Plan, der den Redakteuren der „Iskra" im Traum erschienen ist, diesen Plan, den Semstwoleuten formelle Versprechungen zugunsten der Revolutionäre abzunötigen (Herr Trubezkoi würde hellauf lachen, wenn man ihm von einem solchen Plan erzählte), sie fürchten die revolutionär-sozialistischen Ziele der

„extremen" Parteien, sie fürchten die Flugblätter auf den Straßen, diese ersten Schwalben der revolutionären Selbsttätigkeit des Proletariats, das nicht ruhen, die Waffen nicht niederlegen wird, bevor es die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt hat. Diese Furcht wird nicht durch lächerliche Popanze, sondern durch den wahren Charakter der Arbeiterbewegung erzeugt, diese Furcht ist aus dem Herzen der Bourgeoisie nicht auszutilgen (einzelne Personen und einzelne Gruppen zählen natürlich nicht mit). Und deswegen klingen die Ausführungen der neuen „Iskra" über die kompromittierende Taktik der Einschüchterung der Semstwoleute und der Vertreter der bürgerlichen Opposition so verlogen. Erschreckt von den Flugblättern auf den Straßen, erschreckt von allem, was über eine Zensusverfassung hinausgeht, werden die Herren Liberalen sich immer vor der Losung „demokratische Republik" und vor dem Appell zum bewaffneten Volksaufstand fürchten. Das klassenbewußte Proletariat wird jedoch mit Empörung den bloßen Gedanken von sich weisen, als könnten wir auf diese Losung und auf diesen Appell verzichten, als könnten wir uns bei unserer Tätigkeit überhaupt von der Panik und den Ängsten der Bourgeoisie leiten lassen.

Man nehme das „Nowoje Wremja". Welch liebliche Arien singt es über das Motiv von dem Hebel für die Reaktion. „Jugend und Reaktion", lesen wir in den „Streiflichtern" Nr. 10 285 (vom 18. Oktober)... „Diese Worte reimen sich nicht zusammen, und dennoch können unüberlegte Handlungen, überschäumende Begeisterung und der Wunsch, um jeden Preis sofort an den Geschicken des Staates Anteil zu nehmen, die Jugend in diese ausweglose Sackgasse führen. Vor einigen Tagen eine Demonstration vor dem Wiborger Gefängnis, darauf der Versuch, aus irgendeinem Anlaß schon im Zentrum der Hauptstadt zu demonstrieren, in Moskau ein Umzug von 200 Studenten mit Fahnen und Protesten gegen den Krieg... Da ist die Reaktion erklärlich... Studentenunruhen, Demonstrationen der Jugend, das ist ja ein gefundenes Fressen, das ist ein Trumpf, ein unerwarteter, gewaltiger Trumpf in den Händen der Reaktionäre. Das ist wahrhaftig ein kostbares Geschenk für sie, das sie auszunutzen wissen werden. Man soll dieses Geschenk nicht machen, man darf keine eingebildeten (!!!) Gitter brechen; jetzt stehen auch die Türen offen" (vermutlich des Wiborger und anderer Gefängnisse?), „weit offen!"

Diese Zeilen bedürfen keines Kommentars. Man braucht sie nur zu

zitieren, und man sieht, wie taktlos es ist, jetzt von einem Hebel für die Reaktion zu sprechen, *jetzt*, da für die kämpfenden Arbeiter nicht eine einzige Tür in dem allrussischen Gefängnis auch nur spaltweit geöffnet ist, da die zaristische Selbstherrschaft noch kein einziges, für das Proletariat auch nur halbwegs fühlbares Zugeständnis gemacht hat, da alle Aufmerksamkeit und alle Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, einen richtigen und entscheidenden Zusammenstoß mit dem Feind des russischen Volkes vorzubereiten. Gewiß, allein der Gedanke an einen solchen Zusammenstoß versetzt die Herren Trubezkoi und Tausende minder „aufgeklärte" Herren Liberale in Schrecken und Panik. Wir wären aber Narren, wollten wir uns nach ihrer Panik richten. Wir haben uns nach dem Stand unserer Kräfte zu richten, nach dem Ansteigen der Volkserregung und Volksempörung, nach dem Zeitpunkt, in welchem der direkte Ansturm des Proletariats auf die Selbstherrschaft an eine der elementaren und elementar wachsenden Bewegungen Anschluß finden wird.

II

Wir haben oben, als wir von dem Popanz sprachen, der unserer Redaktion im Traum erschienen ist, einen weiteren charakteristischen Zug ihrer Ausführungen noch nicht erwähnt. Die Redaktion fiel über die kompromittierende Taktik her, die den Semstwoleuten „das formelle Versprechen, unsere Forderungen der Regierung zu unterbreiten", abnötigen wolle. Abgesehen von den Ungereimtheiten, auf die wir bereits hingewiesen haben, ist hier der Gedanke selbst befremdlich, daß die liberale Demokratie „unsere" Forderungen, die Forderungen der proletarischen Demokratie, der Regierung unterbreiten soll. Einerseits kann die liberale Demokratie, eben weil sie eine bürgerliche Demokratie ist, sich niemals „unsere" Forderungen zu eigen machen, ist sie unfähig, sie aufrichtig, folgerichtig und entschlossen zu vertreten. Selbst wenn die Liberalen ein formelles Versprechen gäben, unsere Forderungen zu unterbreiten, es „freiwillig" gäben, würden sie dieses Versprechen selbstverständlich nicht halten, sondern das Proletariat betrügen. Anderseits würde, wenn wir so stark wären, daß wir die bürgerliche Demokratie im allgemeinen und die Herren Semstwoleute im besonderen ernstlich beeinflussen könnten, uns eine

solche Kraft durchaus genügen, um der Regierung unsere Forderungen selbständig zu unterbreiten.

Der befremdliche Gedanke der Redaktion ist nicht etwa ein falscher Zungenschlag, sondern die unvermeidliche Folge jener konfusen Haltung, die sie in dieser Frage überhaupt eingenommen hat. Man höre: „Zentraler Brennpunkt und Richtschnur... muß die praktische Aufgabe... einer nachdrücklichen organisierten Einwirkung auf die bürgerliche Opposition sein"; der „Entwurf einer Eingabe der Arbeiter an das betreffende Organ der liberalen Opposition" soll „eine Erklärung" enthalten, „weshalb die Arbeiter sich nicht an die Regierung, sondern an die Vertreterversammlung gerade dieser Opposition wenden". Die Aufgabe so zu stellen, ist von Grund aus falsch. Wir als Partei des Proletariats müssen natürlich „in alle Bevölkerungsklassen eindringen", müssen unser Programm und unsere nächsten Forderungen offen und energisch vor dem ganzen Volk vertreten, müssen uns bemühen, diese Forderungen auch vor den Herren Semstwoleuten zu verkünden, aber zentraler Brennpunkt und Richtschnur hat für uns gerade die Einwirkung nicht auf die Semstwoleute, sondern auf die Regierung zu sein. Die Redaktion der „Iskra" hat die Frage nach dem zentralen Brennpunkt glatt auf den Kopf gestellt. Die bürgerliche Opposition ist ja deshalb nur eine bürgerliche und nur eine Opposition, weil sie nicht selber kämpft und kein eigenes Programm hat, das sie vorbehaltlos verficht, weil sie zwischen den beiden kämpfenden Lagern (der Regierung und dem revolutionären Proletariat mit seinem wenig zahlreichen intellektuellen Anhang) steht und das Ergebnis des Kampfes auf ihr Konto verbucht. Je heißer daher der Kampf wird und je näher der Augenblick der Entscheidungsschlacht heranrückt, um so mehr müssen wir unsere Aufmerksamkeit und unsere Einwirkung auf unseren wirklichen Feind richten und nicht auf jenen Verbündeten, der *notorisch* ein bedingter, problematischer, unzuverlässiger und halbschlächtiger Verbündeter ist. Es wäre unklug, diesen Verbündeten zu ignorieren, es wäre kindisch, sich das Ziel zu setzen, ihn einzuschüchtern und zu schrecken – all das liegt so klar auf der Hand, daß es sonderbar anmutet, davon überhaupt reden zu müssen. Aber zentraler Brennpunkt und Richtschnur unserer Agitation muß, ich wiederhole, nicht die Einwirkung auf diesen Verbündeten sein, sondern die Vorbereitung der Entscheidungsschlacht mit dem Feind. Dadurch, daß die Regierung mit dem Semstwo liebäugelt und ihm belanglose Zugeständ-

nisse macht, hat sie ja dem Volke faktisch noch nicht das geringste zugestanden; die Regierung kann noch durchaus und jederzeit zur Reaktion zurückkehren (richtiger, die Reaktion fortsetzen), wie dies in Rußland Dutzende und Hunderte Male nach flüchtigen liberalen Anwandlungen dieses oder jenes Selbstherrschers der Fall war. Gerade in einem solchen Augenblick des Liebäugelns mit dem Semstwo, wenn das Volk irregeführt und durch leere Worte eingelullt werden soll, muß man sich besonders in acht nehmen vor dem listigen Fuchs, muß man besonders hartnäckig daran erinnern, daß der Feind noch nicht niedergerungen ist, muß man besonders energisch dazu aufrufen, den Kampf gegen den Feind fortzusetzen und zu verzehnfachen, und darf nicht das Schwergewicht von dem „Appell" an die Regierung auf den Appell an das Semstwo verlegen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick überschlagen sich die notorischen Abschöpfer des Rahms und Verräter der Freiheit schier vor Eifer, um das Schwergewicht der Aufmerksamkeit der Gesellschaft und des Volkes auf das Semstwo zu lenken, um Vertrauen zum Semstwo zu wecken, das in Wirklichkeit keineswegs das Vertrauen der wahren Demokratie verdient. Man nehme das „Nowoje Wremja". In dem bereits zitierten Artikel kann man folgende Ausführungen lesen: „Jedem ist klar, daß mit der Möglichkeit, alle unsere Mängel und Unzulänglichkeiten kühn und wahrheitsgemäß zu erörtern, mit der Möglichkeit für jeden, der im öffentlichen Leben steht, seine Tätigkeit frei zu entfalten, bald auch die Unzulänglichkeiten ein Ende nehmen müssen und Rußland furchtlos den Weg des Fortschritts und der Vervollkommnung beschreiten kann, den es so dringend benötigt. Man braucht nach der Organisation, dem Instrument dieses Fortschritts, nicht erst lange zu suchen: Es ist schon vorhanden in Gestalt des Semstwos, dem man nur (!!) freie Entfaltung gewähren muß; darin liegt die Bürgschaft für eine wirklich eigenwüchsige und nicht entlehnte Vervollkommnung." Hinter solchen und ähnlichen Reden „verbirgt sich" nicht nur „das Streben nach einer beschränkten Monarchie und einer Zensusverfassung" (wie die Redaktion an einer anderen Stelle ihres Briefes sagt), sie bereiten direkt den Boden vor, damit das Ganze sich auf ein paar Liebenswürdigkeiten an die Adresse der Semstwos beschränkt, ohne daß die Monarchie auch nur im geringsten beschränkt wird!

Da als zentraler Brennpunkt eine Einwirkung auf das Semstwo und nicht eine Einwirkung auf die Regierung verkündet wird, landet man

naturgemäß bei dem unglückseligen Gedanken, der Starowers Resolution zugrunde liegt, dem Gedanken nämlich, sofort und unverzüglich eine Basis für „Abkommen" mit den Liberalen zu suchen. „Gegenüber den heutigen Semstows", sagt die Redaktion in ihrem Brief, „reduziert sich (!!) unsere Aufgabe darauf, ihnen die politischen Forderungen des revolutionären Proletariats vorzulegen, die zu unterstützen sie verpflichtet sind, damit sie wenigstens ein gewisses Recht haben, im Namen des Volkes aufzutreten und auf eine energische Unterstützung seitens der Arbeitermassen zu rechnen." Man muß schon sagen: eine schöne Definition der Aufgaben einer Arbeiterpartei! In einer Zeit, da sich vor unseren Augen ganz deutlich ein mögliches und wahrscheinliches Bündnis der gemäßigten Semstwoleute mit der Regierung zum Kampf gegen das revolutionäre Proletariat abzeichnet (die Redaktion gibt selbst die Möglichkeit eines solchen Bündnisses zu), sollen wir unsere Aufgabe „reduzieren" nicht auf die Verzehnfachung unserer Energie im Kampf gegen die Regierung, sondern auf die Ausarbeitung kasuistischer Bedingungen für ein Abkommen mit den Liberalen über gegenseitige Unterstützung. Trete ich an eine andere Person mit Forderungen heran, die zu unterstützen sie sich verpflichten muß, damit sie ein Anrecht auf meine Unterstützung erwirbt, so schließe ich eben ein Abkommen. Und wir fragen alle und jeden: Wohin haben sich die „Bedingungen" für Abkommen mit den Liberalen verflüchtigt, die Starower in seiner (auch von Axelrod und Martow unterschriebenen) Resolution* aufgestellt hat und deren Undurchführbarkeit in unserer Literatur bereits vorausgesagt worden ist? Diese Bedingungen erwähnt die Redaktion in ihrem Brief mit keinem Wort. Die Redaktion hat auf dem Parteitag eine Resolution durchgesetzt, um sie später in den Papierkorb zu werfen. Gleich beim ersten Versuch, praktisch an die Sache

* Wir erinnern den Leser daran, daß in der vom Parteitag (entgegen meiner und Plechanows Meinung) angenommenen Resolution Starowers drei Bedingungen für zeitweilige Abkommen mit den Liberalen aufgestellt worden sind: 1. Die Liberalen „erklären klar und unzweideutig, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die absolutistische Regierung entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen"; 2. „sie stellen in ihren Programmen keine Forderungen auf, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie überhaupt zuwiderlaufen oder ihr Klassenbewußtsein trüben"; 3. „sie machen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ihrer Kampflosung".

heranzugehen, wurde sofort klar, daß die Vorlage der Starowerschen „Bedingungen" bei den Herren liberalen Semstwovertretern nur homerisches Gelächter hervorgerufen hätte.

Gehen wir weiter. Kann man es überhaupt als *prinzipiell* richtig bezeichnen, daß die Arbeiterpartei sich die Aufgabe stellt, der liberalen Demokratie oder den Semstwoleuten solche politische Forderungen vorzulegen, „die zu unterstützen sie verpflichtet sind, damit sie wenigstens ein gewisses Recht haben, im Namen des Volkes aufzutreten"? Nein, die Aufgabe so zu stellen, ist prinzipiell falsch und führt nur zu einer Trübung des proletarischen Klassenbewußtseins, zu völlig unfruchtbarer Kasuistik. Im Namen des Volkes auftreten heißt ja als Demokrat auftreten. Jeder Demokrat (also auch der bürgerliche Demokrat) hat das Recht, im Namen des Volkes aufzutreten, aber er hat dieses Recht nur insofern, als er den Demokratismus konsequent, entschlossen und bis zuletzt durchführt. Mithin hat *jeder* bürgerliche Demokrat „ein gewisses Recht, im Namen des Volkes aufzutreten" (denn jeder bürgerliche Demokrat vertritt, solange er Demokrat ist, diese oder jene demokratische Forderung), zugleich jedoch hat *kein einziger* bürgerlicher Demokrat das Recht, auf der ganzen Linie im Namen des Volkes aufzutreten (denn kein einziger bürgerlicher Demokrat ist heute fähig, den Demokratismus entschlossen und bis zuletzt durchzuführen). Herr Struve hat das Recht, im Namen des Volkes aufzutreten, insofern das „Oswoboshdenije" gegen die Selbstherrschaft kämpft. Herr Struve hat keinerlei Recht, im Namen des Volkes aufzutreten, insofern das „Oswoboshdenije" sich dreht und wendet, sich auf eine Zensusverfassung beschränkt, die Opposition des Semstwos einem Kampf gleichsetzt, sich vor einem konsequenten und klaren demokratischen Programm drückt. Die deutschen Nationalliberalen hatten das Recht, im Namen des Volkes aufzutreten, insofern sie für die Freizügigkeit kämpften. Die deutschen Nationalliberalen hatten aber keinerlei Recht, im Namen des Volkes aufzutreten, insofern sie die reaktionäre Politik Bismarcks unterstützten.

Der Arbeiterpartei die Aufgabe stellen, den Herren liberalen Bourgeois solche Forderungen vorzulegen, bei deren Unterstützung sie wenigstens ein gewisses Recht haben würden, im Namen des Volkes aufzutreten, heißt somit eine ungereimte und unsinnige Aufgabe aushecken. Wir haben es nicht nötig, irgendwelche besonderen demokratischen Forderun-

gen neben den in unserem Programm niedergelegten auszuhecken. Auf Grund dieses Programms sind wir verpflichtet, jeden (darunter auch den bürgerlichen) Demokraten zu unterstützen, insofern er den Demokratismus durchführt; wir sind verpflichtet, jeden Demokraten (darunter auch den Sozialrevolutionär) schonungslos zu entlarven, insofern er vom Demokratismus abweicht (wie etwa z. B. in den Fragen des freien Austritts aus der Dorfgemeinde und des freien Bodenverkaufs durch den Bauern). Aber den Versuch machen, von vornherein sozusagen das Maß der erlaubten Niedertracht zu bestimmen, den Versuch machen, im voraus festzulegen, welche Abweichungen vom Demokratismus einem Demokraten erlaubt sind, damit er wenigstens ein gewisses Recht habe, als Demokrat aufzutreten – diese Aufgabe ist so superklug, daß unwillkürlich der Verdacht auftaucht, ob vielleicht gar Gen. Martynow oder Gen. Dan der Redaktion geholfen haben, sie auszuhecken.

III

Nachdem die Redaktion in ihrem Brief die politischen Leitgedanken dargelegt hat, gibt sie auch eine ausführliche Schilderung ihres großen Plans.

Die Semstwoversammlungen der Gouvernements petitionieren um eine Verfassung. In den Städten N, X, Y stellen Komiteemitglieder plus aufgeklärte Arbeiter den Plan einer politischen Kampagne frei „nach Axelrod" auf. Der zentrale Brennpunkt der Agitation liegt in der Einwirkung auf die bürgerliche Opposition. Es wird eine Organisationsgruppe gewählt. Die Organisationsgruppe wählt eine Vollzugskommission. Die Vollzugskommission wählt einen speziellen Redner. Man bemüht sich, „die Massen in unmittelbare Berührung mit den Semstwoversammlungen zu bringen und eine Kundgebung direkt vor dem Gebäude zu konzentrieren, in welchem die Semstwoabgeordneten tagen. Ein Teil der Demonstranten dringt in den Sitzungssaal ein, um im geeigneten Augenblick, durch den Mund des hiermit speziell beauftragten Redners, die Versammlung" (? den in der Versammlung präsidierenden Adelsmarschall?) „um die Genehmigung zu bitten, ihr eine Eingabe der Arbeiter vorzulesen. Falls das abgelehnt wird, legt der Redner mit lauter Stimme Protest dagegen

ein, daß die Versammlung, die im Namen des Volkes spricht, nicht wünscht, die Stimme der wahren Vertreter dieses selben Volkes zu hören."

So sieht der neue Plan der neuen „Iskra" aus. Wir werden gleich sehen, wie bescheiden die Redaktion selbst seine Bedeutung bewertet, vorher wollen wir jedoch die höchst prinzipiellen Erläuterungen der Redaktion über die Funktionen der Vollzugskommission zitieren:

„...Die Vollzugskommission wird im voraus Maßnahmen treffen müssen, damit das Erscheinen von einigen Tausend Arbeitern vor dem Gebäude, in welchem die Semtswoabgeordneten tagen, und von einigen Dutzenden oder Hunderten im Gebäude selbst *bei den Semstwoleuten keinen panischen Schrecken* (!!) *hervorruft*, unter dessen Eindruck sie fähig wären, sich unter den schimpflichen Schutz von Polizisten und Kosaken zu flüchten (!) und so die friedliche Kundgebung in eine häßliche Prügelei und barbarische Metzelei zu verwandeln und ihren ganzen Sinn zu verzerren..." (Die Redaktion scheint selbst an den ihr im Traume erschienenen Popanz zu glauben. Nach dem buchstäblichen grammatischen Sinne der Worte kommt es bei ihr sogar so heraus, als ob die Semstwoleute die Kundgebung in eine Metzelei verwandeln und ihren Sinn verzerren würden. Wir haben eine sehr geringe Meinung von den liberalen Semstwoleuten, aber dennoch scheint uns der panische Schrecken der Redaktion vor einer Alarmierung von Polizei und Kosaken durch die Liberalen in der Semstwoversammlung völlig abwegig. Jeder, der auch nur einmal in einer Semstwoversammlung war, weiß ausgezeichnet, daß im Falle einer sogenannten Störung der Ordnung entweder der präsidierende Adelsmarschall oder der im Nebenzimmer inoffiziell anwesende Polizeibeamte die Polizei alarmiert. Oder sollen vielleicht die Mitglieder der Vollzugskommission bei dieser Gelegenheit dem Revieraufseher klarmachen, daß die Verwandlung der friedlichen Kundgebung in eine barbarische Metzelei keineswegs dem „Plan" der Redaktion der neuen „Iskra" entspricht?)

„...Um eine solche Überraschung zu vermeiden, muß die Vollzugskommission die liberalen Abgeordneten rechtzeitig verständigen" (damit sie das „formelle Versprechen" geben, keine Kosaken herbeizurufen?) „über die bevorstehende Kundgebung und deren wahres Ziel" (d. h. sie darüber verständigen, daß unser wahres Ziel keineswegs darin besteht, daß man uns barbarisch verprügelt und dadurch den Sinn des Axelrodschen Plans verzerrt)... „Außerdem wird sie versuchen müssen, eine Art

Abkommen" (hört, hört!) „mit den Vertretern des linken Flügels der oppositionellen Bourgeoisie zu treffen und sich, wenn nicht ihre aktive Unterstützung, so doch wenigstens ihre Sympathie für unsere politische Aktion zu sichern. Die Verhandlungen mit ihnen muß sie selbstverständlich im Namen der Partei führen, im Auftrag von Arbeiterzirkeln und -versammlungen, in denen nicht nur der allgemeine Plan der politischen Kampagne besprochen, sondern auch über deren Verlauf berichtet wird – natürlich unter strikter Einhaltung der konspirativen Regeln."

Ja, ja, man sieht mit eigenen Augen, daß Starowers große Idee von einem Abkommen mit den Liberalen auf der Basis genau festgesetzter Bedingungen täglich und stündlich wächst und erstarkt. Zwar sind alle diese festgesetzten Bedingungen „zeitweilig" zu den Akten gelegt (wir sind ja keine Formalisten!), dafür aber wird ein Abkommen praktisch erreicht, sofort erreicht, nämlich: *das Abkommen, keinen panischen Schrekken zu erzeugen.*

Von welcher Seite man den Brief der Redaktion auch betrachten mag, man wird in ihm keinen anderen Inhalt des famosen „Abkommens" mit den Liberalen finden als den von uns festgestellten: Entweder ist es ein Abkommen über die Bedingungen, unter denen die Liberalen berechtigt sind, im Namen des Volkes aufzutreten (und dann kompromittiert allein der Gedanke eines solchen Abkommens auf das ernstlichste die Sozialdemokraten, die ihn vorbringen), oder es ist ein Abkommen, keinen panischen Schrecken zu erzeugen, ein Abkommen über die Sympathie für eine friedliche Kundgebung – und dann ist es einfach ein Unsinn, über den im Ernst zu sprechen kaum möglich ist. Die kindische Idee von der zentralen Bedeutung der Einwirkung auf die bürgerliche Opposition statt auf die Regierung konnte auch zu nichts anderem führen als zu einer Absurdität. Können wir eine eindrucksvolle Massendemonstration der Arbeiter im Saale der Semstwoversammlung veranstalten, so werden wir sie natürlich veranstalten (obgleich es, wenn die Kräfte für eine Massendemonstration ausreichen, viel besser wäre, diese Kräfte nicht „vor dem Gebäude" der Semstwoversammlung zu „konzentrieren", sondern vor den Amtsräumen der Polizisten, Gendarmen oder Zensoren). Sich hierbei jedoch von Erwägungen über den panischen Schrecken der Semstwoleute leiten zu lassen, mit ihnen darüber zu verhandeln – das ist der Gipfel der Unvernunft, der Gipfel der Komik. Panischen Schrecken wird bei einem

beträchtlichen Teil, sicherlich bei der Mehrheit der russischen Semstwoleute stets und unvermeidlich der bloße *Inhalt* der Rede eines konsequenten Sozialdemokraten hervorrufen. Mit den Semstwoleuten im voraus darüber sprechen, daß ein *solcher* panischer Schrecken unerwünscht ist, heißt sich selbst in die schiefste und unwürdigste Lage bringen. Eine andere Art panischen Schreckens wird ebenso unvermeidlich hervorgerufen werden durch eine barbarische Metzelei oder den Gedanken an die Möglichkeit einer solchen. Über diesen panischen Schrecken mit den Semstwoleuten zu verhandeln, ist überaus unklug, denn kein einziger Liberaler, und sei er noch so gemäßigt, wird jemals eine Metzelei herbeiführen oder mit ihr sympathisieren, aber das hängt ja gar nicht von ihm ab. Hier sind nicht „Verhandlungen" nötig, sondern eine faktische Vorbereitung der Kräfte, keine Einwirkung auf die Semstwoleute, sondern eben eine Einwirkung auf die Regierung und deren Agenten. Fehlt die Kraft, so tut man besser, über große Pläne nicht zu schwadronieren, ist jedoch die Kraft vorhanden, so muß man sie gerade den Kosaken und der Polizei entgegenstellen, muß man danach trachten, eine solche Menschenmenge an einer solchen Stelle zu konzentrieren, daß sie den Ansturm der Kosaken und der Polizei zurückschlagen oder zumindest aufhalten kann. Und sind wir imstande, in Taten und nicht in Worten „eine nachdrückliche organisierte Einwirkung auf die bürgerliche Opposition" auszuüben, so gewiß nicht durch alberne „Verhandlungen" über die Vermeidung eines panischen Schreckens, sondern nur durch Kraft, durch die Kraft eines Massenwiderstands gegen die Kosaken und die zaristische Polizei, durch die Kraft eines Massenansturms, der in einen Volksaufstand umschlagen kann.

Die Redaktion der neuen „Iskra" sieht die Dinge anders. Sie ist mit ihrem Plan von Abkommen und Verhandlungen so zufrieden, daß sie sich an ihm nicht sattsehen, ihn nicht genug loben kann.

... Die aktiven Demonstranten müssen „durchdrungen sein von der Erkenntnis des grundlegenden Unterschieds zwischen einer gewöhnlichen Demonstration gegen die Polizei oder die Regierung überhaupt und einer Demonstration, deren unmittelbares Ziel der Kampf gegen den Absolutismus ist, mit Hilfe einer direkten Einwirkung des revolutionären Proletariats auf die politische Taktik" (oho!) „der liberalen Elemente im *gegenwärtigen*" (hervorgehoben von der Redaktion) „Augenblick... Zur

Veranstaltung von Demonstrationen des gewöhnlichen, sozusagen allgemeindemokratischen (!!) Typus, die nicht das unmittelbare Ziel haben, das revolutionäre Proletariat und die liberal-oppositionelle Bourgeoisie als zwei selbständige politische Kräfte einander konkret gegenüberzustellen, genügt allein schon das Vorhandensein einer starken politischen Gärung unter den Volksmassen" ... „Unsere Partei ist verpflichtet, diese Stimmung der Massen auszunutzen, sei es auch für einen, wenn man sich so ausdrücken darf, niederen Typus" (hört, hört!) „der Mobilisierung dieser Massen gegen den Absolutismus" ... „Wir machen die ersten (!) Schritte auf dem neuen (!) Weg der politischen Tätigkeit, auf dem Weg der Organisierung einer planmäßigen Einmischung der Arbeitermassen" (NB*) „in das öffentliche Leben, deren unmittelbares Ziel es ist, die Arbeitermassen der bürgerlichen Opposition als eine selbständige Kraft gegenüberzustellen, die ihren Klasseninteressen nach zu dieser bürgerlichen Opposition im Gegensatz steht und ihr zugleich Bedingungen" (welche denn?) „vorschlägt für einen gemeinsamen energischen Kampf gegen den gemeinsamen Feind."

Es ist nicht jedem gegeben, die ganze Tiefe dieser merkwürdigen Betrachtungen zu erfassen. Die Rostower Demonstration[115], bei der vor Tausenden und aber Tausenden Arbeitern die Ziele des Sozialismus und die Forderungen der Arbeiterdemokratie erläutert werden, ist ein „niederer Typus der Mobilisierung", ist der gewöhnliche, *allgemeindemokratische* Typus, hier gibt es keine konkrete Gegenüberstellung von revolutionärem Proletariat und bürgerlicher Opposition. Wenn aber ein speziell beauftragter Redner, den eine Vollzugskommission bestimmt hat, die von einer Organisationsgruppe gewählt worden ist, die ihrerseits von Komiteelern und aktiven Arbeitern gebildet worden war, wenn dieser Redner, nach vorausgegangenen Verhandlungen mit den Semstwoleuten, in der Semstwoversammlung mit lauter Stimme Protest dagegen einlegt, daß man ihn nicht anzuhören wünscht, so wird das eine „konkrete" und „unmittelbare" Gegenüberstellung zweier selbständiger Kräfte, so wird das eine „direkte" Einwirkung auf die Taktik der Liberalen, so wird das der „erste Schritt auf dem neuen Wege" sein. Ihr solltet euch schämen, Herrschaften! Selbst Martynow hat sich in den schlimmsten Zeiten des „Rabotscheje Delo" kaum jemals zu solchen Plattheiten verstiegen!

* notabene — wohlgemerkt. *Die Red.*

Massenversammlungen von Arbeitern in den Straßen der südrussischen Städte, Dutzende Arbeiterredner, direkte Zusammenstöße mit der wirklichen Macht der zaristischen Selbstherrschaft – das ist ein „niederer Typus der Mobilisierung". Ein Abkommen mit den Semstwoleuten über das friedliche Auftreten unseres Redners, der sich verpflichtet, bei den Herren Liberalen keine Panik hervorzurufen – das ist „der neue Weg". Hier habt ihr die neuen taktischen Aufgaben, die neuen taktischen Auffassungen der neuen „Iskra", die der ganzen Welt durch den redaktionellen Balalaikin[116] mit solchem Pomp verkündet worden sind. In einer Hinsicht jedoch hat dieser Balalaikin ungewollt die Wahrheit gesagt: Zwischen der alten und der neuen „Iskra" klafft wirklich ein Abgrund. Die alte „Iskra" hatte nur Worte der Verachtung und des Spottes übrig für Leute, die imstande sind, sich für eine theatralisch aufgemachte Klassenverständigung zu begeistern und darin einen „neuen Weg" zu sehen. *Dieser* neue Weg ist uns längst bekannt aus der Erfahrung jener französischen und deutschen „Staatsmänner" des Sozialismus, die ebenfalls die alte revolutionäre Taktik für einen „niederen Typus" halten und die „planmäßige und unmittelbare Einmischung in das öffentliche Leben" in Form von Abkommen über ein friedliches und bescheidenes Auftreten der Arbeiterredner nach vorausgegangenen Verhandlungen mit dem linken Flügel der oppositionellen Bourgeoisie nicht genug preisen können.

Vor dem panischen Schrecken der liberalen Semstwoleute empfindet die Redaktion ihrerseits einen solch panischen Schrecken, daß sie den Teilnehmern an dem von ihr erfundenen „neuen" Plan „besondere Vorsicht" empfiehlt. „Als extremen Fall der nach außen gebotenen Vorsicht bei dieser Aktion selbst", lesen wir in dem Brief, „stellen wir uns vor, daß die Eingabe der Arbeiter den Abgeordneten in ihre Wohnungen durch die Post zugestellt und als Flugblatt in einer beträchtlichen Anzahl von Exemplaren im Sitzungssaal der Semstwoversammlung ausgestreut wird. Sich darüber aufregen könnte nur jemand, der auf dem Standpunkt des bürgerlichen Revolutionarismus (sic!) steht, für den der äußere Effekt alles, der Prozeß der planmäßigen Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Selbsttätigkeit des Proletariats aber nichts bedeutet."

Es liegt unsereinem nicht, sich über das Versenden und Ausstreuen von Flugblättern aufzuregen, aber wir werden uns immer aufregen über schwülstige und inhaltslose Phrasendrescherei. Um anläßlich des Ver-

sendens und Ausstreuens von Flugblättern mit ernster Miene vom Prozeß der planmäßigen Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Selbsttätigkeit des Proletariats zu reden – dazu muß man ein Held selbstgefälliger Plattheit sein. Ein großes Geschrei zu machen über neue taktische Aufgaben und es dann beim Versenden und Ausstreuen von Flugblättern bewenden zu lassen, das steht wirklich einzig da und ist äußerst charakteristisch für die Vertreter der intelligenzlerischen Schattierung in unserer Partei, die heute hysterisch einem neuen taktischen Schlagwort nachjagen, nachdem sie mit ihren neuen organisatorischen Schlagworten Schiffbruch erlitten haben. Und diese Leute reden noch mit der ihnen eigenen Bescheidenheit von der Eitelkeit äußerer Effekte. Seht ihr denn wirklich nicht, Herrschaften, daß im besten Falle, im Falle eines vollen Gelingens eures angeblich neuen Plans, durch das Auftreten eines Arbeiters vor den Herren Semstwoleuten eben nur ein äußerer Effekt erzielt würde, daß von einer wirklich „nachdrücklichen" Einwirkung auf die „Taktik der liberalen Elemente" durch ein solches Auftreten nur zum Scherz gesprochen werden könnte? Ist es nicht umgekehrt, haben nicht jene Massendemonstrationen der Arbeiter, die euch als Demonstrationen von „gewöhnlichem, allgemeindemokratischem, niederem Typus" erscheinen, eine wirklich nachdrückliche Einwirkung auf die Taktik der liberalen Elemente ausgeübt? Und sollte es dem russischen Proletariat noch einmal vergönnt sein, auf die Taktik der Liberalen einzuwirken, so wird es, das steht fest, diese Einwirkung durch einen Massenansturm auf die Regierung und nicht durch ein Abkommen mit den Semstwoleuten ausüben.

IV

Die mit gütiger Erlaubnis der Polizei eröffnete Semstwokampagne, die sanften Reden Swjatopolk-Mirskis und der offiziösen Regierungsblätter, die starken Töne in der liberalen Presse, die Belebung der sogenannten gebildeten Gesellschaft – all dies stellt die Arbeiterpartei vor die ernstesten Aufgaben. Diese Aufgaben werden jedoch in dem Brief der „Iskra"-Redaktion völlig verkehrt formuliert. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß im zentralen Brennpunkt der politischen Tätigkeit des Proletariats die Organisation einer nachdrücklichen Einwirkung auf die

Regierung und nicht auf die liberale Opposition stehen. Gerade jetzt sind Abkommen zwischen den Arbeitern und den Semstwoleuten über eine friedliche Kundgebung – Abkommen, die sich unvermeidlich in bloße possenhafte Effekthascherei verwandeln würden – weniger denn je angebracht, ist der Zusammenschluß der fortgeschrittenen, revolutionären Elemente des Proletariats zur Vorbereitung des Entscheidungskampfes um die Freiheit mehr denn je vonnöten. Gerade jetzt, wo unsere konstitutionelle Bewegung die unausrottbaren Sünden jedes bürgerlichen und insbesondere des russischen Liberalismus – das Überwuchern der Phrase, den Mißbrauch des Wortes, das mit der Tat nicht übereinstimmt, das rein philiströse Vertrauen zur Regierung und zu jedem Helden der Fuchspolitik – kraß zu offenbaren beginnt, gerade jetzt sind die Redensarten über die Unerwünschtheit einer Einschüchterung und Panik der Herren Semstwoleute, über den Hebel für die Reaktion usw. usf. besonders taktlos. Gerade jetzt ist es am allerwichtigsten, im revolutionären Proletariat die unerschütterliche Überzeugung zu festigen, daß auch die gegenwärtige „Befreiungsbewegung in der Gesellschaft" sich ebenso wie die früheren unvermeidlich und unweigerlich als Seifenblase erweisen wird, wenn nicht die Macht der Arbeitermassen eingreift, die fähig und bereit sind zum Aufstand.

Die politische Erregung in den verschiedensten Volksschichten, die eine unerläßliche Vorbedingung für die Möglichkeit des Aufstands bildet und eine Gewähr seines Erfolges, eine Gewähr dafür ist, daß die Initiative des Proletariats unterstützt wird, verbreitert, entfaltet und verschärft sich immer mehr. Es wäre daher sehr unklug, wenn sich jetzt wieder jemand einfallen ließe, nach dem sofortigen Sturmangriff zu rufen, zur sofortigen Formierung von Sturmkolonnen[117] aufzufordern usw. Der ganze Gang der Ereignisse bürgt dafür, daß die zaristische Regierung in nächster Zukunft noch mehr in Verwirrung geraten und die Erbitterung gegen sie noch bedrohlicher ansteigen wird. Die Regierung wird auch bei dem von ihr begonnenen Spiel mit dem Semstwo-Konstitutionalismus unvermeidlich in eine Sackgasse geraten. Sowohl in dem Fall, daß sie kümmerliche Zugeständnisse machen, als auch in dem Fall, daß sie keinerlei Zugeständnisse machen sollte, werden Unzufriedenheit und Erregung unvermeidlich noch weiter um sich greifen. Die Regierung wird auch bei dem schändlichen und verbrecherischen mandschurischen Abenteuer unvermeidlich in

eine Sackgasse geraten, das sowohl im Falle einer entscheidenden militärischen Niederlage als auch im Falle einer Verschleppung des für Rußland aussichtslosen Krieges eine politische Krise nach sich ziehen wird.

Sache der Arbeiterklasse ist es, ihre Organisation zu erweitern und zu festigen und die Agitation unter den Massen zu verzehnfachen, indem sie jedes Schwanken der Regierung ausnutzt, indem sie die Idee des Aufstands propagiert und seine Notwendigkeit am Beispiel aller jenen halben und von vornherein zum Scheitern verurteilten „Schritte" erläutert, über die jetzt so viel geredet wird. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Arbeiter auf die Petitionen der Semstwos reagieren müssen, daß sie Versammlungen abhalten, Flugblätter verbreiten und dort, wo die Kräfte ausreichen, Demonstrationen organisieren müssen, um alle sozialdemokratischen Forderungen vorzubringen, ohne auf die „Panik" der Herren Trubezkoi Rücksicht zu nehmen, ohne das Gejammer der Philister über den Hebel für die Reaktion zu beachten. Und riskiert man schon, im voraus und zudem vom Ausland her über den möglichen und erwünschten höheren Typus der *Massen*demonstrationen zu sprechen (denn Demonstrationen, die keinen Massencharakter tragen, kommt gar keine Bedeutung mehr zu), berührt man schon die Frage, vor welchem Gebäude die Demonstrierenden ihre Kräfte konzentrieren sollen, so würden wir gerade jene Gebäude nennen, von wo die Polizeiaktionen zur Verfolgung der Arbeiterbewegung geleitet werden, würden wir die Häuser der Polizei-, Gendarmerie- und Zensurämter, die Kerker für politische „Verbrecher" nennen. Die ernsthafte Unterstützung der Semstwopetitionen durch die Arbeiter soll nicht darin bestehen, daß man Bedingungen vereinbart, unter denen die Semstwoleute im Namen des Volkes sprechen dürfen, sondern darin, daß man den Feinden des Volkes einen Schlag versetzt. Und es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Gedanke einer solchen Demonstration die Sympathie des Proletariats finden wird. Die Arbeiter hören jetzt von allen Seiten schwülstige Phrasen und hochtrabende Versprechungen, sie sehen eine wirkliche – obzwar sehr geringe, aber doch wirkliche – Erweiterung der Freiheit für die „Gesellschaft" (Lockerung der Zügel gegenüber den Semstwos, Rückkehr der in Ungnade gefallenen Semstwoleute, Milderung des Wütens gegen die liberale Presse), aber die Arbeiter sehen absolut nichts, was die Freiheit *ihres* politischen Kampfes erweitern würde. Unter dem Druck des revolutio-

nären Ansturms des *Proletariats* gestattete die Regierung den *Liberalen*, ein wenig über die Freiheit zu reden! Die Rechtlosigkeit und Erniedrigung der Sklaven des Kapitals tritt nunmehr vor den Proletariern noch offener zutage. Weder haben die Arbeiter allerorts Organisationen, in denen sie politische Angelegenheiten verhältnismäßig frei (vom russischen Gesichtspunkt aus) erörtern können, noch haben sie Versammlungssäle; die Arbeiter haben keine eigenen Zeitungen, den Arbeitern werden ihre Genossen aus den Gefängnissen und aus der Verbannung nicht zurückgegeben. Die Arbeiter sehen jetzt, daß das Fell des Bären – den sie noch nicht erlegt, den jedoch sie und nur sie, die Proletarier, ernsthaft verwundet haben –, daß dieses Fell die Herren liberalen Bourgeois schon teilen wollen. Die Arbeiter sehen, daß diese Herren liberalen Bourgeois, sobald sie die ersten Anstalten machen, das künftige Fell zu teilen, gegen die „extremen Parteien", gegen die „inneren Feinde", die unerbittlichen Feinde der bürgerlichen Herrschaft und Ruhe, schon knurren und die Zähne fletschen. Und die Arbeiter werden sich noch kühner, in noch größeren Massen erheben, um den Bären zu erlegen, um *für sich* mit Gewalt das zu erkämpfen, was den Herren liberalen Bourgeois als Almosen versprochen wird: Versammlungsfreiheit, Freiheit der Arbeiterpresse, volle politische Freiheit für den umfassenden und offenen Kampf um den vollen Sieg des Sozialismus.

Wir veröffentlichen die vorliegende Broschüre mit dem Vermerk: „Nur für Parteimitglieder", weil auch der „Brief" der „Iskra"-Redaktion mit einem solchen Vermerk erschienen ist. Im Grunde ist die „konspirative" Behandlung eines Plans, der in Dutzende von Städten verschickt, in Hunderten von Arbeiterzirkeln erörtert, in Agitationsflugblättern und Aufrufen erläutert werden soll, einfach lächerlich. Es ist dies ein Musterbeispiel jener bürokratischen Geheimtuerei, die Genosse Galjorka („Auf neuem Wege") in der Praxis der Redaktion und des Rats der Partei bereits beanstandet hat. Nur von einem einzigen Standpunkt aus könnte man die Verheimlichung des Briefes der Redaktion vor dem großen Publikum im allgemeinen und vor den Liberalen im besonderen rechtfertigen: ein solcher Brief kompromittiert unsere Partei gar zu sehr...

Die Beschränkung des Leserkreises der vorliegenden Broschüre wird dadurch aufgehoben, daß unsere sogenannte Parteiredaktion die Antwort

auf die Broschüre angeblich für Parteimitglieder herausgegeben hat, sie in Wirklichkeit aber nur den Versammlungen der Minderheit übermittelt und den unbestrittenen Parteimitgliedern, die zur Mehrheit gehören, nicht zustellt.

Wenn die „Iskra" beschlossen hat, uns nicht zu den Parteimitgliedern zu zählen (und sich gleichzeitig fürchtet, das offen zu sagen), so bleibt uns nur übrig, uns mit unserem bitteren Los abzufinden und die nötigen Folgerungen aus diesem Beschluß zu ziehen.

22. Dezember 1904

W. I. Lenins Manuskript
„Thesen eines Referats über die innerparteiliche Lage"
1904

Verkleinert

THESEN EINES REFERATS ÜBER DIE INNERPARTEILICHE LAGE

Thesen meines Referats[118]

1. Schon auf dem II. Parteitag offenbarte die Minderheit der Iskristen ihre prinzipielle Wankelmütigkeit (oder verfiel in einen Fehler), als sie sich bei den Wahlen in einer Koalition mit ihren ideologischen Gegnern erwies.

2. Auch nach dem Parteitag und sogar in der Liga verteidigte die Minderheit die Kontinuität der alten „Iskra", ging aber in Wirklichkeit immer weiter von ihr ab.

3. Plechanow sah während seiner Wendung (Nr. 52) klar, daß die Minderheit den opportunistischen Flügel der Partei darstellt und nach der Art anarchistischer Individualisten kämpft.

(Contra* Wassiljew und Lenin hinsichtlich des Zirkelwesens).**

4. Wenn man unsere organisatorische Rückständigkeit und die organisatorische Zerschlagung des Parteitags verteidigt, rechtfertigt und zum Prinzip erhebt, so ist das bereits Opportunismus. Niemand wird sich jetzt überhaupt dazu entschließen, die Thesen über das Programm versus*** das Statut etc. zu unterstützen.

5. Die Beschuldigung der Mehrheit, sie ignoriere den ökonomischen Kampf, huldige dem Jakobinertum und ignoriere die Selbsttätigkeit der Arbeiter, ist nichts anderes als eine völlig unbegründete Wiederholung der Ausfälle des „Rabotscheje Delo" gegen die „Iskra".

---

* gegen. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 139–141. *Die Red.*

*** gegen. *Die Red.*

6. Die Furcht vor dem III. Parteitag und der Kampf gegen ihn krönen die unaufrichtige Haltung sowohl der Minderheit als auch der Versöhnler.

7. In ihrem Plan der Semstwokampagne schlug die Redaktion der „Iskra" einen besonders falschen und schädlichen, einen zweifellos opportunistischen taktischen Weg ein, indem sie die Frage der Panik aufwarf und ein Abkommen mit den Semstwoleuten über eine friedliche Manifestation als einen neuen Typus pries.

Der Plan der Kampagne hängt zusammen mit der fehlerhaften Resolution von Starower.

Geschrieben am 19. November (2. Dezember) 1904.

Zuerst veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE GENOSSEN

(Zur Herausgabe eines Organs der Parteimehrheit)

Liebe Genossen! Heute wurde in der Besprechung eines engen Kreises im Ausland lebender Bolschewiki eine im Prinzip längst entschiedene Frage endgültig entschieden, nämlich die Gründung eines periodisch erscheinenden Parteiorgans, das dazu bestimmt ist, die Prinzipien der Mehrheit im Kampf gegen die von der Minderheit in die Partei hineingetragene organisatorische und taktische Verwirrung zu verteidigen und zu entwickeln und die positive Arbeit der russischen Organisationen zu fördern, gegen die jetzt fast überall in ganz Rußland von den Agenten der Minderheit ein so erbitterter Kampf geführt wird, ein Kampf, der in einem höchst wichtigen geschichtlichen Augenblick die Partei furchtbar desorganisiert, ein Kampf, in dem die einzigen Waffen die schamlosesten Mittel und Methoden der Spaltung sind, wobei man im sogenannten Zentralorgan der Partei die Spaltung heuchlerisch beweint. Wir haben alles getan, was wir konnten, um den Kampf parteimäßig zu führen; seit Januar kämpfen wir für einen Parteitag, den einzigen der Partei würdigen Ausweg aus der unmöglichen Lage. Jetzt ist es bereits vollkommen klargeworden, daß fast die gesamte Tätigkeit des zur Minderheit übergelaufenen Zentralkomitees dem verzweifelten Kampf gegen den Parteitag gewidmet ist, daß der Rat der Partei die unmöglichsten und unerlaubtesten Kniffe anwendet, um den Parteitag hinauszuschieben. Der Rat sabotiert geradezu den Parteitag: Wer sich durch die Lektüre seiner letzten Beschlüsse in der Beilage zu den Nummern 73 und 74 der „Iskra" davon noch nicht überzeugt hat, der wird es aus unserer (dieser Tage erschienenen) Broschüre Orlowskis „Der Rat gegen die Partei" [119] ersehen. Jetzt ist es vollkommen klargeworden, daß die Mehrheit ohne Vereinigung und ohne Widerstand gegen unsere

sogenannten Zentralbehörden ihre Stellung nicht behaupten, das Parteiprinzip in seinem Kampf gegen das Zirkelwesen nicht durchsetzen kann. Die Vereinigung der russischen Bolschewiki ist von ihnen längst auf die Tagesordnung gestellt. Erinnert Euch der großen Sympathie, mit der die programmatische (im Sinne eines Programms unseres innerparteilichen Kampfes) Resolution der 22* aufgenommen worden ist; erinnert Euch des vom Moskauer Komitee (im Oktober 1904) gedruckt herausgegebenen Flugblatts der 19; und schließlich ist fast allen Parteikomitees bekannt, daß in jüngster Zeit verschiedene Sonderkonferenzen der Mehrheitskomitees[120] stattgefunden haben und zum Teil noch stattfinden, daß die energischsten und entschiedensten Versuche für einen festen Zusammenschluß der Mehrheitskomitees gemacht werden, um den anmaßenden Bonapartisten im Rat, im ZO und im ZK die Stirn zu bieten.

Wir hoffen, daß diese Versuche (richtiger: diese Schritte) in sehr naher Zukunft zu allgemeiner Kenntnis gebracht werden, sobald ihre Ergebnisse erlauben, sich eindeutig darüber zu äußern, was bereits erreicht ist. Ohne einen eigenen Verlag war die Selbstverteidigung der Mehrheit natürlich völlig unmöglich. Das neue ZK hat, wie Euch aus unserer Parteiliteratur vielleicht schon bekannt ist, unsere Broschüren (und sogar die Umschläge bereits gesetzter Broschüren) aus der Parteidruckerei glatt hinausgeworfen und die Druckerei auf diese Weise in eine Zirkeldruckerei verwandelt, es hat die direkten Aufforderungen der Mehrheitsanhänger im Ausland und russischer Komitees, z. B. des Rigaer Komitees, Druckschriften der Mehrheit nach Rußland zu befördern, abgelehnt. Die Fälschung der öffentlichen Parteimeinung ist als systematische Taktik des neuen ZK ganz klar zutage getreten. Zwangsläufig ergab sich für uns die Notwendigkeit, unsere Publikationstätigkeit zu erweitern und unseren eigenen Literaturtransport zu organisieren. Die Komitees, die ihre kameradschaftlichen Beziehungen zur Redaktion des ZO abgebrochen haben (siehe das Eingeständnis Dans im Bericht über die Versammlung in Genf am 2. September 1904[121] – eine interessante Broschüre), konnten und können ohne ein periodisch erscheinendes Organ nicht auskommen. Eine Partei ohne Organ, ein Organ ohne Partei! Diese traurige Feststellung, von der Mehrheit bereits im August gemacht, führte unerbittlich zu dem einzigen Ausweg – zur Gründung eines eigenen Organs. Die jungen literarischen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 459—467. *Die Red.*

Kräfte, die ins Ausland gekommen sind, um die ureigene Sache der Mehrheit der in Rußland wirkenden Genossen zu unterstützen, wollen ausgenutzt werden. Eine Reihe in Rußland tätiger Parteipublizisten fordert ebenfalls dringend ein Organ. Indem wir ein solches Organ, wahrscheinlich unter dem Namen „Wperjod" [Vorwärts] gründen, handeln wir in voller Übereinstimmung mit der Masse der russischen Bolschewiki, in voller Übereinstimmung mit unserem Verhalten im Parteikampf. Wir haben zu dieser Waffe gegriffen, nachdem wir im Laufe eines Jahres alle, absolut alle einfacheren, für die Partei weniger kostspieligen, den Interessen der Arbeiterbewegung besser entsprechenden Wege erprobt haben. Wir geben den Kampf um den Parteitag keineswegs auf, im Gegenteil, wir wollen diesen Kampf ausweiten, verallgemeinern und fördern, wir wollen den Komitees helfen, die vor ihnen auftauchende neue Frage eines Parteitags ohne den Rat und das ZK – gegen den Willen des Rates und des ZK – zu lösen. Das ist eine Frage, die eine allseitige ernste Erörterung erfordert. Wir sprechen uns offen für Anschauungen und Aufgaben aus, die der Partei seit langem in einer Reihe von Broschüren dargelegt worden sind. Wir kämpfen und werden kämpfen für eine konsequent revolutionäre Richtung, gegen den Wirrwarr und das Schwanken in organisatorischen wie in taktischen Fragen (siehe den ungeheuerlich verworrenen Brief der neuen „Iskra" an die Parteiorganisationen, der nur für Parteimitglieder gedruckt wurde und dem Auge der Welt verborgen blieb[122]). Die Herausgabe des neuen Organs wird wahrscheinlich in einer oder annähernd einer Woche angekündigt werden. Die erste Nummer wird zwischen dem 1. und 10. Januar neuen Stils erscheinen. Im Redaktionskollegium werden alle bewährten Publizisten der Mehrheit mitarbeiten (Rjadowoi, Galjorka, Lenin, Orlowski, der an der „Iskra" von Nr. 46 bis 51, als Lenin und Plechanow sie leiteten, regelmäßig mitgearbeitet hat, und andere sehr wertvolle junge literarische Kräfte). Das Kollegium, das die komplizierte Sache der Verbreitung, des Agentennetzes usw. usf. praktisch leiten und organisieren soll, wird so zustande kommen (und ist es zum Teil bereits)[123], daß eine ganze Reihe russischer Komitees (die Komitees von Odessa, Jekaterinoslaw und Nikolajew, die vier kaukasischen und einige nördliche Komitees, über die Ihr bald Genaueres erfahren werdet) bestimmte Genossen direkt mit bestimmten Funktionen betraut. Wir wenden uns jetzt an alle Genossen mit der Bitte, uns in jeder Weise zu

unterstützen. Wir wollen das Organ so leiten, daß es das Organ der russischen Bewegung und keinesfalls eines Auslandszirkels sein wird. Dazu ist vor allem und am meisten die tatkräftigste *„literarische"* Unterstützung, richtiger gesagt, die literarische Mitarbeit von Rußland aus notwendig. Ich unterstreiche das Wort „literarische" und setze es in Anführungszeichen, um die Aufmerksamkeit sofort auf seinen besonderen Sinn zu lenken und vor einem sehr landläufigen und für die Sache äußerst schädlichen Mißverständnis zu warnen, nämlich dem Mißverständnis, daß gerade Literaten und nur Literaten (im eng beruflichen Sinne dieses Wortes) fähig seien, an dem Blatt erfolgreich mitzuarbeiten. Im Gegenteil, das Blatt wird erst dann lebendig und lebensfähig sein, wenn auf fünf führende und ständig mitarbeitende Literaten fünfhundert und fünftausend Mitarbeiter kommen, die keine Literaten sind. Ein Mangel der alten „Iskra", von dem ich sie immer frei zu machen trachtete (und der in der neuen „Iskra" einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat), war die schwache Mitarbeit von Rußland aus. Wir veröffentlichten fast ausnahmslos immer alles, was uns aus Rußland eingesandt wurde. Ein wirklich lebendiges Organ muß ein Zehntel der Einsendungen drucken und das übrige als Information und Fingerzeig für die Literaten verwerten. Es ist notwendig, daß möglichst viele Parteiarbeiter mit uns korrespondieren, und zwar im gewöhnlichen, nicht im literarischen Sinne dieses Wortes.

Die Entfremdung von Rußland und die niederdrückende Atmosphäre des verfluchten Auslandssumpfes sind hier so unerträglich, daß die einzige Rettung der lebendige Verkehr mit Rußland ist. Das sollen diejenigen nicht vergessen, die nicht nur in Worten, sondern in der Tat unser Organ als das Organ der gesamten „Mehrheit", das Organ der Masse der russischen Parteiarbeiter betrachten wollen (und es dazu *machen* wollen). Möge jeder, der dieses Organ als das seine betrachtet und sich der Pflichten eines Sozialdemokraten, eines Parteimitglieds bewußt ist, ein für allemal die bürgerliche Gewohnheit ablegen, so zu denken und zu handeln, wie es legalen Zeitungen gegenüber üblich ist, von denen man sagt: *Ihre* Sache ist es, zu schreiben, unsere Sache ist es, zu lesen. An der sozialdemokratischen Zeitung sollen alle Sozialdemokraten mitarbeiten. Wir bitten alle, insbesondere die Arbeiter, mit uns zu korrespondieren. Gebt den Arbeitern jede Möglichkeit, für unsere Zeitung zu schreiben, entschieden über alles zu schreiben, möglichst viel über ihren Alltag, ihre Interessen und

ihre Arbeit zu schreiben, denn ohne dieses Material wird das sozialdemokratische Blatt keinen Pfifferling wert sein, wird es den Namen eines sozialdemokratischen Blattes nicht verdienen. Außerdem bitten wir, uns *Briefe* zu schicken, nicht Korrespondenzen, d. h. nicht ausdrücklich für die Veröffentlichung, sondern für den kameradschaftlichen Verkehr mit der Redaktion und zu ihrer Information, und zwar zu ihrer Information nicht nur über Tatsachen und Ereignisse, sondern auch über die Stimmung und über die alltägliche „uninteressante", gewöhnliche Seite der Bewegung, über die laufende Arbeit. Wer nie im Ausland gewesen ist, kann sich nicht vorstellen, wie dringend wir solche Briefe brauchen (sie enthalten absolut nichts Konspiratives, und einmal oder zweimal in der Woche kann wahrhaftig jeder, auch der beschäftigtste Mensch einen solchen nicht chiffrierten Brief schreiben). Schreibt uns also über die Aussprachen in den Arbeiterzirkeln, über den Charakter dieser Aussprachen, über die behandelten Themen, über die Wünsche der Arbeiter, über den Stand der Propaganda und Agitation, über die Verbindungen in der Gesellschaft, im Heer und in der Jugend, teilt uns vor allem mit, wenn die Arbeiter mit uns, den Sozialdemokraten, unzufrieden sind, schreibt über ihre Bedenken, Wünsche, Proteste usw. Die Fragen der praktischen Arbeit sind jetzt besonders interessant, und es gibt kein anderes Mittel, die Redaktion mit diesen Fragen vertraut zu machen, als einen lebhaften Briefwechsel, der nicht den Charakter einer offiziellen Korrespondenz trägt, sondern rein kameradschaftlicher Art ist; nicht jeder hat natürlich die Fähigkeit oder die Lust zum Schreiben, aber... wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wenn man nur will, kann man in jedem beliebigen Zirkel, in jeder, sogar der kleinsten, sogar der unscheinbarsten Gruppe (die unscheinbaren sind oft besonders interessant, denn sie leisten mitunter einen sehr wichtigen, wenn auch unsichtbaren Teil der Arbeit) einen oder zwei Genossen finden, die uns schreiben könnten. Hier haben wir die Erfahrung der alten „Iskra" gleich ausgenutzt und die Sekretärsarbeit auf eine breite Grundlage gestellt, Euch aber bitten wir, im Auge zu behalten, daß *jeder*, ausnahmslos jeder, der mit Geduld und Energie an die Sache herangeht, ohne viel Mühe erreichen wird, daß alle seine Briefe oder wenigstens neun Zehntel ihr Ziel erreichen. Ich sage das auf Grund der dreijährigen Erfahrung der alten „Iskra", die mehr als einen solchen Freund und Korrespondenten hatte, der einen regelmäßigen Briefwechsel unterhielt (und häufig keinen

Menschen aus der Redaktion kannte). Die Polizei ist seit langem absolut nicht mehr imstande, die Auslandsbriefe abzufangen (das gelingt ihr nur zufällig, wenn der Absender sträflich nachlässig gewesen ist), und der weitaus größte Teil des Materials der alten „Iskra" ist stets auf ganz gewöhnlichem Wege in gewöhnlichen Briefen an unsere Adressen gelangt. Besonders warnen möchten wir vor der Methode, den Briefwechsel nur in den Komitees und nur bei den Sekretären zu konzentrieren. Es gibt nichts Schädlicheres als ein solches Monopol. So unbedingt notwendig die Einheit des Handelns und der Beschlußfassung ist, so falsch ist sie in der allgemeinen Information, im Briefwechsel. Sehr, sehr oft kommt es vor, daß die Briefe verhältnismäßig „abseitsstehender" (den Komitees fernstehender) Leute besonders interessant sind, weil sie vieles von dem, was ein erfahrener alter Funktionär zu sehr gewöhnt ist und daher nicht beachtet, mit *frischem* Geiste aufnehmen. Gebt jungen Parteiarbeitern mehr Gelegenheit, uns zu schreiben: Jugendlichen und Funktionären, „Zentralisten" und Organisatoren sowie einfachen Durchschnittsteilnehmern an Kundgebungen und Versammlungen.

Nur dann und nur unter der Bedingung eines solch umfangreichen Briefwechsels werden wir alle gemeinsam unsere Zeitung zu einem wirklichen Organ der *Arbeiterbewegung in Rußland* machen können. Wir bitten dringend, diesen Brief ausnahmslos in allen Versammlungen, Zirkeln, Untergruppen usw. usf. vorzulesen, damit er einem möglichst breiten Kreis zugänglich wird, und uns mitzuteilen, wie die Arbeiter diesen Appell aufgenommen haben. Der Idee eines („populären") Arbeiterorgans, getrennt von einem allgemeinen – führenden – Intellektuellenorgan, stehen wir sehr skeptisch gegenüber: Wir möchten, daß die sozialdemokratische Zeitung das Organ der gesamten Bewegung ist, daß Arbeiterzeitung und sozialdemokratische Zeitung zu *einem* Organ verschmelzen. Das kann indes nur gelingen, wenn die Arbeiterklasse uns aufs aktivste unterstützt.

Mit kameradschaftlichem Gruß
N. Lenin

Geschrieben am 29. November (12. Dezember) 1904.
Veröffentlicht als Sonderdruck im Dezember 1904.

Nach dem Text des Sonderdrucks.

ERKLÄRUNG UND DOKUMENTE ÜBER DEN BRUCH DER ZENTRALEN KÖRPERSCHAFTEN MIT DER PARTEI

Geschrieben am 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905).
Veröffentlicht als Broschüre im Januar 1905 in Genf.

Nach dem Text der Broschüre.

In Nr. 77 der „Iskra" laden drei Mitglieder des Zentralkomitees, die im Namen des gesamten Zentralkomitees sprechen, den Genossen N[124] vor ein Schiedsgericht, weil er „mit dem Ziel, die Partei zu desorganisieren, eine unwahre Erklärung abgegeben hat". Diese angeblich unwahre Erklärung wurde „durch ein Mitglied des ZK übermittelt, das an der Ausarbeitung der Deklaration nicht teilgenommen hat", d. h. durch mich. Angesichts meiner nahen Beziehung zu der Angelegenheit sowie auf Grund der Vollmacht, die ich von Gen. N bekommen habe, halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, an der Schiedsgerichtsverhandlung teilzunehmen, und erhebe folgende Anklage gegen die Mitglieder des ZK Glebow, Walentin und Nikititsch.

Ich klage sie an rechtswidriger, falscher, formell und moralisch unzulässiger Handlungen gegen ihre Kollegen vom ZK und gegen die gesamte Partei.

Da diese falschen Handlungen die Parteikrise außerordentlich hinziehen und verschärfen und sich dabei auf die Masse der Parteiarbeiter in unmittelbarster Weise auswirken, halte ich es für unbedingt notwendig, daß die Untersuchung in allem, was keine konspirativen Geheimnisse betrifft, öffentlich ist, und lege daher den Inhalt meiner Anklage ausführlich dar.

I. Ich klage die drei Mitglieder des ZK Glebow, Walentin und Nikititsch an, die Partei systematisch betrogen zu haben.

1. klage ich sie an, die Macht, die sie vom II. Parteitag erhielten, zur Unterdrückung der öffentlichen Parteimeinung, die in der Agitation für den III. Parteitag zum Ausdruck kam, benutzt zu haben. Sie hatten keinerlei Recht, diese Agitation, die das unantastbare Recht eines jeden Parteimitglieds ist, zu unterdrücken. Insbesondere hatten sie keinerlei Recht, das Südbüro wegen seiner Agitation für den Parteitag aufzulösen. Sie hatten

weder das formelle noch das moralische Recht, mir als Mitglied des Rats der Partei eine Rüge zu erteilen, weil ich im Rat für den Parteitag stimmte;

2. klage ich sie an, der Partei die Resolutionen der Komitees für den Parteitag verheimlicht und, auf das in sie als Mitglieder der höchsten Parteikörperschaft gesetzte Vertrauen spekulierend, die Komitees durch eine bewußt falsche Darstellung der Situation in der Partei irregeführt zu haben. Sie verhinderten die Klärung der wahren Sachlage, indem sie es ablehnten, dem Ersuchen des Rigaer Komitees um Veröffentlichung und Verbreitung der Resolution der 22 und um Zusendung der Mehrheitsliteratur nach Rußland nachzukommen, und zwar unter dem Vorwand, daß das keine Parteiliteratur sei;

3. klage ich sie an, in ihrer Agitation gegen den Parteitag sogar vor der Desorganisierung der örtlichen Arbeit nicht haltgemacht zu haben. Sie appellierten an die Peripherie gegen die Komitees, die sich für den Parteitag ausgesprochen hatten, diskreditierten diese Komitees auf jede Art und Weise in den Augen der örtlichen Funktionäre und zerstörten so das Vertrauen zwischen Komitee und Peripherie, ohne das kein Arbeiten möglich ist;

4. klage ich sie an, durch den Delegierten des ZK im Rat der Partei an den Beschlußfassungen des Rates über die Bedingungen für die Einberufung des III. Parteitags mitgewirkt zu haben, diese Beschlüsse aber machen den Parteitag unmöglich und nehmen somit der Partei die Möglichkeit, den innerparteilichen Konflikt auf normalem Wege zu lösen;

5. klage ich sie an, den Komitees erklärt zu haben, daß sie prinzipiell mit der Stellung der Mehrheit solidarisch seien und daß eine Verständigung mit der Minderheit nur in Frage komme, wenn diese auf ihre geheime Sonderorganisation und auf die Kooptation in das ZK verzichte, während sie gleichzeitig *hinter dem Rücken der Partei und wissentlich gegen ihren Willen* mit der Minderheit Abmachungen trafen unter den Bedingungen: 1., daß die Autonomie der technischen Unternehmungen der Minderheit bestehen bleibt; 2., daß drei von den wütendsten Vertretern der Minderheit in das ZK kooptiert werden;

6. klage ich sie an, ihre Autorität als Mitglieder der höchsten Parteikörperschaft ausgenutzt zu haben, um ihre politischen Gegner zu verdächtigen. Sie handelten ehrlos an Gen. P.[125], als sie im *Juli* den Beschluß faßten, sein angeblich betrügerisches Auftreten im Nordkomitee zu untersuchen, und ihm dann *bis heute* (22. Dezember) nicht einmal von der

Anklage Mitteilung machten, obwohl Glebow den Gen. P. mehrfach sah und obwohl derselbe Glebow sich als Mitglied des Rats der Partei herausnahm, in der „Iskra" das Verhalten eines Genossen, der jeder Verteidigungsmöglichkeit beraubt ist, als „Betrug" zu bezeichnen. Sie sagten eine bewußte Unwahrheit, als sie erklärten, Lidin[126] sei nicht Vertrauensmann des ZK gewesen. Sie führten die Parteimitglieder irre, um in ihren Augen Gen. Bontsch-Brujewitsch und seine Mitarbeiter in der Expedition zu diskreditieren, als sie in der „Iskra" (Nr. 77) eine Erklärung veröffentlichten, in welcher (noch dazu unrichtig) einzig und allein auf die Passiva der Expedition hingewiesen wird – und dies, nachdem sie Gen. Bontsch-Brujewitsch durch ihre Bevollmächtigten eine schriftliche Bescheinigung darüber ausgehändigt hatten, daß er die Geschäfte einwandfrei geführt habe und die Buchführung in voller Ordnung sei;

7. klage ich sie an, die Abwesenheit der früheren Vertreter des ZK im Ausland, der Genossen Wassiljew und Swerew, ausgenutzt zu haben, um Parteieinrichtungen (die Bibliothek und das Archiv der SDAPR in Genf) zu diskreditieren. Sie veröffentlichten in der „Iskra" mit der Unterschrift eines mir unbekannten „Vertreters" des ZK eine Mitteilung, in der sie die Geschichte und den wahren Charakter dieser Einrichtungen völlig entstellten.

II. Außerdem klage ich die drei Mitglieder des ZK Glebow, Walentin und Nikititsch an, eine Reihe weder moralisch noch formell zulässiger Handlungen gegen die anderen Mitglieder des Kollegiums begangen zu haben.

1. Sie haben jede Grundlage der Parteiorganisation und Parteidisziplin zerstört, als sie mir (durch Gen. Glebow) das Ultimatum stellten, entweder aus dem ZK auszuscheiden oder die Agitation für den Parteitag einzustellen.

2. Sie haben das in ihrem Namen vom Mitglied des ZK Glebow geschlossene Abkommen verletzt, als die Einhaltung dieses Abkommens infolge der Änderung in der Zusammensetzung des ZK für sie unvorteilhaft wurde.

3. Sie hatten kein Recht, in ihrer Julisitzung Gen. N für ausgeschieden aus dem ZK zu erklären, ohne weder seine noch meine Erklärung gehört zu haben, um so mehr, als diesen drei Mitgliedern des ZK bekannt war, daß wir (vier Mitglieder des ZK[127]) forderten, die strittige Frage in einer Vollsitzung des ZK zu behandeln. Die Erklärung, Gen. N sei nicht mehr

Mitglied des ZK, ist auch sachlich falsch, denn die drei Mitglieder des ZK haben dabei eine bedingt abgegebene (und nicht allen Genossen mitgeteilte) Erklärung des Gen. N mißbraucht.

4. Die drei Mitglieder des ZK hatten kein Recht, den Wechsel ihrer Auffassungen und ihre Absichten vor mir zu verheimlichen. Gen. Glebow behauptete Ende Mai, ihr Standpunkt sei in der von ihnen im März verfaßten Deklaration[128] niedergelegt. Somit wurde die Julideklaration, die sich von der im März angenommenen grundlegend unterscheidet, hinter meinem Rücken angenommen, und Glebows Erklärungen waren Betrug.

5. Glebow hat die mit mir getroffene Vereinbarung verletzt, der zufolge in dem Bericht an den Amsterdamer Kongreß[129], den Dan (der Delegierte des ZO) und er, Glebow (der Delegierte des ZK), schreiben wollten, von den Meinungsverschiedenheiten in der Partei nicht die Rede sein sollte. Der von Dan allein verfaßte Bericht erwies sich durchweg als eine verhüllte Polemik und war ganz durchdrungen von den Auffassungen der „Minderheit". Glebow hat gegen Dans Bericht nicht protestiert und somit dazu beigetragen, die internationale Sozialdemokratie zu täuschen.

6. Die drei Mitglieder des ZK hatten kein Recht, mir die Verlautbarung und Veröffentlichung meiner besonderen Meinung in einer wichtigen Frage des Parteilebens zu verweigern. Die Julideklaration wurde dem ZO *zur Veröffentlichung* zugeschickt, bevor man mir die Möglichkeit gegeben hatte, mich über sie zu äußern. Am 24. August sandte ich dem ZO einen Protest gegen diese Deklaration zu. Das ZO erklärte, es würde meinen Protest nur in dem Falle veröffentlichen, wenn die drei Mitglieder des ZK, die die Deklaration geschrieben haben, es wünschen. Sie wünschten es nicht, und mein Protest wurde von ihnen der Partei verheimlicht.

7. Sie hatten kein Recht, mir die Protokolle des Rates vorzuenthalten und mir, ohne formellen Ausschluß aus dem ZK, jedwede Information über den Gang der Dinge im ZK, über die Ernennung neuer Agenten in Rußland und im Ausland, über die Verhandlungen mit der „Minderheit", über die Kassenangelegenheiten usw. usf. zu verweigern.

8. Sie hatten kein Recht, drei neue Genossen (Versöhnler) in das ZK zu kooptieren, ohne die Kooptation vom Rat der Partei bestätigen zu lassen, wie das Parteistatut es erfordert, wenn keine Einstimmigkeit vorhanden ist; Einstimmigkeit war aber nicht vorhanden, weil ich gegen diese Kooptation Protest erhoben hatte.

Beilage

Angesichts der großen Wichtigkeit, die der Stellung des ZK im innerparteilichen Konflikt zukommt, halte ich es für notwendig, folgende Dokumente zur allgemeinen Kenntnisnahme zu veröffentlichen:

I. Die Briefe des Genossen Glebow an die Mitglieder des „Kollegiums".

a) September

„Die Beziehungen zum ZO und zur Liga sind noch nicht geklärt. Nach unserer Erklärung sind die Leute, das muß man sagen, frech geworden, und ihr Appetit wächst. Unsere Lage hier ist sehr schwierig: das Ausland ist in den Händen der Liga, die Privatquellen sind in den Händen des ZO, und daher stecken wir bis über die Ohren in Schulden. Gepreßt durch die Not (die Schuld beläuft sich auf fast 9000), bin ich gezwungen, nach einem Ausweg zu suchen. Deshalb habe ich mich an die Minderheit mit dem Vorschlag gewandt, mir einen Plan der ihnen erwünschten Reformen zu entwerfen."

b) 7. September

„Gestern abend hatte ich in Gegenwart von S. eine geschäftliche Besprechung mit drei Bevollmächtigten der Minderheit: Popow, Blumenfeld und Martow."

Von den in dieser Sitzung – die nach Glebows Worten zu einer „Präliminarsitzung für die Vorbereitung des Friedens" wurde – erörterten Fragen wollen wir folgende erwähnen:

1. Die organisatorischen Beziehungen im Ausland.

„Die Sorge um die Bewegung in Rußland nehmen das ZK, das ZO und die Liga auf sich. Um gegenseitige Reibungen zu vermeiden, das Interesse für die

Arbeit zu steigern und volles Vertrauen herzustellen, wird die allgemeine Leitung der Geschäfte einer Kommission aus Vertretern des ZK, des ZO und der Liga übertragen. Das ZK erhält zwei Stimmen und das Vetorecht*..."

2. Literaturtransport.

„Das ZO ordnet sich der Kontrolle des ZK unter, behält aber eine gewisse Autonomie. Und zwar: Im Ausland kann es nur eine Expedition geben, die Expedition des ZK. Das ZO behält auch weiterhin die Leitung seiner Grenzübergänge. Der Literaturvertrieb in Rußland obliegt dem ZK. Damit das ZO mehr Autonomie habe, wird ihm der Süden überlassen. Ich will das erklären. Das ZO hat Transportmöglichkeiten. Es fürchtet, die Verbindung könnte ihm abgeschnitten werden, wenn die Leitung geändert wird. Darum bittet das ZO, ihm seine Transportmöglichkeiten auf organisatorischem Wege zu garantieren."

c) 7. September

„Auf das Abkommen, das gestern über die Leitung der Geschäfte getroffen wurde, ist hier Dan schrecklich böse, vielleicht auch noch andere. Was sind das für gefräßige Leute. Sie möchten hier ein Auslandskomitee aus Vertretern des ZO, des ZK und der Liga gründen, das im Ausland über alles bestimmen soll; natürlich hat jeder nur eine Stimme. Nicht schlecht, was?"

d) September

„Ich lenke die Aufmerksamkeit auf den vom Rat der Partei geäußerten Wunsch der Ergänzung (es handelt sich um die Ergänzung der Vertretung des ZK im Rat). Man wird jemanden an Lenins Stelle wählen müssen, was dieser natürlich für rechtswidrig erklären wird. Ich würde vorschlagen, Dan oder Deutsch in den Rat zu wählen, wobei genau abgesprochen werden müßte, daß ihre Vollmachten nur für die Ratssitzungen gelten. Sonst ist, glaube ich, niemand da, den man wählen könnte."

II. Brief eines (jetzt offiziell in das ZK kooptierten) Agenten des ZK an Gen. Glebow.

4. September

„Wegen der Deklaration ist es zu einem solchen Durcheinander gekommen, daß es schwer ist, sich zurechtzufinden. Eins ist klar: Alle Komitees, mit Ausnahme

* Einspruchsrecht. *Die Red.*

der Komitees von Charkow, der Krim, des Berg- und Hüttenreviers und des Dongebiets, sind Mehrheitskomitees. Das Donkomitee scheint neutral zu sein, aber genau weiß ich es nicht. Von den ‚Mehrheits'komitees haben die von Riga, Moskau, Petersburg und vom Nordgebiet dem ZK wegen der Deklaration ihr Mißtrauen ausgesprochen, wie ich Dir schon früher mitteilte. Nur eine ganz unbeträchtliche Anzahl von Komitees hat dem ZK das volle Vertrauen ausgesprochen. Die übrigen haben ihm für die Aussöhnungsversuche das Vertrauen ausgesprochen, unter der Bedingung, daß im Falle eines Mißerfolgs sofort ein außerordentlicher Parteitag einberufen wird. Von diesen Komitees verlangen verschiedene als Bedingung für die Aussöhnung, daß die Minderheit darauf verzichte, sich als verhandelnde ‚Seite' zu betrachten, und daß sie die Forderung der Kooptation als ‚Seite' (?) aufgibt. So steht es. Sollte die Aussöhnung mißlingen, so verliert das ZK das Vertrauen der Mehrheit der Komitees, und folglich wird es dann schon selbst für einen Parteitag agitieren müssen, um seine Vollmachten niederzulegen. **Aus der Stimmung der Komitees geht indes klar hervor, daß man auf dem Parteitag Beschlüsse im Geiste der 22 annehmen, d. h. die Redaktion absetzen und das ZO in die Hände der Mehrheit übergeben, die Zusammensetzung des Rats der Partei ändern wird usw.** Damit aber die Aussöhnung die Komitees befriedige, ist die Bedingung unerläßlich, von der ich Dir schon geschrieben habe — die Minderheit muß eine Deklaration annehmen und darauf verzichten, sich als verhandelnde ‚Seite' zu betrachten. Wenn sie das tun, dann wird, glaube ich, Lenin in Rußland den Boden verlieren, und man wird den Frieden wiederherstellen können. Deine Bemerkung, die Sache mit Martow käme ‚allmählich' in Ordnung, hat mich in Staunen versetzt. Der Starrsinn der Redaktionsmitglieder beginnt geradezu ärgerlich zu werden, und trotz meiner ideologischen u. a. Sympathien für sie fange ich an, das Vertrauen zu ihnen als zu politischen ‚Führern' zu verlieren. Die Organisationsfrage haben sie vollauf geklärt, und ihr weiterer Starrsinn bei fehlender Unterstützung in Rußland (**die Minderheit ist hier machtlos**) wird zeigen, daß sie nur um der Posten willen in den Kampf ziehen."

Das war der Anfang des Kuhhandels, und hier folgt sein Finale:

Das ZK versendet an die Komitees einen Brief, in dem es diese informiert:

„Die Verhandlungen werden in allernächster Zukunft (spätestens in etwa zwei Wochen) abgeschlossen sein, vorläufig aber können wir mitteilen, daß 1. das ZK keinerlei Minderheit kooptiert hat (das ist von irgend jemandem in Umlauf gesetzter Klatsch); ... daß 3. die Verhandlungen mit der Minderheit in demselben Sinne geführt werden, wie es Euch Walentin berichtet hat, d. h.,

wenn man von Zugeständnissen sprechen will, so kann es sich nur um Zugeständnisse seitens der Minderheit handeln und sie müssen in dem Verzicht auf die Fraktionspolemik des ZO, in der Auflösung der Geheimorganisation der Minderheit, im Verzicht auf die Kooptation ihrer Mitglieder in das ZK und in der Übergabe aller Unternehmungen (Technik, Transport, Verbindungen) an das Zentralkomitee bestehen. Nur unter diesen Bedingungen ist die Wiederherstellung des Friedens in der Partei möglich. Es ist Grund zur Hoffnung vorhanden, daß es so kommen wird. Jedenfalls wird das ZK, sollte die Minderheit jetzt den Wunsch offenbaren, ihre alte Politik fortzusetzen, sofort die Verhandlungen abbrechen und zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitags schreiten."

So beschwichtigt das ZK die Komitees, die ihm ihr Mißtrauen aussprechen, und nun *die Briefe „angesehener" Vertreter der Minderheit*. Die Briefe sind Mitte Dezember 1904 alten Stils eingetroffen.

„Endlich waren wir mit dem Pack zusammen. Ihre Antwort lautete: mit der Autonomie unserer technischen Unternehmungen einverstanden; was die Agitationskommission anbelangt, so sind sie dagegen, da sie der Meinung sind, das (die Leitung der Agitation) sei eine unmittelbare Funktion des ZK; sie ziehen diesem Plan eine Umgestaltung des ZK vor, **können aber jetzt nicht offiziell kooptieren, sondern schlagen die faktische (inoffizielle) Kooptation von drei Vertretern der Minderheit vor (Popow, Fomin und Fischer). Natürlich erklärten wir uns mit X. sofort einverstanden, und die Opposition der Minderheit ist von nun an offiziell eingestellt.** Eine Zentnerlast ist uns vom Herzen gefallen. Dieser Tage wird eine Sitzung des gesamten ZK mit uns zusammen stattfinden, und dann berufen wir eine Konferenz der uns nächststehenden Komitees ein.

...Wir sind natürlich vollkommen davon überzeugt, daß wir uns des ZK bemächtigen und es in die uns erwünschte Bahn lenken werden. Das ist um so leichter, als viele von ihnen die prinzipielle Kritik der Minderheit bereits als richtig anerkennen... In allen konsequent felsenfesten Komitees (in Baku, in Odessa, Nishni-Nowgorod und Petersburg) fordern die Arbeiter das System der Wählbarkeit. Das ist ein deutliches Symptom für die Agonie der Felsenfesten."

Gleichzeitig mit diesem Brief traf noch ein anderer ein:

„Zwischen den Bevollmächtigten der ‚Minderheit' und dem ZK ist es zu einer Verständigung gekommen. Die Bevollmächtigten haben ein Schriftstück unterzeichnet. Da aber vorher keine Umfrage bei der ‚Minderheit' stattgefunden hat, so ist natürlich auch das Schriftstück nicht ganz glücklich abgefaßt,

denn es wird darin dem Zentralkomitee und nicht seiner Einigungspolitik das ‚Vertrauen' ausgesprochen; es ist dort sowohl vom Aufgehen in der Partei als auch von der Aufhebung der Sonderexistenz die Rede, das zweite allein aber wäre schon ausreichend. Schließlich fehlt in diesem Schriftstück das ‚credo'* der ‚Minderheit'. Deshalb wurde beschlossen, von allen Organisationen der ‚Minderheit' noch eine Resolution mit dem ‚credo' und den genannten Korrekturen annehmen zu lassen, wobei natürlich das Abkommen unserer Bevollmächtigten mit dem ZK als getroffen anerkannt werden soll."

*

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die auf frischer Tat ertappten Leute, die durch diese Dokumente entlarvt werden, mit dem ihnen eigenen „moralischen Zartgefühl" alle Anstrengungen machen werden, um die Aufmerksamkeit der Partei vom Inhalt der Dokumente auf die moralische Frage des Rechts ihrer Veröffentlichung abzulenken. Ich bin überzeugt, daß die Partei sich durch dieses Ablenkungsmanöver nicht Sand in die Augen streuen lassen wird. Ich erkläre, daß ich die moralische Verantwortung für diese Enthüllung voll und ganz auf mich nehme und daß ich einem Schiedsgericht, das die Angelegenheit als Ganzes untersuchen wird, alle nötigen Erläuterungen geben werde.

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

MITTEILUNG ÜBER DIE BILDUNG EINES ORGANISATIONSKOMITEES UND ÜBER DIE EINBERUFUNG DES III. ORDENTLICHEN PARTEITAGS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS[180]

Die schwere Krise, die unsere Partei seit nunmehr anderthalb Jahren, seit dem II. Parteitag, durchmacht, hat zu dem unvermeidlichen und längst vorausgesehenen Ergebnis geführt, zum vollständigen Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei. Wir wollen hier die unerquickliche Geschichte der Krise nicht wiederholen und nicht an Tatsachen erinnern, die in unserer Parteiliteratur im allgemeinen und in einer ganzen Reihe von Resolutionen und Erklärungen russischer Komitees und Komiteekonferenzen im besonderen hinreichend beleuchtet worden sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die letzte derartige Konferenz, die des Nordens, an der die Komitees von Petersburg, Riga, Twer, Moskau, Nishni-Nowgorod und vom Nordgebiet teilnahmen, ein Büro gewählt und es beauftragt hat, als Organisationskomitee für die sofortige Einberufung des III. ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu wirken.

Das Büro hat den Ablauf aller dem sogenannten Zentralkomitee von den Komitees gesetzten Fristen für eine Antwort abgewartet und sich nunmehr mit den Bevollmächtigten der drei südlichen (Odessa, Jekaterinoslaw, Nikolajew) und der vier kaukasischen Komitees verständigt. Das Büro tritt jetzt als Organisationskomitee auf und beruft ohne Zustimmung der Zentralstellen, die der Partei rechenschaftspflichtig sind, sich aber der Verantwortung vor der Partei entzogen haben, den III. ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ein.

Rußland durchlebt einen noch nie dagewesenen politischen Aufschwung, und dem Proletariat fallen die größten historischen Aufgaben im Kampf gegen die Selbstherrschaft zu. Alle in Rußland tätigen Sozialdemokraten wissen, welch ungeheurer Schaden für die Organisierung und den

Zusammenschluß der Kräfte des Proletariats durch unsere Parteiwirren entstanden ist, welche unermeßliche Einbuße die Propaganda, die Agitation und die Vereinigung der Arbeiter in Rußland durch den verderblichen Einfluß des ausländischen Zirkelwesens erlitten haben. Und wenn schon keine Möglichkeit besteht, die ausländischen Zirkel und ihre Gefolgsleute zu vereinigen, so sollten sich wenigstens alle sozialdemokratischen Funktionäre in Rußland, alle Anhänger der konsequenten Richtung der revolutionären Sozialdemokratie vereinigen. Eine solche Vereinigung ist der einzig richtige Weg zur künftigen vollständigen und dauerhaften Einheit aller Sozialdemokraten Rußlands.

Es lebe die russische, es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Was die Bedingungen für die Einberufung des Parteitags betrifft, so erachtet es das Organisationskomitee für notwendig, folgendes zur allgemeinen Kenntnis zu bringen:

1. Das Organisationskomitee erkennt das unbedingte Recht auf Teilnahme am III. ordentlichen Parteitag mit beschließender Stimme aller Komitees und Organisationen in Rußland an, die vom II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bestätigt worden sind (es sind dies die Komitees von Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew, Odessa, Nikolajew, dem Dongebiet, Jekaterinoslaw, Saratow, dem Ural, dem Nordgebiet, Tula, Twer, Nishni-Nowgorod, Baku, Batum, Tiflis, dem Berg- und Hüttenrevier, Sibirien und der Krim).

2. Das Organisationskomitee erkennt das bedingte Recht auf Teilnahme derjenigen Komitees am Parteitag an, die vom Zentralkomitee nach dem II. Parteitag bestätigt worden sind (die Komitees von Mingrelien, Astrachan, Orjol-Brjansk, Samara, Smolensk, Riga, Kursk, Woronesh sowie die Auslandsliga). Alle diese Komitees sind von Zentralstellen bestätigt worden, die das Vertrauen der Partei verloren haben. Wir sind verpflichtet, sie zum III. Parteitag einzuladen, jedoch kann nur der Parteitag selbst über ihre Teilnahme endgültig entscheiden (Gültigkeit des Komitees, Recht auf beratende oder beschließende Stimme usw.).

3. Das Organisationskomitee bringt im Namen der Mehrheit der russischen Komitees den Wunsch zum Ausdruck, daß am III. ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands *alle*, sowohl

die ausländischen als auch die russischen Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands teilnehmen mögen, insbesondere alle Arbeiterorganisationen, die sich als zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gehörig betrachten. Die Teilnahme dieser letzteren erscheint uns besonders wünschenswert, weil die Parteikrise und die demagogische Propagierung des Wahlprinzips und eines Demokratismus im Geiste des „Rabotscheje Delo" bereits ziemlich viele Spaltungen hervorgerufen haben. Man muß auf dem Parteitag den Versuch machen, unter Teilnahme der Vertreter der Mehrheit der russischen Komitees diese Spaltungen zu beseitigen oder ihren Schaden zu mindern.

4. Das Organisationskomitee lädt daher alle ein, die am Parteitag teilnehmen wollen, sich sofort zu äußern und mit ihm (durch Vermittlung eines der obengenannten 13 Komitees) in Verbindung zu treten.

5. Die Bedingungen der *Einladung* zum Parteitag sollen in Streitfällen durch Beschluß von zwei benachbarten Komitees und einer dritten Person vom Organisationskomitee festgelegt werden.

6. Die Bedingungen der *Teilnahme* am Parteitag (ob mit beratender oder beschließender Stimme) von Komitees und anderen Organisationen, die vom II. Parteitag nicht bestätigt worden sind, wird der III. Parteitag selbst festlegen.

7. Zeit und Ort des Parteitags wird das Organisationskomitee bestimmen.

Geschrieben im Dezember 1904,
nach dem 11. (24.).
Zuerst veröffentlicht 1926 im
Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

ANMERKUNGEN

[1] Die *„Schilderung des II. Parteitags der SDAPR"* verfaßte Lenin nach dem II. Parteitag, als sich der Kampf der Bolschewiki gegen die desorganisierende Spaltungstätigkeit der Menschewiki verschärfte. Bis zur Veröffentlichung der Parteitagsprotokolle (im Januar 1904) war die „Schilderung" das einzige Dokument, das die Ergebnisse des II. Parteitags und die Ursachen der Spaltung der SDAPR beleuchtete. *1*

[2] Lenin benutzte die Angaben über die Delegierten zum II. Parteitag der SDAPR mit beschließender Stimme, die beim Bericht der Mandatsprüfungskommission in der zweiten Sitzung des Parteitags am 18. (31.) Juli 1903 anwesend waren. Zu diesem Zeitpunkt zählte der Parteitag 42 Delegierte mit beschließender Stimme: 33 Delegierte mit einer Stimme, 8 Delegierte mit zwei Stimmen und ein Delegierter des Auslandskomitees des „Bund", der vorübergehend, bis zum Eintreffen des zweiten Vertreters, ebenfalls zwei Stimmen hatte. Als der zweite Delegierte des „Bund" am 22. Juli (4. August) eintraf, waren auf dem Parteitag 43 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, davon 35 Delegierte mit einer Stimme und 8 Delegierte mit zwei Stimmen. *5*

[3] *Т* — der Bolschewik P. A. Krassikow (laut Protokollen des II. Parteitags der SDAPR — Pawlowitsch). *7*

[4] *„Borba"* (Kampf) — Publizistengruppe im Ausland. Sie hatte sich im Sommer 1900 in Paris gebildet; als selbständige Gruppe konstituierte sie sich 1901, nach der „Vereinigungs"konferenz. Die Gruppe wurde zum II. Parteitag nicht zugelassen, weil sie von den Anschauungen und der Taktik der Sozialdemokratie abwich, sich desorganisierend betätigte und mit den sozialdemokratischen Organisationen in Rußland keine Verbindung hatte. Durch Beschluß des II. Parteitags wurde die Gruppe „Borba" aufgelöst. *8*

[5] *N (NN)* — Pseudonym der Menschewikin J. M. Alexandrowa (laut Protokollen des II. Parteitags der SDAPR — Stein). *8*

[6] *„Überläufer"* — I. W. Tschernyschow, war ursprünglich „Ökonomist", schloß sich dann der Auslandsorganisation der „Iskra" an und lief im April 1903 erneut zu den „Ökonomisten" über. *8*

[7] Als *Kommentar zur Tagesordnung* bezeichnete Lenin seine Bemerkungen zum Entwurf der Tages- und Geschäftsordnung des zweiten Parteitags, den er „Programm des II. ordentlichen Parteitags der SDAPR" betitelte. *17*

[8] *Starower* — Pseudonym des Menschewiks A. N. Potressow. *17*

[9] *„Sarja"* (Die Morgenröte) — marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen vier Nummern.

In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". In der Zeitschrift „Sarja" wurden auch theoretische Artikel von Plechanow veröffentlicht. *18*

[10] *„Rewoluzionnaja Rossija"* (Das revolutionäre Rußland) — illegale Zeitung der Sozialrevolutionäre, die von Ende 1900 an erschien. Von Januar 1902 bis Dezember 1905 erschien die Zeitung in Genf als offizielles Organ der Partei der Sozialrevolutionäre. *23*

[11] *„Das Attentat vom zweiten April"* — gemeint ist die Ermordung des Innenministers Sipjagin durch den Studenten Balmaschow am 2. (15.) April 1902. *23*

[12] Der *Zirkel der Petraschewskileute* entstand Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Petersburg. Ihm gehörten fortschrittliche russische Intellektuelle an: Schriftsteller, Lehrer, Studenten, untere Beamte, Offiziere u. a. Das Haupt des Zirkels war M. W. Butaschewitsch-Petraschewski, ein Anhänger des französischen utopischen Sozialisten Charles Fourier.

Die politischen Anschauungen der Petraschewskileute waren nicht gleichartig, die Mehrzahl trat aber gegen die zaristische Selbstherrschaft und die Leibeigenschaft auf.

Die Schriftsteller M. J. Saltykow-Schtschedrin und F. M. Dostojewski wie auch die Dichter A. N. Pleschtschejew, A. N. Maikow, T. G. Schewtschenko u. a. standen mit dem Petraschewski-Zirkel in Verbindung. *28*

[13] Der Artikel *„Die Aufgaben der revolutionären Jugend"* trägt den Untertitel „Erster Brief". Weitere Briefe sind indes nicht erschienen. Der Artikel wurde auch als Broschüre mit dem Mimeographen vervielfältigt, und zwar unter dem Titel „An die Studentenschaft. Die Aufgaben der revolutionären Jugend (Die Sozialdemokratie und die Intelligenz)".

In den Dokumenten des Polizeidepartements ist in den Jahren 1904/1905 vermerkt, daß Lenins Broschüre bei Verhaftungen und Haussuchungen in Jekaterinoslaw, Nishni-Nowgorod, Kasan, Odessa und Arsamas sowie in den Gouvernements Smolensk und Minsk gefunden wurde. *30*

[14] *„Student"* — Zeitung der revolutionären Studentenschaft. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im April, Nr. 2/3 im September 1903. *30*

[15] *„Oswoboshdenije"* (Die Befreiung) — Halbmonatsschrift der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die unter der Redaktion von P. B. Struve von 1902 bis 1905 in Stuttgart und Paris erschien. Die Anhänger des „Oswoboshdenije" bildeten später den Kern der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Kadetten), die im Oktober 1905 gegründet wurde. *30*

[16] Der von Lenin nach diesem Plan geschriebene Artikel wurde nicht aufgefunden. Den letzten Absatz des Plans — über den „Bund" — entwickelte Lenin in dem Artikel „Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik". (Siehe den vorliegenden Band, S. 47—53.) *45*

[17] *„Schluß mit der ‚Nomaden'periode"* — Schluß mit der ideologischen und organisatorischen Zersplitterung der sozialdemokratischen Organisationen. *45*

[18] *„Posledníje Iswestija"* (Die letzten Nachrichten) — Mitteilungsblatt, das von 1901 bis 1906 vom Auslandskomitee des „Bund" in London und Genf herausgegeben wurde. *48*

[19] *Zionismus* — reaktionäre nationalistische Strömung in der jüdischen Bourgeoisie. *51*

[20] *Mitglied des ZK* — F. W. Lengnik (Pseudonyme — Wassiljew, Kol). *54*

[21] Die *zweite Konferenz der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie"* wurde auf Drängen der Menschewiki einberufen und tagte vom 13. bis 18. (26. bis 31.) Oktober 1903 in Genf. An der Konferenz nahmen 15 Delegierte (18 Stimmen) der Mehrheit unter Führung Lenins teil, 18 Delegierte (22 Stimmen) der Minderheit und ein Delegierter (zwei Stimmen), der weder zu den Bolschewiki noch zu den Menschewiki gehörte.

Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung der Konferenz der Bericht Lenins, der von der Liga zum II. Parteitag der SDAPR delegiert worden

war. Nach Lenin sprach Martow, der den Opportunismus der Menschewiki verteidigte und verleumderische Angriffe gegen die Bolschewiki richtete. Lenin und seine Anhänger verließen die Konferenz. Da es die Konferenz der Auslandsliga ablehnte, sich den Beschlüssen des II. Parteitags unterzuordnen, wurde sie vom ZK und vom Rat der Partei für rechtswidrig erklärt. *57*

[22] Das *Referat über die nationale Frage* arbeitete Lenin später für die „Iskra" zu dem Artikel um „Die nationale Frage in unserem Programm". (Siehe Werke, Bd. 6, S. 452—461.) *63*

[23] *PPS* (Polnische Sozialistische Partei) — 1892 gegründete reformistische nationalistische Partei. *63*

[24] Die *„Erklärung zum Referat von Martow"* wurde von Lenin in der dritten Sitzung der II. Konferenz der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" verlesen und dem Konferenzbüro übergeben. Das Schiedsgericht, das die von Martow auf der Konferenz vorgebrachten verleumderischen Beschuldigungen prüfen sollte, trat nicht zusammen, da Martow es vorzog, in einem Brief vom 16. (29.) November 1903 zu erklären, daß er an Lenins Gewissenhaftigkeit und Aufrichtigkeit nicht zweifle. *74*

[25] *„Eine nichtabgegebene Erklärung"* schrieb Lenin für die II. Konferenz der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie". In der Sitzung vom 16. (29.) Oktober 1903 beschränkte sich Lenin auf eine kurze mündliche Erklärung. *76*

[26] Die *„Erklärung über den Austritt aus dem Rat der Partei und aus der Redaktion des ZO"* reichte Lenin ein, nachdem Plechanow offen zu den Menschewiki abgeschwenkt war und vorgeschlagen hatte, alle vom II. Parteitag der SDAPR abgelehnten ehemaligen Redakteure wieder in die Redaktion der „Iskra" zu kooptieren.

Am 5. (18.) November wandte sich Lenin an die Redaktion des ZO mit der Bitte, in der „Iskra" die Erklärung über den Austritt aus der Redaktion der „Iskra" zu veröffentlichen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 103.) Eine Mitteilung der Redaktion über die Veränderungen in ihrer Zusammensetzung wurde in Nr. 53 der neuen, menschewistischen „Iskra" vom 25. November 1903 veröffentlicht. *81*

[27] Der *„Bund"* („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland") wurde 1897 in Wilna gegründet und vereinigte hauptsächlich halbproletarische jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. Auf dem I. Parteitag der SDAPR im März 1898 schloß sich der „Bund" der

SDAPR an. Der „Bund" war Träger von Nationalismus und Separatismus in der Arbeiterbewegung Rußlands. Nachdem der II. Parteitag der SDAPR die Forderung des „Bund", ihn als einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, abgelehnt hatte, trat der „Bund" aus der Partei aus. Im Jahre 1906 kehrte der „Bund" auf Grund eines Beschlusses des IV. („Vereinigungs"-) Parteitags in die SDAPR zurück. Die Bundisten unterstützten innerhalb der SDAPR stets den opportunistischen Flügel der Partei („Ökonomisten", Menschewiki, Liquidatoren) und führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bolschewiki. Der Programmforderung der Bolschewiki — Recht der Nationen auf Selbstbestimmung — stellte der „Bund" die Forderung nach national-kultureller Autonomie entgegen. *82*

[28] *„Die Arbeiterstimme"* — Zeitung, das Zentralorgan des „Bund", das von 1897 bis 1905 erschien. *82*

[29] Lenin meint das Manifest, das im März 1898 auf dem I. Parteitag der SDAPR in Minsk angenommen worden war. *82*

[30] Die Episode des bundistischen Kampfes gegen das Jekaterinoslawer Komitee der SDAPR legte Lenin dar in dem Artikel „Braucht das jüdische Proletariat eine ‚selbständige politische Partei'?". (Siehe Werke, Bd. 6, S. 324 bis 329). *88*

[31] *„Die Neue Zeit"* — theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien und bis 1917 von Karl Kautsky redigiert wurde. In der „Neuen Zeit" wurden erstmalig einige Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit" arbeiteten hervorragende Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit: August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, G. W. Plechanow, Paul Lafargue u. a. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit" mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. *89*

[32] Lenin bringt in eigener Übersetzung einen Auszug aus der Schrift des französischen Philologen und Historikers Renan „Le judaïsme comme race et comme religion" („Das Judentum als Rasse und als Religion"), die enthalten ist in dem Buch „Discours et Conférences par Ernest Renan" (Reden und öffentliche Lektionen von Ernest Renan), Paris 1887, S. 373. *91*

[33] *W. W.* und *Nikolai-on* — Pseudonyme W. P. Woronzows und N. F. Danielsons, Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *94*

[34] *Millerand* — Führer der opportunistischen Richtung in der französischen sozialistischen Bewegung, der 1899 in die reaktionäre bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau eintrat. *96*

[35] *„Eine unveröffentlichte Erklärung"* — von Lenin in der Sitzung des Zentralkomitees am 14. (27.) November 1903 vorgelegter Entwurf für einen Beschluß des ZK der Partei, der jedoch nicht gefaßt wurde, weil einige Mitglieder des ZK eine versöhnlerische Haltung zu den Menschewiki einnahmen. *104*

[36] Das *Ultimatum des Zentralkomitees* wurde den Menschewiki am 12. (25.) November 1903 gestellt. Bereits am 22. Oktober (4. November) 1903 hatte Lenin an das Zentralkomitee einen Brief geschickt, in welchem er vorschlug, den Menschewiki folgende Bedingungen zu stellen: 1. Kooptation von drei ehemaligen Redakteuren in die Redaktion; 2. Wiederherstellung des früheren Zustands in der Auslandsliga; 3. Abtretung einer Stimme im Rat der Partei an die Menschewiki. Diese ursprünglichen Bedingungen wurden von den Versöhnlern im ZK nicht unterstützt. In demselben Brief entwarf Lenin die Hauptpunkte des Ultimatums, d. h. die praktischen Zugeständnisse an die Menschewiki, die er seitens des ZK für zulässig hielt, und schlug dem ZK vor, diese Punkte gleichzeitig zu bestätigen, sie aber den Menschewiki vorläufig nicht mitzuteilen: 1. Kooptation der vier ehemaligen Redakteure in die Redaktion der „Iskra"; 2. Kooptation zweier vom ZK ausgewählter Personen ins ZK; 3. Wiederherstellung des früheren Zustands in der Auslandsliga; 4. Abtretung einer Stimme im Rat der Partei an die Menschewiki. „Sollte das Ultimatum nicht angenommen werden", betonte Lenin, „dann Kampf bis aufs äußerste. Zusätzliche Bedingung: 5. Einstellung aller Klatschereien, Streitigkeiten und Redereien anläßlich der Auseinandersetzungen auf dem II. Parteitag und nachher." Diese Vorschläge Lenins (außer der zusätzlichen Bedingung) wurden, freilich von den versöhnlerisch gestimmten Mitgliedern des ZK etwas abgeschwächt, in das Ultimatum des ZK vom 12. (25.) November aufgenommen.

Die Menschewiki lehnten das Ultimatum des ZK ab und beschritten den Weg des offenen Kampfes gegen die Mehrheit der Partei.

Eine Einschätzung des Ultimatums des ZK gab Lenin in dem Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück". (Siehe den vorliegenden Band, S. 378/379.) *104*

[37] Den *„Brief an die Redaktion der ‚Iskra'"* schrieb Lenin als Antwort auf

Plechanows Artikel „Was man nicht tun darf", der in Nr. 52 der „Iskra" vom 7. November 1903 veröffentlicht worden war. *105*

[38] Lenins Brief an die Redaktion der „Iskra" *„Warum bin ich aus der Redaktion der ‚Iskra' ausgetreten?"* wurde im Ausland als Sonderdruck veröffentlicht und in Rußland illegal nachgedruckt. In Polizeidokumenten von 1904 und 1905 ist vermerkt, daß der „Brief" bei Haussuchungen und Verhaftungen in Moskau, Charkow, Tula, Tomsk, Riga, Nikolajew, Poltawa, Astrachan und im Donezbecken gefunden wurde. *110*

[39] Es handelt sich um Lenins Werk *„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)"*. (Siehe den vorliegenden Band, S. 197 bis 430.) *122*

[40] Am 13. (26.) November 1903 kooptierte Plechanow in die Redaktion der „Iskra" die ehemaligen Redakteure, die Menschewiki Martow, Axelrod, Sassulitsch und Potressow. *129*

[41] Der Verfasser des Briefes war der Arbeiter N. J. Wilonow, ein Mitglied des Jekaterinoslawer Komitees der SDAPR. Lenin antwortete auf diesen Brief zwischen dem 17. und 22. Dezember 1903. *132*

[42] *„An die Parteimitglieder. Entwurf eines Aufrufs"* — von Lenin verfaßt auf Grund des von Martow in Nr. 56 der „Iskra" vom 1. Januar 1904 veröffentlichten Artikels „Das Problem des Tages (Zirkel oder Partei?)". *133*

[43] Der *Rat der SDAPR* tagte vom 15. bis 17. (28. bis 30.) Januar 1904. Der Rat war auf Vorschlag Plechanows einberufen worden, um die „Tätigkeit des ZK und des ZO bei der Herausgabe von Parteiliteratur" zu koordinieren. An der Sitzung des Rates nahmen Lenin, Plechanow, Lengnik, Martow und Axelrod teil.

Lenin schlug im Namen des ZK vor, zunächst Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei zu behandeln. Statt jedoch diese Frage konkret zu erörtern, nahm der Rat mit den Stimmen Plechanows, Martows und Axelrods entgegen Lenins Protest eine Resolution Plechanows an, in der die Forderung erhoben wurde, Menschewiki in das ZK zu kooptieren.

Nachdem die Menschewiki alle Versuche, den Frieden in der Partei wiederherzustellen, zunichte gemacht hatten, brachte Lenin den Resolutionsentwurf über die Einberufung des III. Parteitags als einzigen Ausweg aus der entstandenen Lage ein. Der Rat sprach sich gegen die Einberufung des III. Parteitags aus und billigte auch die desorganisierende Tätigkeit der menschewistischen „Iskra".

Die Tagung des Rates im Januar 1904 zeigte, daß mit dem Übergang Plechanows auf die Seite der Menschewiki der Rat der SDAPR ein Werkzeug des Kampfes der Menschewiki gegen die Partei geworden war. Nach

der Januartagung des Rates erklärte Lenin in einem Brief an das Zentralkomitee vom 18. (31.) Januar, daß die wichtigste Aufgabe des ZK die unverzügliche Einberufung des III. Parteitags sei. *137*

[44] *Trawinski* — Pseudonym G. M. Krshishanowskis, Mitglied des ZK der SDAPR. *151*

[45] Im dritten Punkt des Ultimatums vom 12. (25.) November 1903 schlug das Zentralkomitee vor, zwei Mitglieder der Minderheit in das ZK zu kooptieren. Dem Zentralkomitee gehörten damals Lenin, Krshishanowski, Lengnik, Noskow, Gussarow, Semljatschka, Krassin, Essen und Galperin an. *156*

[46] *Ru* — Pseudonym L. J. Galperins. *159*

[47] *„Schreiben des ZK", „Akte des ZK"* und *„Dokument vom 25. November"* — das Ultimatum des ZK vom 12. (25.) November 1903, das den Menschewiki auf Antrag Lenins gestellt wurde. *162*

[48] Den Brief, den das Mitglied des Zentralkomitees Lengnik (Wassiljew) am 29. November (12. Dezember) 1903 an die Redaktion der „Iskra" sandte, hatte Lenin geschrieben. *164*

[49] Lenin hat den Brief an Potressow vom 31. August (13. September) 1903 im Auge, der von ihm mit unbedeutenden Kürzungen in seinem Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" veröffentlicht wurde. (Siehe den vorliegenden Band, S. 353/354.) *164*

[50] Es handelt sich um Lengnik, den das Zentralkomitee als seinen offiziellen Vertreter ins Ausland geschickt hatte, und um Krshishanowski, der im November 1903 in der Schweiz eingetroffen war, um mit den Menschewiki zu verhandeln. *165*

[51] Lenin meint die Komitees von Saratow, Odessa und anderen Städten. Die Resolutionen des Saratower und des Odessaer Komitees hatte N. Schachow in seiner Broschüre „Der Kampf um den Parteitag", Genf 1904, S. 28, veröffentlicht. *168*

[52] *Sagorski* — Pseudonym des Menschewiks W. N. Krochmal. *175*

[53] Lenin zitiert den Brief von I. Ch. Lalajanz an N. K. Krupskaja vom 24. Dezember 1903 (6. Januar 1904). *176*

[54] *Martyn* — Pseudonym des Menschewiks W. N. Rosanow. *176*

[55] Lenin zitiert den Brief Krassins an die Auslandssektion des Zentralkomitees vom 1. (14.) Januar 1904. *176*

[56] Im ersten Brief bat der Expedient des Zentralkomitees die Redaktion der menschewistischen „Iskra", ihm mitzuteilen, wem die für die Redaktion bestimmten 50 Exemplare der „Iskra" zugestellt werden, da er diese Angaben für seinen Rechenschaftsbericht an das Zentralkomitee brauche. Im

zweiten Brief weigerte er sich, ohne Erlaubnis des Zentralkomitees den Martowleuten mehr als die für die Redaktion bestimmten 50 Exemplare der „Iskra" auszuliefern. *177*

[57] Lenin zitiert den Brief des Auslandsvertreters des Zentralkomitees Lengnik an die Redaktion des Zentralorgans vom 14. (27.) Dezember 1903. Den Brief hatte Lenin geschrieben. *178*

[58] *„Vorwärts"* — 1876 gegründete Tageszeitung, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zu ihren Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts"-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts" zu. Während des imperialistischen Krieges 1914—1918 vertrat der „Vorwärts" zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt, wurde dann zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus und nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. *178*

[59] Lenin zitiert den Brief des Auslandsvertreters des Zentralkomitees Lengnik an die Redaktion der „Iskra" vom 26. Dezember 1903 (8. Januar 1904). Den zitierten Teil des Briefes schrieb Lenin. *179*

[60] Z — W. N. Krochmal. *180*

[61] An dem Werk *„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)"* arbeitete Lenin mehrere Monate und studierte in dieser Zeit aufmerksam die Sitzungsprotokolle und Resolutionen des II. Parteitags der SDAPR, die Reden jedes Delegierten, die politischen Gruppierungen, die sich auf dem Parteitag herausgebildet hatten, die Dokumente des ZK und des Rats der Partei.

Lenins Buch erboste die Menschewiki. Plechanow forderte vom ZK, es solle sich von diesem Werk Lenins abgrenzen. Die Versöhnler im ZK versuchten, den Druck und Vertrieb aufzuhalten.

Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", das im Ausland herausgegeben wurde, fand weite Verbreitung unter den fortschrittlichen Arbeitern Rußlands. Es wurde bei Verhaftungen und Haussuchungen in Moskau, Petersburg, Riga, Saratow, Tula, Orjol, Ufa, Perm, Kostroma, Schtschigry, Schawli (Gouvernement Kowno) und anderen Städten gefunden. Lenin nahm diese Arbeit in den Sammelband „12 Jahre", 1907 (auf dem Titelblatt 1908), auf. In der neuen Ausgabe ließ er die Abschnitte

j, k, l, m, o, p ganz weg, nahm an anderen Abschnitten einige Kürzungen vor und fügte manche ergänzende Bemerkung ein.

Der vorliegende Band der Werke enthält den vollen Wortlaut nach der ersten Ausgabe von 1904 mit den Ergänzungen des Verfassers zur zweiten Ausgabe von 1907. *197*

[62] *Praktiker (Panin)* — Pseudonyme des Menschewiks M. S. Makadsjub. *203*

[63] Die *Konferenz von 1902* war eine Konferenz der Vertreter von Komitees und Organisationen der SDAPR; sie fand vom 23. bis 28. März (5. bis 10. April) 1902 in Białystok statt. Die „Ökonomisten" und Bundisten wollten die Konferenz als II. Parteitag erklären. Das gelang jedoch nicht, weil nur wenige Organisationen anwesend waren und der Vertreter der „Iskra" energisch dagegen auftrat und nachwies, daß ein solcher Parteitag unvorbereitet und nicht beschlußfähig wäre. Die Konferenz wählte ein Organisationskomitee für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR, von dem aber bald darauf zwei Mitglieder verhaftet wurden. Das neue Organisationskomitee für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR wurde im November des gleichen Jahres auf der Beratung in Pskow gebildet. Eine Einschätzung der Białystoker Konferenz gab Lenin in dem „Bericht der ‚Iskra'-Redaktion für die Beratung (Konferenz) der Komitees der SDAPR". (Siehe Werke, Bd. 6, S. 84—93.) *203*

[64] Pawlowitsch, „Brief an die Genossen über den zweiten Parteitag der SDAPR", Genf 1904, russ. *212*

[65] *Sorokin* — Pseudonym des Bolschewiks N. E. Bauman; *Lange* — Pseudonym des Bolschewiks A. M. Stopani. *212*

[66] *„Rabotschaja Mysl"* (Arbeitergedanke) — Gruppe von „Ökonomisten", die eine Zeitung gleichen Namens herausgab. Es erschienen 16 Nummern von Oktober 1897 bis Dezember 1902. Redigiert wurde die Zeitung von K. M. Tachtarew u. a.

Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „Rabotschaja Mysl" als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus gab Lenin in Artikeln, die in der „Iskra" veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?". *220*

[67] *Kostrow* — Pseudonym des kaukasischen Menschewiks N. N. Shordanija. *233*

[68] Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 43, russ. *235*

[69] Gemeint ist der Konflikt, zu dem es 1900 in Hamburg kam, als eine Gruppe von Maurern, die eine „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs" gebildet

hatten, während eines Streiks entgegen dem Verbot des Zentralverbands der Maurer Deutschlands, Zweigverein Hamburg, im Akkordlohn weiterarbeitete. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Maurerverbands verlangten in einer Versammlung der Parteiorganisationen Hamburgs, man solle gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der Streikbrechergruppe vorgehen. Das vom Parteivorstand der SPD eingesetzte Schiedsgericht verurteilte das Verhalten der sozialdemokratischen Mitglieder der „Freien Vereinigung", lehnte aber den Antrag auf ihren Ausschluß aus der Partei ab. *261*

[70] Auf dem II. Parteitag der SDAPR waren 16 Mitglieder der „Iskra"-Organisation anwesend, davon neun Anhänger der Mehrheit, an ihrer Spitze Lenin, und sieben Anhänger der Minderheit, an ihrer Spitze Martow. *277*

[71] *Sablina* — Pseudonym N. K. Krupskajas. *281*

[72] *Herz* — Pseudonym D. I. Uljanows. *288*

[73] *Ossipow* — Pseudonym der Bolschewikin R. S. Semljatschka, Mitglied des ZK der SDAPR. *330*

[74] Lenin meint die Rede des „Ökonomisten" Akimow auf dem II. Parteitag der SDAPR, der seine Ablehnung des von der „Iskra" vorgeschlagenen Parteiprogramms unter anderem damit begründete, daß das Wort „Proletariat" im Programm nicht Subjekt, sondern Objekt sei. *335*

[75] *Berg* und *Gironde* — Bezeichnung der zwei politischen Gruppierungen der Bourgeoisie während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Als Berg oder Jakobiner bezeichnete man die konsequenten Vertreter der revolutionären Klasse der damaligen Zeit, der Bourgeoisie, die die Vernichtung des Absolutismus und Feudalismus forderten. Zum Unterschied von den Jakobinern schwankten die Girondisten zwischen Revolution und Konterrevolution und wählten den Weg des Paktierens mit der Monarchie.

„Sozialistische Gironde" nannte Lenin die opportunistische Strömung in der Sozialdemokratie, proletarische Jakobiner oder „Berg" die revolutionären Sozialdemokraten. *345*

[76] Das *Woronesher Komitee* und die *Petersburger „Arbeiterorganisation"* befanden sich in den Händen der „Ökonomisten" und verhielten sich feindselig zur Leninschen „Iskra" und zu ihrem Organisationsplan für den Aufbau einer marxistischen Partei. *347*

[77] *Neues Mitglied des ZK* — F. W. Lengnik. *356*

[78] *Orthodox* — Pseudonym der Menschewikin L. I. Axelrod. *374*

[79] *Basarow* — Hauptgestalt in I. S. Turgenjews Roman „Väter und Söhne". *377*

[80] In Nr. 53 der „Iskra" vom 25. November 1903 wurde gleichzeitig mit Lenins „Brief an die Redaktion der ‚Iskra'" (siehe den vorliegenden Band, S. 105—109) die von Plechanow verfaßte Antwort der Redaktion veröffentlicht. Lenin schlug in dem Brief vor, die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Bolschewiki und Menschewiki in den Spalten der Zeitung zu erörtern. Plechanow lehnte dies ab und bezeichnete die Meinungsverschiedenheiten als „Gezänk im Zirkelleben". *377*

[81] *Y* — Pseudonym des Versöhnlers L. J. Galperin, Mitglied des ZK. *380*

[82] Gemeint sind die Ansichten des Vertreters des „legalen Marxismus", P. B. Struve, gegen den Lenin im Herbst 1894 mit dem Referat „Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur" aufgetreten war. *384*

[83] Lenin meint Martows Artikel „Bereiten wir uns so vor?" in der „Iskra", in welchem sich Martow gegen die Vorbereitung des gesamtrussischen bewaffneten Aufstands aussprach und die Vorbereitung des Aufstands als Utopie und Verschwörertum bezeichnete. *387*

[84] Der *Dresdener Parteitag* der deutschen Sozialdemokratie fand vom 13. bis 20. September 1903 statt. Der Parteitag war in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 ein Höhepunkt der Auseinandersetzungen der Marxisten mit den Revisionisten in Theorie und Praxis. Es erfolgte jedoch keine organisatorische Trennung von den Opportunisten, so daß ihnen die Möglichkeit blieb, sich innerhalb der Partei auszubreiten. *401*

[85] *Dedow* — Pseudonym von L. M. Knipowitsch, Anhängerin der Mehrheit auf dem II. Parteitag der SDAPR. *423*

[86] *Boris, Loschad, Walentin, Mitrofan* — Pseudonyme der Versöhnler W. A. Noskow, L. B. Krassin, L. J. Galperin und F. W. Gussarow. *431*

[87] *Swerew* — Pseudonym der Bolschewikin M. M. Essen, Mitglied des ZK der SDAPR. *435*

[88] *Nikititsch* — Pseudonym L. B. Krassins. *436*

[89] Karl Kautsky schlug in einem in Nr. 66 der „Iskra" vom 15. Mai 1904 veröffentlichten Brief vor, bis zum Abschluß eines „Waffenstillstands" in der Partei keinen Parteitag zur Austragung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki einzuberufen. *437*

[90] Der *Rat der Partei* tagte am 31. Mai und 5. Juni (13. und 18. Juni) 1904 in Genf in folgender Zusammensetzung: Lenin, Plechanow, Noskow, Axelrod und Martow. In der ersten Sitzung behandelte der Rat die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz aller revolutionären und oppositionellen Par-

teien in Rußland und den bevorstehenden Internationalen Kongreß in Amsterdam. In der zweiten Sitzung wurden innerparteiliche Fragen erörtert: 1. das Recht der zentralen Parteikörperschaften (ZO und ZK), ihre Vertreter aus dem Rat der Partei abzuberufen; 2. die laut Statut für die Kooptation in ein Lokalkomitee erforderliche Stimmenzahl; 3. die Kooptation in die Komitees und das Recht des ZK, neue Mitglieder der Komitees einzusetzen; 4. der Abstimmungsmodus der Parteiorganisationen betreffend die Einberufung des III. Parteitags und andere Fragen.

Der Rat der Partei faßte zu den wichtigsten innerparteilichen Fragen menschewistische Beschlüsse. *439*

91 Die *Polnische Sozialistische Partei „Proletariat"* entstand 1900. Sie bekannte sich zwar zum sozialdemokratischen Programm, verfocht jedoch gleichzeitig die Taktik des individuellen Terrors. *443*

92 Die Resolution wurde vom Rat der Partei einstimmig angenommen. *447*

93 *„Rasswet"* (Morgendämmerung) — sozialdemokratisches Blatt für Sektenanhänger; wurde auf Grund eines Beschlusses des II. Parteitags der SDAPR von W. D. Bontsch-Brujewitsch in Genf herausgegeben. Die erste Nummer erschien im Januar 1904. Der Rat der Partei sprach sich auf seiner Sitzung am 5. (18.) Juni 1904 dagegen aus, das Blatt weiterhin als Parteiorgan erscheinen zu lassen (Bontsch-Brujewitsch erhielt jedoch das Recht zugesprochen, es persönlich herauszugeben). Im Herbst 1904 wurde das Erscheinen des „Rasswet" eingestellt. Insgesamt kamen 9 Nummern heraus. *448*

94 Gemeint ist die am 23. Juni (6. Juli) 1904 angenommene Resolution des Petersburger Komitees der SDAPR, in der das Komitee die baldige Einberufung des III. Parteitags forderte. *454*

95 Lenin meint die Resolution des Rats der Partei vom 5. (18.) Juni 1904, durch die das Recht des Zentralkomitees, neue Mitglieder der Lokalkomitees der Partei einzusetzen, beschränkt wurde. *455*

96 Die *Beratung der 22 Bolschewiki* fand unter Leitung Lenins im August 1904 in der Nähe von Genf statt. An der Beratung nahmen 19 Personen teil, später schlossen sich ihren Beschlüssen noch drei Personen an. Die Beratung nahm den in diesem Band enthaltenen Aufruf „An die Partei" an, der für die Bolschewiki zum Kampfprogramm der Einberufung des III. Parteitags der SDAPR wurde. *459*

97 *Konjagin* — Pseudonym L. J. Galperins. *468*

98 Gemeint ist die *„Julideklaration"* des ZK — eine Entschließung, die von den versöhnlerischen Mitgliedern des Zentralkomitees Krassin, Noskow und Galperin, ohne Wissen zweier weiterer ZK-Mitglieder, Lenins und Semljatschkas, im Juli 1904 im Namen des ZK angenommen wurde. Sie wurde in Nr. 72 der „Iskra" vom 25. August 1904 unter der Überschrift

„Deklaration des Zentralkomitees" veröffentlicht. In dieser Entschließung erkannten die Versöhnler die von Plechanow kooptierte menschewistische Redaktion der „Iskra" als rechtsgültig an und verteidigten den Opportunismus der Menschewiki. Sie kooptierten in das ZK weitere drei Versöhnler: Ljubimow, Karpow und Dubrowinski. Die Versöhnler wandten sich gegen die Einberufung des III. Parteitags und lösten das Südbüro des ZK auf, das für den Parteitag agitiert hatte. Sie entzogen Lenin das Recht, das Zentralkomitee der Partei im Ausland zu vertreten, und verboten ihm, seine Schriften ohne Erlaubnis des Kollegiums des ZK zu veröffentlichen.

Mit der Annahme der „Julideklaration" sagten sich die versöhnlerischen Mitglieder des ZK von den Beschlüssen des II. Parteitags der SDAPR völlig los und gingen offen auf die Seite der Menschewiki über. *468*

99 *Mitrofanow* — Pseudonym F. W. Gussarows. *468*

100 Von den Dokumenten, die Lenin aufzählt, sind im vorliegenden Band veröffentlicht: der Brief an die Mitglieder des ZK, der Vertrag zwischen drei Mitgliedern des ZK und der Protest gegen die Rechtsgültigkeit der Entschließung des ZK. (Siehe S. 431—436 und 468/469.) Die Entschließung des ZK wurde von den Versöhnlern Krassin, Noskow und Galperin im Juli 1904 angenommen („Julideklaration"). *470*

101 Lenins Artikel *„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück"* (Eine Antwort auf den Artikel Rosa Luxemburgs „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie") wurde zur Veröffentlichung im Organ der deutschen Sozialdemokratie „Die Neue Zeit" an Kautsky gesandt, dieser weigerte sich jedoch, ihn zu bringen. *480*

102 *„Rabotschaja Gaseta"* (Arbeiterzeitung) — illegales Organ der Kiewer Gruppe der Sozialdemokraten. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im August 1897 und Nr. 2 im Dezember (datiert November) desselben Jahres. Auf dem I. Parteitag der SDAPR wurde die „Rabotschaja Gaseta" als offizielles Organ der Partei anerkannt. Nach dem Parteitag erschien die Zeitung nicht mehr, da die Druckerei von der Polizei ausgehoben und die Mitglieder des Zentralkomitees verhaftet worden waren. Über die 1899 unternommenen Versuche, sie neu herauszugeben, siehe Werke, Bd. 4, S. 201 bis 203. *485*

103 Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten*, kurz Sozialistengesetz genannt, wurde 1878 in Deutschland erlassen. Gemäß diesem Gesetz wurden alle Organisationen der sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten, die sozialistische Literatur beschlagnahmt und gegen die Sozialdemokraten Repressalien eingeleitet. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Gesetz 1890 aufgehoben. *488*

[104] Auf dem zweiten Parteitag waren Lengnik, Krshishanowski und Noskow ins ZK gewählt worden. Im Oktober 1903 wurden Semljatschka, Krassin, Essen und Gussarow ins ZK kooptiert. Im November des gleichen Jahres wurde Lenin in das ZK aufgenommen und Galperin kooptiert. Von Juli bis September 1904 gingen in der Zusammensetzung des Zentralkomitees erneut Veränderungen vor sich: Lenins Anhänger Lengnik und Essen wurden verhaftet. Die Versöhnler Krshishanowski und Gussarow schieden aus. Die Versöhnler Krassin, Noskow und Galperin schlossen R. S. Semljatschka, eine Anhängerin der Mehrheit, trotz Lenins Protesten rechtswidrig aus dem ZK aus und kooptierten drei Versöhnler: Ljubimow, Karpow und Dubrowinski. Infolge dieser Veränderungen hatten die Versöhnler nun die Mehrheit im ZK. *490*

[105] Lenin meint den Beschluß des ZK, das Südbüro des ZK aufzulösen, das für die Einberufung des III. Parteitags agitiert hatte. *491*

[106] *Galjorka* — der Bolschewik M. S. Olminski (Alexandrow). *491*

[107] Der *Verlag für sozialdemokratische Parteiliteratur, gegründet von W. Bontsch-Brujewitsch und N. Lenin,* wurde von den Bolschewiki ins Leben gerufen, nachdem die menschewistische Redaktion der „Iskra" die Zeitung für sie gesperrt und es abgelehnt hatte, Erklärungen von Organisationen und Parteimitgliedern zu veröffentlichen, die für die Beschlüsse des II. Parteitags eintraten und die Einberufung des III. Parteitags forderten. Der Verlag gab eine Reihe von Arbeiten heraus, die sich gegen die Menschewiki und die Versöhnler richteten: N. Lenin, „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'"; Galjorka, „Nieder mit dem Bonapartismus!"; Orlowski, „Der Rat gegen die Partei" und andere. *491*

[108] *Rjadowoi* — Pseudonym A. A. Malinowskis, bekannter unter dem Namen Bogdanow. *492*

[109] *„Rabotscheje Delo"* (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomisten", unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten". Die Zeitschrift erschien in Genf von April 1899 bis Februar 1902. Es erschienen 12 Nummern in neun Heften.

In Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" (September 1901), die Lenin im Auge hat, wurden die Artikel „Die Enthüllungsliteratur und der proletarische Kampf" von Martynow und „Prinzipien, Taktik und Kampf" von Kritschewski veröffentlicht, die offen den „Ökonomismus" verteidigten. *495*

[110] Die *„Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit"* wurde am 20. Oktober (2. November) 1904 in einem Brief an Bogdanow nach Rußland gesandt; veröffentlicht wurde sie nicht. *499*

111 Die *„Deklaration der 19"* wurde im Oktober 1904 vom Moskauer Komitee der SDAPR unter der Überschrift „Appell an die Mitglieder der SDAPR" veröffentlicht. Sie stellte die Antwort dar auf den Aufruf „An die Partei", der auf der Beratung der 22 Bolschewiki unter Lenins Leitung angenommen worden war. *499*

112 In der Broschüre *„Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'"* kritisiert Lenin den im November 1904 veröffentlichten Brief der menschewistischen „Iskra"-Redaktion an die Parteiorganisationen. Als Antwort auf Lenins Broschüre verfaßte die Redaktion einen zweiten Brief. Beide Briefe trugen den Vermerk „Nur für Parteimitglieder". Da die menschewistische Redaktion den zweiten Brief ausschließlich an Menschewiki versandte, sah sich Lenin veranlaßt, der Broschüre, die bereits gedruckt und den Komitees zugestellt war, eine Nachschrift beizufügen. Die Nachschrift wurde gesondert auf farbigem Papier gedruckt und in die Exemplare der Boschüre eingeklebt, die der bolschewistische Verlag noch auf Lager hatte. Das Datum „22. Dezember 1904" bezieht sich nur auf den Text der Nachschrift. (Siehe den vorliegenden Band, S. 525/526, die zwei letzten Absätze.)

Lenins Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'" fand in den örtlichen Parteiorganisationen weite Verbreitung. Bei Verhaftungen und Haussuchungen wurde sie in Smolensk, Batum, Riga, Saratow, Suwalki und anderen Städten gefunden. *503*

113 *Ugrjum-Burtschejew* — Typus eines bornierten Würdenträgers, wie er in M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Die Geschichte einer Stadt" dargestellt ist. Lenin nennt die Höflingsclique um Nikolaus II. „unsere Ugrjum-Burtschejews". *509*

114 *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) — Zeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der Beamtenbürokratie. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Sie wurde vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet am 26. Oktober (8. November) 1917 verboten. *509*

115 Die *Rostower Demonstration* begann mit dem wirtschaftlichen Streik am 2. (15.) November 1902. Der Streik schlug rasch in eine politische Demonstration um, an der rund 30000 Menschen teilnahmen. Den Streik leitete das iskristische Donkomitee der SDAPR. Lenin schrieb anläßlich des Rostower Streiks den Artikel „Neue Ereignisse und alte Fragen". (Siehe Werke, Bd. 6, S. 270—276.) *520*

116 *Balalaikin* — Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle"; liberaler Phrasendrescher, Abenteurer und Lügner. Lenin nennt Trotzki den „redaktionellen Balalaikin" der menschewistischen „Iskra". *521*

117 Lenin meint die abenteuerlichen Appelle der „Ökonomisten" (der Leute vom „Rabotscheje Delo") im Frühjahr 1901, schnellstens die „Festung des Despotismus" zu stürmen. *523*

118 Das *Referat über die innerparteiliche Lage* hielt Lenin auf Versammlungen russischer politischer Emigranten, kurz nachdem er die Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'" verfaßt hatte: am 19. November (2. Dezember) 1904 in Paris, am 23. und 24. November (6. und 7. Dezember) in Zürich und am 25. November (8. Dezember) desselben Jahres in Bern. *529*

119 Die Broschüre Orlowskis (W. W. Worowskis) *„Der Rat gegen die Partei"* erschien in Genf im November 1904 im bolschewistischen Verlag für sozialdemokratische Parteiliteratur, gegründet von W. Bontsch-Brujewitsch und N. Lenin. *531*

120 September—Dezember 1904 fanden drei Konferenzen bolschewistischer Lokalkomitees statt: 1. die Südkonferenz (der Komitees von Odessa, Jekaterinoslaw und Nikolajew); 2. die Kaukasuskonferenz (der Komitees von Baku, Batum, Tiflis und Imeretino-Mingrelien); 3. die Nordkonferenz (der Komitees von Petersburg, Moskau, Twer, Riga, Nishni-Nowgorod und des Nordkomitees).

Die Konferenzen wählten auf Vorschlag Lenins zur Vorbereitung und Einberufung des III. Parteitags der SDAPR ein Büro der Komitees der Mehrheit, bestehend aus Gussew, Semljatschka, Ljadow, Litwinow und anderen. Das Büro der Komitees der Mehrheit, dem auch Lenin angehörte, konstituierte sich endgültig im Dezember 1904. *532*

121 Die Versammlung am 20. August (2. September) 1904 in Genf hatten die Menschewiki einberufen, um die sogenannte „Julideklaration" des Zentralkomitees zu unterstützen. Zu der Versammlung waren Menschewiki und Bolschewiki eingeladen. Die Bolschewiki lehnten es jedoch ab, an der Versammlung teilzunehmen. Ein Vertreter der Bolschewiki verlas eine Erklärung des Inhalts, daß die Versammlung nicht befugt sei, eine Resolution im Namen der Mehrheit und der Minderheit anzunehmen, wonach er die Versammlung verließ. Die Menschewiki mußten auf der Versammlung wohl oder übel zugeben, daß die Parteikomitees in Rußland gegen die versöhn-

lerische Politik des Zentralkomitees auftreten und daß die übergroße Mehrzahl der Komitees sich strikt weigert, mit der Redaktion der menschewistischen „Iskra" Verbindung zu halten. *532*

[122] Lenin meint den im November 1904 von der menschewistischen „Iskra" herausgegebenen „Brief an die Parteiorganisationen". Er kritisiert den „Brief" in der Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'". (Siehe den vorliegenden Band, S. 503—526.) *533*

[123] Lenin meint das Büro der Komitees der Mehrheit. *533*

[124] *N* — R. S. Semljatschka, Mitglied des ZK der SDAPR. *539*

[125] *P.* — P. A. Krassikow. *540*

[126] *Lidin* — Pseudonym M. N. Ljadows. *541*

[127] *Vier Mitglieder des ZK* — W. I. Lenin, F. W. Lengnik, M. M. Essen und R. S. Semljatschka. *541*

[128] Den Inhalt der Deklaration siehe im vorliegenden Band, S. 435/436. *542*

[129] Der *Amsterdamer Kongreß der II. Internationale* fand vom 14.—20. August 1904 statt. Die Menschewiki legten auf dem Kongreß ihren „Bericht der Delegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an den Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam" vor. Als Gegengewicht zum menschewistischen Bericht legten die Bolschewiki dem Kongreß in Broschürenform einen eigenen Bericht vor: „Materialien zur Klärung der Parteikrise in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands". Lenin war an der Abfassung und Redaktion der Broschüre beteiligt. *542*

[130] Die *„Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"* wurde von Lenin im Dezember 1904 geschrieben und den Mitgliedern des Büros der Komitees der Mehrheit sofort zugesandt. Dieses Dokument Lenins lag der offiziellen „Mitteilung über die Einberufung des dritten Parteitags" zugrunde, die in der Zeitung „Wperjod" Nr. 8 vom 28. (15.) Februar 1905 mit der Unterschrift des Büros der Komitees der Mehrheit veröffentlicht wurde. *548*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(September 1903 bis Dezember 1904)

1903

Erste Septemberhälfte	W. I. Lenin schreibt die „Schilderung des II. Parteitags der SDAPR".
15. (28.) September	Lenins Artikel „Schiefgegangen!..." wird in Nr. 48 der „Iskra" veröffentlicht.
21. September (4. Oktober)	Lenin, Plechanow und Lengnik verhandeln mit Martow, Axelrod, Potressow und Sassulitsch über die Bedingungen der Zusammenarbeit im ZO. Die Verhandlungen enden ergebnislos.
September	Lenins Artikel „Die Aufgaben der revolutionären Jugend" erscheint in Nr. 2/3 der Zeitung „Student".
1. (14.) Oktober	Lenins Artikel „Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik" wird in Nr. 49 der „Iskra" veröffentlicht.
13.—17. (26.—30.) Oktober	Lenin nimmt in Genf an der II. Konferenz der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" teil.
14. (27.) Oktober	Lenin erstattet in der zweiten Sitzung der Ligakonferenz Bericht über den II. Parteitag.
15. (28.) Oktober	Lenin protestiert in der dritten Sitzung der Ligakonferenz gegen die unwürdigen Kampfmethoden Martows und verläßt danach mit den Anhängern der Mehrheit die Sitzung.
16. (29.) Oktober	Lenin erklärt in der vierten Sitzung der Ligakonferenz, daß er es ablehnt, an der Debatte zum Bericht über den II. Parteitag teilzunehmen und ein Schlußwort zu halten.

19. Oktober (1. November)	Lenin übergibt G. W. Plechanow eine Erklärung, daß er die Funktion des Mitglieds des Rats der Partei niederlegt und aus der Redaktion der „Iskra" austritt.
22. Oktober (4. November)	Lenins Artikel „Die Stellung des ‚Bund' in der Partei" wird in Nr. 51 der „Iskra" veröffentlicht.
24. oder 25. Oktober (6. oder 7. November)	Lenin nimmt an einer Versammlung der Genfer Gruppe der Bolschewiki teil, auf der Plechanows Übertritt zu den Menschewiki verurteilt wird.
5. (18.) November	Lenin übersendet Plechanow den Artikel „Die sich volkstümlerisch gebärdende Bourgeoisie und die verwirrten Volkstümler". Der Artikel erscheint in Nr. 54 der „Iskra" vom 1. Dezember 1903.
6.—8. (19.—21.) November	Lenin wird ins Zentralkomitee kooptiert.
12. (25.) November	Lenin nimmt an der Sitzung des Zentralkomitees in Genf teil. Auf seinen Vorschlag hin arbeitet das ZK ein Ultimatum an die Menschewiki aus, in welchem die Bedingungen für die Herstellung des Friedens in der Partei festgelegt werden.
14. (27.) November	Lenin gibt im ZK eine Protesterklärung dagegen ab, daß Plechanow die ehemaligen Redakteure, die Menschewiki sind, in die Redaktion der „Iskra" kooptiert.
16. (29.) November	Lenin tritt als Mitglied des Zentralkomitees in den Rat der Partei ein.
Zwischen dem 25. und 29. November (8. und 12. Dezember)	Lenin schreibt an die Redaktion der menschewistischen „Iskra" einen offenen Brief „Warum bin ich aus der Redaktion der ‚Iskra' ausgetreten?", der als Sonderdruck veröffentlicht und nach Rußland geschickt wird.
27. November (10. Dezember)	Lenin fordert in einem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees in Rußland die Einberufung des dritten Parteitags.
9. (22.) Dezember	Lenin protestiert dagegen, daß das ZK die Komitees informiert hat, der Frieden mit den Menschewiki sei hergestellt.
17. (30.) Dezember	Lenin fordert in einem Brief an das Zentralkomitee von den Mitgliedern des ZK eine Stellungnahme zur Einberufung des Parteitags.

Zweite Dezemberhälfte—Januar 1904	Lenin schreibt das Vorwort und das Nachwort zu seiner Broschüre „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben".

1904

Zwischen dem 4. und 10. (17. und 23.) Januar	Lenin entwirft den Aufruf „An die Parteimitglieder", in welchem er die opportunistischen Auffassungen der menschewistischen „Iskra" kritisiert.
15.—17. (28.—30.) Januar	Lenin nimmt an den Sitzungen des Rats der Partei in Genf teil. Er spricht über die Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei und über die Einberufung des III. Parteitags.
Januar, nicht vor dem 18. (31.)	Lenin entwirft den Aufruf „An die Partei" über die Krise in der Partei und über die Spaltungstätigkeit der Menschewiki.
Zwischen dem 20. und 25. Januar (2. und 7. Februar)	Lenin macht in einem Brief an das ZK-Mitglied Krshishanowski auf die Gefahr aufmerksam, daß sich die Menschewiki des ZK bemächtigen, und fordert, daß von den Lokalkomitees Vorbereitungen zur Einberufung des III. Parteitags getroffen werden.
25. Januar (7. Februar)	Im Namen des Zentralkomitees bittet Lenin das ZK der PPS, ausführlicher über den Vorschlag der PPS Mitteilung zu machen, eine Konferenz von Vertretern der SDAPR und PPS einzuberufen.
Zweite Januarhälfte—Februar	Lenin beginnt mit den Vorarbeiten zur Drucklegung des Werkes „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück".
7. (20.) Februar	Lenin schreibt den Verfassern des „Kommentars zu den Protokollen der zweiten Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" einen Brief, in welchem er die Umstände darlegt, die ihn zum Ausscheiden aus der Redaktion der „Iskra" veranlaßt haben.
1. (14.) März	Lenin erklärt seinen zeitweiligen Austritt aus dem Rat der Partei.

9. (22.) März	Lenin hält auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Genf ein Referat zum Jahrestag der Pariser Kommune.
2. (15.) April	Lenin entwirft ein Flugblatt zum 1. Mai, das mit der Unterschrift des ZK und des ZO der Partei erscheint.
März—April	Lenin leitet in Genf einen sozialdemokratischen Zirkel zum Studium des Parteistatuts.
6. (19.) Mai	Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)" kommt heraus.
13. (26.) Mai	Lenin richtet anläßlich der Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten im Zentralkomitee einen Brief an die Mitglieder des ZK. Er teilt mit, daß er in den Rat der Partei zurückkehrt.
Nach dem 15. (28.) Mai	Lenin entwirft einen Aufruf „An die Partei", in welchem er die Komitees auffordert, eine Entscheidung über die Einberufung des III. Parteitags zu treffen.
31. Mai u. 5. Juni (13. und 18. Juni)	Lenin nimmt an den Sitzungen des Rats der Partei teil.
Mai oder Juni	Lenin kritisiert in einem Brief an Bogdanow dessen Buch „Empiriomonismus".
11. oder 12. (24. oder 25.) Juni	Lenin lehnt den Vorschlag des versöhnlerischen ZK-Mitglieds Noskow ab, in die Redaktion der „Iskra" einzutreten und der Kooptation von zwei Menschewiki in das ZK zuzustimmen.
Zwischen dem 22. und 30. Juli (4. u. 12. August)	Lenin redigiert den Bericht der Bolschewiki an den Amsterdamer Kongreß der II. Internationale.
Ende Juli (erste Augusthälfte)	Unter Leitung Lenins findet in der Schweiz eine Beratung von 22 Bolschewiki statt. Die Beratung nimmt den von Lenin verfaßten Aufruf „An die Partei" an, der für die Bolschewiki zum Kampfprogramm der Einberufung des III. Parteitags wird.
5. (18.) August	Lenin protestiert in einem Brief an die Mitglieder des ZK gegen die von den Versöhnlern im ZK angenommene „Julideklaration".

August, vor dem 19. (1. September)	Lenin leitet die organisatorische Arbeit zur Gründung eines bolschewistischen Verlags für sozialdemokratische Parteiliteratur.
	Er empfiehlt in einem Brief an die Komitees der Mehrheit, für den bolschewistischen Verlag im Ausland Korrespondenzen zu sammeln.
September, nach dem 2. (15.)	Lenin schickt seinen Artikel „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg" an Kautsky zur Veröffentlichung in der „Neuen Zeit". Kautsky lehnt es ab, ihn zu veröffentlichen.
Nach dem 22. September (5. Oktober)	Lenin schlägt dem Südbüro des ZK in einem Brief vor, das Organisationsbüro zur Einberufung des III. Parteitags Büro der Komitees der Mehrheit zu nennen.
Vor dem 20. Oktober (2. November)	Lenin entwirft die „Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit".
Zwischen dem 30. Oktober und 8. November (12. und 21. November)	Lenin arbeitet an der Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'".
Oktober	Lenin schreibt den Artikel „Der diensteifrige Liberale".
Vor dem 19. November (2. Dezember)	Lenin hält in Genf für Mitglieder der Partei ein Referat über das Thema „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'".
19.—25. November (2.—8. Dezember)	Lenin hält Referate über die innerparteiliche Lage — in Paris (bis 5. Dezember), in Zürich (6.—7. Dezember) und in Bern (8. Dezember).
20. November (3. Dezember)	Lenin schlägt in einem Brief an die Mitglieder des Büros der Komitees der Mehrheit vor, unverzüglich ein bolschewistisches Organ im Ausland zu schaffen.
26.—27. November (9.—10. Dezember)	Lenin fährt nach Genf zurück.

27. November (10. Dezember)	Lenin fordert in einem Brief an R. S. Semljatschka, Mitglied des Büros der Komitees der Mehrheit, dazu auf, in Rußland schnellstens eine gedruckte Mitteilung über die Bildung des Büros der Komitees der Mehrheit zu veröffentlichen.
29. November (12. Dezember)	Lenin leitet eine Versammlung der Bolschewiki, die den Beschluß faßt, ein Organ der Parteimehrheit, die Zeitung „Wperjod", herauszugeben. Er verfaßt den „Brief an die Genossen (Zur Herausgabe eines Organs der Parteimehrheit)".
Zwischen dem 29. November und 11. Dezember (12. und 24. Dezember)	Lenin erhält von der Konferenz der Kaukasischen Komitees eine Resolution über die Einberufung des III. Parteitags.
Vor dem 13. (26.) Dezember	Lenin erhält von der Konferenz der Nordkomitees eine Resolution über die Einberufung des III. Parteitags und über die Wahl eines Büros der Komitees der Mehrheit.
22. Dezember (4. Januar 1905)	Lenin schreibt die Broschüre „Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei".
Dezember	Lenin schickt den Mitgliedern des Büros der Komitees der Mehrheit in Rußland einen Entwurf der „Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. ordentlichen Parteitags der SDAPR".

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII—VIII

1903

Schilderung des II. Parteitags der SDAPR .. .. 1—21

Schiefgegangen!... .. .. 22—27

Plan der Briefe über die Aufgaben der revolutionären Jugend .. .. 28—29

Die Aufgaben der revolutionären Jugend. Erster Brief .. .. .. 30—44

Der zweite Parteitag. Plan eines Artikels .. .. 45—46

Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum von Logik .. 47—53

Entwurf zu einem Schreiben des Zentralkomitees und der Redaktion des Zentralorgans an die Mitglieder der Opposition. Variante .. 54—55

II. Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie, 13.—18. (26.—31.) Oktober 1903 .. .. 57—75

1. Vorbemerkungen zum Bericht über den II. Parteitag der SDAPR, 13. (26.) Oktober 59

I 59

II 59

III 60

IV 60

2. Bericht über den II. Parteitag der SDAPR, 14. (27.) Oktober .. 62

3. Erklärung zum Referat von Martow, 15. (28.) Oktober 74

4. Rede über das Statut der Auslandsliga, 17. (30.) Oktober .. 75

Eine nichtabgegebene Erklärung .. .. 76—80

Erklärung über den Austritt aus dem Rat der Partei und aus der Redaktion des ZO 81

Die Stellung des „Bund" in der Partei .. .. 82—93

Die sich volkstümlerisch gebärdende Bourgeoisie und die verwirrten Volkstümler .. .. 94—102

An die Redaktion des Zentralorgans der SDAPR 103

Eine unveröffentlichte Erklärung 104

Brief an die Redaktion der „Iskra" .. .. 105—109

Warum bin ich aus der Redaktion der „Iskra" ausgetreten? Brief an die Redaktion der „Iskra" .. .. 110—117

Brief des Zentralkomitees der SDAPR an den Vorstand der Auslandsliga, an die Hilfsgruppen der Partei und an alle Parteimitglieder, die sich im Ausland befinden .. .. 118—121

Notiz über die Haltung der neuen „Iskra" .. .. 122—123

1904

Vorwort zur Broschüre „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben" .. .. 124—125

Nachwort zur Broschüre „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben" .. .. 126—132

An die Parteimitglieder. Entwurf eines Aufrufs .. .. 133—136

Im Rat der SDAPR, 15.—17. (28.—30.) Januar 1904 .. .. 137—180

1. Resolutionsentwurf über Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei, eingebracht am 15. (28.) Januar .. 139

2. Die besondere Meinung der Vertreter des Zentralkomitees, eingereicht am 17. (30.) Januar 142

3. Resolutionsentwurf über die Einberufung des III. Parteitags, 17. (30.) Januar 146

4. Am 17. (30.) Januar eingebrachte Resolutionsentwürfe 147

I 147
II 147
III 147

5. Reden über die Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei, 15. (28.) Januar 148

I 148
II 149
III 152
IV 153
V 156

6. Reden über die Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei, 16. (29.) Januar 158

VI 158
VII 163
VIII 166
IX 170

7. Reden über die Einberufung des III. Parteitags, 17. (30.) Januar 172

I 172
II 172
III 173

8. Reden über die Herausgabe der Parteiliteratur, 17. (30.) Januar 174

I 174
II 177
III 179
IV 180

An die Partei. Entwurf eines Aufrufs .. .. 181—185

Über die Umstände des Austritts aus der Redaktion der „Iskra" .. 186—191

Der 1. Mai. Entwurf eines Flugblatts .. .. 192—195

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei) .. .. 197—430

Vorwort 199

a) Die Vorbereitung des Parteitags 203
b) Die Bedeutung der Gruppierungen auf dem Parteitag 205
c) Beginn des Parteitags. — Der Zwischenfall mit dem Organisationskomitee 209
d) Die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi" 218
e) Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen .. 221
f) Das Agrarprogramm 229
g) Das Parteistatut. Der Entwurf des Genossen Martow 237
h) Die Debatten über den Zentralismus *vor* der Spaltung der Iskristen 246
i) Der erste Paragraph des Statuts 250
j) Die unschuldigen Opfer der falschen Beschuldigung des Opportunismus 276
k) Fortsetzung der Debatten über das Statut. Die Zusammensetzung des Rates 287
l) Das Ende der Debatten über das Statut. Die Kooptation in die Zentralstellen. Die Delegierten der Gruppe „Rabotscheje Delo" verlassen den Parteitag 293
m) Die Wahlen. Das Ende des Parteitags 307
n) Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag. Der revolutionäre und der opportunistische Flügel der Partei 336
o) Nach dem Parteitag. Zwei Kampfmethoden 351
p) Kleine Unannehmlichkeiten dürfen ein großes Vergnügen nicht stören 371
q) Die neue „Iskra". Der Opportunismus in organisatorischen Fragen 383
r) Einiges über Dialektik. Zwei Umwälzungen 414

Beilage. Der Konflikt zwischen Genossen Gussew und Genossen Deutsch 421

Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees .. .. 431—434

Erklärung dreier Mitglieder des Zentralkomitees .. .. 435—436

An die Partei. Plan eines Aufrufs .. .. 437—438

Im Rat der SDAPR, 31. Mai (13. Juni) und 5. (18.) Juni 1904 .. 439—448

1. Reden über eine gemeinsame Konferenz mehrerer Parteien, 31. Mai (13. Juni) 441
I 441
II 443

2. Reden über die Kooptation in die Komitees und über das Recht des ZK, neue Mitglieder der Komitees einzusetzen, 5. (18.) Juni 444
I 444
II 445
III 446

3. Rede über die Zeitung „Rasswet", 5. (18.) Juni 448

Was erstreben wir? (An die Partei) .. .. 449—458

An die Partei .. .. 459—467

An die fünf Mitglieder des Zentralkomitees in Rußland .. .. .. 468—469

Brief an die Agenten des ZK und die Mitglieder der Komitees der SDAPR, die sich für die Mehrheit des II. Parteitags ausgesprochen haben .. .. 470—471

Brief an Glebow (W. A. Noskow) .. .. 472—479

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg .. .. 480—491

Der diensteifrige Liberale .. .. 492—495

Vorwort zur Broschüre N. Schachows „Der Kampf um den Parteitag" 496

Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit. Entwurf .. .. 499—501

Die Semstwokampagne und der Plan der „Iskra" .. .. 503—526
I 507
II 511
III 516
IV 522

Thesen eines Referats über die innerparteiliche Lage. Thesen meines Referats .. .. 529—530

Brief an die Genossen (Zur Herausgabe eines Organs der Parteimehrheit) .. .. 531—536

Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei .. .. 537—547

Beilage 543

Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands .. .. 548—550

Anmerkungen .. .. 551—570

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins .. .. 571—578

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Schilderung des II. Parteitags der SDAPR" — 1903 3

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Die besondere Meinung der Vertreter des ZK, eingereicht in der Sitzung des Rats der Partei am 17. (30.) Januar 1904" 143

Umschlag von W. I. Lenins Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" — 1904 .. .. 198/199

Seite 71 von W. I. Lenins Manuskript „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" — 1904 251

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Mitteilung über die Bildung eines Büros der Komitees der Mehrheit" — 1904 497

W. I. Lenins Manuskript „Thesen eines Referats über die innerparteiliche Lage" — 1904 527